Oldenburger Schriften zur Geschichtswissenschaft

Band 16

Oldenburger Schriften zur Geschichtswissenschaft

In den *Oldenburger Schriften zur Geschichtswissenschaft* erscheinen Dokumentationen von nationalen und internationalen Tagungen, Symposien und Ringvorlesungen, die vom Institut für Geschichte veranstaltet wurden. Einen zweiten Schwerpunkt bilden Forschungsarbeiten, insbesondere von Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftlern.

Das Institut für Geschichte ist eine wissenschaftliche Einrichtung an der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg.

Diese Reihe wird herausgegeben von

Prof. Dr. Gunilla Budde

Juniorprof. Dr. Thomas Etzemüller

Prof. Dr. Dagmar Freist

Juniorprof. Dr. Malte Thießen

Prof. Dr. Hans Henning Hahn

Prof. Dr. Rudolf Holbach

Prof. Dr. Dietmar von Reeken

Bernd Mütter

Ost- und Südosteuropa – Beispiele zur Umwertung ihrer Geschichte nach dem Ende des „Kalten Krieges“

Forschung – Darstellung – Didaktik

BIS Verlag der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg

Zu den Abbildungen auf dem Cover siehe S. 57, 100, 148 und Abbildungsverzeichnis S. 301

Oldenburg, 2016

Verlag / Druck / Vertrieb

BIS-Verlag
der Carl von Ossietzky Universität Oldenburg
Postfach 2541
26015 Oldenburg

E-Mail: bisverlag@uni-oldenburg.de

Internet: www.bis-verlag.de

ISBN 978-3-8142-2330-8

Inhaltsverzeichnis

Einführung 9

A Die Russischen Revolutionen von 1917 – Didaktische Perspektiven im Umwertungsprozess eines historischen Reizthemas aus der Epoche des „Kalten Krieges“ 13

I. Problemstellung 13

II. Didaktische und thematische Profilierung 15

III. Methodische Zugriffe 16

IV. Verlaufsbeispiele 27

1 Russland vor der Revolution 28

2 Von der Februarrevolution zum Oktoberumsturz 35

V. Lernen aus der Geschichte? 40

B Stalingrad 1942/43 und Normandie 1944 – Zwei Lern- und Erinnerungsorte in der „Perspektive Europa“ 45

I. Als deutscher HisTourist auf den Weltkriegsschlachtfeldern 45

II. Stalingrad 1942/43 und Normandie 1944 – ein Vergleich 46

III. Die Erinnerung auf den Schlachtfeldern heute 50

1 Authentische Kriegsspuren 51

2 Soldatenfriedhöfe 53

3 Denkmäler 56

4 Museen 61

IV. Vergangenheit und Zukunft der Schlachterinnerung 67

C Die baltischen Metropolen in Mittelalter und Neuzeit – Orte der Erinnerung an ein „vergessenes“ Erbe Europas 75

I. Von der Christianisierung zur Russischen Revolution: Der lange Weg zur nationalen Unabhängigkeit 76

1 Spätmittelalter und Frühneuzeit, Christianisierung und Fremdherrschaft 76
a) Stadtburgen und -schlösser 77
b) Bischofskirchen: Dome und Kathedralen 79
c) Rathäuser 81
d) Bürger- und Ordenskirchen 83
e) Weltliche Bürgerbauten und Adelspaläste 89
f) Universitäten 91
2 Die russische Epoche (1710/95–1918) 92
3 Die Zwischenkriegsepoche 1918–1940: Zwei Jahrzehnte Unabhängigkeit 95

II. Vom Verlust der Unabhängigkeit bis zu ihrer Wiedergewinnung (1940–1991): David und Goliath? 96

III. Die neue Souveränität seit 1991: Zwischen traumatischer Vergangenheitserfahrung und europäischer Zukunftsperspektive 101

IV. Rückkehr Europas in das Baltikum: Perspektiven des HisTourismus 109

D Orte der Erinnerung in Nordpolen heute – Danzig – Marienburg – Tannenberg – Wolfsschanze 117

I. Danzig/Gdańsk 117

II. Marienburg/Malbork 123

III. Grunwald 1410/Tannenberg 1914 127

IV. Das „Führerhauptquartier Wolfsschanze“ bei Rastenburg 134

V. Fazit 138

E Das Königreich Jugoslawien zwischen Gründung und Untergang im Spannungsfeld der Großmächte (1918–1941) 143

Einführung 143

I. Die Gründung des „Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen“ – eine Notgeburt? 147
1 Staatsgründung 1918/19 147
2 Parteien, Verfassung, Wirtschaft 150
3 Antirevisionistische Außenpolitik eines instabilen Staates unter besonderer Berücksichtigung der Beziehungen zu den Revisionsgroßmächten Italien und Deutschland 152

II. Die Königsdiktatur 1928–1934 – Verschärfung der Staatskrise bei wachsender Revisionsgefahr 164
1 Blutbad in der Skupština und Errichtung der Königsdiktatur 164
2 Die Gründung der Ustaša-Bewegung 165
3 Hitlers „Machtergreifung“ 1933 – ein Qualitätswandel der Außenpolitik in Europa und in den deutsch-jugoslawischen Beziehungen 166
4 Die Ermordung König Alexanders am 9. Oktober 1934 173

III. Prinzregent Paul und Ministerpräsident Stojadinović 1935–1939 Die Verstrickung von Innen- und Außenpolitik im Kontext deutscher Machtsteigerung, italienischen Seitenwechsels und westlicher Appeasement-Politik 177
1 Prinzregent Paul und Ministerpräsident Stojadinović 177
2 Stojadinovićs Einschätzung der politischen Großwetterlage 1935/36 (Abessinien- und Rheinlandkrise) 180
3 Jugoslawische Außenpolitik in der Krise der Kleinen Entente 186
4 Die „Achse Rom-Berlin“ 1936 und der italienisch-jugoslawische Freundschaftsvertrag 1937 – ein doppelter Seitenwechsel 190

IV. Jugoslawiens Außenhandel in der Weltwirtschaftskrise – ein ökonomisches und politisches Dilemma 205

V. Das Jahr 1938: Hitler, Mussolini und Stojadinović als „Partner“ 213
1 Jugoslawien und der „Anschluss“ Österreichs 213
2 Jugoslawien und die Sudetenkrise 217

VI. Das Jahr 1939: Vom Sturz Stojadinovićs bis zu Hitlers Angriff auf Polen 223
1 Der Sturz Stojadinovićs im Februar 1939 – eine Fehlentscheidung des Prinzregenten 223
2 Wachsender Druck der Achsenmächte auf Jugoslawien im Kontext steigender Kriegsgefahr seit der Besetzung Prags durch Hitler-Deutschland am 15. März 1939 (Frühjahr 1939) 228
3 Jugoslawien verliert das Vertrauen der Achsenmächte in seine Neutralität (Sommer 1939) 234

VII. Jugoslawiens unentschiedene Neutralitätspolitik im ersten Kriegsjahr 1939/40 – Zwischen Scylla und Charybdis 244
1 Der politische Kampf der Großmächte um Südosteuropa im Herbst und Winter 1939/40 244
2 Die Rückwirkung der deutschen Frühjahresoffensiven 1940 auf Jugoslawien 247

3 Die rumänische Staatskrise im Sommer 1940 und ihre Folgen für Jugoslawien 250

VIII. Jugoslawiens Beitritt zum Dreimächtepakt und der Militärputsch in Belgrad (März 1941) – Der Weg in die Katastrophe 257

1 Der italienische Angriff auf Griechenland am 28. Oktober 1940 und die Neuorientierung der Jugoslawienpolitik Berlins und Roms 257

2 Der diplomatische Kampf der Großmächte um Jugoslawien Anfang 1941 und der Beitritt Jugoslawiens zum Dreimächtepakt am 25. März 1941 262

3 Der Militärputsch in Belgrad vom 27. März 1941 – der Sturz in den Abgrund 271

IX. Fazit und Perspektiven 281

X. Bibliografie 292

1 Quellenpublikationen 292

a) Aktenpublikationen 292

b) Tagebücher, Aufzeichnungen, Reden, Memoiren 293

c) Nachrichtenwerke 295

2 Sekundärliteratur 295

Abbildungsverzeichnis 301

Einführung

Die in diesem Band vereinigten Beiträge behandeln verschiedene Themenschwerpunkte und verfolgen unterschiedliche Zugriffe, aber immer geht es um historische Räume, deren Geschichte von Deutschen ganz maßgeblich mitgestaltet worden ist – im Negativen wie im Positiven. Gleichwohl ist diese Geschichte in der Wahrnehmung der deutschen Öffentlichkeit entweder gar nicht oder nur sehr einseitig präsent. Dem versuchen die hier vorgelegten Beiträge in jeweils spezifischer Weise zu begegnen.

Die ersten drei Beiträge lassen sich der komplexen Problematik einer *Umwertung der russischen und sowjetischen Geschichte* zuordnen. Diese gewinnt auf dem Hintergrund der aktuellen Ukraine-Krise eine neue Brisanz.

Für die breite Öffentlichkeit in (West-)Deutschland – außerhalb der engeren Kreise des Fachdiskurses und der heute ältesten Generation der lebensgeschichtlich unmittelbar betroffenen Menschen – ist die Geschichte der Sowjetunion nach ihrem Ende 1991 ein erledigtes, überholtes Thema ohne evidenten Bezug zu den anstehenden Gegenwartsaufgaben. Für die große Mehrheit der Menschen in Osteuropa ist das sowjetische „Erbe“ nach wie vor präsent – und dieser Einsicht kann man sich auch im Westen spätestens seit Ausbruch der Ukraine-Krise nicht mehr entziehen. Daraus ergeben sich für eine anzustrebende europäische Geschichtskultur erhebliche didaktische Spannungslagen. Diese werden in drei inhaltlich und methodisch unterschiedlich angesetzten Beiträgen entfaltet.

Der *erste* Beitrag behandelt das Thema „*Die Russischen Revolutionen von 1917*. Didaktische Perspektiven im Umwertungsprozess eines historischen Reizthemas aus der Epoche des ‚Kalten Krieges‘“. Hier geht es um ein Unterrichtskonzept für Schule und Erwachsenenbildung (Problemstellung, didaktische und thematische Profilierung, methodische Zugriffe, Verlaufsbeispiele „Strukturkrise des zaristischen Russland“, „Von der Februarrevolution zum Oktoberumsturz“, „Lernen aus der Geschichte?“).

Schon die Russischen Revolutionen von 1917 sind ohne den Ersten Weltkrieg und den durch Deutschland und die Westmächte geschaffenen Bezugsrahmen nicht verständlich. Das gilt in spezifischer Weise auch für den Überlebenskampf der Sowjetunion im Zweiten Weltkrieg. Damit befasst sich der *zweite* Beitrag „*Stalingrad 1942/43 und Normandie 1944. Zwei Lern- und Erinnerungsorte in der Perspektive Europa*“. Hier geht es – ausgehend vom in der Erwachsenenbildung entwickelten Konzept des „His-Tourismus“ – um die heutige Gestaltung der Erinnerung vor Ort und ihre zukunftsfä-

hige Weiterentwicklung in der „Perspektive Europa“. Durch die komparatistische Betrachtung soll die während des Kalten Krieges vorherrschende und ideologisch motivierte Beschränkung auf den jeweils eigenen Beitrag zum Sieg über Hitler-Deutschland aufgebrochen werden. Untersucht werden konservierte authentische Kriegsspuren auf den Schlachtfeldern, Soldatenfriedhöfe, Denkmäler, Museen.

Der *dritte* Beitrag „*Die baltischen Metropolen in Mittelalter und Neuzeit*“ geht ebenfalls von dem heute vor Ort Sichtbaren aus und demonstriert dabei das Scheitern der Sowjetunion am eigenen Anspruch der Überwindung des Nationalen zugunsten internationaler Solidarität der Völker. Behandelt werden – immer bezogen auf die heutigen Stadtbilder – der lange Weg zur Unabhängigkeit 1918, die Zwischenkriegsepoche 1918–40, Verlust und Wiedergewinnung der Unabhängigkeit in dem halben Jahrhundert von 1940–1991, die neue Souveränität seit 1991 zwischen traumatischer Vergangenheitserfahrung und europäischer Zukunftsperspektive. Aufstieg und Niedergang der Sowjetunion spiegeln sich unmittelbar im heute zu besichtigenden Stadtbild der baltischen Metropolen. Neben dem restaurierten architektonischen Erbe der Altstädte, das bis ins spätere Mittelalter zurückreicht und Touristen aus den westlichen Ländern anziehen soll, geht es vor allem um die Gestaltung traumatischer, durch die aktuelle Außenpolitik Präsident Putins revitalisierter Erfahrungen der Zeitgeschichte in den einschlägigen Museen.

Schon der Beitrag zum Baltikum greift weit vor die Geschichte des 20. Jahrhunderts zurück. Das gilt in besonderer Weise auch für die beiden nachfolgenden Beiträge.

Zunächst geht es um „*Orte der Erinnerung in Nordpolen heute*“. Der Gestaltung historischer Erinnerung im heutigen – ehemals deutschen – Nordpolen kommt auf dem Hintergrund sowohl der deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert als auch der ökonomischen Anpassungsprobleme Polens im Zuge der europäischen Integration eine erhebliche Bedeutung zu. Vor Ort lassen sich drei Erinnerungstypen ausmachen: in Danzig und Marienburg eine historisch-differenzierende Gestaltung; in Grunwald/Tannenberg und an der Stelle des ehemaligen Denkmals bei Olsztynek/Hohenstein eine nationalistische Konfliktfokussierung; schließlich im „Führerhauptquartier Wolfsschanze“ bei Rastenburg und auf dem Gelände der ehemaligen Leninwerft in Danzig ein den nationalen Gegensatz übergreifendes Bekenntnis zu Menschenrechten und Demokratie, das aus der Erfahrung von totalitärer Diktatur und Vernichtungskrieg hervorgegangen ist.

Die zweite Bandhälfte bringt eine Fallstudie zum Thema „*Das Königreich Jugoslawien zwischen Gründung und Untergang im Spannungsfeld der Großmächte (1918–1941)*“ – auch dies ein in Deutschland heute außerhalb des Kreises der Experten nur wenig bekanntes Thema mit gleichwohl schwerwiegenden Konsequenzen für die weitere Geschichte Europas, Jugoslawiens und seiner Nachfolgestaaten bis heute. Der Vielvölkerstaat Jugoslawien teilte das Schicksal der Donaumonar-

chie, deren Untergang 1918 eine seiner Gründungsvoraussetzungen war. Das Schicksal des Königreichs in der Zwischenkriegszeit steht geradezu exemplarisch für die gesamte nach dem Ersten Weltkrieg geschaffene Staatenwelt „Zwischeneuropas“. Auch das 1944/45 gegründete kommunistische Jugoslawien – ein Gegenmodell zum Königreich – vermochte sich trotz jahrzehntelanger Stabilität unter Tito nach dem Ende des „Kalten Krieges“ nicht zu behaupten. Das Königreich der Zwischenkriegszeit ist bis heute Gegenstand heftiger Kontroversen, zwischen denen hier eine eigene, auf die Außenpolitik fokussierte Deutung versucht wird. Die „Perspektive Europa“ ist heute für den ganzen südosteuropäischen Raum überlebenswichtig, wenn ihm die Schrecken der Jahre 1941–46 und 1991–96 dauerhaft erspart werden sollen.

Die Studie verfolgt einen an der Geschichtswissenschaft orientierten Zweck: Am Beispiel des Königreichs Jugoslawien wird die systematische Frage nach asymmetrischer Außenpolitik unter den Bedingungen der europäischen Sicherheitskrise anhand eines vielschichtigen Quellmaterials dargestellt und analysiert. Auf dem Hintergrund des Auseinanderbrechens Jugoslawiens seit 1991 und der bis heute ungelösten Folgeprobleme eröffnen sich damit aber auch für Schule und Erwachsenenbildung wichtige Lernperspektiven (z. B. Spannungsverhältnis von Personen- und Ereignis-, Struktur- und Prozessgeschichte; Unberechenbarkeit der Geschichte versus Notwendigkeit planmäßigen politischen Handelns; historische Dimension der heutigen Problemlage in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens; Ineinandergreifen von Innen- und Außenpolitik usw.). Darauf wird in der Darstellung und vor allem im Schlusskapitel „Fazit und Perspektiven“ deutlich hingewiesen. Auf die Ausarbeitung eines expliziten Lern- und Unterrichtsprojekts wurde aber aus Umfangsgründen verzichtet.

Die Beiträge dieses Sammelbandes sind bis auf eine Ausnahme unveröffentlicht. Sie sind zu sehr unterschiedlichen Zeitpunkten entstanden, aber für den Druck grundlegend überarbeitet worden.

Bedanken möchte ich mich bei denen, die bei der technischen Erstellung des Buches hilfreich waren, allen voran Frau Angelika Robenek als Schreibkraft im Institut für Geschichte und Frau Jurkea Morgenstern und Frau Dörte Sellmann vom BIS-Verlag der Universität Oldenburg. Die Kolleginnen und Kollegen des Instituts haben dankenswerterweise die Aufnahme des Buches in die Reihe der „Oldenburger Schriften zur Geschichtswissenschaft“ ermöglicht. Wertvolle Hinweise verdanke ich meinen Kollegen Prof. Dr. Michael Garleff und Prof. Dr. Hans Henning Hahn in Oldenburg.

Der Beitrag „Stalingrad 1942/43 und Normandie 1944“ ist die erweiterte Fassung eines Aufsatzes über „Versöhnung durch Konflikterinnerung?“ in dem 2016 erscheinenden, von Jörg Echternkamp und Hans-Hubertus Mack herausgegebenen Sammelband „Geschichte ohne Grenzen? Europäische Dimensionen der Militär-

geschichte vom 19. Jahrhundert bis heute“ (München 2016 bei De Gruyter/Oldenbourg). Ich danke Herrn Privatdozent Dr. Jörg Echternkamp für die Vermittlung der Erlaubnis zum Vorabdruck.

Oldenburg/Hövelhof im Januar 2016 Bernd Mütter

A Die Russischen Revolutionen von 1917 – Didaktische Perspektiven im Umwertungsprozess eines historischen Reizthemas aus der Epoche des „Kalten Krieges“

I. Problemstellung

In Deutschland ist heute die Meinung weit verbreitet, mit dem Ende der Sowjetunion vor fünfundzwanzig Jahren und der Einführung einer demokratischen Verfassung in Russland unter Führung Präsident Jelzins sei das Thema „Russische Revolution 1917“ und insbesondere „Oktoberrevolution“ historisch erledigt und bedürfe in Schule und Erwachsenenbildung mit ihren immer knappen Zeitressourcen keiner besonderen Aufmerksamkeit mehr, wie sie in der Epoche des Kalten Krieges selbstverständlich war. Im Folgenden soll gezeigt werden, dass das Ende der Sowjetunion die Relevanz des Themas keineswegs beseitigt, vielmehr grundsätzlich verändert hat. Die Folgen der sowjetischen Epoche von 1917–1991 sind nach wie vor tiefgreifend in Politik, Gesellschaft, Mentalität und alltäglicher Lebenspraxis der Nachfolgestaaten und ganz besonders in Russland spürbar – mit einer Dramatik, die durchaus an die Katastrophe Deutschlands unter dem Nationalsozialismus erinnert, auch wenn sie nicht in einer spektakulären Kriegsniederlage gipfelte. Die Februarrevolution von 1917 als damals gescheiterter Versuch einer demokratischen Modernisierung Russland in westlichem Sinne gewinnt neue aktuelle Relevanz, die Oktoberrevolution erscheint in der langfristigen Perspektive nicht nur als Sackgasse – das haben ihre Kritiker von Anfang an behauptet, gerade auch die aus dem sozialistischen Lager –, sondern sie erscheint nunmehr endgültig als widerlegt. Die historisch-materialistische Geschichtsauffassung im Sinne der Sowjetideologie mit ihrer geschichtsgesetzlichen Kanonisierung und Verklärung der Oktoberrevolution als geschichtsgesetzliches Großereignis mit eingebauter Erfolgsgarantie hat heute auch für die große Mehrheit der Russen jegliche Überzeugungskraft verloren, die in ihrem Gefolge erbrachten gewaltigen Opfer und Leiden erscheinen inzwischen als deprimierend sinnlos. Der Weg Russlands seit 1917 erweist sich nunmehr als tragische Fehlentwicklung, die trotz aller Gegensteuerungsversuche nicht mehr umgekehrt werden konnte.[1]

Wer heute sieht, in welch ungeheuerlicher Weise das marxistisch-leninistische und stalinistische System in der alten Sowjetunion und Osteuropa politisch, ökonomisch und moralisch abgewirtschaftet hat, dem fällt die Vorstellung schwer, dass die Kommunisten in Russland einmal die Mehrheit der Bevölkerung nicht gegen, sondern hinter sich gehabt haben sollen. Aber auch schon vor dem Untergang des

Sowjetkommunismus vermochte man im Westen nicht zu glauben, dass bei der Machtübernahme der Bolschewiki in der Oktoberrevolution von 1917 alles mit rechten Dingen zugegangen sei. Lange folgte man der Meinung, durch Terror, Propaganda und Betrug seien die Bolschewiki nach vorn gekommen und geblieben, sie hätten die Massen einfach getäuscht.

Heute ist in Russland eine revolutionäre Umkehrung der Entwicklung von 1917 eingetreten: Die Kommunisten selbst haben die Herrschaft wieder verloren, weil sie es nicht verstanden, langfristig den elementaren Massenbedürfnissen gerecht zu werden. Als Gorbatschow 1985 an die Macht kam und den Sowjetkommunismus entscheidend zu reformieren suchte, war es bereits zu spät.

Im Westen war das Ende der Sowjetunion schon seit längerem prognostiziert worden, gerade auch von russischen Emigranten und Oppositionellen: Die Indizien für wirtschaftliche Stagnation in einer sich immer schneller wandelnden Welt häuften sich, für eine Weltmacht mit hohen Rüstungskosten eine tödliche Bedrohung. Die Reformpolitik Gorbatschows seit 1985 veränderte die negative Wahrnehmung der Sowjetunion im Westen grundlegend. Die Wirtschaftsmisere aber bekam Gorbatschow durch seine vorsichtigen Maßnahmen, die sich mit Rücksicht auf die übermächtigen Eliten des Sowjetstaates in Partei, Staat und Armee durchaus an den Rahmen der sozialistischen Zentralverwaltungswirtschaft hielten, nicht in den Griff. Gorbatschow orientierte sich an der Neuen Ökonomischen Politik, die Lenin nach der Beendigung des Bürgerkrieges 1921 eingeführt hatte, um der darniederliegenden Wirtschaft des jungen Sowjetstaates durch begrenzte marktwirtschaftliche Elemente wieder auf die Beine zu helfen. Diese Parallele war aber Ende der achtziger Jahre des 20. Jahrhunderts kontraproduktiv: Gerade das Ende der Neuen ökonomischen Politik unter Stalin bewies schlagend die Reformunfähigkeit des sowjetkommunistischen Systems. Der durch einen reaktionären Generalsputsch noch beschleunigte Zusammenbruch der Sowjetunion war unabwendbar: Am 31.12.1991 hörte sie auf zu existieren – überraschend schnell und unblutig.

Dieser Zusammenbruch stellte nun die Bewertung der Oktoberrevolution von 1917 in einen grundstürzend neuen Konflikt: Sie wurde obsolet als Ausgangspunkt für einen Neuanlauf zur Gestaltung von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft – so wie ihn Gorbatschow noch vergeblich versucht hatte. Man musste in die Revolutionsphase vor dem „Roten Oktober“ zurückgreifen, um eine historische Perspektive für die Zukunft Russlands zu gewinnen. Die Februarrevolution von 1917, die im Westen schon seit langem als der „bessere Weg“ Russlands in die Moderne angesehen worden war, kam zu neuen Ehren, vor allem aber das alte Russland des Zaren, das nach einigen Reformbemühungen (Witte, Stolypin) durch seine verfehlte Verfassungs- und Kriegspolitik 1917 endgültig gescheitert war. Die Oktoberrevolution war in dieser nostalgischen Sicht auf eine vorrevolutionäre „gute, alte Zeit“ im Russischen Reich des Zaren nicht nur historisch widerlegt, sondern geradezu das Werk des Teufels.[2]

Demgegenüber gilt es herauszuarbeiten, dass diese Deutung genauso wirklichkeitsfremd ist wie die Kanonisierung der Oktoberrevolution durch die Sowjethistoriographie. Die Oktoberrevolution hat über siebzig Jahre die Geschichte Russlands entscheidend geprägt, ihre Entwertung hinterlässt bei den meisten Russen, die nichts anderes kennengelernt haben, ein schmerzliches Orientierungsvakuum. Tragfähige Perspektiven für die Zukunft Russlands – jenseits gut gemeinter Transformationsvorschläge von außen – zeichnen sich allenfalls unklar ab, und vor allem fehlt ihnen der gerade in der Umbruchsphase unumgängliche Basiskonsens der gesellschaftlich relevanten Sozialgruppen. Dabei hat Russland seit 1993 eine demokratische Verfassung mit garantierten Menschenrechten. Aber auf dem Hintergrund eines säkularen Mangels an demokratischer Tradition sowohl unter der Herrschaft des Zarentums wie der des Kommunismus klafft zwischen Verfassungsanspruch und praktischer Politik eine gewaltige Kluft, wie die Präsidentschaften Jelzins und Putins überdeutlich zeigen – und diese besonders im Westen irritierende Kluft lässt sich nur historisch erklären.

Fazit: Die Russischen Revolutionen von 1917 haben durch den Zusammenbruch der Sowjetunion an Gegenwartsrelevanz keineswegs eingebüßt, aber ihre Rolle als Elemente des kollektiven russischen Geschichtsbewusstseins hat eine radikale Umwertung erfahren. Vor allem die Gewichtung zwischen den beiden Revolutionen von 1917 hat sich dramatisch verschoben.[3]

II. Didaktische und thematische Profilierung

Auf diesem Hintergrund muss es heute in Schule und Erwachsenenbildung um ein historisch fundiertes Verständnis der aktuellen Situation im postsowjetischen Russland gehen. Diese ist für den Großteil der Bevölkerung vor allem durch eine politische und weltanschauliche Orientierungslosigkeit nach der radikalen Entwertung des vor 1991 allmächtigen Sowjetkommunismus gekennzeichnet. Daraus ergeben sich vor allem drei Aspekte:

– eine deprimierende und lähmende Hoffnungslosigkeit großer Teile der Bevölkerung nach der Zerstörung aller Illusionen trotz der erbrachten großen Opfer, die für viele jedes Vertrauen in die Möglichkeit einer besseren Zukunft zerstört hat

– daraus folgend eine nostalgische Rückwendung in die „gute, alte Zeit“ der Zarenherrschaft, die angeblich erst durch die Revolution zerstört wurde

– eine weitverbreitete, mit Hilfe der Staatsmedien und einer willfährigen Justiz inszenierte Zustimmung zum autokratischen „System Putin“, das diese Nostalgie geschichtspropagandistisch nutzt, um sein Konzept einer „Vertikale der Macht“ durchzusetzen und damit in der politischen Praxis die demokratische Verfassung von 1993 auszuhebeln.[4]

Wer diese Zusammenhänge nicht durchschaut oder gar bewusst ignoriert, kann die immer noch dramatische Umbruchssituation in Russland als einer auch heute noch bedeutenden Großmacht und die Ziele der oppositionellen Demokratiebewegung kaum verstehen und einordnen – hier liegt eine zentrale historisch-politische Bildungsaufgabe in Schule und Erwachsenenbildung, gerade in Deutschland. Es geht heute in Russland um das – trotz der Verfassung von 1993 – immer noch nicht eingelöste demokratische Erbe der Februarrevolution von 1917. Weder die Zarennostalgie noch die aktuelle Rekonstruktion der Autokratie bieten einer durchgreifenden Demokratisierung günstige Perspektiven.

III. Methodische Zugriffe

Für die Bearbeitung dieser Thematik in Schule und Erwachsenenbildung eignen sich verschiedene Zugriffe, die gerade am konkreten Beispiel der Russischen Revolutionen von 1917 deutlich machen können, was es mit der vielbeschworenen Multiperspektivität, der Ambivalenz und Kontingenz von Geschichte eigentlich auf sich hat: Geschichte bleibt, vor allem an ihren bedeutenden Wendepunkten, diachron und synchron in einem unüberholbaren Sinne kontrovers. Wir erörtern im Folgenden die Differenzierung von Zeitdimensionen und Phasen der historischen Verläufe (1), die Identifizierung von Ebenen und Sektoren der gesellschaftlich-politischen Interaktion (2), der Konfrontierung von endogen und exogenen Voraussetzungen und Ursachen der Revolutionen von 1917 (3) und die Situations- und Konfliktanalyse aus der Sicht der damals Agierenden (4). Alle diese Zugriffe gehen von impliziten Vorannahmen zur Aporie von menschlicher Willens- und Handlungsfreiheit sowie sachlogischer und mentaler Determination in der Geschichte aus. Diese Vorannahmen haben ganz erhebliche Konsequenzen für das historisch-politische Lernen, geht es dabei doch um den Handlungsspielraum nicht nur des einzelnen Menschen, sondern auch der sozialen und politischen Gruppen in vergangener Geschichte und gegenwärtiger wie künftiger Politik.[5]

1. Die Differenzierung von konkret verifizierbaren *Zeitdimensionen* ist für die historische Analyse jenseits der schlichten Narration unerlässlich. So leuchtet es z. B. ein, dass eine Beantwortung der Frage nach der Vermeidbarkeit der Russischen Revolution wesentlich davon abhängt, in welchem Bereich der *Revolutionsvorgeschichte* man sich jeweils bewegt:

– ob im langfristigen, den man etwa mit der russischen Niederlage im Krimkrieg 1854/56 beginnen lassen könnte und der grundlegende sozioökonomische und politische Modernisierungsmaßnahmen unausweichlich machte, wenn Russland im Kreis der Großmächte weiterhin bestehen wollte

– ob im mittelfristigen Bereich, dem sich die Entwicklung von der russischen Niederlage im Krieg gegen Japan 1904/05 bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges 1914 zuordnen lässt, oder

– ob im kurzfristigen Bereich der Revolutionsvorgeschichte, der die Kriegsjahre bis 1917 umfasst.

Der Handlungsspielraum der herrschenden Regierung und Elite wurde immer enger, je weniger der wirkliche Abbau revolutionärer Spannungen durch die nur halbherzig durchgeführten Reformschübe nach den beiden Niederlagen gelang. Sobald sich die Situation wieder stabilisierte, wurden die Reformen abgebrochen und teilweise sogar zurückgenommen, zeigte sich in harter Reaktionspolitik die unüberwindliche Scheu des autokratischen Systems vor Strukturveränderungen mit ihren unüberschaubaren Folgen. Diese Zick-Zack-Politik untergrub auf die Dauer das Vertrauen der Bauern- und Arbeitermassen in die ehrliche Reformbereitschaft der zaristischen Regierung.

Langfristige Revolutionsursachen sind die wichtigsten, aber sie lassen sich schwerer überzeugend nachweisen als die mittelfristigen und kurzfristigen. Terminologisch lassen sie sich auch unter den weniger deterministischen Begriffen der „Voraussetzungen“ und „Bedingungen“ einer Revolution fassen, womit klarer zum Ausdruck kommt, dass es im Bereich der langfristigen Vorgeschichte durchaus Alternativen zu der tatsächlich eingetretenen Entwicklung gegeben haben kann. Diese Alternativen muss die historische Untersuchung herausarbeiten und in ihre Analyse und Bewertung des tatsächlich abgelaufenen Geschehens einfließen lassen, wenn sie den – unter dem Gesichtspunkt der politischen Bildung höchst fatalen – Eindruck vermeiden will, dass alles so kommen musste, wie es kam.

Bei der Analyse des *Verlaufs* der Russischen Revolutionen 1917 ist eine Anwendung der Zeitkategorien „lang-, mittel- und kurzfristig“ nicht ergiebig, da dieser Verlauf nach kaum zehn Monaten beendet war. Dennoch bleibt es auf der Suche nach Erklärungen für den schnellen Zusammenbruch der Februardemokratie in Russland sinnvoll, bei der Strukturierung der Ereignisgeschichte nach *Phasen* und *Zäsuren* in der russischen Entwicklung des Jahres 1917 zu suchen. Dafür kommen in Frage die Etablierung der sog. Doppelherrschaft, die Aprilkrise, der Juliaufstand und der Kornilovputsch.

a) Als *Doppelherrschaft* bezeichnet man das verfassungsrechtlich ungeklärte Nebeneinander von Provisorischer Regierung, die aus der von konservativen und liberalen Parteien geprägten Duma hervorgegangen war, und Sowjets, die ihren Ursprung in der revolutionären Bewegung von Arbeitern, Soldaten und Bauern hatten und schon in der gescheiterten Revolution von 1905/06 erstmals gebildet worden waren.

> „In der Parallelexistenz von Provisorischer Regierung als Repräsentanz der bürgerlichen Demokratie einerseits und Räte-(Sowjet-)Organen als Vertretung der revolutionären Demokratie andererseits äußerte sich die fortwirkende soziale Kluft, welche die gebildete Oberschicht Russlands von der großen Mehrheit der Bevölkerung trennte.“[6]

Provisorische Regierung und Sowjets waren trotz unterschiedlicher Ziele aufeinander angewiesen, vor allem angesichts der zunächst noch bestehenden Drohung einer Gegenrevolution: Der Provisorischen Regierung fehlte die Massenbasis, den Sowjets Legitimität, Regierungs- und Verwaltungserfahrung und großenteils – infolge ideologischer Bedenken – auch der Wille, die Regierungsmacht und -verantwortung schon in der „bürgerlichen" Phase der Revolution zu übernehmen. So kam es zu dem die wesentlichen Fragen (z. B. hinsichtlich der Beendigung des Krieges und der Durchführung der Bodenreform) ausklammernden, auf die Dauer unhaltbaren Nebeneinander von Provisorischer Regierung und Sowjets, in dem die eine die politische Verantwortung, die anderen die Macht hatten. Basis der begrenzten Kooperation war der gemeinsame, aber von den jeweiligen Fernzielen her durchaus unterschiedlich interpretierbare Grundsatz, in Russland demokratische Institutionen und bürgerliche Freiheiten einzuführen.

b) Die *Aprilkrise* führte schon wenige Wochen nach der Etablierung des neuen politischen Systems zum Rücktritt zweier Minister aus den liberalen Parteien, und zwar des Kriegsministers Gutschkow (Oktobrist) und des Außenministers Miljukow (Kadett), deren Konzept einer Fortführung des Krieges an der Seite der Westmächte bis zur siegreichen Beendigung mit den Interessen der Arbeiter, Bauern und Soldaten nicht mehr in Einklang zu bringen war. Die Aprilkrise zeigte, wie labil das Gleichgewicht zwischen der bürgerlich-liberalen Provisorischen Regierung und den sozialistischen Räteorganen war. Sie führte zwar zunächst zur Bildung eines liberal-sozialistischen Koalitionskabinetts und damit zur Revision des ursprünglichen Verzichts der sozialistischen Parteien auf die Regierungsverantwortung, das Koalitionskabinett scheiterte aber innerhalb von zwei Monaten an Differenzen zwischen seinen liberalen und sozialistischen Mitgliedern, vor allem zwischen dem Ministerpräsidenten Fürst Lwow und dem Landwirtschaftsminister Tschernow, dem Führer der Sozialrevolutionäre, hinsichtlich der Durchführung der Bodenreform (über deren prinzipielle Notwendigkeit war man sich einig). Als noch fataler aber erwies sich der Umstand, dass der Eintritt sozialistischer Minister in die Regierung nicht die Billigung der Arbeiter- und Soldatenmassen fand: Die nunmehr mit der Verantwortung belasteten sozialistischen Minister – gebremst durch ihre liberalen Kollegen und die im Amt schnell wachsende Kenntnis der Sachprobleme – waren nicht in der Lage, die erforderlichen Reformmaßnahmen in dem von den Massen gewünschten Umfang und Tempo durchzuführen. Daraufhin wurden sie im Petrograder Sowjet als „Verräter" scharf angegriffen. Die Petrograder Massen begannen sich in bedeutenderem Umfang den Bolschewiki zuzuwenden.

Durch die *Aprilthesen*, die Lenin bei seiner Rückkehr nach Petrograd verkündete und die die bolschewistische Partei nach anfänglicher Orientierungslosigkeit auf einen kompromisslosen Kampf gegen die Provisorische Regierung festlegten, erhielt die Aprilkrise noch einen zusätzlichen bedrohlichen Aspekt.

c) Der *Juliaufstand* wurde während der sog. Kerenskij-Offensive, der letzten großen militärischen Kraftanstrengung des vorbolschewistischen Russland, von Petrograder Arbeitern und Soldaten unternommen, auf deren Druck hin die Bolschewiki die Führung des Aufstands übernahmen, ohne aber ihre Vorstellungen wirklich durchsetzen zu können. Der Juliaufstand markiert eine weitere Niedergangsphase des demokratischen Experiments in Russland: Die Unzufriedenheit mit der Provisorischen Regierung erreichte trotz des Eintritts sozialistischer Minister den Grad offener Empörung, die nur durch Truppeneinsatz niedergeworfen werden konnte – deutliches Symptom für den Autoritätsverfall der Regierung, die bis dahin eine Politik konsequenter Gewaltlosigkeit verfolgt hatte. Wesentliche Ursache der Empörung war die Reaktivierung des Krieges durch die großangelegte Offensive, die im Gegensatz zu den ständigen Friedensversprechungen stand. Noch vermochte die Regierung zu siegen, da sich der Petrograder Arbeiter- und Soldatensowjet hinter sie stellte und die große Mehrheit der russischen Bevölkerung außerhalb der Hauptstadt einem radikalen Umsturz ablehnend gegenüberstand. Für die Bolschewiki bedeutete der Ausgang des Juliaufstands eine schwere Niederlage, zeitweise zurückgehende Popularität infolge des Vorwurfs, im Solde des deutschen Kriegsgegners zu sein, und offizielle Verfolgung, die sich in der Praxis allerdings nicht konsequent durchführen ließ.

d) Die große Chance der Bolschewiki war in dieser Situation der *Kornilowputsch*, benannt nach dem führenden General (Kornilow war seit der Julioffensive Höchstkommandierender der russischen Armee). Ziel des Putsches war die gewaltsame Wiederherstellung der Stabilität durch Errichtung einer Militärdiktatur. Nur mit Hilfe der Bolschewiki, denen dadurch ein glänzendes politisches Comeback ermöglicht wurde, vermochte die inzwischen von dem Sozialrevolutionär (Trudovik) Kerenskij geführte Regierung den Putschversuch zum Scheitern zu bringen, und zwar ohne jegliches Blutvergießen – lediglich mit den Mitteln der Sabotage und der Agitation unter den Truppen Kornilows. Der Erfolg wurde denn auch den Bolschewiki zugewiesen und gegen die Regierung Kerenskij ausgelegt, die in ihren letzten Wochen zwischen den Fronten der bolschewistischen und der Konterrevolution regelrecht zerrieben wurde. Direkte Konsequenz des Kornilowputsches war ein stärkerer bolschewistischer Einfluss nunmehr auch außerhalb Petrograds und das Zustandekommen bolschewistischer Mehrheiten in den wichtigen Arbeiter- und Soldatenräten von Petrograd und Moskau und die mit deren Hilfe im folgenden Monat inszenierte bolschewistische Machtergreifung. Die proletarischen Massen in den großen Städten trauten offenbar nur noch den Bolschewiki eine Rettung der Revolution zu; die Soldaten und Bauern, soweit sie nicht ohnehin bolschewistisch gesinnt waren, sahen keinen Grund, die aus der Februarrevolution hervorgegangene und inzwischen hauptsächlich von Sozialisten getragene Regierung aktiv gegen eine radikale Partei zu verteidigen, welche die Forderungen nach Frieden, Land und Arbeiterkontrolle in den Betrieben auf ihre Fahnen geschrieben hatte.

So markieren Doppelherrschaft, Aprilkrise, Juli- und Kornilowputsch vier Etappen, die den anscheinend unaufhaltsamen Zerfall der Februardemokratie und den anscheinend ebenso unaufhaltsamen Aufstieg der Bolchewiki scharf ins Blickfeld rücken.

2. Eine solche Phaseneinteilung, wenn sie an den wirklich entscheidenden Zäsuren festgemacht wird, erleichtert die Orientierung. Eine hinreichende problemanalytische Erklärung ist damit freilich noch nicht gegeben. Andere Analysestrategien müssen zusätzlich herangezogen werden. So besteht – von einem gesamtgesellschaftlich orientierten systemtheoretischen Ansatz aus – die Möglichkeit, sich außer der prozessual-dynamischen Dimension des zeitlichen Verlaufs alternativ oder additiv auch die strukturell statische Dimension nutzbar zu machen, also die *Ebenen und Sektoren der gesellschaftlich-politischen Interaktion* wie Wirtschaft, Gesellschaft, Innen- und Außenpolitik, Krieg und Ideologie zu unterscheiden.

Man muss dann nach Ursachen und Bedingungen für das Scheitern der Februarrevolution auf der ökonomischen, sozialen, politischen, militärischen und ideologischen Ebene suchen. Hier geht es um die dramatische Versorgungskrise vor allem der städtischen Bevölkerung, um die illegale Inbesitznahme der großen Grundbesitzungen und Fabriken durch die Arbeiter- und Bauernkomitees, um die prekäre Doppelherrschaft und das Problem der liberal-sozialistischen Koalition, um das verfehlte Krisenmanagement der Provisorischen Regierung und der nichtbolschewistischen Räteführung, um die ständige Verschiebung der Wahl einer konstituierenden Nationalversammlung und das Nationalitätenproblem, um den Zerfall der Armee und den Kardinalfehler der trotzdem unternommenen Julioffensive, schließlich im ideologischen Bereich um die kaum praktikable „Zweistadienlehre“ der Menschewiki und Sozialrevolutionäre sowie um Lenins auf die russischen Verhältnisse sehr effektiv zugeschnittene Imperialismus- und Revolutionstheorie. Die nur partiellen Änderungen des vorrevolutionären Zustandes auf den einzelnen Ebenen gesellschaftlich-politischer Interaktion stempeln die Februardemokratie tatsächlich zu einer „bürgerlichen“ mit ihrer Tendenz, Änderungen des politischen Systems zumindest während des Krieges möglichst nicht auf die sozioökonomische Basis übergreifen zu lassen. Zwar war die Februarrevolution von nichtbürgerlichen Volksschichten ins Werk gesetzt worden, und die Räteführung hatte für die Zeit nach Kriegsende durchaus sozialistische Strukturänderungen auf dem Programm. Aber in der nach der Aprilkrise eingegangenen Kriegskoalition mit dem liberalen Bürgertum und den dadurch erzwungenen zeitweiligen Verzichten wurde der politische Kredit der sozialistischen Räteführung bei den Arbeiter-, Soldaten- und Bauernmassen schnell verbraucht – zugunsten der Bolschewiki. Kurz vor der Oktoberrevolution kam es in der Friedens- und Landfrage zum Bruch zwischen der von Kerenskij geführten Provisorischen Regierung und den Menschewiki und Sozialrevolutionären, aber zu diesem Zeitpunkt konnte der den Bolschewiki günstige Trend nicht mehr aufgehalten werden.

Selbstverständlich stehen die Ursachenkomplexe für das Scheitern der Februarrevolution auf den verschiedenen Ebenen gesellschaftlich-politischer Interaktion in enger Wechselwirkung. Ihre analytische Isolierung und Detailuntersuchung führt daher nicht zu einer einzigen schlüssigen Antwort auf unsere Kardinalfrage. Vielmehr wird durch das Herauspräparieren mehrerer Ursachenkomplexe geradezu die Frage provoziert, welche Prioritäten denn nun unter ihnen zu setzen sind. Und diese Frage lässt sich *nur* mit Hilfe des Quellenmaterials *nicht* entscheiden. Die Antwort wird vielmehr durch erkenntnistheoretische und politisch-soziale Prämissen direkt oder indirekt ganz erheblich mitbestimmt – z. B. durch die jeweilige Stellungnahme zur marxistischen Basis-Überbaulehre; sie ist daher innerhalb relativ weiter Grenzen kontrovers.

3. Man kann die Ursachen für das Scheitern der Februarrevolution auch nach *exogenen* und *endogenen* differenzieren. Dabei würde hervortreten, welche zentrale Rolle die Fortführung des Krieges für den schnellen Nieder- und Untergang der revolutionären Demokratie in Russland gespielt hat. Alle endogenen Gründe für das Scheitern der Provisorischen Regierung und der nichtbolschewistischen Räteführung sind mit der Fortführung des Krieges als der prima causa eng verbunden. Die Armeen der Kriegsgegner Deutschland und Österreich-Ungarn waren tief in Russland eingedrungen, die Verluste an Menschen und Material ungeheuer, die Versorgung der Bevölkerung katastrophal, die Hilfe der verbündeten Westmächte gering, Amerika noch nicht voll kriegsbereit. Gleichwohl drängten die Bundesgenossen zur Entlastung der Front in Frankreich auf eine große Offensivanstrengung Russlands. Die daraufhin tatsächlich unternommene Kerenskij-Offensive endete mit der vorhersehbaren Katastrophe. Die Volksmassen waren nun überzeugt, dass die Provisorische Regierung den Krieg weder gewinnen noch beendigen könne und damit die geforderten Veränderungen immer weiter verschoben und immer unsicherer würden; sie liefen, vor allem in den Städten, zu den Bolschewiki über.

Der Krieg führte zur Fortsetzung des Massenelends und zur Verschiebung der für die innere Stabilisierung dringend notwendigen Reformen. Dass er für die Ergebnisse der Februarrevolution zu einer Gefahr werden konnte, das haben auch die liberalen und sozialistischen Kräfte gesehen, die die Provisorische Regierung trugen. Aber die Friedensforderungen, die die siegreichen Kriegsgegner stellen würden und nach der bolschewistischen Machtergreifung auch tatsächlich stellten, erschienen ihnen als unerträglich, zumal auf dem Hintergrund der schon gebrachten Opfer. Die Liberalen hatten zudem – ganz abgesehen von den für ihre Mehrheit noch verbindlichen weiterreichenden Kriegszielen (Meerengen!) – einen ganzen Komplex von Gründen, der ihnen die Weiterführung des Krieges auf alliierter Seite nahelegte. Ihnen galt das politische System der Westmächte – insbesondere Englands – als verfassungsmäßiges Vorbild. Die Überlebensfähigkeit der jungen russischen Demokratie hing in politischer, ökonomischer und militärischer Hinsicht wesentlich vom Wohlwollen der Westmächte mit ab, so dass man sie schon im eigenen Interesse in ihrem Kampf

gegen die Mittelmächte nicht allein lassen durfte. Schließlich spielte, gerade bei den Liberalen, auch der Gedanke mit, dass der Krieg die ständig überbordende revolutionäre Massenunruhe disziplinieren und auf den äußeren Feind ablenken werde.

Der menschewistisch-sozialrevolutionäre Block, dessen Einstellung in der Friedensfrage entscheidend wurde, dachte grundsätzlich pazifistisch, lehnte aber einen deutsch-russischen Separatfrieden ab, obwohl dieser den „schnellsten" Weg zum Frieden darstellte. Menschewiki und Sozialrevolutionäre befürchteten in ihrer Mehrheit, dass ein alleiniges Ausscheiden Russlands aus dem Krieg den Deutschen vor einem wirkungsvollen Eingreifen der Amerikaner zum entscheidenden Sieg im Westen verhelfen könne; einem siegreichen Deutschland gegenüber musste aber das durch Krieg und Revolution geschwächte Russland in die Rolle eines Satelliten geraten, und dies gefährdete wiederum den Erfolg der Revolution in Russland.

Die Mehrheit der russischen Sozialisten versuchte daher, einen Generalfrieden ohne Annexionen und Kontributionen durchzusetzen. Auf einer internationalen Sozialistenkonferenz in Stockholm sollte eine Solidarisierung der sozialistischen Parteien aller kriegführenden Länder in der Friedensfrage erreicht werden. Der von dieser Konferenz ausgehende Druck sollte dann auf einer internationalen diplomatischen Konferenz die Regierungen der verbündeten Westmächte zwingen, die annexionistischen und ökonomischen Kriegsziele aufzugeben. Danach würden auch die Regierungen der Mittelmächte im Hinblick auf die Stimmung der Volksmassen im eigenen Lande einem Frieden ohne Annexionen und Kontributionen zustimmen müssen. Während dieser Friedensbemühungen sollte die Kampfkraft der russischen Armee nicht nur wiederhergestellt, sondern in neuen Offensivanstrengungen wirkungsvoll demonstriert werden, um in den Verhandlungen mit Verbündeten und Gegnern der Stimme des revolutionären Russland Gewicht zu verleihen.

Dieser komplexe Friedensplan des sog. *revolutionären Defensismus* scheiterte im Verlaufe des Sommers 1917 aus folgenden Gründen:

a) Seine Initiatoren unterschätzten die Kriegsmüdigkeit im eigenen Lande. Für die Massen der russischen Soldaten, Arbeiter und Bauern war der Plan viel zu kompliziert, seine Ausführung zu widersprüchlich und zu langwierig. Sie vermochten nicht einzusehen, warum ihnen ständig der ersehnte Frieden versprochen wurde und sie trotzdem an der Front angreifen sollten.

b) Andererseits wurde – unter dem Eindruck der russischen Erfahrungen – die Kriegsmüdigkeit und die internationale sozialistische Solidarität in den verbündeten und gegnerischen Ländern überschätzt. Die dortigen sozialistischen Parteien waren infolge ihrer fortgeschrittenen sozialen Integration in die nationalen Gesellschaften weit davon entfernt, die Kriegsziele der eigenen Regierungen mit der Konsequenz und Kompromisslosigkeit zu bekämpfen, wie dies unter dem Druck der Massenbewegung die russischen Sozialisten etwa in der Aprilkrise getan hatten.

c) Die Regierungen der westlichen Länder waren unter dem Druck der von ihnen zuvor auf Siegfrieden programmierten öffentlichen Meinung in den eigenen Staaten gar nicht in der Lage, nach einem dreijährigen Ringen und beispiellosen Opfern einfach zu erklären, es solle nun alles beim Status quo ante bleiben, vor allem hinsichtlich Elsass-Lothringens und der deutschen politischen und ökonomischen Machtstellung. Zudem lagen entsprechende deutsche Zusagen nicht vor. Und schließlich wurde die allgemeine Kriegsmüdigkeit des Frühjahrs 1917 auf westlicher Seite durch den Kriegseintritt der USA und das Scheitern des deutschen unbeschränkten U-Boot-Krieges gegen England überwunden. Die Westmächte waren nun überzeugt, den Krieg notfalls auch ohne Russland gewinnen zu können, zumal der Zusammenbruch der Julioffensive deutlich gemacht hatte, dass bedeutende Angriffskapazitäten von Russland nicht mehr zu erwarten waren.

Nach dem Scheitern des Generalfriedensplanes waren die Menschewiki und Sozialrevolutionäre nicht mehr in der Lage, ein Alternativprogramm zu erarbeiten. So verloren sie entscheidende Teile ihrer Massenbasis, vor allem in den großen Städten, an die Bolschewiki. Deren Konzept des sog. *revolutionären Defaitismus* lief in der gegebenen Situation praktisch auf einen Sonderfrieden mit den Mittelmächten hinaus.

Nach Abwägung aller Faktoren kommt man heute im Rückblick zu dem Ergebnis, dass Russland nur durch einen solchen Sonderfrieden in absehbarer Zeit aus dem Krieg ausscheiden konnte – mit allen Risiken, die dieser Schritt einschloss und die die Menschewiki und Sozialrevolutionäre und zunächst auch die Bolschewiki nicht eingehen wollten (harte Friedensbedingungen, Verfeindung mit den bisherigen Verbündeten, Entzug der westlichen Kapitalhilfe für Russland und der weltweiten propagandistisch-ideologischen Unterstützung für die Russische Revolution, Abhängigkeit von Deutschland nach dessen Sieg im Westen). Die Bolschewiki gingen schließlich konsequent den Weg des Separatfriedens und konnten daher die Macht erobern und behaupten. Lenin schätzte im Hinblick auf die Friedenssehnsucht der russischen Massen den Zeitfaktor richtiger ein als seine politischen Konkurrenten. Er musste dann allerdings auch die befürchteten Konsequenzen eines Separatfriedens ziehen. Doch in einem entscheidenden Punkt hatten die Bolschewiki einfach Glück – in einem 1917 nicht vorhersehbaren Umfang: Deutschland verlor den Krieg im Westen trotz des Sonderfriedens mit Russland, da dieser so spät erfolgte, dass die Entscheidungsoffensive in Frankreich erst nach dem Eintreffen erheblicher amerikanischer Kräfte beginnen konnte und damit zum Scheitern verurteilt war. Die deutsche Niederlage im Herbst 1918 ersparte dem bolschewistischen Russland die Abhängigkeit von Deutschland, und drückende Bestimmungen des Brester Friedens, z. B. hinsichtlich der Ukraine, konnten revidiert werden. Die siegreichen Westmächte waren, wie sich im Bürgerkrieg zeigte, für das bolschewistische Russland ein weniger gefährlicher Gegner als ein siegreiches Deutschland.

4. Damit sind wir schon bei den Kriterien einer weiteren Forschungs- und Unterrichtsstrategie angelangt, die nach Erklärungen für das Scheitern der Februardemokratie sucht, nämlich der *Situations- und Konfliktanalyse*. Hier ist zu fragen: a) In welcher Lage standen welche politischen Gruppierungen mit welchen Zielen einander gegenüber? b) Welche Mittel konnten sie einsetzen? c) Waren Ziele und Mittel der Lage und den politischen Gegnern angemessen? Die ersten beiden Fragen sind verhältnismäßig leicht zu beantworten, aber auch die letzte lässt sich mit Hilfe der sichtbar gewordenen Folgen einigermaßen sicher klären, auch wenn es hier Forschungskontroversen gibt.

a) Die Situation Russlands im Jahre 1917 ist gekennzeichnet durch eine von Soldaten, Bauern und Arbeitern getragene revolutionäre Massenbewegung, die unter dem Druck des Krieges ständig außer Kontrolle zu geraten droht. Die politischen Gruppierungen, die mit dieser Situation fertig zu werden versuchen, lassen sich einteilen in bürgerlich-liberale, sog. „gemäßigt"-sozialistische und „radikal"-sozialistische. Die wichtigsten Parteien innerhalb dieser drei Gruppierungen waren die Kadetten, der Block der Menschewiki und Sozialrevolutionäre und die Bolschewiki, die häufiger mit der Unterstützung der linken Menschewiki und Sozialrevolutionäre rechnen konnten.

Ziel der liberalen Gruppierungen war die Etablierung eines bürgerlich-demokratischen Rechts- und Verfassungsstaates nach westlichem Vorbild, der auf privatwirtschaftlichem Fundament ruhte, aber zugleich Raum ließ für eine Enteignung von Großgrundbesitz gegen Entschädigung und für eine reformistische Arbeitergesetzgebung. Allerdings sollten alle tiefergreifenden Änderungen nach dem liberalen Konzept bis zur Konstituierung der verfassungsgebenden Nationalversammlung oder sogar bis Kriegsende verschoben werden. Der Krieg musste bis zur siegreichen Beendigung an der Seite der Westmächte fortgesetzt werden, um so Russlands Großmachtstellung zu erhalten und auszubauen und der jungen Demokratie das lebenswichtige Wohlwollen des Westens zu sichern.

Ziel der sog. gemäßigt-sozialistischen Gruppierungen, deren Kurs angesichts der Führungsschwäche in der Sozialrevolutionären Partei stark von den Menschewiki bestimmt wurde, war die Erhaltung und Weiterentwicklung der Februardemokratie mit ihrem Nebeneinander von bürgerlich geprägter Regierung und sozialistischen Sowjets. Tiefgreifende Änderungen der Eigentumsstruktur und die Durchsetzung weitgehender Rechte für die arbeitende Bevölkerung in Stadt und Land standen für die Zeit nach dem Friedensschluss auf dem Programm. In der Situation des Jahres 1917 plädierten diese politischen Gruppen nicht für eine direkte revolutionäre Massenaktion zur Erreichung ihrer Ziele, sondern für deren spätere legal-reformistische Realisierung durch eine demokratisch gewählte Nationalversammlung, in der sie sich die Mehrheit erhofften. Für diese Strategie gab es mehrere Gründe:

– Seit der Februarrevolution war es unverkennbar, wie schwer sich die übermächtig angeschwollene revolutionäre Massenbewegung in Russland selbst durch die sozialistischen Parteiführer kontrollieren ließ.

– Für eine konsequente Vollendung der Revolution im sozialistischen Sinne war es nach Auffassung dieser Gruppierungen noch zu früh, da Russland erst soeben seine „bürgerliche Revolution“ erlebt hatte, noch in den Anfängen kapitalistischer Industrialisierung stand und das Bündnis von bürgerlichen und sozialistischen Demokraten gegen die permanente Drohung der Konterrevolution unabdingbar war – wie die Erfahrung von 1905/06 gezeigt hatte.

– Russland musste kriegsfähig bleiben, um den von diesen politischen Gruppierungen angestrebten Frieden ohne Annexionen und Kontributionen durchsetzen zu können.

Ziel der Bolschewiki unter Lenins Führung war die sofortige Inangriffnahme der „zweiten Etappe der Revolution“, das heißt konkret: Sturz der Provisorischen Regierung und konsequente Entmachtung der alten Eliten in der Armee, auf dem Lande und in den Fabriken zugunsten der Soldaten, Bauern und Arbeiter. Dabei sollten in kompromisslosem Klassenkampf die Voraussetzungen für die sozialistische Zukunftsgesellschaft geschaffen werden. Aus taktischen Gründen, vor allem im Hinblick auf die „kleinbürgerliche“ Besitzermentalität der Bauern, wurde das bolschewistische Programm allerdings nicht in seinen vollen Konsequenzen propagiert. Der Krieg, von Lenin sowohl in seiner liberalen wie in seiner sozialistischen Legitimation als imperialistisch verurteilt, sollte sofort beendet werden, da er revolutionäre Maßnahmen im Innern verhinderte. Von einer gleichzeitig ausbrechenden sozialistischen Weltrevolution, vor allem in den fortgeschrittenen Ländern Europas, erhoffte Lenin die Ausbalancierung der zu erwartenden schweren Folgen des unumgänglichen Verlustfriedens mit den Kriegsgegnern und die Erreichung sozialistisch-kommunistischer Revolutionsziele in einem rückständigen Land.

b) Das letztlich allein durchschlagende Machtmittel war in der revolutionären Situation des Jahres 1917 für alle politischen Gruppierungen eine breite Massenbasis in Armee, Bauern- und Arbeiterschaft. Hier erwiesen sich die Möglichkeiten der Kadetten und anderer liberaler Gruppen, die gegen ihr eigenes Selbstverständnis von den Volksmassen zunehmend als bürgerliche Interessenparteien eingeschätzt wurden, als sehr begrenzt. Die Kadetten hatten nicht einmal das besitzende Bürgertum geschlossen auf ihrer Seite, das sie in vieler Hinsicht für zu „links“ hielt und sich – wie schon zur Zeit der zaristischen Autokratie – in eigenen Interessenvertretungen zusammenschloss. Die dauerhafte soziale Basis der Kadetten bestand lediglich aus der berufsständischen Intelligenz (Professoren, Lehrer, Rechtsanwälte, Ärzte u. a.). In dieser Lage verließen sie sich hauptsächlich auf die segensreichen Wirkungen, die eine enge Kooperation mit den Westmächten für die junge russi-

sche Demokratie haben würde. Aber diese Wirkungen konnten erst mittel- und langfristig hervortreten.

Die sog. gemäßigten und radikalen Sozialisten entsprachen mit ihren Programmen den elementaren Bedürfnissen der Volksmassen in unmittelbarerer Weise als die Kadetten. Ihrer Agitation waren daher auch viel größere Erfolge beschieden. Durch das begrenzte Zusammengehen mit den Liberalen verloren allerdings die gemäßigten Sozialisten in dem Maße für die Soldaten, Bauern und Arbeiter an Profil, in dem diesem Zusammengehen handgreifliche Ergebnisse nicht folgten.

c) Es besteht heute auch unter den westlichen Historikern ein weitgehender Konsens, dass keine russische Partei die Lage im Jahre 1917 so realistisch eingeschätzt hat und folglich für ihre Ziele so konsequent ausnutzen konnte wie die bolschewistische Partei, die allerdings damals von dem Leninschen Modell einer homogenen, straff zentralisierten und berufsrevolutionären Kaderpartei noch weit entfernt war und die Massen der neuen Anhänger zunächst nur unzureichend zu verkraften vermochte. Wer in der revolutionären Situation von 1917 in Russland an die Macht kommen und sie behaupten wollte, brauchte die Unterstützung, zumindest aber die Duldung der Bauern-, Soldaten- und Arbeitermassen, die – das galt vor allem für die große Mehrheit der Bauern und der Armee – unter dem Druck akuter materieller Not und infolge der Unterentwicklung ihres politischen Bewusstseins für eine längerfristig kalkulierende Politik noch gar nicht aufgeschlossen waren. Das aber bedeutete, dass in der gegebenen Situation ein Massenanhang nur durch sofortige Kriegsbeendigung, entschädigungslose Enteignung des Großgrundbesitzes und drastische Einschränkung der unternehmerischen Verfügungsgewalt über die Fabriken zu gewinnen war.

In dem verwirrenden und komplexen Geschehen des Jahres 1917 hat nur Lenin diese Zusammenhänge klar erkannt und entsprechend gehandelt. Wie der von ihm und seiner Partei durchgeführte Staatsstreich unter den Gesichtspunkten der politischen Moral und der Postulate der marxistisch-bolschewistischen Ideologie selbst zu beurteilen ist, steht auf einem ganz anderen Blatt: Von der klassisch-marxistischen Revolutionstheorie her, für die die Menschewiki eintraten, war die Zeit für eine sozialistische Revolution in Russland noch nicht reif. Auch Lenin ging davon aus, dass die ökonomisch-soziale und politische Rückständigkeit Russlands eine konsequente Transformation des Landes im sozialistischen Sinne unmittelbar nach der Machtergreifung nicht zulasse. Deshalb richtete er sich auf eine längere Übergangsphase ein, die durch die „Diktatur des Proletariats“ gekennzeichnet war. Vor allem aber kalkulierte Lenin mit Rahmenbedingungen, deren Nichtrealisierung sich für die Weiterentwicklung der Russischen Revolution als fatal erweisen sollte: Die sozialistische Revolution in Russland ist nur im Rahmen einer durch sie ausgelösten Revolution in den entwickelten kapitalistischen Ländern zu rechtfertigen; Russland empfiehlt sich für den Beginn dieser Weltrevolution, weil es „das schwächste Glied in der Kette des Imperialismus“ ist; mit der Weltrevolution ist aber im

Anschluss an die Russische sicher zu rechnen, da sich der Kapitalismus mit dem Imperialismus in seinem letzten Entwicklungsstadium befindet und verfällt; eine sozialistische Revolution *nur* in Russland, ohne die mittel- und längerfristige Unterstützung des Proletariats in den westlichen Ländern, kann nicht zum Ziele führen. Im Rückblick von heute aus muss man sagen, dass sich Lenins analytische Kraft auf internationalem Feld keineswegs so bewährt hat wie auf dem russischen: Das Proletariat der westlichen Länder folgte mehrheitlich den sog. „gemäßigten" Sozialisten, die in Russland durch die Menschewiki und Sozialrevolutionäre repräsentiert wurden, nicht den „radikalen". Und innerhalb Russlands setzte sich nach Lenins Tod mit einer gewissen inneren Folgerichtigkeit Stalins Konzept vom „Sozialismus in einem Lande" gegen Trotzkijs Strategie der „permanenten Revolution" durch – mit dem Ergebnis, dass zahlreiche mittel- und langfristige Folgen der Oktoberrevolution mit den Lehren und Zielen von Marx und Lenin nicht vereinbar sind. Dies ist eine Konsequenz *auch* der für eine sozialistische Revolution im marxistischen Sinne ungeeigneten russischen Ausgangslage von 1917. Diese Einsicht widerspricht jedoch nicht der These, dass bei realistischer Einschätzung der in Russland nach der Februarrevolution gegebenen Bedingungen eine überzeugende Alternative zur bolschewistischen Machtergreifung nur schwer vorstellbar ist angesichts der erdrückenden Hoffnungslosigkeit der damaligen Lage Russlands und der schwerwiegenden Struktur- und Führungsschwächen im Lager der liberalen, menschewistischen und sozialrevolutionären Gruppen.

5. Fast alle Antworten, die heute mit Hilfe dieser Untersuchungsverfahren auf die Fragen nach den Gründen für das Scheitern der Februardemokratie und den Sieg der Bolschewiki gefunden werden, erweisen sich als kontrovers, sobald es um das Problem der Ursachengewichtung geht – je nachdem, ob man mit der Perspektive der russischen Liberalen oder derjenigen der Sozialrevolutionäre und Menschewiki oder derjenigen der Bolschewiki sympathisiert. Im Hinblick auf die kardinale Frage, warum Russland keinen „westlichen" Weg in die Moderne gegangen ist, geht es hier um historisch-politische Verantwortlichkeiten von weltgeschichtlicher und weltpolitischer Relevanz, wieweit man hier auch immer zwischen subjektiver und objektiver Verantwortlichkeit trennen mag. Gerade am Beispiel der Russischen Revolution von 1917 wird das komplexe Spannungsverhältnis zwischen Objektivitätspostulat und politisch mitbedingtem Erkenntnisinteresse in der Geschichtswissenschaft und beim historischen Lernen deutlich: Nachdem die „Oktoberrevolution" jeden Kredit verloren hat, erkennt man, dass die heute – nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion – beliebte Verklärung der Zarenzeit und der Februarrevolution in der brutalen historischen Wirklichkeit des Jahres 1917 kaum angebracht ist.

IV. Verlaufsbeispiele

Was ergibt sich aus den dargestellten grundsätzlichen Überlegungen für Lernprozesse in Schule und Erwachsenenbildung? Die beiden folgenden *Arbeitstexte* ori-

entieren sich an diesen Überlegungen, sie können für konkrete Lerngruppen auch modifiziert werden. Sie lassen sich durch umfänglich zur Verfügung stehendes Bild- und Filmmaterial verdeutlichen.[7] Vor allem aber werden sie durch Schaubilder ergänzt, die sich auf die Argumentation der Texte beziehen und durch Verwendung der gleichen graphischen Elemente auch untereinander verglichen werden können. Die Kombination von Text, Bildmaterial und Schaubildern lässt sich, wie unsere Erfahrung in Schule, Lehrer- und Erwachsenenbildung zeigt,[8] durchaus unterschiedlich organisieren – auch das fördert die Einsicht in die Multiperspektivität und Medienprägung von Geschichtsbewusstsein und -kultur. Das lässt sich auch anhand der beiden unterschiedlich angesetzten Fallbeispiele zur Vorgeschichte der Russischen Revolution und zu ihrem Verlauf im Jahre 1917 demonstrieren.

1 Russland vor der Revolution

Russland war bis 1917 eine Monarchie mit einem Zaren an der Spitze, einem Zaren von absoluter, d. h. unbeschränkter Machtfülle. *Zar Peter I. der Große* hatte das Land um 1700 herum zu modernisieren versucht, aber nur mit teilweisem Erfolg. Immerhin war Russland unter ihm zu einer europäischen Großmacht aufgestiegen. In den Auseinandersetzungen der europäischen Großmächte während des 18. und 19. Jahrhunderts spielte Russland eine bedeutende Rolle. Die politischen Gedanken der Französischen Revolution von 1789, die das übrige Europa stark umgeprägt hatten, fanden in Russland nur wenig Verbreitungsmöglichkeiten. Über die Hälfte der Bevölkerung stellten kleinbäuerliche und besitzlose Landbewohner, deren Lebensverhältnisse auch durch die Modernisierung Peters I. nicht besser geworden waren. Ein wirtschaftlich und politisch starkes städtisches Bürgertum, wie es in Frankreich die Revolution getragen hatte, fehlte in Russland. So blieb die absolute Herrschaft des Zaren auch im Zeitalter der europäischen Revolutionen von 1789–1849 im Wesentlichen unangefochten, Reformen erschienen als überflüssig und gefährlich. Als die Throne der europäischen Fürsten während der Revolution von 1848/49 wankten, konnte der Zar das Gewicht Russlands gegen die revolutionären Bewegungen in die Waagschale werfen (so in Ungarn 1849). Um 1850 hatte Russland den Höhepunkt seiner bisherigen Machtstellung erreicht: Auf dem europäischen Festland war es nunmehr die stärkste Macht.

Aber schon wenige Jahre danach war es mit dieser europäischen Vormachtstellung vorbei: Im *Krimkrieg* 1854–1856 (so benannt nach dem Hauptkriegsschauplatz) erlitt Russland eine schwere Niederlage gegen die Engländer und Franzosen. Wie kam es zu dieser Niederlage der stärksten Kontinentalmacht?

Die Industrielle Revolution in England und die Französische Revolution veränderten die Welt. Sie stärkten die von ihnen umgeprägten Mächte. Die Industrielle Revolution steigerte die Wirtschafts- und Finanzkraft des Staates um ein Vielfaches, und sie schuf auch eine neue wirksamere, furchtbarere Waffentechnik: Den

modernen Kanonen und Kriegsschiffen der Engländer und Franzosen hatten die Russen nur veraltete Waffen entgegenzusetzen, ihre Kanonen im Krimkrieg waren manchmal schon nach dem ersten Schuss unbrauchbar. Die Engländer und Franzosen, die in ihren Staaten die Menschenrechte durchgesetzt und eine politische Mitbestimmung erkämpft hatten, standen meist hinter den Zielen ihrer Regierungen. Dagegen wussten die russischen Soldaten, in der großen Mehrzahl abhängige Kleinbauern und Leibeigene, ohne verbriefte Menschenrechte, ohne politische Mitbestimmung, oft von Hungersnöten und den Schikanen der Regierung und der adligen Großgrundbesitzer geplagt, nicht einmal wofür sie kämpften.

Die Niederlage machte offensichtlich, dass Russland wenigstens teilweise die Ergebnisse der Industriellen und der Französischen Revolution übernehmen musste, wenn es sich als Großmacht behaupten wollte. Die Reformpolitiker bekamen am Zarenhof größeren Einfluss: Die Bauern sollten befreit und zu einem menschenwürdigen Leben geführt, die Industrialisierung des Landes und eine Liberalisierung der Zarenherrschaft sollten in die Wege geleitet werden. Keines dieser Reformziele wurde in den nächsten fünfzig Jahren bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs mit dem erhofften durchschlagenden Erfolg erreicht. Woran lag das?

Nun: Die *Bauernbefreiung* wurde in einer Weise durchgeführt, die die Interessen des gutsbesitzenden Adels schonte und das Elend der Bauern nicht beseitigte. Das Gesetz über die Aufhebung der Leibeigenschaft von 1861 machte den Leibeigenen zu einer rechtsfähigen Person, d. h. er konnte Grundeigentum besitzen, aus freien Stücken heiraten, wenn er wollte, vor Gericht klagen und an den Wahlen für lokale Selbstverwaltungsorgane teilnehmen. Alle diese uns heute als selbstverständlich erscheinenden Rechte hatte er vorher nicht besessen.

Die ehemaligen Leibeigenen erhielten einen Landanteil zum Unterhalt ihrer Familien. Da dieser Landanteil nun in ihr Eigentum überging, mussten sie ihn bezahlen. Der Staat streckte ihnen 80 % der Kaufsumme vor, die innerhalb von 49 Jahren zu tilgen waren. Die restlichen 20 % zahlte der Bauer direkt an den Grundbesitzer, durch Geld oder Arbeitsleistung. Seinen Landanteil brachte der Bauer in den Gemeinbesitz der Dorfgemeinschaft ein (russ. Mir), die für seine Zahlungen haftete und die Landanteile in einem mehrjährigen Rhythmus neu zuwies, damit jeder Bauer auch einmal den besseren Boden nutzen konnte.

Trotz solcher rechtlichen Besserstellung und trotz der Kredithilfe des Staates ging es den russischen Bauern um 1900 wirtschaftlich schlechter als um 1850.

Warum wurde die Lage der Landbevölkerung durch die Bauernbefreiung nicht besser? Zunächst einmal belasteten die Ablösungszahlungen, welche die ehemaligen Leibeigenen noch neben den üblichen Steuern zu erbringen hatten, sie über ihre Kräfte. Sie schöpften die Mittel ab, die die Bauern für eine Modernisierung ihrer Betriebe dringend benötigt hätten.

Auch das Festhalten am Gemeinbesitz war eine Belastung, da es die Herausbildung eines tatkräftigen Bauernstandes verhinderte: die fleißigen und einfallsreichen Mitglieder mussten die steuerliche Verantwortung für die übrigen und auch für die Unfähigen mittragen – auch dies für uns heute nur schwer vorstellbar.

Zudem hatten die Bauern wenig Interesse, das Land zu schonen oder gar zu verbessern (etwa durch Düngung oder Fruchtwechsel), da sie es bei der nächsten Umteilung ja wieder verlieren würden.

Die Mängel in der Durchführung der Bauernbefreiung wurden nun durch eine unvorhergesehene *Bevölkerungsexplosion* auf die Spitze getrieben, wie wir sie heute aus der Dritten Welt kennen. Heiratsbeschränkungen, die es früher überall in Europa gegeben hatte, entfielen mit der Bauernbefreiung, wie bereits erwähnt. Ein Maßstab bei der periodischen Neuverteilung des Gemeindelandes war die Anzahl der Söhne und der Wunsch nach Söhnen war der Vater auch vieler Töchter. So setzte nach der Bauernbefreiung eine unkontrollierte Bevölkerungsvermehrung ein. Russland hatte 1860 etwa 60 Millionen Einwohner, 1913 waren es 174 Millionen – also eine Verdreifachung der Bevölkerung in gut 50 Jahren –, ohne dass die landwirtschaftliche Nutzfläche und die Flächenerträge entsprechend gestiegen wären. Dafür fehlte es an Bildung – drei von vier Bauern waren um 1900 noch Analphabeten – und an Kapital zur Beschaffung von Dünger und Landmaschinen.

Der russische Bauer konnte schließlich kaum noch die Hälfte des für das Existenzminimum notwendigen Verdienstes aus der Landwirtschaft ziehen, den Rest musste er sich als Landarbeiter bei reicheren Bauern oder Gutsbesitzern oder durch Heimarbeit bzw. Saisonarbeit in den damals in Russland neu entstehenden Fabriken beschaffen. Die Nebenverdienstquelle der Heimarbeit begann aber mit der Entwicklung der modernen Industrie zu versiegen: Tuch, Schuhe, Haushaltsgeräte oder Metallwaren, die man in den langen Wintermonaten in den Bauernkaten produziert hatte, konnten mit den maschinell hergestellten Produkten nicht mehr konkurrieren.

Der *Aufbau einer modernen Industrie*, insbesondere der Schwerindustrie, spielte in den Überlegungen der Reformer die wichtigste Rolle: Nur mit Hilfe einer solchen Industrie konnte Russland einem Waffengang mit modernen Industriemächten, wie er im Zeitalter des Imperialismus um 1900 immer wahrscheinlicher wurde, mit einiger Erfolgsaussicht entgegensehen. Die Bevölkerungsexplosion besorgte die für den Aufbau der Industrie notwendigen Arbeitskräfte. Woher sollte aber das für Industrieinvestitionen unentbehrliche große Kapital kommen?

In England, Deutschland und den Vereinigten Staaten hatten ein finanzstarkes Bürgertum und das Bankwesen die Industrialisierung finanziert. In Russland aber gab es zu Beginn der Industrialisierung weder das eine noch das andere. Nun hätte der Staat das Kapital zur Verfügung stellen können. Aber der Staat bekam in Russland zu wenig Steuern, weil der Adel kaum Steuern zu zahlen brauchte und weil das

Steueraufkommen aus der armen Landbevölkerung nur begrenzt war. Das vorhandene Steueraufkommen wurde durch Hof und Verwaltung, vor allem aber durch die hohen Rüstungskosten verschlungen.

Die kleinen und mittleren bäuerlichen Betriebe – sie machten im alten Russland über 80 % aller bäuerlichen Betriebe aus – hätten nur nach einer erheblichen Ertragssteigerung durch Verbesserung der Düngung wie in Deutschland und Anschaffung von Landmaschinen wie in den Vereinigten Staaten höhere Steuern aufbringen können. Aber großenteils belastet durch die Ablösungszahlungen, konnten diese Betriebe das Geld für die Anschaffung von Dünger und Maschinen nicht erwirtschaften. Die Großgrundbesitzer, die in anderen Ländern die Modernisierung der Landwirtschaft finanzierten, verfügten in Russland meist nicht über große Kapitalmengen. Dafür warf die sehr extensiv betriebene russische Landwirtschaft zu wenig ab. Die kleine Minderheit der wirklich kapitalkräftigen Großgrundbesitzer aber legte das Geld lieber im Ausland an oder verschleuderte es in unvorstellbaren Luxusausgaben. Auch das kennen wir heute aus den Ländern der Dritten Welt ganz ähnlich.

Die zaristische Regierung – ihre Industriepolitik wurde vor allem durch den Finanzminister *Graf Sergej Witte* betrieben – fand schließlich den Ausweg, die Industrialisierung mit Hilfe von importiertem Auslandskapital zu finanzieren. In den entwickelten Ländern des Westens standen Kapitalien in großem Umfang zur Verfügung und suchten nach profitablen Anlagemöglichkeiten. Bei Beginn der Revolution 1917 waren 54 % des gesamten russischen Aktienkapitals in den Bereichen Bergbau, Hüttenindustrie, Metallverarbeitung und Maschinenbau in ausländischer Hand. Auslandskapital aber ist – damals wie heute – an Bedingungen gebunden, sein Hauptinteresse ist der Profit des Kapitalgebers (der wieder ins Ausland abfließt), nicht die wirtschaftliche Entwicklung des Empfängerlandes. Wiederum drängt sich die Parallele mit der heutigen Dritten Welt auf.

Immerhin schritt der industrielle Aufbau in Russland mit Hilfe des Auslandskapitals zügig voran. 1890 begann ein starker Aufschwung in allen Zweigen der Schwerindustrie. Das Eisenbahnnetz wurde von 28.000 auf fast 70.000 km erweitert. 1914, bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges, stand der Wert der russischen Industrieproduktion auf dem fünften Platz in der Welt, hinter den Vereinigten Staaten, Deutschland, Großbritannien und Frankreich. Aber der Durchbruch zur Industrialisierung, die Umwandlung von einem Agrar- in einen Industriestaat nach westlichem Vorbild war damit noch längst nicht erreicht: Die Weite des Raumes (das alte russische Reich war mit ca. 22 Millionen qkm etwa doppelt so groß wie die USA, Großbritannien, Frankreich und Deutschland zusammen), das extreme kontinentale Klima mit kurzen glühend heißen Sommern und langen eiskalten Wintern, das vor allem der Landwirtschaft zu schaffen machte, der Umfang der Bevölkerung (1913 hatte Russland mehr Einwohner als die Vereinigten Staaten und Deutschland zusammen), all das machte die Industrialisierung in Russland besonders schwierig. Und zudem: Mit der Entste-

hung einer selbstbewussten modernen Industriearbeiterschaft – 1914 gab es drei Millionen Industriearbeiter – tauchten neben den bisherigen ganz neue soziale Probleme und Spannungen auf.

Russland brauchte, um die Probleme der Industrialisierung zu lösen, vor allem Ruhe. Die zaristische Regierung aber brauchte vor allem äußere Erfolge, um die im Innern wachsende Opposition gegen die Zarenherrschaft (1881 wurde sogar Zar Alexander II. ermordet) entschärfen zu können. Aber das Haschen nach äußeren Erfolgen führte zu einer Steigerung der Militärausgaben, während die Landwirtschaft dringend Kapital für ihre Modernisierung benötigt hätte, und es führte zu Kriegen. 1904/05 kam es in der Mandschurei zu einem *Krieg gegen Japan* um den Einfluss in Ostasien. Russland verlor – kaum einer hatte damit gerechnet.

Der Krieg zeigte die Schwäche des russischen Riesenreiches noch deutlicher als der Krimkrieg fünfzig Jahre zuvor: Die äußere Niederlage schlug in die innere Revolution um, Arbeiter und Bauern erhoben sich. Der Zar vermochte sich nur zu behaupten, weil die Armee großenteils loyal blieb und die Aufstände niederschlug.

Der Zar musste aber gleichzeitig Zugeständnisse machen und eine Verfassung mit Parlament (russ. Duma) gewähren: Das Jahr 1906 markiert somit das Ende des reinen Absolutismus in Russland. Nach Stabilisierung der Lage entzog die Regierung dem Parlament aber wieder viele Kompetenzen und engte das Wahlrecht auf die regierungstreuen Bevölkerungsgruppen ein. Dadurch verlor die Masse der Bevölkerung den Glauben an die Reformwilligkeit der zaristischen Regierung.

Unter dem Druck der äußeren und inneren Niederlage sah sich die Regierung auch zu Konzessionen an die Industriearbeiter und vor allem an die Bauern gezwungen: Der neue Ministerpräsident *Stolypin* leitete eine große Agrarreform ein, die einen wirtschaftlich gesunden bäuerlichen Mittelstand schaffen sollte. Bevor sich aber diese Maßnahmen auswirken konnten, ließ sich die zaristische Regierung 1914 erneut in einen Krieg ziehen. Diesmal handelte es sich nicht um einen begrenzten und verhältnismäßig leicht zu beendenden Konflikt wie den mit Japan zehn Jahre zuvor, sondern um einen *Weltkrieg* von unerwarteter Heftigkeit und Dauer. Russland erlitt schwere Niederlagen. Wirtschaftlich wichtige Gebiete im Westen des Landes wurden durch deutsche und österreichisch-ungarische Truppen besetzt. Als sich im Februar 1917 in Petrograd (so hieß St. Petersburg seit 1914) ein Massenaufruhr erhob, war niemand mehr zu einer ernsthaften Verteidigung des Zarismus bereit.

Diese *Februarrevolution* wurde ausgelöst durch etwa 30.000 streikende Arbeiter der kriegswichtigen Putilow-Metallwerke in Petrograd und durch Arbeiterfrauen. Die Arbeiter streikten und demonstrierten, weil die Geldentwertung infolge des Krieges die Löhne unter das Existenzminimum herabgedrückt hatte. Die Arbeiterfrauen streikten, weil die Versorgung in der abseits gelegenen russischen Hauptstadt nicht mehr funktionierte. Die Erträge der Landwirtschaft gingen nach der Einberufung von

Millionen Bauern zur Armee zurück, die Versorgung der Fronttruppen hatte Vorrang, große Getreidemengen mussten aus den über 1.000 km entfernten Überschussgebieten herangebracht werden, blieben aber liegen, weil das rollende Material fehlte.

Die ersten Demonstrationen lösten bald Massenumzüge aus, an denen sich schließlich 200.000 Menschen beteiligten. Die Demonstranten verlangten sofortigen Frieden, Brot, höhere Löhne und Beseitigung der erfolglosen Regierung. Der Zar gab Befehl zum Einsatz der in der Hauptstadt stationierten Truppen. Es handelte sich dabei um etwa 160.000 unzufriedene Soldaten in überfüllten Kasernen und mit schlechter Verpflegung, meist junge Rekruten bäuerlicher Herkunft, weiter um missmutige Familienväter von vierzig Jahren an aufwärts, die man kurz vorher von Zuhause weggeholt hatte, und um Rekonvaleszenten in den Lazaretten. Alle fürchteten den Fronteinsatz in einem Krieg, dessen Sinn sie nicht einsahen. Die zuverlässigen Truppen standen längst an der Front. Am 27.2. weigerten sich die Soldaten erstmals, in die Menge zu schießen, und verbrüderten sich mit den Demonstranten – ganz anders als 1905. Damit war der Erfolg der Revolution entschieden. Die Massen stürmten das Waffenarsenal, das Staatsgefängnis und das Hauptquartier der verhassten Geheimpolizei. Wenige Tage später dankte Zar Nikolaus II. ab. Damit endete die dreihundertjährige Herrschaft der Dynastie Romanov in Russland.

Fragen wir uns rückblickend, warum die Monarchie in Russland durch eine Revolution hinweggefegt wurde trotz eines guten halben Jahrhunderts an Reformversuchen. Das Herrschaftssystem des Zaren und seine an den Interessen des gutsbesitzenden Adels orientierte Struktur wurden durch die Reformen kaum angetastet. Beide aber waren unvereinbar mit den Anforderungen, die sich einer Gesellschaft mit explodierender Bevölkerungszahl und einer Großmacht im imperialistischen Zeitalter stellten. Nur in einer langen Friedensperiode hätten die Reformansätze zum Erfolg führen können. Diese Friedensperiode hatte die Regierung durch den Kriegseintritt 1914 verspielt. Nicht zufällig brach die Revolution zweimal im Kriege aus.

Und die „gute, alte Zeit“? Die hat es vor 1917 in Russland offenbar nicht gegeben oder allenfalls für 5 bis 10 % der Bevölkerung. 80 % lebten demgegenüber in einer sehr rückständigen Landwirtschaft am Rande des Existenzminimums, vor allem bei Missernten und wenn die Getreidepreise auf dem Weltmarkt fielen. Viele meinen immer noch, im Westen und zunehmend auch in Russland selbst, im Großen und Ganzen sei es den Russen vor der Revolution gut gegangen, „das Volk“ sei lediglich durch Verbrecher, Scharlatane, Propagandisten und Terroristen, denen es lediglich um Macht und Reichtum ging, verführt bzw. in Schrecken versetzt worden. Die statistisch gut untermauerten Forschungsarbeiten der letzten Jahrzehnte reden da eine andere Sprache. Die Revolution fiel in Russland nicht aus heiterem Himmel.

Die hier in elementarer Vereinfachung dargestellten komplexen Zusammenhänge der revolutionären Vorgeschichte lassen sich graphisch in einem Schaubild abstrahieren und visualisieren.

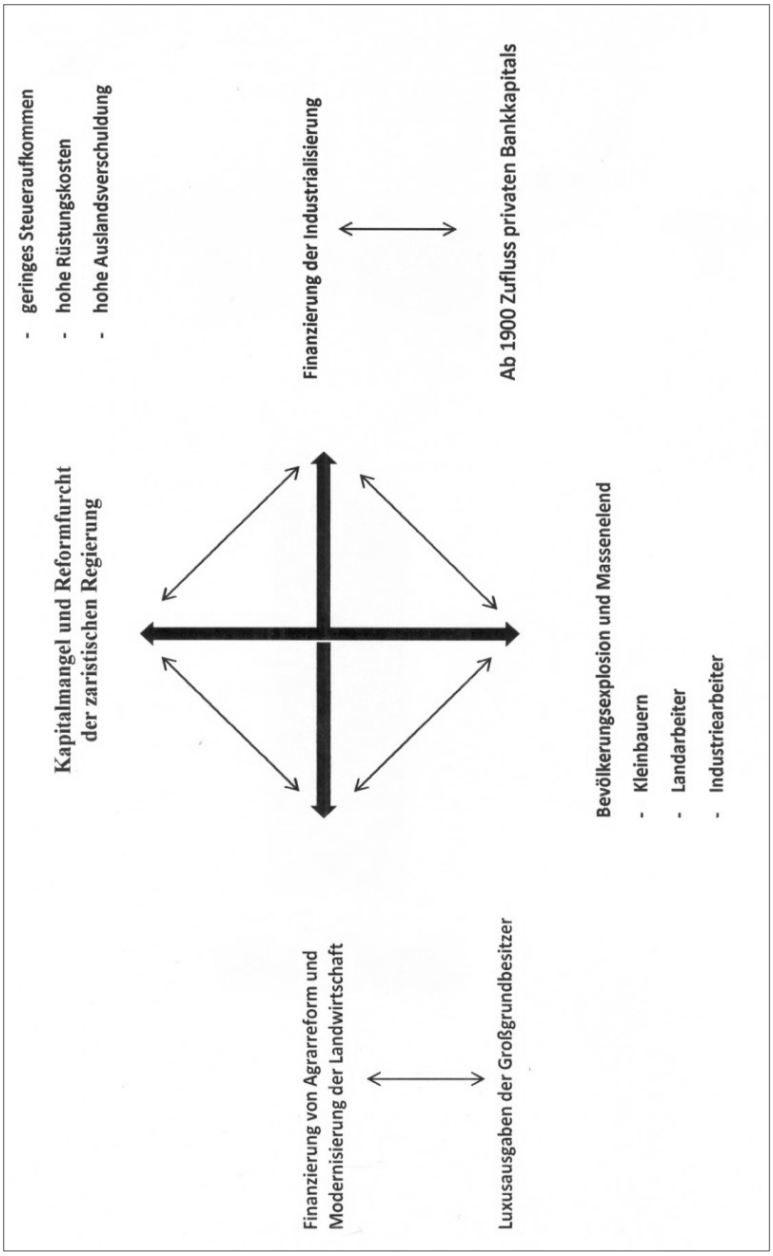

Abb. 1 Die Strukturkrise Russlands

Die komplexe Vorgeschichte der Russischen Revolutionen von 1917 wird – ganz anders als in der historischen Forschung – im öffentlichen Geschichtsbewusstsein, aber auch beim geschichtlichen Lernen in der Schule nur ganz unzureichend wahrgenommen: Das revolutionäre Spektakel des Revolutionsverlaufs samt seiner als omnipotent dargestellten Hauptakteure fasziniert die heutige massenmedial vorgeprägte Aufmerksamkeit viel stärker. Aber nur die Kenntnis dieser Vorgeschichte erlaubt ein Verständnis der aktuellen Demokratisierungsdefizite in Putins Russland, trotz demokratischer Verfassung: Das historische „Erbe“ der Februarrevolution 1917 harrt immer noch seiner Verwirklichung.

2 Von der Februarrevolution zum Oktoberumsturz

Nach dem Sturz der Zarenherrschaft wurde Russland aus einem noch halbabsolutistischen zum freiesten Land der Welt mit unbegrenzter Meinungs-, Presse- und Organisationsfreiheit, und das mitten im Krieg. Die Voraussetzungen für die dauerhafte Errichtung einer Demokratie im westlichen Sinne schienen gut. Acht Monate später war es damit aber vorbei, als die Bolschewiki unter Lenin die Macht übernahmen. Im Februar waren sie nur eine kleine Splittergruppe gewesen (ca. 24.000 Parteimitglieder unter 173 Millionen Einwohnern des Russischen Reichs, im Oktober 300.000). Warum brach die demokratische Massenbewegung des Februars so schnell zusammen? Warum blieben die gemäßigteren Revolutionsparteien (der Kadetten, Sozialrevolutionäre und Menschewiki) erfolglos? Warum konnten so schnell und leicht die Bolschewiki die alleinige Macht erobern?

Bei der Beantwortung dieser Fragen folgen wir einem gegenüber der Vorgeschichte variierenden Darstellungsansatz – aus Gründen des bei Lernprozessen immer förderlichen methodischen Wechsels und zur Verdeutlichung der Multiperspektivität von Geschichte. Diesmal steht das Schaubild nicht am Ende der Darstellung als deren visuelle Abstraktion, sondern die Darstellung geht von einem fertigen Schaubild zur revolutionären Dauerkrise von 1917 aus.

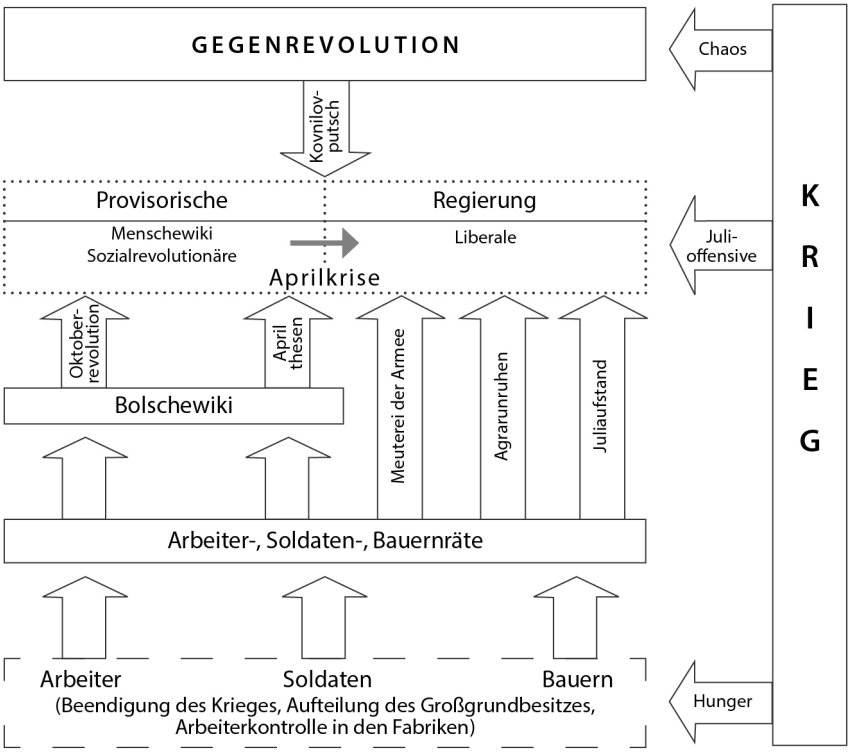

Abb. 2 Ursachen für das Scheitern der Februar-Demokratie in Russland 1917

Dieses Schaubild zeigt dreierlei:

1. Die *Provisorische Regierung*, die nach dem Sturz der Zarenherrschaft als eine Art Koalition zwischen sozialistischen und bürgerlichen Parteien die Macht übernommen hat, ist in sich uneins, vor allem in der Frage der Kriegsziele (Aprilkrise). Die wichtigste liberale Partei sind die Konstitutionellen Demokraten (KD). Sie wurden als linksliberale Intellektuellenpartei mit sehr radikalen Forderungen in der Revolution von 1905/06 gegründet. Durch den Linksrutsch der Februarrevolution 1917 rückt diese Partei aber auf den rechten Flügel des russischen Parteienspektrums.

Die wichtigsten sozialistischen *Parteien* sind die Sozialrevolutionäre und die Sozialdemokraten. Die sozialrevolutionäre Partei, 1901 gegründet, hat den größten Anhang im Land, sie setzt sich ein für eine sozialistische Umgestaltung Russlands im Interesse der Bauern. Sie besteht aus mehreren konkurrierenden Parteiflügeln und kommt deshalb nicht zu voller Wirkung. Den sehr gemäßigten rechten Parteiflügel führt der Rechtsanwalt Alexander Kerenskij.

Die marxistisch eingestellte sozialdemokratische Partei Russlands wurde 1898 gegründet. Sie stützt sich auf die Fabrikarbeiterschaft, die mit der Industrialisierung Russlands schnell wächst. Die Sozialdemokraten bestehen aus zwei Flügeln, den Menschewiki (= Minderheitler aufgrund eines mehr zufälligen Abstimmungsergebnisses auf dem Parteitag von 1903 in London) und den radikaleren Bolschewiki (= Mehrheitler) unter der Führung des bedeutendsten und fähigsten russischen Revolutionärs, des Rechtsanwalts, dann Berufspolitikers Wladimir Iljitsch Uljanow, der sich seit Beginn seiner Untergrundtätigkeit Lenin nennt. Durch Lenins scharfe Abgrenzungspolitik werden aus den beiden Parteiflügeln noch vor dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs zwei mehr oder weniger selbständige Parteien. Während die Menschewiki die Provisorische Regierung unterstützen, sind die Bolschewiki strikt dagegen.

2. Die innere Uneinigkeit der Provisorischen Regierung wiegt besonders schwer, weil sie – wie das Schaubild zeigt – gleich seit Beginn von gewaltigen *Problemen* gleichsam umstellt ist:

Sie muss mit der ungeheuren Belastung des Krieges fertig werden (rechts im Schaubild). 1917 kostet der Krieg Russland im Durchschnitt 350.000 Mann monatlich an Toten, Verwundeten, Gefangenen und Vermissten und frisst mit 22,5 Milliarden Rubel die Hälfte des russischen Nationaleinkommens. Trotzdem drängen die Westmächte auf große Offensivanstrengungen Russlands.

Die Provisorische Regierung muss außerdem mit gegenrevolutionären Bewegungen fertig werden, die die im Februar 1917 geschaffenen Verhältnisse wieder umstürzen wollen (oben im Schaubild).

Sie muss sich schließlich vor allem mit den Massenbewegungen der Arbeiter, Bauern und Soldaten auseinandersetzen, die unter den Verlusten und Entbehrungen des Krieges besonders zu leiden haben und daher sofortige Beendigung des Krieges und sofortige Verwirklichung der revolutionären Forderungen nach Aufteilung des Großgrundbesitzes und Arbeiterkontrolle in den Fabriken verlangen.

3. Die *Bolschewiki* stellen sich unter Führung Lenins an die Spitze der Massenbewegung *gegen* die Provisorische Regierung. Die Bolschewiki verweigern im Unterschied zu den übrigen sozialistischen Parteien, also vor allem den Menschewiki und den Sozialrevolutionären jegliche Mitarbeit in der Provisorischen Regierung. Sie arbeiten vielmehr auf deren Sturz hin. Lenin und die Bolschewiki glauben, dass jegliche Zusammenarbeit von bürgerlichen und sozialistischen Parteien die Sozialisten korrumpiert. Daher will Lenin nach der Februarrevolution die sofortige und konsequente kommunistische Revolution im Lande – obwohl nach der Theorie von Marx eine sozialistische Revolution erst dann erfolgreich sein kann, wenn sich zuvor der bürgerliche Kapitalismus auf der ganzen Linie durchgesetzt hat. Davon ist man aber in Russland 1917 noch weit entfernt. So bildet Lenin die Revolutionstheorie von Marx in seinem Sinne einfach um: Russland sei das „schwächste Glied in der Kette

des Imperialismus“, deshalb sei der Beginn der Weltrevolution gerade hier am aussichtsreichsten.

Wichtigstes Instrument der Machteroberung sind für die kleine Splitterpartei der Bolschewiki die *Sowjets*, die Räte. Die Revolutionäre richten – nach dem Vorbild der Revolution von 1905 – in den großen Städten des Landes Arbeiterräte ein, an der Front und auf dem Lande Soldaten- und Bauernräte. Damit kommt eine gewisse Ordnung in die revolutionäre Massenbewegung, die den noch schwachen Parteiorganisationen leicht entgleitet. Die Räte werden durch Arbeiter, Soldaten und Bauern direkt gewählt, Adel und Bürgertum sind ausgeschlossen. Die Räte haben die Aufgabe eines Parlaments, nämlich Gesetze zu beraten und zu beschließen, aber auch die Aufgaben einer Regierung, nämlich die Ausführung dieser Gesetze zu überwachen oder selbst in die Hand zu nehmen. Für diese zweite Aufgabe werden sog. Exekutivkomitees eingerichtet. Das Prinzip der Gewaltenteilung war hier also durchbrochen.

Für uns heute ist es schwer, das Rätesystem zu begreifen, und vielen erscheint es geradezu als Verkörperung roten Terrors. In Wirklichkeit waren die Räte eine basisdemokratische Einrichtung – allerdings beschränkt auf Arbeiter und Bauern, also unter Ausschluss von Adel und Bürgertum. Die spätere Sowjetunion war trotz ihres offiziellen Namens keine Union von Räterepubliken, sondern ein straff geführter Einparteienstaat. Die Aufgabe der Räte lag 1917 darin, der revolutionären Massenbewegung eine eigene politisch-staatliche Ausdrucksform zu verschaffen und ihre Manipulation durch Bürgerliche und Kapitalisten zu verhindern.

In den Arbeiter- und Soldatenräten der Hauptstädte Petrograd und Moskau haben die Sozialrevolutionäre und die Menschewiki, die mit der Provisorischen Regierung zusammenarbeiten, bis Herbst 1917 die überwältigende Mehrheit, die Bolschewiki erreichen allenfalls 10 % der Sitze. Das ändert sich schlagartig nach dem gegenrevolutionären Putschversuch des Armeeoberbefehlshabers General Kornilow. Kornilow ist kein Anhänger der gestürzten Monarchie, aber er fürchtet doch, dass unter dem Einfluss der Revolution in Russland das Chaos ausbrechen und weiteren Widerstand gegen den äußeren Feind unmöglich machen wird. Daher versucht er, die Provisorische Regierung abzusetzen, die inzwischen von dem gemäßigten Sozialrevolutionär Kerenskij geführt wird. Nun stellt sich heraus, dass die Provisorische Regierung kaum noch Machtmittel in der Hand hat, um diesen Anschlag abzuwehren. Nur mit Hilfe der Bolschewiki ist Kerenskij dazu in der Lage. Die bolschewistisch beeinflusste Eisenbahnergewerkschaft lässt die Truppen Kornilows auf den Schienen liegen. Durch bolschewistische Propaganda werden sie von ihrem Vorhaben abgebracht, die Telegraphenarbeiter geben die Telegramme Kornilows und seiner Offiziere nicht weiter. Ohne Blutvergießen laufen die Truppenverbände auseinander, die Petrograd besetzen sollen. Das Ergebnis ist ein rapider Vertrauensverlust der hauptstädtischen Massen in die Fähigkeit der Provisorischen Regierung, die Revolution wirkungsvoll gegen die Konterrevolution zu verteidigen. Die Sieger über Kornilow sind in der öffentlichen Meinung die Bolschewiki.

Bei den Septemberwahlen – also noch vor der bewaffneten Machteroberung – erhalten die Bolschewiki in den russischen Hauptstädten Petrograd und Moskau erstmals die absolute Mehrheit. Dadurch bekommen sie Truppenverbände in die Hand, die unter Trotzkijs Führung am 25.10.1917 nach einem wohlvorbereiteten Plan das Regierungsgebäude und andere zentrale Einrichtungen stürmen und die Provisorische Regierung absetzen. Ganz anders als im Februar gibt es im Oktober keine Massendemonstrationen und kaum Tote. Während des Machtwechsels spielen die Theater weiter, der Straßenbahnverkehr wird nicht unterbrochen. Bis weit in das Frühjahr 1918 hinein regt sich fast nirgends im Land erheblicher Widerstand gegen die Machtübernahme durch die Bolschewiki (außer in Moskau). Die ersten Maßnahmen der neuen bolschewistischen Regierung erfüllen die Wünsche der revolutionären Massen: Waffenstillstandsangebot an die Kriegsgegner Deutschland und Österreich-Ungarn, Enteignung des Großgrundbesitzes und der großen Betriebe und Banken. 1918 wird die demokratisch gewählte Nationalversammlung zur Ausarbeitung einer Verfassung mit Gewalt aufgelöst. Damit ist die Chance einer parlamentarischen Demokratie westlicher Prägung in Russland vorbei.

Fragen wir zusammenfassend noch einmal, warum die Bolschewiki so schnell über die anderen Revolutionsparteien siegen konnten. Heute im Rückblick sieht man deutlich, dass *gegen* die Massenbewegung der Arbeiter, Soldaten und Bauern 1917 in Russland keine Politik zu machen war. Lenin hat das klarer und schneller erkannt als die übrigen Revolutionsführer, die es mit den verbündeten Westmächten nicht verderben wollten und deswegen gegen die Friedenswünsche der verelendeten Massen den Krieg fortsetzten. Lenin aber machte sich gegen die Provisorische Regierung und gegen die mit ihr verbündeten Westmächte gleichsam zur Speerspitze der Massenwünsche.

Aber Lenins Politik hatte ebenfalls ihre Risiken. Denn wie sollte Russland mit den schweren Friedensbedingungen, die ihm Deutschland und Österreich-Ungarn in Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk diktierten, fertig werden? Wie würden die durch den russischen Kriegsaustritt erbitterten Westmächte reagieren? Und wie würden sich die Massen verhalten, wenn die Bolschewiki nicht mehr nur ihren Wünschen einfach nachgaben, sondern Russland in dem ihnen vorschwebenden Sinne zu modernisieren und kommunistisch neu zu gestalten versuchten?

Zunächst und vor allem war es ein großes Glück für den jungen Sowjetstaat, dass Deutschland trotz seines Sieges an der Ostfront den Ersten Weltkrieg im Westen verlor (und zwar durch den Kriegseintritt der USA): Ein im Kriege siegreiches kaiserliches Deutschland wäre schon aufgrund seiner geographischen Lage dem zunächst sehr schwachen revolutionären Russland gefährlich geworden. Lenin erwartete eine sozialistisch-kommunistische Revolution in Deutschland und rechnete damit, dass ein sozialistisch-kommunistisches Deutschland die Schwäche der jungen Sowjetunion nicht ausnutzen, ja sich in internationaler sozialistischer Solidarität an der Entwicklung des Landes beteiligen würde. Aber die kommunistischen Revolutio-

nierungsversuche in Deutschland nach dem Ende des Ersten Weltkrieges schlugen fehl; dies war eine der großen Niederlagen des Weltkommunismus schon gleich in seiner Geburtsstunde.

Aber es kam noch schlimmer. Die Westmächte waren durch den russischen Kriegsaustritt im Winter 1917/18 auf das Äußerste erbittert, weil er die Westfront in Frankreich kurz vor dem Eintreffen der amerikanischen Millionenheere einem starken deutschen Druck aussetzte. Zudem hatten die Westmächte durchaus ein klares Bewusstsein der Gefahr, die von der kommunistischen Revolutionierung eines großen Landes für den kapitalistischen Westen ausgehen konnte. So griffen sie die Sowjetunion an, landeten Interventionstruppen an verschiedenen Stellen und unterstützten die weißen Gegenrevolutionäre, die seit 1918/19 zu den Waffen gegriffen hatten, um den Oktoberumsturz wieder rückgängig zu machen. Mehrmals kam es zu Situationen, in denen das Überleben der Sowjetregierung an einem seidenen Faden hing. Nur das Organisationsgenie Trotzkijs, des Schöpfers der Roten Armee, verhinderte eine Katastrophe.

Das bewaffnete Eingreifen der Westmächte hatte tiefeinschneidende Konsequenzen für das weitere Schicksal der Sowjetunion:

Der junge Sowjetstaat konnte für den Wiederaufbau des Landes nach dem Krieg und die Entwicklung einer modernen Industrie nicht mehr auf die Hilfe des Westens zählen. Westliche Entwicklungshilfe, mit der die Kadetten, die Menschewiki und die Sozialrevolutionäre hätten rechnen können, stand für die Bolschewiki nicht zur Verfügung; denn diese hatten sich neben allem anderen auch durch die entschädigungslosen Enteignungen im Lande und die Streichung der Auslandsschulden in der Welt des internationalen Kapitals übel eingeführt. Unter den Bolschewiki konnte die Industrialisierung und Modernisierung des Landes nur aus eigener Kraft in Angriff genommen werden – das aber war, wie die spätere Entwicklung zeigte, nur mit ungeheuren Opfern und Entbehrungen für den größten Teil der Bevölkerung erreichbar.

Und noch etwas machte der Angriff der Westmächte auf die junge Sowjetunion klar. Der Sowjetstaat konnte künftig nicht nur keine Hilfe des Westens erwarten, er musste vielmehr auch mit bewaffneten gegenrevolutionären Aktionen des Westens rechnen.

Soweit unsere beiden praktisch in Schule und Erwachsenenbildung erprobten Fallbeispiele.

V. Lernen aus der Geschichte?

Welche Bedeutung kommt den Revolutionen von 1917 im heutigen Russland zu?

Die Grundprinzipien einer Demokratie im westlichen Sinn sind gegenwärtig unter Präsident Putin in Russland – trotz einer demokratischen Verfassung – in der politischen und juristischen Praxis keineswegs verwirklicht. Von demokratischer Herr-

schaftslegitimation und Gewaltenteilung kann nur sehr eingeschränkt die Rede sein. Die Aussichten der demokratischen Opposition anlässlich anstehender Wahlen sind infolge der juristisch und medial gestützten Repression eher düster. Allenthalben zeigen sich die Folgen einer jahrhundertealten autokratischen Herrschaft, sei es der Zaren, sei es der ihnen nachfolgenden „roten“ Machthaber. Die zäsurenreiche Geschichte Russlands im 20. Jahrhundert demonstriert in geradezu tragischer Eindringlichkeit, dass massive politische und gesellschaftliche Traditionen und Mentalitäten mittel- und langfristig alle revolutionär induzierten Systemwechsel überlebt haben. Eine tragfähige demokratische Tradition vermochte sich in keiner – auch noch so kurzen – Phase der russischen Geschichte auszubilden.

In dieser Hinsicht gibt es manche Parallele zur deutschen Entwicklung. Deutschland aber bekam 1945 nach der totalen Niederlage die Chance eines Neubeginns und – trotz aller Kontinuitäten – einer mittelfristigen Überwindung obsolet gewordener Traditionen. Die Sowjetunion dagegen ging 1991 nicht im Kontext einer militärischen Niederlage unter, die neuen Kräften den Weg frei gemacht hätte wie die totale Niederlage Preußens 1806/07 und Deutschlands 1945, sondern das kommunistische System implodierte an den langfristig aufgestauten Folgen seiner eigenen Ineffizienz. Dies aber führte dazu, dass die alten Strukturen, Eliten und Mentalitäten den Systemwechsel überlebten und in der Praxis nur höchst unvollkommen an die neue Situation angepasst wurden. Eine zeitgemäße und durchsetzungsfähige Alternative für die künftige Entwicklung Russlands in einer globalisierten Welt ist auf diesem Hintergrund nur schwer erkennbar.

In dieser Situation kann der historische Rückblick auf die Sowjetunion und die Russischen Revolutionen von 1917 – wir verwenden bewusst den Plural – ein Mehrfaches leisten. Er verdeutlicht zum einen Rahmenbedingungen, Zwänge und Handlungsspielräume des gegenwärtigen „Systems Putin“. Mit der Akzentverschiebung vom Oktoberumsturz zur Februarrevolution zeigt er aber auch, dass Russland für einige Monate auf dem hoffnungsvollen Weg zu einer Demokratie westlicher Prägung war, der dann jedoch infolge der fortdauernden Kriegssituation mit ihren katastrophalen Auswirkungen und der anhaltenden revolutionären Massenmobilisierung, die nur von Lenin konsequent ausgenutzt wurde, zu keinem erfolgreichen Ende führte.

Russland unter Putin steht nicht unter dem Druck eines großen Krieges, und die gegenwärtige Erschließung der gewaltigen Rohstoffvorkommen des Landes verschafft ihm eine finanzielle Unabhängigkeit, von der das alte Russland vor und nach den Revolutionen von 1917 nur träumen konnte. Die heutigen Chancen einer Demokratisierung und Modernisierung Russlands stehen also ungleich besser als 1917. Voraussetzung ist freilich, dass die autokratischen Strukturen und korrupten bzw. apathischen Mentalitäten durch politisches und ökonomisches Engagement, durch einen die ganze Gesellschaft erfassenden Geist der Partizipation und Innovation allmählich ausgehebelt werden.

Viele Beobachter halten das heute für utopisch und das immer noch wirkende Erbe des Stalinismus für übermächtig. Gerade das Scheitern Gorbatschows mit seinem Versuch, die sozialistisch-kommunistische Vision der Anfangsphase bolschewistischer Herrschaft zu retten, scheint diesen Kritikern Recht zu geben: Schon seine – von heute her gesehen bescheidenen – Reformen wurden von den in ihren Ämtern verbliebenen Nutznießern des nachstalinistischen Systems sabotiert.

Demgegenüber bleibt einzuwenden, dass zwischen der Sowjetunion in ihrer Endphase und Putins Russland trotz aller evidenten und verdeckten Kontinuitäten doch ein irreversibler und tiefgreifender Umbruch des politischen und ökonomischen Systems liegt. Das Ende der bipolaren Welt und Russlands Bemühungen um eine Annäherung an Europa und den Westen insgesamt verschaffen der Demokratiebewegung im Lande einen Handlungsspielraum, der trotz aller Repressionen der zunehmend autoritären Präsidentenherrschaft tendenziell wächst. Die permanente „Beobachtung“ durch den Westen ist mittelfristig ein entscheidender Faktor der künftigen Entwicklung Russlands. Mitentscheidend wird sein, wie diese Beobachtung konkret praktiziert wird.

Und damit kehren wir zum Ausgangspunkt unserer Überlegungen zurück: Russland und seine Revolutionen von 1917 verdienen bis heute die Aufmerksamkeit des Westens und vor allem Deutschlands. Denn nur bei Kenntnis der Entwicklung Russlands im 20. Jahrhundert wird es möglich sein, die Demokratiebewegung von außen produktiv zu unterstützen. Der Westen galt als Vorbild Russlands schon seit Peter d. Gr. Dieses Vorbild blieb aber permanent umstritten, im 19. Jahrhundert vor allem in der bekannten Kontroverse zwischen Westlern und Slawophilen. Der Stalinismus führte demgegenüber zur krassesten Abwendung vom Westen, so sehr man von seinen technischen Fortschritten zu profitieren suchte. Die Rolle Deutschlands und der Westmächte erweist sich heute im historischen Rückblick als ambivalent, es kam zu verhängnisvollen Fehleinschätzungen und -aktionen, die die Pervertierung der Revolutionen von 1917 direkt oder indirekt beförderten.

Das begann schon in den Jahrzehnten vor 1914, als Frankreich mit Hilfe großer Kapitalinvestitionen Russland zu einem respektablen Gegner Deutschlands im Kriegsfall aufzubauen suchte. Entscheidend war aber der fatale Druck im Frühjahr 1917, der die junge revolutionäre Demokratie mit der Kerenski-Offensive überforderte und direkt zu ihrem Untergang führte. Lenin, von Deutschland gleichfalls aus kurzsichtigem Egoismus unterstützt, errang die Macht gegen die Februarrevolutionäre und vermochte sie auch zu behaupten, im Unterschied zu diesen. Aber der Preis dieser Machtbehauptung durch sofortige Erfüllung der Massenwünsche war ungeheuer: Zunächst der Diktatfrieden von Brest-Litowsk im März 1918, kurz später das militärische Eingreifen der Westmächte auf Seiten der Weißen im Bürgerkrieg, danach die Wirtschaftssanktionen. Die erhoffte sozialistische Weltrevolution fand nicht statt. Russland musste die Kriegsfolgen ohne wesentliche Hilfe von außen – die brachte auch die Verständigung mit Deutschland 1922 im Ab-

kommen von Rapallo nicht – und aus eigener Kraft die durch den Kriegsausbruch von 1914 abgebrochene Industrialisierung wieder aufnehmen und in kürzester Zeit durchsetzen. Die Bewältigung dieser säkularen Aufgabe führte zum Stalinismus, der zugunsten seiner politischen und ökonomischen Ziele alle demokratischen, menschenrechtlichen und sozialistischen Visionen opferte.

Der Oktoberumsturz von 1917 gab nicht den Anstoß zur Weltrevolution, wie Lenin und Trotzki erwartet hatten, aber er konnte auch nicht rückgängig gemacht werden, weder durch eine Intervention der Westmächte 1919/20 noch durch den Überfall Hitler-Deutschlands seit 1941. Aus dieser anhaltenden Pattsituation ergab sich der Triumph Stalins, der das Konzept der „permanenten Revolution" für eine Übergangszeit durch das Programm des „Aufbaus des Sozialismus in einem Lande" verdrängen wollte – unter ungeheuren Opfern. Auch der Sieg über Hitler-Deutschland – mit massiver Unterstützung der angelsächsischen Mächte – vermochte daran nichts zu ändern: Die Sowjetunion stieg zwar zur Weltmacht auf mit einem Vorfeld von Satellitenstaaten, aber sie blieb letztlich auch auf der globalen Ebene isoliert, vor allem nach dem Konflikt mit dem Kommunismus in China, und fühlte sich von den Westmächten eingekreist und jederzeit bedroht. Angesichts der explodierenden Rüstungskosten, wie sie endgültig seit der Nachrüstungsdebatte deutlich wurden, konnte sich die Sowjetunion den Konfrontationskurs schon ökonomisch nicht mehr leisten. Gorbatschow zog die Konsequenzen daraus. Aber da war es schon zu spät, die Sowjetunion implodierte 1991. Das seit 1917 nie durchgreifend und prinzipiell geregelte Verhältnis zum Westen, zu dem seit 1949 auch die Bundesrepublik Deutschland zählte, wurde letztlich zur Todesursache des Sowjetsystems.

Eine dauerhafte Verständigung zwischen Russland, Deutschland und dem Westen hat nach den Katastrophen des 20. Jahrhunderts heute eine säkulare Chance. Sie wird aber nur genutzt werden können, wenn die russische Geschichte seit dem Sturz der Zarenherrschaft nicht ignoriert, sondern zur Kenntnis genommen wird. Nur dann wird es gelingen, eine Russlandpolitik mit Verständnis und Augenmaß zu betreiben und den schmalen Grat zwischen nützlicher Hilfestellung und arroganter Belehrung zu gehen bei standhaftem Beharren auf eigenen Grundsatzpositionen. Das gelingt nicht ohne intensive Auseinandersetzung mit den Russischen Revolutionen von 1917.

---

1 Zur Umwertung der sowjetischen Geschichte seit der Ära Gorbatschow vgl. Dietrich *Geyer*: Die Umwertung der sowjetischen Geschichte. Göttingen 1991 (= Geschichte und Gesellschaft Sonderheft 14); *ders*.: Perestroika und Revolutionsgeschichte – Zur sowjetischen Geschichtsdebatte, in: Journal Geschichte, Heft 4 – 1989, S. 24-33.
Die Struktur der internationalen Historikerdebatte um die Oktoberrevolution, wie sie sich etwa komprimiert in dem brillanten vergleichenden Forschungsbericht von Dietrich Geyer aus dem Jahre 1973 spiegelt, hat sich durch das Verschwinden der staatsgestützten sowjetideologischen Position grundlegend verändert, vgl. Dietrich *Geyer*: Oktoberrevolution, in: Theodor *Schieder*

(Hg.): Revolution und Gesellschaft. Theorie und Praxis der Systemveränderung. Freiburg im Breisgau 1973, S. 117-161.

2 Vgl. Hans-Hermann *Höhmann*, Hans-Henning *Schröder* (Hg.): Russland unter neuer Führung. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft am Beginn des 21. Jahrhunderts. Münster 2011, darin insbesondere der Beitrag von Jutta *Scherrer*: Das Erbe: Geschichte und Gesellschaftskultur (S. 21-31); Margareta *Mommsen*, Angelika *Nußberger*: Das System Putin. Gelenkte Demokratie und politische Justiz in Russland. München 2007; Manfred *Quiring*: Russland. Orientierung im Riesenreich. Berlin 2008; Thomas *Roth*: Russland. Das wahre Gesicht einer Weltmacht. Aktualisierte Ausgabe München-Zürich 2010; Gabriele Krone-Schmalz: Russland verstehen. Der Kampf um die Ukraine und die Arroganz des Westens. München 2015.

3 Über den heutigen Stand der Revolutionsforschung orientieren knapp, gut lesbar und mit akzentuierter Betonung der Gegenwartsrelevanz des Themas folgende Einführungen: Manfred *Hildermeier*: Russische Revolution. Frankfurt/M. 2004; Steve A. *Smith*: Die Russische Revolution. dt. Stuttgart 2011; Verena *Moritz*, Hannes *Leidinger*: Die Russische Revolution. Wien-Köln-Weimar 2011. Ein neuer Deutungsansatz – unter Auswertung bisher unzugänglichen Quellenmaterials – bei Jörg *Baberowski:* Verbrannte Erde. Stalins Herrschaft der Gewalt. Frankfurt/M. 2014.

4 Dazu die in Anm. 2 zitierten Arbeiten zur Präsidentschaft Putins.

5 Genaueres zur inhaltlichen Fundierung der im Folgenden entfalteten Zugriffe enthalten beispielsweise die in Anm. 3 zitierten Einführungen in die Geschichte der Russischen Revolution.

6 *Geyer*: Oktoberrevolution (wie Anm. 1) S. 126.

7 Umfangreiches Bildmaterial findet sich beispielsweise in folgenden großformatigen Bänden: Harrison E. *Salisbury*: Bilder der Russischen Revolution 1900–1930. dt. Berlin-Frankfurt/M. 1978; Eric *Baschet*: Russland 1904–1924. Eine historische Fotoreportage. dt. Kehl 1978 (englische Neuausgabe 1989); Chloe *Obolensky* (Hg.): Das Alte Russland. Ein Porträt in frühen Photographien 1850–1914. dt. München 1980; Anne *Goulzadian*: L'empire du dernier tsar. 410 cartes postales 1896–1917. Paris (Editions ASTRID) 1982; Michail *German* (Hg.): Die Kunst der Oktoberrevolution (1917–1921). dt. Leningrad und Düsseldorf 1986; Albert *Nenarokov*: Geschichte der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution in Wort und Bild: Russland 1917 – Monat für Monat. dt. Köln (Pahl-Rugenstein) 1989; Karin *Gapinski*: Roter Oktober. Plakate und Grafiken – eine Auswahl 1924–1987. Berlin (Ost) 1988; Jonathan *Sanders*: The unpublished revolution. New York 1989; Vladimir *Tolstoy*: Street art of the revolution: festivals and celebrations in Russia 1918–1933. New York 1990.

Auch das Fernsehen nimmt sich des Themas seit Jahrzehnten an, vgl. neuerdings etwa die ARD-Dokumentation „Der Kommunismus – Geschichte einer Illusion" von Peter *Glotz* und Christian *Weisenborn*, 3 Teile: Sieg der Revolution, Aufstieg zur Supermacht, Zerfall der Macht (20. und 27.4., 4.5.2006, Wiederholung am 3., 4. und 6.3.2012 auf PHOENIX), Spiegel TV „Die gekaufte Revolution" (9.12.2007 auf ZDF und 8.3.2012 auf ZDF info).

8 Diese Erfahrungen wurden vor allem in Bielefeld und Oldenburg an Gymnasien, in fachdidaktischen und unterrichtspraktischen Seminaren im Fach Geschichte an den dortigen Universitäten und in einschlägigen Kursen an der Volkshochschule Oldenburg gesammelt.

B Stalingrad 1942/43 und Normandie 1944 – Zwei Lern- und Erinnerungsorte in der „Perspektive Europa“

I. Als deutscher HisTourist auf den Weltkriegsschlachtfeldern

Dem Besuch von Schlachtfeldern können viele Motive zugrunde liegen. Am verbreitetsten ist wohl die Trauer um Angehörige, die dort gefallen und oft auch bestattet sind. Derartige Reisen veranstaltet etwa der „Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge“, in anderen Ländern gibt es vergleichbare Organisationen. Die unmittelbaren Zeitzeugen der Weltkriegsepoche sterben aus, und damit treten andere Besuchsmotive in den Vordergrund, vor allem politische und Bildungsinteressen. Schlachtfelder sind heute Ziele für Soldaten und Militärhistoriker, die sich dort kriegsgeschichtliche Aufschlüsse versprechen. Vor allem aber können sie auch Ziele für Geschichtsinteressierte sein, die im Rahmen von Studienreisen sich eine genauere Anschauung von Kampforten der Weltkriegsepoche und der Gestaltung historischer Erinnerung vor Ort verschaffen wollen.[1]

Schlachtfelder bilden eine besondere Spezies von „Schauplätzen der Vergangenheit“, wie sofort deutlich wird, wenn man sie etwa mit historischen Bauwerken wie Tempeln und Palästen, Villen, Mausoleen, Kirchen und Klöstern, Burgen und Festungen, Rat- und Bürgerhäusern, Bauernhöfen und Fabrikanlagen vergleicht. Schlachten sind historische Ereignisse, die – anders als z. B. Großbauten – in der Regel kaum authentische Spuren vor Ort hinterlassen. Die Weltkriegsschlachtfelder hingegen sind als feste Elemente in der nationalen Erinnerungskultur der Siegermächte bewusst erhalten und gestaltet worden – sie liegen infolge der Kriegsverläufe fast ausschließlich außerhalb Deutschlands. Wir beschränken uns im Folgenden auf zwei bedeutende Großschlachtfelder des Zweiten Weltkriegs, Stalingrad 1942/43 und Normandie 1944. Beide sind für deutsche Touristen heute gut erreichbar, allerdings ist der Reiseaufwand im Falle Wolgograds erheblich größer – dies nicht nur aus Gründen der viel größeren Entfernung. In beiden Fällen hat der Besucher aus Deutschland erhebliche Schwierigkeiten, sich zu der dort inszenierten Erinnerung in ein sinnvolles Verhältnis zu setzen.

Aus den ehemaligen Gegnern im Westen sind längst Verbündete und Freunde geworden, und der deutsche Tourist ist in der Normandie, vor Verdun und an der Somme genauso willkommen wie der englische und amerikanische, von dem französischen ganz zu schweigen. Aber wie soll er sich angesichts soweit abweichender historischer Erfahrungen und Erinnerungsgestaltungen orientieren? Die in Ost

und West ausgeprägte Identifikation mit den Gefallenen der eigenen Nation vermag er nicht immer nachzuvollziehen.

Im Westen zeichnet sich ein langsamer Wandel von der nationalstaatlich fokussierten Kriegserinnerung zu einer europäisch und global perspektivierten ab. Dagegen ist im östlichen Europa durch den Zusammenbruch der Sowjetunion 1989/91 ein ganz neuer Kontext für die Erinnerungsgestaltung auf den Schlachtfeldern entstanden. Eine postkommunistische Erinnerungskultur ist dort bisher kaum in Ansätzen erkennbar. Aber der Besucher aus Deutschland ist hier heute genauso willkommen wie in Frankreich.

II. Stalingrad 1942/43 und Normandie 1944 – ein Vergleich

Den Schlachtfolgen von Stalingrad und in der Normandie kommt für den Ausgang des Zweiten Weltkriegs zwar keine direkt und allein entscheidende, aber doch eine ganz erhebliche Bedeutung zu. Stalingrad war zunächst eine deutsche Angriffsschlacht, schlug aber durch die sowjetische Gegenoffensive in eine Verteidigungs- und Kesselschlacht um. Die Normandie war von vornherein eine westalliierte Angriffsschlacht. Beide Male war die deutsche Seite in die Verteidigung gedrängt – infolge ihrer materiellen und personellen Unterlegenheit. Auf der deutschen Führungsebene war das Potential, das die Gegenseite trotz vorangegangener großer Niederlagen noch zu mobilisieren vermochte, vollkommen verkannt worden, zumal man geschickte Täuschungsmanöver der Sowjets, Amerikaner und Briten vor Beginn von deren Offensiven nicht durchschaut hatte. Das Angriffspotenzial der deutschen Armeen, die in der Kriegsphase 1940/41 große Anfangserfolge erzielen konnten und tief im Feindesland standen, war im Herbst 1942 weitgehend erschöpft.

Die Schlacht von Stalingrad[2] begann in der südrussischen Steppe im Sommer 1942 mit dem Vorstoß der 6. Armee zur Wolga, den Hitler durchgesetzt hatte. Stalingrad endete als ausgesprochene Winterschlacht und Stadtschlacht. Die Schlachtenfolge dauerte also länger als ein halbes Jahr.

Das Schlachtfeld umfasste nördlich, westlich und südlich der Industriemetropole ein Gebiet von etwa 300 x 250 km, wenn man den deutschen Angriff auf die Stadt aus der Tiefe des Raumes, die russische Zangenbewegung zur Einschließung der 6. Armee bei Kalatsch am Don, den gescheiterten deutschen Entsatzversuch zur Aufsprengung des Kessels (ca. 80 x 50 km groß) und die anschließenden russischen Vorstöße zur Absicherung des Einschließungsrings (ca. 90 x 50 km auf der Landbrücke zwischen Don und Wolga) bis zum Ende der Kämpfe in Stalingrad in die Betrachtung einbezieht. Die Wolga bei Stalingrad, über 2 km breit und charakterisiert durch den Kontrast von schluchtenreichem Bergufer und Wiesenufer auf der westlichen bzw. östlichen Flussseite, begrenzte das Schlachtfeld im Osten, der Don im Norden und Süden, der untere Donez und seine Zuflüsse im Westen. Das

ganze Gebiet ist eine weiträumige Steppenlandschaft mit ausgeprägtem Kontinentalklima (heiße Sommer, kalte Winter) und Hügelzügen, tiefeingeschnittenen Flussläufen und Schluchten, Kosakenland an der Peripherie ohne hervorstechende historische Tradition. Erst der Bürgerkrieg, in dem Stalingrad, zuvor Zarizyn (gegr. 1589 als Handelsniederlassung und Festung am Strom) eine bedeutende Rolle spielte, dann vor allem die Kollektivierung der Landwirtschaft und die Industrialisierung unter Stalin sicherten diesem Raum eine große Bedeutung – die Stadt hatte 1940 etwa 525.000 Einwohner. Durch Flüchtlinge schwoll die Zahl auf fast eine Million an, viele in Holzbauten untergebracht. 126 Großbetriebe vor allem der metallverarbeitenden und Maschinenbauindustrie beherbergte die Stadt, die sich, etwa zwei bis drei Kilometer breit, über 40 km am Bergufer der Wolga hinzog.

Das Schlachtfeld in der Normandie[3] zwischen Caen und Cherbourg, Avranches und Falaise ist kleiner als das von Stalingrad, aber landschaftlich und historisch abwechslungsreicher. Eine Meeresküste von etwa 80 km Länge und partienweise 30 m hohen Kalksteinfelsen, vorgelagertem Sandstrand und dem Wechsel von Ebbe und Flut. Dahinter die Heckenlandschaft der Bocage, durchschnitten von kleinen Flüssen, die nach Norden abfließen, bis hinauf zu den Höhen der normannischen Schweiz, etwa 40 km von der Küste entfernt.

Die Ausgangslage der Stalingrader Schlacht war für die deutschen Angreifer extrem ungünstig. Die Winterschlacht vor Moskau 1941/42 hatte nicht nur die Unterschätzung des Gegners gezeigt, der trotz schwerer Niederlagen noch keineswegs geschlagen war, sondern auch die Begrenztheit des deutschen Potentials, das ganz auf den Blitzkrieg ausgelegt war, nicht auf eine kräftezehrende Verteidigung an einer Front von Tausenden von Kilometern. Die deutsche Sommeroffensive 1942 konnte wegen der Verluste vor Moskau nur noch an einem Teilabschnitt in Gang gesetzt werden, damit aber erlaubte sie den Sowjets eine Kräftekonzentration am Entscheidungspunkt und schuf überlange Flanken der Angriffsarmeen, die nur notdürftig mit schlecht ausgerüsteten Kräften der Verbündeten Italien, Ungarn und Rumänien gesichert werden konnten. Vor allem aber überforderte Hitler gegen die Bedenken der Generalität die ohnehin zu schwachen deutschen Angriffskräfte durch die divergierende Zielsetzungen von Erdölquellen im Kaukasus und Wolga-Blockade bei Stalingrad. Die Sowjets wichen vor der Wucht des Angriffs über 500 km in die Tiefe des Raumes aus und ließen es nicht zu großen Umfassungsschlachten wie im Sommer 1941 kommen. Erst vor und in Stalingrad verstärkte sich ihr Widerstand schließlich auf den Hügeln des westlichen Wolgaufers, der bis zum sowjetischen Gegenangriff an den Flanken bis Mitte November nicht gebrochen werden konnte: Ein Häuserkampf Mann gegen Mann war geradezu die Umkehr der Blitzkriegskonzeption und erinnerte an die Stellungskämpfe des Ersten Weltkriegs, die man gerade hatte vermeiden wollen. Dass die Wolgaufer in russischer Hand blieben, war die Voraussetzung für den ungestörten Aufmarsch der sowjetischen Kräfte (Operation Uranus) nördlich und südlich der Stadt: eine Mil-

lion Mann, 13.500 Geschütze und Granatwerfer, über 1.000 Flugzeuge und 1.200 nagelneue T 34; die 6. Armee hatte zu diesem Zeitpunkt gerade noch 100 einsatzbereite Panzer. Dieser Aufmarsch wurde geschickt verdeckt, trotz der von aufmerksamen Frontkommandeuren gemeldeten Warnungen unterschätzte Hitler die sowjetischen Kräfte – er glaubte sogar noch nach der Einschließung, den Kessel mit Hilfe der Luftwaffe als „Festung“ halten zu können. Vor allem Hitlers Fehleinschätzungen, die auf seine längst überholten Grabenkriegserfahrungen an der Westfront des Ersten Weltkriegs beruhten, verschafften der Sowjetführung eine hervorragende Ausgangslage für den Gegenschlag. Und ähnlich war es auch in der Normandie anderthalb Jahre später: Hitlers gegen allen Widerstand der Militärs durchgesetzte Fehleinschätzungen schufen erst die Voraussetzungen für den Erfolg der hochriskanten Landeoperation.

Die Ausgangslage der Angloamerikaner in der Normandie war noch schwieriger als die der Sowjets bei Stalingrad. Hier waren zunächst über hundert Kilometer Ärmelkanal von Südengland bis an die Landungsstrände an der normannischen Küste zu überwinden, die durch jahrelang vorbereitete Verteidigungsmaßnahmen bis hin zu den Bunkerbefestigungen des Atlantikwalls hoch über der Steilküste gesichert waren. Hier hatte man keinen Gegner mit ungesicherten Flanken, sondern eine Bunkerlinie, wenn diese auch noch nicht perfekt ausgebaut war.

Churchill und die Briten lehnten zunächst diese hochriskante Operation ab – zu tief saß seit 1916 das Trauma der Somme. Die Amerikaner, denen dieses Trauma erspart geblieben war, setzten die Landung in Nordfrankreich durch, weil dies trotz allem der kürzeste Weg ins Herz Deutschlands und damit zu einem schnellen Ende des Krieges schien. Dass der Angriff gegen die unüberwindlich erscheinenden Tücken des Schlachtfeldes gelang – anders als an der Somme 1916 – lässt sich im Wesentlichen auf vier Ursachen zurückführen: Überraschungsmoment, Ausschaltung der deutschen Abwehrstellungen, absolute Luftherrschaft der Alliierten, Defizite der deutschen Führung.

An der Somme hatten die umfangreichen Angriffsvorbereitungen der Briten und Franzosen im Hinterland und das einwöchige Trommelfeuer die deutschen Verteidiger nicht darüber im Zweifel gelassen, an welchem Frontabschnitt der Angriff erfolgen würde – Gegenmaßnahmen im Rahmen der damals schon sehr beschränkten Mittel konnten vorbereitet werden. In der Normandie gelang den Alliierten nicht nur die vollkommene Überraschung, sondern sie vermochten durch trickreiche Täuschungsmanöver die deutsche Führung auch noch Wochen nach der Landung in der Überzeugung zu stärken, dass der Hauptstoß bei Calais erst noch erfolgen würde. Dies verhinderte eine rechtzeitige Konzentration der Kräfte an der Normandiefront. Die deutsche Aufklärung und Spionage hatten vollkommen versagt bzw. waren ausgeschaltet worden.

An der Somme spielte die *Beherrschung des Luftraums* noch nicht die entscheidende Rolle, wie in der Normandie 1944. Hier standen schließlich 500 deutsche Flugzeuge auf verlorenem Posten gegenüber 11.600 der Alliierten. Vor allem aber: Die Zerstörungskraft der Bombenflugzeuge hatte 1944 ein 1916 unvorstellbares Ausmaß erreicht. Bomber vermochten 1944 auch die stärksten Bunkerstellungen der Verteidigung auszuschalten, was 1916 nicht gelang. Voraussetzung war allerdings, dass zuvor alle Stellungen und Batterien entdeckt wurden. Dies gelang vollständig an vier der fünf Landeabschnitte, nur unvollkommen am amerikanischen Omaha-Beach. Hier kam es bei der Landung am 6. Juni für mehrere Stunden zu einer kritischen Situation. Nachdem aber die Landung insgesamt geglückt war, sicherte die absolute Luft- und Seeherrschaft die zunächst noch sehr schwachen Landeköpfe gegen starke deutsche Gegenstöße und ermöglichte schließlich im August den Ausbruch, nachdem ein Millionenheer über den Kanal geschafft worden war. Wie bei Stalingrad anderthalb Jahre zuvor brach die deutsche Front vollkommen zusammen, ein großer Teil der deutschen Kräfte wurde bei Falaise eingekesselt. Hitlers Weigerung, die Front zeitig zurückzunehmen, führte auch hier zur Katastrophe.

Eine wesentliche Ursache für die deutschen Vernichtungsniederlagen 1942–1944 waren auch die Führungsstrukturen. Stalin, der kein militärisches Genie und durch seine Fehleinschätzungen im Sommer 1941 für die sowjetischen Anfangsniederlagen verantwortlich war, ließ seinen Militärs, vor allem Schukow, bei Stalingrad so viel Spielraum, dass sie den kühnen Umfassungsplan realisieren und damit die im Jahr zuvor gemachten Erfahrungen effektiv umsetzen konnten. Die Westalliierten hatten sich vor Beginn des Angriffs auf ein einheitliches Oberkommando unter General Eisenhower verständigt. Eisenhower gelang trotz vieler Gegensätze der Ausgleich zwischen den divergierenden Interessen der Amerikaner, der Briten, der Kanadier und der „freien Franzosen“ unter de Gaulle. Dagegen bot die deutsche Führung seit 1941 ein geradezu trostloses Bild: Keiner der Generäle vermochte sich gegen Hitler als Oberbefehlshaber durchzusetzen. Permanent griff Hitler detailliert in die Planungen ein – ganz im Unterschied zu Stalin, Roosevelt und Churchill, die im Wesentlichen in rein militärischen Fragen die Fachleute gewähren ließen. Hitler hatte 1916 selbst an der Somme gekämpft, als einfacher Soldat. Er hatte daraus die Lehre gezogen, dass stures Durchhalten auch gegen große Überlegenheit zum Abwehrerfolg führe. Mit dieser Vorstellung bewirkte er aber unter dem 1942–1944 dramatisch geänderten Bedingungen die vollständige Vernichtung der 6. Armee in Stalingrad und des deutschen Westheers in der Normandie.

Die Auswirkung beider Schlachten war dramatisch. Bei Stalingrad wurde die Angriffskraft der Wehrmacht im Osten in großem Stile endgültig gebrochen, auch wenn die Stabilisierung der südlichen Ostfront im Bereich der Ausgangsstellungen von Sommer 1942 in den Monaten nach Stalingrad noch einmal gelang und eng angesetzte Gegenschläge wie bei Charkow und Kursk möglich blieben. Kursk im

Sommer 1943 drängte die Deutschen endgültig in die Defensive, zumal gleichzeitig die Angloamerikaner auf Sizilien landeten und den Sturm auf die „Festung Europa“ eröffneten. Einen Verteidigungskrieg aber konnte Deutschland nicht langfristig durchhalten – trotz noch einmal enorm gesteigerter eigener Rüstungsproduktion. Die Möglichkeit zu einem Separatfrieden im Osten 1943 schlug Hitler aus – das wäre das Eingeständnis seiner Niederlage und damit wohl das Ende seiner Herrschaft gewesen. So ließ er perspektivlos unter ungeheuren Opfern weiterkämpfen – in der vagen Hoffnung auf das Auseinanderbrechen der sehr heterogenen gegnerischen Koalition und auf die Entwicklung kriegsentscheidender „Wunderwaffen“ – immer das Überleben Friedrichs d. Gr. nach Kunersdorf vor Augen.

Stalingrad 1942/43 und Normandie 1944 sind Beispiele industrialisierter Materialschlachten auf einem bis dahin beispiellosen technischen Niveau. Das gilt vor allem für die sowjetische Verteidigung von Stalingrad mit gleichzeitiger Massierung von Kräften für den Gegenangriff und für die amphibischen Vorbereitungen der Westmächte am Kanal einschließlich künstlicher Häfen. Panzer und Flugzeuge waren auf allen Seiten perfektioniert worden und spielten die ausschlaggebende Rolle bei den eigentlichen Kampfhandlungen. Die deutsche Luftwaffe vermochte Stalingrad ab dem 23.8.1942 weitgehend in Trümmer zu legen, 40.000 Zivilisten kamen dabei um: Stalingrad steht in einer Reihe mit Hamburg 1943 und Dresden 1945. Aber die Luftwaffe war nicht mehr in der Lage, die eingeschlossene 6. Armee auch nur annähernd über eine Luftbrücke zu versorgen: Für eine ausreichende Versorgung des Kessels wurden etwa 700 Transportflugzeuge (Ju 52) gebraucht – das war der Gesamtbestand der Luftwaffe, die gleichzeitig beim Ausbau des Brückenkopfes in Tunesien stark engagiert war. Für Stalingrad blieb allenfalls die Hälfte der Maschinen – und von denen war lediglich ein Drittel ständig einsatzbereit.[4]

In der Normandie war die Unterlegenheit der deutschen Luftwaffe erdrückend: 500 deutsche Kampfflugzeuge standen 11.600 der Alliierten gegenüber. Hier entschied die unumschränkte Lufthoheit der Westmächte nach drei Monaten die Schlacht, weil sie die deutsche Front vom Nachschub abschnüren und alle Gegenangriffe aus der Luft zerschlagen konnte. Die Panzer waren bei Stalingrad und in der Normandie das Instrument des großräumigen Durchbruchs, auch hier waren die Deutschen zahlenmäßig hoffnungslos unterlegen, und erhebliche Treibstoffprobleme kamen hinzu.[5]

Was ist heute von diesen Geschehensabläufen noch vor Ort zu sehen?

III. Die Erinnerung auf den Schlachtfeldern heute

In der russischen Erinnerung ist die Schlacht bei Stalingrad als heroische Verteidigung der Heimat bis heute präsent, in der deutschen als tragische Aufopferung einer ganzen Armee und der Anfang vom Ende nach einer Reihe beispielloser

Siege während der ersten Kriegsphase. Für Briten und Amerikaner ist die Schlacht in der Normandie bis heute lebendige Erinnerung als Kampf und Sieg für die gute Sache. In der deutschen Erinnerung ist sie nur noch schwach ausgeprägt, zumal die Westmächte schon bald nach dem Krieg für die große Mehrheit der Deutschen zu Verbündeten wurden, während die Sowjetunion auch weiterhin der Feind blieb.

Notwendigerweise unterliegen auch historische Orte dem geschichtlichen Wandel. Ereignisse, Prozesse und Strukturen der Vergangenheit sind hier keineswegs per se authentischer als anderswo – gegen die weitverbreitete landläufige Meinung gibt es keine wirklichen „Reisen in die Vergangenheit". Dies sticht beim Besuch von Schlachtfeldern besonders ins Auge. Der Reisende in der Region Wolgograd und in der Normandie bemerkt heute – nach 70 Jahren – auf den ersten Blick kaum noch etwas von den Schrecken und Zerstörungen der Weltkriegsepoche, er muss sie schon bewusst aufsuchen.

Die Erinnerungsgestaltung auf den Schlachtfeldern begann mit der Sicherung von Kampfspuren vor Ort und der systematischen Anlage von Soldatenfriedhöfen. Es folgte die Errichtung von Denkmälern und schließlich von Museen und Ausstellungen vor Ort.

1 Authentische Kriegsspuren[6]

Stalingrad wurde während der sich hier abspielenden, ein halbes Jahr andauernden Kämpfe zu 95 % zerstört. Nach der Kapitulation der deutschen 6. Armee wurde mit dem Wiederaufbau sofort begonnen, unter Einsatz von Zivilisten und Kriegsgefangenen, um bald die Industrieproduktion wiederaufzunehmen, ein frühes ermutigendes Muster für den Wiederaufbau des weitgehend zerstörten Landes und vor allem ein Symbol für Durchhaltewillen und Siegeszuversicht zu schaffen. Der Wiederaufbau erfolgte vom Wolgaufer her nach dem Muster monumentalistischer Stalinarchitektur mit breiten Straßen, großen Plätzen, gigantischen Funktionsbauten. Das hatte für das heutige Stadtbild zur Folge, dass nicht nur die Reste des alten Zarizyn bis auf ganz wenige Ausnahmen verschwanden, sondern fast komplett auch die authentischen Spuren der Schlacht: Mehr als auf diese kam es auf die städteplanerische und architektonische Deutung der Schlacht als überwältigendem Sieg der sowjetkommunistischen Geschichts- und Gesellschaftsauffassung an. Das fürchterliche Leiden der in der Stadt verbliebenen Zivilisten, meist Greise, Frauen und Kinder, und der zu erbitterter Gegenwehr gezwungenen Sowjetsoldaten wurde buchstäblich zubetoniert.

Nur einige Ruinen blieben als direkte Kampfspuren erhalten bzw. wurden als solche restauriert. So die Grudinin Mühle und das Pawlowsche Haus in der Nähe des Panorama-Museums im nördlichen Stadtzentrum auf der von den Sowjetsoldaten erbittert verteidigten Frontlinie vom Herbst 1942.

Die von Geschossen durchlöcherte Ruine der Grudinin-Mühle[7] wurde als anschauliches Symbol im Zustand von 1943 belassen wie sie nach der Stalingrader Schlacht vorgefunden wurde. Die Getreidemühle wurde am Ende des 19. Jahrhunderts von den deutschen Gebrüdern Gerhard erbaut. 1922 übernahmen die Arbeiter die Mühle, die sie 1929 nach einem kommunistischen Streikanführer in Grudinin-Mühle umbenannten. Während der Stalingrader Schlacht war hier ein Befehlsstand der sowjetischen Armee untergebracht. In den deutschen Karten war das Gebäude als Festung eingetragen.

Das vierstöckige Pawlow-Haus[8] blieb bei den ersten deutschen Luftangriffen als einziges Haus im ganzen Bereich um den heutigen Leninplatz verschont. Der Sergeant J. F. Pawlow baute es zu einer Festung aus und verteidigte es von Ende September bis Ende November gegen alle Angriffe, da man von hier weite Teile der Stadt kontrollieren konnte. Sogar unterirdische Gänge legten seine Soldaten an. Um es zu erobern, bombardierten Flugzeuge das Haus tagelang ununterbrochen. Als deutsche Soldaten es dann doch stürmen wollten, trafen sie auf so heftigen Widerstand, dass nach 58 Tagen Belagerung die Einnahme des Hauses aufgegeben werden musste. Pawlows Heldentat gilt als beispielhaft für den Erfolg der Losung ‚Kein Schritt zurück!' Bereits in den Kriegsjahren 1943/44 baute eine Baubrigade das Haus wieder neu auf. 1965 wurde auf der westlichen Grundmauer eine Säulenmauer mit einem Flachrelief in der Mitte errichtet. 1985 entstand auf der östlichen Grundmauer eine Ruinenwand, die an die Zerstörung der Stadt und an die Baubrigade erinnert.

Die Fassade des alten zentralen Kaufhauses „Univermag" im südlichen Stadtzentrum, wo Generalfeldmarschall Paulus sich am 31.1.1943 ergab, wurde in den Neubau integriert. In den alten Kellerräumen wurde 2003, zum 60. Jahrestag der Schlacht, ein kleines Museum auf Initiative Wolgograder Kaufleute eröffnet. Hier werden am authentischen Ort die letzten Aktivitäten des Stabes der 6. Armee gezeigt. Der Bunker des sowjetischen Verteidigungskomitees im Komsomolzen-Park ist ebenfalls erhalten, aber unzugänglich. Dasselbe gilt für die Stollen in den Böschungen des Zariza-Tales im südlichen Stadtzentrum, die von den Deutschen während der Schlacht als unterirdisches Lazarett genutzt wurden.[9]

Die „Industrieforts" im Norden der Stadt, befestigte und zäh verteidigte Fabrikanlagen, wurden schon in der letzten Kriegsphase wieder aufgebaut, um möglichst schnell erneut produzieren zu können. Authentische Kampfspuren gibt es hier vor Ort nicht mehr, nur Denkmäler erinnern an die Kämpfe. Vor allem handelt es sich dabei um die Chemische Fabrik „Lazur", das Hüttenwerk „Roter Oktober", die Geschützfabrik „Rote Barrikade" und das Traktoren- und Panzerwerk „Dsershinskij". An ihnen lässt sich immerhin die Industrialisierung der Sowjetunion gerade auch in Stalingrad verfolgen und vor allem die Überlebensfähigkeit der sowjetischen Industrie nach der Besetzung bedeutender Standorte durch die deutsche Wehrmacht 1941/42.[10]

In der *Normandie* sind die authentischen Spuren der Schlacht augenfälliger. Hier beherrschte nicht der Häuserkampf in einer Riesenstadt das Geschehen, sondern die Landeoperation an den Stränden. Hier gibt es allein zwischen Cherbourg und Le Havre 24 Betonbunker für Artillerie und Infanterie, die inzwischen als historische Denkmäler des „Atlantikwalls“ eingestuft sind und zahlreiche Kampfspuren tragen. Gewaltige Bombentrichter in ihrem Umfeld bezeugen die Zerstörungskraft aus der Luft – auch wenn sie inzwischen teilweise zugeschwemmt und grün bewachsen sind –, besonders eindrucksvoll an der Pointe du Hoc im amerikanischen Landeabschnitt „Omaha“.[11]

Einmalig sind die Überbleibsel des künstlichen Hafens Mulberry B auf der Wattenküste vor Arromanches, die bei Ebbe weitgehend freigelegt werden. Dem Hafen ist vor Ort ein ganzes Museum gewidmet. Er war notwendig, weil die größeren Häfen wie Cherbourg, Le Havre, Brest von den Deutschen schwer befestigt und gesichert wurden und man bis zu ihrer Eroberung und Wiederherstellung den Nachschub für ein Millionenheer sichern musste. In Arromanches wird dem heutigen Besucher der Unterschied zwischen der Stadt- und Kesselschlacht von Stalingrad und der amphibischen Unternehmung „Overlord“ in der Normandie ganz handgreiflich fassbar.[12]

2 Soldatenfriedhöfe

Die Verluste an Menschenleben in der Schlacht von *Stalingrad* waren gewaltig, auf sowjetischer Seite noch erheblich höher als auf deutscher. Dies lag vor allem an dem rücksichtslosen Einsatz von Menschenleben, den Stalin schon vorher bei der industriellen Erschließung des Landes betrieben und der zum Aufbau des berüchtigten Lagersystems („Gulag“) geführt hatte: Menschenleben hatte die Sowjetunion ja genug, ihre bewusste Aufopferung für „höhere politische Zwecke“ zählte zu den Charakteristika des Stalinismus als System. Bei Stalingrad ging es vor allem – in der Stadt, die den Namen des Diktators trug – um den Sieg, der die Kraft des deutschen Angriffs brechen und die Wolga als eine der großen Lebensadern Russlands sichern sollte. Um die Widerstandskraft der Soldaten anzupeitschen, verbot Stalin zunächst die Evakuierung der Stadt. Etwa 1,1 Millionen Soldaten und Zivilisten verloren bei und in Stalingrad ihr Leben – Stalin hat diese ungewöhnlich große Opferzahl bezeichnenderweise verschweigen lassen.

Auf deutscher Seite wurden etwa 250.000 Soldaten der 6. Armee zusammen mit versprengten Resten der verbündeten Rumänen und russischen Hilfswilligen im Kessel eingeschlossen. Etwa 35.000 Verwundete und Kranke wurden in den Monaten November 1942 bis Januar 1943 über die Luftbrücke ausgeflogen. Mehr als 120.000 Soldaten fielen, erlagen ihren Verletzungen oder verhungerten. 91.000 Überlebende der Schlacht gerieten in Gefangenschaft, von denen nach den erlittenen Strapazen und angesichts einer katastrophalen Versorgungslage im zerstörten

Kampfgebiet während der Wintermonate das folgende Frühjahr nur ein Drittel überlebte. Lediglich 6.000 kamen nach dem Krieg in die Heimat zurück.[13]

Die Bestattung der zahlreichen Gefallenen stellte die Kämpfenden während des Winters bei permanentem Bodenfrost vor unlösbare Aufgaben. Nach dem Ende der Kämpfe wurden in der ganzen Region Zehntausende von Gefallenen in zahlreichen Massengräbern beigesetzt, die erst im Laufe der Zeit zusammengelegt und zu Soldatenfriedhöfen gestaltet werden konnten. Das dauerte nicht nur wegen der ungeheuren Opferzahlen und der immer nur sehr begrenzten Mittel übermäßig lange, sondern der Wiederaufbau der zerstörten Industriemetropole mit ihren gewaltigen Fabrikanlagen hatte absoluten Vorrang vor einer identifizierbaren und würdigen Bestattung der Hunderttausende von „Namenlosen". Erst Ende der siebziger Jahre wurde vor der Stadt auf dem „Totenfeld" ein Denkmalkomplex erbaut, der stilistisch von der monumentalen Gestaltung der übrigen Gedenkstätten abweicht und einer Trauer Ausdruck verleiht, die nicht „heroisch" erdrückt wird.

1992, nach der Wiedervereinigung Deutschlands und dem Ende der Sowjetunion, kam es zur Unterzeichnung eines deutsch-russischen Kriegsgräberabkommens. Danach begann der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge mit der Anlage einer zentralen Kriegsgräberstätte der in und bei Stalingrad gefallenen, verhungerten und erfrorenen deutschen Soldaten. Die Arbeit war und ist schwierig. Zunächst musste die Lage der ehemaligen, noch während der Kämpfe von den Deutschen selbst angelegten Soldatenfriedhöfe festgestellt werden, die im Landschaftsbild nur noch schwer oder gar nicht mehr erkennbar waren. Fast 170 Grablageorte wurden von den Umbettern entdeckt.

Die meisten Gräber waren geöffnet und geplündert, Gebeine lagen zerstreut im Steppensand umher und konnten nicht mehr identifiziert werden. Mit Erkennungsmarken, Stahlhelmen und anderen Nachlassgegenständen ließen sich Geschäfte machen.

> „Der deutsche Zentralfriedhof ist auf dem Gelände des ehemaligen Dorfes Rossoschki errichtet worden in der Nähe der Kampflinien von 1942/43. Er besteht aus einem russischen und einem deutschen Teil. Auf dem russischen Friedhof steht eine 6 m hohe Steinstatue des Wolgograder Bildhauers Schtscherbakow. Die Plastik, eine stilisierte Frau, die in ihren Händen eine Glocke hält, symbolisiert die Trauer und den Kummer der Hinterbliebenen. Hier sind inzwischen mehrere Tausend gefallene russische Soldaten beigesetzt. Der deutsche Friedhof, 1999 eingeweiht, besteht aus zwei Teilen. Der alte Friedhof, jetzt eine viereckige Anlage mit einer Mauer, war bereits während des Krieges eingerichtet worden. Der neue Teil ist kreisförmig angeordnet mit einem Durchmesser von 150 m und von einer 3,5 m hohen Mauer umgeben. Auf der Außenseite der Mauer sind in alphabetischer Reihenfolge die Namen aller identifizierten deutschen Soldaten eingetragen. Seit 2009 ruhen hier die Gebeine von 53.240 Kriegstoten, knapp die Hälfte sind na-

mentlich bekannt. Neben dem Friedhof wurden 2006 insgesamt 124 Granitblöcke mit 103.234 eingemeißelten Namen in alphabethischer Reihenfolge aufgestellt, die an die deutschen Soldaten erinnern, die seit der Stalingrader Schlacht vermisst werden.“[14]

Auf weiteren 17 Blöcken stehen 14.540 Namen, deren Gebeine bisher nicht gefunden werden konnten. Das noch nicht abgeschlossene Friedhofsprojekt ist das größte, das der Volksbund jemals in Angriff genommen hat.

Heute bieten der „Volksbund“, der „Bund ehemaliger Stalingradkämpfer“ und spezialisierte Reisebüros Reisen nach Wolgograd mit Stadtrundfahrt, Besuch des Gedenkkomplexes auf dem Mamai-Hügel und des Friedhofs in Rossoschka an. Individualreisen sind inzwischen ebenfalls möglich, aber mit einem erheblichen Vorbereitungsaufwand verbunden.

In der *Normandie* waren die alliierten Verluste deutlich geringer, die Schlacht dauerte nicht einmal halb so lang wie die von Stalingrad – und vor allem: Sie fand im Sommer statt und nicht im Extremklima des russischen Winters. Hitler ging zwar mit den deutschen Menschenleben keineswegs rücksichtsvoller um als Stalin mit den russischen, aber die Planungen der Westalliierten waren nach den horrenden Verlustziffern im Ersten Weltkrieg, vor allem an der Somme 1916 und in Flandern 1917, sehr um die Begrenzung von Verlusten besorgt – anders als die Sowjetführung. Die Verfassung Großbritanniens und der USA basieren auf dem Grundsatz demokratischer Legitimation politischer Herrschaft, wodurch sie sich prinzipiell von den totalitären Machtstrukturen in Deutschland und Russland während des Zweiten Weltkriegs unterschieden. Zwar verfügten auch die Kriegsregierungen in London und Washington über beträchtliche Vollmachten, aber sie konnten sich keine Kriegsführung gegen die artikulierten Interessen der großen Bevölkerungsmehrheit leisten, wie dies in Deutschland und der Sowjetunion weitgehend möglich war. In Gesellschaften ohne bedeutende Landheertradition ergaben sich daraus zwei Konsequenzen:

– Abgesehen von den wenigen Berufs- und Eliteeinheiten mussten Massenheere von – nach Möglichkeit freiwilligen – Bürgersoldaten aufgestellt werden; diese hatten gegenüber den in einer alten und kampferprobten Tradition deutschen Armeen nur eine Chance bei erdrückender quantitativer und materieller Überlegenheit, über die Großbritannien und die USA infolge ihrer weltbeherrschenden Seemachtstellung und ihres industriellen Potentials allerdings verfügten.

– Die Verlustziffern im Kampf mussten deutlich geringer bleiben als im Ersten Weltkrieg. Daher wollten die Briten die hochriskante Landeoperation in der Normandie vermeiden.

Die Landung in Frankreich wurde schließlich von den Amerikanern durchgesetzt, denen die Erfahrung der Somme erspart geblieben war und die aufgrund ihrer Erfahrungen von 1918 davon ausgingen, dass selbst die kampferprobteste gegneri-

sche Armee durch quantitative und materielle Überlegenheit erdrückt werden konnte. Damit hatten sie in der Normandie erneut Erfolg. 1944 gelang schließlich bis auf wenige Ausnahmen die Vernichtung eines zäh kämpfenden, aber hoffnungslos unterlegenen Gegners durch Materialeinsatz schon vor dem Bodentruppenangriff – so wie die britischen Generäle sich das bereits an der Somme vorgestellt hatten. Und auch die Bürgersoldaten des Jahres 1944 beflügelte die Hoffnung, dass dieser Kampf den Krieg überhaupt überwinden und man danach zu einer friedlichen Weltordnung gelangen könne.

In der Normandie verloren die Alliierten bis Ende August insgesamt etwa 210.000 Mann (Gefallene, Verwundete, Gefangene, Vermisste), die Deutschen 450.000. Etwa 40.000 alliierte Soldaten fielen und etwa 60.000 deutsche.

In der Normandie gibt es 27 Soldatenfriedhöfe für die Gefallenen der Schlacht von 1944, davon 16 britische, zwei kanadische, zwei amerikanische, ein polnischer und ein französischer. Der größte und bekannteste amerikanische Friedhof ist Colleville-sur-mer über dem Omaha-Landestrand (9.386 Gräber), der größte und bekannteste britische Bayeux (4.648 Gräber). Die deutschen Gefallenen wurden auf fünf sehr großen Friedhöfen zusammengelegt, der größte und eindrucksvoll gestaltete ist la Cambe mit 21.222 Gräbern.[15]

3 Denkmäler

Während Stalin in Deutschland – auf den Seelower Höhen und in Berlin-Treptow[16] – auf schnelle Errichtung von Siegesdenkmälern drängte, wohl um die Besiegten und die Westalliierten zu beeindrucken, verlief die Erinnerungsgestaltung in *Stalingrad* sehr viel langsamer. Das hatte gute Gründe. Der großzügig geplante Wiederaufbau von Wohnbauten und Fabriken in der total zerstörten Stadt absorbierte für Jahre alle Kräfte und Mittel. Erst nach seinem Abschluss Ende der fünfziger Jahre konnte man an die monumentale Gestaltung der kollektiven Erinnerung gehen. Da war Stalin nicht nur bereits tot, sondern im Zuge der Entstalinisierung wurde Stalingrad in Wolgograd umbenannt – für die Schlachterinnerung ein Problem. Schon im Zuge der Neuplanung von Stalingrad entstanden 1944 erste Vorschläge für ein monumentales Denkmal. Im Dezember 1951 schlug der Bildhauer Jewgeni Wutschetitsch, der schon das Denkmal im Treptower Park geschaffen hatte, den Bau einer Gedenkstätte auf dem Mamajew-Kurgan in Stalingrad vor. 1957 griff Chruschschow die Vorschläge Wutschetitschs wieder auf. Die Denkmalanlage, deren Symbolsprache durch den Kanon des sozialistischen Realismus geprägt ist, sollte auch eine Lücke füllen, die durch den Verlust des historischen Namens entstanden war.

Heute gibt es in Stalingrad etwa 400 kleinere Denkmäler, oft Steinblöcke mit aufgesetzten Panzerkuppeln, die an die Kämpfe in den einzelnen Stadtteilen und an einzelne Einheiten erinnern. Das zentrale Denkmal wurde auf der während der Schlacht 140 Tage lang heftig umkämpften Höhe 102 errichtet, von der aus man

über die Stadt, die Wolga und das gegenüberliegende Ufer eine vorzügliche Aussicht hat. Heute steht hier die Gedenkstätte „Mamajew-Kurgan“ (Mamajew-Hügel, Mamai ist der Name eines tatarischen Heerführers).

1. ›Gedenken der Generationen‹ (Figurengruppe)
2. Silberpappeln-Allee
3. ›Kämpfer auf Leben und Tod‹
4. Die Mauerruinen
5. ›Platz der Helden‹
6. ›Saal des Kampfruhms‹
7. ›Platz der Trauer‹
8. ›Trauernde Mutter‹
9. Massengräber
10. Die ›Mutter Heimat‹ ruft
11. Kirche ›Allerheiligen‹

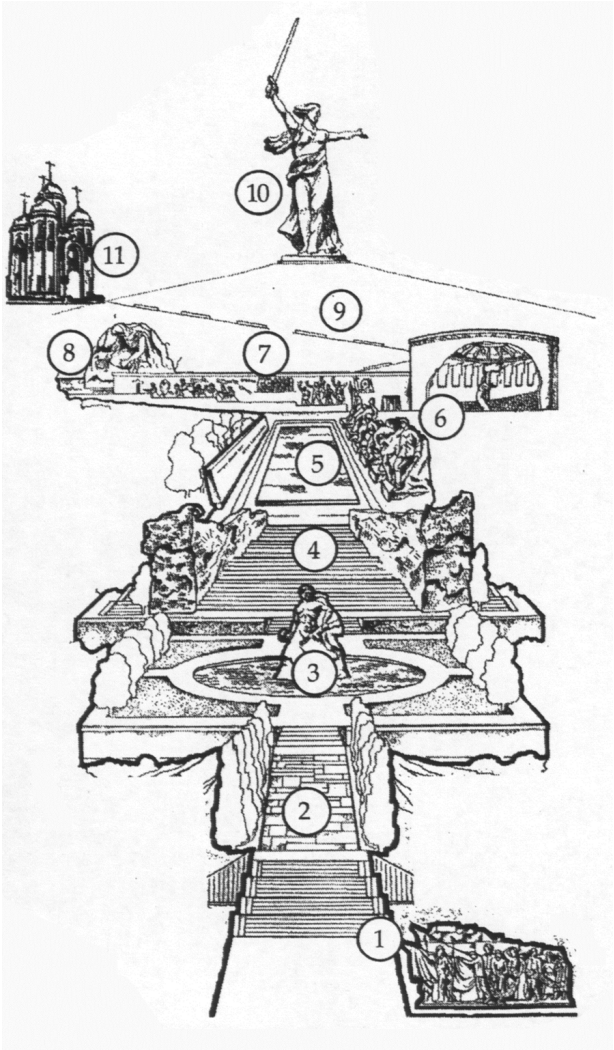

Abb. 3 Wolgograd, Mamajew Kurgan

Der Grundstein zur Gedenkstätte „Mamajew-Kurgan“ wurde im Jahre 1958 gelegt. Am 15. Oktober 1967 wurde die Anlage in Anwesenheit des damaligen Staatsoberhaupts Leonid Breschnew feierlich eröffnet. An den Arbeiten beteiligte sich ein großes Team von Architekten und Bildhauern. Die Gedenkstätte besteht aus einem Park, der den gesamten zur Stadt hin gelegenen Abhang des Hügels einnimmt und den Gedenkkomplex, der durch Treppen und Terrassen in mehrere Plätze gegliedert

ist, auf denen verschiedene Elemente – Statuen, Plastiken, Reliefs – errichtet wurden, entlang eines etwa einen Kilometer langen Weges, der bis zur Hügelspitze hinaufführt.[17]

Der Grundtenor ergibt sich schon aus den offiziellen Bezeichnungen für die einzelnen Elemente des Gedenkkomplexes wie die Figurengruppe „Gedenken der Generationen", Kämpfer auf Leben und Tod", „Platz der Helden", „Saal des Kampfesruhms", „Platz der Trauer" usw. Auf drei Elemente soll im Folgenden genauer hingewiesen werden.

Der Platz „Der Kämpfer auf Leben und Tod" ist der ersten Periode der Stalingrader Schlacht gewidmet, als die sowjetischen Truppen manchmal in auswegloser Situation Widerstand leisteten. Die 16 m hohe Figur in der Mitte des Platzes – mitten in einem Wasserbecken (Durchmesser 35 m) – verkörpert einen sowjetischen Helden, der symbolisch aus dem Wasser der Wolga aufsteigt und todesmutig zum Kampf bereit ist. Die klassisch nackte Heldendarstellung verwischt die realhistorische Zugehörigkeit des Dargestellten und verweist in das fiktive Reich der Heldenepen.

> „Der 16 Meter hohe Riese lässt keinen Zweifel darüber aufkommen, dass er siegreich aus jedem beliebigen Kampf hervorgehen würde und erweckt darüber hinaus den Eindruck, als könnte er Stalingrad mit bloßen Händen retten. Soweit gelang die Plastik. Um aber ihre Aussage im Sinne der Ideologie zu vervollständigen, musste der zeitlose Held wieder an den Sieg der Roten Armee bei Stalingrad zurückgebunden werden. Zu diesem Zweck gab Vutschetitsch seinem Helden eine Granate und eine Kalaschnikow in die Hände […] Die Waffen aber wirken in den Händen eines solchen Übermenschen vollkommen deplatziert […] Das Ewig-Heldische ließ sich nicht für die Sowjetideologie funktionalisieren.
> Optischer und gleichfalls sinnstiftender Hintergrund für diesen martialischen Riesen ist die Statue ‚Die Mutter Heimat ruft', die er einerseits mit seinem Leib vor einem fiktiven Angreifer zu schützen scheint, die ihm aber auch gleichzeitig folgt. Diese Figurenkonstellation transportiert die offizielle Ausdeutung der Verteidigung Stalingrads in doppelter Perspektive: Einerseits wird die Verpflichtung der Soldaten dargestellt (sie werden von der Heimat in den Krieg gerufen) und andererseits wird die hingebungsvolle Aufopferung der Soldaten gezeigt (er stellt sich dem Feind mit nackter Brust entgegen, setzt ungeschützt-altruistisch sein Leben ein). […] Für diese wechselseitige Schutz-Verteidigungs-Beziehung zwischen Heimat und Einzelperson ist Voraussetzung, dass die Heimat nicht klein und schwach, sondern groß und verteidigungsbereit ist. In dieser Konstellation kann es sich natürlich nicht um das kleine gequälte Mütterchen Russland des 19. Jahrhunderts handeln, sondern um die streitbare, starke Sowjetunion. Künstlerisch setzte Vutschetitsch diese Aussage durch atemberaubende Monumentalität um: Die Figur misst bis zur Schwertspitze 85 Meter. Sie hält mit der vorgestreckten rechten Hand ihr Schwert wie zum Angriff erhoben, während sie mit der

linken eine weit nach hinten ausholende, auffordernde Geste vollführt, als wolle sie jemanden heranwinken. Oberkörper und Kopf sind nach hinten gedreht, als ob sie über ihren linken Arm in die Ferne schaue. Ihre Gesichtszüge sind herb und fast männlich, ihr Mund ist wie zum Rufen geöffnet, die Haare werden von einem kräftigen Windstoß nach hinten gestrafft, der auch in das locker fallende Gewand der Gestalt fährt, so dass sich Brust und Beine abzeichnen und zwei Tuchenden über ihre Schulter nach hinten wehen.“[18]

Im Hang unterhalb der Statue wurden in Massengräbern 37.000 gefallene Sowjetsoldaten beigesetzt, ohne nähere Identifizierung – die Namen auf den Grabsteinen haben nur symbolischen Charakter. Sie wurden – vor dem Krieg ganz normale Menschen – durch den Ruf der „Mutter Heimat“ und den Kampf für sie zu Helden.

„Auf der zweiten Aussageebene ist die Statue eine Kriegs- bzw. Siegesgöttin. Die Tuchenden, die der Gestalt über die Schulter wehen, wirken wie zwei Flügel, so dass die Stalingrader Statue der Siegesgöttin Nike ähnlich ist. Der Gebrauch dieser mythologischen Gestalt in der sowjetischen Kunst ist in den 60er Jahren nicht mehr neu. Schon 1936 benutzte z. B. der Maler Dejneker die Nike, um die erfolgreiche Perspektive des Fünf-Jahr-Plans zu symbolisieren.

Drittens ist diese Statue auch als revolutionäre Freiheitsfigur lesbar. Ähnlichkeiten bestehen z. B. zu dem Bild ‚Die Freiheit führt das Volk an‘ von Delacroix und der ‚Marseillaise‘ von Doré. Mit der Anknüpfung an die revolutionären Vorbilder klingt in der Mutter Heimat die revolutionäre Weltgeschichte an. So werden Revolutions- und Kriegssieger in dieser Figur zusammengefasst. Damit ist bereits die historische Aussageebene des Werkes angesprochen. […] Die Figur schwingt das symbolische Freiheitsschwert, das genauso auf die russische Geschichte verweist wie auf den Heiligen Michael. V. a. die Figur des Alexander Nevskij, der 1240 und 1242 bedeutende Siege für das russische Reich errang, wurde in der Kriegs- und Nachkriegszeit viel zitiert. […] Mit dem Hinweis auf den Heiligen Michael wird die Statue schließlich vollends aus ihrem geschichtlichen Zusammenhang herausgehoben. Die Parallelisierung mit dem Sieg Michaels über Luzifer generalisiert die Bedeutung des Sieges der Sowjets über die Deutschen zum Triumpf des Guten über das Böse“[19]

Der Tod im Krieg wird optisch zur Ausnahmesituation erklärt, der eigentliche Anlass der Denkmalsetzung weitgehend aus dem Komplex verdrängt.

„So auch auf der dritten Terrasse, oberhalb der Heldenallegorie. Hier stehen entlang der rechten Seite eines die Wolga symbolisierenden Wasserbeckens sechs zweifigurige sieben Meter hohe Plastiken, über die es in einer offiziellen Darstellung heißt: ‚Die Soldatenstandbilder verbildlichen die hohen soldatischen Tugenden, die für unsere Armee charakteristisch sind: Soldatenkameradschaft, die unzerbrechliche Geistesgemeinschaft der Kommandeure

mit den Soldaten, Bereitschaft zur Selbstaufopferung für die Rettung der Kameraden, Treue zur Fahne, grimmiger Hass gegenüber dem Feind' – eine Art von romantischer Kriegskameradschaft, die Sterben und Tod nicht nur Schmerzen und Schrecken, sondern auch die Einsamkeit nimmt".[20]

„Dieselbe inhaltliche Aussage liegt auch dem Totengedenken im ‚Saal des soldatischen Ruhms' zugrunde. Er hat die kreisrunde Form eines Pantheons, sein Dach liegt auf einer Trägerkonstruktion auf, die einen Spalt entstehen lässt, durch den etwas Tageslicht in den Raum eindringen kann. Die Wände sind mit einem Mosaik verkleidet, das auf goldenem Hintergrund rote von der Decke bis zum Boden reichende Fahnen zeigt, auf die wiederum mit goldenen Steinen die 7.200 Namen von russischen Gefallenen der Schlacht aufgetragen wurden, die zum Zeitpunkt des Denkmalbaus schon namentlich ermittelt worden waren. Die Banner sind perspektivisch so dargestellt, dass sie optisch auf die Saalmitte ausgerichtet sind, aus der eine sechs Meter hohe Hand herauswächst, die eine Fackel hält, deren bewegtes Licht die Wandmosaike aus goldener und roter Schmalte funkeln lassen wie das Innere einer orthodoxen Kirche. Diese Hand ist ein Ewigkeitssymbol: Dem Tod aus dem Jenseits heraus trotzend, hält sie eine brennende Fackel, die ebenso als antikes Symbol der Freiheit und Unabhängigkeit, wie auch als Zeichen der Idee lesbar ist, die das irdische Dasein überlebt. Die Hand übermittelt der Nachwelt stellvertretend für die Gestorbenen, deren Namen in der Wand um sie herum eingetragen wurden, dass ihr Glaube an die gemeinsame Sache unsterblich ist."[21]

In Abständen ertönten aus unsichtbaren Lautsprechern die „Träumerei" des deutschen Komponisten Robert Schumann. Vor der „ewigen Flamme" postiert eine Ehrenwache der russischen Armee, die jede Stunde abgelöst wird.

An der heroisch-monumentalen Gestaltung der Schlachterinnerung auf dem Mamajew-Kurgan, durch linientreue Künstler gestaltet, gab es erhebliche Kritik von Seiten der Veteranen, die sich auch literarisch äußerte, aber mit den üblichen Mitteln des Sowjetsystems zugunsten des geschlossenen Gesamteindrucks nach innen und außen unterdrückt wurde. Viele Veteranen waren verbittert über die pathetische Verdrängung ihres schrecklichen Kriegsalltags in der monatelangen Stalingrader Schlacht, ihrer menschenunwürdigen Angst und Not, so stellvertretend für viele der Dichter Viktor Nekrasov: Nur die Narben, die der Krieg hinterlassen habe, könnten die Kriegswirklichkeit authentisch dokumentieren. Diesen Weg war man in Frankreich direkt nach dem Ersten Weltkrieg gegangen.

Auf dem Mamajew-Kurgan werden die betroffenen Menschen mit ihrer individuellen Trauer alleingelassen, ebenso wird die ganze Problematik des Stalinismus verschwiegen. Auch die offizielle Sowjetunion war unfähig zu trauern. Anstelle der wirtschaftlichen Erfolge, die in der Bundesrepublik die kollektiv unverarbeitete

nationalsozialistische Vergangenheit überdeckten, stand in der Sowjetunion der Heldenkult.

Die Denkmäler in Wolgograd eignen sich als Bühne und Kulisse für verschiedene Rituale und Feste des öffentlichen Lebens, wodurch die dort begangenen Handlungen – seien es militärische Vereidigungen oder Hochzeiten – immer auch mit der Aussage des Denkmals verbunden werden: So wie die Soldaten für den Sozialismus gekämpft haben, so wird auch im Frieden für ihn gerüstet und geheiratet. Die Menschen werden mit rituellen Handlungen für die Ideologie vereinnahmt.

Der Krieg hatte die Loyalität der Menschen zu ihrem Staat gestärkt und sein siegreiches Ende die Stärke des Systems scheinbar unter Beweis gestellt, so dass er im Endeffekt gesellschaftlich integrativ wirkte. Die Funktion, diesen Effekt in die Nachkriegszeit hinein zu verlängern, hatte unter anderem der Heldenkult, der den Menschen vorspiegelte, dass sie an der Macht beteiligt würden, wenn sie sich nur genug engagierten. So wurde eine Gesellschaft proklamiert, in der es scheinbar überall Helden gibt, die nichts als Erfolge erarbeiten.[22]

In der *Normandie* gibt es ebenfalls zahlreiche, bescheiden proportionierte Denkmäler, die vor Ort an die Kämpfe einzelner Einheiten erinnern, konzentriert an der spektakulären Landungsküste. Eine solche monumentale Erinnerung wie in Wolgograd mit eindeutiger ideologischer Verpflichtung der Überlebenden und der Nachfahren zu gleichem Einsatz fehlt hier aber. An der Westfront des Ersten Weltkriegs vergleichbar sind allenfalls der Erinnerungsdom von Douaumont vor Verdun und das monumentale britische Denkmal in Thiepval, eingeweiht 1932. Es ist gestaltet als überdimensionierter, weithin sichtbarer Triumphbogen und trägt die Namen von über 72.000 vermissten britischen Soldaten ohne Einzelgrab. Trotz des durch den britischen Stararchitekten Sir Edwin Lutyens konzipierten imperialen Konzepts vermeidet die Erinnerung vor Ort jeden Triumphalismus, die Ausmaße des Denkmals symbolisieren eher die ungeheuerlichen Dimensionen dieses Menschenopfers. Eine Bildtafel mit 600 ausgewählten Porträtfotos gibt der ungeheuren Opferzahl ein menschliches Gesicht.[23]

Der ideologisch motivierte, pathetische Heroismus mit seiner Verdrängung der individuellen Trauer wird heute vor Verdun und an der Somme ebenso vermieden wie in der Normandie.

4 Museen

Die historischen und kriegsgeschichtlichen Museen und Ausstellungen vor Ort sind der letzte Schritt der Erinnerungsgestaltung – nach unmittelbaren Kriegsspuren, Friedhöfen und Denkmälern – für neue Generationen, die die Kriegsschrecken nicht mehr selbst erlebt haben und darüber von den Veteranen auch nichts mehr in Erfahrung bringen können.

In Wolgograd ist das mit Abstand wichtigste Museum der Schlacht von 1942/43 das sog. Panorama-Museum, fertiggestellt 1982.[24] Es spiegelt die Stalingrader Schlacht aus russischer Sicht wider. Der Gebäudekomplex befindet sich in der Nähe des Wolga-Ufers. Um das Gebäude herum ist russisches Kriegsgerät aus der Stalingrader Schlacht zu sehen, wie z. B. ein Panzer vom Typ T 34, Flugzeuge und Kanonen. Ein Denkmal in weißem Stein vor dem Eingang erinnert an den sowjetischen Marschall Shukow und ein Gedenkstein mit der Inschrift „23. August" an die Bombardierung Stalingrads durch die deutsche Luftwaffe.

1937 war das „Stalin-Museum zur Verteidigung von Zarízyn" gegründet worden, um – während der großen Säuberungen und Schauprozesse in der Sowjetunion – Stalins Rolle bei der Verteidigung der Wolgastadt im Bürgerkrieg 1918–20 herauszustreichen. 1943 brachte man hier die auf dem Schlachtfeld gefundenen Gegenstände unter. 1948 erfolgte die Umbenennung in „Museum der Verteidigung von Zarízyn – Stalingrad", 1962 in „Wolgograder Verteidigungsmuseum". Erst 1982 zog der jüngere, auf die Schlacht von 1942/43 bezogene Teil des Museums in das heutige Gebäude um und nannte sich nunmehr nach dem spektakulären Panorama, seiner Hauptattraktion.

Das Museum besteht aus acht Themensälen. Saal 1, der „Triumpfsaal", zeigt Dioramen von der verheerenden Bombardierung Stalingrads am 23.8.1942, die Kämpfe in der Stadt, die Nachschubsicherung über die Wolga und die Zerschlagung der Gegenoffensive Mansteins im Dezember 1942. Saal 2 beschreibt den Beginn des Überfalls der Wehrmacht auf Russland, Saal 3 den „Mut und die Tapferkeit der Verteidiger von Stalingrad", Saal 4 die Straßenkämpfe, Saal 5 die Unterstützung der Bevölkerung für die Soldaten, Saal 6 die Gegenoffensive der Roten Armee, Saal 7 die Marschälle und Generäle der Sowjetarmeen und Saal 8 den „Sieg des Sowjetvolkes in der Stalingrader Schlacht".

Die 3.500 Exponate sind meist die in konventionellen Kriegsmuseen üblichen: Uniformen, Waffen, Sanitätsausrüstung, Karten, Plakate, Fotos, Porträts der Befehlshaber usw. Besonders eindrucksvoll sind Reliefmodelle der Gesamtstadt und von einzelnen Stadtteilen zum Zeitpunkt der Kämpfe mit Lichtmarkierungen, eine „Stalinorgel", ein sowjetisches Flugabwehrgeschütz, deutsche Flieger- und Versorgungsbomben und vor allem auf der obersten Ebene des Museums das große Panorama „Die Zerschlagung der deutsch-faschistischen Armee vor Stalingrad". Es ist 120 m lang, 16 m hoch – damit weltweit das größte Monumentalgemälde – und kann von einem zentralen Aussichtspunkt in der Mitte rundum betrachtet werden.

Obwohl die Gesamtdeutung des Geschehens natürlich nicht von der des Gedenkkomplexes auf dem Mamajev Kurgan abweicht, ist die Betroffenheit des Besuchers hier doch erheblich authentischer, schon wegen der originalen Exponate. Noch mehr staunt man, wie Russen heute ihre Gäste und Besucher aus den Ländern der ehemaligen Kriegsgegner behandeln: freundlich und entgegenkommend, ohne Hass,

ohne Groll. Die inzwischen in ihrem ganzen Ausmaß bekannt gewordenen Verbrechen Stalins, auch während des Krieges, und die permanente Unfähigkeit des Systems, die Lebensverhältnisse dauerhaft zu verbessern, relativieren die Kriegswahrnehmung, vor allem nachdem die „kapitalistische Welt“ sich als „Sieger“ erwiesen hat.[25]

In der Normandie kommt es bis heute zu Neugründungen von Museen und Ausstellungen. Offenbar ist trotz der inzwischen weit zurückliegenden Ereignisse von 1944 ein wachsender Orientierungsbedarf vorhanden, der sich mit dem Aussterben der Veteranen und der gleichzeitig empfundenen geschichtspolitischen Notwendigkeit erklären lässt, dass die anstehende Integration Europas ohne eine halbwegs konsensfähige „Verarbeitung“ der Weltkriegsepoche, ohne Überwindung der damaligen nationalistischen Frontbildungen mental nicht gelingen kann: Die in der populären Erinnerungskultur der westlichen Länder – im Unterschied zur Sowjetunion – noch immer verbreitete stereotype Gleichsetzung von Deutschen und Nazis – ungeachtet einer inzwischen fünfzigjährigen und erfolgreichen Entwicklung der Demokratie in Deutschland – gibt hier sehr zu denken.

Die ersten Museen in der Normandie entstanden schon wenige Jahre nach den Ereignissen im Vorfeld des Zehnjahrgedenkens. Bereits 1952 wurde im Schloss von L’Aigle das Museum „Juni 1944“ eröffnet, es folgten 1954 das „Museum der Befreiung“ im Fort Du Roule in Cherbourg und das „Museum der Landung“ in Arromanches, also im amerikanischen und im britischen Kampfbereich. Schon diese frühen Gründungen lassen die verschiedenen thematischen Fokussierungen des Themas Normandie 1944 erkennen.

Ausgangspunkt ist selbstverständlich immer die Landung, weil hierbei große Massen an Waffen und technischem Gerät zerstört und unbrauchbar wurden, auf die sich sogleich der private und öffentliche Sammeleifer richtete, von dem die Museen vor Ort bis heute profitieren. Das reicht von schweren Schiffs- und Küstengeschützen, Flugzeugen und Panzern der unterschiedlichsten Art, Flak und Pakgeschützen über Maschinengewehre und Handfeuerwaffen bis hin zu Lastenseglern, Fallschirmen und Landungsbooten. Die Museen dieser Art liegen besonders dicht im unmittelbaren Küstenbereich, wo die deutschen Bunker konzentriert sind und es bei der Landung selbst überdurchschnittlich viele Materialverluste gab.

In die gleiche Richtung wirken die zahlreichen Museen und Ausstellungen, die in den inzwischen unter Denkmalschutz gestellten und teilweise restaurierten deutschen Bunker- und Batteriestellungen an der Küste (Atlantikwall) eingerichtet wurden, und die Museen, die den einzelnen Landeabschnitten gewidmet sind. Unter diesen bilden die Museen für Spezialeinheiten wie die Luftlandetruppen (Sainte-Mère-Eglise, Ranville-Pegasus) und die Sonderkommandos wie die amerikanischen Rangers und das französische Kommando Kieffer (Grandcamp-Maisy, Ouistreham) noch einmal eine besondere Gruppe. Im küstenferneren Bereich liegen die

Museen deutlich weniger dicht und konzentrieren sich auf rein äußerlich weniger spektakuläre Teilschlachten, wie es sie im Landkrieg überall gegeben hat (z. B. Avranches-Mortain, Falaise, Montormel). Allerdings: Erst in diesen Landschlachten wurde über den Erfolg der spektakulären Landungsoperationen entschieden – durch permanente Zermürbung der begrenzten deutschen Kräfte bis hin zum Zusammenbruch ihrer Front.

Nur drei Museen sollen im Folgenden etwas näher vorgestellt werden, weil sie den Rahmen der eher konventionellen Waffen- und Uniformschau und der Operationsgeschichte sprengen und dadurch zum historischen Verständnis des interessierten Besuchers in einem tiefergehenden Sinn beitragen: Das „Musée du Débarquement" in Arromanches, das „Musée Mémorial de la Bataille de Normandie" in Bayeux und das „Mémorial de Caen".

Das Museum in *Arromanches*[26], 1954 durch den französischen Staatspräsidenten René Coty eingeweiht, Ergebnis einer staatlichen Initiative, hat vor allem die Geschichte des hier vor der Küste platzierten künstlichen Hafens Mulberry B zum Thema, dessen Reste im Wattenmeer noch zu erkennen sind. Die Errichtung künstlicher Häfen – beispiellos zuvor – war für den Erfolg der Landung von ausschlaggebender Bedeutung, nachdem die alliierte Führung durch verschiedene Kommandounternehmen erkannt hatte, dass die schnelle Einnahme der schwer befestigten vorhandenen Häfen ohne Zerstörung der Anlagen durch die deutschen Verteidiger nicht möglich sein würde. Die zunächst schwachen Landeköpfe waren aber nur zu halten und auszudehnen, wenn sofort große Truppen- und Materialmassen angelandet werden konnten. Während der amerikanische Hafen Mulberry A durch Sturm zerstört wurde, vermochte sich Mulberry B zu halten. In den entscheidenden Monaten bis November 1944 wurde hier die spätere Landekapazität von Cherbourg und Le Havre übertroffen.

Das Museum besteht vor allem aus großen Modellen der Hafenanlage, die man mit Blick auf das Meer unmittelbar zu den dort sichtbaren Resten in Beziehung setzen kann. Technische Phantasie und Leistungskraft als Voraussetzung für den Landungserfolg werden hier in eindringlicher Weise vermittelt. Die Taten und Leiden der Soldaten und Zivilisten werden durch Filmangebote einbezogen.

Das Museum ist mit etwa 400.000 Besuchern jährlich das frequentierteste der Region. Das ist sicher auf die technische Faszination des künstlichen Hafens zurückzuführen, aber wohl auch darauf, dass hier aller zwölf Nationen gedacht wird, die an der Landung beteiligt waren.

Das „*Musée Mémorial de la Bataille de Normandie – 1944*" in *Bayeux*[27] ging 1981 aus einer privaten Sammlung hervor und stellte erstmals die Landungsschlacht, die in den Museen direkt an der Küste dominiert, in den größeren Zusammenhang der bis Ende August 1944 reichenden Schlachtenfolge in der Normandie. Da der Sammlungsbesitzer als einer der besten Kenner der Epoche bekannt ist, wurde die

Ausstellung unter kriegsgeschichtlichen Gesichtspunkten die umfassendste ihrer Art: Tag für Tag kann man die Entwicklung der achtzigtägigen Schlachtenfolge und der Ereignisse in Bayeux nachvollziehen. Im Außenbereich des Museums sind Panzer, Geschütze, Lastwagen beider Kampfparteien aufgestellt. Im Inneren finden sich hundert Uniformpuppen verschiedener Nationalität, Fahrzeuge, leichte Waffen und Ausrüstungen, Modelle, Fotos, Karten, Dokumente. Eindrucksvolle Archivfilme der Ereignisse werden laufend vorgeführt.

Der französische Einfluss bei der Erinnerungsgestaltung vor Ort und in den Museen ist unübersehbar. Das ist keineswegs so selbstverständlich, wie es auf den ersten Blick erscheint. Der direkte Anteil Frankreichs an den Kämpfen war gering im Vergleich zum gewaltigen Einsatz der Amerikaner, Briten, Kanadier – und er wurde noch absichtlich kleingehalten, weil die Angelsachsen den Einfluss General de Gaulles und seines „Freien Frankreich“ auf die Operationen minimieren wollten. De Gaulle hat vor allem den Amerikanern diese Zurücksetzung bei der Befreiung des eigenen Landes nie verziehen und später in seinem Teilrückzug aus der NATO die Konsequenzen gezogen. Andererseits liegt das Schlachtfeld in Frankreich, Zehntausende französische Zivilisten verloren bei den Luftangriffen und Erdkämpfen ihr Leben, Häuser und Besitz, nachdem sie die Last einer vierjährigen Okkupationszeit schon ertragen hatten.

Nicht nur das „Freie Frankreich“, auch die mit ihm kooperierende Widerstandsbewegung suchte die Landung nach Kräften zu unterstützen. Über das tatsächliche Gewicht dieser Unterstützung gehen die Meinungen auseinander – in den Museen vor Ort wird sie aber kräftig herausgestrichen. De Gaulle durfte erst am 14. Juni 1944 in der Normandie landen und richtete in Bayeux gleich die erste Unterpräfektur des befreiten Frankreich ein, um seinen Sofortanspruch auf dessen Verwaltung zu unterstreichen. Daran erinnert heute ein Museum. Die Panzerdivision Leclerc, der man Ende August die Befreiung von Paris konzedierte, landete erst zu Beginn dieses Monats in der Normandie – für die offizielle Geschichtsdeutung in Frankreich ist infolgedessen die Befreiung der Hauptstadt wichtiger als die Landungsschlachten an der Küste. Gleichwohl ist der französische Einfluss auch auf die museale Gestaltung in der Normandie ganz dominant. Mit der Zurückdrängung der puren Kriegsgeschichte mit ihren Waffen- und Uniformsammlungen durch die Alltags-, Mentalitäts- und Sozialgeschichte der Okkupations- und Befreiungszeit, die sich in einigen Museen spiegelt, trat die französische Perspektive zwangsläufig stärker in den Vordergrund. Ihren Höhepunkt erreichte diese Entwicklung mit dem „*Mémorial de la Paix*“ in *Caen*, das am 6. Juni 1988 durch Präsident François Mitterand feierlich eröffnet wurde.

Das Museum in Caen[28] geht zurück auf den Bürgermeister der während der Kämpfe zu drei Vierteln zerstörten Stadt, Jean-Marie Girault, der als Jugendlicher die Ereignisse wie eine Apokalypse miterlebte. Das alte historische Caen der Herzogsepoche ist heute nur noch in wenigen rekonstruierten „Traditionsinseln“ wie

Kathedrale, Burg und Abteien lebendig, durch die Schließung des großen Stahlwerks im Herbst 1993, das einmal 13.000 Menschen Arbeit gegeben hatte, wurde die ohnehin strukturschwache Region zusätzlich belastet. Ein Kulturtourismus, der sich die Geschichte, auch die Geschichte des Jahres 1944 zunutze macht, ist für Caen überlebenswichtig. Angesichts der schon dicht bestückten Museumslandschaft ging es um eine deutliche Alternative.

Das Mémorial in Caen, obwohl den Kämpfen von 1944 gewidmet, nennt sich provokativ „un musée pour la paix“. Im Unterschied zu den traditionellen Kriegsmuseen hat es eine klare Botschaft als Hauptziel, die Verminderung der Spannungen in der Welt durch Förderung der Menschenrechte. Das wirkt sich konzeptionell in mehrfacher Hinsicht aus: Durch Rückgriff in die Vorgeschichte des Zweiten Weltkriegs bis hin zur Friedensordnung von 1919 und durch eindrucksvoll filmisch verdichteten Ausblick auf kriegerische Konflikte seit 1945. Die Heldengalerie ist nicht Soldaten, sondern Friedensnobelpreisträgern gewidmet.

Im Mittelpunkt des Museums stehen die schwarzen Jahre Frankreichs unter der Okkupation 1940–1944 mit der Not des täglichen Lebens und dem Holocaust, visualisiert durch Fotos, persönliche Erinnerungsstücke und vor allem die Rekonstruktion einer Gaskammer. In der Abteilung „Weltkrieg und totaler Krieg“ wird der Kontrast zu den üblichen Kriegsmuseen besonders deutlich durch Versiegelung der Waffen in Vitrinen und Kontrastierung der Uniformen mit zeitgenössischer ziviler Konfektionsbekleidung, die Herausarbeitung der gewaltigen Rüstungsanstrengungen beider Seiten, die Betonung der großen Opfer der Roten Armee. Die Architektur des Museums unterstreicht die inhaltliche Aussage, der Besucher steigt immer tiefer hinab und die Farbgebung der Räume wird immer grauer und dunkler.

Dann geht es wieder nach oben in einen helleren Raum „Von der Landung bis zur Niederlage des Nationalsozialismus“. In einem monumental gestalteten Vorführraum eine enorme Leinwand, in zwei Hälften geteilt: Auf der linken die sich vorbereitenden Landungstruppen, auf der rechten die aufs Meer spähenden Deutschen in den Bunkern des Atlantikwalls. Zwei gleichzeitig ablaufende Filme bewegen sich allmählich aufeinander zu, bis sie sich im Augenblick der Landung in ungeheurem Schlachtenlärm vereinen: „Alles Krieger, keine Helden. Kein Gut und kein Böse, sondern das rohe Antlitz des Krieges.“.

Die letzte Abteilung des Mémorial thematisiert die zahlreichen Konflikte nach dem Kriegsende 1945, mit ihrem Elend und Leiden: Der Frieden blieb auch nach dem Sieg über die Nazibarbarei fragil.

Das Museum wurde errichtet über einer Bunkeranlage in einem Kalksteinbruch, in der sich die Kommandozentrale der 716. deutschen Infanteriedivision befand. Die gewaltige rechteckige Fassade (75 x 12 m) ist in der Mitte wie durch einen Riss gesprengt, hier befindet sich der Eingang. Auf den Mauern die Inschrift: „Der Schmerz

hat mich zerbrochen, die Brüderlichkeit hat mich wieder aufgerichtet, aus meiner Wunde sprudelt ein Fluss der Freiheit hervor."

Das Museum in Caen bemüht sich um eine Gestaltung der Erinnerung, die über die älteren Schlachtmuseen vor Ort weit hinausgeht und die vor allem die zentrale Lehre für die Zukunft zu ziehen versucht, dass der Frieden kein selbstverständliches, sondern ein höchst zerbrechliches Gut ist, das ständiger Anstrengung von Individuen, Gesellschaften und Staaten bedarf und nur durch universale Anerkennung und Praktizierung der Menschenrechte gesichert werden kann. Nicht der Kampf der Nationalstaaten um Grenzen und Macht, sondern der von Ideologien mit universalem Ausschließlichkeitsanspruch wird betont. Dies ist zweifellos ein wichtiger Schritt hin zu einer zukunftsfähigen Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg und die Normandieschlacht. Es wird aber auch deutlich, dass sich diese Erinnerung erheblich von dem unterscheidet, was für die Zeitgenossen von 1944 erkennbar war. Das Museum in Caen hat heftige Proteste der organisierten Veteranen erfahren, weil sie ihre eigenen Erfahrungen und Truppenteile nicht wiederfanden – deutliches Symptom des generationellen Erinnerungswandels.

IV. Vergangenheit und Zukunft der Schlachterinnerung

Die Veteranen des Zweiten Weltkriegs in allen beteiligten Generationen sind heute sehr alte Menschen. Allerdings vererbt sich in vielen Veteranenfamilien Russlands, Großbritanniens, Kanadas und der USA die Schlachterinnerung auf die jüngeren Generationen, wie man auf den Friedhöfen, an den Gedenkstätten und in den Museen feststellen kann. Diesen Besuchern geht es vor allem um würdige, auch emotionale Erinnerung an die Gefallenen und um detailgesättigte Inszenierung ihres Kriegsalltags.

Insgesamt erscheint die Gestaltung der Schlachterinnerung in Ost und West bisher als wenig zukunftsfähig im Sinne der nachwachsenden Generationen des 21. Jahrhunderts. Der ideologisch inszenierte monumentalische Heroismus in Stalingrad ist nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion diskreditiert – schon in den vorangegangenen Jahrzehnten war das materielle Elend der Sieger permanent geworden, als das Gefühl äußerer Bedrohung infolge des Kalten Krieges trotz des großen Sieges keineswegs abgenommen hatte.[29] Die horrenden Opferzahlen, die erst nach 1991 bekannt wurden, relativierten den strahlenden Glanz des Siegers Stalin. Die von Chruschtschow, der die Schlacht selbst als Politkommissar mitgemacht hatte, auf dem 20. Parteitag 1956 durchgesetzte Abschaffung des von Stalin inszenierten Personenkults führte 1961 sogar zur Umbenennung der „Heldenstadt" Stalingrad in Wolgograd. Aktuellen Umfragen zufolge möchte es die Mehrheit der Bevölkerung auch dabei belassen – im Gegensatz zu altkommunistischen Bestrebungen.

Die Feier des zehnjährigen Siegesjubiläums 1953 stand noch ganz im Zeichen des Stalinkults, nicht des Gedenkens an die Opfer und der Ehrung der Veteranen.

„Den Kriegsteilnehmern wurden ihre Erinnerung und ihre Feiern nur für kurze Zeit nach dem Krieg selbst überlassen. Dann witterte die Staatsführung in der Spontaneität und Unabhängigkeit der Veteranen eine Gefährdung für das autoritäre Staatssystem. […] Der ausschlaggebende Faktor für die restriktiven Maßnahmen war wohl aller Wahrscheinlichkeit nach der, dass die – ständig vom Verfolgungswahn getriebenen – Politiker die Lebenserfahrung fürchteten, die alle Veteranen von den hohen Militärs bis zu den Frontkämpfern gemeinsam hatten: Sie hatten an der Front gelernt, selbst zu denken, zu handeln und ihre eigene Kraft gespürt. Zusätzlich hatte die Kriegspropaganda ihr Selbstbewusstsein gestärkt, hatte ihnen eingeschärft, dass es auf den Einsatz eines jeden einzelnen ankäme. […] In der Diktatur Stalins war – wie in jedem totalitären Staat – einfach jeder Mensch gefährlich, der selbst dachte und begann, Fragen zu stellen oder sich einfach nur seines Wertes bewusst wurde. […] Die Verfahrenspraxis der Regierung gegenüber den Veteranen nach dem Krieg war von der Maxime geprägt, die ehemaligen Soldaten so schnell wie möglich wieder in den totalitären Staat einzureihen und das bedeutete, zu kontrollieren.“[30]

Das zwanzigjährige Siegesjubiläum 1963 – inzwischen war mit dem Bau des Gedenkkomplexes auf dem Mamajew Kurgan begonnen worden – wandte sich schon an die Nachgeborenen. Die älteren Veteranen waren inzwischen verstorben.

„Nun konnte man den Krieg als Erziehungsinhalt ansehen, denn nach 20 Jahren war der Sieg in Stalingrad als Inhalt von Propaganda und Erziehung frei verfügbar. Es konnte ein neuer Inhalt in das kollektive Gedächtnis eingebracht werden. […]“[31]

Jetzt war nicht mehr Stalin der alles überragende Sieger, sondern die Sowjetideologie und die ihr entsprechende Gesellschaftsordnung und Staatsverfassung. Die Leiderfahrungen der unmittelbar betroffenen Millionen von Menschen, die Hoffnung auf Frieden und Völkerversöhnung spielten in der spannungsgeladenen Atmosphäre des Kalten Krieges weiterhin kaum eine Rolle. Erst die Reformen Gorbatschows und das Auseinanderbrechen von Ostblock und Sowjetunion brachten 1990/91 einschneidende Änderungen. Die ideologische Umbiegung des Sieges zum Symbol der langfristigen Überlegenheit des Sowjetsystems über den Rest der Welt war widerlegt. Was sollte nun aus der Schlachterinnerung werden?

Erstmals wurde der Wortlaut des berüchtigten Stalinbefehls Befehls Nr. 227 veröffentlicht, ungeschönte Zahlen sowjetischer Verluste erforscht und die Frage gestellt, ob der Sieg nicht auch mit weniger Opfern zu erringen gewesen wäre. Zivile Opfer der Stalingrader Schlacht, die bisher nicht wahrgenommen worden waren, schlossen sich in Organisationen zusammen und begannen, ihre Interessen an die Öffentlichkeit zu bringen. Seit dieser Zeit wurden allmählich auch die deutsche Sicht der Schlacht und die Opfer auf deutscher Seite wahrgenommen. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion verringerte sich die Neigung zur kritischen Aus-

einandersetzung. Am 50. Jahrestag 1993 stand wieder das traditionelle Gedenken im Vordergrund. Patriotische Rückbesinnung auf die Stärke nunmehr Russlands sollte das Vertrauen stärken, auch die aktuelle wirtschaftliche und politische Krise zu meistern. Dasselbe galt auch bei der Feier des 60. Jahrestages 2003.[32]

> „Trotz Kursschwankungen in der sowjetischen und russischen Erinnerungspolitik, trotz Entstalinisierung, trotz Glasnost und dem Ende der kommunistischen Diktatur ist das Gedenken an die Schlacht von Stalingrad durch eine bemerkenswerte Kontinuität gekennzeichnet, deren Ursprung in der sowjetischen Kriegspropaganda liegt.
> Eine Erklärung dafür ist, dass die Konstruktion von Geschichte und Erinnerung für die Sieger immer ein leichteres und unbelasteteres Unterfangen ist als für den Verlierer. Im Fall von Stalingrad kommt jedoch hinzu, dass es sich hier um keine eindimensionale Erinnerungschiffre handelt, die sich wie ‚Auschwitz' in Bezug auf den Holocaust und ‚Hiroshima' in Bezug auf den Schrecken eines Atomschlages auf einen konkreten Sachverhalt reduzieren lässt. Die Chiffre ‚Stalingrad' setzt sich vielmehr aus mehreren Einzeltopoi zusammen, die zu verschiedenen Zeiten unterschiedlich akzentuiert wurden. Dadurch konnte sich das Stalingrad-Bild den sich wandelnden politisch-ideologischen Bedingungen anpassen, ohne dass es insgesamt neu konstruiert werden musste. Denn auch wenn sich noch viele Elemente der sowjetischen Kriegspropaganda im heutigen russischen Verständnis der Schlacht von Stalingrad wiederfinden, stimmt es nicht zwangsläufig mit dem Stalingrad-Bild der Kriegspropaganda überein. Obwohl die Erinnerungschiffre ‚Stalingrad' dadurch flexibel und wenig greifbar wurde, ist sie gleichzeitig in der Summe ihrer Einzeltopoi vergleichsweise stabil geblieben. Neue, zumeist negative Aspekte der Erinnerung an die Schlacht, die in der unmittelbaren Kriegs- und Nachkriegspropaganda aus nachvollziehbaren Gründen ausgeblendet worden waren, finden kaum in das aktuelle russische Stalingrad-Bild Eingang. Es ist deshalb nicht nur dem großen Einfluss der Armee und der Veteranenverbände geschuldet, wenn sich in den zahlreichen Gedenkveranstaltungen, Publikationen und Ausstellungen zum 60. Jahrestag der Schlacht die alten Vorstellungen und Erinnerungsrituale trotz einer sich demokratisierenden und pluralistisch werdenden russischen Öffentlichkeit nahezu ungebrochen gehalten haben".[33]

Einen neuen Ton schlug 2001 die Ausstellung „Stalingrad – Hiroshima – Nagasaki" an, in der – jenseits des ideologisch begründeten Heldenkults – die Namen der vernichteten Städte als Friedenssymbole herausgestellt werden. Im Deutschen Bundestag beging man erstmals 2002 den Volkstrauertag mit einem Festakt zum Gedenken an die Opfer von Stalingrad, bei dem auf Einladung des Volksbundes auch russische Kriegsveteranen anwesend waren.

Unter den zahlreichen deutsch-russischen Kontakten, die seit den achtziger Jahren auf allen Ebenen neu geknüpft wurden, hatten die Beziehungen zu Wolgograd mit

seiner historischen Bedeutung für beide Seiten ein besonderes Gewicht. Während zwischen Chemnitz (Karl-Marx-Stadt) und Wolgograd schon länger Kontakte bestanden, begannen Köln und Wolgograd 1988 eine Partnerschaft. Die oft sehr dichten Kontakte betrafen erst einmal die Generation der Kriegsteilnehmer, dann aber immer stärker auch die folgenden Generationen.[34]

Insgesamt verblasste der Gegensatz von Siegern und Besiegten im neuen Kontext der nunmehr stärker betonten Leidens- und Opfererfahrung beider Seiten unter zwei unmenschlichen totalitären Systemen.

Hinter dem Interesse Wolgograds an deutschen Besuchern stehen freilich auch wirtschaftliche Interessen. Trotz des nach Millionen zählenden Besucherstroms, der sich großenteils aus den GUS-Staaten rekrutieren dürfte, zählt Wolgograd nicht zu den Attraktionen des zahlungskräftigen Auslandstourismus in Russland, der sich auf St. Petersburg und Moskau mit Umgebung konzentriert. Wolgograd kann hier nur mit der Schlachterinnerung „punkten", und dafür interessieren sich von den Ausländern vor allem die Deutschen.

In der *Normandie* wird seit langem vorgemacht, wie eine strukturschwache Region von ihrem furchtbaren Kriegserbe profitieren kann. Jährlich besuchen Hunderttausende Engländer und Amerikaner Soldatenfriedhöfe, Schlachtfelder und Museen, den Opfern hier folgte der militärische Triumph der menschlich und demokratisch gerechten Sache über die Barbarei eines rassenideologischen Totalitarismus. Diese heroisierende Sicht von Krieg und Sieg fällt aus gegenwärtiger Sicht aber hinter Trauererfahrungen zurück, die nach dem Ersten Weltkrieg schon an der Somme gewonnen und in dem monumentalen Denkmal von Thiepval gestaltet wurden. Die heroische Siegerpose wirkt heute in der Normandie zunehmend hohl.

Inzwischen ist auch für eine breitere Öffentlichkeit unübersehbar, dass Großbritannien den Sieg in beiden Weltkriegen mit dem Verlust seiner Weltmachtstellung bezahlt hat. Die USA haben ihre Weltmachtstellung bisher erhalten können, aber ihre Kriegseinsätze in Vietnam, im Irak und in Afghanistan haben ihr moralisches Selbstbewusstsein und ihr Ansehen als Vormacht der freien Welt erheblich erschüttert. Die asymmetrischen Kriege seit dem letzten Drittel des 20. Jahrhunderts unterscheiden sich grundsätzlich von den Großmachtkonflikten in der Weltkriegsepoche, und Gut und Böse sind hier nicht mehr so klar auseinanderzuhalten wie anscheinend noch beim „Kreuzzug in Europa". Da wirkt der Rückblick auf den Sieg in der Normandie wie eine nostalgische Selbstbestätigung eines sinnvollen nationalen Heroismus.

In Deutschland ist Stalingrad zum Mythos geworden – ganz anders als die Normandie. Das begann schon in der propagandistischen und anachronistischen Verklärung der Niederlage durch das Regime als „Nibelungenschicksal" – ein Hohn auf das reale Elend der Soldaten im Kessel und zugleich ein Prolog auf den Untergang von 1945, der einer Kapitulation vorgezogen wurde. Die Propagandalüge von 1943 entfaltete nach dem Krieg ein irritierendes Nachleben.[35] Die Erinnerung an

Stalingrad, durch das ungeklärte Schicksal der Kriegsgefangenen ständig wachgehalten, hatte auf dem Hintergrund des Kalten Krieges für die Westintegration der Bundesrepublik einige entschiedene Vorteile: An der Wolga waren die Folgen der Führung Hitlers noch dramatischer in Erscheinung getreten als in der Normandie, und vor allem: In der Normandie hatte man den falschen Gegner bekämpft, dem es um die Befreiung Europas ging – an der Wolga aber und im Osten hatte man gegen einen Gegner gekämpft, dem es keineswegs um die Befreiung, sondern ebenso wie Hitler und Konsorten um die Unterjochung Europas ging und gegen den man nun mitten in Deutschland erneut wieder in Front stand, diesmal in Bundesgenossenschaft mit den ehemaligen Westgegnern. Auf diesem Hintergrund erschien die Normandie als Fehler, man hatte dort gegen die eigene Befreiung gekämpft, in Stalingrad ging es gegen den „richtigen" Todfeind, den Sowjetkommunismus.

Natürlich beruhte diese Sicht auf einer sehr eigenwilligen Verknüpfung von Normandie- und Stalingradverarbeitung, aber dass eine solche überhaupt stattfand, bedeutet doch eine durch die spezifisch deutsche Zweifrontenerfahrung ermöglichte Perspektiverweiterung. Die Zusammenhänge zwischen den Kämpfen an der West- und an der Ostfront waren natürlich den Politikern, den Militärs und den Historikern durchaus bewusst, aber die populäre Erinnerungskultur der Briten und Amerikaner ließ sie weitgehend außer Acht. Die Normandie-Gedenkfeiern waren und sind Helden- und Friedensfeste der Angelsachsen, die die entscheidende „Vorarbeit" der Roten Armee für ihren Sieg 1944 gerne verdrängten, zumal diese sich schon wenig später vom Bundesgenossen zum Gegner entwickelte: Erst zum 60-Jahrgedenken 2004 war – nach dem Zerfall der Sowjetunion – Russland offiziell durch Präsident Putin vertreten. Für ein zukunftsfähiges Geschichtsbewusstsein führt kein Weg an der Erkenntnis vorbei, dass Moskau, Stalingrad und Kursk 1941–1943 den Sieg der Angelsachsen in der Normandie überhaupt erst möglich gemacht haben, auch wenn das militärische Überleben der Sowjetunion seinerseits ohne die umfangreichen Materiallieferungen der Westmächte nicht möglich gewesen wäre. Bisher wird die Rolle der Roten Armee nur im Museum von Caen gebührend berücksichtigt.

Die durch den Krieg gezeichneten Landschaften setzen heute das schreckliche Geschichtserbe touristisch in Wert, wie man es sich an den ehemaligen Kriegsschauplätzen in Deutschland – dem Aachener Raum mit dem Hürtgenwald, dem Niederrhein mit dem Reichswald und dem Oderbruch mit den Seelower Höhen – nicht vorstellen kann.[36] Die Kriegserinnerung spielt in Russland, in Großbritannien und Amerika bis heute eine erhebliche gesamtgesellschaftliche Rolle. Der Schlachtfeldtourismus ist eine Spielart des Kulturtourismus, der in den westlichen Wohlstandsgesellschaften einen Faktor von ganz erheblichem ökonomischem Gewicht darstellt. Kommerzialisierung und politische Instrumentalisierung von Geschichte und Kriegsgeschichte sind unvermeidbar – vor allem in Regionen, die Tourismus brauchen –, entscheidend ist aber der Umgang damit unter Wahrung der Würde der Opfer und Respektierung der historischen Wahrheit. Die zukunftsfähige Gestaltung

dieses Faktors im Sinne einer global orientierten Friedens- und Menschenrechtsperspektive, wie sie das Museum in Caen schon betreibt, ist die große Herausforderung an die Schlachterinnerung in der Normandie und der Region Wolgograd heute.

Literaturhinweise

Alle Belege zum Thema *Stalingrad 1942/43* finden sich – neben umfangreichen, weiterführenden Literaturhinweisen – in folgenden Publikationen:

Sabine Rosemarie Arnold: „Das Beispiel der Heldenstadt wird ewig die Herzen der Völker erfüllen!“ Gedanken zum sowjetischen Totenkult am Beispiel des Gedenkkomplexes in Wolgograd, in: Reinhart Koselleck, Michael Jeismann (Hg.): Der politische Totenkult. Kriegerdenkmäler in der Moderne. München 1994, S. 351-374.

Peter Jahn (Hg.): Stalingrad erinnern. Stalingrad im deutschen und russischen Gedächtnis. Berlin 2003 (Katalog der Ausstellung im Deutsch-Russischen Museum Berlin-Karlshorst 2003/2004).

Bernd Ulrich: Stalingrad. München 2005.

Wolfram Wette, Gerd R. Ueberschär (Hg.): Stalingrad. Mythos und Wirklichkeit einer Schlacht. Frankfurt/M. ^{2}2012

Wolfgang Kirsch/Olga Sajontschkowskaja: Wolgograd heute. Ein Stadtführer durch das ehemalige Stalingrad. Nürnbrecht 2000, 6. Aufl. 2008.

Zum Thema *Normandie* 1944:

Horst Rohde: Militärgeschichtlicher Reiseführer Normandie 1944. Hamburg/Berlin/Bonn ^{2}2008.

Bernd Mütter: Somme 1916 und Normandie 1944 – zwei Erinnerungslandschaften der Weltkriegsepoche zwischen Geschichte, Politik und Tourismus, in: MGZ 68 (2009), S. 293-326.

Peter Lieb: Unternehmen Overlord. Die Invasion in der Normandie und die Befreiung Westeuropas. München 2014.

Zum Thema *Geschichtsreisen*:

Bernd Mütter: HisTourismus. Geschichte in der Erwachsenenbildung und auf Reisen. 2 Bde. Oldenburg 2009.

Zum Thema *Wandel des Geschichtsbewusstseins* im Bereich des ehemaligen Ostblocks:

Olga Kurilo (Hg.): Der Zweite Weltkrieg im Museum: Kontinuität und Wandel. Berlin 2007.

1 Vgl. Albrecht *Steinecke*: Kulturtourismus. Marktstrukturen – Fallstudien – Perspektiven. München/Wien 2007, S. 145-165; Bernd *Mütter*: HisTourismus. Geschichte in der Erwachsenenbildung und auf Reisen. 2 Bde. Oldenburg 2008, dort Bd. 2 S. 209-441, S. 551-569.

2 Vgl. zuletzt knapp orientierend Bernd *Ulrich*: Stalingrad. München 2005 (Literaturhinweise S. 124-126); Jürgen *Förster*: Zähe Legenden. Stalingrad, 23. August 1942 bis 2. Februar 1943. In: Stig *Förster*, Markus *Pöhlmann*, Dierk *Walter*: Schlachten der Weltgeschichte. Von Salamis bis Sinai. München [3]2005, S. 325-337.

3 Vgl. die Übersicht über die Invasionskämpfe bei Horst *Rohde*: Militärgeschichtlicher Reiseführer Normandie 1944 – Die Invasion. Hamburg/Berlin/Bonn 2004, S. 10-61, 195-197 (Literaturhinweise).

4 *Ulrich* (wie Anm. 2), S. 90f.

5 *Rohde* (wie Anm. 3), S. 59.

6 Vgl. dazu Wolfgang *Kirsch*, Olga *Sajontschkowskaja*: Wolgograd heute. Ein Stadtführer durch das ehemalige Stalingrad. Nürmbrecht 2000, [6]2008, S. 114-123, 130f., 148f.; Peter *Jahn* (Hg.): Stalingrad erinnern. Stalingrad im deutschen und russischen Gedächtnis. Berlin 2003 (Katalog der Ausstellung im Deutsch-russischen Museum Berlin-Karlshorst 2003/2004), S. 153f.

7 *Kirsch* (wie Anm. 6), S. 114, 118.

8 Ebd. S. 123.

9 Ebd. S. 99f., 130f.

10 Ebd. S. 171-175.

11 Vgl. *Rohde* (wie Anm. 3), S. 99-102.

12 Ebd. S. 125-127; Alain *Ferrand*: Arromanches. Geschichte eines Landungshafens. Mulberry – Fertigteil – Landungshafen. Cully 1997/2008 (OREP-Edition).

13 *Ulrich* (wie Anm. 2), S. 74f.; *Kirsch* (wie Anm. 6), S. 117.

14 Aktueller Prospekt „Rossoschka“ des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge; *Kirsch* (wie Anm. 6), S. 209-211.

15 Max *Hastings*: Unternehmen Overlord. D.-Day und die Invasion in der Normandie 1944. Dt. Wien-München 1985; *Rohde* (wie Anm. 6), S. 94f., 108f, 119, 190.

16 Helga *Köpstein*: Die sowjetischen Ehrenmale in Berlin. Berlin 2006, S. 83-170.

17 Sabine Rosemarie *Arnold*: „Das Beispiel der Heldenstadt wird ewig die Herzen der Volker erfüllen!“ Gedanken zum sowjetischen Totenkult am Beispiel des Gedenkkomplexes in Volgograd, in: Reinhart *Koselleck*, Michael *Jeismann* (Hg.): Der politische Totenkult. Kriegerdenkmäler in der Moderne. München 1994, S. 351-374, dort S. 351.

18 *Arnold* (wie Anm. 17), S. 352-356.

19 Ebd. S. 355.

20 Ebd. S. 356f.

21 Ebd. S. 359f.

22 Ebd. S. 373.

23 Nigel *Cave*, Michael *Barker*: Thiepval. Exhibition Center Guidebook. London 2004, S. 2f., 6-9.

24 Wolfgang *Kirsch*, Olga *Sajontschkowskaja*: Wolgograd. Panorama-Museum. Die ‚Stalingrader Schlacht‘. Nürmbrecht [2]2005.

25 Vgl. die Übersicht im aktuellen Faltblatt der Organisation “Normandie Mémoire Espace Historique“ sowie – für die älteren Museen – bei Jean-Marcel *Humbert*, Lionel *Dumarche*: Muséo-guide 1939–1945. Paris 1986, S. 83-96.

26 Vgl. die Belege in Anm. 12.

27 Dazu *Humbert-Dumarche* (wie Anm. 25), S. 84f.; *Rohde* (wie Anm. 3), S. 121f.

28 Didier *Gourin*: Un mémorial pour la paix. In: Ècoute mai 1989, S. 18-20; Benjamin *Brower*: The Preserving Machine. The “New” Museum and Working through Trauma. The Musée Mémorial

pour la Paix of Caen. In: History and Memory 11.1999, S. 77-103; Mémorial de Caen (Hg.): Le Guide. Caen 2006.

29 Vgl. *Ulrich* (wie Anm. 2), S. 112-116.

30 *Arnold* (wie Anm. 17), S. 364.

31 Ebd. S. 363.

32 *Jahn* (wie Anm. 6); S. 160-163, 178, 183.

33 Ebd. S. 24.

34 Ebd. S. 166-173.

35 Dazu *Ulrich* (wie Anm. 2), S. 101-112, 117-123; *Förster* (wie Anm. 2), S. 325-337. Vgl. auch Peter *Jahn* (Hg.): Triumph und Trauma. Sowjetische und postsowjetische Erinnerung an den Krieg. Berlin 2005 (Katalog der Ausstellung im Deutsch-russischen Museum Berlin-Karlshorst 2005). Zu einer neuen westlichen Sicht des Zweiten Weltkriegs vgl. Jörg *Baberowski*: Verbrannte Erde. Stalins Herrschaft der Gewalt. Frankfurt/M. 2014, dort S. 395-453 über den stalinistischen Krieg. Zur Neubewertung des Krieges und der Rolle Stalins für den Sieg vgl. Corinna *Kuhr-Korolev*: Erinnerungspolitik in Russland. Die vaterländische Geschichte und der Kampf um historisches Hoheitsgebiet, in: Neue Politische Literatur 54, (2009) S. 369-384.

36 Vgl. Bernd *Mütter*: Späte Erinnerung am „Westwall". Das Museum „Hürtgenwald 1944 und im Frieden" – eine Premiere in Westdeutschland, in: Militärgeschichtliche Zeitschrift 69 (2010), S. 295-324; KULTUR GmbH Seelow (Hg.) Gedenkstätte/Museum Seelower Höhen. Berlin ^{6}2004.

C Die baltischen Metropolen in Mittelalter und Neuzeit – Orte der Erinnerung an ein „vergessenes“ Erbe Europas

Als Reisender aus Deutschland ist man verblüfft, wenn man in Selbstdarstellung und Touristikwerbung der drei heute wieder selbständigen baltischen Länder die Behauptung findet, sie lägen „in der Mitte Europas“. Dahinter verbirgt sich mehr als nur eine auffällige geographische Zuordnung.[1]

Zunächst: Wenn Europa erst am Ural endet – eine endlose Debatte –, dann liegen die baltischen Länder tatsächlich „in der Mitte Europas“. In Deutschland aber ist man der Überzeugung, selbst in der Mitte Europas zu liegen und hat für die östlichen Nachbarn Polen und Tschechien den Begriff „östliches Mitteleuropa“ erfunden. Dieser Begriff von Mitteleuropa geht eher von historischen und politischen als von geographischen Prämissen aus. Welche Motive liegen der offensichtlich stark abweichenden Begriffsverwendung in den drei baltischen Staaten zugrunde?

Diese kleinen Länder erlangten nach Jahrhunderten der Fremdherrschaft – in einer Schwächephase der beiden großen Nachbarn Deutschland und Russland – nach deren Niederlage im Ersten Weltkrieg überraschend ihre Unabhängigkeit. Sie vermochten sie schon in der Gründungsphase nur mit Hilfe der siegreichen Westmächte zu behaupten. Das Wiedererstarken Deutschlands und Russlands unter den totalitären Regimes Hitlers und Stalins veränderte die machtpolitische Situation in Ostmitteleuropa grundlegend, beide Diktatoren verständigten sich am Vorabend des Zweiten Weltkriegs über ihre dortigen Interessensphären. Die baltischen Länder wurden in die Sowjetunion eingegliedert, und dabei blieb es auch nach der deutschen Niederlage 1945 – mit Einverständnis der Westmächte. Die Balten, vor allem die Litauer, kämpften noch bis Mitte der fünfziger Jahre als Partisanen gegen die Rote Armee, in der verzweifelten Hoffnung, dass die Westmächte sie angesichts des sich verschärfenden „Kalten Krieges“ und aufgerüttelt durch die zahlreichen Emigranten nicht fallenlassen würden. Der Westen aber vermochte unter dem Damoklesschwert der atomaren Kriegsgefahr nicht einmal in den formal selbständig gebliebenen Satellitenstaaten zu intervenieren, als es in diesen – beginnend 1953 in der DDR – zu spektakulären Volksaufständen kam. Auf diesem Hintergrund vermochten die kleinen baltischen Völker kaum noch Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen, sie waren endgültig abgeschrieben.[2]

Erst der unerwartete Zusammenbruch der Sowjetunion bescherte ihnen eine neue Chance – wie durch ein Wunder. Inzwischen sind sie sogar NATO- und EU-Mitglieder, eine Sicherheitsgarantie, die ihnen in der Zwischenkriegszeit nie gewährt wor-

den war. Die kleinen baltischen Staaten wissen auf dem Hintergrund ihrer traumatischen Erfahrungen im 20. Jahrhundert, dass sie nur bei Wahrnehmung als vollwertige Mitglieder Europas dauerhaft überleben können – daher die Wendung „mitten in Europa“ und die Einladung an Touristen aus dem Westen, sich selbst vor Ort davon zu überzeugen.

Die Einreise in die baltischen Länder verlangt vom Bundesbürger heute nur noch die Vorlage des Personalausweises, vor fünfzehn Jahren eine geradezu wirklichkeitsfremde Vorstellung. Wie präsentieren sich ihre Hauptstädte heute dem historisch interessierten Touristen? Und was erfährt dieser reisend und besichtigend von ihrer „Rückkehr nach Europa“?

Die Altstädte der baltischen Metropolen blieben in den beiden Weltkriegen trotz herber Verluste und obwohl die Fronten mehrfach über sie hinwegzogen, von flächendeckenden Zerstörungen verschont. Allerdings gab es erhebliche lang anhaltende Bedrohungen der historischen Stadtensembles in der Sowjetzeit, sowohl durch Vernachlässigung der vorhandenen Bausubstanz als auch durch die gigantomanischen Funktionsbauten der Okkupationsmacht, die keine Rücksicht auf die gegebenen Verhältnisse nahm. Seit der Wiedererlangung der Unabhängigkeit 1991 werden die historischen Bauten der Alt- und Innenstädte restauriert, die historischen Museen reorganisiert. In der breiten westlichen Öffentlichkeit längst vergessene europäische Bezüge werden dabei sichtbar – gerade auch für den Besucher aus Deutschland.

I. Von der Christianisierung zur Russischen Revolution: Der lange Weg zur nationalen Unabhängigkeit

1 Spätmittelalter und Frühneuzeit, Christianisierung und Fremdherrschaft

Im hohen Mittelalter, seit dem 12. Jahrhundert, wurde die Zugehörigkeit der drei baltischen Länder zu Europa grundgelegt. Dieser komplexe Vorgang nahm Jahrhunderte in Anspruch. Er kam zum Ausdruck durch eine vielfach gewalttätige Christianisierung der Landesbewohner, die vom Schwertbrüder- und vom Deutschen Ritterorden durchgesetzt wurde,[3] und durch die Einbindung der östlichen Ostseeküste in den mitteleuropäischen Wirtschaftsraum der Hanse, in dem ebenfalls die Deutschen dominierten. Deutsche gründeten 1201 Riga, Dänen und Deutsche ab 1219 Tallinn (dt. Reval). Wilnius (dt. Wilna, poln. Vilno) dagegen war eine Gründung der einheimischen litauischen Großfürsten (ab 1323), die zur Landeserschließung deutsche u. a. Siedler herbeiriefen. Mit Nationsbildungsprozessen im Sinne des 19. und 20. Jahrhunderts hatten alle diese Vorgänge nichts zu tun – es ging vielmehr um Christianisierung, Handel, Landesausbau.

Litauen kann auf eine bedeutende Vergangenheit als osteuropäische Großmacht im späten Mittelalter zurückschauen, anders als Lettland und Estland, die erstmals 1918/20 als selbständige Staaten in die europäische Geschichte eintraten. Litauen

vermochte sich gegen die Angriffe des Deutschen Ritterordens zu behaupten, in dem seine Großfürsten das Christentum annahmen (dauerhaft erst ab 1387) als letzte in Europa, und damit den „Kreuzzügen“ des Ordens die religiöse Legitimation entzogen. In der Union mit Polen verlor es aber zunehmend sein politisches Eigengewicht und seine noch ungefestigte kulturelle Identität.[4] Polen, schon dreihundert Jahre länger christianisiert und fest in Europa eingebunden, durchdrang Litauen geistig und gesellschaftlich – der litauische Adel sprach früh nur noch polnisch. Wie die Deutschen in Lettland und Estland, so wurden in Litauen die Polen zur dominierenden politischen und kulturellen Macht. Die Entwicklungen des 18. Jahrhunderts – zunächst der Nordische Krieg, dann die polnischen Teilungen – brachten alle baltischen Länder und große Teile Polens unter die Herrschaft Russlands. Erst seit dieser Zeit erfuhren sie – als „Ostseeprovinzen“ des Riesenreiches – ein gemeinsames historisches Schicksal, das den heutigen Wortgebrauch von den „drei baltischen Ländern“ trotz unterschiedlicher Geschichte und Sprache halbwegs rechtfertigt.[5]

Wie spiegeln sich diese sechshundert Jahre andauernden Entwicklungen heute im Stadtbild der baltischen Metropolen? Wir behandeln die großen Objektgruppen vergleichend und in chronologischer Reihenfolge ihres historischen Erscheinens nacheinander.[6]

a) Stadtburgen und -schlösser

Burgen als Kristallisationskerne von Machteroberung und -behauptung stehen am Anfang aller drei Stadtgründungen. In *Riga*[7] lag die Burg des Schwertbrüderordens, den der erste Bischof 1201/03 gegründet hatte, zunächst im späteren Stadtzentrum (heute Konventshof), wurde dann aber an die Düna verlegt, wo sich das heutige Schloss befindet, nachdem es zwischen dem Orden und der aufstrebenden Bürgerschaft zu Streitigkeiten gekommen war. Es handelt sich hierbei nicht um nationale Streitigkeiten, sondern um solche zwischen Ordensrittern und Kaufleuten deutscher Abstammung. Konflikte dieser Art zwischen Stadtherren und Stadtbürgern kennzeichnen die europäische und die deutsche Stadtgeschichte im späteren Mittelalter generell. Zunächst siegten, in Riga wie anderswo, die Stadtbürger aufgrund ihrer erheblichen ökonomischen Potenz. Als diese abnahm – symptomatisch ist hier der Niedergang der Hanse, zu der auch Riga und Tallin (Reval) gehörten – wandte sich das Blatt. Neue Stadt- und Landesherren konnten ihre Oberherrschaft – mal mehr, mal weniger – etablieren. Nach dem Niedergang des Deutschen Ordensstaates und der „Livländischen Konföderation“ infolge militärischer Niederlagen gegen Polen-Litauen (1410 Tannenberg, 1466 2. Thorner Frieden) und Russland sowie infolge der Reformation, die in den Hansestädten wie Riga und Reval schnell um sich griff (1521ff.), bedurfte man in Riga einer neuen schützenden politischen Oberherrschaft – ein kurzer Versuch, als freie, unabhängige Stadt zu überleben, schlug fehl (1561–1581). Die stärksten Machtzentren im Ostseeraum des 16. und 17. Jahrhunderts waren Polen, Schweden und dann Russland. Riga unterwarf

sich zunächst 1582 der polnisch-litauischen Oberhoheit, aber der damit einhergehende Versuch, die Stadt zum alten Glauben zurückzuführen, löste große Unzufriedenheit aus. Im polnisch-schwedischen Krieg wurde Riga 1621 vom Schwedenkönig Gustav Adolf erobert. Schweden entwickelte sich damals zur protestantischen Vormacht im Ostseeraum. Rigas schwedische Zeit 1621–1710 gilt heute – trotz starker Abgabenbelastung durch Schwedens Kriege gegen Polen und Russland – als glückliche Epoche in der Stadtgeschichte. Riga ist damals die größte Stadt Schwedens noch vor Stockholm. Zum siebenhundertjährigen Gründungsjubiläum 2001 wurde das schwedische Königspaar in Riga feierlich empfangen – eine Inschrift in der St. Petrikirche erinnert daran. 1721 im Frieden zu Nystadt, der den Zusammenbruch der schwedischen Großmachtstellung besiegelte, kam Riga an Russland, das unter Peter d. Gr. zur europäischen Großmacht aufstieg. Der russische Gouverneur zog in die ehemalige Ordensburg an der Düna ein.

Das Ordensschloss, dessen Grundstein 1330 gelegt wurde, war ursprünglich ein dreigeschossiges Festungsgebäude mit Innenhof und vier Türmen. Im 15. Jahrhundert wurde es während der Kämpfe zwischen den Rigensern und dem Orden schwer beschädigt. Unter dem Ordensmeister Wolter von Plettenberg erfolgte 1491–1515 der Wiederaufbau, der auch noch die heutige Gestalt prägt. Die Schweden errichteten 1642 zur Düna hin ein Vorschloss mit einem polygonalen Erker an der Nordweststrecke, dessen Dach und Reliefstreifen der Tradition des europäischen Barock und Manierismus folgen. In der Zarenzeit wurden im Vorschloss Repräsentationsräume für den Livländischen Generalgouverneur eingerichtet – heute sind das, wie schon in der Zwischenkriegszeit – die Repräsentationsräume der lettischen Regierung. Auch die Räume der Staatspräsidentin sowie mehrere Museen befinden sich heute im Schloss. An dem Bauwerk lässt sich die Komplexität der lettischen Geschichte und Identität demonstrieren – es bleibt der Gesamteindruck eines Funktionsbaus aus kriegerischer Vergangenheit, der den Bedürfnissen der heutigen unabhängigen Republik Lettland angepasst wurde.[8]

Die Burg in *Tallinn* hat ein in mancher Hinsicht ähnliches Geschick wie die in Riga – Mauerreste, die bis in die Gründungszeit zurückgehen und dann zahlreichen Umwandlungen unterlagen, zuletzt unter russischer Herrschaft eine heute das Gesamtbild prägende Überformung. Aber in mindestens zweierlei Hinsicht unterscheidet sich der Burgkomplex in Tallinn augenfällig von dem in Riga, und zwar durch seine Höhenlage und durch die Einbeziehung einer russisch-orthodoxen Kathedrale. Die Burg in Riga liegt direkt neben dem historischen Hafen an der Düna, einem bis tief ins Hinterland reichenden großen Strom, der nur wenig nordwestlich in die Ostsee mündet – eine verkehrs- und militärstrategisch hervorragende Position. Die Burg befindet sich auf dem höher gelegenen Ostufer des Flusses, ist aber ursprünglich dem Typ einer Wasserburg zuzurechnen.[9]

Ganz anders die Burg von Tallinn, die auf einem der höchsten Hügel in Estland liegt, 50 m hoch und in nur kurzer Entfernung zu Hafen und Küste, aber ohne

Erschließung des Hinterlandes durch einen großen Strom. Schon bevor die Dänen Tallinn 1219 eroberten und ihm seinen heutigen Namen gaben – die Deutschen sprachen von Reval – hatten sich die estnischen Ureinwohner diese hervorragende Position zunutze gemacht, die sie aber nicht behaupten konnten. Überreste der dänischen Befestigungen sind immer noch sichtbar. Die heutige Anlage mit ihren markanten Ecktürmen (am besten erhalten der „Lange Hermann") geht auf den Livländischen Ritterorden zurück, der Tallinn 1346 von den Dänen erwarb, auch wenn die unter der Zarenherrschaft stark umgestalteten Schauseiten und Innenhöfe das auf den ersten Blick nicht mehr erkennen lassen.[10]

Die russisch-orthodoxe Alexander-Newskij-Kathedrale – gebaut um 1900 als Symbol der Russifizierung – beherrscht den Burgkomplex von Tallinn optisch ungleich stärker als der heute lutherische Dom, der etwas abseits liegt. In Riga finden sich die russisch-orthodoxen Kirchen weniger auffällig in der Stadt verstreut – am Herrschaftsanspruch des Zaren änderte das nichts.

Der Burgkomplex in *Vilnius* unterscheidet sich von den beiden anderen ganz erheblich. Er liegt nicht am Meer, sondern tief im Binnenland an der Mündung der Vilnia in den Neris, auf einem für baltische Verhältnisse beträchtlichen Hügel von 50 m Höhe. In Vilnius gibt es eine Obere und eine Untere Burg, teilweise ruiniert, die verschiedene Epochen der selbständigen Geschichte Litauens im Späten Mittelalter und der Frühen Neuzeit repräsentieren. Die Untere Burg bezog auch die heutige Kathedrale mit dem umliegenden Platz ein, der Glockenturm war einer der Türme in der Befestigungsmauer, die sie umgab. Der ganze Komplex ist erheblich umfangreicher als in Riga und Tallinn. Die Untere Burg wurde als prächtige Renaissanceanlage nach italienischem Vorbild im 16. Jahrhundert ausgebaut, also während eines Zeitraums, in dem Riga und Tallinn ihre besten Tage als Ordens- und Hansestädte längst gesehen hatten. Die vom nördlichen Baltikum stark abweichende Geschichte Litauens als ostmitteleuropäische Großmacht lässt sich am Burgberg von Vilnius eindrucksvoll visualisieren, auch wenn der Glanz des Hofes nach der Realunion mit Polen 1569 allmählich verblasste. Die Vorstellungskraft des Besuchers wird durch die noch vorhandenen Überreste und Rekonstruktionen, aber auch durch die hier präsentierten Modelle der Sammlungen des Litauischen Nationalmuseums eindrucksvoll angeregt.[11]

b) Bischofskirchen: Dome und Kathedralen

Auch der Vergleich der Bischofskirchen, die gleichzeitig mit der Christianisierung und weltlichen Herrschaftssicherung gegründet wurden, führt zu aufschlussreichen Ergebnissen. Dem heutigen Besucher sticht der Kontrast zwischen den Domkirchen der drei baltischen Hauptstädte direkt ins Auge. Der Dom von Riga ist ein backsteingotischer Bau aus der Ritterordens- und Hansezeit, an dem sich noch romanische Spuren finden lassen und an dem Barock (Turmspitze und Ostgiebel) und selbst Jugendstil (Vestibül) ihre Spuren hinterlassen haben. Das Äußere und

Abb. 4 Riga, Dom

die barocke Innenausstattung stehen in einem deutlichen Gegensatz, weil Bildersturm, Brände und Zerstörungen die ursprüngliche Ausstattung vernichtet haben, was auch für die meisten übrigen Kirchen der Stadt gilt. Der Dom von Riga hat gegenüber seiner Gründungsepoche (Grundsteinlegung 1211), bezüglich seiner äußeren Gestalt und seiner Besitzverhältnisse zwei tiefgreifende Kontinuitätsbrüche erfahren: Er wurde nach dem Übergang der Stadt zur Reformation 1524 lutherisch, und 1931 von der deutsch- auf die lettisch-lutherische Kirche übertragen. Sowjetzeit und Säkularisierung haben die christliche Prägung von Stadt und Land weitgehend beseitigt: Der Dom wirkt heute wie ein Museum – was er im Kreuzgang und den Stiftsgebäuden auch explizit ist[12] – Relikt einer verklärten, aber längst vergangenen Zeit, mehr Fluchtburg als Trutzburg vor den Widerwärtigkeiten der Gegenwart. Die Epitaphien deutscher Adliger und Bürger wirken in der Gegenwart Rigas und Lettlands wie Spuren einer anderen Welt und in einer fremden Sprache.[13]

Dasselbe gilt für die Domkirche auf dem Burgberg in *Tallinn* mit ihren 107 mehrfarbigen deutsch-baltischen Wappenepitaphien und Familienstammbäumen aus Eichenholz, obwohl hier die Bausteine unter einem weißen Verputz verschwunden sind. Seit ihrer Einweihung 1240 gilt sie als Hauptkirche der Stadt. Die ursprüngliche Hallenkirche wurde später gotisch umgebaut und erhielt im 17. Jahrhundert einen barocken Turmhelm. Nach der großen Feuersbrunst auf dem Domberg 1684 musste sie neu errichtet werden. Die ehemals katholische, später lutherische Hauptkirche der deutschstämmigen „Estländischen Ritterschaft“ ist heute estnisch-lutherische Bischofskirche, in der auch noch regelmäßig Gottesdienste stattfinden.[14]

Ganz anders die Kathedrale von *Vilnius*! Der strahlend weiße klassizistische Bau wirkt von außen wie ein antiker Tempel. Der Glockenturm steht in einiger Entfernung und sieht aus wie ein Burgturm – der untere Teil ist tatsächlich ein Befestigungsrelikt der Unteren Burg. Die ganze Anlage lässt zunächst nicht mehr erkennen, dass die Anfänge der Kathedrale bis ins 12. und 13. Jahrhundert zurückreichen, in jene Epoche, als auch die Domkirchen in Riga und Tallinn entstanden. Ein Sturm-

schaden von 1769 beschädigte das Kirchengebäude so schwer, dass sich für den Bischof Ignacy Massalski die Möglichkeit einer völligen Umgestaltung nach dem Vorbild des französischen Klassizismus ergab – auf den Mauern der gotischen und Renaissance-Vorgängerbauten. Derart weitreichende Umgestaltungen blieben den Dombauten in Riga und Tallinn erspart, sie lassen bis heute ihre Herkunft aus der Zeit des deutschen Ordensstaates und der Hanse deutlich erkennen.

Andererseits sind Großzügigkeit und Pracht der Kathedrale von Vilnius im Vergleich mit den baltischen Schwestern beeindruckend – die Stadt war eben bis 1795 nach Krakau bzw. Warschau die zweite Residenzstadt des Königreiches Polen-Litauen und nicht nur Provinzzentrale in größeren Herrschaftskomplexen wie Riga und Tallinn. Hier fanden prächtige Krönungsfeiern für die Großfürsten von Litauen statt. Hier wurde im 17. Jahrhundert die gut erhaltene und restaurierte Grabkapelle des hl. Kasimir[15], des litauischen Nationalheiligen bis heute, in barocker Pracht erbaut – eine Stätte, die durchaus erinnert an die Gruftkapellen des hl. Veit in Prag, des letzten Burgunderherzogs Karls des Kühnen und seiner Tochter Maria in der Liebfrauenkirche zu Brügge und an die Capella dei Principi in San Lorenzo zu Florenz, in der die fürstlichen Medici bestattet sind. Kasimirkapelle und Kathedrale in Vilnius sind heute Symbole wiedergewonnener litauischer Unabhängigkeit und Identität, sie erinnern, an eine große kirchliche und nationale Vergangenheit, in der auch die Erinnerung an die Deportierten der Sowjetzeit lebendig gehalten wird. Sie sind durchaus nicht nur Relikte der Vergangenheit, sondern Orte lebendiger religiöser Praxis.[16]

c) Rathäuser

In den Rathäusern der mittelalterlichen Städte manifestiert sich augenfällig die Eigenständigkeit der Stadtbürger – nur eine kleine Minderheit der gesamten Einwohnerschaft – gegenüber dem geistlichen und/oder weltlichen Stadtherrn. Das Rathaus in *Tallinn*, vollendet 1404, hat seine ursprüngliche Gestalt behalten. Günstig auf halbem Wege zwischen Hafen und Burg gelegen, wirkt es wie eine stolze Bürgerfestung gegen den Stadtherrn, aber auch gegen äußere Feinde zu Wasser und zu Lande.[17] Der kompakte Rathausplatz wirkt mittelalterlich, obwohl die ihn umgebenden Häuser großenteils aus viel späterer Zeit stammen.[18]

Abb. 5 Tallin, Rathaus

Er vermittelt einen ungleich „authentischeren“ Eindruck als der Rathausplatz in Riga und erst recht als der in Vilnius.

Demgegenüber haben die Rathäuser in *Riga* und *Vilnius* ihre ursprüngliche Baugestalt gänzlich verloren. In beiden Fällen wurden in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts nach Stadtbränden klassizistische Bauten auf den Fundamenten der Vorgängerbauten aus der gotischen bzw. Renaissance-Zeit errichtet, die zum historischen Gesamtbild der Städte wenig passen. Allerdings evoziert der Marktplatz in Riga mit seinen Rekonstruktionen gotischer Häuser, vor allem des Schwarzhäupterhauses, und des mittelalterlichen Roland durchaus einen Hauch von Mittelalter, der in Vilnius am Rathaus gänzlich fehlt. Und das hat durchaus seinen Grund.[19]

Das Stadtbürgertum in Riga und Tallinn unterschied sich beträchtlich von dem in Vilnius. Es war einheitlich geprägt durch eine deutsche Oberschicht, die schon seit dem 13. Jahrhundert Stadtrecht nach deutschen Vorbildern erhielt und ab Mitte des Jahrhunderts Kaufmannsgilden und Handwerkerzünfte ausbildete sowie die Mitgliedschaft in der Hanse erwarb (Riga 1282). Das Stadtbürgertum in Riga und Tallinn schuf sich also einen ganz ähnlichen Rahmen wie die norddeutschen Hansestädte, mit denen man in engem wirtschaftlichen und kulturellen Austausch stand. Rathäuser und Stadtkirchen, Bürger-, Gilde- und Zunfthäuser zeugen von einem selbstbewussten, wohlhabenden Bürgertum, das die Rechte des Stadtherrn meist auf ein erträgliches Maß zurückzuschneiden wusste.

In *Vilnius* lagen die Dinge grundsätzlich anders. In der Residenz des zunächst noch heidnischen Großfürstentums Litauen blieb die Macht des Stadtherrn ungebrochen. Die Großfürsten selbst siedelten Kaufleute und Handwerker unterschiedlicher Herkunft – auch Deutsche – vor ihrer Stadtburg an, um von deren Handel und Gewerbe zu profitieren, aber sie behielten immer die Macht, unterstützt durch einen selbstbewussten, auch in der Residenz sehr präsenten Adel. Die Bürgerschaft setzte sich vor allem aus Litauern und Polen, außerdem aus Russen, Tartaren und zunehmend aus Juden zusammen. Sie war also – anders als in Riga und Tallinn – sehr heterogen. Erst 1387 verlieh der Großfürst Jagiello – gleichzeitig mit der endgültigen Einführung des Christentums und der Personalunion mit Polen – das Magdeburger Stadtrecht, ein Modernisierungsfaktor, aber dies führte angesichts der multiethnischen Zusammensetzung der Bürgerschaft nicht zu einer konsequent bürgerlichen Stadtverfassung wie in Riga, Tallinn, den deutschen Hanse- und Reichsstädten. Die Stadtverwaltung mit einem Vogt und einem Magistrat aus zwölf Bürgermeistern und 24 Ratsherren gemäß Magdeburger Stadtrecht war bezeichnenderweise nicht für die gesamte Stadt zuständig, sondern Teile des Stadtgebietes unterstanden weiterhin dem Burgvorsteher und dem Bischof, später bildeten die Klöster weitere Jurisdiktionsbereiche mit Hilfe der Großfürsten-Könige. So vermochte sich ein starkes Bürgertum – samt der zugehörigen Bausubstanz – nicht auszubilden. Nicht bürgerliche Bauwerke prägen das Stadtbild von Vilnius, sondern solche der Fürsten, der Orden und des Adels.

Vilnius erhielt erst um 1600 einen gotischen Rathausbau – Jahrhunderte nach Riga und Tallinn. Nach einem Brand Mitte des 18. Jahrhunderts wurde das Rathaus zunächst erneuert, dann aber nach dem Einsturz des achteckigen Rathausturms durch Laurynas Stuoka-Gucevičius in streng klassizistischem Stil umgebaut – ebenso wie die Kathedrale. 1810 wurde das ganze Gebäude als zunächst polnisches, dann russisches Theater eingerichtet – ein geradezu symbolischer Ausdruck für die Schwäche des Stadtbürgertums in Vilnius.[20]

d) Bürger- und Ordenskirchen

Die bedeutendsten und zugleich eindrucksvollsten Bürgerkirchen in *Riga* sind St. Petri und St. Jakobi. Vor allem in St. Petri mit seinen hohen gotischen Gewölben fühlt man sich direkt an die norddeutschen Backsteinkathedralen erinnert. Tatsächlich wurde diese Kirche 1408/9 nach dem Muster der Lübecker Marienkirche von den Rostockern Johann und Kersten Rumeschottels über einem älteren Vorgängerbau errichtet – Ausdruck des damaligen Selbstbewusstseins der wohlhabenden deutschen Bürgerschaft. Dieses kommt auch in einer Anzahl prächtiger Epitaphien für Bürgermeister und andere Honoratioren zum Ausdruck. Eine Seitenkapelle ist als Gedenkstätte für die Opfer der sowjetischen Okkupation eingerichtet. Die 1941 schwer beschädigte Kirche wurde in den Nachkriegsjahrzehnten wiederhergestellt und für Konzerte, Ausstellungen usw. kulturell genutzt. Seit 1991 finden auch wieder Gottesdienste statt. [21]

Die eindrucksvollsten Bürgerkirchen in *Tallinn* sind St. Nikolai, Heiliggeist und St. Olai. Die Nikolaikirche, heute Museum, ist ein anschauliches Beispiel für den im Ostseeraum verbreiteten Typ der „Kaufmannskirche“ mit einem als Warenlager dienenden Dachstuhl und ausgeprägter Wehrfunktion – davon zeugen die hohen kleinen Fenster, zugemauerte Schießscharten und der niedrige, massive Turm, dessen Helm im Ernstfall abgebaut werden und der dann als Abschussplattform für Katapulte genutzt werden konnte. Bis zur Errichtung von Stadtmauern waren Wehrkirchen von zentraler Bedeutung für die Abwehr von Angreifern. Die Nikolaikirche wurde 1230 durch deutsche Kaufleute aus Gotland als spätgotische Steinkirche gebaut und im 15. Jahrhundert zur Basilika erweitert – inzwischen waren Raumbedarf und Wohlstand der Bürgerschaft gestiegen. Der hl. Nikolaus war der Schutzpatron der Seefahrer und Kaufleute.

Die Innenausstattung der Nikolaikirche fiel großenteils der Reformation und dem sowjetischen Bombenangriff von März 1944 zum Opfer. Aber zwei herausragende Kunstwerke haben sich erhalten: der 1479–1481 von Hermen Rode in Lübeck im Auftrag der Großen Gilde und der Schwarzhäupterbruderschaft angefertigte Hauptaltar mit Szenen aus dem Leben des hl. Nikolaus und des Märtyrerheiligen Viktor von Marseille; daneben der erste Teil eines Totentanzgemäldes von Bernt Noltke, der ebenfalls in der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts in Lübeck wirkte. Beide

Kunstwerke sind repräsentativ für die religiöse Kultur und den Wohlstand der norddeutschen Hansestädte und die enge Verbindung Reval-Tallinns zu ihnen.[22]

Die Olaikirche, benannt nach dem norwegischen König Olaf II. Haraldson, der um 1000 das Christentum in Skandinavien förderte, wird erstmals 1267 erwähnt. Sie ist die zweite bedeutende Bürgerkirche Tallinns. Da sie näher zum Meer liegt, wurde ihr Turm als Wegweiser für die Schiffe besonders hoch und im gotischen Stil gebaut: Mit seinen 159 Metern war er zwischen 1470 und 1620 wahrscheinlich das höchste Bauwerk der damaligen Welt. Die Höhe zog allerdings auch Blitze an – mehrfach brannte die Kirche ab. Die Innenausstattung der im 15. Jahrhundert zur dreischiffigen Basilika ausgebauten Kirche wurde während des Bildersturms 1524 verwüstet. Zar Nikolaus I. ließ die 1820 abgebrannte Kirche im neogotischen Stil erneuern, die heute von der Baptistengemeinde (1.400 Mitglieder) genutzt wird. Erhalten in allen Widrigkeiten der Geschichte blieb die 1513 vom Großkaufmann und Kirchenvorsteher Hans Pawels errichtete Marienkapelle mit seinem Grabmal, einer bedeutenden Steinskulptur.[23]

Neben den beiden großen Pfarr- und Bürgerkirchen in Tallinn gab es zahlreiche kleinere, die bei wohltätigen Einrichtungen erbaut wurden. Die *Heiliggeist-Kirche* ist eine von ihnen, im 13. Jahrhundert in Marktnähe und neben dem Heiliggeist-Armenspital errichtet. Die 1319 erstmals urkundlich erwähnte Kirche bekam noch im 14. Jahrhundert ihre endgültige zweischiffige Gestalt. Damit ist sie die älteste ursprünglich erhaltene Kirche der Stadt. Bald nach der Reformation wurde sie der lutherisch-estnischen Gemeinde übergeben, deren Pastor Johann Koell einen niederdeutschen Katechismus ins Estnische übersetzte, das älteste nur bruchstückhaft erhaltene Buch in estnischer Sprache, gedruckt in Wittenberg 1535. Die äußerlich bescheidene Kirche mit gotischem Treppengiebel und Turmaufsatz im Spätrenaissancestil nach dem Vorbild der Kirchen von Visby auf Gotland enthält einen wertvollen Flügelaltar aus dem Jahre 1483, den der Magistrat von Tallinn beim Lübecker Meister Bernt Noltke in Auftrag gegeben hatte: Der Magistrat nutzte die Heiliggeistkirche für seine feierlichen Gottesdienste und öffentlichen Versammlungen. Der Altar stellt in seinem Mittelteil die Ausgießung des Heiligen Geistes auf Maria und die Apostel dar, dem Patronat der Kirche entsprechend, und thematisiert im Übrigen vor allem Szenen aus dem Leben der hl. Elisabeth als Muster barmherziger Nächstenliebe. Auch Hinweise auf die Zeitgeschichte fehlen nicht: Man sieht die Fahne der britischen Marine und Gedenktafeln für die im estnischen Unabhängigkeitskrieg 1918/19 gefallenen britischen Offiziere, Seeleute und Flieger. Die heutige evangelische Gemeinde umfasst etwa 600 Mitglieder.[24]

Über die Stadtkirchen in Riga und Tallinn gingen ebenso wie über die Domkirchen Reformation und Bildersturm hinweg. Sie vermitteln heute wie diese – nach perfekter Restaurierung – den Eindruck gepflegter Musealität. Konzerte – keineswegs nur Kirchenmusik –, Ausstellungen und andere kulturelle Nutzungen vermitteln

eine weniger sakrale als kulturelle Atmosphäre, soweit überhaupt noch Gottesdienste stattfinden.

Eine Ausnahme macht nur die *Jakobikirche* in Riga, 1226 zuerst als Kapelle der ausländischen Kaufleute und Seefahrer erwähnt, die St. Jakob als Patron verehrten. Rigaer Bürger machten daraus im 13. und 14. Jahrhundert eine dreischiffige Basilika, die zum Ausgangspunkt einer Pilgerreise nach Santiago di Compostelle in Spanien gewählt werden konnte. Der achtzig Meter hohe Turm hat von allen Rigaer Kirchtürmen am besten seinen gotischen Charakter bewahrt. Seit 1480 lag das Patronatsrecht bei der Stadt Riga. Die Kirche wurde während der Reformation protestantisch. Sie ist die zweite Kirche in Riga (nach der Petrikirche), in der 1522 reformatorisch gepredigt wurde, und die erste Pfarrkirche der ältesten, bereits 1525 gegründeten lettisch-lutherischen Gemeinde. Unter polnischer Herrschaft 1582–1621 kam die Jakobikirche wieder an die Katholiken (und Jesuiten), unter den Schweden wurde sie dann wieder enteignet, den Lutheranern zurückgegeben, als Pfarrkirche der schwedischen Beamten und der Garnison genutzt. Nach der Gründung des unabhängigen Lettland 1918, das sich um seine katholische Minderheit im Osten des Landes (Letgallen) und den stark wachsenden Zuzug von Katholiken in die Industriemetropole Riga kümmern musste, wurde die Jakobikirche wieder den Katholiken übergeben und zur Kathedrale des 1918–1923 wieder errichteten Erzbistums Riga. Hier hat man durchaus das Gefühl, in einer Kirche zu sein.[25]

In Riga gab es im Mittelalter mehrere *Ordenskirchen*, ebenso in Tallinn. Zu besichtigen ist in *Riga* die St. Johanniskirche, nach Zerstörung in den Kämpfen zwischen Ritterorden und Stadt um 1500 im spätgotischen Stil wieder aufgebaut. Die Kirche war aus einer 1234 an die Dominikaner übertragenen ursprünglich bischöflichen Kapelle hervorgegangen und wurde 1582 an die protestantisch-lettische Gemeinde überwiesen – sie zählt heute zu den frühen Zeugnissen nationalen Erwachens und vermittelt den Eindruck aktiven Gemeindelebens.[26] In *Tallinn* findet man noch die für kulturelle Zwecke umgewidmete Katharinenkirche, ehemals Kirche der seit 1215 in Tallinn ansässigen Dominikaner, die während der Reformation vertrieben wurden. Vor der Altstadt sind die Ruinen des Birgittenklosters zu besichtigen, das 1577 bei der Belagerung Tallinns durch Iwan den Schrecklichen zerstört wurde.[27]

Der Komplex des ehemaligen Dominikanerklosters wurde in Tallinn während des 19. Jahrhunderts Ausgangspunkt für die Bildung einer kleinen katholischen Gemeinde, die unter Förderung der zaristischen Obrigkeit neben der säkularisierten Katharinenkirche einen neuen schlichten neogotischen Kirchenbau errichten konnte, die Peter-Paulskirche (1844). Die russische Regierung förderte in Tallinn wie in Riga die Wiederbelebung katholischer Gemeinden, um den religiösen Bedürfnissen zuziehender Katholiken zu entsprechen, aber auch, um das Übergewicht der protestantisch geprägten deutschen Oberschicht auszubalancieren..[28]

Den bescheidenen, heute noch sichtbaren Überresten katholischen Klosterlebens in Tallinn und Riga steht in *Vilnius* ein ganzes Spektrum nicht nur erhaltener, sondern eindrucksvoll restaurierter Klosterkirchen gegenüber, deren Zweckentfremdung während der sowjetischen Okkupationszeit inzwischen rückgängig gemacht worden ist. Ein Großteil dieser Kirchen dient heute wieder dem Gottesdienst, Geistliche und Nonnen gehören wieder zum Straßenbild, ganz anders als in Riga und Tallinn. Die teilweise schon von Gediminas, dem noch heidnischen Großfürsten, Mitte des 14. Jahrhunderts in Vilnius angesiedelten Ordensgemeinschaften umfassen das ganze Spektrum von den Benediktinern und Augustinern über die Franziskaner und Dominikaner bis hin zu den beschuhten und unbeschuhten Karmeliten und Karmelitinnen sowie den Jesuiten. Offenbar erwiesen sich die Ordensgemeinschaften als willkommene Stützen der fürstlichen Herrschaft über die Stadt und das Land, ihre Kirchen sind geradezu das Gegengewicht zu den backsteingotischen Bürgerkirchen des Nordens. So hatte auch die vom städtischen Unabhängigkeitsstreben getragene protestantische Bewegung in Vilnius, ganz anders als in Riga und Tallinn, keine dauerhafte Chance. Nach ersten Anfängen in einer Phase konfessioneller Toleranz während des 16. Jahrhunderts wurde sie durch die Gegenreformation unterdrückt – ähnlich wie in Polen. Die Großfürsten, die zugleich Könige von Polen waren, holten die Jesuiten nach Vilnius und vertrauten ihnen die Gründung der Universität an (1579). So erfuhren die Orden, ganz anders als in Riga und Tallinn, in Vilnius keine Schwächung und Vertreibung, sondern eine Verstärkung während der Reformationsepoche, mit augenfälligen Folgen für das heutige Stadtbild. Die Mehrzahl der Ordenskirchen wurde im 17. und 18. Jahrhundert nach großen Stadtbränden und Sturmkatastrophen in den Stilen von Renaissance, Barock und Klassizismus renoviert oder neuerrichtet, daher der südliche Flair von Vilnius im Gegensatz zu Riga und Tallinn. Zur katholischen Nationalidentität der Litauer tragen sie bis heute wesentlich bei.[29]

Die für den Touristen eindrucksvollsten Ordenskirchen sind zahlreich. Da lassen sich zunächst die Maria-Himmelfahrtskirche der Franziskaner und die Heiliggeistkirche der Dominikaner nennen – beide Orden kamen unter dem Schutz des noch heidnischen Stadtgründers (1323) Großfürsten Gediminas schon im 14. Jahrhundert nach Vilnius. Die Franziskanerkirche hat ihren gotischen Charakter trotz einiger barocker Zusätze bis heute bewahrt, während die Dominikanerkirche in hochbarocker Zeit ganz neu gestaltet wurde und heute der polnischen Minderheit in Vilnius als Gemeindekirche dient. Weiterhin sind hervorzuheben die Bernhardinerkirche der Franziskaner-Observanten (gotisch mit Renaissance- und Barockergänzungen), die Bernhardinerinnenkirche St. Michael – ein Renaissancebauwerk mit zahlreichen Sarkophagen der litauischen Hochadelsfamilie Sapieha, die frühbarocken Ordenskirchen der Jesuiten (St. Kasimir) und der beschuhten und unbeschuhten Karmeliten (Allerheiligen bzw. St. Theresa). Sehenswert sind auch die inzwischen restaurierten Kirchen der Lateranischen Kanoniker (St. Peter und Paul im Vorort Antakalnis, das berühmteste Baudenkmal des Barocks in Vilnius, gestiftet von der Adelsfamilie Pac für die Befreiung der Stadt von

mehrjähriger russischer Belagerung und Besatzung 1655–1661), der Pauliner-Missionare (Christi Himmelfahrtskirche) und der Trinitarier (Christkönig).[30]

Wie erklärt sich diese Pracht barocken Kirchenbaus in Vilnius gerade in den Jahrhunderten des schrittweisen politischen Abstiegs der alten litauischen Residenzstadt zugunsten der polnischen Residenzen Krakau, Warschau, Lemberg? Entscheidend hierfür ist das Mäzenatentum des wieder katholisch gewordenen Hochadels der Radziwill, Pac, Sapieha, Chodkiewicz u. a., die Litauen als polnisches Nebenland regierten und verwalteten. Dieses Mäzenatentum prägt das ganze Stadtbild bis heute, weil Vilnius in viel stärkerem Maße als Riga und Tallinn während des 17. und 18. Jahrhunderts durch Kriege, Stürme und Brände verwüstet wurde und folglich weitgehend neu errichtet werden musste. Die russische Herrschaft ab 1795 beendete die Blütezeit des katholischen Kirchenbaus. Die Barockkirchen wuden in ihrer Stadtbildwirkung nicht mehr durch Neuentwicklungen verdrängt, sondern überstanden – z. T. zu russisch-orthodoxen Kirchen umgewidmet – die russische und selbst die sowjetische Zeit. Enteignungen von Kirchen und Klöstern, die zur Sowjetzeit zugunsten weltlicher Nutzungen stattfanden, sind inzwischen weitgehend rückgängig gemacht, die lange überfälligen Erhaltungs- und Restaurierungsarbeiten sind in vollem Gange und haben schon zu beeindruckenden Resultaten geführt. So bietet sich in Vilnius bis heute das Bild einer prächtigen katholischen Barock- und Kirchenstadt, ein Bild, das in einer für den Touristen augenfälligen Weise mit Riga und Tallinn deutlich kontrastiert und nur historisch erklärt werden kann.

Der Barock in Vilnius ist ein komplexes, chronologisch und thematisch reich differenziertes Phänomen, mit dem sich die Kunstgeschichtsforschung eingehend beschäftigt.[31] Dem historisch interessierten Touristen fällt vor allem auf, dass sich seine Stilformen keineswegs auf den katholischen Kirchenbau beschränken. Diese Beobachtung kann man schon an den barocken Zutaten erkennen, die die heute protestantischen Backsteinkirchen in Riga und Tallinn erhielten (Portale, Giebelfassaden, Turmhelme). In Vilnius wurden aber nicht nur Zutaten angebracht, sondern auch ganze orthodoxe und protestantische Kirchenbauten und selbst Synagogen wurden im Stile des Barock gestaltet, der vor allem eine Domäne der Jesuiten war.

Das prächtigste Beispiel hierfür sind Dreifaltigkeitskirche und Kloster der unierten Basilianermönche und die russisch-orthodoxe Klosterkirche zum Heiligen Geist in der südlichen Altstadt. Das Nebeneinander beider Barockkomplexe verweist auf eine bis heute nachwirkende Problemlage aus der Zeit des alten Großfürstentums Litauen. Das Großfürstentum umfasste im heutigen Weißrussland und der Ukraine weite Gebiete mit slawisch-orthodoxer Konfession, die zum römischen Katholizismus des litauischen Kerngebietes in einer gewissen Konkurrenz standen, zumal die Großfürsten mehrfach auch Prinzessinnen orthodoxen Bekenntnisses heirateten. Im Zuge der Gegenreformation kam es aber aus politischen Gründen zu dem Versuch, die Kirchenspaltung von 1054 für Litauen-Polen rückgängig zu machen. Den Orthodoxen wurden einige Konzessionen gemacht, dafür erkannten sie den Primat

des Papstes an (1596 Union von Brest). Aber nur ein Teil der Orthodoxen ging darauf ein, die sog. Uniierten, andere erhoben sich dagegen.

Das Basilianerkloster wurde nach schwerer Beschädigung durch die Stadtbrände von 1748 und 1760 durch den deutschen lutherischen Architekten Johann Christoph Glaubitz im Stile des Barock erneuert, ebenso wie das benachbarte russisch-orthodoxe Kloster zum Heiligen Geist, mit der einzigen Barockkirche dieser Konfession in Litauen. Die übrigen russisch-orthodoxen Kirchen folgten den für orthodoxe Kirchenbauten meist gültigen byzantinischen Bauprinzipien – um 1600 gab es in Vilnius zwölf orthodoxe Pfarreien. Ihre Zahl wuchs ständig, seit 1795 mit der Annexion durch Russland das politische Übergewicht des Katholizismus in Litauen und Polen dauerhaft gebrochen wurde.

Abb. 6 Vilnius, Kirche St. Anna im spätgotischen Flamboyantstil (1495–1500)

Glaubitz barockisierte auch die lutherische Kirche in Vilnius. Die Lutheraner in Vilnius waren meist zugezogene deutsche Kaufleute aus den Hansestädten an der Ostsee, die sich wie ihre Standesgenossen dort dem Protestantismus zugewandt hatten. Protestantische Kirchen waren *Bürgerkirchen*, die – ganz anders als in Riga und Tallinn – im Stadtbild von Vilnius neben den zahlreichen und prächtigen Ordenskirchen nur eine bescheidene Rolle spielen. Gleichwohl gibt es in Vilnius zwei eindrucksvolle Bürgerkirchen im backsteingotischen Stil, St. Nikolaus aus dem 14. und St. Anna aus dem späten 15. Jahrhundert, die eine ein schlichtes Bauwerk, die andere ein Meisterwerk des spätgotischen Flamboyantstils mit Fassadenschmuck in 33 Backsteinformen.[32] Beide Kirchen überstanden die Jahrhunderte ohne größere Zerstörungen und erinnern daran, dass Vilnius insgesamt eine gotische Stadt war, bevor sich nach den großen Zerstörungskatastrophen der Barock als dominante Stilrichtung durchsetzte. St. Anna, 1495–1500 durch den Hofarchitekten Michael Enkinger errichtet, gehörte einer Kongregation deutscher Kaufleute, die später bei der Verbreitung der Reformation in Litauen eine wichtige Rolle spielte. Die geringen Ausmaße der Kirche ermöglichten den Verzicht auf massive Wände und eine einzigartige Giebel- und Fassadenkonstruktion – das Ganze sieht aus wie ein kunstvoller Heiligenschrein. Trotz dieser beachtlichen Ausnahmen dominiert heute in Vilnius das Bild einer katholischen Kirchen- und Barockstadt.

e) Weltliche Bürgerbauten und Adelspaläste

Zu ähnlichen Ergebnissen führt die Betrachtung der weltlichen Bürgerbauten – auch hier zeigt sich der Gegensatz der Bürgerstädte Riga und Tallinn zur Residenz-, Kirchen- und Adelsstadt Vilnius. Die Liste der Gilde- und Bürgerhäuser in Riga und Tallinn ist lang, sie prägen dort – weitgehend restauriert – immer noch ganze Straßenzüge und verleihen ihnen ein durchaus hansestädtisches Aussehen – in Tallinn, das vom Wirtschaftsaufschwung des ausgehenden 19. Jahrhunderts weniger profitierte als Riga und deshalb notgedrungen die alte Bausubstanz stärker schonte – noch viel ausgeprägter als dort. Der Kontrast zu den Altstadtstraßen in Vilnius könnte größer nicht sein. Die unterschiedliche Machtverteilung wird hier direkt augenfällig – steingewordene Sozialstruktur.

Für den historisch interessierten Touristen gehören in Riga das *Schwarzhäupterhaus* am Marktplatz, die Große und Kleine Gilde im Zentrum, der Häuserkomplex der „Drei Brüder" in der nördlichen und einige Häuser in der südlichen Altstadt zum Pflichtprogramm.[33] Die „Compagnie der Schwarzen Häupter" ging aus der Ende des 13. Jahrhunderts gegründeten Bruderschaft des Hl. Georg hervor. Sie vereinigte junge und unverheiratete Kaufleute von auswärts, die ohne Bürgerrecht zeitweise in Riga lebten. Ihr Schutzpatron war der römisch-afrikanische Soldatenmärtyrer Mauritius, dessen Symbol, der Mohrenkopf, in das Wappen der Schwarzhäupter eingegangen ist, heute noch sichtbar an der gotischen Fassade. Das erstmals 1334 erwähnte Schwarzhäupterhaus, ursprünglich ein Versammlungshaus der Bürger, das der Stadtrat den Schwarzhäuptern vermietete, wurde im Krieg beschädigt und dann in der Sowjetzeit abgerissen, zwischen 1996 und 1999 aber vollständig rekonstruiert – ein unübersehbares Symbol der Rückkehr Rigas nach Europa.

Gilden als Genossenschaften von Bürgern mit wirtschaftlichen und sozialen Zielsetzungen wurden in Riga seit 1221 gegründet. Die Kaufmannschaft organisierte sich 1354 in einer eigenen „Großen Gilde" – angesichts der Einträglichkeit des Handels stellte sie einen bedeutsamen politischen Faktor dar. Ihr Versammlungshaus mit großem Festsaal (sog. Münsterstube) repräsentiert ihr Selbstbewusstsein, das heutige Gebäude ist eine neogotische Ummantelung des historischen Kerns. Die benachbarte Kleine Gilde war Versammlungshaus der Handwerker, das heutige Gebäude entstand 1864 an der Stelle des historischen Baues ebenfalls im Stil der englischen Neogotik. Auch hier wird vielfältig an die historischen Beziehungen zu den deutschen Hansestädten erinnert.

Der Gebäudekomplex der „Drei Brüder" in der Nähe der Jakobikirche veranschaulicht die Entwicklung des Rigaer Bürgerhauses vom 15. bis zum 17. Jahrhundert von der Gotik bis zum Barock, auch in der Aneinanderdrängung schmaler Gebäude mit der Giebelfront zur Straße. So sahen einmal die meisten Straßen der Altstadt aus – durchaus sinnvoll ist hier heute das Architekturmuseum untergebracht, das sich allerdings schwerpunktmäßig mit den letzten Jahrhunderten befasst. Mehrere

Abb. 7 Riga, Hansa-Viertel

einzelne Bürger- und Speicherhäuser finden sich in der heute noch etwas vernachlässigten südlichen Altstadt.

In *Tallinn* ist die Zahl der erhaltenen Bürgerbauten aus hansestädtischer und Frühneuzeit noch größer als in Riga, sie prägen dort ganze Viertel der Altstadt, vor allem zwischen den Hauptstraßen der bürgerlichen Unterstadt, Pikk und Lai. Besonders hervorzuheben sind das Schwarzhäupterhaus, die Häuser der Großen, der St. Kanuti- und der St. Olai-Gilde sowie der Komplex der „Drei Schwestern" an der Nordspitze der Altstadt.[34] Die Palais der Ritterschaft konzentrieren sich in der Oberstadt, meist schlichte klassizistische Bauwerke, verglichen mit den Adelspalais in Vilnius.

Die Bürgerhäuser in *Vilnius* treten im Stadtbild hinter den Kirchen, Klöstern und Adelspalästen vollständig zurück. Die ältere Bausubstanz fiel auch auf diesem Sektor weitgehend den Kriegszerstörungen, Stürmen und Bränden zum Opfer, die jüngeren Bauten orientieren sich am herrschaftlichen Stil der Adelspalais, demonstrieren also – anders als in Riga und Tallinn – kaum selbstbewusste Eigenständigkeit. Hingegen ist die Liste der Adelspaläste und -palais in Vilnius lang und eindrucksvoll. Bei ihnen dominieren neben der Renaissance vor allem Barock und Klassizismus nach französischem, süddeutsch-österreichischem und polnischem Vorbild. Alle großen Adelsfamilien Litauens haben so bis heute ihre architektonischen Spuren in Vilnius hinterlassen, die Chodkiewicz, Pac, Radziwill, Sapieha, Szluski u. a. Die restaurierten Gebäude dienen heute politischen, administrativen, wissenschaftlichen und kulturellen Zwecken.[35]

Eine Sonderform der Bürgerbauten sind die *Stadtbefestigungen* – Mauern, Türme und andere Wehranlagen. Schon das Rathaus von Tallinn, die Türme der Bürgerkirchen und manches frühe Bürgerhaus dort und in Riga tragen deutliche Züge einer Verteidigungsanlage. Die Fähigkeit, sich gegen Angriffe von außen behaupten zu können, war für die Erhaltung städtischer Freiheit von ausschlaggebender Bedeutung.

Abb. 8 Tallin, Stadtmauer

Die mittelalterliche Stadtmauer, zweieinhalb Kilometer lang, ist am besten in *Tallinn* erhalten, drei Viertel der ursprünglichen Länge und 20 der 48 Wehrtürme stehen noch – eine Folge nicht nur der gebremsten wirtschaftlichen Dynamik der Stadt, sondern auch der geringen Aufstandsgefahr im 19. Jahrhundert.[36] In Riga führte der erheblich stärkere Wirtschaftsaufschwung während des Industrialisierungszeitalters nicht nur zur fast vollständigen Beseitigung der mittelalterlichen Stadtmauer, sondern auch der moderneren, von den Schweden und Russen angelegten Festungsanlagen davor, die 1856 in einen noch heute beliebten Promenadenring umgewandelt wurden.[37] Vilnius erhielt erst zu Beginn des 16. Jahrhunderts einen Mauerring; er wurde bis auf geringe Reste auf Befehl der russischen Regierung um 1800 abgerissen, nachdem sich die Stadtbürger – in der Mehrheit damals Polen – am polnischen Aufstand von 1794/95 beteiligt hatten. Der Mauerring um Vilnius sollte die Stadt vor allem gegen drohende Tartarenangriffe schützen. Vollendet 1522, umgab er die Stadt mit einer Länge von drei Kilometern. Heute sind nur noch das „Tor der Morgenröte“ und einzelne Mauerabschnitte erhalten.[38]

f) Universitäten

Die Universität in Vilnius, gegründet 1579 als erste Universität im Baltikum, wurde schnell zum intellektuellen Zentrum Litauens und hat diesen Status bis heute erhalten. Darüber hinaus wurde sie wichtig für den ganzen Bereich des alten vielsprachigen Großfürstentums Litauen und – als östlichste Wissenschaftsbastion –

für das katholische Europa überhaupt. Der Einfluss der Jesuiten wurde nach dem Verbot des Ordens unter dem Einfluss der Aufklärung ganz zurückgedrängt. Unter russischer und später sowjetischer Herrschaft war ihre Existenz mehrfach unterbrochen. Zwischen den Weltkriegen wurde neben die bis dahin polnisch geprägte Universität eine litauischsprachige Abteilung eingerichtet. Die polnische Universität wurde nach 1945 nach Thorn verlegt, seitdem ist die Universität rein litauisch.[39]

Mit dem Glanz der Universität in Vilnius können sich die Universitäten in Riga und Tallinn nicht messen. Die wichtigste Universität in Estland ist Tartu (Dorpat), 1632 von den Schweden in reformatorischer Absicht gegründet. Die kühl kalkulierenden Kaufleute in Riga und Tallinn waren nicht sonderlich an Universitätsgründungen mit ihren hohen, oft unabsehbaren Kosten interessiert – das war in den meisten deutschen Hansestädten nicht anders. Universitätsgründungen waren in Spätmittelalter und Frühneuzeit primär eine Sache der Fürsten, die in ihren sich stabilisierenden Territorien akademisch ausgebildete Juristen, Theologen und Mediziner brauchten. Das Interesse des Wirtschaftsbürgertums am Hochschulwesen stieg erst mit der Ausbildung der technischen Wissenschaften im Zuge der Industrialisierung. So wurde das 1862 errichtete Polytechnikum nach dem Ersten Weltkrieg, als das inzwischen unabhängige Lettland eine eigene Universität benötigte, zum Kern der Universität Riga (1924). Die heutige Universität Tallinn entstand erst in den letzten Jahren auf der Basis einer Pädagogischen Hochschule außerhalb der Stadtmitte. Sowohl hinsichtlich des innerstädtischen Standorts als auch der historischen Bausubstanz sind die heutigen Universitäten in Riga und Tallinn mit der in Vilnius nicht zu vergleichen – ein weiterer Aspekt des Gegensatzes von Bürger- und Residenzstadt.

Die Universitäten in Riga und Tallinn sind architekturhistorische bzw. modern-funktionalistische Bauten. Dagegen liegen die Universitätsbauten in Vilnius geschlossen in einem Altstadtviertel um zwölf malerische Innenhöfe gruppiert, aufgeführt in den Baustilen der Renaissance, des Klassizismus und vor allem des Barock. Die Universitätskirche St. Johannes setzt auch architektonisch einen unübersehbaren Akzent, ihr Turm gehört unverkennbar zur Silhouette der Stadt. Die ursprünglich gotische Kirche wurde Mitte des 18. Jahrhunderts von Johann Christoph Glaubitz in spätbarockem Stil umgebaut.[40]

2 Die russische Epoche (1710/95–1918)

Estland, Livland und Kurland einerseits, Litauen andererseits gerieten unter ganz unterschiedlichen Voraussetzungen in den Herrschaftsbereich Russlands. Estland und Livland mit Tallinn und Riga kamen 1710/21 an das Zarenreich, nachdem sie schon vorher anderthalb Jahrhunderte unter schwedischer Herrschaft gestanden hatten, als Ergebnis einer Auseinandersetzung zwischen zwei landfremden Großmächten. Vilnius geriet erst 1795 unter russische Herrschaft, im Zuge der dritten Teilung Polen-Litauens, eines zuvor selbständigen Staatswesens mit eigener Groß-

machtvergangenheit. Die erheblichen Differenzen zwischen dem nördlichen und südlichen Baltikum, die sich aus ihrer Geschichte ergaben, wurden durch die Eingliederung in das Zarenreich und den dadurch bewirkten Assimilierungsdruck zunehmend überspielt. Trotz aller Unterschiede zwischen den baltischen Völkern wurden sie im russischen Herrschaftsbereich in eine historische Schicksalsgemeinschaft gezwungen, die bis heute nachwirkt.

Die nunmehrigen „Ostseeprovinzen" nahmen innerhalb des russischen Riesenreiches eine prekäre Sonderstellung ein. Einerseits hatten sie flächen- und bevölkerungsmäßig nur ein geringes Gewicht und lagen an der westlichen Peripherie, andererseits befanden sie sich durch die Lage an der Ostsee in einer zentralen Position für den Handel zwischen Europa und Russland.[41] Vor allem hatten sie wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell ein Niveau erreicht, das den russischen Durchschnitt bei weitem übertraf. Die Zaren und Zarinnen suchten davon zunächst friedlich im Interesse des Gesamtreiches zu profitieren und griffen möglichst wenig in die tradierten Verhältnisse der neuerworbenen Provinzen ein. So konnten auch die Deutschbalten in Riga und Tallinn, der polnische und litauische Adel in Vilnius ihre Vorrechte behaupten. Je mehr aber während des 19. Jahrhunderts Russland gegenüber West- und Mitteleuropa, die sich politisch und wirtschaftlich seit der Französischen und Industriellen Revolution schnell entwickelten, in Modernisierungsrückstand geriet, je mehr gleichzeitig die baltischen Völker national- und schriftsprachlich erwachten, desto stärker ging die russische Regierung zu Repressions- und Russifizierungsmaßnahmen über. Das galt ganz besonders für Litauen und Vilnius, wo man sich 1795, 1830 und 1863 an den polnischen Aufstandsbewegungen beteiligte und die Regierung sogar die Schließung der Universität verfügte, in der sie ein Zentrum rebellischer Geister vermutete. Das dortige Gefängnis für die verhafteten Intellektuellen kann man noch heute im Basilianerkloster besichtigen.[42] Auf diesem Hintergrund kann die Beteiligung der Polen und Balten an der Revolutionsbewegung von 1905/6 und ihre Bemühung um Autonomie, als deutsche Truppen während des Ersten Weltkriegs die Russen zum Rückzug zwangen, nicht überraschen. Die Deutschen öffneten 1915 die Universität Vilnius wieder und traten mit Polen und Litauen in Verhandlungen ein, die zu neuen Staatsgründungen führen sollten. Damit war die Epoche russischer Herrschaft im Baltikum nach fast zweihundert Jahren beendet.

Die *Bauzeugnisse* dieser Epoche sind in den Stadtbildern der drei Metropolen bis heute unverkennbar. Das zeigt sich zunächst an den *russisch-orthodoxen Kirchen*, in Riga vor allem die am repräsentativen Freiheitsboulevard gelegene fünfkupplige Christi-Geburtskathedrale im byzantinischen Stil mit ihrem mächtigen kuppelgekrönten Glockenturm über dem Hauptportal (1876–1884 nach einem Entwurf von Robert Pfleg errichtet), in Tallinn die Alexander-Newskij Kathedrale weithin sichtbar auf dem Burg- und Domberg (gebaut um 1900). In Vilnius wurden orthodoxe Kirchen für die starke russische Minderheit auf Antrieb orthodoxer Frauen einzel-

ner Großfürsten schon lange vor der russischen Herrschaft errichtet, so Kirche und Kloster zum Heiligen Geist – der heutige Kirchenbau wurde 1749–1753 von Johann Christoph Glaubitz gestaltet als einzige orthodoxe Kirche der Stadt im katholischen Barockstil.[43] Unter russischer Herrschaft ab 1795 erfuhr der orthodoxe Kirchenbau in Vilnius eine erhebliche Ausweitung.[44] Die orthodoxen Kirchenbauten waren keineswegs nur für die Religionsausübung der mit der neuen Herrschaft zuziehenden orthodoxen Gläubigen gedacht, sondern darüber hinaus auch als Symbole der russischen Macht. Die große Mehrheit der Bevölkerung bestand in Tallinn und Riga aus Protestanten (Deutsche, Esten, Letten), in Vilnius aus Katholiken (Polen, Litauer, unierte Weißrussen und Ukrainer). Da galt es mit der russisch-orthodoxen Kirche, deren Oberhaupt der Zar war, ein markantes Gegengewicht zu setzen.

In der Okkupationszeit von 1940–1991 verfielen die russischen wie auch zahlreiche andere Kirchenbauten, aber ebenso wie diese sind die bedeutenden unter ihnen inzwischen hervorragend restauriert.

Die russische Epoche hinterließ neben den Kirchen auch *weltliche Bauwerke*. Zu nennen sind hier die klassizistischen Bauten auf dem Burgberg von Tallinn zurzeit Katharinas d. Gr., nachdem die Burg ihre militärische Funktion verloren hatte, und Schloss Kadriorg (Katharinental) vor der Stadt; in Riga das Rathaus, das Palais Peters d. Gr. und das russische und deutsche Theater; in Vilnius der Justizpalast.[45]

Abb. 9 Riga, Jugendstilviertel

Ein in der Welt einmaliges Architekturerbe der Zarenzeit hat sich mit den historistischen und den *Jugendstilbauten* des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts in Riga erhalten. Die betreffenden Häuser sind über die ganze Stadt verstreut, ballen sich aber in einem Viertel nordöstlich der Altstadt (Schützen-, Albert-, Elisabethstraße) zu ganzen Straßenzügen. Klassizismus, Historismus und Jugendstil gehen in vielen dieser Bauten originelle Symbiosen ein. Alle zeugen vom Reichtum deutscher und russischer, zunehmend auch lettischer Großhändler, Bankiers und Industrieller. Die Wirtschaft boomte in der ersten russischen Industrialisierungsphase vor allem in St. Petersburg, Moskau und Riga. Und hier feierte sich ein wohlhabendes Bür-

gertum selbst in repräsentativer Bautätigkeit. Michael Eisenstein, Sohn eines nach St. Petersburg ausgewanderten deutschen Juden und Vater des berühmten sowjetischen Regisseurs Sergej Eisenstein, war der maßgebende Architekt des Jugendstils in Riga.[46] Viele der Bauten sind restauriert, die Mehrheit noch nicht. Ihr Entstehungszeitraum kurz vor der Kriegs- und Revolutionsepoche 1904–1920 löst beim historisch Interessierten Nachdenklichkeit aus – es ist der Glanz bourgeoisen Tanzes auf dem Vulkan. Andererseits gehören Architekturhistorismus und Jugendstil europaweit zu den Charakterzügen der Belle époque vor dem Ersten Weltkrieg, mit der sich heute auch in Westeuropa eine modisch gewordene nostalgische Erinnerung an die vermeintlich „gute, alte Zeit" vor dem Ersten Weltkrieg verbindet. Restaurierung auch dieses Architekturerbes ist vor allem als weitere Facette des generellen Bemühens zu sehen, die kulturellen Gemeinsamkeiten mit West- und Mitteleuropa herauszustreichen.

3 Die Zwischenkriegsepoche 1918–1940: Zwei Jahrzehnte Unabhängigkeit

Die 1918–20 gewonnene und behauptete Unabhängigkeit der baltischen Länder – für Estland und Lettland sogar eine Premiere – war in erster Linie nicht das Produkt der baltischen Nationalbewegungen, sondern Ergebnis des Zusammenbruchs der bis dahin raumbeherrschenden Großmächte Russland und Deutschland am Ende des Ersten Weltkriegs. Sie berief sich insbesondere auf das von den siegreichen Westmächten, vor allem dem amerikanischen Präsidenten Wilson, verkündete Selbstbestimmungsrecht der Völker und den neugeschaffenen Völkerbund. Aber auch ökonomische und außenpolitische Interessen der Westmächte („Cordon sanitaire" zwischen Deutschland und Russland) stützten die neuen Staaten, die sich von Anfang an der Angriffe Sowjetrusslands zu erwehren hatten. Die kommunistische Revolution vergrößerte noch die mentale Distanz der Balten zum großen Nachbarn im Osten, der sehr bald die expansiven großrussischen Bestrebungen des Zarenreiches wieder aufnahm.

Die neue Republik Litauen hatte mit dem alten multinationalen Großfürstentum zurzeit der Union mit Polen nicht mehr viel zu tun. Ihre Bewohner waren mehrheitlich Litauer, die aber in der alten Hauptstadt Vilnius nur eine kleine Minderheit ausmachten. Daher besetzte das neugeschaffene Polen die hauptsächlich von Polen bewohnte Stadt, der Konflikt der beiden ehemaligen Unionsstaaten um Vilnius erwies sich als unlösbar. Der neue Nationalismus zerstörte die alten übernationalen Zusammenhänge, in Russland, Österreich-Ungarn, Polen-Litauen. Für den polnisch sprechenden Adel Alt-Litauens war in der neuen bäuerlich-kleinbürgerlichen Republik kein privilegierter Platz mehr. In Lettland und Estland wurde gleichzeitig die wirtschaftliche Basis der deutschen Oberschicht auf dem Lande durch fast entschädigungslose Bodenreformen zerschlagen.

Die jungen Republiken entwickelten trotz erheblicher politischer und wirtschaftlicher Probleme in der krisengeschüttelten Zwischenkriegszeit eine beachtliche

Lebenskraft. In den Hauptstädten ist davon heute nicht mehr allzu viel sichtbar, zumal die litauische Regierung ihren Regierungssitz von Vilnius nach Kaunas verlegen musste. Immerhin wurde in Riga 1930/35 ein Freiheitsdenkmal am gleichnamigen Boulevard errichtet – ein Obelisk mit symbolträchtiger Großplastik –, das auch bei den Demonstrationen ab 1988 eine wichtige Rolle als Versammlungsort spielte und heute durch eine permanente militärische Ehrenwache ausgezeichnet ist.[47] Zentral am Domplatz entstand als architektonisches Signal der neuen Unabhängigkeit das „Haus des Lettischen Rundfunks".[48]

Deutlicher als in den Stadtbildern werden die Leistungen in den beiden Jahrzehnten der ersten Unabhängigkeit in den historischen Stadtmuseen präsentiert. Hier kann man sich auch ein in den Grundzügen vollständiges Bild der Stadtgeschichte verschaffen und damit über jene Perioden und Aspekte, die im heutigen Stadtbild nicht mehr sichtbar sind. Das Rigaer Geschichts- und Schifffahrtsmuseum – 1733 als ältestes Museum des Baltikums durch einen deutschen Privatsammler gegründet – ist im umgebauten alten Domkloster, der Wirkungsstätte Herders (1764–1771), untergebracht. Es arbeitet mit seinen 500 Exponaten – aus einem Fundus von etwa 400.000 Sammlungsstücken – die Stadtgeschichte bis 1940 und den überragenden deutschen Einfluss klar heraus. Es umfasst folgende Abteilungen: Die Anfänge der Stadt, Riga im 13.–16. Jahrhundert, Riga im 17., 18., 19. Jahrhundert (polnische, schwedische, russische Epoche), Riga in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts (bis 1940, wo das Okkupationsmuseum einsetzt). Die Präsentation ist vergleichsweise konventionell, aber sehr klar und systematisch und präsentiert umfänglich auch die Alltagskultur.[49] Das kleinformatigere Stadtmuseum in Tallinn ist in einem ehemals deutschen Handelsbürgerhaus untergebracht, dessen Geschichte bis ins 14. Jahrhundert zurückreicht. Die Art der Präsentation ist durch thematische Schwerpunktsetzung und Inszenierungen moderner als in Riga.[50] In Vilnius wird die Stadtgeschichte im Historischen Nationalmuseum auf dem Burgberg mitberücksichtigt.

II. Vom Verlust der Unabhängigkeit bis zu ihrer Wiedergewinnung (1940–1991): David und Goliath?

Nach zwanzigjähriger Selbständigkeit verloren die kleinen baltischen Länder – wie Polen, aber anders als Finnland – ihre am Ende des Ersten Weltkriegs gewonnene Unabhängigkeit in den Großmachtauseinandersetzungen des Zweiten Weltkriegs – gegen ihren Willen und ohne eigenes Verschulden.[51] Die Ungunst ihrer geographischen Lage zwischen den in den dreißiger Jahren wieder erstarkten Kriegsverlierern Deutschland und Russland und weitab von ihren eigentlichen Verbündeten, den Westmächten, machte sie zu wehrlosen Opfern ihrer expansionistischen und totalitären Großmachtnachbarn.

Unter sowjetischer und deutscher Herrschaft kam es in diesen wenigen Jahren zu gewaltsamen Eingriffen in die Geschichte dieser Länder, deren Ausmaß mit den grundlegenden Veränderungen im Baltikum während des 13. und 14. Jahrhunderts, als hier die eigentliche Geschichte überhaupt erst begann, durchaus vergleichbar ist. Das betrifft nicht nur die Kriegszerstörungen, sondern vor allem die *Umwälzungen in der demographischen Struktur*. Diese betrafen in erster Linie die Deutschbalten und die Juden, die als Minderheiten fast vollständig verschwanden, aber auch die Balten und Russen, deren Zahlenverhältnis sich dramatisch verschob.

Die *Deutschbalten*, Nachkommen des Ritteradels, der Hansekaufleute und des Stadtbürgertums aus der Zeit der Ordensherrschaft, stellten in Lettland und Estland vor Kriegsbeginn nur etwa 3,7 % bzw. 1,7 % der Gesamtbevölkerung – dabei handelte es sich um ca. 70.000 bzw. 30.000 Personen – aber diese bildeten in Stadt und Land bis 1918 die herrschende Elite. Anders als bei der ostdeutschen Kolonisation zwischen Elbe und Memel war es im Baltikum nicht zu flächendeckender Ansiedlung deutschstämmiger Bauernbevölkerung gekommen. An der privilegierten Position der deutsch-baltischen Oberschicht änderte sich auch unter russischer Herrschaft insgesamt wenig, vielmehr sicherte Peter d. Gr. bei der Angliederung der baltischen Länder der deutschen Ritterschaft und den deutschen Stadträten die Erhaltung des deutschen Rechts, der deutschen Sprache und des evangelischen Glaubens zu – er brauchte die Deutschen für seine Modernisierung des Zarenreiches. Erst Endes des 19. Jahrhunderts beschränkte die zentralistische Russifizierungspolitik in den Ostseeprovinzen die Rechte der deutschen Oberschicht stärker. Aber eine grundlegend neue Situation ergab sich erst mit der Etablierung der Unabhängigkeit Estlands und Lettlands. Jetzt wurden Esten und Letten mit ihrer großen Bevölkerungsmehrheit zur staatstragenden Einwohnerschaft auf der Basis demokratischer Verfassungen. Die Rittergüter, etwa 250 in Estland und 1.300 in Lettland, wurden fast entschädigungslos enteignet und an Kleinbauern verteilt. In den Städten zerbrach die Vorherrschaft des deutschen Bürgertums durch das nunmehr demokratische Wahlrecht. Die Deutschen wurden in Stadt und Land aus einer privilegierten Oberschicht zu einer geschützten Minderheit mit Kulturautonomie und Selbstverwaltung in Schul- und Wohlfahrtsfragen – die Minderheitengesetze der jungen baltischen Republiken nach Erringung der Unabhängigkeit galten als vorbildlich und waren eine wichtige Voraussetzung für ihre Stabilisierung. In den dreißiger Jahren zählte Riga etwa 44.000 deutsche Einwohner (etwa 13 % von 380.000), Tallinn 8.500 (von 128.000 etwa 8 %). In Vilnius, das während der Zwischenkriegszeit zu Polen gehörte und auch mehrheitlich von Polen bewohnt wurde,[52] war ihre Zahl unerheblich.

Die Errichtung unabhängiger Staaten erschütterte die Position der Deutschbalten, der Hitler-Stalin-Pakt von 1939 vernichtete sie ganz – in ihm wurde im Zuge großer Bevölkerungsverschiebungen auf beiden Seiten der neuen Abgrenzung von Interessensphären die Umsiedlung der Deutschbalten „heim ins Reich“ vereinbart.

Dies war das Ende einer über siebenhundertjährigen Geschichte, deren Bau- und Kunstzeugnisse noch überall im Land zu besichtigen sind.

Die kurze deutsche Besatzungszeit führte mit der Vernichtung der Juden 1941–1944 zu einem weiteren unumkehrbaren Bevölkerungs- und Kulturverlust. In Estland und Tallinn machten die Juden nur etwa 0,5 % der Gesamtbevölkerung aus, etwa 7.000 Menschen, in Lettland aber 5 %, etwa 100.000 Menschen, in Litauen (damals ohne Vilnius!) 7,6 %, 155.000 Menschen. Die Juden konzentrierten sich – weit über dem Landesdurchschnitt – in den Städten. In Riga stellten die Juden etwa 11 % der Gesamtbevölkerung – sie waren dort mit über 40.000 Menschen fast so zahlreich wie die Deutschen und zahlreicher als die Russen. In Vilnius machten die Juden – neben der polnischen Bevölkerungsmehrheit – sogar ein Drittel der Gesamtbevölkerung aus, etwa 55.500 Menschen. Die große Mehrzahl der Juden wurde in den Ghettos zusammengetrieben und an besonderen Mordstätten im Umfeld der großen Städte umgebracht – Gedenkstätten in Riga und Wilna erinnern daran.[53] Das jüdische Kulturerbe ist heute – im Unterschied zum deutschen – aus dem Stadtbild von Riga und Vilnius weitgehend verschwunden, da die Deutschen die meisten Synagogen und Gebetshäuser und beim Rückzug auch die Ghettos als Orte des Verbrechens zerstörten.[54]

In den Jahren 1940/41 zur Zeit der ersten Sowjetokkupation und vor allem nach 1945 kam es an Stelle der verschwundenen Deutschen und ermordeten Juden zu einem dramatischen *Anstieg des russischen Bevölkerungsanteils* in den Ländern und vor allem in den Metropolen. Dieser Anstieg wurde von der Sowjetführung politisch gewollt, um die baltischen Nationen aufzusaugen und konnte mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln der Industrie- und Militäransiedlung, aber auch der Deportation rücksichtslos durchgesetzt werden. Estland hatte in der Zwischenkriegszeit einen russischen Bevölkerungsanteil von etwa 8,2 %, Lettland von 10,6 %, Litauen von 2,5 % – neben 88 % Esten bzw. 73,4 % Letten und 84,0 % Litauern. Heute machen die Esten im eigenen Land noch 65,2 % aus, neben 28 % Russen und etwa 4 % Weißrussen und Ukrainern; die Letten nur noch knapp 56 % neben 32,3 % Russen sowie fast 7 % Weißrussen und Ukrainern; die Litauer 83,5 % neben 6,3 % Russen, 2 % Weißrussen und Ukrainern.[55] In Litauen blieben die Ergebnisse der Russifizierungspolitik am geringsten – bezeichnenderweise ging von hier das Signal aus beim Zusammenbruch der Sowjetunion.

In den Metropolen wuchsen die russischen Bevölkerungsanteile noch dramatischer: In Tallinn, etwa 434.000 Einwohner, machen die Esten nur etwa die Hälfte der Einwohner aus, die übrigen sind größtenteils Russen, Weißrussen, Ukrainer; in Riga sind von etwa 740.000 Einwohnern nur noch etwa 39 % Letten, dagegen 47 % Russen und knapp 9 % Weißrussen und Ukrainer.[56] In Wilna, 1931 etwa 200.000, heute etwa 380.000 Einwohner, kam es infolge des Krieges zu einem fast vollständigen Austausch der Bevölkerung. Die polnische Mehrheit – über 100.000 Menschen – wurde 1945/46 auf sowjetische Anweisung nach Polen umgesiedelt.

„Dafür zogen zahlreiche Litauer aus Kaunas und anderen litauischen Städten und Dörfern zu, ebenso Weißrussen aus den nächst gelegenen Gebieten Weißrusslands sowie russische Beamte, Militärs, Sicherheitskräfte und Industriearbeiter, von denen die meisten aus Moskau oder anderswo beordert wurden. Die Litauer stellten anfangs nur einen kleinen Teil, machten aber nach einiger Zeit bereits die Mehrheit der Stadtbevölkerung aus.“[57] Die Polen erreichen heute nur noch knapp 20 % der Stadtbevölkerung, die Russen ebenso viel.

Ziel der Sowjetführung war seit 1940 die politische und intellektuelle Enthauptung der zuvor selbständigen Baltenrepubliken und die Zerstörung ihrer nationalen Identität durch verordnete massenhafte slawische Zuwanderung – und das alles mitten im 20. Jahrhundert und legitimiert ausschließlich durch ideologisch fundierte Modernisierungs- und Großmachtansprüche. Der Schock über diesen Anschlag auf ihre nationale Existenz sitzt bis heute tief im Geschichtsbewusstsein der kleinen baltischen Völker, denn dergleichen hatten sie zuvor – trotz aller Gewalttätigkeiten auch der vorangegangenen Fremdherrschaften – nie erlebt. Vielmehr ließ sich die Geschichte der baltischen Völker bis zur Unabhängigkeit in der Zwischenkriegszeit durchaus als Erfolgsgeschichte interpretieren: Nach primitiven, vorstaatlichen Verhältnissen hatten die fremden Eroberer seit dem hohen Mittelalter zwar Gewalt und Unterdrückung, aber auch erstmals staatliche Strukturen, Einbindung in den nordeuropäisch-hansischen Wirtschaftsraum und Anschluss an die christlich-europäische Kultur und Zivilisation gebracht. In diesem neuen Rahmen waren die baltischen Völker seit dem 18. Jahrhundert zu nationalem Selbstbewusstsein erwacht, gefördert durch Bemühungen deutscher protestantischer Pastoren und Sprachforscher um die schriftliche Fixierung der baltischen Sprachen und Lieder.[58] Daraus war dann in einer günstigen weltpolitischen Situation die Unabhängigkeit der baltischen Staaten hervorgegangen. Ab 1940 sah es demgegenüber so aus, als ob diese ganze jahrhundertelange Geschichte nationaler Emanzipation mit unglaublicher Brutalität „rückabgewickelt“ werden sollte. Die damit verbundenen traumatischen Erfahrungen wirken bis heute massiv nach. Es zeigte sich aber auch, dass die Zerstörung der kleinen baltischen Nationen über ein halbes Jahrhundert hinweg – betrieben mit allen Mitteln einer totalitären Weltmacht – nicht durchgesetzt werden konnte: In der Spätphase der zusammenbrechenden Sowjetunion brachte das Aufbäumen gerade ihres Unabhängigkeitswillens den Kollaps des Imperiums ins Rollen.

Was bekommt der Besucher der baltischen Hauptstädte von diesen Entwicklungen *heute noch zu sehen*? Die Spuren der über siebenhundertjährigen deutschen Geschichte im nördlichen Baltikum sind in den Altstädten von Riga und Tallinn, die den Krieg leidlich überstanden haben, überall noch sichtbar – nach der Wende 1990/91 prächtig als Touristenmagneten restauriert. Dies gilt für die Burgkomplexe, die Dome und Stadtkirchen, die Rathäuser und die Stadtmauern, Zunft- und

Bürgerhäuser, auch für manche Namen wie Olde Hansa, Pepersack, „Kiek in de Kök“. Auf sie stößt jeder Tourist beim Rundgang durch die Altstädte.

Abb. 10 Choralsynagoge (1903), die einzig erhaltene von 105 Synagogen und Bethäusern in Vilnius

Die Spuren der russischen und der sowjetischen Herrschaft – beide müssen deutlich unterschieden werden – sind in Stadt und Land demgegenüber überall noch deutlich sichtbar. Die Zarenzeit hinterließ in allen drei Städten bedeutende Schloss- und Verwaltungsbauten im klassizistischen Stil und vor allem russisch-orthodoxe Kirchen, deren bedeutendste restauriert und zum religiösen Mittelpunkt der nach wie vor zahlreichen russischen Bevölkerung geworden sind – nach Jahrzehnten der Zweckentfremdung durch die Sowjetmacht.

Die Sowjetbauten tragen bis heute unübersehbar zur Verschandelung der sehr individuellen historischen Stadtbilder bei mit ihrer kolossalen Maßlosigkeit und Monotonie, die man überall von Ost-Berlin bis Wladiwostok findet. Dabei handelt es sich um Parteihochhäuser, die bis in die Stadtsilhouette vorstoßen, und um ganze Trabantenvorstädte in Plattenbauweise, wie sie sich überall um die Altstädte legen und in Wilna-Nord – jenseits der Neris – ganz besonders ausgeprägt sind, aber auch um klotzige Hotelneubauten, die – wie in Tallinn – dicht an die Altstadt herandrängen.[59]

III. Die neue Souveränität seit 1991: Zwischen traumatischer Vergangenheitserfahrung und europäischer Zukunftsperspektive

Die inneren Wandlungen in der Sowjetunion durch Gorbatschow – bedingt durch die eklatante ökonomische Krise des Systems der Zentralen Verwaltungswirtschaft und die wachsende Unzufriedenheit der zahlreichen Nationalitäten – verschafften auch den baltischen Unabhängigkeitsbewegungen einen Spielraum, den sie fast ein halbes Jahrhundert lang nicht gehabt hatten.[60] Litauen ging voran, hier waren – ähnlich wie in Polen – die katholische Kirche und Gesellschaft ein ernsthafter Gegner des Regimes von hohem Organisationsgrad, war die Russifizierung weniger fortgeschritten als in Estland und Lettland, auch infolge einer eigenwilligen Politik der litauischen Kommunisten. 1989 kam die „Singende Revolution" zum Ausbruch – die Balten wussten seit dem Ende der Partisanenkämpfe in den fünfziger Jahren, dass mit Gewalt nichts zu erreichen war. Eine Menschenkette von Tallinn über Riga bis Vilnius – 600 km lang – aus Anlass des 50. Jahres der Erinnerung an den Hitler-Stalin-Pakt erregte die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit. Das reformkommunistische Regime Gorbatschows konnte nicht mit der lange üblichen Brutalität zuschlagen, wie noch Breschnew 1968 in Prag und 1979 in Afghanistan. In allen Randgebieten der Sowjetunion gärte es, der Ostblock brach auseinander. Als der Augustputsch von 1991 die Sowjetunion zum Einsturz brachte, war auch der Weg für die erneute Unabhängigkeit der baltischen Staaten endgültig frei. 1994 verließen die letzten russischen Truppen deren Territorium, eine bewegende, symbolische Umkehr der Ereignisse von 1940 und 1944/45. Schwieriger gestaltete sich die „Repatriierung" zugezogener Russen, deren Lebensverhältnisse an der Ostsee viel günstiger waren als in Russland selbst und die deshalb bleiben wollten. Die Behandlung der russischen „Minderheit", die sich vom bisherigen sowjetischen Herrschaftsanspruch auf das gleichberechtigte Zusammenleben mit den bisher unterdrückten kleinen Nationalitäten umstellen musste, wurde für die baltischen Regierungen zur Nagelprobe, denn hier entschied sich die Glaubwürdigkeit ihres Wunsches, das europäische Wertesystem wirklich zu akzeptieren und im Gegenzug die Solidarität Europas zu gewinnen. Im normalen Alltag der Städte bemerkt der Tourist von den Spannungen zwischen Balten und Russen kaum etwas.

Wie wirken sich diese Zusammenhänge und Entwicklungen heute im Stadtbild aus, wie weit lassen sie sich vor Ort *visualisieren*? Wir heben zwei Punkte besonders hervor, die Restaurierung historischer Bausubstanz nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit (1) und – in scharfem Kontrast dazu – die Gestaltung der sog. Okkupationsmuseen (2).

1. Die *Restaurierung der historischen Bausubstanz* betrifft die Altstädte von Riga, Tallinn und Vilnius gleichermaßen – sie hatten sämtlich im Krieg und durch Verfall gelitten, gehören aber inzwischen alle drei zum UNESCO-Weltkulturerbe. Die *Motive* dafür liegen auf der Hand. Man will nicht nur zahlungskräftige Touristen in

die Hauptstädte locken, die jahrzehntelang nicht zugänglich, aber auch keineswegs in attraktivem Erhaltungszustand waren und nun durch den Reiz des Neuen faszinieren. Man will auch durch die glanzvolle Restaurierung der historischen Baudenkmäler aus dänischer, deutscher, schwedischer, polnischer und zaristischer Zeit die weit zurückreichende Zugehörigkeit der baltischen Länder zu Europa betonen und sich von der Tristesse der Sowjetzeit mit ihren einfallslosen Kolossalbauten und neuen Vorstädten absetzen.[61] Auch die Darstellung der Stadtgeschichte in den historischen Stadt- und Landesmuseen der drei Hauptstädte liegt auf dieser Linie. Durch diese Art der Präsentation werden die vorsowjetischen Zeiten geradezu zwangsläufig vergoldet. Natürlich wissen die Kenner der baltischen Geschichte, dass auch die früheren Fremdherrschaften vielfältig mit Gewalt und Unterdrückung verbunden waren, aber dennoch haben sie zugleich Kultur und Zivilisation im Rahmen von Christianisierung und Europäisierung gebracht und schließlich sogar das nationale Erwachen der kleinen baltischen Völker bewirkt. Demgegenüber erscheint die Sowjetherrschaft nicht nur als Initiation existenzbedrohender politischer und wirtschaftlicher Fehlentwicklung, sondern auch als Vernichterin der nationalen und europäischen Kultur sowie der ethnischen Substanz dieser Völker.

Die Konfrontierung von Sowjetzeit und früheren Epochen verdeckt allerdings schnell den immerhin bemerkenswerten Befund, dass die prächtig restaurierten Altstädte ursprünglich von einer deutschen, polnischen und russischen Oberschicht geschaffen worden sind, die sich heute gar nicht mehr im Lande befindet. Der weitaus größte Teil der historischen Bausubstanz wurde von Nicht-Balten geschaffen. Man kann diesen Befund unterschiedlich deuten. Die Balten haben damit offensichtlich kein Problem, für sie ist die europäische Perspektive ausschlaggebend. Zu dieser zählen – im Gegensatz zum Sowjetimperialismus[62] – auch noch die Bauzeugnisse der Zarenzeit wie klassizistische Schloss- und orthodoxe Kirchenbauten. Vor allem in Tallinn mit seinen vorzüglich restaurierten Baudenkmalen aus der Zeit der Ordensritter und der Hanse fühlt sich der Tourist sehr stark an die deutsche Vergangenheit der Stadt erinnert (Dom und Stadtkirchen, Rathaus und Stadtbefestigung), zumal er im „Olde Hansa“ in historisierender Manier stilecht bewirtet wird. Auch in Rigas Altstadt sind die deutschen Bauzeugnisse nicht zu übersehen.

2. Von dieser positiv gestimmten Präsentation städtischer und staatlicher Vergangenheit sticht die *Vergegenwärtigung der sowjetischen Epoche 1940–1991* scharf ab. In Riga ist sie unmittelbar augenfällig im krassen Neben- und Gegeneinander von strahlend restauriertem Schwarzhäupterhaus und dem brutalen Bauklotz des Okkupationsmuseums, das – dem Thema durchaus entsprechend – in einem Gebäude sowjetischer Provenienz untergebracht ist.[63] Museen der Erinnerung an die Besatzungszeit sind auch in Tallinn und Vilnius errichtet worden – alle drei verfolgen die gleiche Richtung der Geschichtsdarstellung.[64]

Die drei- bis vierjährige deutsche Besatzungszeit wird unter totalitarismustheoretischer Perspektive grundsätzlich einbezogen und negativ interpretiert, aber hinter

den Gräueln der Sowjetherrschaft tritt sie doch klar zurück. Durchaus charakteristisch auch für Tallinn und Vilnius heißt es in der programmatischen Einführung des Museumskatalogs von Riga, dass Lettland von 1940–1991 von *zwei* totalitären Mächten, der Sowjetunion und Nazi-Deutschland, besetzt gewesen sei und dabei durch Völkermord, Krieg, Deportation oder Emigration über ein Drittel seiner Bevölkerung verloren habe.

> "From the very first, both occupation powers tried to deprive the Latvian nation of its nation pride and to deny, falsify of distort the history of Latvia and Latvia's historical ties to Europe. Latvia was estranged from the humanistic cultural foundations of Western culture. After war's end, the political, economic and social life in the Western world thrived; at the same time, all progress in Latvia stopped. The Western world forgot Latvia. The name of Latvia disappeared from books of history, as though it never had existed. The borders of the Baltic states disappeared from maps.
> The fact that Latvia was an occupied country was denied for 51 years, and even now not all of Latvian society fully understands or recognises it. However, without recognising and realising the fact of occupation the political, social and psychological foundations of Latvia cannot be secure. The failure to recognise the fact of occupation violates the human rights of the victims of occupation, for it denies their suffering and the loss endured by the relatives of the victims. If the history of occupation is not recognised, the inheritors and successors of the occupation powers evade their responsibility about the wrongdoings of their predecessors. The politics of the occupiers and of the occupations did not only deprive Latvia of its freedom and independence; the forgetting, denial and failure to know and understand the occupation period threaten Latvia's future."

Historische Aufklärung über die Verbrechen der Okkupationszeit, Gedenken an die Opfer und Sicherung ihrer letzten Spuren für die Nachwelt sind Hauptziele des Museums. Explizites Prinzip der Geschichtsdarstellung ist auch die Legitimität des lettischen Staates, die durch die Sowjetunion und Nazi-Deutschland widerrechtlich beseitigt wurde – auch die deutsche Besetzung war keineswegs „Befreiung".

> "The third principle of the Museum is the recognition that criminal regimes and individuals, and not peoples, ethnic groups of social classes bear responsibility for crimes committed during the occupation period. The responsibility for crimes committed against Latvia and the people of Latvia is borne above all by the Soviet Union and Nazi Germany. These two aggressive powers occupied Latvia, destroyed existing social structures, traditions and ethic norms, thus creating an environment in which individual crimes and collaboration with the occupants became possible. As the Museum opens its doors to the world, it must not harbour any narrow prejudices. The Museum rejects accusations against the Latvian nation in the crime of Holocaust, and it does not accuse any other nation in the crime of occupation. The responsibility for these

crimes is borne by the occupation regimes and their executors.
Fourthly, the Museum recognises that Latvia's history and fate are interconnected with the rest of the world – not only with neighbouring peoples and countries, but also with world powers. The Museum reminds its visitors from Latvia and from abroad of the historical similarities, parallels, relationships and connections of Latvian History with the histories of Lithuania and Estonia, as well as of Poland, Czechoslovakia, Finland and France. It reminds visitors of the wartime and post-war policies of Great Britain and the United States and the aggressive politics of the Soviet Union and Nazi Germany. Only thus can the inhabitants of Latvia fully understand their complicated fate, and foreign visitors begin to comprehend the long-forgotten, denied and disfigured history of the people of Latvia."[65]

Was steckt hinter diesem Insistieren auf dem Unrechtscharakter der Okkupationsregimes? Nach den niederschmetternden Erfahrungen mit der Solidarität der Westmächte, deren Wertegemeinschaft die baltischen Staaten sich seit der Zwischenkriegszeit zurechneten, und nach der verleumderischen Gleichsetzung von nationalbaltischer Opposition mit faschistischer Kollaboration kann nur die deutliche Herausarbeitung des massiven Unrechtcharakters der Okkupation, die länger als ein halbes Jahrhundert dauerte, den baltischen Ländern eine zukunftsfähige historisch-politische Perspektive vermitteln, die auch den Westen dauerhaft an seine historische Verantwortung erinnert. Die Chancen dafür sind weit günstiger als in der Zwischenkriegszeit, als die europäischen Großmächte zerstritten waren, und in der Nachkriegszeit, als der Eiserne Vorhang Europa teilte – beide Male hatten die kleinen Länder keine Chance.

Auffällig ist die Bezeichnung „*Museum für die Opfer des Genozids*" in Vilnius. Sie bringt eine Geschichtsdeutung, die auch in Riga und Tallinn artikuliert wird,[66] noch schärfer zum Ausdruck als der Begriff der Okkupation. In allen drei Museen ist mit Genozid die Vernichtung der baltischen Juden durch die Deutschen gemeint, er schließt hier aber auch die Hinrichtungen und Deportationen zur Sowjetzeit ein, die die nationale Identität der Balten zerstören sollten. Diese Begriffsverwendung ist nicht unumstritten, vor allem von jüdischer Seite gibt es deutliche Vorbehalte: Der rassistisch motivierte Holocaust sei einmalig gewesen und könne nicht mit der sowjetischen Schreckensherrschaft gegen die Balten verglichen werden, der es ja primär um machtpolitische Ziele, nicht um die physische Ausrottung eines ganzen Volkes ging. In diesem Diskurs um die Hierarchie der Opferrollen kann man unterschiedlicher Auffassung sein. Der Museumsbesucher sollte ihn aber kennen und auch begreifen, warum die Balten sich als Opfer eines Völkermords durch die Sowjets sehen.[67]

In Litauen ist die Inanspruchnahme des Genozidbegriffs für die nichtjüdischen Opfer der Sowjetherrschaft allerdings von einiger Brisanz. Anders als in Riga wird der Juden nicht im Okkupations-, sondern im Jüdischen Museum gedacht, das eine

eigene Holocaust-Ausstellung enthält. Das Verhältnis der Litauer zu den Juden war – nach langem freundlichen Mit- und Nebeneinander – infolge der Wirtschaftskrise während der Zwischenkriegszeit belastet. Die deutschen Besatzer vermochten auch Litauer in die Judenvernichtungsaktionen mit zu verwickeln. Die Sowjets hatten kein Interesse an der Aufarbeitung des litauischen Holocaust, sondern betrieben noch zusätzlich die Beseitigung von Ghetto- und Friedhofsspuren, die ihren Bauprojekten im Wege standen. Der Holocaust ist für den heutigen Durchschnittslitauer, vor allem der jüngeren Generation, kein Thema. Gegen die Juden steht immer noch – obwohl das inzwischen wissenschaftlich widerlegt ist – der Vorwurf im Raum, sie hätten 1940 aus Angst vor den Deutschen die Sowjets ins Land geholt.[68] So wird auch der Opferrollen getrennt gedacht. Das „Museum der Opfer des Genozids" ist im ehemaligen KGB-Gefängnis untergebracht und zeigt am Ort des Schreckens selbst Haftzellen, Verhör- und Folterräume, die Gefängnisbibliothek, eine Sammlung konfiszierter Literatur und Exponate des früheren Museums „zum Ruhm der Tschekisten", d. h. der Geheimpolizei. Der deutsche Besucher ist überrascht, dass im Genozid-Museum des Holocaust nicht gedacht wird.[69] Dies erfolgt vielmehr an relativ abgeleiteter Stelle – als Sonderausstellung – im Jüdischen Museum, das sich vor allem mit jüdischer Geschichte, Ikonographie, Alltagsleben und religiösem Ritual in Litauen befasst (1989 genau fünfzig Jahre nach seiner Schließung wiedereröffnet). Auf dem Hintergrund der Vernichtung des litauischen Judentums lösen die ausgestellten Exponate aus früheren Zeiten beim vorbereiteten Museumsbesucher eine starke Betroffenheit aus.

Das Okkupationsmuseum in *Riga*, 1993 mit maßgeblicher Unterstützung auslandslettischer Organisationen und Einzelpersonen gegründet und in einem 1970 gebauten ehemaligen Sowjetmuseum zu Ehren der mit Lenin verbündeten „Lettischen Schützen" untergebracht, umfasst eigene Abteilungen zu den Themen Vorspiel der Okkupation 1939–1940, Erste sowjetische Okkupation 1940–1941, Okkupation durch Nazi-Deutschland 1941–1945, Zweite sowjetische Okkupation: Stalins Terrorherrschaft 1944–1953, „Tauwetter" und Nationalkommunismus in Lettland 1953–1959, Industrialisierung und Kolonisierung Lettlands 1959–1985, Nationale Wiedergeburt und Unabhängigkeit 1985–1991. Diese Abteilungen bestehen – ziemlich textlastig – hauptsächlich aus Kopien von Dokumenten, Gesetzes- und Verordnungstexten, Fotografien, historisch-politischen Karten, Augenzeugenberichten, Wochenschaumaterial. Kernstück des Museums ist eine nach den Angaben von Überlebenden nachgebaute Baracke aus den Zwangsarbeiterlagern (GULAG), in welcher die nach Nordrussland und Sibirien Deportierten untergebracht wurden. Einer der Viehwaggons, in denen die Deportierten noch kurz vor dem deutschen Einmarsch 1941 verfrachtet wurden, gehört ebenfalls zum Museum, ist aber auf dem Abfahrtsbahnhof in Riga als Mittelpunkt einer Gedächtnisstätte ausgestellt.[70]

Das Museum selbst präsentiert in Vitrinen Originalgegenstände des alltäglichen Gebrauchs sowie handwerklicher und kunstgewerblicher Produktion aus den

Zwangsarbeitslagern, die von Überlebenden nach der Entlassung mit nach Hause gebracht wurden, Trinkgefäße, Essgeschirr und Besteck, Handwerkszeug, Handarbeiten und Kleidungsstücke, Postkarten, Briefe und Aufzeichnungen usw. Diese anrührenden Originale lösen nicht nur Betroffenheit aus, sondern konfrontieren auch unmittelbar mit Einzelpersonen und transportieren die in den offiziellen Texten getroffenen Bestimmungen auf die individuelle Erfahrungsebene.[71]

Das Museum zählt jährlich etwa 100.000 Besucher, zwei Drittel davon sind Ausländer, die nächstgrößte Gruppe Schüler. Der Besuch ist Bestandteil des diplomatischen Protokolls der Republik Lettland, was weltweite Medienwirkung sichert. Dazu trägt auch die Mehrsprachigkeit der Erläuterungstexte bei – Lettisch, Englisch, Deutsch, Russisch, Französisch, Spanisch. Das Museumsarchiv nimmt neue Schenkungen und testamentarische Hinterlassenschaften von Texten und Gegenständen auf. Das Film- und Videoarchiv sammelt sämtliche audiovisuellen Zeugnisse der Okkupationszeit. Ein Forschungsprogramm zur Okkupationszeit findet seinen Niederschlag in einem eigenen „Jahrbuch". Ein Bildungsprogramm mit Materialien für Lehrer und Schüler, Sonder- und Wanderausstellungen verstärken die Außenwirkung.[72]

Das „Museum der Okkupation und des Befreiungskampfes" in *Tallinn* unterscheidet sich deutlich von den Museen in Vilnius und Riga. Es wurde erst im Sommer 2003 in einem neu errichteten, ansprechenden Funktionsbau außerhalb der eigentlichen Altstadt errichtet, ist also kein authentischer Erinnerungsort der sowjetischen Herrschaft, wie in den beiden anderen Städten. Zwar ist auch in Tallinn die ehemalige KGB-Zentrale erhalten in unmittelbarer Nähe der St. Olai-Kirche, aber in der Altstadt selbst mochte man wohl eine solche Stätte massiver Trauer als unangemessen empfinden.[73] So wurde am Gebäude selbst, sofort erkennbar an den mit Ziegelsteinen zugemauerten Kellerfenstern, nur eine Erinnerungsplakette mit der Inschrift angebracht: „In diesem Gebäude war das Repressionsorgan der sowjetischen Besatzungsmacht untergebracht. Hier begann der Leidensweg Tausender Esten."

Die Machart des Tallinner Museums ist etwas moderner als die der beiden Schwestermuseen. In den sieben Epochenabteilungen steht zeitgenössisches Filmmaterial im Mittelpunkt, das in estnischer und englischer Sprache eindrucksvoll dokumentiert wird. In Vitrinen hinter den Monitoren finden sich die zugehörigen Exponate. In der großen Museumshalle, an der entlang die Epochenabteilungen aufgereiht sind, sieht man ein Fluchtboot von 1944, Gefängnistüren, Abhörgeräte und Waffen des NKWD, Denkmäler der Parteigrößen, aber auch Alltagsgegenstände wie Telefone, Koffer, Radios, Friseur- und Zahnarztstuhl. Ein Museumskatalog existiert noch nicht, doch bietet eine Schriftenreihe von Mart Laar[74], die auch auf Deutsch erschienen ist, verständliche Hintergrundinformation. Die Konfrontierung von historischer Stadtrestaurierung und Geschichtsdarstellung in den Okkupations-

museen führt den interessierten und aufmerksamen Besucher der baltischen Hauptstädte am Anfang des 21. Jahrhunderts zu einigen tiefergehenden *Einsichten*:

– In den baltischen Hauptstädten liegen Verklärung und Grauen der Geschichte, die beide primär nicht auf die baltischen Völker selbst zurückgehen, direkt nebeneinander.

– Seit ihrer Christianisierung und Europäisierung im hohen und späten Mittelalter nehmen die baltischen Länder eine historische Vermittlerrolle zwischen Westeuropa und den Weiten des eurasischen Kontinents ein. Diese Vermittlerrolle wurde durch die sowjetische Annexion zerstört: Als Frontgebiet gegen den Westen lagen die baltischen Staaten nun an der Peripherie des Ostimperiums, abgeschnitten von ihren Wurzeln in Europa. Im Westen wurden sie – als Sowjetrepubliken – in ihrer eigenen nationalen Identität gar nicht mehr wahrgenommen, dort dominierte das Interesse für den zweiten deutschen Staat, die DDR, und den Gürtel der Satellitenstaaten Polen, Tschechoslowakei und Ungarn mit den spektakulären Aufständen von 1953–1980.

– Heute bemühen sich die baltischen Staaten um Vergegenwärtigung ihrer historischen Vermittlerrolle zwischen West-/Mittel- und Osteuropa, um nicht erneut zwischen die Großmachtblöcke zu geraten. Ihre Kleinräumigkeit und geringe Bevölkerungszahl macht sie in bedrohter geopolitischer Situation höchst verletzlich – daher ihre Bemühung um Beachtung von außen, wobei der Tourismus eine wesentliche Rolle spielt. Der preisgünstige Flugverkehr macht es inzwischen auch Normalverdienern aus Westeuropa möglich, in etwa zwei Stunden einen der drei baltischen Hauptstadtflughäfen zu erreichen.

– Eine im europäischen Sinne konsensfähige Bearbeitung der traumatischen, fünfzigjährigen Okkupationserfahrung ist für die Bewältigung der anstehenden Zukunftsaufgaben im Baltikum von existentieller Bedeutung. Das Erbe dieser Epoche spaltet in allen drei Ländern Balten und Russen. Hier ruht alle Hoffnung auf der jungen Generation beider Bevölkerungsgruppen, die erst seit der Wiedererlangung der Unabhängigkeit mit der Perspektive auf Europa heranwächst und die historischen Belastungen weniger empfindet.[75]

– Nur ein friedliches und kooperatives Europa, das es in der Zwischenkriegszeit nicht gab, stellt die erneute Unabhängigkeit der baltischen Staaten auf Dauer. Die Voraussetzung dafür ist freilich, dass sich die europäischen Wertvorstellungen auch in den baltischen Ländern selbst spiegeln – das gilt vor allem für den Umgang mit den slawischen „Minderheiten“. Multikulturalität ist normative Leitvorstellung – die fällt hinsichtlich des deutschen, skandinavischen, polnischen, jüdischen Erbes leichter als gegenüber dem russischen oder gar sowjetischen, dessen Träger in großer Zahl noch im Lande sind.

– In religiös-weltanschaulicher Hinsicht sind Estland und Lettland von Litauen sehr verschieden. In Litauen hat der Katholizismus seit der Christianisierung durch alle

Regimewechsel hindurch eine dominante Position behauptet, ähnlich wie in Polen. In Lettland und Litauen ist der lutherische Protestantismus skandinavisch-norddeutscher Prägung stärker vertreten, ganz erhebliche Teile der Bevölkerung gehören aber überhaupt keiner christlichen Kirche mehr an – eine Folge vor allem der Sowjetherrschaft, die hier ganz andere Dimensionen annimmt als in Litauen.

– Lettland und Estland sind historisch sehr andere Wege gegangen als Litauen, das nie für längere Zeit unter deutschen Einfluss geriet, sondern sich in enger Symbiose mit Polen entwickelte. Erst seit dem 18. Jahrhundert im Rahmen des Zarenreiches wurde allen dreien von außen ein gemeinsames Schicksal aufgezwungen, dem sie trotz aller politischen und wirtschaftlichen, sprachlichen und konfessionellen Unterschiede nur in enger Partnerschaft begegnen konnten. Litauens Konflikt mit Polen um Vilnius nach dem Ersten Weltkrieg löste endgültig die alte Symbiose zwischen beiden Ländern und verwies die neue Republik auf enge Kooperation mit den nördlichen Nachbarn. Unter dem Druck der sowjetischen Okkupation seit 1940 bzw. 1944/45 glich sich das Schicksal der drei baltischen Länder noch stärker an. Nach der Wiedererlangung der Unabhängigkeit im Rahmen des neuen Europa bietet sich die Möglichkeit, die eigenen Traditionen wieder stärker hervorzukehren, ohne sogleich die überlebenswichtige baltische Partnerschaft zu gefährden. So präsentieren sich die glänzend restaurierten Innenstädte in ihrer ganzen historischen Verschiedenheit als Ordens-, Bischofs-, Fürsten-, Bürger- und Hansestädte. Das stärkt nicht nur die spezifische Identität der kleinen Länder gegen die Folgeschäden der sowjetischen „Egalisierungswalze“, sondern auch ihre ökonomisch erwünschte Anziehungskraft für Touristen.

– Die Stabilität der neuen Staaten hängt entscheidend ab von ihrem Umgang mit den slawischen, vor allem der starken russischen Minderheit. Die erzwungenen Massenmigrationen des 20. Jahrhunderts widersprechen klar dem Wertekanon der Europäischen Gemeinschaft. Dasselbe gilt für die Beschneidung demokratischer Minderheitenrechte. Und so sind heute etwa in Riga Demonstrationen von Russen möglich, die die Wiederherstellung der Sowjetunion inklusive Lettlands fordern.[76] Für die Letten mit ihrer konträren historischen Erfahrung bedeutet das eine schwer erträgliche Provokation. Die Russen in den baltischen Ländern erfreuen sich eines Lebensstandards, von dem sie in Russland selbst nur träumen könnten – daher die geringe Rückkehrneigung. Andererseits haben sie die privilegierte Position verloren, die sie zur Sowjetzeit genossen, und müssen die zuvor verachteten baltischen Sprachen als Staats- und Amtssprachen anerkennen. Hier liegt ein erhebliches Spannungspotential, das breitenwirksam wohl nur durch einen Generationenwechsel überwunden werden kann, indem sich die jungen Russen stärker nach Westen orientieren und als „Eurorussen“ zum Modell für die demokratische Entwicklung in Russland selbst werden. Diese ist seit 2004 aber blockiert durch Putins „gelenkte Demokratie“, deren Erinnerungspolitik für die Balten – ebenso wie für die Polen und die Ukrainer – nicht akzeptabel ist.[77]

IV. Rückkehr Europas in das Baltikum: Perspektiven des HisTourismus

Für die historisch-politische Erwachsenenbildung in Kombination mit Reisen (HisTourismus) bieten die baltischen Hauptstädte ein attraktives Betätigungsfeld. Hier korrespondiert das baltische Interesse wahrgenommen zu werden mit dem Wunsch schon erfahrener Bildungstouristen aus dem Westen nach ergiebigen neuen, nicht schon sattsam bekannten Reisezielen. Die touristische Infrastruktur der Metropolen entspricht inzwischen westeuropäischen Standards – auch wenn die Flughafenanbindungen an die Innenstädte noch ausbaufähig sind –, Freundlichkeit der im Touristikgewerbe Beschäftigten und Fremdsprachenkenntnisse liegen teilweise sogar deutlich höher.

Hauptziel einer historischen Bildungs- oder Studienreise ins Baltikum sollte die Differenzierung des aus den Zeiten des „Kalten Krieges" immer noch dominierenden westlastigen Europabegriffs sein. Die hier verborgene Problematik hat auf dem Felde von Geschichtsbewusstsein und Geschichtskultur manche Ähnlichkeit mit der deutschen Wiedervereinigung – auch Europa war durch den „Eisernen Vorhang" geteilt –, sie ist aber in vielerlei Hinsicht noch komplexer. Europa lebt – das verkündet die political correctness inzwischen auf allen Ebenen – von seiner Vielfalt, die sich gerade auch in den kleinen, durch die Groß- und Hegemonialpolitik vergangener Jahrhunderte oft genug misshandelten Völkern artikuliert. Diese Einsicht wird bisher aber vor allem auf Westeuropa bezogen, von Luxemburg bis Irland. Sie gilt jedoch auch für die kleinen baltischen Staaten, deren geopolitische Lage viel prekärer ist.[78]

Dem interessierten Bildungsreisenden wird also ein erheblicher Perspektivwechsel abverlangt, wenn er sich nicht mit dem bloßen Konsum touristischer Highlights zufrieden geben will. Nur dann wird ihm auch die „Rückkehr" der baltischen Metropolen nach Europa in ihrer Spezifik und Problematik deutlich, die wir oben darzulegen versucht haben.

Das auf die Hauptstädte fokussierte Kurs/Reisekonzept ermöglicht durch seine *komparatistische Struktur* noch eine weitere, durch die direkte Anschauung vor Ort sich geradezu aufdrängende Einsicht: Die Rückkehr nach Europa bedeutet für die baltischen Länder selbst keineswegs dasselbe, so wie auch ihre jahrhundertealten historischen Europabezüge keineswegs identisch waren. Besonders sticht der Gegensatz zwischen dem katholischen und polnischen Barock in Vilnius und den gotischen Kirchen- und Bürgerbauten aus der Ordens- und Hansezeit in Riga und Tallinn ins Auge. Aber auch die Europabezüge in Riga sind zum Teil komplexer als die in Tallinn – sichtbar vor allem an der in Europa einmaligen Ausgestaltung der historisierenden und der Jugendstilarchitektur.

Die baltischen Hauptstädte repräsentieren einen erheblichen Teil der Bevölkerungszahl und der rapide wachsenden Wirtschaftskraft ihrer Länder, aber sie sind nicht diese Länder selbst. Außerhalb der Hauptstädte befindet man sich oft noch in

einer anderen Welt. Eine Erweiterung des Konzepts durch Einbeziehung des Stadt-Land-Gegensatzes ist grundsätzlich denkbar, kann aber auch leicht zu einer Überforderung der Kurs-Reisegruppe führen. Vielleicht beschränkt man sich auf das Beispiel eines Landes, um diese Problematik zu exemplifizieren. Hilfen bieten auch die ethnographisch-volkskundlichen Freilichtmuseen, die es in allen drei Hauptstädten gibt.[79]

In *methodischer* Hinsicht lebt das Kurs/Reiseprojekt vom Vergleich, der das entdeckend-selbsttätige Lernen geradezu herausfordert. Voraussetzung für sein Gelingen ist die deutliche Benennung der Vergleichspunkte, z. B. der Burganlagen und Herrschaftssitze in den drei Städten, der Bischofs-, Bürger- und Ordenskirchen, der Rat- und Bürgerhäuser sowie der Stadtbefestigungsanlagen usw. Parallelen und Unterschiede treten dabei augenfällig hervor, vor allem zwischen Riga und Tallinn einerseits, Vilnius andererseits. Was das für die unterschiedlichen Europabezüge bedeutet, z. B. im Hinblick auf die deutschen Hansestädte an der Ostsee von Elbing und Danzig bis Wismar und Lübeck bzw. auf ostmitteleuropäische Residenzstädte wie Krakau und Prag, das wird dabei nicht abstrakt, sondern ganz konkret vermittelt.

Medien stehen in großer Zahl zur Verfügung. Hingewiesen sei hier nur auf das einschlägige Prospektmaterial der baltischen Länder und ihrer Hauptstädte, aus dem sich schon wesentliches erschließen lässt über ihr heutiges Selbstverständnis und den entschiedenen Versuch einer Rückkehr nach Europa.[80] Auch in den großen Reiseführerreihen ist das Baltikum inzwischen angekommen.[81] Höchst aufschlussreich ist ein Vergleich zentraler Artikel in den beiden Heften der Reisezeitschrift MERIAN von September 1992 und Oktober 2003, die das enorme Ausmaß des Wandels in relativ kurzer Zeit eindrucksvoll demonstrieren. Beide Hefte enthalten je einen Artikel über Vilnius, Riga und Tallinn, die sich nicht nur für den horizontalen, sondern auch den vertikalen Vergleich empfehlen. Das Heft von 1992 enthält einen für die Situation der baltischen Länder sehr pointierten Artikel von Egon Bahr über „Sicherheit auf schmalem Grat. Ideen für den Umgang mit einer schwierigen Lage“. Das Heft von 2003 bringt einen sehr eindrucksvollen Aufsatz „Was blieb, ist die geistige Heimat. Axel von Campenhausen, geboren in Lettland, über das Baltikum und seine Deutschen“. Auch dieser Text eignet sich gut für die Arbeit in der Erwachsenenbildung.[82]

Auch Literaturzeugnisse kommen dafür in Frage, wenn auch nur in Auszügen und als Anregung für private Weiterlektüre. Der in Riga geborene Werner Bergengruen hat sich mehrfach mit seiner baltischen Heimat auseinandergesetzt.[83] Eindrucksvoll ist auch Anālavs Eglītis „Homo novus. Ein Künstlerroman aus dem Riga der dreißiger Jahre“ (New York 1946, dt. Berlin 2006).

Für einen dreitägigen *Vorbereitungskurs* empfehlen sich folgende Themen:

1. Tag
Baltische Frühzeit und Christianisierung
Gründungsgeschichte von Riga, Tallinn und Vilnius
Deutschordensstaat und Litauen-Polen im Konflikt
Stadtentwicklung und Hanse, Deutsche und Balten

2. Tag
Reformation und Untergang des Ordensstaates
Der Konflikt zwischen Polen, Schweden und Russland um das Baltikum, „Ostseeprovinzen“ und Polnische Teilungen
Landwirtschaft, Industrialisierung, Russifizierung
Erster Weltkrieg und Staatsgründungen 1914–1921
Die Phase der Selbständigkeit 1921–1940

3. Tag
Hitler-Stalin-Pakt und Kriegsausbruch 1939/41
Aussiedlung der Deutschen und Vernichtung der Juden
Die Epoche der sowjetischen Okkupation 1944–1991
Wiedergewinnung der Unabhängigkeit und Perspektive Europa

Das Programm einer vierzehntägigen *Reise* sollte vergleichend angelegt werden. Je drei Tage stehen für jede Stadt zur Verfügung, vier Tage werden für An- und Rückflug und für den Transfer von Riga nach Tallinn bzw. von Tallinn nach Wilna benötigt. Die Stadtprogramme lassen sich parallel aufbauen, von den ersten Burgen und Bischofskirchen über die bürgerlichen Bauzeugnisse (Rathaus, Stadtmauer, Zunft- und Bürgerkirchen und -häuser) bis hin zu den russisch-orthodoxen Kirchen, den Holocaust-Gedenkstätten, den Sowjetbauten und den Okkupationsmuseen – in allen drei Städten sind eindrucksvolle Bau- und Museumszeugnisse zu diesen Themen vorhanden.

Am Ende von Kurs und Reise sollten die Gäste den nachhaltigen Eindruck mitnehmen, dass sie viel Neues gesehen und erlebt haben, aber durchaus in Europa geblieben sind – wenn auch in einer anderen Ausprägung, als sie ihnen bisher bekannt war. Und wenn es sich um eine am Gegenwartsbezug von Geschichte interessierte Gruppe handelt, kann man sie nach dem Besuch der Okkupationsmuseen an die Gegenwartsprobleme der baltischen Länder heranführen, die hinter dem touristischen Gesamteindruck liegen. Der Katalog des Lettischen Okkupationsmuseums bietet dafür in einem Ausblick „After the Occupation: Between Past Legacy and Future Promise“ die wichtigsten Gesichtspunkte in pointierter Form:

> “Latvia’s first years under restored independence have proved how heavy and lasting are the consequences of occupation and how great is the disappointment at unfulfilled promises and hopes. The disappointment is most felt by those who dreamed about the independent Latvia as they remembered it and which the occupation took from them. It is also felt by those who suffered the

most during the occupation, and those who did not seek privileges but tried to keep their national and democratic ideals intact.

The restoration of the renewed state proceeded along the principle of inequality. The newly-obtained freedom could be and was first exploited by those who had been in leadership positions during the occupation. That does not mean that these people on the whole did not try to develop the state, the economy and the society with good intentions. If that had not been the case, it is hard to imagine that Latvia would have been able to become a successful member of the European and world community. It means, however, that in Latvia there exist great disparities in economic welfare and social values that are inherited from the collapse of the Soviet system. There are those who became wealthy overnight and are still filling their pockets, oftentimes less than legally, but even more those who still eke out a living. Latvia still lacks a well-situated middle class, a cultural elite that sets the cultural and moral standards of society.

Social development is hampered by the large number of Soviet-era immigrants who do not speak Latvian and are not familiar with Latvian cultural traditions. Although the number of naturalised citizens is gradually increasing and the knowledge of Latvian is spreading, it has been a slow and oftentimes reluctant process. An effective intercultural dialogue has not come about, especially in cities where Latvians still constitute a minority. It does not help that small but vociferous radical groups on both sides oftentimes set the tone in public debates. Seemingly only the integration of Latvia in Western alliances and unions will put an end to the widespread nostalgia for the return of an Eastern union that is still alive both in Russia and among many Russians living in Latvia. But among Latvians themselves a clear and self-assured sense of stewardship has not yet developed. The Latvian language as the official state language is being more protected than tended and used with pride.

These are the social and mental consequences left by the occupation. The long years of dependence have negatively affected the ability among people to form new, honest, open relationships in a free, democratic environment. People feel socially disadvantaged. They lack skills and experience in assuming social leadership. In public debates a wide spectrum of categorical views prevails rather than a sense of communal problem solving. Political parties are ephemeral institutions that oftentimes recycle old politicians. State institutions are viewed with distrust. The body politic is still waiting for a 'saviour'. A self-assured society and effective social institutions are developing slowly.

And nevertheless. All this negativism actually hides the positive desire to regain what was lost during the occupation and to fulfil at long last the promise of the 'singing-revolution' to live in freedom and with human dignity. Only this has become clear: it could not and did not happen all at once. It is happening and will happen very gradually. Easily obtained and just as easily squandered capital is being replaced by honest work. The level of personal in-

come is not high, yet is keeps growing, and the people are no longer laughing that they are 'pretending to work' because the other side is 'pretending to pay'. Having largely freed itself from a much too great dependence on Russia, the economy is developing faster than in some 'developed' countries. Latvia has returned to Europe. And to the world. It no longer finds itself between two hostile totalitarian powers but is a part of the community of democratic nations which settle their differences in dialogue and not through aggressive war.

But the greatest hope lies in the energy and enterprising spirit of the young generation of renewed Latvia. The number of students in universities and colleges is growing despite high fees and at times suspect curricula and indifferent instruction by tired faculty members. The knowledge of Western languages and experience at Western institutions of higher learning are growing. The younger generation of Soviet-era immigrants is participating in these processes. Its knowledge of the Latvian language, too, is becoming better and better. If the older generations of Latvians and Russians are still separated by distrust and the legacy of occupation, the younger generations are joined in their quest for future promise. More and more young, educated, competent and self-assured young people are assuming leadership positions in business enterprises and governmental institutions. This is the firs post-occupation generation, open to the word, that does not have to bear the heavy burden of past legacy. Others are to follow."[84]

---

1 Die geografische Mitte Europas (bis zum Ural) liegt in der Nähe von Vilnius. Dort wurde ein großer Europapark mit Gedenksäule und über hundert originellen Skulpturen angelegt. (Vgl. Marianna *Butenschön*: Litauen. München 2002, S. 7ff.; vgl. auch Klemens *Ludwig*: Estland. München 1999; *ders*.: Lettland. München 2000. Vgl. schon Karl *Schlögel*: Die Mitte liegt ostwärts. Die Deutschen, der verlorene Osten und Mitteleuropa. Berlin 1986.

2 Bezeichnend ist z. B. die weitgehende Ignorierung der baltischen Länder in dem verbreiteten Standardwerk von Hugh Seton-Watson: Die osteuropäische Revolution, dt. München 1956, vgl. S. XII und S. 3ff.

3 Nach einer Niederlage gegen die Litauer fusionierte der Schwertbrüder- mit dem Deutschen Ritterorden 1237.

4 Lutz E. von *Padberg*: Christianisierung im Mittelalter. Darmstadt 2006, S. 158f. Die Vereinigung Litauens mit Polen vollzog sich zunächst 1387 als Personal- und erst 1569 als Realunion. Dazu Michael *Garleff*: Die baltischen Länder. Estland, Lettland, Litauen vom Mittelalter bis zur Gegenwart. Regensburg 2001, S. 27-31, 47-52.

5 Esten, Letten und Litauer können sich in ihren Muttersprachen nicht untereinander verständigen – Nachbarschaftsrivalitäten und Witze auf Kosten der Nachbarn sind nichts Ungewöhnliches.

6 Vgl. Arnolds *Brüders*: Riga – eine Stadt zum Entdecken. Geschichte – Architektur – Museen. [2]Riga 2001; Ojārs *Spārītis*/Jānis *Krastinš*: Architecture of Riga. Eight hundred years mirroring European culture. Riga 2005; Jūrí *Kuuskemaa* (Ed.): Tallinn. Medieval capital. Tallinn 2005; Hanna *Miller*: Tallinn 2005 (dt.); Tomas Venclova: Vilnius. Stadtführer. Vilnius 2004; Czeslaw *Milosz*: Die Straßen von Wilna. München/Wien 1997.

7 Dazu *Spārītis*/*Krastinš* (wie Anm. 6) S. 39-41.

8 Vgl. *Brüders* (wie Anm. 6) S. 86-92.

9 Der Burggraben wurde später zugeschüttet.

10 Dazu *Kuuskemaa* (wie Anm. 6) S. 4-9.
11 *Venclova* (wie Anm. 6) S. 13-21, 74-79.
12 *Brüders* (wie Anm. 6) S. 68-75; *Spārītis*/*Krastinš* (wie Anm. 6) S. 22-31; Ilona *Galvanowska* u. a.: Museum of the history of Riga and Navigation. Rostock 1992.
13 Neben dem Domportal liegt der Herderplatz mit Denkmal. Johann Gottfried *Herder* war 1764–1771 Domschullehrer und Pastor in Riga. Er hat den Begriff des Volkslieds geprägt und war der erste Gelehrte, der den lettischen Dainas Aufmerksamkeit schenkte und einige von ihnen in seine „Stimmen der Völker in Liedern“ 1807) aufnahm.
14 *Kuuskemaa* (wie Anm. 6) S. 14f.
15 *Venclova* (wie Anm. 6) S. 19, 84-86.
16 *Venclova* (wie Anm. 6) S. 80-89. Zur kunstgeschichtlichen Problematik des Klassizismus in Vilnius und seinem Verhältnis zum Barock vgl. Andrea *Langer*/Dietmar *Popp* (Hg.): Barocke Sakralarchitektur in Wilna. Verfall und Erneuerung. Marburg 2002 (Ausstellungskatalog), S. 63.
17 *Kuuskemaa* (wie Anm. 6) S. 10-13.
18 Ein bedeutendes Gebäude schon aus dem 15. Jahrhundert ist die Ratsapotheke, vgl. *Kuuskemaa* S. 38f. und *Miller* S. 20f. (beide wie Anm. 6) sowie Kadri *Tähepõld*: Willkommen in Tallinn. Tallinn 2004, Heft Ratsapotheke.
19 *Spārītis*/*Krastinš* (wie Anm. 6) S. 45, 75.
20 Vgl. *Venclova* (wie Anm. 6) S. 143-145
21 Dazu *Brüders* (wie Anm. 6) S. 34-39; *Spārītis*/*Krastinš* (wie Anm. 6) S. 32f. Die Aussichtsplattform auf dem Turm von St. Petri ist mit dem Aufzug erreichbar und bietet einen prächtigen Blick über Altstadt und Fluss.
22 *Kuuskemaa* (wie Anm. 6) S. 18f.; Kadri *Tähepõld*: Nikolaikirche. Museum und Konzertsaal. Tallinn 2004.
23 *Tähepõld* (wie Anm. 18) Heft St. Olaikirche; *Kuuskemaa* (wie Anm. 6) S. 16f.
24 Kadri *Tähepõld*: Die Heiliggeistkirche. Tallinn 2004; *Kuuskemaa* (wie Anm. 6) S. 20f.
25 *Brüders* (wie Anm. 6) S. 103-105. Anders als Estland umfasst Lettland auch eine überwiegend katholische Region: Lettgallen im Osten des Landes.
26 *Brüders* (wie Anm. 6) S. 45ff.; *Spārītis*/*Krastinš* (wie Anm. 6) S. 36f., 56f. Die lettische Gemeinde in St. Johannis umfasst gegenwärtig etwa 1.500 Mitglieder.
27 *Kuuskemaa* (wie Anm. 6) S. 24f., 54f.
28 Vgl. die einschlägigen Stichworte im „Lexikon für Theologie und Kirche“.
29 *Venclova* (wie Anm. 6) S. 27ff. Die Gegenreformation unterdrückte den Protestantismus aber keineswegs vollständig, vgl. ebd. S. 157, 160f. Der bedeutende Baumeister des Hoch- und Spätbarock in Vilnius, der deutsche Lutheraner Johann Christoph Glaubitz (1707–1767), arbeitete für alle christlichen Konfessionen und die Juden, vgl. dazu Andrea *Langer*, Dietmar *Popp* (Hg.): Barocke Sakralarchitektur in Wilna: Verfall und Erneuerung. Marburg 2002; ebd. S. 13ff. u. 23 zur Ausbreitung der Reformation in Litauen und zur Gegenreformation dort.
30 *Venclova* (wie Anm. 6) S. 116-118, 124-126, 141-143, 151f.; 161-163, 166f., 170f., 175-181. Die Franziskaner-Observanten wurden in Litauen und Polen Bernhardiner genannt. Vgl. auch *Langer*/*Popp* (wie Anm. 16) S. 95-197.
31 Dazu mit eindrucksvollen Fotografien *Langer*/*Popp* (wie Anm. 16) passim, vor allem der Beitrag von Jerzy *Kowalczyk* (S. 23-41).
32 *Venclova* (wie Anm. 6) S. 123f., 163f.; *Langer*/*Popp* (wie Anm. 16) S. 15.
33 Zum Folgenden vgl. *Brüders* S. 18-32, 49-53, 104-108 sowie *Spārītis*/*Krastinš* S. 45-53.
34 *Kuuskemaa* (wie Anm. 6) S. 34-43; Miller S. 22f.
35 Vgl. *Venclova* (wie Anm. 6) S. 206 die Auflistung „Palais und Schlösser“.
36 *Kuuskemaa* (wie Anm. 6) S. 26-31; *Miller* (wie Anm. 6) S. 25. Bei den Stadtbefestigungen sind – ganz abgesehen von Burgen und Wehrkirchen – spätmittelalterliche Stadtmauern mit Türmen und befestigten Toren sowie vorgelagerte Bastionen zu unterscheiden, die angesichts der gestei-

gerten Feuerkraft der Artillerie während der frühen Neuzeit im Vorfeld angelegt wurden. Im Unterschied zu den Stadtmauern sind die Bastionen in Tallinn und Riga heute praktisch vollständig verschwunden. In Türmen der Stadtmauer sind heute das Estnische bzw. Lettische Kriegsmuseum untergebracht.

37 *Brüders* (wie Anm. 6) S. 48f., 57-62, 136; *Spārītis*/*Krastinš* (wie Anm. 6) S. 17, 61, 89.

38 *Venclova* (wie Anm. 6) S. 19, 23, 168; *Langer*/*Popp* (wie Anm. 16) S. 61f.

39 Ebd. S. 27-31.

40 Ebd. S. 98-109; vgl. *Garleff* (wie Anm. 4) S. 66-72.

41 Dies war schon für Peter d. Gr. das entscheidende Motiv für die Verlegung der russischen Hauptstadt von Moskau nach St. Petersburg gewesen.

42 *Venclova* (wie Anm. 6) S. 147f. In Riga zeigte sich die russische Zentralisierung 1889 durch die Aufhebung der traditionsreichen deutschen Stadtverfassung aus dem Mittelalter.

43 *Venclova* (wie Anm. 6) S. 148f., vgl. S. 132.

44 Ebd. S. 205 die Aufzählung der russisch-orthodoxen Kirchen.

45 *Kuuskemaa* (wie Anm. 6) S. 4-9, 50-52; *Brüders* (wie Anm. 6) S. 23, 31; *Spārītis*/ *Krastinš* (wie Anm. 6) S. 75, 91, 93, 95; *Venclova* (wie Anm. 6) S. 111-113.

46 *Brüders* (wie Anm. 6) S. 138-153; *Spārītis*/*Krastinš* (wie Anm. 6) S. 119-130; Silvija *Grosa*: Der Jugendstil von Riga. Riga o. J.

47 *Brüders* (wie Anm. 6) S. 116-121.

48 Ebd. S. 68, 70.

49 *Brüders* (wie Anm. 6) S. 76-79; Katalog des Museums von Galvanovska u. a. (wie Anm. 12).

50 Kadri *Tähepõld*: Leben im Mittelalter. Tallinn 2004, S. 3f. (vgl. Anm. 18).

51 Russland als Rechtsnachfolger der Sowjetunion bestreitet bis heute die Völkerrechtswidrigkeit der Annexion von 1940, vgl. Mart *Laar*: Der rote Terror. Repressalien der sowjetischen Besatzungsmacht in Estland. Tallinn 2005, S. 46f.; Carl Axel *Mothander*: Barone, Bauern und Bolschewiken in Estland. Weissenhorn 2005.

52 Vgl. die Angaben im Großen Brockhaus 15. Auflage.

53 Valters *Nollendorfs* (Hg.): 1940–1991. Museum of the Occupation of Latvia. [2]Riga 2005, S. 64-66; *Brüders* (wie Anm. 6) S. 22; *Venclova* (wie Anm. 6) S. 63, 154, 165, 198-200; *Butenschön* (wie Anm. 1) S. 55-73; Vincas *Bartusevicius* u. a. (Hg.): Holocaust in Litauen. Krieg, Judenmorde und Kollaboration im Jahre 1941. Köln 2003; Ansgar *Koschel*/Helker *Pflug*: Die vergessenen Juden in den baltischen Staaten. Köln 1998; Czeslaw *Milosz*: Die Straßen von Wilna. München 1997, S. 33-37, 47-49, 120-122, 157f.

54 Gerald *Reitlinger*: Die Endlösung. Hitlers Versuch der Ausrottung der Juden Europas 1939–1945, dt. [5]Berlin 1979; S. 239-248; Margers Vestermanis: Juden in Riga. Bremen 1995; Andrew *Ezergailis*: The Holocaust in Latvia 1941-1944. Riga/Washington 1996. Mehrere Erinnerungsbücher erschienen zum Schicksal der Juden in Litauen und Vilnius. Am bekanntesten wurde Mascha Rolnikaité: Ich muß erzählen. München 2002, ein beklemmendes Tagebuch aus dem Ghetto von Vilnius 1941–45, Berlin 2002 (rororo-Taschenbuch 2004), dazu Volker *Ulrich* in der ZEIT Nr. 41/2002.

55 Vgl. die Angaben im Großen Brockhaus 15. Auflage, bei *Garleff* (wie Anm. 4) S. 192-197 und im Fischer Weltalmanach 2006, Frankfurt/M. 2005) S. 173, 291, 299.

56 *Brüders* (wie Anm. 6) S. 8. 1990 zählte Riga 916.000 Einwohner, seitdem geht die Zahl durch „Repatriierung“ von Russen und Geburtenrückgang dramatisch zurück.

57 *Venclova* (wie Anm. 6) S. 65; *Butenschön* (wie Anm. 1) S. 38.

58 Vgl. *Garleff* (wie Anm. 4) S. 77ff.

59 Vgl. *Spārītis*/*Krastinš* (wie Anm. 6) S. 164-169; *Kuuskemaa* (wie Anm. 6) S. 57-61.

60 Vgl. Eberhard *Beckherrn*: Pulverfaß Sowjetunion. Der Nationalitätenkonflikt und seine Ursachen. München 1990; *Garleff* (wie Anm. 4) S. 180-186; Boris *Meissner*: Die baltischen Staaten im Umbruch. Hamburg 2001.

61 Diese Absicht ist in der Kulturtouristik-Werbung und den Stadtführern ganz unverkennbar (vgl. Anm. 6).
62 Das Architekturmuseum in Vilnius konzentriert sich bezeichnenderweise auf die sowjetischen Bausünden in der Stadt.
63 In dem 1970 errichteten Gebäude war ursprünglich ein Museum für die Lettischen Schützen untergebracht, die Lenin 1917 bei der Machteroberung halfen.
64 Exemplarisch auch für die heutigen offiziellen Beziehungen der baltischen Länder zu Russland ist das Vorwort der lettischen Staatspräsidentin Vaira Vike-Freiberga zum Katalog des Okkupationsmuseums in Riga (wie Anm. 53).
65 Ebd. S. 11-13.
66 Vgl. die Internetseiten der Museen.
67 Vgl. die Definitionen von Völkermord in den großen aktuellen Lexikonausgaben (z. B. Lexikon für Theologie und Kirche) und *Butenschön* (wie Anm. 1) S. 111 zum „Zentrum für Genozid und Widerstand" in Vilnius.
68 Vgl. *Butenschön* (wie Anm. 1) S. 65f., 69ff.
69 *Venclova* (wie Anm. 6) S. 200. Das KGB-Gebäude wurde zuvor von der Gestapo benutzt. Das Gebäude wurde 1890 für das zaristische Bezirksgericht erstellt.
70 Vgl. *Nollendorfs* (wie Anm. 53) S. 51-57.
71 Ebd. S. 122-161.
72 Ebd. S. 215.
73 Die KGB-Gebäude in Riga und Vilnius liegen nicht direkt in der Altstadt, vgl. *Venclova* (wie Anm. 6) S. 189.
74 Mart *Laar*: Der Rote Terror. Repressalien der sowjetischen Besatzungsmacht in Estland. Tallinn 2005; *ders*.: Der vergessene Krieg. Die bewaffnete Widerstandsbewegung in Estland 1944–1956. Tallinn 2005. Vgl. auch den Tätigkeitsbericht der Kistler-Ritso-Stiftung, die das Museum trägt, auf der Homepage www. okupatsioon.ee.
75 Vgl. *Nollendorfs* S. 211.
76 Thomas *Urban*: Ein Trio sucht Harmonie. In: MERIAN Baltikum (Okt. 2003), S. 33f.
77 Dazu sehr instruktiv Corinna *Kuhr-Korolev*: Erinnerungspolitik in Russland. Die vaterländische Geschichte und der Kampf um historisches Hoheitsgebiet, in: Neue Politische Literatur 54 (2009), S. 369-383, dort bes. S. 370f., 376-78. In den Volksabstimmungen 1991 stimmte auch der Großteil der russischen Einwohner Estlands und Lettlands für die Unabhängigkeit, vgl. *Garleff* (wie Anm. 4) S. 185f. In Riga gibt es in zentraler Lage das Restaurant Nostalgija, in dem man noch heute in „authentischem" Sowjetambiente speisen kann.
78 Vgl. *Garleff* (wie Anm. 4) S. 225.; Robert *Maier* (Hg.): Nationalbewegung und Staatsbildung. Die baltische Region im Schulbuch. Frankfurt/M. 1995.
79 Vgl. z. B. Merike *Lang*: Estnisches Freilichtmuseum. Tallinn o. J.
80 Anschriften der Tourismuszentralen in MERIAN (wie Anm. 77) S. 111, 115, 119, 123.
81 Vgl. die Reiseführerliste ebd. S. 112, dazu Stefanie *Bisping*: Baltikum. München 2005 (Polyglott).
82 MERIAN (wie Anm. 77) S. 64-67. Vgl. auch Rainer *Pöschl*/Guido *Mangold*. Herren, Häuser und Ruinen. Die versunkene Welt der baltischen Barone. In: MERIAN Estland – Lettland – Litauen (Sept. 1992) S. 52-61; ebd. S. 38f. Egon *Bahr*: Sicherheit auf schmalem Grat. Gut verständlich sind auch die Hefte von Mart Laar zur Geschichte Estlands (wie Anm. 75).
83 Vgl. die Hinweise in MERIAN 1992 (wie Anm. 83) S. 130 und 2003 (wie Anm. 77) S. 112; *Garleff* (wie Anm. 4) S. 216-224.
84 *Nollendorfs* (wie Anm. 53) S. 211. Anregend in dieser Richtung auch Martin *Wälde* (Hg.): Die Zukunft der Erinnerung. Günther Grass, Czeslaw Milosz, Wislawa Symborska, Tomas Venclova. Göttingen 2001.

D Orte der Erinnerung in Nordpolen heute: Danzig – Marienburg – Tannenberg – Wolfsschanze*

Der historisch interessierte Besucher des heutigen Nordpolen stößt allenthalben auf Orte, die ihm aus der deutschen Geschichte gut bekannt sind. Zwar sind die Namen nicht mehr die alten und manchmal sogar bis zur Unkenntlichkeit verändert, aber überall sind inzwischen leicht Karten zu erwerben, auf denen unter oder sogar über den polnischen auch die deutschen Bezeichnungen aufgeführt sind. Die doppelten Ortsnamen auf den Karten, vor wenigen Jahrzehnten in Polen noch undenkbar, signalisieren zweierlei: Seit der deutschen, europäischen und globalen Wende von 1990 ist die politische Zugehörigkeit dieser Gebiete unstrittig, da kann man ohne Risiko in der Namensfrage Entgegenkommen demonstrieren; und dies umso mehr, als deutsche Touristen aus ökonomischen Gründen hochwillkommen sind, gleichgültig ob es sich dabei um ehemalige Vertriebene und deren Nachfahren oder eher um Bildungstouristen handelt.

Eine andere Frage ist die Gestaltung der historischen Erinnerungskultur an diesen bis 1945 deutschen Orten durch das heutige Polen – sowohl vor wie insbesondere nach der Wende von 1989/90. Die hiermit verbundene Problematik ist ungleich größer als in Westeuropa. Polen ist erst seit knapp fünfundzwanzig Jahren wieder ein wirklich souveräner Staat – nach 125 Jahren Teilung, zwanzig Jahren instabiler Unabhängigkeit in der Zwischenkriegszeit, fünfjähriger deutscher Besatzungs- und Gewaltherrschaft im Zweiten Weltkrieg, 45-jähriger sowjetkommunistischer Dominanz. Da ist es zumindest verständlich, dass nach solchen beispiellosen traumatischen Erfahrungen nationale Souveränität in Polen heute Hochkonjunktur hat – trotz aller gleichzeitigen Bemühungen um Integration in Europa. Die Geschichtskultur Polens ist infolgedessen erheblichen Spannungen und Widersprüchen ausgesetzt – nach der Wiedergewinnung der Souveränität keineswegs weniger als zuvor. Wir wollen das an fünf historischen Orten im heutigen Nordpolen exemplifizieren, die für den historischen Bildungstouristen ein „Muss“ darstellen: Danzig und Marienburg, Grunwald und Tannenberg sowie die „Wolfsschanze“ bei Rastenburg.[1]

I. Danzig/Gdańsk

Gdańsk, die unbestrittene Hauptstadt Nordpolens, präsentiert sich dem heutigen Touristen vor allem als alte Hanse- und polnische Königsstadt des späten Mittelalters und der frühen Neuzeit. Aber auch die polnische Zeitgeschichte hat hier drei

mehr an der Peripherie liegende Erinnerungsorte, und zwar die Westerplatte, die Polnische Post und die ehemalige Leninwerft.

Die nach der Zerstörung im Krieg prachtvoll rekonstruierte Altstadt von Danzig ist heute ein Touristenmagnet. Der historisch nachdenkliche Reisende fragt sich betroffen, welches Interesse man im weithin zerstörten Nachkriegspolen haben konnte, diese an denkmalpflegerischen Gesichtspunkten orientierte, aufwendige Rekonstruktion in Angriff zu nehmen. Schließlich war Danzig eine deutsche Stadt gewesen, die Bevölkerung floh bei Kriegsende oder wurde danach fast vollständig vertrieben. Die heutigen Bewohner stammen aus ganz Polen, auch und gerade aus den verlorenen Ostgebieten Polens wie Wilna und Lemberg. Ihre historischen Traditionen und Erinnerungen sind ganz andere als die der deutschen Bewohner bis 1945.

Eine erste Erklärung für diesen erstaunlichen Befund findet der interessierte Tourist in einer aufwändig gestalteten Broschüre, die vom Stadtamt Gdańsk (Abteilung für Stadtpromotion) herausgegeben wurde unter dem Titel: „Es begann in Gdańsk. Solidarność 1980–2005“. Dort heißt es in der Einführung:

> „In Gdańsk, gelegen an der Kreuzung europäischer Fernstraßen, verschmolzen Jahrhunderte lang miteinander Kulturen, Nationen, Sprachen und Religionen; Gdańsk war Heimat für Polen, Deutsche, Holländer, Schotten, Franzosen, Skandinavier. Aus ganz Europa kamen sie hierher und hier fanden sie den Ort ihres Lebens. Die Stadt hatte den Ruf, tolerant zu sein, und ihre Einwohner waren bekannt für ihren Drang nach Freiheit. Gdańsk war zurzeit des ‚goldenen Jahrhunderts‘ eine der bedeutendsten und reichsten Städte in Europa. Die Quelle für die Stärke der Stadt war der Handel, und der daraus fließende Reichtum kam der Entwicklung von Wissenschaft und Kunst zugute. Der Zweite Weltkrieg, der an diesem Ort seinen Anfang nahm, in der Frühe des 1. September 1939 mit den Schüssen des Panzerkreuzers ‚Schleswig-Holstein‘ auf die polnische Stellung auf der Westerplatte, brachte der Stadt Gdańsk großes Unglück. Diese einst blühende Stadt wurde zu einem Meer von Trümmern und Ruinen, ihre Einwohner wurden ausgesiedelt. Vertriebene aus den östlichen Gebieten der vorkrieglichen Republik Polen, die nach den internationalen Traktaten zu Ende des Weltkrieges zur damaligen Sowjetunion gehörten, nahmen ihren Platz ein. Und so schien es, dass diese Stadt Gdańsk, voller Ruinen und ohne ihre ursprünglichen Einwohner, niemals wieder auferstehen, niemals wieder ihren früheren Charakter und Rang wiedererlangen wird. Doch bald erwies sich, dass der Gdańsker genius loci lebendig ist, und die ‚neuen‘ Gdańsker mit großem Mut und festem Willen um Freiheit und Gerechtigkeit zu kämpfen verstehen.“[2]

Welche Gesichtspunkte liegen diesen Ausführungen zugrunde?

Polen selbst hatte im Osten einige große Städte verloren, vor allem Wilna und Lemberg. Wilna etwa war 1939 eine polnische und eine jüdische Stadt mit nur unerheblichem litauischen Bevölkerungsanteil. Polen konnte mit der Rekonstruk-

tion Danzigs ein Vorbild dafür geben, wie Kulturvölker europäischen Selbstverständnisses mit einem fremden Kulturerbe umgehen – und durchaus mit einer Spitze gegen die Behandlung des polnischen Kulturerbes in Wilna durch die Sozialistische Sowjetrepublik Litauen und die des deutschen Kulturerbes in Königsberg, Riga, Tallinn durch die Sowjetunion.

Zugleich ließ sich durch die Rekonstruktion Danzigs Polens Zugehörigkeit zu Europa signalisieren – mit einer deutlichen Distanzierung zur erzwungenen Mitgliedschaft im Sowjetblock. In allen Phasen der Nachkriegsgeschichte Polens war die Abgrenzung von der sowjetischen Vorherrschaft unverkennbar, nirgendwo sonst wurden deren Grundsätze so unvollkommen umgesetzt wie in Polen (z. B. hinsichtlich der Kollektivierung der Landwirtschaft und des ideologischen und politischen Primats der Partei). Die Rekonstruktion Danzigs war ein deutliches Signal in diese Richtung.

Danzig war allerdings bis 1945 eindeutig eine ganz mehrheitlich deutsche Stadt gewesen. Polen konnte sich aber in dieser Richtung darauf berufen, dass die alte polnische Monarchie keineswegs ein Nationalstaat im modernen integralistischen Sinn, sondern ein liberaler und toleranter Vielvölkerstaat, geradezu ein Europa im Kleinen gewesen war. Danzig und überhaupt die westpreußischen Städte hatten länger unter polnischer Oberherrschaft gelebt – nämlich von 1454–1772/93 – als unter der Ordensherrschaft vorher und der preußischen Herrschaft nachher. Und nicht nur das: Die deutschen Bürger Alt-Danzigs in Spätmittelalter und Frühneuzeit dachten auch ihrerseits keineswegs in den nationalstaatlichen Kategorien des 19. und 20. Jahrhunderts, sondern die Auflehnung gegen die Ordensherrschaft war gerade von ihnen ausgegangen. Auch der Eingliederung nach Preußen 1772/93 standen sie mit erheblichen Vorbehalten gegenüber, weil die straff regierten Flächenstaaten meist andere Interessen hatten als die bürgerlichen Kaufmannsmetropolen.[3]

Am rekonstruierten Danzig ließ sich also der multinationale Charakter Alt-Polens in politisch opportuner Weise verdeutlichen. Daher glänzen heute auf der Langen Straße und am Langen Markt nicht nur die Bauten deutschen Bürgerstolzes, sondern auch die Zeugnisse seiner bewussten Einordnung in die altpolnische Monarchie. So heißt es – durchaus exemplarisch – zu Beginn einer vom Stadtamt (Abteilung Stadtpromotion) herausgegebenen Broschüre über den „Königsweg“:

> „Der Königsweg in Danzig ist die längste erhalten gebliebene urbanistische Achse aus dem Mittelalter. Auf diesem Weg mit seinen zahlreichen Baudenkmälern wurden Paraden abgehalten; wichtige Feierlichkeiten fanden hier statt und auf diesem Weg zogen die polnischen Könige in die Stadt ein. Den Anfang des Königsweges bildet das Hohe Tor; weiter verläuft er am Vortor vorbei durch das Goldene Tor, das auch Langgasser Tor genannt wird, durch die repräsentativste Gasse Danzigs, der Langgasse, bis hin zu einem der schönsten Plätze Europas, dem Langen Markt; von hier aus weiter,

Abb. 11 Danzig, Rechtstädtisches Rathaus

durch das Grüne Tor in Richtung des Werder-Tors, wo auf dem Langgarten früher das königliche Gefolge seinen prunkvollen Zug auflöste.“

In den damit gegebenen Rahmen werden dann die Hauptsehenswürdigkeiten der Stadt präsentiert:

Das *Hohe Tor* am Anfang des Königsweges, durch das der König von Polen die Stadt betrat, 1588 im Renaissance-Stil umgebaut. An der Attika sind die Wappen Polens, Danzigs und „Königlich-Preußens“ zu sehen, zu dem Danzig gehörte – ebenso wie im Ferberhaus (Langgasse 28): Das wohlhabende deutsche Bürgertum Danzigs fühlte sich wohl im polnischen Staatsverband, der ihm mehr Entfaltungsmöglichkeiten bot als der Ordensstaat und später das absolutisch regierte Preußen.

Das *Rechtstädtische Rathaus*, in dem die polnischen Könige feierlich empfangen wurden und in dessen Großem Ratssaal Danzigs Zugehörigkeit zu Polen künstlerisch präsentiert wird. Besonders aufschlussreich ist hier ein ovales Deckengemälde „Apotheose der Bindung Danzigs an Polen“ aus dem Jahre 1608, das die Quellen des Wohlstands der Stadt vergegenwärtigt:

> „Das Wohl der Stadt an der Mottlau war auf das freie und unabhängige Handeln des Rates zurückzuführen. Auf dem Bild wurde es als Triumphbogen vor dem Hintergrund des Meeres dargestellt. Über dem Bogen brachte der Künstler eine Ansicht von Danzig aus westlicher Richtung an. Über das Handeln des Rates wacht die Vorsehung, was eine unter einer hebräischen Aufschrift (Jahwe) aus den Wolken hervorkommende Hand symbolisiert, die den Turm des Rechtstädtischen Rathauses, also des Ratssitzes, umgreift. Darunter schwebt ein weißer Adler (das polnische Staatswappen) mit ausgebreiteten Flügeln, die die Stadt beschützen ...
> ... Vor dem Triumphbogen fließt die Weichsel entlang, die auf ihren Wassern zahlreiche und unterschiedliche Binnenschiffe voll von polnischem Getreide und anderen Agrarprodukten mit sich führt, auf die vor der Mündung im Meer Hochseeschiffe unter verschiedenen Flaggen warten. Die Weichselquellen sind mit der Ostsee durch einen Regenbogen verbunden,

über dem sich eine vielsagende Inschrift befindet: ‚Coelesti iungimur arcu' (Wir sind durch den Himmelsbogen verbunden). Dank der göttlichen Vorsehung ist Danzig mit Polen verbunden, und aus diesem Bündnis rührt das Wohl, der Wohlstand und die Macht der Stadt her."[4]

Seit 1561 erhebt sich auf dem Rathausturm eine lebensgroße Skulptur König Sigmund II. August.

Der *Artushof*, Sitz der Handelsgilden und Zentrum des gesellschaftlichen Lebens, mit der 1917/18 im Stil des niederländischen Manierismus gestalteten Fassade und Medaillons mit Abbildern polnischer Herrscher (heute Museum).

Die „Königshäuser" am Langen Markt als Quartier der Danzig besuchenden polnischen Herrscher.

Das 1564–1568 im niederländischen Renaissancestil umgebaute „*Grüne Tor*", geplant als offizielle Residenz der polnischen Könige bei ihren Besuchen in Danzig. Über den vier Durchgängen sind die Wappen Danzigs, Polens und „Königlich-Preußens", später der preußische Königsadler angebracht (heute Nationalmuseum und Büro Lech Walęsas).

Auch die *Marienkirche* als Haupt- und Bürgerkirche der Stadt ist mit der altpolnischen Zeit der Stadt verbunden. Erst nach dem Niedergang des Ordensstaates wurde das Jahrhundertbauwerk vollendet – die größte Backsteinkirche in Europa. Der im alten Polen im 16. und 17. Jahrhundert vorherrschenden Toleranz gemäß erhob der polnische König keine Einwendungen, als sich die Danziger Bürgerschaft schon früh im 16. Jahrhundert der Reformation zuwandte und die Marien- und die anderen Kirchen der Stadt nun für den evangelischen Gottesdienst in Anspruch nahm. Allerdings stellte sich nun das Problem der Religionsausübung für die katholisch bleibenden Könige Polens, wenn sie die Stadt besuchten. Zu diesem Zweck stiftete Jan III. Sobięski die barocke Königskapelle gleich neben der Marienkirche (17. Jahrhundert), auch sie zählt bis heute zu den Höhepunkten eines jeden Danzigbesuchs und symbolisiert konfessionelle Toleranz.[5]

Aber nicht nur die Sehenswürdigkeiten am „Königsweg" verbinden Danzig mit Polen. Die Ursprünge der Stadt liegen nicht hier, in der „Rechtstadt", sondern in der „*Altstadt*", die über ein eigenes Rathaus und eigene Kirchen, St. Katharinen und St. Nikolai, verfügt. Bevor das Danziger Gebiet 1308 an den Ordensstaat kam, herrschten hier die slawischen Fürsten von Pommern und Pomerellen. Schon sie riefen zur Landeserschließung und Christianisierung die damals stark expandierenden Orden der Zisterzienser (Oliva) und Dominikaner (St. Nikolai) ins Land. Die Katharinenkirche wurde zusammen mit der Altstadt schon zu Beginn des 13. Jahrhunderts von Fürst Swantopluk gegründet. Während sich hier und in St. Nikolai mit dem Aufstieg der Rechtstadt allmählich der deutsche und protestantische Einfluss durchsetzte, blieb das Kloster Oliva durchgehend ein Hort des Polentums und des Katholizismus. Die Klosterkirche ist heute gemeinsam mit der Marienkirche

Kathedrale des Erzbischofs von Danzig.[6] Nach 1945 wurden die deutschen protestantischen Kirchen der Danziger Innenstadt polnisch und katholisch.

Von diesem multinationalen Konzept der Stadtpräsentation weicht nun die Erinnerungsgestaltung an drei speziellen Orten im weiteren Stadtgebiet in spezifischer Weise ab, und zwar auf der Westerplatte, an der Polnischen Post und auf dem Gelände der Werft.

Mit der Beschießung des befestigten polnischen Munitionshafens auf der *Westerplatte* direkt an der Danziger Bucht durch den Panzerkreuzer „Schleswig-Holstein" begann in den frühen Morgenstunden des 1. September 1939 der Zweite Weltkrieg in Europa. Eine Woche lang verteidigte sich hier eine kleine polnische Einheit in der längst nationalsozialistisch gewordenen Freien Stadt Danzig auf verlorenem Posten gegen eine große Übermacht. Daran erinnern heute ein Denkmal und ein Museum am historischen Ort – gerade die klar erkennbare Aussichtslosigkeit des Kampfes erscheint als ein leuchtendes Symbol für die Unabhängigkeit Polens und seines historisch begründeten Anspruchs auf Danzig. „Mourir pour Danzig?" – das war für die Polen keine Frage, wie für die Franzosen, sondern ein kategorischer Imperativ. Daran hingen Lebensfähigkeit und Souveränität des ganzen polnischen Staates. Es versteht sich von selbst, dass die Gestaltung der Erinnerung vor Ort hier durch und durch national ist – im Kontrast zum übernationalen Charakter der Altstadtsanierung. Die nationale Identifikation überzeugt hier, weil der an dieser Stelle bekämpfte Angreifer das nationalsozialistische Deutschland war, das mit der Entfesselung des Zweiten Weltkriegs unendliches Leid über Polen und die ganze Welt brachte. Neben dieser legitimen retrospektiven Betrachtung wird allerdings die deutsche Perspektive vollständig ausgeklammert. Die Danziger des späten Mittelalters entschieden sich bewusst gegen den Deutschen Ritterorden für die Oberhoheit des polnisch-litauischen Königs. Die Danziger der Zwischenkriegszeit hingegen wehrten sich vehement gegen ihre Abtrennung von Deutschland als Verletzung des nationalen Selbstbestimmungsrechts zugunsten Polens. Diese Verflechtung von nationalistischer Reaktion und Gegenreaktion, die den endgültigen Untergang des alten vornationalen Ostmitteleuropa bewirkte, wird in der Erinnerungsgestaltung auf der Westerplatte nicht deutlich und ist doch für eine wenigstens ansatzweise gesamteuropäische Perspektive unverzichtbar, wenn auch die Schwierigkeiten dieser Aufgabe kaum zu überschätzen sind.[7]

Denkmäler und Erinnerungsräume in der *Polnischen Post* nordöstlich der Altstadt gehen ganz in die gleiche Richtung. Das Personal der seit den zwanziger Jahren in Danzig eingerichteten Polnischen Post gehörte nicht zur Armee, gleichwohl beteiligte es sich an der Verteidigung der mühsam erstrittenen polnischen Rechte in Danzig. Die Überlebenden wurden als Partisanen von den Deutschen umgebracht – im heutigen Polen gelten sie als Märtyrer der nationalen Sache. Günther Grass beschäftigt sich in seinem berühmten Roman „Die Blechtrommel" mit den Vorgängen um die Polnische Post während der ersten Septembertage des Jahrs 1938.[8]

Die Gestaltung des historischen Ortes vor und auf dem *Gelände der ehemaligen Leninwerft* geht ebenfalls in die nationale Richtung, aber aus einem ganz andersartigen Kontext heraus und in dezidiert europäischer Perspektive. Der Kampf um die Errichtung eines Denkmals für die Toten des Werftarbeiteraufstandes von 1970 gegen das kommunistische Regime führte zehn Jahre später zu einer neuen oppositionellen Massenbewegung, aus der die Gründung der parteiunabhängigen Gewerkschaft „Solidarność" hervorging, die nach weiteren zehn Jahren auf dem Hintergrund der politischen Umorientierung Sowjetrusslands unter Gorbatschow den Zusammenbruch des kommunistischen Systems in Polen bewirkte. Dies war das Signal für den Umsturz in allen Satellitenstaaten des Ostblocks 1989–1990 – einschließlich der DDR, an die hier mit einem Fragment der Berliner Mauer erinnert wird. Der nationale Befreiungskampf Polens seit 1980 unterschied sich grundsätzlich von dem der Jahre 1939–1945, sowohl hinsichtlich des Gegners und des Erfolgs wie auch bezüglich der europäischen Perspektive. Das wird in Denkmälern und Ausstellungen vor Ort eindrucksvoll vermittelt. Eine vergleichende Europakarte 1980 und 2004 mit den jeweiligen Staatsgrenzen und der Chronologie der Ereignisse macht die entscheidende Rolle Polens beim Zusammenbruch der kommunistischen Systeme in Europa deutlich, einschließlich der DDR. Das Beharren Polens auf seiner Rolle im neuen Europa wird durch diese historische Perspektive untermauert. Polen hat sich wiederum wie schon 1241 und 1683 als Bollwerk europäischer Freiheit und Kultur gegen den Ansturm „asiatischer Barbarei" bewährt – so die Botschaft. Die massive finanzielle Unterstützung aus Deutschland für die streikenden Arbeiter, die die Werft besetzt hielten und bewusst auf konfliktträchtige Straßendemonstrationen (wie 1970) verzichteten, bewirkte nach den Ostverträgen einen tiefgreifenden und breitenwirksamen Mentalitätswandel in den deutsch-polnischen Beziehungen. Durch die „Solidarność" wurde Danzig auch in der deutschen Wahrnehmung endgültig eine polnische Stadt, aber eine polnische Stadt in europäischer Perspektive, die auch die deutsche Vergangenheit einschließt.[9]

II. Marienburg/Malbork[10]

Die Marienburg ist ebenso wie Danzig zu einem Ort sowohl der nationalen Konfrontation von Deutschen und Polen als auch ihrer europäischen Partnerschaft geworden, gleichwohl sind die Akzente hier etwas anders verteilt. In Danzig steht die Bürger- und Kaufmannsstadt im Vordergrund der historischen Erinnerung, in Marienburg das berühmte Ordensschloss des Deutschen Ritterordens, das fast anderthalb Jahrhunderte als Regierungssitz des Ordensstaates fungierte. Auf der Marienburg ist die unhistorische, nationalistische Engführung im deutschen und polnischen Geschichtsbewusstsein des 19. und 20. Jahrhunderts noch pointierter zu erfahren als in Danzig, aber auch ihre historisch-differenzierende Überwindung im europäischen Sinne zu Beginn des 21. Jahrhunderts.

Als die Marienburg 1772 im Zuge der ersten polnischen Teilung an Preußen kam, wurde dem Deutschen Ritterorden wie dem ganzen mittelalterlichen Ordenswesens im Zuge sowohl reformatorischen wie aufklärerischen Denkens meist Geringschätzung und Verachtung entgegengebracht. Und Friedrich d. Gr., der Aufklärer auf dem Thron, hatte überall in seinem weitgespannten Königreich erhebliche Verwendungsprobleme für die „alten Gemäuer", die er meistens nur unter fiskalischen Gesichtspunkten betrachtete und behandelte. Teile der Marienburg wurden, unter rücksichtslosen, heute noch sichtbaren Eingriffen in ihre historische Bausubstanz, in eine Kaserne und ein Militärmagazin umgewandelt. Erst unter dem Einfluss von Romantik, Nationalismus und Historismus erfuhren Ordensstaat und Marienburg seit dem frühen 19. Jahrhundert eine radikale Umwertung und avancierten zu herausragenden Symbolen für die kulturelle Begründung deutscher Herrschaft in den alten Ordenslanden West- und Ostpreußen und darüber hinaus. Der Ordensstaat mit seiner für spätmittelalterliche Verhältnisse rationalen Verwaltungsstruktur wurde als Wegbereiter Preußens interpretiert, der Untergang des Ordensstaates als nationale Katastrophe und Sieg der Polen und Slawen über das Deutschtum.

Die reale Geschichte des Ordensstaates und seines Untergangs hat mit dieser Interpretation wenig gemein, wie deutsche und polnische Historiker in den letzten Jahrzehnten herausgearbeitet haben: Die unterstellte nationalgeschichtliche Kontinuität von Ordensstaat und preußisch-deutschem Reich war eine reine Fiktion. Dafür lässt sich eine ganze Anzahl von *Gründen* anführen:

Weder der Deutsche Ritterorden und sein Staat noch das alte polnisch-litauische Großreich waren national strukturierte Phänomene im Sinne des 19. Jahrhunderts, sondern Vielvölkerstaaten, die ganz anderen, vor allem christlich geprägten Prinzipien folgten. Schon die Zusammensetzung der Heere, die 1410 bei Tannenberg aufeinanderstießen, und die propagandistischen Kriegsbegründungen beider Seiten machen das deutlich (s. u.).

Die wirklichen Ursachen für die Niederlage und den Untergang des Ordensstaates gingen keineswegs von Polen aus, sondern von inneren Entwicklungen, die damals auch andere deutsche Territorien durchmachten: Die Mitsprachebestrebungen von Städten und Landadel, die zur Einrichtung von Ständevertretungen führten; das Ende des hochmittelalterlichen Landesausbaus infolge der Großen Pest, der auch den Kolonistenzuzug in die Ostgebiete abbremste; der Preisverfall der Agrarprodukte infolge rapide sinkender Bevölkerungszahlen, der den Orden als Getreideproduzenten schwer traf und seine bis dahin sehr stabile ökonomische Basis untergrub; die Veränderung des Krieges infolge der Durchsetzung der Feuerwaffen, der den adligen Ritterkampf zurückdrängte und zum Aufstieg der Söldner- und Landknechtsheere führte, die gewaltige finanzielle Folgeprobleme mit sich brachten.

Nicht militärische Unterlegenheit des Ordens gegen Polen-Litauen war die unmittelbare Hauptursache für die Katastrophe des Ordensstaates 1466 – selbst der polnisch-

litauische Sieg bei Tannenberg/Grunewald 1410 wurde zunächst um seine Wirkung gebracht, weil die anschließende Belagerung der Marienburg scheiterte –, sondern die ihm 1454 vorangehende Gründung des „Preußischen Bundes“, in dem sich die bedeutenden Städte des Ordenslandes – Danzig, Elbing, Braunsberg, Thorn usw. – zur Wahrung ihrer Interessen gegen die Ordensherrschaft zusammenschlossen: Ihre politischen und wirtschaftlichen Interessen gerieten immer stärker in Konflikt mit denen des Ordens, dessen Kompromissfähigkeit durch das Abschmelzen seiner ökonomischen Basis immer stärker eingeengt wurde. Der „Preußische Bund“ begab sich unter die Oberhoheit des polnischen Königs, der ihm großzügigere Privilegien bewilligte als der Orden. Ohne diese Konstellation, die von der national deutschen Geschichtsschreibung des 19. Jahrhunderts als „Verrat“ gebrandmarkt wurde, wäre es Polen-Litauen nicht möglich gewesen, die Machtstellung des Ordensstaates am südlichen Ostseeufer zu brechen.

Der Orden brachte sogar Kaiser und Papst gegen sich auf, weil er an der religiösen Ideologie der bewaffneten Heidenmission gegen Litauen auch dann noch festhielt, als sich die litauischen Herrscher zum Christentum bekannten und die Missionierung ihres Volkes selbst in die Hand nahmen – mit Unterstützung des Papsttums. Kaiser und Papst verboten mehrfach die beutereichen „Litauerzüge“ des Ordens, der somit zunehmend in das Spannungsfeld von geistlicher und weltlicher Macht geriet und seine für mittelalterliches Denken unverzichtbare christlich motivierte raison d’être verlor. Eine deutsch-polnische Nationalkonfrontation hatte damit nichts zu tun.

Nicht nur die Realgeschichte des Ordens, sondern auch die heute vor Ort noch sichtbare *Entwicklung der Marienburg* widerlegt die nationaldeutsche Vereinnahmung von Orden und Burg im 19. Jahrhundert. Die Konventsburg des ausgehenden 13. Jahrhunderts war etwa dreißig Jahre alt, als sie 1308 zum Hochmeistersitz und damit zum Regierungsort des Ordensstaates auserkoren wurde. Knapp anderthalb Jahrhunderte blieb der Hochmeister auf der Marienburg, dann musste er nach Königsberg ausweichen, die Marienburg kam für mehr als drei Jahrhunderte in den Besitz der polnischen Könige – viel länger als die Ordensritter zuvor und die Preußen danach. Die politischen und wirtschaftlichen Pionierleistungen des Ordensstaates in seiner „großen Zeit“ während des 13. und 14. Jahrhunderts werden heute auch aus polnischer Sicht herausgestrichen – hier ist die historische Perspektive viel differenzierter als in der nationalistisch-plakativen Erinnerungsgestaltung in Grunwald –, aber ebenso wenig wird kein Zweifel daran gelassen, dass der Übergang der Marienburg an Polen historisch berechtigt war. Wie das frühneuzeitliche Danzig, so zählt auch die Marienburg zu den Ankerpunkten polnischen Geschichtsbewusstseins bis heute.

Die preußische Zeit 1772–1945 brachte die nationaldeutsche Umgestaltung des historischen Ortes. Die preußischen Restaurateure erwarben sich große Verdienste um die Erhaltung der schon damals lädierten Bausubstanz, aber das Ergebnis ihrer

Bemühungen wurde zunehmend für die preußisch-deutsche Ostmarkenpolitik instrumentalisiert. 1945 wurden große Teile der zur „Festung“ erklärten Marienburg in zweimonatigen Abwehrkämpfen zerstört. Die Rekonstruktion und Restaurierung nach historischen Vorlagen wurde aus ähnlichen Motiven unternommen wie der Wiederaufbau Danzigs. Sie dauern bis heute an.

Abb. 12 Marienburg (mit Spuren der Zerstörung 1945)

Die heutige polnische Erinnerungsgestaltung vor Ort wird exemplarisch sichtbar durch eine 2007 gezeigte Ausstellung „Imagines potestatis. Insignien und Herrschaftszeichen im Königreich Polen und im Deutschen Orden“. Laut Prospekt handelt es sich dabei um eine

„Sonderausstellung, die anlässlich des 550. Jahrestages der Übernahme des Marienburger Schlosses durch den polnischen König Kasimir IV. den Jagiellonen veranstaltet wird. Damit ist am 8. Juni 1457 die 148 Jahre lange Periode des Deutschen Ordens in Marienburg zu Ende gegangen.

Die Ausstellung präsentiert Insignien, Herrschaftszeichen, die mit der Ausübung, dem Zeremoniell und dem Glanz der Macht verbunden waren. Es werden Mittel gezeigt, die in der offiziellen politischen Propaganda des Königreichs Polen und des Deutschen Ordens im breiten Zeitrahmen 1309–1668 (im Falle des Deutschen Ordens bis 1662) verwendet wurden.

Die Exposition fand ihren Platz in dem sog. Repräsentationskomplex des Schlosses, also im Hochmeisterpalast und im Großremter. Es waren Plätze, wo die tatsächliche Macht ausgeübt wurde und wo Gesandte und Gäste empfangen wurden. Dort hatten auch die höchsten Würdenträger des Deutschen Ordens und später auch die polnischen Könige ihre Appartements. ...

Die Ausstellung Imagines Potestatis präsentiert fast 600 Exponate aus Museen, Archiven, Bibliotheken, kirchlichen und privaten Sammlungen aus neun Ländern der Welt. So wertvolle und hervorragende Kunstwerke und historische Erinnerungsstücke wurden zum ersten Mal am besonderen Ort und in besonderer Form zusammengestellt. Es ist u. a. die erste Präsentation von Objekten aus der Schatzkammer des Zentralarchivs des Deutschen Ordens in Wien, die in Polen stattfindet."

Das nun ist offensichtlich die Überwindung nationalistisch verengter Geschichtsdeutung am historischen Ort durch eine multiperspektivische, übernationale Betrachtungsweise im europäischen Sinn. Die deutsch-polnische Beziehungsgeschichte erscheint dabei in einem ganz anderen Licht als zuvor.

III. Grunwald 1410/Tannenberg 1914

Die Erinnerungsgestaltung auf den Schlachtfeldern von 1410 und 1914 bei Hohenstein/Olsztynek unterscheidet sich unübersehbar von der differenzierten Vorgehensweise in Danzig und Marienburg. Hier triumphiert die nationale, ja nationalistische Engführung in der Interpretation deutsch-polnischer Vergangenheit. Warum das so ist, lässt sich nur aus der wechselvollen Geschichte des historischen Ortes und den zugrunde liegenden historischen Kontexten erklären.

Die *erste Schlacht bei Tannenberg*[11] – die Polen sprechen von Grunwald nach dem Standort ihres Heeres – fand 1410 statt zwischen Wladyslaw II. Jagiello, König von Polen, und seinem Cousin Großfürst Witold von Litauen einerseits und dem Deutschen Orden unter Hochmeister Konrad von Jungingen andererseits. Der Orden erlitt eine vernichtende Niederlage, vor allem infolge der taktischen Unbesonnenheit des Hochmeisters. Die Schlacht war keineswegs ein deutsch-polnischer Konflikt im Sinne der Nationskonzepte des 19. Jahrhunderts, denn beide Kontrahenten orientierten sich an übernationalen Zielsetzungen und stützten sich auf ein in nationaler Hinsicht durchaus heterogenes Kräftepotential. So hielten die Hansestädte im Bereich des Ordensstaates wie Danzig, Elbing und Thorn, obwohl ihre Bewohner deutscher Herkunft waren, gegen den Orden zum polnischen König, der ihnen mehr ökonomische Privilegien einräumte als der Orden. Zudem bestand das Heer des Königs keineswegs nur aus Polen, sondern zu erheblichen Teilen aus Litauern, Russen, ja sogar muslimischen Tartaren, wie ein steinernes Modell am Museum auf dem Schlachtfeld auch den nicht vorbereiteten Besucher erkennen lässt. Auf der anderen Seite war auch das Ordensheer eine durchaus multinationale Truppe. Neben dem verhältnismäßig kleinen Kern von Ordensrittern deutscher

Abstammung gab es zahlreiche „Gastritter“ aus allen europäischen Ländern, die als „Kriegstouristen“ schon seit langem an den Unternehmungen des Ordens, vor allem gegen Litauen, teilnahmen. Außerdem kämpften zahlreiche Söldner aus Böhmen, Ungarn usw. im Ordensheer. Die Schlacht bei Tannenberg von 1410 war ein reiner Machtkonflikt um die Vorherrschaft an der unteren Weichsel, die sowohl für den Orden wie für Polen entscheidende Bedeutung hatte. Eine zentrale nationale Dimension fehlte dieser Auseinandersetzung, die wurde ihr erst im 19. Jahrhundert zugemessen. Wie kam es dazu?

Das altpolnische Reich verschwand mit den drei Teilungen durch die Nachbarmächte Russland, Preußen und Österreich 1772/95 von der Landkarte, und dies gerade zu einem Zeitpunkt, in dem mit der Französischen Revolution und Napoleon der Siegeszug des integralen Nationalismus begann. Während der Nationalstaat überall in Europa zum Ideal politischer Gemeinschaft aufstieg und schließlich auch die staatlich zersplitterten Italiener und Deutschen zur nationalen Einheit fanden, verfügten die Polen nicht einmal über einen eigenen Teilstaat, der zum Kristallisationskern einer politischen Einigung werden konnte. Das Bewusstsein nationaler Zusammengehörigkeit wurde in den anderthalb Jahrhunderten der Teilung nur durch Schriftsteller, Geistliche, Historiker, Künstler erhalten bzw. überhaupt erst geweckt. Bekanntlich stärkt nichts die nationale Selbstbewusstwerdung so sehr wie die Konstruktion eines gemeinsamen äußeren Feindes. So schufen denn populäre Schriftsteller wie Józef Ignacy Kraszewski (1812–1887) und Henryk Sienkiewicz (1846–1916) das Bild des deutschen Kreuzritters als des Erbfeindes der Polen, in dessen Traditionslinie der preußisch-deutsche „Drang nach Osten“ lückenlos verortet wurde. In solcher Perspektive wurde der Sieg von Grunwald vierhundert Jahre später zu einem Triumph, aus dem die geteilten Polen Kraft und Zuversicht schöpfen konnten.

Der historische Ort Grunwald fiel aber erst 1945 an Polen, in den sechziger Jahren des 20. Jahrhunderts wurde hier die heute sichtbare Erinnerung inszeniert.[12]

Die Situation komplizierte sich dramatisch durch *die zweite Schlacht bei Tannenberg* im August 1914 zu Beginn des Ersten Weltkriegs. In dieser Schlacht besiegten Hindenburg und Ludendorff die 2. russische Armee des Generals Samsonow. Die Kontrahenten waren also durchaus andere als 1410, gleichwohl stellten die deutschen Feldherren mit der Namengebung der Schlacht, den dafür gegebenen Begründungen und in ihren Memoiren eine nationalpolitische Kontinuität zwischen den beiden Schlachtereignissen her, die als geeignete Replik auf die nationalpolnische Vereinnahmung des Sieges von 1410 erscheinen mochte. Hindenburg bat den Kaiser am 29. August 1914, den viertägigen Kämpfen die Bezeichnung „Schlacht bei Tannenberg“ zu verleihen, da die „Scharte von 1410 ... gründlich ausgewetzt worden“ sei.[13]

> „Tannenberg wurde nicht nur zum Symbol für den größten Erfolg der deutschen Armee im verlorenen Krieg, sondern auch als fester Bestandteil in den

> Kanon der Dolchstoßlegende (‚Im Felde unbesiegt!‘), der Agitation gegen die ‚Kriegsschuldlüge‘ und den Versailler Vertrag aufgenommen. Am Verlauf der Schlacht konnte scheinbar sowohl der Überfall der russischen Truppen als auch die Kampfeskraft des deutschen Heeres belegt werden.“[14]

Der heutige Besucher der beiden Tannenberg-Schlachtfelder westlich und östlich des namengebenden Dorfes macht vor Ort einige geradezu paradoxe Feststellungen.

Die Schlachtfelder sind keineswegs identisch. Das von 1410 liegt zwischen drei Dörfern, misst nur wenige Kilometer und ist mit Denkmälern und Erinnerungen aus dem 20. Jahrhundert an eine Schlacht bestückt, die vor sechshundert Jahren stattgefunden hat. Das Schlachtfeld von 1914 umfasst etwa 100 km im Quadrat, die auf beiden Seiten beteiligten Truppenkörper waren etwa zehnmal größer als 1410, das Ereignis liegt noch nicht einmal hundert Jahre zurück – gleichwohl ist die in der Zwischenkriegszeit weithin sichtbare Erinnerung an diese Schlacht heute so gut wie getilgt, nur der Kenner findet die nicht gekennzeichneten Überreste.

Polen und Russen waren an beiden Schlachten auf derselben Seite beteiligt, aber mit ganz unterschiedlicher Gewichtung. 1410 war Polen die Führungsmacht in der Koalition gegen den Ordensstaat, Weißrussen, Russen und Tartaren gehörten zur Heeresabteilung der Litauer. 1914 handelte es sich eindeutig um eine russische Armee, die nach Ostpreußen einmarschierte, die 2. Armee unter General Samsonow, in dieser Armee dienten jedoch viele Reservisten aus Polen (Militärbezirk Warschau). Auch das Ordensheer von 1410 war keineswegs einfach ein deutsches, sondern sowohl auf der Ebene der Ritter („Gastritter“) wie der Hilfskräfte und Söldner eine multinationale Truppe, die sich in mehr als einer Hinsicht grundlegend von der 8. deutschen Armee des Jahres 1914 unterschied (in der übrigens ebenfalls Polen aus den preußischen Teilungsgebieten dienten).

Und schließlich fällt ein dritter Punkt beim Vergleich auf, die *historische Wirkung*. Die Schlacht von 1410 leitete nachhaltig den Niedergang und schließlich das Ende des Ordensstaates ein und sicherte für Jahrhunderte Polens Vormachtstellung im Raum der unteren Weichsel. Sie wurde damit zu einem Symbol polnischen Selbstverständnisses und Stolzes bis zum heutigen Tag. Die Schlacht von 1914 – rein militärisch als Einkreisungssieg eine Glanzleistung wie Sedan 1870 – stabilisierte die Front in Ostpreußen vor der russischen Übermacht, aber sie hat weder den sofortigen Zusammenbruch Russlands bewirken noch die Weltkriegsniederlage von 1918 verhindern können.

Städte und Burgen als Produkte oft mehrhundertjähriger historischer Entwicklung hinterlassen vor Ort erheblich eindrucksvollere Spuren als punktuelle Schlachtereignisse in offener Landschaft. Die Schlachterinnerung wird durch posthume Denkmäler wach gehalten, und seit dem letzten Drittel des 19. Jahrhunderts durch Soldatenfriedhöfe. Zunächst zur *Denkmalslandschaft* 1410 – in den Worten eines heutigen polnischen Autors, Janusz Tycner:

Abb. 13 Grunwald-Denkmal (1960), helmbewehrte Rittergesichter

„Grün und kahlrasiert erhebt sich nahe des Dorfes Grunwald (Grünfelde) aus der sanften masurischen Landschaft ein flacher Kegel. Ein Bündel von elf Stahllanzen mit den Standarten der vereinigten polnisch-litauischen Heere von 1410 ragt dreißig Meter hoch in den Himmel – das Symbol der Einigkeit, die stark macht.
Daneben wurden Granitblöcke zu einem Monument aufeinandergestapelt. Die Gesichter zweier aus Stein herausgemeißelter Ritter schauen nach Norden und Westen, dorthin, von wo damals die deutsche Gefahr drohte und wo man bis 1989 die (west)deutsche Bedrohung, so die offizielle Lesart zu Zeiten der Volksrepublik, lauern sah. ...“

In einiger Entfernung war 1413 zu Ehren der in der Schlacht gefallenen Christen, vor allem jedoch des Hochmeisters Ulrich von Jungingen, eine Kapelle errichtet worden. Zur Zeit der Reformation geriet das Bauwerk in Verfall.

> „1901 ließen preußische Behörden einen mächtigen Findling aus einem 500 m entfernten Wäldchen auf den Ruinen der Kapelle aufstellen. Zuvor wurde er jahrhundertelang als ‚*Jagiello-Stein*‘ bzw. ‚Königstein‘ bezeichnet und durch viele Sagen mit der Person des polnischen Königs in Verbindung gebracht. In ‚*Jungingenstein*‘ umgetauft, bekam der Findling die Inschrift: ‚*Im Kampf für deutsches Recht und deutsches Wesen starb hier am 15. Juli 1410 der Hochmeister Ulrich von Jungingen den Heldentod*‘. Der Stein liegt jetzt vor den Kirchenüberresten mit der Vorderseite nach unten.“[15]

Die polnische Grunwald-Begeisterung wurde durch die preußische Polenpolitik seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ausgelöst. 1902 forderte Kaiser Wilhelm II., der vier Millionen polnische Untertanen hatte, auf der Marienburg dazu auf, „mit dem Ordensschwert in der nervigen Faust auf die Polen einzuhauen, deren Frechheit zu züchtigen, sie zu vertilgen.“ Großangelegte polnische Grunwald-Feierlichkeiten waren die Folge.

1910, zur Fünfhundertjahrfeier der Schlacht, wurde im damals österreichischen Krakau ein Grunwald-Denkmal vor 300.000 Festbesuchern aus allen drei polnischen Teilungsgebieten feierlich enthüllt – finanziert durch eine Spende des polnischen Pianisten, Komponisten und Politikers Ignacy Paderewski und ermöglicht durch eine tolerante Minderheitenpolitik im Vielvölkerstaat, die sich von der preußischen und russischen Polenpolitik deutlich abhob. Unter deutscher Besatzung wurde das Denkmal 1939 zerstört, die Überreste befinden sich heute in Grunwald, während in Krakau seit 1976 eine originalgetreue Kopie des Jagiełło-Monuments am alten Ort, auf dem Matejkoplatz steht.

1960 wurden die „Kreuzritter" von Henryk Sienkiewicz durch den polnischen Regisseur Aleksander Ford verfilmt. Der „stark antideutsch eingefärbte Film schlug alle Rekorde der Popularität im Nachkriegspolen und hatte über vierzig Millionen Zuschauer."[16] Dieser Film wird heute – gekürzt – noch regelmäßig während der Öffnungszeiten des Museums gezeigt – ausschließlich in polnischer Sprache. Auch die Erklärungen im Museum erfolgen ausschließlich auf Polnisch. Europäisierung und Globalisierung haben die Gestaltung der Grunwald-Erinnerung vor Ort augenscheinlich noch nicht erreicht.

Janusz Tycner hat hierzu in seinem Tannenberg-Führer einige bedenkenswerte Überlegungen angestellt. Als Hauptthese der im Polen des 20. Jahrhunderts einflussreichen Grunwald-Tradition formuliert er:

> „Der Deutsche Orden, Friedrich II., Bismarck, Wilhelm II., Hindenburg, Hitler und die ‚westdeutschen Revanchisten' verkörpern die nahtlos von einer deutschen Politikergeneration auf die andere übergehende Tradition des ‚Dranges nach Osten', der Unterjochung der Slawen. Die Behauptung war bestechend simpel, doch sie wirkte durchaus einleuchtend, vor allem nach dem Grauen des deutschen Besatzungsterrors in Polen zwischen 1939 und 1945. Mittlerweile jedoch orientiert sich das Land seit 1989 stark nach Westen, ist 1999 Nato- und 2004 EU-Mitglied geworden. Polens Westgrenze wird seit dem deutsch-polnischen Grenzvertrag vom November 1989 von der deutschen Politik offiziell in keiner Weise in Frage gestellt. Darum gehört die ‚tradycja grunwaldska', früher aus der politischen Wirklichkeit Polens nicht wegzudenken, inzwischen eindeutig der Vergangenheit an."[17]

Von einer solchen Sicht ist in der heutigen Gestaltung der historischen Erinnerung vor Ort noch wenig zu bemerken.

Die *Erinnerung an die Schlacht von 1914*[18] hat am historischen Ort einen ganz gegensätzlichen Verlauf genommen. Während die Schlacht von 1410 ein halbes Jahrtausend auf ihre öffentliche Erinnerung warten musste, zumal ihre große geschichtliche Wirkung zunächst durch die erfolgreiche Verteidigung der Marienburg unter Heinrich von Plauen verstellt wurde, löste der Sieg Hindenburgs 1914 sogleich eine große nationale Begeisterung in Deutschland aus. 1927 wurde unter

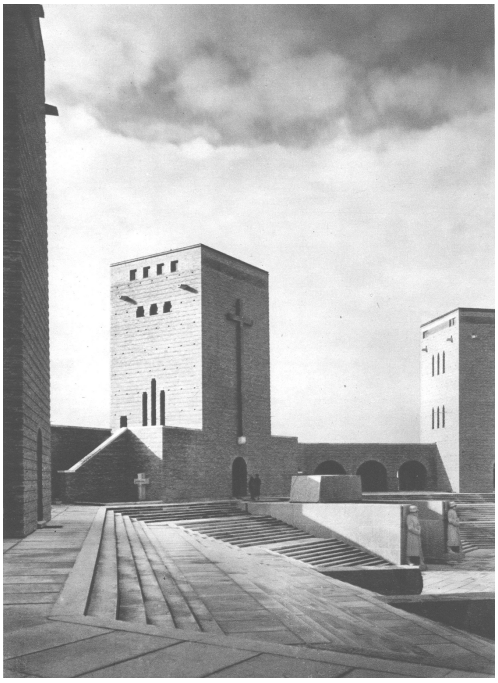

Abb. 14 Tannenberg, Denkmal 1935

breiter öffentlicher Anteilnahme ein grandioses Erinnerungsdenkmal bei Hohenstein errichtet, einem der Brennpunkte der Schlacht. Vor allem Ostpreußen brachte mit dem Denkmal seine Dankbarkeit für die Verteidiger der Heimat zum Ausdruck, insbesondere durch Spenden. Hindenburg, damals schon Reichspräsident, nahm selbst die Einweihung vor, gemeinsam mit dem Reichskanzler Wilhelm Marx. Durch die Nichtbeteiligung der sozialdemokratischen preußischen Staatsregierung und des republikanischen „Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold" erhielten schon die Einweihungsfeierlichkeiten ein rechtskonservatives und rechtsradikales Gepräge. Dies verstärkte sich noch nach 1933, als sich die nationalsozialistische Regierung der Schlachterinnerung und des Denkmals für ihre Propaganda bediente, insbesondere anlässlich der Beisetzung Hindenburgs in einem der Denkmalstürme 1934.[19]

Während des Krieges wurde in Sichtweite des Denkmals ein riesiges Kriegsgefangenenlager der Wehrmacht (Stalag IB Hohenstein) eingerichtet, das etwa 55.000 Gefangene – meist Sowjetsoldaten – nicht überlebten. 1963 wurde hier ein Denkmal aufgestellt und in einem Olsztyneker Museum eine einschlägige Dauerausstellung eingerichtet. Sie demonstriert drastisch vor Ort, für welche verbrecherischen Ziele der Tannenberg-Mythos im Dritten Reich missbraucht worden ist – zu einer Zeit, als der Touristenstrom kriegsbedingt abriss.[20] Den unvorbereiteten Besucher irritiert, dass neben der Vergegenwärtigung dieser Folgen des Mythos das Denkmal selbst vollständig verschwunden ist.

1945 beim Rückzug der Deutschen sprengten Pioniertruppen die Denkmalanlage, nachdem zuvor Hindenburgs Sarg und die ausgestellten Truppenfahnen geborgen worden waren. Die Zerstörungen waren aber keineswegs so gravierend, dass eine Restaurierung nicht möglich gewesen wäre. In den Nachkriegsjahren wurde die meist aus Ziegelsteinen bestehende Bausubstanz vollkommen abgetragen und für den Wiederaufbau der durch den Krieg verwüsteten Region Masuren verwendet. Der Wiederaufbau Danzigs und der Marienburg galt historischen Orten, die eine lange Zeit der Integration mit Polen verband – in einem übernationalen, christlich-

europäischen Geschichtsverständnis. Dagegen war der Tannenberg-Mythos von 1914 von vornherein Ausdruck einer antipolnischen, nationaldeutschen Geschichtssicht – lange vor der propagandistischen Vereinnahmung durch das nationalsozialistische Deutschland. Daher verfiel – gleichzeitig mit der Etablierung der polnischen Grunwald-Erinnerung gleich nebenan – die im deutschen Tannenbergdenkmal symbolisierte Erinnerung an 1914 einer radikalen „Damnatio memoriae".

Abb. 15 Tannenberg, Ehaltener Torbogen

Heute sind außer wenigen Trümmern auf einem nicht gekennzeichneten hügeligen Wiesengelände und einem Torbogen an der Nationalstraße Danzig-Warschau keine Spuren der Denkmalsanlage mehr vorhanden. Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks und der Neuorientierung Polens in Richtung Europa sind aber Ansätze einer neuen Sicht erkennbar. Ein masurisches Gasthaus, hervorgegangen aus dem ehemals deutschen „Tannenbergkrug", firmiert heute als „Hotel Tannenberg" – offensichtlich sollen deutsche Touristen angelockt werden. Eine Löwenfigur vorm Denkmal für die Gefallenen des Allensteinischen Infanterieregiments, das 300 m vor dem Tannenberg-Denkmal errichtet worden war, wurde 1949 vom Sockel genommen – seit 1993 steht sie als Wappentier des Regiments und der Stadt vor dem Rathaus in Olsztynek (Hohenstein). Und Janusz Tycner begründet seinen Führer zu den Spuren von Tannenberg 1914 mit der Feststellung, dass sowohl die fast schon vergessene Schlacht von 1914 als auch das verschwundene Denkmal das ehemalige Ostpreußen in den letzten dreißig Jahren seines Bestehens entscheidend mitgeprägt

habe.[21] Und, so lässt sich hinzufügen, auch das Leid von Flüchtlingen, deren Zahl 1914 fast die Millionengrenze erreichte, und das der einfachen Soldaten beider Seiten, die nach Hunderttausenden zählten, hat einen Anspruch auf historische Erinnerung.[22]

Informationstafeln am Ort des ehemaligen Denkmals, die über Lage, Aussehen und Bedeutung für die deutsche, polnische und russische Geschichte informieren, wären für den interessierten Besucher eine bessere Hilfe als die vollständige Verdrängung dieser Erinnerung vor Ort. Es gibt hier nämlich durchaus etwas im europäischen Sinne zu lernen, jenseits des deutsch-ostpreußischen Mythos von der erfolgreichen Vaterlandsverteidigung, die dann 1945 nicht mehr wiederholbar war, und jenseits der polnischen Grunwald-Tradition, nämlich die Überschätzung rein militärischer Siege für eine dauerhafte Friedenssicherung. Der Sieg von 1914 wurde in Deutschland missverstanden als militärische Möglichkeit, den ganzen Ostraum Europas bis zum Ural unterwerfen und beherrschen zu können – darin liegt seine tragische Bedeutung für die deutsche und europäische Geschichte. Die überzogene Deutung des glänzenden Verteidigungssieges in Ostpreußen 1914 war zugleich einer der Gründe für den furchtbaren und endgültigen Untergang dieser deutschen Region 1945.[23] Daher ist es auch nicht empfehlenswert, in der Namengebung von Bundeswehrkasernen und Schulen an der Tannenberg-Tradition festzuhalten. Zwar können die Verteidiger Ostpreußens nicht für die spätere Instrumentalisierung über Opfer und Taten durch den Nationalsozialismus haftbar gemacht werden, gleichwohl hat Karl-Heinz Janssen recht mit dem Bedenken: „Wer heute noch Tannenberg und Hindenburg in Ehren hält, muss wissen, was er anrichtet. (...) Die Traditionskette ist 1945 zerrissen – wer an sie guten Willens anknüpfen will, setzt sich Missverständnissen aus.“‘[24]

Die Schlacht von 1914 hat in den siebziger und achtziger Jahren durch Alexander Solschenizyns großen Roman „August Vierzehn“ neues Interesse der internationalen gebildeten Leserschaft auf sich gezogen – das Buch wurde weltweit rezipiert und diskutiert. Solschenizyns Perspektive ist nicht der Sieg der Deutschen und seine nationalpropagandistische Ausschlachtung gegen die slawischen Völker, sondern die der russischen Niederlage, ihrer Ursachen und ihrer Folgen für die Destabilisierung des kaiserlichen Russland bis hin zu den Russischen Revolutionen von 1917, die das Gesicht Russlands und das der ganzen Welt grundlegend veränderten. Die Lektüre Solschenizyns hinterlässt heute am historischen Ort einen unvergleichlichen Eindruck. Bei der Bemühung um eine heute zeitgemäße Erinnerung an die Tannenberg-Schlacht von 1914 ist sie eine große Hilfe.[25]

IV. Das „Führerhauptquartier Wolfsschanze“ bei Rastenburg[26]

Die historischen Orte Danzig und Marienburg und vor allem Grunwald und Tannenberg sind Symbole abweichender deutscher und polnischer Erinnerungskulturen. Das ist im Falle der „Wolfsschanze“ grundsätzlich anders: Der verbrecherische

Charakter des Systems, das diese düstere Bunkerwelt schuf, und seiner höchsten Repräsentanten, die sich hier aufhielten – Hitler selbst den größeren Teil der Kriegsjahre im Osten von Juni 1941 bis November 1944 –, ist zwischen Deutschen und Polen in keiner Weise strittig. Dass der deutsche Osten 1945 in einer grauenhaften Weise unterging, daran haben die in der „Wolfsschanze“ ausgearbeiteten Vernichtungsbefehle einen erheblichen Anteil gehabt. Auf diesem Hintergrund wirkt es für den deutschen Besucher geradezu wie eine Erleichterung, dass in der „Wolfsschanze“ zugleich der militärische Widerstand zur Aktion gelangt ist.

Die *Motive* der polnischen Regierung, die „Wolfsschanze“ – anders als das Tannenberg-Denkmal – zu erhalten und sie sogar für Besucher zugänglich zu machen (seit 1959), dürfen in ganz verschiedener Richtung vermutet werden. Die überdimensionalen Betonklötze regelrecht versteckt im tiefen Wald und bewusst weitab von größeren Siedlungen errichtet – beides aus Gründen der Geheimhaltung – ließen sich nicht abtragen wie die Ziegelbauten des Tannenberg-Denkmals. Jahrelang (1952–1954) waren polnische Pioniere mit der Entschärfung des gewaltigen Minengürtels um die Anlage von etwa 54.000 Minen beschäftigt, mehrere von ihnen kamen dabei um. Die „Wolfsschanze“ blieb auch lange nach dem Krieg ein gefährlicher Ort.

Und weiterhin: Die Sprengung der „Wolfsschanzen“-Bunker durch deutsche Pioniere beim Rückzug im Januar 1945 war die Vorstufe zu Hitlers endgültigem Untergang im Bunker unter der Reichskanzlei im April 1945. Tannenberg 1914 war ein deutscher Sieg, die „Wolfsschanze“ symbolisierte in einer unzweifelhaften Weise sowohl die Verbrechen wie auch die definitive Niederlage Nazi-Deutschlands im Angriffs- und Vernichtungskrieg. Die Vernichtung schlug hier auf den Verursacher zurück. Eine solche Botschaft kam und kommt dem polnischen Selbstverständnis durchaus entgegen – keineswegs nur dem kommunistischen.

Am Eingang befinden sich eine Orientierungstafel und ein Modell zur Gesamtanlage. Sie bieten dem interessierten Besucher eine nützliche Orientierung und einen ersten Eindruck von der aufwendigen technischen Perfektion, mit der hier die politische und militärische Spitze des Dritten Reiches für die Dauer des Krieges gegen Angriffe von außen und innen unverwundbar gemacht werden sollte. Das gelang fast vollkommen – ein Luftangriff auf die im Wald gut getarnte und mit Flakgeschützen gesicherte Anlage fand nie statt, er hätte angesichts der Massivität der Betonkörper, die damalige Fliegerbomben nicht zu durchschlagen vermochten, auch wenig Sinn gehabt. Der einzige Angriff von innen erfolgte durch den Attentatsversuch des Obersten Graf von Stauffenberg am 20. Juli 1944.

Die gigantischen Dimensionen der seit Sommer 1940 unter strenger Geheimhaltung durch die Organisation Todt (OT) errichteten Anlage erstaunen und erschrecken auch noch den heutigen Besucher. Sie umfasst über 100 Bauten für die verschiedensten Zwecke wie Energie- und Wasserversorgung, Kanalisation, Verkehrsein-

Abb. 16 Ruinen im „Führerhauptquartier Wolfsschanze“

richtungen wie Bahnhof und zwei Flugplätze, Nachrichten und Befehlszentralen, persönliche Schutzbauten auf einer Gesamtfläche von etwa 2,5 qkm. Im Quartier selbst wohnten etwa 2.000 Personen, hinzu kamen Sicherungskräfte von etwa 8.000 Mann. Hitler empfing hier mehrere Repräsentanten der verbündeten und abhängigen Staaten. Jährlich kommen heute etwa 200.000 Besucher, in der Mehrheit Polen, aber auch etwa 70.000 Deutsche.[27] Die Stelle, wo Stauffenberg seine Bombentasche abstellte, ist auf dem Waldboden kenntlich gemacht.

„Im Jahre 1989“, so Jerzy Szynkowski, Lehrer und staatlich lizensierter Fremdenführer in der ‚Wolfsschanze‘, „beschlossen der damalige deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl und der ehemalige Ministerpräsident von Polen, Tadeusz Mazowiecki, in Kreisau (Schlesien) eine Würdigung des Attentatsversuches vor Ort, was bis dahin wegen eines polnischerseits sorgsam gepflegten Feindbildes von den Deutschen blockiert war. Mehr als zweieinhalb Jahre verhandelten daraufhin polnische und deutsche Historiker (und Politiker) über die Formulierung des Gedenkspruches, bis man sich endlich auf die folgenden Sätze einigte:
‚Hier stand die Baracke, in der am 20. Juli 1944 Claus Schenk Graf von Stauffenberg ein Attentat auf Adolf Hitler unternahm. Er und viele andere, die sich gegen die nationalsozialistische Diktatur erhoben hatten, bezahlten mit ihrem Leben.‘
Durch die Aufstellung der Gedenktafel (1992) fühlten sich viele Polen überrumpelt ... . Die Gegner einer solchen Gedenktafel waren der Ansicht, dass die Widerstandsbewegung keine große Relevanz besessen hatte und fragwürdig war, weil viele ihrer Protagonisten Hitler nur so lange gehorcht hätten, wie es noch Orden und Karrieren gab. Auch warfen sie der Bewegung vor, Hitler nur beseitigen zu wollen, um Deutschland im Spiel der anderen großen Mächte weiter bestehen zu lassen. Befürworter einer Gedenktafel führten dagegen an, dass eben nicht alle Deutschen Hitlers Politik widerstandslos verfochten hatten und hoben hervor, dass bei allem Misslingen der Tat der ethische Ansatz der Widerständler untadelig war.“[28]

Anlässlich des 50. Jahrestages des 20. Juli 1944 besuchten hohe Repräsentanten Polens und des wiedervereinigten Deutschland die Gedenkstätte. Die deutsche Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth eröffnete an diesem Tag in einer ehemaligen Baracke eine Ausstellung über die deutsche Widerstandsbewegung. Ansonsten ist aber für die Präsentation der Geschichte des Ortes noch nicht viel geschehen. Dazu Jerzy Szynkowski:

> „An den Äußerlichkeiten allein kann man vor Ort nicht erkennen, was innerhalb der Bunkermauern geschah und beschlossen wurde. Die Wolfsschanze wäre wohl ein geeigneter Ort, über die notwendige Darstellung der internen Geschehnisse im Führerhauptquartier und deren Folgen hinaus auch die wechselvolle Geschichte beider Völker, nicht zuletzt am Beispiel Ostpreußens, zu behandeln. Durch eine Ausstellung über die Kriegsgeschehnisse, objektive Veröffentlichungen, eine fundierte Bibliothek mit Lesesaal, einen Film über das Attentat auf Hitler und dessen Folgen, alljährliche Veranstaltungen aus Anlass des Attentats etc. könnte diese Stätte zu einem Ort geschichtlicher Bildung sowie der Mahnung und Versöhnung werden.“ [29]

Der Tat Stauffenbergs wird heute in Polen und vor Ort in der „Wolfsschanze“ mit Respekt gedacht, auch wenn sie im Ergebnis fehlschlug. Dass wenig aussichtsreiche Aktionen in nationalen Notsituationen wegen ihres zeichenhaften Charakters für die Nachwelt wenigstens versucht werden müssen, ist eine Grundüberzeugung polnischer Mentalität, die fast gleichzeitig mit Stauffenbergs Verzweiflungstat auch durch den Warschauer Aufstand der polnischen Heimatarmee praktiziert wurde. Darüber hinaus bietet der deutsche Widerstand eine wichtige Verständigungsbrücke zwischen Deutschen und Polen im Geist der Menschenrechte und der Demokratie und einer gemeinsamen europäischen Perspektive beider Völker. Dass der deutsche militärische Widerstand keineswegs nur aus überzeugten Demokraten und Freunden der versklavten Polen bestand, tritt bei dieser Betrachtungsweise in den Hintergrund.

Heute sind nicht die polnischen, sondern Teile der deutschen Besucher der „Wolfsschanze“ das Problem. Jerzy Szynkowski hat eine auf zahlreichen Beobachtungen und Befragungen gestützte Broschüre „Deutsche in der Wolfsschanze“ (Ketrzyn/ Rastenburg 2002) veröffentlicht.[30] Vielen deutschen Besuchern, selbst wenn sie nicht mehr zu den Zeitgenossen im Erwachsenenalter zählen, ist der Besuch unangenehm. Man kann daraus schließen, dass ein nicht unerheblicher Anteil deutscher Masurentouristen, die mit dem Namen „Wolfsschanze“ durchaus etwas anzufangen wissen, den historischen Ort bewusst nicht aufsucht. Der überwiegenden Mehrheit der Besucher aus Deutschland bescheinigt Szynkowski eine historisch und politisch angemessene Würdigung des Ortes und des Attentatsversuchs. Aber erschreckend sind doch einige Beispiele unbelehrbarer Besucher und vor allem ein Ausweichen vor den brutalen Vernichtungsfolgen der hierfür den Krieg im Osten konzipierten Politik:

„Meine Beobachtungen an den deutschen Besuchern lassen erkennen, dass:

– die ältere Generation die historische Verantwortung gern auf andere schiebt, z. B. auf die Sowjets, die uns Polen während des Warschauer Aufstandes von 1944 im Stich gelassen haben oder auf jenen Hitler, der ja ein Österreicher war, oder irgendetwas anderes sonst.

– die Deutschen oft für das Benehmen ihrer Landsleute eine kollektive Verantwortung übernehmen: So reagierten beispielsweise von mir geführte deutsche Touristen mit Entsetzen, als sie sahen, wie ein Deutscher aus einer von einem Kollegen geführten Gruppe sich mit zum Hitlergruß erhobenem Arm fotografieren ließ. ... .

– Die nächstgrößte definierbare Gruppe unter den deutschen Besuchern interessiert sich hauptsächlich für Technisch-Faktisches von der Anlage wie etwa Bautechnik, Bauphasen, Logistik, Material (‚deutsche Wertarbeit') und Tarnung. Viele bedauern, dass die Bunker gesprengt worden sind. Es fällt auf, dass diese Besucher nie nach den verbrecherischen Plänen, die hier geschmiedet wurden, fragen, obwohl diese für viele europäische Völker ein tragisches Schicksal nach sich zogen."[31]

V. Fazit

Drei Erinnerungstypen haben wir im heutigen, ehemals deutschen Nordpolen an bedeutenden historischen Orten vorgefunden: in Danzig und Marienburg eine historisch-differenzierende Gestaltung, die die nationalistische Vereinnahmung im 19. und 20. Jahrhundert durch Deutsche und Polen behutsam aufbricht; in Grunwald/ Tannenberg und an der Stelle des ehemaligen Denkmals bei Olsztynek/Hohenstein eine nationalistische Konfliktfokussierung der wechselvollen deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte, die heute nicht mehr als angemessen bezeichnet werden kann; schließlich in der „Wolfsschanze" ein den nationalen Gegensatz übergreifendes Bekenntnis zu Menschenrechten und Demokratie, das aus der Erfahrung von totalitärer Diktatur und Vernichtungskrieg heraus hervorgegangen ist und – im Sinne einer europäischen Perspektive – neben der Verurteilung des Nationalismus auch dem Mut und der moralischen Integrität des deutschen Widerstands im Kreis um den Obersten Graf Stauffenberg den Respekt nicht verweigert. Zu diesem Typ zählt auch die Erinnerungsgestaltung auf dem Gelände der Lenin-Werft in Danzig.

Diese drei Erinnerungstypen zur deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte vor Ort finden sich keineswegs nur an den hier behandelten Reisezielen, sondern überall in Nordpolen, wo eine lange deutsche Vergangenheit zu einer polnischen Gegenwart in Beziehung gesetzt werden musste. Der Umfang der hier überall geleisteten Restaurierungs- und Erinnerungsarbeit ist umso beeindruckender, als ein Großteil davon schon unter den schwierigen politischen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen des kommunistischen Polen vor 1989 geschaffen worden ist.

Die traumatische Erfahrung der im 20. Jahrhundert noch einmal erneuerten Teilung des Landes durch den Hitler-Stalin-Pakt von 1939, der brutalen deutschen Terrorherrschaft 1939–45 und der über vierzig Jahre währenden sowjet-russischen Dominanz hat die polnische Gesellschaft traumatisiert und ein entsprechendes auf das Überleben der Nation fokussiertes historisches Bewusstsein hervorgebracht, das die Integration der erst soeben wieder gewonnenen nationalen Souveränität in die europäische Gemeinschaft erheblich belastet.[32] Dies wiegt umso schwerer, als die historisch-moralische Verantwortung für das schwere Schicksal Polens nach 1939 zu erheblichen Teilen bei den Deutschen, aber auch bei den westlichen Großmächten liegt, die das Land vor dem deutschen Überfall nicht zu schützen vermochten und es nach der Niederringung des „Dritten Reiches" in der verhassten sowjetischen Machtsphäre beließen. Das alles wurde mit einem halben Jahrhundert schwerer menschlicher und materieller Verluste bezahlt. Heute empfindet die große Bevölkerungsmehrheit die materiellen Engpässe in der Umbruchphase von der Zentralverwaltungs- zur Marktwirtschaft ungleich stärker als die Wiedergewinnung der politischen Freiheit. Das ist ein nicht ungefährlicher Nährboden für nationalistisch aufheizbaren Wohlstandsneid.

Auf diesem Hintergrund kommt der Erinnerungsgestaltung in Nordpolen eine große politische und ökonomische Bedeutung zu. Der Besucherstrom aus Deutschland ist eine wirtschaftliche Chance, für die großen Städte wie Danzig und erst recht für die ländlichen Gebiete wie Pommern, Masuren und Ermland, die neben dem restaurierten historischen Erbe aus der deutschen Zeit vor allem mit landschaftlichen Reizen und heiler Umwelt werben.[33] Der deutsche Besucher wird aber nur kommen und wiederkommen, wenn er nicht nur auf Gastfreundschaft – die wird fast durchgehend herzlich praktiziert –, sondern auch auf eine historisch-politische Perspektive trifft, mit der er leben kann. Touristikbüros und Fremdenführer leisten hier wertvolle Arbeit, ebenso polnische Schriftsteller und Journalisten. Und auch die deutsche Literatur hat hier wirkungsvolle, auf polnischer Seite anerkannte Vorarbeit geleistet, gerade durch lebensgeschichtlich-existenziell betroffene Autoren wie Ernst Wiechert, Marion Gräfin Dönhoff, Siegfried Lenz, Günther Grass, Arno Surminski.[34]

---

* Zuerst in GWU 60 (2009), S. 99-115, mit einigen Aktualisierungen.

1 Vgl. allgemein zur deutsch-polnischen Beziehungsgeschichte Hans *Roos*: Geschichte der polnischen Nation von der Staatsgründung im Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart. Stuttgart [4]1986; *Gemeinsame Deutsch-Polnische Schulbuchkommission* (Hg.): Zum wissenschaftlichen Ertrag der deutsch-polnischen Schulbuchkonferenzen der Historiker 1972–1987. Braunschweig 1988; *dies.* (Hg.): Zum pädagogischen Ertrag der deutsch-polnischen Schulbuchkonferenzen der Historiker 1972–1987. Braunschweig 1989; Praxis Geschichte, Heft 3/1993 Polen; Hans Henning *Hahn* u. a.: Polen und Deutschland. Nachbarn in Europa. Hannover 1995; Adelheid *von Saldern* (Hg.). Mythen in Geschichte und Geschichtsschreibung aus deutscher und polnischer Sicht. Münster

1996; Adam *Krzemiński*: Polen im 20. Jahrhundert. Ein historischer Essay. München [2]1998; Jörg K. *Hoensch*: Geschichte Polens. Stuttgart 31998; Dietrich *Beyrau* (Hg.): Blick zurück ohne Zorn. Polen und Deutsche in Geschichte und Gegenwart. Tübingen 1999; Norman *Davies*: Im Herzen Europas. Geschichte Polens. dt. München 2000; Rudolf *Jaworski*/Christian *Lübke*/ Michael G. *Müller*: Eine kleine Geschichte Polens. Frankfurt/M. 2000; Informationen zur politischen Bildung 273 (4/2001) Polen; Thomas *Urban*: Von Krakau bis Danzig. Eine Reise durch die deutsch-polnische Geschichte. München 2004; Geschichte lernen Heft 102 (November 2004): Polen; Eugen *Kotte*: „In Räume geschriebene Zeiten". Nationale Europabilder im Geschichtsunterricht der Sekundarstufe II. Idstein 2007, zu Polen S. 355-366. Heute grundlegend: Hans Henning *Hahn*/Robert *Traba*: Deutsch-Polnische Erinnerungsorte, 4 Bde. Paderborn 2012–15. Zur Landesgeschichte im heutigen Nordpolen vgl. Bruno *Schumacher*: Geschichte Ost- und Westpreußens. Würzburg [7]1987; Erich *Weise*: Handbuch der Historischen Stätten. Ost- und Westpreußen. Stuttgart 1967; Hartmut *Boockmann*: Ostpreußen und Westpreußen. Berlin [3]1995; Andreas *Kossert*: Masuren. Ostpreußens vergessener Süden. München 2006. Zur Reiselandschaft vgl. MERIAN August 2004: Masuren, Danzig und die Ostseeküste, dort S. 112f. Hinweise auf Reiseführer und -bücher.

2 Zur Epoche der polnischen Oberhoheit über Danzig 1454–1793 und zu ihrer späteren nationalgeschichtlichen Deutung vgl. Franz *Steffen*: 7 Jahrhunderte bezeugen Danzigs Deutschtum. Danzig 1932, unveränderter Nachdruck Frankfurt/M. 1982; *Schumacher* (wie Anm. 1) S. 128-138, 179-196; *Urban* (wie Anm. 1) S. 266-279; Michael G. *Müller*: Danzig – Grenze und Wirtschaft in der Frühen Neuzeit. In: Georg *Stöber*/Robert *Maier* (Hg.): Grenzen und Grenzräume in der deutschen und polnischen Geschichte. Scheidelinie oder Begegnungsraum? Hannover 2000, S. 171-181; Peter Oliver *Loew*: Danzig. Biographie einer Stadt. München 2011, S. 63-144; *ders*.: Eine Stadt schreibt Nationalgeschichten, in: *Hahn*/*Traba* (wie Anm. 1) 1. Bd., S. 123-139. Vgl. auch Thomas *Kielinger*: 1000 Jahre Danzig. Die multikulturelle Tradition erlebt eine Renaissance mit europäischer Perspektive. Begreifen, dass Wunden sich schließen können. In: Rheinischer Merkur vom 27.12.1996 .

Zur Problematik dieser harmonisierenden Position vgl. scharfsinnig Peter Oliver *Loew*: Deutschtum – Polonität – Multikulturalität? Danzig und seine Mythen, in: Basil *Kerski* (Hg.): Danziger Identitäten. Eine mitteleuropäische Debatte. Potsdam 2011, S. 139-163; Peter Oliver *Loew*: Der Kampf um die Vergangenheit. Geschichtskultur in Danzig/Gdańsk nach 1945, in: ebd. S. 165-185.

3 Gerade das Verhalten der mehrheitlich deutschstämmigen Danziger gegenüber Polen während des späten Mittelalters und der frühen Neuzeit stellte eine harte Nuss für die nationaldeutsche Geschichtsschreibung des 19. und 20. Jahrhunderts dar.

4 Jerzy *Kukliński*: Das Rechtstädtische Rathaus in Danzig. Gdańsk-Warszawa 1995, S. 24.

5 Christofer *Herrmann*: Marienkirche in Danzig. Olsztyn 2007.

6 Pr. Brunon *Kędziorski*: Erzkathedrale in Oliva. Stätteführer. Wroclaw 2006.

7 Miroslav *Gliński*: Westerplatte. Historischer Führer. Gdańsk 1998; *Urban* (wie Anm. 2) S. 294-296. Vgl. *Loew* (wie Anm. 2).

8 Dieter *Schenk*: Die Post von Danzig. Geschichte eines deutschen Justizmordes. Reinbek bei Hamburg 1995.

9 Peter *Gatter*: Der weiß-rote Traum. Polens Weg zwischen Freiheit und Fremdherrschaft. Düsseldorf-Wien 1983; Jerzy *Holzer*: „Solidarität". Die Geschichte einer freien Gewerkschaft in Polen, hg. von Hans Henning *Hahn*. München 1985; ADAM MICHNIK: Der lange Abschied vom Kommunismus. Reinbek bei Hamburg 1992; Abteilung für Stadtpromotion, Stadtamt in Gdańsk (Hg.): Es begann in Gdańsk. Solidarność 1980–2005. Gdańsk 2005; *Loew* (wie Anm. 2), S. 262-94; Jerzy *Holzer*: Solidarność. Selbstbeschränkte Revolution, in: *Hahn*/*Traba* (wie Anm. 1), 2. Bd. S. 159-178. Zur Relativierung der Rolle Danzigs und Polens für den Zusammenbruch des Ostblocks vgl. *Chwin* (wie Anm. 2), S. 245-47.

10 Vgl. zur Geschichte des Deutschen Ordens Marian *Tumler*/Udo *Arnold*: Der Deutsche Orden. Von seinem Ursprung bis zur Gegenwart. Bad Münstereifel [5]1992; Hartmut *Boockmann*: Der Deutsche Orden. Zwölf Kapitel aus seiner Geschichte. München [5]1999; Klaus *Militzer*: Die Geschichte des Deutschen Ordens. Stuttgart 2005; DAMALS. Das Magazin für Geschichte und Kultur 39 (2007) Heft 1: Deutscher Orden. Die Macht im östlichen Europa. Zentral für die nationalistische Vereinnahmung des Deutschen Ordens Wolfgang *Wippermann*: Der Ordensstaat als Ideologie. Das Bild des deutschen Ordens in der deutschen Geschichtsschreibung und Publizistik. Berlin 1979; Igor *Kakolewski*: Deutscher Orden. Verfluchte – Helden, in: *Hahn*/*Traba* (wie Anm. 1), 2. Bd. S. 247-272.
Zur Marienburg: Hartmut *Boockmann*: Das ehemalige Deutschordensschloss Marienburg 1771–1945. Die Geschichte eines politischen Denkmals. In: *Ders*. u. a.: Geschichtswissenschaft und Vereinswesen. Beiträge zur Geschichte historischer Forschung in Deutschland. Göttingen 1972, S. 99-162; *ders*.: Die Marienburg im 19. Jahrhundert [2]1992; Tomasz *Torbus*: Die Konventsburgen im Deutschordensland Preußen. München 1997, S. 99-111, 260-288, 487-534, Abbn. Nr. 231-239, 251-405; Christofer *Hermann*: Burgen im Ordensland. Deutschordens- und Bischofsburgen in Ost- und Westpreußen. Ein Reisehandbuch. Würzburg 2006; Mariusz *Mierzwiński*: Marienburg. Das Schloss des Deutschen Ordens. Bydgoszcz o. J. [2006] (preiswerter Bildband); Marek *Stokowski*: Marienburg. Die Welt des Deutschen Ritterordens. Hamburg. o. J. [2005] (Top Spot Guide).

11 Zur Schlacht von 1410 vgl. Karl-Bernhard *Müller*/Michael A. *Tegtmeier*, Militärgeschichtlicher Reiseführer Tannenberg. Hamburg-Berlin-Bonn 2000. S. 11-24; Frithjof Benjamin *Schenk*: Tannenberg/Grunwald. In: Etienne *Francois*/ Hagen *Schulze*: Deutsche Erinnerungsorte. Bd. I. München [3]2002, S. 438-454 (mit weiterführenden Literaturhinweisen S. 703); Mathieu *Olivier*: Erfolg und Scheitern von Siegesmythen, in: *Hahn*/*Traba* (wie Anm. 1) Bd. 1, S. 283-300; Janusz *Tycner*: Auf den Spuren von Tannenberg 1914. Ostpreußen im Ersten Weltkrieg. Ein kleines ABC. Warschau [3]2005, S. 5-12. Im Museum Grunwald wird eine dreisprachige Broschüre verkauft von Jacek *Borkowski*: Grunwald, blutiges Gefecht am Fest der Apostelteilung 1410.

12 *Tycner* (wie Anm. 11) S. 9f.; *Schenk* (wie Anm. 11) S. 442-446.

13 zit. nach *Müller-Tegtmeier* (wie Anm. 11) S. 77.

14 *Schenk* (wie Anm. 11) S. 446.

15 Zur Denkmalsanlage gehört auch ein großes steinernes Schlachtmodell, das bezeichnenderweise auf dem Hintergrund des Warschauer Paktes russische und tartarisch-muslimische Verbände auf der polnisch-litauischen Seite hervorhebt.

16 *Tycner* (wie Anm. 11) S. 5-10.

17 *Tycner* (wie Anm. 11) S. 10f., vgl. *Schenk* (wie Anm. 11) S. 453f.

18 Zur Schlacht von 1914 *Müller-Tegtmeier* (wie Anm. 11) S. 25-77; *Tycner* (wie Anm. 11) S. 13-52; Markus *Pöhlmann*: Tod in Masuren. Tannenberg 23. bis 31. August 1914. In: Stig *Förster* u. a. (Hg.): Schlachten der Weltgeschichte. Von Salamis bis Sinai. München [3]2005, S. 279-293.

19 Kuratorium für das Reichsehrenmal Tannenberg (Hg.): Tannenberg. Deutsches Schicksal – Deutsche Aufgabe. Oldenburg-Berlin 1939; Jürgen *Tietz*: Das Tannenberg-Nationaldenkmal. Architektur – Geschichte – Kontext. Berlin 1999; *Müller-Tegtmeier* (wie Anm. 11) S. 96-101; *Tycner* (wie Anm. 11) S. 83-123.

20 *Tycner* (wie Anm. 11) S. 110-114.

21 *Tycner* (wie Anm. 11) S. 12, vgl. *Schenk* (wie Anm. 11) S. 453f.

22 Zum Leid der Zivilbevölkerung vgl. *Kossert* (wie Anm. 1) S. 225-241; zu den Soldatenfriedhöfen der 1914 Gefallenen *Max Dehnen*: Die Kriegsgräber in Ostpreußen von 1914/15. Würzburg 1966; *Müller-Tegtmeier* (wie Anm. 11) S. 101-104.

23 Vgl. Karl-Heinz *Janssen*: Tannenberg – ein deutsches Verhängnis. In: DIE ZEIT vom 14.9.1977; Holger *Afflerbach*: Erst Dampfwalze, dann Sandkastenspiel (Die Schlacht bei Tannenberg im August 1914). In: DIE ZEIT vom 24.8.1994.

24 Zit. nach *Tycner* (wie Anm. 11) S. 24. Vgl. auch *Tietz* (wie Anm. 19) S. 203-206; Eugen *Kotte*: Grunwald-Mythos und „Tannenberg-Replik". Mythifizierende Geschichtsbilder als Unterrichtsgegenstand. In: Geschichte lernen Heft 102 (Nov. 2004) 17. Jahrgang, S. 29-35.

25 Alexander *Solschenizyn*: Das rote Rad, erster Knoten. August Vierzehn. München 1987. Der Reiseführer von Müller-Tegtmeier hat dieses Werk systematisch für seine Routenvorschläge herangezogen (S. 116-133). Vgl. Reinhold *Neumann-Hoditz*: Alexander Solschenizyn in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten. (romono) Reinbek bei Hamburg 1974, S. 117-122.

26 Uwe *Neumärker*/Robert *Cord*/Conrad *Woywod*: Wolfsschanze. Hitlers Machtzentrale im Zweiten Weltkrieg. Berlin [3]1999; Jerzy *Szynkowski*: Deutsche in der Wolfsschanze. Erfahrungen eines polnischen Fremdenführers. Kętrzyn/Rastenburg 2002; Stanislaw *Siemiński*: Wolfsschanze. Reiseführer. Kętrzyn 2006.

27 *Szynkowski* (wie Anm. 26) S. 7-9.

28 *Szynkowski* (wie Anm. 26) S. 85f.

29 *Szynkowski* (wie Anm. 26) S. 52, 88f.; *Neumärker* u. a. (wie Anm. 26) S. 188.

30 *Szynkowski* (wie Anm. 26).

31 *Szynkowski* (wie Anm. 26) S. 22-24.

32 Vgl. z. B. Wladyslaw *Markíewicz*: Polen und Deutsche: Ressentiments ohne Ende? In: *Hahn* u. a. (wie Anm. 1) S. 130-137; Christian *Nef*. u. a.: Die Schlacht der Zwillinge. In: Spiegel vom 18.6.2007, S. 24ff.

33 Jerzy *Szynkowski*: Masuren. Reiseführer. Rastenburg/Kętrzyn 2004; MERIAN August 2004: Masuren, Danzig und die Ostseeküste.

34 Ernst Wiechert hat im Rathaus von Mrągowo/Sensburg und an seinem Geburtsort, einem Forsthaus südlich der Stadt, gut besuchte Gedenkstuben erhalten. Zu den anderen genannten Autoren vgl. MERIAN (wie Anm. 33) S. 26-28, 38-43, 76-78, 112f. sowie Winfried *Freund*: ‚Dir ein Lied zu singen', eine literarische Reise durch das alte Ostpreußen. Rostock 2002.

E Das Königreich Jugoslawien zwischen Gründung und Untergang im Spannungsfeld der Großmächte (1918–1941). Asymmetrische Außenpolitik in der Zwischenkriegszeit unter den Bedingungen der europäischen Sicherheitskrise

Einführung

Die Geschichte des Königreichs Jugoslawien, seiner Gründung und seines Untergangs ist mit den Fatalitäten der Weltkriegsepoche eng verknüpft. Der Konflikt zwischen Österreich-Ungarn und dem Königreich Serbien als Kernland des späteren Jugoslawien nach dem Attentat von Sarajewo am 28.6.1914 führte direkt in den Ersten Weltkrieg. Nach dem Sieg der West- über die Mittelmächte 1918 formierte sich aus den Königreichen Serbien und Montenegro einerseits, den von Südslawen besiedelten Gebieten des zerfallenden Habsburgerreichs andererseits das neue „Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen", das 1929 die Bezeichnung „Königreich Jugoslawien" erhielt. Die Ermordung von dessen König Alexander 1934 in Marseille war ein unübersehbares Signal des über Europa heraufziehenden neuen Weltkrieges, dessen Ausbruch das Königreich Jugoslawien nur gerade einmal anderthalb Jahre überlebte, bevor es in einer grauenhaften Katastrophe unterging. Aus seinen Trümmern ging nach Jahren eines erbitterten Partisanen- und Bürgerkrieges die kommunistische Volksrepublik Jugoslawien unter Tito hervor. Diese war geradezu der diametrale Gegensatz zur explizit antikommunistischen Monarchie der Zwischenkriegszeit, die aus ihrer Verbundenheit mit dem 1917/18 untergegangenen Russland der Zaren keinen Hehl gemacht hatte. Alle Eliten und Verantwortungsträger des monarchischen Jugoslawien, die sich untereinander viel zu oft hoffnungslos zerstritten hatten, kamen ums Leben oder gingen ins Exil, um dort ihre Konflikte untereinander weiter zu pflegen und vor allem die Verantwortung für die Katastrophe zu überdenken bzw. den ehemaligen Gegnern zuzuschieben. Der revolutionäre Bruch mit der Vergangenheit konnte stärker nicht sein.

Aber auch das kommunistische Jugoslawien ging nach Jahrzehnten relativer Stabilität und Titos Tod unter und zerfiel seit 1991 in ein halbes Dutzend heftig verfeindeter Nachfolgestaaten. Tito hatte bei der Neugründung Jugoslawiens 1944/45, diesmal nicht als monarchischer, sondern als kommunistischer Zentralstaat, die Erinnerung an die Nationalitätenkonflikte und Bürgerkriege in der vorangehenden Epoche mit diktatorischen Mitteln unterdrückt, um seiner Staatsschöpfung bessere Überlebenschancen zu sichern, als sie das Königreich Jugoslawien besessen hatte. Das gelang ihm – während seiner Lebenszeit – dank seines großen politischen Pres-

tiges in Jugoslawien und weltweit. Doch schon vor seinem Tode 1980 zeigte sich, dass die schlimmen historischen Erinnerungen nur unterdrückt, nicht verarbeitet worden waren: Unter dem Einfluss der Ölkrise in der Mitte der 70er Jahre des 20. Jahrhunderts und beim Wechsel der politischen Großwetterlage 1989/91 flammten sie erneut auf.

Während der Sezessionskriege in Jugoslawien nach 1991 fühlte sich der historisch interessierte Beobachter immer wieder an die Geschichte des Königreichs in der Epoche der Weltkriege erinnert. Das „Experiment Jugoslawien" ist zwar heute endgültig gescheitert. Jugoslawien ist – wie die Donaumonarchie 1918 – in mehrere national fokussierte Nachfolgestaaten zerfallen, die zum Teil – mit internationaler Hilfe – noch sehr um ihre Überlebensfähigkeit kämpfen müssen. Eine Grundkenntnis der Geschichte Jugoslawiens in der Zwischenkriegszeit, die anscheinend zwangsläufig zu seinem Untergang 1941 führte, ist heute auch in Deutschland unentbehrlich, wenn man die aktuellen Probleme seiner Nachfolgestaaten begreifen will. Das wiedervereinigte demokratische Deutschland spielte 1991 bei der Etablierung der Nachfolgestaaten, vor allem Kroatiens, eine maßgebliche Rolle. Die Zukunft dieser Nachfolgestaaten kann heute nur in Europa liegen. Aber sie bringen ein schweres historisches Erbe ein. Das sollte in den übrigen Mitgliedsstaaten der Gemeinschaft wenigstens umrisshaft bekannt sein. Dem Königreich Jugoslawien in der Zwischenkriegszeit und seiner ambivalenten Beziehung zu Deutschland und Italien kommt dabei eine Schlüsselrolle zu.

Deutschland hat in der Geschichte Jugoslawiens von Anfang an eine entscheidende Rolle gespielt, infolge seines Macht- und Wirtschaftspotentials und seiner geographischen Lage. Die von vornherein sehr asymmetrische Beziehung zwischen dem Königreich Jugoslawien und Deutschland von 1918–1941, also zwischen Gründung und Untergang des Königreichs, ist ein eigenständiges Thema der zeit- und südosteuropageschichtlichen Forschung, aber in der hier versuchten Abgrenzung und Kontextuierung noch unbearbeitet – im Unterschied etwa zur jugoslawisch-österreichischen Beziehungsgeschichte.[1] Wichtige Teilaspekte des Themas, vor allem die in Deutschland meist nur den Spezialforschern bekannten inneren Verhältnisse des Königreichs oder das tragische Geschick Jugoslawiens im Kontext des Zweiten Weltkriegs, sind in einer fast unüberschaubaren Literatur ausgiebig behandelt worden. Die Gesamtproportionen unseres Themas werden aber durch solche Fokussierung verzerrt, so dass das Schicksal des Königreichs zwischen den beiden deutschen Besetzungen von 1915 (Serbien) und 1941 (Jugoslawien) als eine von Deutschland determinierte Katastrophe erscheint.

Erst im beziehungsgeschichtlich akzentuierten Überblick über die Gesamtepoche von 1918 bis 1941 wird deutlich, dass die Zerstörung des Königreichs durch Deutschland keineswegs unausweichlich war. Während der Jahre der Weimarer Republik bildete nicht Deutschland, sondern Italien die Hauptgefahr für den Bestand Jugoslawiens – und ebenso der großserbische Zentralismus. Allerdings war das deutsch-jugoslawi-

sche Verhältnis auch schon vor 1933 stark asymmetrisch – infolge der großen Wirtschaftskraft Deutschlands. Deutschland blieb aber auch nach 1933 an einem stabilen und neutralen Jugoslawien interessiert – aus wirtschafts- und kriegspolitischen Gründen. Insofern unterschied sich die deutsche Jugoslawienpolitik nach 1933 grundlegend von der gegenüber Österreich, der Tschechoslowakei, Polen und der Sowjetunion.

Das Königreich Jugoslawien entstand am Ende des Ersten Weltkriegs als eine staatliche Neuschöpfung aus sehr heterogenen Elementen mit gewaltigen Integrations- und Entwicklungsaufgaben. Als Staat allenfalls mittleren Gewichts musste es von Anfang an vor allem seine Beziehung zu den europäischen Großmächten klären, um in deren Konflikten überleben zu können. Angesichts des durch die Pariser Friedenskonferenz 1919 angehäuften Spannungspotentials war dies keine leichte Aufgabe im Donau- und Balkanraum, der durch den Kriegsausgang mit der Zerschlagung Österreich-Ungarns und des Osmanischen Reiches entscheidend umstrukturiert worden war. Seine Nachbarstaaten hatten mit ähnlichen Problemen zu kämpfen. Gleichwohl kam es zu keiner stabilen Regionalverständigung, da die fundamentalen Differenzen zwischen den „Siegern“ und „Besiegten“ von 1918, „Revisionisten“ und „Antirevisionisten“ nicht ausgeräumt werden konnten. So hatten die Großmächte leichtes Spiel, von außen her den Staaten des Südostraumes ihre Interessen aufzuzwingen, zumal diese auch um ihre innere Stabilität ringen mussten.

Dabei gingen Italien, dann Deutschland und die Sowjetunion voran. Die Blockbildung zwischen West- und Achsenmächten in Europa seit Mitte der dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts führte dann alle Südoststaaten in eine Zerreißprobe, die sie nicht überlebten.

Jugoslawien ist auf diesem Hintergrund ein besonders tragischer Fall: Es ging 1941 als Staat unter, wie 1938/39 die Tschechoslowakei, aber im Unterschied zu dieser in einem Krieg, der sich in einem Partisanen- und Bürgerkrieg bis 1945 fortsetzte. Nach 1945 entstanden die Tschechoslowakei und Jugoslawien unter kommunistischer Herrschaft als Staaten neu. Aber in der großen europaweiten „Wende“ von 1989/91 brach Jugoslawien als Gesamtstaat erneut auseinander, diesmal nicht infolge eines Angriffs von außen wie 1941, sondern einer vor allem intern bedingten Implosion. Demgegenüber teilte sich die Tschechoslowakei friedlich in ihre beiden Hauptbestandteile auf.

Durch die erneuten Bürgerkriege in den 1990er Jahren gewinnt der Untergang des Königreiches Jugoslawien ein halbes Jahrhundert zuvor heute eine beklemmende Aktualität. Hätte die Katastrophe des ersten Jugoslawien vermieden werden können? Wo lagen ihre ausschlaggebenden Ursachen? Diese Fragen tragen unsere Darstellung. Die Antworten der Historiker aus den verschiedenen beteiligten Nationen fallen keineswegs einheitlich aus – zu sehr geht es hier um historisch-politische Verantwortlichkeiten für den beispiellosen Untergang eines ganzen Staates –, aber ein ge-

wisser Konsens zeichnet sich immerhin ab nach dem Untergang des Deutungsmonopols der sowjet- und titokommunistischen Geschichtsschreibung seit den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts.

Unsere Darstellung geht in folgenden Schritten vor:

I Die Gründung des „Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen“ – eine Notgeburt?
II Die Königsdiktatur 1929–1934 – Verschärfung der Staatskrise bei wachsender Bedrohung von außen
III Prinzregent Paul und Ministerpräsident Stojadinović – Moderierung der Diktatur im Kontext deutscher Machtsteigerung, italienischen Seitenwechsels und westlicher Appeasement-Politik
IV Jugoslawiens Außenhandel in der Weltwirtschaftskrise – ein ökonomisches und politisches Dilemma
V Das Jahr 1938 – Hitler, Mussolini und Stojadinović als „Partner“?
VI Das Jahr 1939 – Vom Sturz Stojadinovićs bis zum Kriegsbeginn

VII Jugoslawiens zwiespältige Neutralitätspolitik im ersten Kriegsjahr – zwischen Scylla und Charybdis
VIII Jugoslawiens Beitritt zum Dreimächtepakt und der Militärputsch in Belgrad (März 1941) – der Sturz in den Abgrund

Die nur zwanzig Jahre währende Geschichte des Königreichs Jugoslawien ist in geradezu tragischer Weise mit der Geschichte Europas in der Weltkriegsepoche verknüpft – die überall wirksame Verflechtung von Innen- und Außenpolitik führte hier zu anscheinend unlösbaren Problemlagen. Der 1918 geschaffene neue Vielvölkerstaat Jugoslawien litt in extremer Weise unter den Folgen des Ersten Weltkriegs und den Mängeln des danach geschaffenen Staaten- und Sicherheitssystems. Das bewirkte schon 1929 die Suspendierung der parlamentarischen Demokratie durch die Errichtung der Königsdiktatur. Die kurz später von Amerika ausgehende Weltwirtschaftskrise stürzte große Teile der Bevölkerung ins Elend und beeinträchtigte – wie auch anderswo – den ohnehin begrenzten außenpolitischen Handlungsspielraum des Landes, der dann nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges in nur anderthalb Jahren – trotz aller Bemühungen um Neutralität – vollends vernichtet wurde.

Das Schicksal des Königreiches schien auf diesem Hintergrund geradezu determiniert. Und doch gab es – auf der Ebene politischer Ereignis- und Personengeschichte – Personen und Situationen, die – im Rückblick von heute her – eine Chance zur Abwendung des Verhängnisses geboten hätten. Die von König Alexander 1934 geplante, von Prinzregent Paul und seinem Ministerpräsidenten Milan Stojadinović ab 1935 bewirkte Umorientierung der jugoslawischen Außenpolitik von der primären Bindung an die Westmächte zur Äquidistanz zwischen den demokratischen und faschistischen Mächten bot durchaus die Möglichkeit, Jugoslawien aus dem sich abzeichnenden Krieg zwischen revisionistischen und antirevisionistischen Mächten

herauszuhalten. Der Sturz Stojadinovićs im Frühjahr 1939 und vollends der Belgrader Militärputsch vom 27.3.1941 verstellten diese Option. Gleichwohl verdient sie heute eine deutliche Herausarbeitung, um die fatale Überdetermination politischen Handels durch eine ausschließlich an Prozessen und Strukturen orientierte Geschichtsdarstellung aufzubrechen und damit Raum zu schaffen für die didaktischen Potentiale des Themas.

I. Die Gründung des „Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen" – eine Notgeburt?[2]

1 Staatsgründung 1918/19

Die Gründung des Königreichs am Ende des Ersten Weltkriegs führte historisch und politisch nur schwer vereinbare, kleinere südslawische Nationalitäten und zahlreiche Minderheiten in einem Staatskörper von mittlerem Gewicht zusammen. Die Völker und Minderheiten befanden sich teilweise noch in der nationalen Aufbruchsphase, sie waren daher noch wenig stabil, dafür umso aggressiver in der Abgrenzung nach außen. Zudem waren sie zwar meist südslawischen Ursprungs, aber historisch nie in einem gemeinsamen Staatswesen vereint gewesen. Ganz im Gegenteil: Die anderthalb Jahrtausende zurückreichende Kulturgrenze zwischen west- und oströmischem Reich, Rom und Konstantinopel, römischem und griechischem Christentum, die auch für die erst später einwandernden slawischen Völker prägend wurde, verlief mitten durch den neuen Staat: Kroaten und Slowenen wurden römisch-katholische, Serben und Bulgaren (Mazedonier) griechisch-orthodoxe Christen.

Serben und Kroaten schufen im hohen Mittelalter eigene Königreiche. Die Kroaten gerieten aber bald unter die Herrschaft der ungarischen Könige, und nach deren Untergang 1526 in der Schlacht bei Mohacz unter die der erbberechtigten österreichischen Habsburger. Die Serben schufen im hohen Mittelalter ein Großreich, das sich als Erbe von Byzanz verstand, aber dann 1389 auf dem Amselfeld (Kosovo) von den ebenfalls auf Konstantinopel abzielenden osmanischen Türken vernichtend geschlagen wurde – ein im 19. Jahrhundert neu belebtes, im serbischen Geschichtsbewusstsein bis heute virulentes Trauma. Die Serben wurden von den Türken und Albanern nach Norden abgedrängt. Sie kamen aber auch hier unter die – nie akzeptierte – türkische Herrschaft. Viele folgten der mit großen Privilegien versehenen Einladung der Habsburger als Wehrbauern an der „Militärgrenze" im heutigen Kroatien. Ein Teil der Serben und Kroaten in Bosnien ging zum Islam über, ebenso wie die Albaner, die in das alte serbische Kerngebiet im Kosovo nachrückten.

Nach dem Scheitern des türkischen Angriffs auf Wien 1683 und der Rückeroberung Ungarns durch den Prinzen Eugen bildete sich seit dem Beginn des 18. Jahrhunderts (1718 Frieden von Passarowitz) eine für fast 200 Jahre verhältnismäßig stabile Grenze zwischen den Großmächten der Habsburger in Österreich und Ungarn und der Osmanen südlich der Donau heraus.

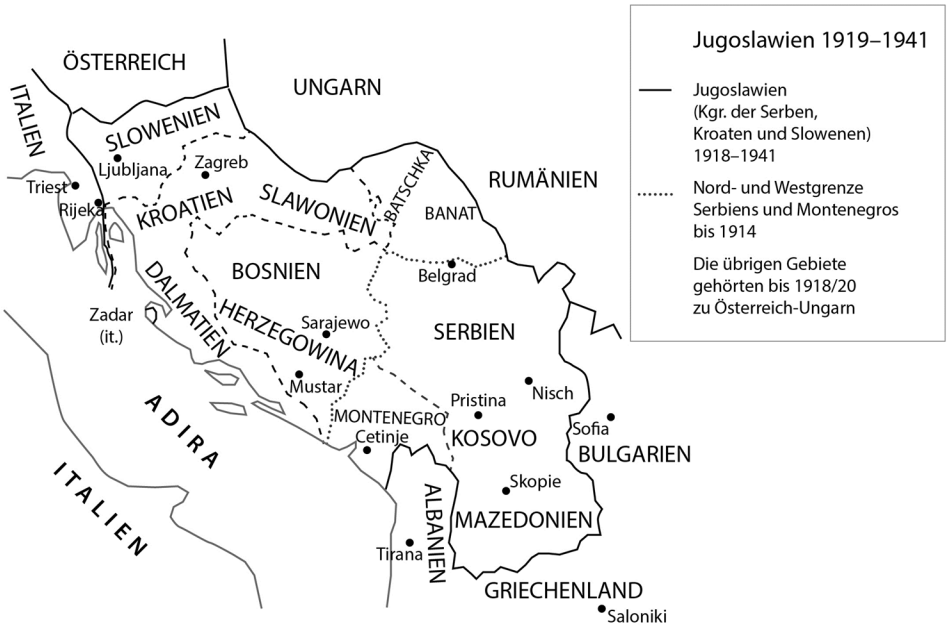

Abb. 17 Jugoslawien 1919–1941

Das Osmanische Reich geriet zu Beginn des 19. Jahrhunderts, ermattet durch Niederlagen an vielen Fronten, in die Defensive gegen die sich erhebenden christlichen Balkanvölker, die sich unter dem Einfluss des in Europa erwachenden integralen Nationalismus ihrer Eigenart gegenüber der „Fremdherrschaft“ bewusst wurden. Als erste erkämpften sich Serben und Griechen eigene Staaten. Auf dem Berliner Kongress 1878 kamen Bosnien und Herzegowina unter österreichisch-ungarische Verwaltung. Ethnische und religiöse Grenzlinien waren dort geradezu unentwirrbar miteinander verzahnt, aber im vornationalistischen und multikulturellen Zeitalter bedeutete das wenig. Erst das Vordringen des integralistischen Nationalkonzepts machte diese Verhältnisse zum Sprengstoff. Seit der Annexion von Bosnien und Herzegowina durch Österreich–Ungarn 1908 wurde dieser Vielvölkerstaat anstelle des Osmanischen Reiches zum Todfeind Serbiens. Die Regierung in Belgrad wollte zwar keinen Krieg – das Land war durch die Balkankriege 1912/13 viel zu erschöpft, und gewaltige Entwicklungsaufgaben waren in den stark erweiterten Grenzen in Angriff zu nehmen. Die Ermordung des österreichischen Thronfolgers in Sarajevo durch bosnisch-serbische Terroristen setzte aber im Sommer 1914 gleichwohl die Mechanik der europäischen Bündnissysteme im Pulverfass Europa in Gang – der Erste Weltkrieg brach aus.

Bereits 1914 verließen oppositionelle Südslawen Österreich-Ungarn, um in der Emigration unter enger Anlehnung an die Westmächte für die Schaffung eines alle Südslaven umfassenden Staates zu arbeiten. Am 30.5.1915 gründeten sie unter

Leitung des Kroaten Ante Trumbić das „Jugoslawische Komitee“. Dieses bekämpfte vor allem den Londoner Vertrag vom 26.4.1915, der Italien für seinen Kriegseintritt aus der österreichisch-ungarischen „Erbmasse“ Gebiete am Isonzo, in Istrien und Dalmatien versprach, die von Kroaten und Slowenen besiedelt waren. Um Rückhalt gegen Italien zu gewinnen, schloss Trumbić am 20.7.1917 mit dem serbischen Ministerpräsidenten Nikola Pašić den „Pakt von Korfu“, in dem die Gründung eines demokratischen Königreichs der Serben, Kroaten und Slowenen unter der serbischen Dynastie Karadjordjević vereinbart wurde. Dennoch gelang es Trumbić weder, sich mit Pašić über die Frage, ob der neue Staat ein Zentral- oder Bundesstaat werden solle, zu einigen, noch sich mit Italien über die ungelösten territorialen Probleme zu verständigen.

Nachdem die alliierte Durchbruchsoffensive an der Salonikifront im September 1918 die Südostflanke der Mittelmächte weit aufgerissen hatte, verkündete am 29.10. in Zagreb, damals Agram, ein neugebildeter Nationalrat die Unabhängigkeit aller Südslaven der Doppelmonarchie. Während Österreich-Ungarn am 3.11. kapitulierte, stießen die Italiener unter Berufung auf das Londoner Abkommen und die Tatsache, dass Kroaten und Slowenen – zwangsweise – auf der Gegenseite gekämpft hatten, tief in südslawisch besiedeltes Gebiet vor. Um sich vor den Italienern zu retten, entschied sich der Agramer Nationalrat nach schweren inneren Auseinandersetzungen am 24.11.1918 für den „Anschluss“ an das bereits um Bosnien-Herzegowina und Montenegro vergrößerte Serbien – gegen den expliziten Widerspruch des Führers der republikanischen Kroatischen Bauernpartei, Stjepan Radić, hinter dem die Masse des kroatischen Volkes stand, wie sich nach den ersten Wahlen unter dem gleichen und allgemeinen Wahlrecht herausstellte.

Aber auch auf serbischer Seite erhob man Einwände gegen eine Vereinigung. Hier erkannte besonders Pašić die Gefahren, die sich für das kriegserschöpfte Serbien aus dem Gewinn so großer heterogener Gebiete ergaben. Dennoch rief der Prinzregent Alexander von Serbien am 1.12.1918 das „Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen“ aus.[3]

So entstand der „österreichischste“ aller Nachfolgestaaten, der neben den drei Staatsvölkern, die außerdem drei verschiedenen Religionsgemeinschaften angehörten (der römischen und der griechischen Kirche sowie dem Islam), starke deutsche, ungarische, rumänische, mazedonisch-bulgarische und albanische Minderheiten einschloss. Völker, die seit Jahrhunderten völlig unterschiedliche historische Erfahrungen gemacht und politisch nie zusammengehört hatten, wurden nun – ein gewagtes Experiment – in einem neuen Staat vereinigt – ohne vorherigen Fundamentalkonsens über grundlegende Bedingungen des staatlichen Zusammenlebens.[4] Dieser neue Staat war zwangsläufig von der ersten Stunde seiner Existenz an mit einer Fülle von ineinander verquickten innen- und außenpolitischen Problemen belastet.

Die Wahlen zur verfassungsgebenden Nationalversammlung (Skupština) vom 28.11.1920 endeten mit dem Sieg der zentralistisch gesonnenen Parteien. Die 1919 neu gegründete bürgerliche „Demokratische Partei“ (DS) postulierte eine unteilbare „jugoslawische“ Nation und lehnte jede Form von ethnisch, historisch, konfessionell oder kulturell begründeter Autonomie ab. Alle Rivalitäten der „Stämme“ sollten durch einen zentralistischen Staatsaufbau ausgehebelt werden. Dies war ein konsequentes „jugoslawisches“ Integrationsprogramm. Bezeichnenderweise verweigerten sich aber die nichtserbischen Nationalitäten, die Demokraten blieben nach Programm und Anhang eine serbische Partei.

Die serbische „Radikale Volkspartei“ (NRS) – schon 1881 gegründet – gewann fast ebenso viel Sitze wie die Demokraten (91 von 419). Ihr Führer Nikola Pašić hatte erfolgreich die Geschicke Vorkriegsserbiens gelenkt, aber jetzt im Alter von 73 Jahren war er offensichtlich zu alt, um seine bisherige großserbische Zielprojektion zugunsten eines jugoslawischen Integrationsmodells aufgeben zu können. Mit dem fragwürdigen Konstrukt der „dreinamigen Nation“ versuchten Pašić und seine Partei, die serbische mit der jugoslawischen Nationalstaatsidee zu kombinieren.

Drittstärkste Partei wurde die 1919 gegründete „Kommunistische Partei Jugoslawiens“ (KPJ). Sie profitierte von der sozialen Notlage breiter Bevölkerungskreise, vermochte aber wegen unerbittlicher Flügelkämpfe und langjährigen Verbots im Königreich Jugoslawien keine ausschlaggebende Rolle zu spielen.

Viertstärkste Partei – mit 50 Abgeordnetensitzen – wurde die „Kroatische Republikanische Bauernpartei“ (HRSS). Die von den Brüdern Antun und Stjepan Radić schon 1904 gegründete Partei kam erst jetzt zum Durchbruch, nachdem die Ausschließung großer Teile der Landbevölkerung infolge des bis 1918 geltenden hohen Wahlzensus aufgehoben worden war. Die Partei kämpfte für die Errichtung einer kroatischen Bauernrepublik im Rahmen einer südslawischen Konföderation.[5]

Anfang 1921 wurde ein Verfassungsausschuss der Skupština gewählt, in dem – auch infolge des Boykotts kroatischer Abgeordneter – die zentralistisch gesonnenen Parteien über eine knappe Mehrheit verfügten. Sie setzten gegen die Vereinbarungen von 1917 per Geschäftsordnung durch, dass über die Verfassung mit einfacher Mehrheit abgestimmt werden sollte. Sie setzten auch die Vereidigung der Parlamentsabgeordneten auf den König durch, was einer Präjudizierung der Staatsordnung gleich kam. Am 28. Juni 1921 (St. Veitstag) wurde der zentralistische Verfassungsentwurf mit knapper Mehrheit in der Skupština angenommen. Dafür stimmten 223 meist serbisch-orthodoxe Parlamentarier, von den 196 meist katholischen Gegnern waren nur 35 zur Abstimmung erschienen. Die Verfassung räumte dem Monarchen eine starke Position ein. Das Verhältnis von König und Parlament war auf dem Prinzip der Parität aufgebaut.

„Die vom König ernannten Regierungsmitglieder waren nicht nur dem Parlament, sondern auch dem Monarchen verantwortlich, der seinerseits keinerlei Kontrolle unterlag. … Die Grundsätze des nationalen Unitarismus und staatlichen Zentralismus drückten den Vorkämpfern für die Anerkennung und Gleichberechtigung der ‚kleineren' Nationen von vornherein den Stempel der Verfassungsfeindlichkeit auf. Wenn auch die Serben nicht die absolute Mehrheit der Gesamtbevölkerung stellten, wurden sie als relativ stärkste Gruppe von der zentralistischen Verfassung automatisch begünstigt."[6]

Im Gegensatz zu anderen Nachfolgestaaten der Donaumonarchie – etwa der Tschechoslowakei – war Jugoslawien durch die Kriegsereignisse auf dem Balkan seit 1912 stark in Mitleidenschaft gezogen worden, vor allem im Südosten. Noch wichtiger war es, die beiderseits der alten Militärgrenze zwischen Österreich und Osmanischem Reich sehr unterschiedlichen Wirtschafts- und Sozialstrukturen sowie die Verkehrsnetze aufeinander abzustimmen.

„Durch Vereinheitlichung der Währungen, der Steuersysteme und der Agrarverfassungen sowie durch Anpassung der verschiedenen Infrastrukturen an die Erfordernisse des neuen Binnenmarktes sollten die Voraussetzungen für eine wirtschaftliche und soziale Integration geschaffen werden. Die Nachfolgekosten des Krieges sowie das im Durchschnitt niedrige ökonomische Ausgangsniveau auf der einen und das scharfe Entwicklungsgefälle zwischen Nordwesten und Südosten auf der anderen Seite erschwerten die Lösung dieser Aufgabe, da eine Umverteilung der Mittel gemäß den gesamtgesellschaftlichen Bedürfnissen fast zwangsläufig auf nationale Empfindlichkeiten stieß."

Fast 80 % der Erwerbstätigen lebten von der Landwirtschaft; die Industrie spielte nur eine geringe Rolle. Lediglich in Slowenien, in der Region um Agram und in der Wojwodina gab es nennenswerte Ansätze zur Industrialisierung. Über die Hälfte der Bevölkerung bestand aus Analphabeten. In Slowenien lag ihr Anteil nur bei 9 %, in Teilen Bosniens und Mazedoniens bei mehr als 80 %.

Jugoslawien verfügte über zahlreiche Bodenschätze, Holz und Wasserenergie, blieb aber für deren Erschließung auf fremde Kapitalgeber angewiesen, deren Hauptinteresse in preiswerter Rohstoffversorgung, nicht in der Entwicklung der jugoslawischen Wirtschaft bestand.

Mit 60 Dollar (zu Preisen von 1938) belief sich das jährliche Pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerung nicht einmal auf ein Fünftel des vergleichbaren Einkommens in Deutschland. Jugoslawien konnte in den Jahren nach der Staatsgründung den Teufelskreis der Unterentwicklung nicht durchbrechen.

„Während es in Serbien und Montenegro vor dem Krieg nur freie Bauern und kaum Großgrundbesitzer gegeben hatte, trug die Bevölkerung in den übrigen Gebieten noch schwer am Erbe einer feudalen Vergangenheit. … In

Bosnien-Herzegowina, in Kroatien und der Wojwodina war es bereits bei Kriegsende zu ‚wilden' Enteignungen der Großgrundbesitzer durch aufrührerische Bauern gekommen. Die von der Regierung in Angriff genommenen Agrarreformen wurden verwässert und zogen sich über zwölf quälende Jahre hin. Aber der Staat sah sich zumeist nicht in der Lage, die neuen Bodeneigentümer mit dem erforderlichen Betriebskapital zu versehen, so dass die Produktivität im Vergleich zu früher sank."[7]

Die Agrarreform löste nicht das Hauptproblem der ländlichen Überbevölkerung. Die ständig fortschreitende Zersplitterung des Bodenbesitzes infolge der Erbteilungen belastete zusätzlich die Produktivität, die im Durchschnitt weit unter dem mitteleuropäischen Niveau lag und bei den Hauptanbauprodukten Mais, Weizen und Roggen kaum die Hälfte der in Deutschland erzielten Erträge erreichte. Die wachsende Not auf dem Lande gefährdete den sozialen und politischen Frieden.

3 *Antirevisionistische Außenpolitik eines instabilen Staates unter besonderer Berücksichtigung der Beziehungen zu den Revisionsgroßmächten Italien und Deutschland*[8]

Gründungsgeschichte und innere Situation des neuen, sehr heterogenen Staates machen unmissverständlich deutlich, dass seine Stabilisierung nur in einer langen Friedensepoche gelingen konnte. Diese Notwendigkeit galt infolge seiner Nationalitätenstruktur für Jugoslawien noch in ungleich stärkerem Maße als für seine engsten Verbündeten in der Kleinen Entente, Rumänien und die Tschechoslowakei, die ebenfalls zu den „Erben" des alten Österreich-Ungarn gehörten. Über die absolute Friedenspriorität für diese Nachfolgestaaten waren sich auch alle Einsichtsfähigen einig. Dennoch gingen Jugoslawien und die Tschechoslowakei nach nur zwei Jahrzehnten als Staaten unter, Rumänien musste seine innere und äußere Gestalt gravierend verändern, um überleben zu können. Woran lag das?

Die Pariser Vorortverträge von 1919/21 bescherten Europa und der Welt keine nachhaltige Friedensordnung, wie etwa der Wiener Kongress hundert Jahre zuvor, sondern spalteten Sieger und Besiegte auch während der Nachkriegszeit in Gegner und Verteidiger des Vertragssystems, die sog. Revisionisten und Antirevisionisten unter den Führungsmächten Deutschland und Frankreich. Der deutsch-französische Gegensatz hat die europäische Politik der Zwischenkriegszeit entscheidend geprägt und wesentlich zum Sieg des Faschismus und Nationalsozialismus in Italien und Deutschland 1922/1933 beigetragen. Die Staaten Ostmittel- und Südosteuropas gerieten dadurch in eine zunehmend ausweglose Situation: Von ihren Geburtshelfern, den Westmächten, waren sie räumlich abgeschnitten durch die Revisionsmächte Italien und Deutschland, an ihren Ostgrenzen drohten Sowjetunion und Kommunismus als äußere und innere Gefahr, die aber in Polen, Rumänien und Jugoslawien viel intensiver empfunden wurde als etwa in der Tschechoslowakei.

Der Zusammenbruch der Kaiserreiche in Mittel-, Ost- und Südosteuropa 1917/18 bot den Staaten des Donau- und Balkanraums erstmals die Chance, ihr politisches Schicksal selbst in die Hand zu nehmen. Dafür bedurfte es allerdings nach der Weltkriegskatastrophe mit ihren verheerenden sozialen und ideologischen Folgen eines Minimums an konsensfähigen inneren Voraussetzungen und darüber hinaus außergewöhnlicher Staatsmänner.

Jugoslawien verfügte weder über das eine noch das andere. Die politische Elite des Landes war vom großserbischen Gedanken geprägt und verspielte schließlich alle inneren Konsens- und Integrationsmöglichkeiten, womit der Erpressung durch auswärtige Mächte Tür und Tor geöffnet war. Während Deutschland und Sowjetrussland als Hauptgefahren für die Tschechoslowakei bzw. Rumänien durch Kriegsniederlage und Bürgerkriege für mehr als ein Jahrzehnt an expansiver Außenpolitik gehindert waren, gehörte Jugoslawiens Hauptgegner, *Italien*, zu den Siegermächten des Ersten Weltkriegs, fühlte sich aber nicht als solche, weil es wesentliche seiner Kriegsziele im Adriaraum (Dalmatien) nicht durchsetzen konnte. Der italienische Vormarsch nach Osten bei Kriegsende erzwang die vorzeitige Proklamation des neuen Staates – eine im Rückblick gesehen fatale Entscheidung. Der fundamentale Gegensatz Jugoslawiens zur Siegergroßmacht Italien zwang es gleich von seiner Geburtsstunde an in eine gefährliche, von krasser Asymmetrie determinierte außenpolitische Konstellation hinein.

Jugoslawien war zudem von weiteren Revisionsmächten mit Territorialansprüchen umgeben, Ungarn, Bulgarien, Albanien, die Italien sich für Pressionen zunutze machen konnte. Welche Alternativen boten sich der jugoslawischen Außenpolitik in dieser brisanten Gefahrensituation?

Unersetzlich blieb für Jugoslawien die notfalls auch massive Unterstützung einer Großmacht gegen Italien. Die Bundesgenossen Serbiens aus dem Ersten Weltkrieg kamen dafür aber nicht mehr in Frage. Frankreich hatte ganz andere Prioritäten als Jugoslawien: Es brauchte Italien, um die harte Siegerpolitik gegen Deutschland fortsetzen zu können – anders als die angelsächsischen Mächte. Aber auch für diese gab es andere Prioritäten: Für Großbritannien war das Einvernehmen mit Italien im Mittelmeerraum wichtiger als eine Existenz- und Integritätsgarantie zugunsten Jugoslawiens, und die Vereinigten Staaten zogen sich nach ihren frustrierenden Erfahrungen auf der Pariser Friedenskonferenz für fast zwei Jahrzehnte überhaupt weitgehend aus der Machtpolitik Europas zurück.

So ergab sich schon früh eine Konstellation, in der ausgerechnet die beiden Kriegsverlierer Sowjetrussland und Deutschland, die keine relevanten Interessengegensätze mit Jugoslawien hatten, Jugoslawien möglicherweise stützen konnten. Aber beide waren noch stark geschwächt, und die Sowjetunion betrachtete das Königreich Jugoslawien als Klassenfeind. Es gab zu Belgrad keine diplomatischen Bezie-

hungen, dort residierte noch der Botschafter des Zarenreiches und die Kommunistische Partei war verboten.

Es gab nur eine Möglichkeit, die Sicherheit Jugoslawiens nachhaltig und durchschlagend zu sichern: Die *Verständigung mit dem Erzfeind Italien* zumindest über den Ausschluss kriegerischer Gewaltanwendung bei der Regelung von Konflikten. Dazu bot die Machtübernahme Mussolinis in Rom Ende 1922 Gelegenheit. Der Diktator bemühte sich zunächst um einen Ausgleich mit Jugoslawien und schloss am 27.1.1924 einen Freundschaftspakt mit ihm. Als aber eine Anzahl von Einzelregelungen zu diesem Vertrag, die sog. „Nettunokonventionen" in der Skupština auf leidenschaftlichen Widerstand kroatischer Abgeordneter stießen, beschloss Mussolini die Einkreisung und Zerstörung des innerlich labilen Jugoslawiens, um an der Adria das imperialistische Ziel des „Mare nostro" verwirklichen zu können.

Die innenpolitische Blockierung außenpolitisch notwendiger Grundsatzentscheidungen blieb ein Kernproblem jugoslawischer Außenpolitik bis zum Untergang 1941.[9]

Mussolini schloss nun am 27.11.1926 mit Albanien ein Wirtschaftsabkommen, am 22.11.1927 ein Militärbündnis. In Albanien herrschte seit Ende 1924 Ahmed Zogu als Diktator, der am 1.9.1928 den Titel „König der Albaner" annahm und damit seinen Anspruch auf das von Albanern besiedelte serbische Amselfeld zum Ausdruck brachte. Am 5.4.1927 schloss Mussolini mit dem bis dahin isolierten Ungarn, am 23.9.1928 mit Griechenland, das wegen der Freihafenzone in Saloniki mit Jugoslawien in Konflikt geraten war, schließlich am 6.3.1930 mit Österreich einen Freundschaftsvertrag. Er bemühte sich außerdem um Bulgarien, wo seit 1919 die Anhänger einer großjugoslawischen Föderation mit denen einer Revision allen Nachbarstaaten gegenüber in der Regierung wechselten. Endlich unterstützte Mussolini zwei gegen den Bestand Jugoslawiens gerichtete Terrororganisationen, die berüchtigte Innere Mazedonische Revolutionäre Organisation (IMRO), die Mazedonien an Bulgarien anschließen wollte, und die Ustaša (der „Aufständische") des 1929 nach Italien emigrierten ehemaligen Agramer Rechtsanwalts Ante Pavelić, der für die Unabhängigkeit Kroatiens kämpfte.[10]

Jugoslawien stützte sich gegen das um Italien versammelte revisionistische Lager vor allem auf die „*Kleine Entente*". Diese war aus drei 1920 und 1921 abgeschlossenen Verträgen zwischen Jugoslawien, Rumänien und der Tschechoslowakei hervorgegangen und richtete sich gegen jede Revision der ungarischen Grenzen sowie eine Restauration der Habsburger in Österreich oder Ungarn. Die Kleine Entente bemühte sich um das außenpolitische Gewicht einer Großmacht, aber dem standen ihre geographische Situation und der Umstand, dass jedes der drei Mitglieder eine andere Großmacht zum Hauptgegner hatte, diametral entgegen. Sie wurde besonders von Frankreich umworben, das sich über die kollektive Sicherheit des Völkerbundes hinaus nach 1919 noch ein eigenes Sicherheitssystem östlich und südöstlich von

Deutschland aufbauen wollte. Belgrad lehnte jedoch einen Beitritt zum französisch-tschechoslowakischen Militärbündnis vom 25.1.1924 ab, da Jugoslawien für seine innere Konsolidierung vor allem äußere Ruhe brauche und daher eine Belastung mit der deutsch-französischen Spannung vermeiden müsse. Dennoch kam es am 11.11.1927 angesichts der zunehmend feindseligen Haltung Mussolinis zu einem französisch-jugoslawischen Freundschaftsvertrag.[11]

Damit aber geriet Jugoslawien in das Fahrwasser der französischen Politik. Das war durchaus problematisch, weil der unsichere Beistand Frankreichs keineswegs ausreichte, um Jugoslawien vor den Ambitionen des faschistischen Italien zu sichern. Jugoslawien hatte zuvor nur auf wirtschaftlichem Gebiet mit Deutschland zu tun gehabt, da sich die Weimarer Republik um die für ihre Rechte auf schulischem und kulturellem Gebiet schwer kämpfende deutsche Minderheit – etwa eine halbe Million Menschen – nur wenig kümmerte (was ja auch eher in den Aufgabenbereich der österreichischen Regierung fiel).[12]

Die Beziehungen zwischen dem Kriegsverlierer Deutschland und der neuen Staatsschöpfung Jugoslawien entwickelten sich nach 1918 erst allmählich – im Unterschied zu den französisch-jugoslawischen Beziehungen, die direkt an die Bundesgenossenschaft zwischen Frankreich und Serbien im Ersten Weltkrieg anknüpfen konnten. Deutsche Truppen hatten bei der Eroberung Serbiens im Herbst 1915 die entscheidende Rolle gespielt, infolgedessen sicherte der Versailler Vertrag Jugoslawien einen Anteil von 5 % an den deutschen Reparationen zu. Deren Abwicklung verursachte einige Probleme,[13] aber Deutschland und Jugoslawien waren keine direkten Nachbarn mit strittigen Grenz- und Minderheitsfragen, wie sie das Verhältnis Jugoslawiens zu fast allen seinen Nachbarn belasteten. Wirtschaftlich ergänzten sich beide Länder gut, aber in der seit 1919 akuten Frage eines Anschlusses Österreichs an Deutschland gab es erhebliches Konfliktpotential.

Die politischen Beziehungen Jugoslawiens zu Österreich als der bis zum Ersten Weltkrieg führenden Großmacht im Donauraum, die große Territorien an den neuen Staat hatte abgeben müssen, waren von vornherein erheblich gespannter als die zu Deutschland, auch wurde die Gefahr einer Restauration der Habsburger in Österreich oder Ungarn von der Regierung in Belgrad als sehr groß eingeschätzt. Ein „Anschluss“ Österreichs hätte Deutschland zum direkten Nachbarn Jugoslawiens gemacht, das weckte große Befürchtungen im Hinblick auf den „historischen Drang“ der Deutschen nach Süden, zur Adria. Auch mit Rücksicht auf den französischen Bundesgenossen, der jede Vergrößerung des deutschen Machtpotentials strikt ablehnte, war Belgrad Gegner des „Anschlusses“.[14]

Das deutsch-jugoslawische Verhältnis war von vornherein stark asymmetrisch. Trotz der Niederlage blieb Deutschland Großmacht – anders als Österreich. Im Krisenjahr der Weimarer Republik 1923, in dem Frankreich die Siegerpolitik gegen das Reich durch die Ruhrbesetzung auf die Spitze trieb, berichtete der deutsche

Gesandte in Belgrad, Keller, am 26.2. über jugoslawische Wünsche, mit deutscher Hilfe eine Waffen- und Munitionsfabrik zu errichten. Kriegsminister Pešić habe ihm gegenüber erklärt,

> „der Zweck der Regierung bei dieser Aktion sei ihr Bestreben, von der französischen und tschechischen Bevormundung sich frei zu machen. Sowohl Schneider als auch Skoda beuteten den SHS-Staat (Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen, B. M.) in schmählicher Weise aus, indem sie übertriebene Preise forderten, und ähnlich werde es ihnen auch ergehen, wenn sie mit Hilfe des französischen Kapitals im Lande eine Fabrik errichten würden".

Der im Auswärtigen Amt zuständige Legationsrat Freiherr von Ow-Wachendorf stellte die Angelegenheit in seiner Antwort in größere Zusammenhänge, die höchst aufschlussreich sind für die deutsche Einschätzung Jugoslawiens im Krisenjahr 1923:

> „Krupp zeigt für die Pläne des Kriegsministeriums entschiedenes Interesse. Die Direktion ist sich natürlich darüber klar, dass eine Finanzierung auf Reparationskonto nicht in Frage kommen kann und dass das Unternehmen nur in größter Heimlichkeit und auf Umwegen über Neutralien oder England durchgeführt werden darf. …
> Ob die Sache durchführbar ist, hängt ja von vielen Faktoren ab, die man heute noch nicht übersehen kann. Ohne englische Mitwirkung wird die Finanzierung z. B. kaum gehen, da weder Krupp noch seine schwedischen Freunde über Kapitalien verfügen, die auch nur annähernd für das Unternehmen ausreichen.
> Meiner Ansicht nach braucht das Auswärtige Amt zu dem Plan im jetzigen Stadium, wo die Realisierung in weiter Ferne liegt, noch nicht endgültig Stellung zu nehmen. Die Wehrhaftmachung Jugoslawiens hat ihre zwei Seiten. Der italienisch-jugoslawische Gegensatz muss wohl als Dauererscheinung ins politische Kalkül eingestellt werden, und deshalb wird Jugoslawien fürs erste gezwungen sein, bei Frankreich Rückendeckung zu suchen. Die Verhältnisse können sich aber mit der Zeit auch ändern, und es ist unbestreitbar, dass wir angesichts der Gesamtlage auf dem Balkan an einer Erhaltung und Stärkung Jugoslawiens interessiert sind. Ich möchte mich deshalb vorerst nicht gegen die Pläne der Firma Krupp aussprechen. Die Sache muss aber jedenfalls mit größter Diskretion behandelt werden, … Von einer eingehenderen Diskussion des Problems möchte ich dringend abraten, da uns die Sache höllisch unbequem werden könnte, falls die Italiener davon Wind bekommen."[15]

Das schon in dieser Angelegenheit zum Ausdruck kommende Übergewicht Deutschlands in der Beziehung zu Jugoslawien verstärkte sich noch, als die deutsch-französische Konfrontation durch die Briand-Stresemannsche Verständigungspolitik seit Mitte der zwanziger Jahre beendet wurde. Der Pakt von Locarno und Deutschlands

Beitritt zum Völkerbund führten zu einer erheblichen Entspannung in Europa, bewirkten aber gerade dadurch eine Gewichtsminderung der frankophilen Staaten und Sicherheitssysteme Zwischeneuropas.

Auf diesem Hintergrund berichtete der deutsche Gesandte in Belgrad, Olshausen, am 29.11.1925 über ein Gespräch mit dem jugoslawischen Gesandten in Berlin, der sich urlaubshalber in Belgrad aufhielt. Balugdžić war erstaunt über den raschen Stimmungsumschwung gegenüber Deutschland, von einer Abwehrstellung hin zu einer Bekundung des Willens mit Deutschland in engere Beziehung zu treten. Das decke sich mit dem deutschen Wunsch nach einer aktiveren Politik gegenüber Jugoslawien.

> „Jedenfalls dürfen wir die geknüpften Fäden jetzt nicht mehr aus der Hand lassen, sondern müssen versuchen, sie allmählich zu einem festeren Gewebe zusammenzufügen, das bei der täglich wachsenden Bedeutung des jugoslawischen Staats als führender Balkanmacht und gleichzeitig tief nach Mitteleuropa hineinreichendem Gebilde die Grundlage für eine Stärkung unserer politischen und wirtschaftlichen Stellung im ganzen Südosten Europas abzugeben berufen sein dürfte. … Balugdžić betonte, dass Volk und Regierung noch immer in starkem Maße von Sympathien für Frankreich erfasst seien und mit Recht Frankreich für vieles, was es im Laufe des Krieges getan habe, Dank wissen. Man werde hier nicht gewillt sein, die im Großen und Ganzen frankophile Einstellung aufzugeben, und die Annäherung an uns werde sich nur in dem Rahmen gleichzeitiger Wahrung eines guten Verhältnisses zu der großen romanischen Macht des Westens bewerkstelligen lassen. Immerhin sei eine gewisse Ablösung von der ausschließlichen Abhängigkeit von Paris denkbar.“

In einer beigefügten besonderen Aufzeichnung befasste sich Olshausen mit dem Problem, ob die deutsche Regierung über die selbstverständliche Regelung von Reparations- und Außenhandelsfragen hinaus eine stärkere, rein politische Beeinflussung Jugoslawiens anstreben solle:

> „Ich halte diese für möglich, nachdem Locarno die mittleren und kleineren Staaten Europas bis zu einem gewissen Grade von dem Dilemma befreit hat, sich jeweils für die eine oder andere der feindlichen Gruppen des Erdteils zu entscheiden – bis zu einem gewissen Grade! Denn selbstverständlich wirkt unter der geglätteten Oberfläche der Gegensatz Frankreich-Deutschland noch lange Zeit fort, und keiner der bisherigen Parteigänger von Paris kann es nun sofort riskieren, sich uns mit Haut und Haaren zu verschreiben. Was aber in Fortfall kommt, ist die Ängstlichkeit, mit der manche dieser Staaten – auch Jugoslawien – es bisher vermieden, ihrem längst erkannten Interesse an engeren und freundschaftlicheren Beziehungen zu uns praktischen Ausdruck zu verleihen, ihre Zurückhaltung aufzugeben. … es wird ganz allmählich versucht werden müssen, Jugoslawien von der Pariser Vormundschaft loszulösen,

> die Lockerung der Kleinen Entente oder wenigstens ihre vollständige Ausschaltung aus den zwischen Jugoslawien und uns zu erörternden Problemen zu betreiben, die politische Interessiertheit Jugoslawiens am Balkan als den ‚starken Wurzeln seiner Kraft' zu heben, die Wiederaufnahme der jugoslawischen Beziehungen zu Russland und die mögliche Abschleifung seiner Reibungsflächen mit Italien zu fördern. … Meine These lautet: Unsere Beziehungen zu den Großmächten ergeben sich zwangsläufig aus der politischen Gesamtlage; die Kleinen kommen schon von selbst; jene mittleren Staaten aber, wie gerade Jugoslawien, die noch nicht recht wissen, ob sie nur als Objekte oder schon als Subjekte der europäischen Politik gewertet werden, soll man allmählich dadurch an sich heranziehen, dass man ihnen eine gewisse freundliche Beachtung zu Teil werden lässt."[16]

Olshausen liefert mit seiner Denkschrift eine eindrucksvolle Analyse der Möglichkeiten, die sich nach dem Ende der unmittelbaren Nachkriegskonfrontation durch die Verständigung von Locarno für die deutsche Außenpolitik im Südostraum und speziell gegenüber Jugoslawien boten. Deutlich wird aber auch die fundamentale Asymmetrie im deutsch-jugoslawischen Verhältnis.

Abgesehen vom deutsch-jugoslawischen Handelsvertrag von 1927, der das Handelsprovisorium von 1921 beendete und die rein ökonomische Interessengemeinschaft zwischen einem Industrie- und einem Rohstoff- und Agrarland gestaltete, wurde aber wenig aus den von Olshausen aufgezeigten politischen Perspektiven.[17] Dabei entsprachen sie nicht nur dem deutschen Interesse, um einen gewissen Ersatz für die Bundesgenossenschaft der untergegangenen Donaumonarchie zu schaffen, sondern auch dem Interesse der Balkanländer an stabiler außenpolitischer Einbettung, die ihnen Zeit für die Bewältigung ihrer gewaltigen Nachkriegs- und Entwicklungsprobleme verschaffte. Dafür lassen sich vor allem zwei Ursachen erkennen: Italien und Sowjetrussland. Eine Regelung der Beziehungen Jugoslawiens zu beiden Großmächten, die über den kroatischen Separatismus bzw. die illegale Kommunistische Partei auch innenpolitisch einen erheblichen Druck auf Belgrad ausüben konnten, gelang in den folgenden Jahren nicht. Vielmehr „entgleiste" das italienisch-jugoslawische Verhältnis seit 1927 in geradezu dramatischer Weise, und die Verelendung der bäuerlichen und unterbäuerlichen Massen im Agrarland Jugoslawien, vor allem aber die enge dynastische Verbindung mit der gestürzten Zarenfamilie verhinderten jedes Entgegenkommen in Richtung Kommunistische Partei und Moskau.

Zwar machten gerade diese Gefahren Deutschland wegen seines Großmachtstatus als Absicherung für Jugoslawien attraktiv. Aber Berlin – es sind die Jahre des Außenministeriums Stresemann – konnte sich nicht wegen eines Mittelstaates wie Jugoslawien zusätzliche Konfliktpunkte mit europäischen Großmächten einhandeln. Aus dem eskalierenden italienisch-jugoslawischen Adriakonflikt hielt es sich bewusst heraus.[18]

Und außerdem gab es – nach Regelung der Reparations- und Handelsfragen – einen nicht so leicht zu bewältigenden Problemkomplex zwischen Belgrad und Berlin: *Österreich*. Dieser Problemkomplex wurde nach dem Ausbruch der Weltwirtschaftskrise reaktiviert. Unter dem Druck der Krise kam es 1931 nach geheimen Vorabsprachen zum Projekt einer deutsch-österreichischen Zollunion, die ohne Berücksichtigung der ökonomischen Vernunft aus rein machtpolitischen Gründen von Frankreich und der Kleinen Entente unter der Führung Prags sogleich heftig bekämpft wurde. Jugoslawien musste sich aus Bündnisgründen dem Protest anschließen, obgleich vor allem jugoslawische Wirtschaftskreise ganz anderer Auffassung waren. In diesem Zusammenhang kam es am 17.4.1931 zu einem intensiven Gespräch zwischen König Alexander und dem deutschen Gesandten Ulrich von Hassel.

Dieser benutzte die Gelegenheit zu einigen grundsätzlichen Klarstellungen der deutschen Position.

> „Man sei sich in Europa im Allgemeinen leider noch nicht genügend über die ungeheure Not der wirtschaftlichen Lage klar, in Wahrheit gebe es nur zwei Wege: Entweder Mitteleuropa bringe sich auf dem Weg, der jetzt von Deutschland und Österreich betreten und von ihnen ausdrücklich für alle anderen Länder offen erklärt worden sei, in Ordnung oder der Bolschewismus werde in der einen oder anderen Form Europa überwältigen."

Der König habe das durchaus anerkannt und gefragt, ob denn eine wirklich durchgreifende deutsch-französische Verständigung nicht möglich sei als Voraussetzung für eine sachliche Beurteilung des Zollunionsprojekts? Darauf antwortete Hassel,

> „in Frankreich glaube man offenbar immer noch, dass alles, was Deutschland gesunder und kräftiger macht, für Frankreich ein Nachteil sei. … es sei überaus kurzsichtig, wenn Frankreich sich der Gesundung Deutschlands de facto widersetze, und zwar zumal in einer Angelegenheit wie der deutsch-österreichischen Zollunion, die es doch im Grunde gar nichts anginge. In Frankreich predige man den Kampf gegen den Bolschewismus, aber die wichtigste Voraussetzung erfolgreicher Abwehr, nämlich ein gesundes Deutschland, wolle man nicht zulassen. Noch törichter sei die Politik der Tschechoslowakei, welche immer glaube, dass Deutschland sie erdrosseln oder womöglich überschlucken wolle. Kein vernünftiger Deutscher wolle aber die Tschechei incorporieren, wir wünschten lediglich volle Parität für die Deutschen in der Tschechoslowakei und im Übrigen wirtschaftliche Zusammenarbeit."

Zum Abschluss dieses Gesprächspunktes bemerkte Hassel:

> „Jugoslawien müsste doch ein großes Deutschland als Nachbar gerade im Hinblick auf Italien sehr viel lieber sein als ein schwaches Österreich. Dem stimmte der König restlos bei. Am Schluss der Unterhaltung über diesen

> Punkt habe ich noch die Bemerkung gemacht, dass wir keinen anderen Wunsch hätten als den, Jugoslawien möge in dieser Frage seine eigenen Interessen nüchtern erwägen und danach handeln."[19]

Die von Italien drohende Gefahr war geradezu der Schlüssel für König Alexanders Position in der Österreichfrage und seine Stellung zu Deutschland, die beide von der Position Frankreichs und der Tschechoslowakei zunehmend abwichen.

Wie schwierig sich aber die Umsetzung derartiger Einsichten in praktische Außenpolitik gestaltete, zeigte die scharfe Ablehnung des Zollunionsplans durch den jugoslawischen Außenminister Marinković vor dem Völkerbundsrat in Genf kurz später. Der deutsche Gesandte hatte darüber eine diffizile Auseinandersetzung mit dem Außenminister, der offensichtlich unter fremdem Druck gesprochen hatte. Marinković erklärte:

> „Er selbst vertrete den Standpunkt, dass bilaterales Vorgehen grundsätzlich richtig sei, aber bilateral im paneuropäischen Rahmen, d. h. ohne eine Gruppe der anderen feindlich gegenüberzustellen; letzteres Ergebnis sei aber zu befürchten, wenn sich wirtschaftliche Verständigung mit politischer Gruppierung decke, und derartiges müsse man von dem Berlin-Wiener Vorstoß im Ergebnis fürchten. Ich (von Hassel, B. M.) erwiderte darauf, dass mir diese Argumentation unverständlich sei, denn wir hätten ja deutlich genug gemacht, dass wir z. B. sehr gern Jugoslawien mit in unsere Abmachungen aufnehmen würden, also wirtschaftlich anders als politisch gruppieren. Darauf erklärte der Minister, dass Jugoslawien unmöglich wirtschaftlich eine Orientierung annehmen könnte, welche es in Gegensatz zu seinen politischen Freunden brächte."

Hassel fasste seinen Gesamteindruck dahingehend zusammen, dass durch die Rede Marinkovićs

> „den Tatsachen entsprechend die feste politische (und finanzielle) Bindung Jugoslawiens zum Ausdruck [gekommen sei, B. M.], an der wir – ohne Waffen und ohne Geld – zurzeit nichts ändern können. Gewiss ist richtig, dass durch die Rede … die innere Zwiespältigkeit der jugoslawischen Haltung, der Kampf zwischen Wirtschaft und Politik, klar herausgekommen ist."

Hassel bilanzierte:

> „Die finanzielle Lage des Landes ist durch die französische Anleihe nur vorübergehend und unzureichend erleichtert, und das Geldbedürfnis fällt Frankreich gegenüber – neben allem übrigen – nach wie vor ins Gewicht. In rein wirtschaftlicher Hinsicht liegt es gewiss anders. Nachdem es aber nicht gelungen ist, vor der Berlin-Wiener Aktion oder wenigstens vor der Genfer Ratstagung Jugoslawien und Rumänien wirtschaftlich fester an die beiden deutschen Staaten oder einen von ihnen zu binden, ist die Aussicht, im gegenwärtigen Stadium durch wirtschaftliche Konzessionen an die beiden gro-

ßen Südostagrarländer die Einheitsfront gegen den deutsch-österreichischen Zollunionsplan wirksam zu schwächen, sehr viel geringer geworden – jedenfalls was Jugoslawien betrifft.“[20]

Diese bemerkenswert klare Analyse zeigt die Verfahrenheit der deutsch-jugoslawischen Beziehungen. Gegen die den Einsichtigen durchaus bewusste ökonomische und politische Vernunft siegte die Bündnistreue gegenüber Frankreich – auch zum Nachteil der eigenen Interessen. Es gelang der jugoslawischen Außenpolitik selbst angesichts der Gefahren, die von Italien und durch die Wirtschaftskrise drohten, nicht, die sich zuspitzende Spaltung Südosteuropas in ein revisionistisches und ein antirevisionistisches Lager zu verhindern, was auch im Interesse Deutschlands gelegen hätte. Und die Blütenträume der deutsch-französischen Verständigung waren unter dem Druck der Weltwirtschaftskrise und nach dem Tode Stresemanns längst vorbei.

Ungarn war das Zentrum des Revisionismus im Donauraum. Es hatte 70 % seines Territoriums und fast 65 % seiner Bevölkerung an die drei Staaten der Kleinen Entente verloren und war zum einzigen gemeinsamen Gegner der drei ungleichen Mitgliedsstaaten dieses Bündnisses geworden. Vor allem die Tschechoslowakei unter dem Außenminister und späteren Staatspräsidenten Eduard Beneš suchte schon seit Mitte der zwanziger Jahre die Kleine Entente zu einem Abwehrinstrument gegen jegliche Revision der Pariser Vorortverträge von 1919/21 fortzuentwickeln, nachdem das Konzept eines Ost-Locarnos gescheitert war. Das passte vorzüglich zur französischen Sicherheitspolitik, aber nicht zu der Jugoslawiens.

„Während die Prager Regierung den ‚Anschluss‘ als tödliche Gefahr für ihre Republik betrachten musste, konnte die Belgrader Regierung darin ein durchaus willkommenes Instrument zur Eindämmung des italienischen Expansionsstrebens erblicken. …

Die verschiedenen Vorstöße zur Ausweitung des Bündniszwecks zeitigten keinen nachhaltigen Erfolg. Ende 1932 schlug Jugoslawien die Ausweitung der Casus-foederis-Klauseln gegen *jeden* Aggressor vor, wodurch es sich gegenüber Italien abzusichern hoffte. Aber weder die Tschechoslowakei noch Rumänien waren zur Übernahme derartiger Verpflichtungen bereit.“[21]

Die *Tschechoslowakei* wurde zum Antipoden Jugoslawiens innerhalb der Kleinen Entente. Sie war zwar ebenso wie diese aus der Donaumonarchie hervorgegangen und von revisionistischen Staaten eingekreist. Aber im Unterschied zu Jugoslawien bedeutete Deutschland für sie die Hauptgefahr, nicht Italien. Frankreichs Siegerpolitik Deutschland gegenüber entsprach den Interessen der Tschechoslowakei also ungleich mehr als denen der Südslawen. Das stellte für eine gemeinsame Außenpolitik der Kleinen Entente von vornherein einen gravierenden Belastungsfaktor dar. Einen gemeinsamen Schutz vor den Hauptgefahren vermochte sie nicht zu bieten.

Innenpolitisch war die Tschechoslowakei sehr viel stabiler als Jugoslawien. Sämtliche ihrer Volksgruppen hatten schon vor 1914 jahrhundertelang zur Habsburger Monarchie gehört und damit zur Gruppe der Kriegsverlierer, aber unter der Herrschaft Wiens hatten sie gemeinsam bereits ein entwickeltes Niveau politischen und kulturellen, sozialen und ökonomischen Mit- und Gegeneinanders erreicht. Und fast alle waren traditionell römische Katholiken. Auf diesem Hintergrund dürfte es kein Zufall sein, dass die Tschechoslowakei bis zu ihrer Zerschlagung durch Hitler 1938/39 das demokratische System zu behaupten vermochte – als einziger Staat im ganzen mittel- und osteuropäischen Raum überhaupt – und die besondere Sympathie der Westmächte genoss. Aber das half ihr schließlich nichts – ein verheerendes Signal für die ganze Staatenwelt Zwischeneuropas.

Das „Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen", das auch noch weitere Volksgruppen umfasste, vereinigte demgegenüber Völker mit ganz unterschiedlichen historischen Erfahrungswelten, Glaubensbekenntnissen und Traditionen, die geschichtlich keine Gelegenheit gehabt hatten, sich aneinander abzuarbeiten und zu gewöhnen. Kroaten und Slowenen waren katholisch, Serben und Mazedonier orthodox, Bosnier und Albaner Moslems. Sie waren – und auch hier mit Ausnahme der Albaner, Deutschen und Ungarn – lediglich durch eine gemeinsame südslawische Abstammung in grauer Vorzeit miteinander verbunden. Schon seit dem hohen Mittelalter gerieten sie aber unter den massiven Einfluss von raumfremden Großmächten – Byzantiner, Ungarn, Osmanen, Österreicher, Russen.

Die gravierenden Geburtsfehler dieser staatlichen Neuschöpfung von 1918 und eine in den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts sich dramatisch zuspitzende Konfliktlage in Europa boten dem „Experiment Jugoslawien" kaum Chancen auf eine stabile Entwicklung. Jugoslawiens internes Hauptproblem war der Widerspruch zwischen dem integralen Nationalkonzept, das die den Gesamtstaat dominierenden Serben verfochten, und der politischen Realität im neuen Vielvölkerstaat. Erst dieser Widerspruch verschärfte die Nationalitätenkonflikte bis hin zur Paralysierung des ganzen politischen Lebens, anders als im alten und expliziten Vielvölkerstaat Österreich–Ungarn.

Der ungelöste interne Konflikt um die Grundlagen des Staatswesens machte Jugoslawien äußerst anfällig für Pressionen auswärtiger Großmächte – bis hin zur politischen Handlungsunfähigkeit. Italiens und Deutschlands dramatischer Machtzuwachs in den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts stellte für Jugoslawien als antirevisionistischer Macht per se eine Existenzbedrohung dar.

Mit diesem unentwirrbaren Komplex von Innen- und Außenproblemen muss man das „Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen" von heute her – auch unter außenpolitischer Perspektive – als Notgeburt, ja als Fehlkonstruktion bezeichnen. Es bewegte sich in der kurzen Zeit seiner Existenz in einem Komplex von ständig dringlichen Problemlagen, der keine nachhaltigen Prioritäten zuließ und in Ruhe nach-

einander hätte abgearbeitet werden können. Gleichwohl lassen sich auch politisches Unvermögen von Regierungen, Parteien und Nationalitäten identifizieren, wodurch die Geburtsfehler des Staates noch zusätzlich verschlimmert wurden.

---

1 Vgl. Suppan, Schreiber S. 129f. In dem großen Werk von Sabrina P. Ramet: Die drei Jugoslawien erscheint das Königreich Jugoslawien nur als eine Art Vorspiel. Im Jugoslawien-Band des Südosteuropa-Handbuchs (Göttingen 1975) ist es bereits vollständig entfallen. Vgl. demgegenüber *Calic* S. 17-117.

2 Vgl. zum Kapitel insgesamt *Sundhaussen*, Jugoslawien S. 41-50; *ders*., Serbien, S. 240-63; *Ramet* S. 65-118; *Suppan* S. 25-75, *Calic* S. 17-117.

3 Serbien-Jugoslawien umfasste 1912 48.300 qkm mit 3 Millionen Einwohnern, 1914 90.300 qkm mit 4 Millionen Einwohnern, 1921 247.600 qkm mit etwa 12 Millionen Einwohnern. Zur Bevölkerungsentwicklung und -struktur nach Nationalitäten 1921–1971 vgl. *Sundhaussen*, Jugoslawien S. 218f.

4 Dazu *Sundhaussen*, Jugoslawien S. 42-47, dort auch zu den kleinen Parteien.

5 Ebd. S. 47-51.

6 Ebd. S. 50-57; Sundhaussen, Serbien S. 270-86.

7 *Sundhaussen*, Serbien S. 300f.; zum gesamten Unterkapitel ebd. S. 300-11 und *Suppan* S. 221-63.

8 Vgl. *Suppan* S. 250.

9 Ebd. S. 250-54.

10 Ebd. S. 256f. Vgl. *Schreiber* S. 280-85, 294-99, 324-30, 343-47 zu Albanien und Bulgarien in der Zwischenkriegszeit.

11 *Suppan* S. 252-63.

12 Zur deutschen Minderheit im nördlichen Jugoslawien eingehend *Wuescht* S. 247-60; *Suppan* S. 657-922, 1233f. und die Karten Nr. 3, 7 und 8 im Anhang.

13 Jugoslawien, das selbst noch serbische Schulden aus der Kriegszeit aufzubringen hatte, war auf die deutschen Reparationen und Liquidationen deutschen Vermögens im Lande dringend angewiesen. Als Deutschland infolge der französischen Ruhrbesetzung, die man in Belgrad eher als kontraproduktiv ansah, mit den Lieferungen in Rückstand geriet, berichtete der deutsche Gesandte Keller am 27.4.1923: „Die Reparationsfrage spielt nun einmal hier im Lande eine derartig wichtige Rolle, dass die politische Stimmung gegenüber Deutschland in maßgebender Weise davon abhängt, was unsererseits zu ihrer Lösung getan wird. Hinweise, dass die Lieferungsunmöglichkeit Deutschlands nur eine Folge des Ruhreinbruchs ist und es daher Sache der Jugoslawen sein müsse, bei den Franzosen wegen Aufgabe der Ruhrbesetzung zu drängen, werden letzten Endes, wie die Verhältnisse hier liegen, doch wirkungslos bleiben. Man wird sich doch nicht von der Überzeugung abbringen lassen, dass deutscherseits mehr geschehen könne, und daher, wenn nicht wenigstens der deutliche Wille unsererseits erkennbar wird, die Grundlage für ein Eingehen auf die gemachten Vorschläge zu suchen, doch mehr in das französische Horn stoßen und von böswilliger Leistungsverweigerung oder -verzögerung sprechen.“ (A 7, Nr. 209, vgl. A 8, Nr. 73 und A 14, Nr. 4, 226; *Mitrović* S. 119f.).

14 Dazu eingehend *Suppan* S. 1144-222, 1230f.

15 A 7, Nr. 135.

16 A 14, Nr. 272. Vgl. *Mitrović* S. 130-32 zum ersten konkreten Programm aktiver deutscher Jugoslawienpolitik.

17 Dazu auch B 12, Nr. 103; *Mitrović* S. 140; *Schröder*, Kontinuität passim.

18 Dazu *Mitrović* S. 132-36.

19 B 17, Nr. 90. Vgl. *Suppan* S. 271f., 1158f.

20 B 17, Nr. 176. Zur Rolle Hassels als Fachmann für Südosteuropa vgl. *Schreiber* S. 309, 312ff.

21 *Sundhaussen*, Serbien S. 302.

II. Die Königsdiktatur 1928–1934
Verschärfung der Staatskrise bei wachsender Revisionsgefahr

1 Blutbad in der Skupština und Errichtung der Königsdiktatur

Abb. 18
König Alexander von Jugoslawien

Regierungen und Parteien gelang es unter dem parlamentarischen System nicht, Staatskrise und „Kroatische Frage“ zu lösen. Eine gemeinsame Perspektive für die Lösung der gesamtstaatlichen Probleme und ein Grundkonsens für den gemeinsamen Staat konnten nicht gewonnen werden. Regierungen und Parteienkoalitionen stürzten am laufenden Band, mehrere Neuwahlen konnten den Problemstau nicht lösen.

„Nach Verabschiedung der St. Veitsverfassung existierten auf kroatischem Territorium gewissermaßen zwei einander ausschließende Verfassungen, von denen die eine den Vorteil hatte, dass sich ihr Geltungsbereich auf ein völkerrechtlich anerkanntes und von der Zentralregierung kontrolliertes Territorium bezog, während die andere nur eine politische Willenserklärung darstellte. Was die eine Verfassung zum obersten Gebot erhob, galt nach Geist und Buchstaben der anderen Verfassung als Landesverrat. Damit entfiel die Grundvoraussetzung für das Funktionieren eines politischen Pluralismus und die demokratische Regelung von Konflikten, nämlich die Anerkennung eines ‚nicht-kontroversen Sektors‘ durch alle Beteiligten.“[1]

Am 20.6.1928 kam es zu einem Amoklauf des serbischen Abgeordneten Puniša Račić in der Skupština, dem unter anderen auch Stjepan Radić zum Opfer fiel. Damit war die parlamentarische Verfassung in Jugoslawien am Ende. Die serbische Dauer-Majorisierung der Kroaten verschärfte die antidemokratischen Tendenzen, die Strukturkrise mündete in ein autoritäres System. König Alexander setzte die Verfassung von 1921 außer Kraft, löste das Parlament auf, übernahm die gesamte Staatsgewalt, verbot alle bestehenden Parteien und teilte das Land ganz neu in neun große Verwaltungsbezirke (sog. Banate oder Banschaften) ein, die nach den größeren Flüssen benannt wurden und deren Grenzen die historische Gliederung des Landes bewusst zerschnitten. Um die nun erzwungene Einheit auch nach außen zu dokumentieren, änderte der König die offizielle Staatsbezeichnung „Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen“ in „Königreich Jugoslawien“.[2]

Theoretisch wurde die Königsdiktatur auf französischen Druck hin durch Erlass einer neuen, nur scheinbar parlamentarischen Verfassung am 3.9.1931 beendet. Diese führte neben der Skupština einen zur Hälfte vom König ernannten Senat ein.

> „Eine Mischung von Listen-, Mehrheits- und Verhältniswahlrecht sicherte dem Regime von vornherein die parlamentarische Überlegenheit und erschwerte den national und regional ausgerichteten Oppositionsparteien die Rückkehr auf die politische Bühne.“[3]

Der König blieb Oberbefehlshaber des Heeres und Leiter der Außenpolitik; er berief die Volksvertretung und löste sie gegebenenfalls auf; er besaß das Notverordnungsrecht und ernannte die ihm allein verantwortlichen Minister; Vereinigungen auf konfessioneller oder stammesmäßiger Basis blieben verboten. So gingen neben den kroatischen und slowenischen Autonomisten nunmehr auch die alten serbischen Parteien in die – außerparlamentarische – Opposition.

Die Königsdiktatur erwies sich als völlig ungeeignetes Instrument zum Ausgleich der Gegensätze, weil sie – wie der König auch selbst erkannte – das politische Grundproblem der Ausbalancierung des serbischen Übergewichts durch eine Föderativverfassung nicht löste. Im Gegenteil: Die Grenzziehung der neuen Banschaften führte zu einer weiteren Steigerung der serbischen Dominanz, da die nichtserbischen Nationalitäten in keiner von ihnen mehr die Majorität besaßen, die Serben aber – obwohl nur gut vierzig Prozent der Gesamtbevölkerung – in sechs von neun.

2 *Die Gründung der Ustaša-Bewegung*

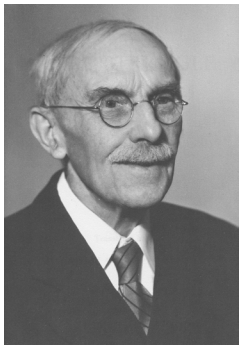

Abb. 19
Kroatenführer
Vladko Maček

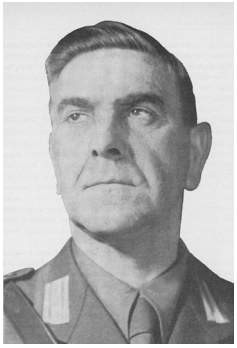

Abb. 20
Ustaša-Führer
Ante Pavelić

Die Erbitterung der Kroaten erreichte nach der Ermordung Radićs und der Aufhebung ihrer historischen Grenzen eine neue Qualität. Der Rechtsanwalt Ante Pavelić gründete den Geheimbund der „Ustaše“ (d. h. der „Aufständischen“), der nach dem Scheitern des jugoslawischen Modells nunmehr die Unabhängigkeit eines Großkroatiens (einschließlich Bosnien-Herzegowinas) erkämpfen wollte und sich – angesichts der Unmöglichkeit, dies mit legalen Mitteln unter der Königsdiktatur anzustreben – als terroristischer Geheimbund organisierte. Die Mehrheit der Kroaten fühlte sich aber nach wie vor durch die „kroatische Bauernpartei“ vertreten, die nach der Ermordung Radićs durch Vladko Maček geführt wurde und weiterhin die Föderalisierung Jugoslawiens anstrebte, nicht seine Zerschlagung. Pavelić ging mit seinen Anhängern nach Italien, wo Mussolini sie heimlich mit Waffen, Ausrüstung und

der Einrichtung von Ausbildungslagern für den terroristischen Kampf unterstützte – eine blutige Ironie der Geschichte, weil gerade der italienische Expansionismus die Kroaten 1918 in die Arme Serbiens getrieben hatte. Mit der Anwerbung von Terrorkämpfern kam Pavelić nie über dreihundert Mann hinaus. Gleichwohl:

> „Als potentielles Instrument in der Hand fremder Staaten gegen Jugoslawien stellte die Ustaša-Bewegung trotz ihrer zahlenmäßigen Schwäche eine Gefahr dar, solange es den verantwortlichen Politikern im Lande nicht gelang, einen Grundkonsens in der nationalen Frage zu finden. Pavelić versuchte, für seine subversive Tätigkeit nicht nur Italien und dessen Bündnispartner Ungarn zu gewinnen, sondern ließ auch Kontakte zur Gestapo und zu führenden Kreisen der NSDAP aufnehmen. Die Interessen des Dritten Reiches in Südosteuropa waren jedoch – anders als die Italiens und Ungarns – auf die Festigung der wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu Jugoslawien ausgerichtet. Das Auswärtige Amt verbot daher alle Verbindungen deutscher Dienststellen zu kroatischen Emigranten.“[4]

3 *Hitlers „Machtergreifung“ 1933 – ein Qualitätswandel der Außenpolitik in Europa und in den deutsch-jugoslawischen Beziehungen*[5]

Die seit 1929 von den USA ausgehende Weltwirtschaftskrise zerstörte wesentliche Voraussetzungen der mit dem Locarnopakt 1925 durch Stresemann und Briand eingeleiteten Entspannungs- und Friedenspolitik. Die unmittelbar nach 1918 nur mühsam gebändigten ökonomischen Kriegsfolgen wuchsen erneut ins Gigantische, und jedes Land versuchte zunächst für sich allein mit den Folgen fertig zu werden – ohne Rücksicht auf die Interessen der ökonomischen und politischen Partnerländer – Jugoslawien bekam das in besonderer Weise zu spüren. Die internationalen Handelsbeziehungen brachen zusammen. Durch schutzzöllnerische Strategien wurde die Situation noch zusätzlich verschlimmert.

Die Weltwirtschaftskrise war die entscheidende Voraussetzung für den rapiden Aufstieg und die „Machtergreifung“ Hitlers und seiner Partei 1930/33 in Deutschland. Dies bedeutete das Ende der Versailler Friedensordnung und des danach entwickelten Systems kollektiver Sicherheit, wie wir heute wissen. Die Zeitgenossen – sowohl in Deutschland wie im Ausland – vermochten dies nicht in voller Klarheit zu erkennen – zu sehr waren sie mit ihren nationalen Problemen beschäftigt und ließen sich gerade deshalb durch Hitlers geschickte Friedenspropaganda blenden. Innerhalb eines Jahres kam es in Deutschland zu einem tiefgreifenden Systemwechsel von der demokratischen Republik zur totalitären Diktatur. In der Wirtschafts- und Außenpolitik konnten nun in kürzester Frist radikale Maßnahmen durchgesetzt und große Erfolge erzielt werden, die sich im parlamentarisch-demokratischen System des Westens so nicht realisieren ließen. Dadurch gewann Hitler einen Vorsprung in der Aufrüstung Deutschlands, der sich direkt in außenpolitisches Drohpotential umsetzen ließ, sobald auf den Primat von Frieden und kollek-

tiver Sicherheit verzichtet wurde. Und dies war für Hitler und seine Gefolgsleute kein Problem: Die Katastrophe von 1914–18 hatte sie gelehrt, dass der Krieg Selbstzweck sei und zugleich das Gesetz der Geschichte. Diese ideologische Dimension der neuen deutschen Außenpolitik wurde von maßgebenden Kreisen Großbritanniens, Frankreichs u. a. verkannt – sie sahen in Hitler lange einen kalkulierbaren Macht- und Revisionspolitiker traditionalen Musters.

Das System kollektiver Sicherheit, das mit der Einrichtung des Völkerbunds 1919 zur Vermeidung weiterer Kriege installiert worden war und das auch den von den Westmächten favorisierten antirevisionistischen Bündnissystemen Zwischeneuropas wie der Kleinen und der Balkanentente zugrunde lag, geriet nun unter Druck und schließlich in eine Dauerkrise, weil ihm friedliche Konfliktlösungen in Europa und Ostasien nicht mehr gelangen.

Davon war auch das Königreich Jugoslawien unmittelbar betroffen. Entsprechend reagierten die frankophilen Kreise Jugoslawiens mit einer Pressekampagne gegen den Nationalsozialismus. Insbesondere befürchtete man in Jugoslawien, dass Deutschland und Italien – schon bisher beide Gegner der Ordnung von 1919 – nunmehr aus ideologischen Gründen eng zusammengehen würden.[6] Tatsächlich erwog man in Deutschland solche Pläne, die jedoch vorerst an dem deutsch-italienischen Gegensatz in der österreichischen Frage scheiterten.[7] Solange sich Deutschland und Italien nicht miteinander verständigt hatten, blieb der jugoslawischen Außenpolitik ein größerer Handlungsspielraum.

Der Donau- und Balkanraum lag abseits der Hauptstoßrichtung des aggressiven Expansionismus von Hitler-Deutschland nach Osten. Heute im Rückblick sieht man aber deutlich, welche Zäsur das Jahr 1933 auch für die deutsch-jugoslawischen Beziehungen bedeutete. Zwar hatten schon die Präsidialregierungen der Weimarer Republik ab 1930 die extreme ökonomische Notsituation der Balkanländer wie Jugoslawien während der Weltwirtschaftskrise auszunutzen versucht, um den französischen Widerstand gegen Revisionen in Ostmitteleuropa zu schwächen, aber seit der vielerorts nicht erwarteten Stabilisierung der Regierung Hitler, ihrer Monopolisierung der Staatsgewalt, ihren Wirtschaftserfolgen und Rüstungsprojekten verschob sich die europäische Machtbalance mit einer überall spürbaren Dynamik. Die krisengeschüttelten Staaten Südosteuropas wie Jugoslawien bekamen das sofort zu spüren.[8]

Gleichwohl stellte das faschistische Italien weiterhin noch die Hauptgefahr für Jugoslawien dar. Schon seit 1931 betrieb Mussolini das Projekt eines Viermächtepakts zwischen Italien, Deutschland und den Westmächten. Dieser sollte anstelle des schwerfälligen Völkerbunds, aber im Rahmen seiner Satzung, unter Ausschluss der kleinen Staaten eine Verständigung zwischen den europäischen Großmächten herbeiführen. Die Staaten der Kleinen Entente protestierten heftig; sie befürchteten nicht zu Unrecht, die Leidtragenden dieser Verständigung zu werden.[9] In Jugosla-

wien war das Misstrauen gegen die Absichten Mussolinis weiter angestiegen, seitdem dieser die von König Alexander eingeleiteten Verständigungsverhandlungen grundlos im Sommer 1932 abgebrochen hatte.[10] Da Frankreich die Bedenken seiner kleinen Verbündeten gegen jede Revision unterstützte, kam der Viererpakt am 15.7.1933 nur in einer praktisch wirkungslosen Form zustande; er wurde nie ratifiziert.

Um sich gegen derartige Eingriffe der Großmächte in ihre Interessen abzusichern, schlossen Jugoslawien, Rumänien und die Tschechoslowakei am 16.2.1933 den sog. *Organisationspakt der Kleinen Entente*. Er sollte die drei Partner durch Schaffung eines Wirtschafts- und eines Ständigen Bündnisrates zu einer neuen Großmacht zusammenschließen. Die Reaktion Deutschlands und Italiens auf diese Stärkung des revisionsfeindlichen Blocks war negativ. Doch ernsthaft brauchte der Organisationspakt sie nicht zu beunruhigen, da er sich auf Ungarn konzentrierte und die benachbarten Großmächte Deutschland, Italien und Sowjetunion nicht einbezog. Abgesehen von der ungarischen Revisionsproblematik war die Interessenlage der drei Vertragspartner gegenüber diesen drei Großmächten eine grundverschiedene: Für die Tschechoslowakei war Deutschland die Hauptgefahr, aber für Jugoslawien eben nicht, sondern Italien, und für Rumänien war es die Sowjetunion.

Schon 1932 begann – als Gegengewicht zur revisionistischen Außenpolitik der deutschen Präsidialkabinette – die prosowjetische Umorientierung Frankreichs und der Tschechoslowakei. Dies wuchs sich zu einer weiteren Belastung der Kleinen Entente aus, denn König Alexander machte diesen Schwenk nicht mit: Für ihn blieb der Kommunismus innerhalb und außerhalb seines Landes die Hauptgefahr, er hatte nicht einmal diplomatische Beziehungen zur Sowjetunion aufgenommen, die für die Ermordung der Zarenfamilie, seiner Verwandtschaft, verantwortlich war. Das brachte ihm große Sympathien in nationalsozialistischen Kreisen ein.[11] Seinerseits hegte auch Alexander eine gewisse Vorliebe für Deutschland, auf dessen Vermittlung im italienisch-jugoslawischen Konflikt er hoffte.[12] Als der deutsche Gesandte in Belgrad, Albert Dufour-Féronce, am 7.9.1933 die Altersgrenze erreichte, gab Hitler seinem Nachfolger, dem bisherigen Legationsrat Viktor von Heeren, die Instruktion mit nach Belgrad, die deutsch-jugoslawischen Beziehungen zu fördern unter Hinweis darauf, dass Deutschland keine Gebietsforderung an Jugoslawien habe und die Handelsbeziehungen zu intensivieren wünsche.[13] In diesem Sinne war auch schon die Jugoslawienpolitik der Weimarer Republik betrieben worden. Das beruhigte zunächst.

Dennoch kam es zu einer erneuten Abkühlung der Beziehungen, als Hitler nach dem Beispiel Japans am 14.10.1933 Völkerbund und Abrüstungskonferenz verließ – ein schwerer Schlag für das System der kollektiven Sicherheit. Hitler bot den Nachbarstaaten Deutschlands als Ersatz den Abschluss bilateraler Nichtangriffsabkommen an. Im Falle Jugoslawiens scheiterten aber inoffizielle deutsche Fühler in dieser Richtung.[14] Gleichfalls machte es einen schlechten Eindruck in Belgrad,

dass es dem Auswärtigen Amt Ende 1933 erst nach mehreren jugoslawischen Beschwerden und durch persönlichen Entscheid Hitlers gelang, die Unterdrückung von zwei in Berlin erscheinenden Ustaša-Zeitungen durchzusetzen, für die sich Rosenbergs „Außenpolitisches Amt“ stark gemacht hatte.[15]

Deutscherseits war man wenig erfreut, als Jugoslawien am 9.2.1934 mit Rumänien, Griechenland und der Türkei einen weiteren Antirevisionsblock gründete, die *Balkanentente*. Die vier Partner garantierten sich angesichts der wiederbelebten bulgarischen Revisionshoffnungen die Sicherheit ihrer Balkangrenzen gegen den Angriff eines Balkanstaats (Bulgarien und Albanien), auch wenn dieser von einem Nichtbalkanstaat unterstützt wurde, und vereinbarten die Koordinierung ihrer Politik Bulgarien gegenüber. Ein Zusammenstehen gegen den alleinigen Angriff einer Großmacht auf eines der Mitglieder war aber nicht vorgesehen[16] – eine zentrale Schwäche des Vertrags.

Auf diese – scheinbare – Stärkung der Antirevisionsfront in Südosteuropa reagierte Mussolini schon am 14.4.1934 mit den „*Römischen Protokollen*“. Hierin wurde die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit Italiens, Österreichs und Ungarns festgelegt. Mussolini plante, durch geschicktes Ausnutzen des deutsch-französischen Gegensatzes sowohl den französischen Plänen einer Donauföderation als auch den deutschen Ambitionen auf Österreich einen Riegel vorzuschieben und damit die Stellung Jugoslawiens zu schwächen.[17] Nach außen hin erklärte er, dass sich die „Protokolle“ nicht gegen die Kleine Entente richteten, und am 18.3.1934 sprach er erstmalig von der Notwendigkeit einer italienisch-jugoslawischen Verständigung.[18] Das war keineswegs ein leichtes Unterfangen: Nach italienischer Auffassung diente der Hass gegen Italien der Belgrader Regierung geradezu als Bindemittel für die auseinanderstrebenden Teile Jugoslawiens. Tatsächlich war die Stimmung sowohl der italienischen wie der jugoslawischen öffentlichen Meinung Anfang 1934 ein Haupthindernis für eine Verständigung beider Länder.[19]

Gegen den sich verstärkenden Druck Italiens suchte Jugoslawien vergeblich die Hilfe des französischen Verbündeten. Frankreich empfahl Belgrad vielmehr eine wohlwollende Prüfung der italienischen Donaupläne, durch die Belgrad sich gerade bedroht fühlte.[20] In Jugoslawien entstand der Eindruck, dass die Franzosen für die Unterstützung Italiens in der von Hitler zugespitzten Sicherheitsfrage anstandslos jugoslawische Interessen preisgeben würden.[21] Daher ließ König Alexander, der sich schon seit 1933 um eine Verständigung mit Bulgarien und über Bulgarien auch mit Deutschland bemühte,[22] im Frühjahr 1934 in Berlin wissen, dass die Bindung an Frankreich Jugoslawien nicht von der Wahrnehmung seiner Interessen in anderen Richtungen abhalten werde. Der Hass gegen Italien und das Misstrauen gegen Frankreich, dessen Bevormundung es überdrüssig sei, endlich das Gefühl des Verlassenseins überhaupt hätten im jugoslawischen Volk den spontanen Wunsch einer Annäherung an Deutschland erzeugt. Jugoslawien sei eine Teilnahme Deutschlands an den italienisch-französischen Plänen einer wirtschaftlichen

Donauföderation sehr willkommen; wenn Deutschland auf ökonomischem Gebiet nur etwas Entgegenkommen zeige, werde sich auch eine politische Verständigung zwischen Berlin und Belgrad erreichen lassen. In der Skupština wurde am 13.3.1934 sogar explizit eine Annäherung an Deutschland gefordert.[23] Das war im gegebenen Kontext ein markanter Klimawechsel.

Trotz aller gegenteiligen Behauptungen[24] ging die Initiative also offensichtlich von Jugoslawien aus. Der englische Gesandte in Belgrad, Sir Neville Henderson, berichtete seiner Regierung am 5.3.1934, dass in der jugoslawischen Außenpolitik alle Einzelprobleme dem Haupterfordernis der Erhaltung des Friedens untergeordnet seien und König Alexander daher „only seeks the opportunity to come to a close understanding with Germany". Die Engländer befürchteten ernsthaft, dass die Angst vor Italien Jugoslawien in die Arme Deutschlands treiben werde.[25] Dies wurde psychologisch noch dadurch gefördert, dass Hitler die Revisionspolitik der Weimarer Republik gegenüber Polen durch einen bilateralen Freundschaftsvertrag (26.1.1934) zu begraben schien und sich trotz der Bemühungen des Ministerpräsidenten Gömbös auch nicht auf die revisionistische Politik Ungarns festlegen ließ.[26]

Schon 1933 setzte ein für die Jahre bis 1941 charakteristisches Wettrennen zwischen Ungarn und Jugoslawien um die Gunst Deutschlands ein.[27] Indessen blieb man in Berlin auch den jugoslawischen Annäherungsversuchen gegenüber zurückhaltend, da man sich anders als Italien grundsätzlich aus den Frontbildungen in Südosteuropa heraushalten und es wohl auch nicht mit Mussolini verderben wollte.[28] Dennoch kam es bereits jetzt zu einem stillen Einverständnis in einer für beide Seiten wichtigen Einzelfrage: *Österreich*.

Die jugoslawische Politik lehnte an sich mit Rücksicht auf Frankreich und wegen der machtpolitischen Folgen einen Anschluss Österreichs an Deutschland ab. Da aber Deutschland im Gegensatz zu Italien den status quo Jugoslawiens anerkannte und auch dessen eigene Existenzberechtigung auf dem Prinzip nationaler Selbstbestimmung beruhte, betrachteten die regierenden Kreise Belgrads den „Anschluss" als das geringere Übel gegenüber einer Bindung Österreichs an Italien, während es Italien vor allem auf die Erhaltung der Unabhängigkeit Österreichs ankam, notfalls sogar unter Restauration der Habsburger. Eine solche aber wurde in Jugoslawien wegen ihrer Wirkung auf die katholischen Kroaten und Slowenen als unmittelbare Bedrohung und Mobilmachungsgrund angesehen. Es ergab sich hier also eine konkrete deutsch-jugoslawische Interessengemeinschaft, die den Wunsch Berlins verstärkte, die Integrität Jugoslawiens gegen die italienischen Ansprüche gewahrt zu sehen.[29]

In Belgrad bestanden auch Hoffnungen, bei einem „Anschluss" Österreichs an Deutschland territorial profitieren zu können. Es ist jedoch unwahrscheinlich, dass Neurath und Göring entsprechende Angebote an Jugoslawien gemacht haben, wie

französische und österreichische Pressegerüchte wissen wollten und später die Nürnberger Anklage behauptete.[30]

Geradezu prophetisch aber war die Prognose des britischen Botschafters Henderson am 4.3.1934, dass Belgrad bei einer Aktion der Nationalsozialisten in Österreich von sich aus nichts unternehmen und sich bei einer Mitverwicklung der Tschechoslowakei darauf beschränken werde, Ungarn von einem Angriff auf diese abzuhalten.[31]

Am 1.5.1934 kam es zum Abschluss eines weitreichenden *deutsch-jugoslawischen Handelsvertrages*, in dem das Reich – in wohlkalkuliertem Eigeninteresse – das von König Alexander geforderte ökonomische Entgegenkommen demonstrierte.[32]

Den ersten öffentlichen Ausdruck fand die deutsch-jugoslawische Annäherung, als *Hermann Göring* am 15. und 16.5.1934 auf der Durchreise nach Athen in Belgrad weilte und vor der Presse die aufrichtigsten Freundschaftsgefühle des neuen Deutschland für Jugoslawien betonte; seine joviale Art hinterließ in Belgrad einen angenehmen Eindruck.[33] Als Sonderbeauftragter für Wirtschafts- und Rüstungsplanung spielte Göring in den Beziehungen zu Jugoslawien neben dem Auswärtigen Amt seit 1933 eine maßgebliche Rolle.

Kurz nach Göring weilte der französische Außenminister Louis *Barthou* in Belgrad. Barthou – aus dem politischen Umfeld des greisen französischen Staatspräsidenten Raymond Poincaré – war in den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts der einzige französische Außenminister, der nach dem Machtantritt Hitlers die nunmehr von Deutschland ausgehende Gefahr klar erkannte. Nach Hitlers Austritt aus Völkerbund und Abrüstungskonferenz suchte er das französische Sicherheitssystem der neuen Situation anzupassen. Dies war schon in Frankreich nicht leicht, wo die Weltwirtschaftskrise seit 1931 voll zuschlug und rasch wechselnde Regierungen und Parlamentsmehrheiten eine konsequente außenpolitische Linie ungemein erschwerten – die inneren Probleme des Landes nahmen den größten Teil der politischen Aufmerksamkeit in Anspruch. In Großbritannien war die Situation nicht anders, die dringend notwendige ökonomische Modernisierung, die Bedrohung durch die japanische Expansion in Fernost seit 1931 und die nach der Empirereform 1932 deutlicher artikulierbaren Sonderinteressen der Dominions verhinderten eine sofortige Aufrüstung gegen das nationalsozialistische Deutschland, vielmehr setzte sich für mehrere Jahre das Konzept der Appeasement-Politik Berlin gegenüber durch.

Auf diesem Hintergrund richtete Barthou seine Bemühungen auf Ost- und Südosteuropa, um deutsche Aggressionen im Rücken aushebeln zu können. Bis dahin hatten Verständigungen mit Polen und der Kleinen Entente das französische Sicherheitsbedürfnis befriedigt. Angesichts der massiven Wiederaufrüstung Deutschlands hielt man das in Paris nunmehr für unzureichend und strebte Militärverträge mit den Großmächten Sowjetunion und Italien an, um die schwankenden kleinen Län-

der wie Jugoslawien durch eine Demonstration von Stärke wieder enger an Frankreich zu binden (Ost- und Donaupaktplan). Dieses Vorhaben offenbarte aber bald seine Tücken, als sich Barthou um die notwendige Zustimmung der Bundesgenossen in der Kleinen Entente bemühte.

Bei seiner Ankunft in Belgrad hatte Barthou die Zustimmung des tschechoslowakischen und des rumänischen Außenministers, Beneš und Titulescu – beide engagierte Völkerbundpolitiker – bereits gewonnen. Aber König Alexander konnte er nun nicht überzeugen, dessen Misstrauen gegen Italien und die Sowjetunion blieb unüberwindlich.[34] Alexander riet Barthou vielmehr, nicht durch Annäherung an Russland und Italien *gegen* Deutschland, sondern durch Verständigung *mit* Deutschland den europäischen Frieden zu sichern. Alexanders Politik basierte auf der Überzeugung: „Yugoslavia's immediate danger is Italy; after Italy, Germany; but the last and greatest danger of all will be the USSR".[35] Barthou lud Alexander zu weiteren Verhandlungen nach Frankreich ein.

> "To the Yugoslavs, it seemed that the Italian government was planning nothing less than the disintegration of their state. They were certain that the Italians were instigating the frequent acts of violence perpetrated by Croatian separatists, including an attempt on the life of their king.
> Yugoslavia diplomats made no effort to hide their government's displeasure at the pressure being applied by the French to induce Yugoslavia to give benevolent consideration to Italy's economic plans.
> To Belgrade, it looked as if Mussolini had combined his economic plans and political intentions. Both seemed aimed against the Little Entente in general and Yugoslavia in particular. They believed Mussolini was using France to tranquilize the Little Entente so that he could go about the business of forming an economic bloc with Austria and Hungary. They believed France was selfish, thinking only of its own security. Its intimate affair with Italy only strengthened Belgrade's already active distrust of France. The Yugoslavs were certain that 'France would not hesitate to jettison Yugoslavia's interests' to gain Italy's support against Hitler.
> This mixture of impotent hatred for Italy and mounting distrust for France fed their feeling of abandonment and led their government to seek support from a great power with whom no differences existed.
> Such a power was Germany. An understanding with Germany might prove to be a counterweight to Italian pressure and power now building up in the Danubian basin."[36]

Am 25.7.1934 kam es zu einer Aktion der österreichischen Nationalsozialisten. Der Bundeskanzler Engelbert *Dollfuß* wurde ermordet, der Putsch jedoch von seinem Nachfolger Kurt Schuschnigg niedergeschlagen. Italienische Truppenkonzentrationen am Brenner verhinderten eine deutsche Intervention. Die deutsch-italienischen Beziehungen gingen einer Katastrophe entgegen.[37] In Jugoslawien herrschte höchste

Beunruhigung über einen möglichen italienischen Einmarsch in Österreich. Man wollte nur ein Eingreifen des Völkerbunds zulassen, andernfalls mobilisieren.[38] 1.800 aus Österreich geflohene Nationalsozialisten wurden in Jugoslawien freundlich aufgenommen und im November 1934 über den Adriahafen Sušak nach Hamburg transportiert.[39] Die deutsch-jugoslawischen Beziehungen profitierten von den Spannungen zwischen Deutschland und Italien wegen Österreich. König Alexander war offenbar ein für Berlin geeigneter Partner. Da wurde er Opfer eines von Italien gesteuerten Attentats.

4 Die Ermordung König Alexanders am 9. Oktober 1934

König Alexander reiste im Oktober 1934 nach Marseille, um den Besuch des französischen Außenministers Louis Barthou in Belgrad vom 24./25.6.1934 zu erwidern. Als er am 9.10.1934 in Marseille eintraf, wurde er kurz nach seiner Ankunft zusammen mit Barthou Opfer eines Attentats mazedonischer Terroristen, die durch die Ustaša gedungen worden waren. Mussolini, der noch am 6.10. ein Freundschaftsangebot an Jugoslawien gerichtet hatte, sowie ungarische Stellen waren an der Vorbereitung des Verbrechens aktiv beteiligt gewesen. Mussolini glaubte unter dem Einfluss des Ustaša-Führers Pavelić, durch die Ermordung Alexanders einen Aufstand der Kroaten und damit den Zerfall Jugoslawiens auslösen zu können; die italienischen Truppen standen an der Grenze bereit.

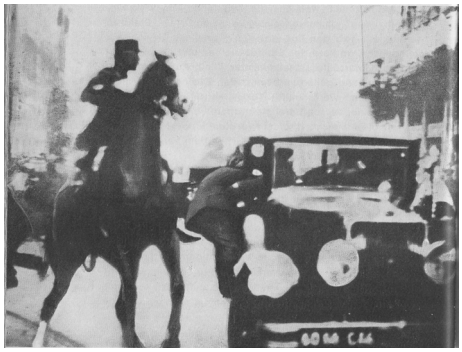

Abb. 21 Das Attentat in Marseille auf König Alexander 1934. Der Mörder trifft den im Fond des Wagens sitzenden König vom Trittbrett aus und kann entfliehen

Aber es kam anders: In bisher ungekannter Einmütigkeit richtete sich der Zorn aller Jugoslawen gegen Italien und Ungarn, die man sogleich als die letztlich Verantwortlichen erkannte, und es zeigte sich, dass Pavelić wegen seiner Verbindung mit Italien auch von den Kroaten abgelehnt wurde.[40] Mussolini musste die Ustaša-Lager in Italien auflösen und Pavelić verhaften lassen, verweigerte aber seine Auslieferung an Frankreich, wo der Mordprozess geführt werden sollte.

König Alexander II. ist eine umstrittene Gestalt, die die Geschichte Jugoslawiens in der Zwischenkriegszeit entscheidend geprägt hat. Er versuchte den neuen Staat

zunächst nach den Grundsätzen der konstitutionell-parlamentarischen Monarchie zu stabilisieren. Nach zehn Jahren war er damit dramatisch gescheitert und führte nach der Ermordung des Kroatenführers Stepan Radić im Parlament die Königsdiktatur ein. Dies aber war eine verfehlte Überreaktion, die die inneren Konflikte keineswegs unter Kontrolle brachte – wie erhofft –, sondern ungewollt verschärfte – zumal angesichts der sich mit Einbruch der Weltwirtschaftskrise dramatisch zuspitzenden ökonomisch-sozialen Probleme des Großteils der Bevölkerung. Den Oppositionsparteien bot Alexander keine politische Zukunftsperspektive. Das Verbot *aller* nationalen Parteien und Organisationen brachte nun auch die Serben gegen die Regierung auf. Das Konzept des unitaristischen Jugoslawismus, umgesetzt in der neuen Banschaftsgliederung des Staatsgebiets von 1929, verschärfte die Nationalitätenkonflikte, weil es die tiefverwurzelten historischen Grenzen bewusst beseitigte und das Kernproblem ignorierte, die Balance von Zentral- und Regionalverwaltung in einer Föderativverfassung auszutarieren, wie sie permanent von den nichtserbischen Nationalitäten gefordert wurde.

König Alexander hat das Scheitern seiner inneren Politik zu Beginn der dreißiger Jahre erkannt und versucht umzusteuern. Bevor er das umsetzen konnte, fiel er im Oktober 1934 einem Attentat zum Opfer. Das war ein furchtbarer Schlag für das Königreich, denn in dessen Hexenkessel stellte er trotz seiner politischen Defizite eine überdurchschnittlich fähige und grundsätzlich akzeptierte Herrscherpersönlichkeit dar.[41] Das ließ sich von seinem Nachfolger, dem Prinzregenten Paul, nicht behaupten, obwohl dieser versuchte, mit allen ihm zur Verfügung stehenden Kräften die innere und äußere Politik Alexanders fortzusetzen und das Königreich für den noch minderjährigen König Peter II. zu erhalten.

Die Absage der Kroaten an die Ustaša, die Trauer und der Zorn aller Nationalitäten und Parteien über den Mord blieben tragischerweise die größte Integrationsleistung des Königs für das zerstrittene Land.

Die Ermordung des Königs nutzte niemandem, und sie schadete auch ihren Urhebern. Hinter der gerade begonnenen deutsch-jugoslawischen Verständigung aber erschien das große Fragezeichen des bevorstehenden Regimewechsels. Die Ermordung des Außenministers Barthou war eine Katastrophe für Frankreich. Die gravierenden Sicherheitspannen beim Attentat und seiner Aufklärung bedeuteten einen gewaltigen Imageverlust des Landes. Vor allem aber verzichtete die französische Außenpolitik in den folgenden Jahren auf Barthous Konzept einer konsequenten Eindämmung Hitler-Deutschlands.[42]

---

1 *Sundhaussen*, Jugoslawien S. 61; *ders*., Serbien S. 263-70 zur Königsdiktatur, S. 285-300 zur Dynamik des Nationalitätenkonflikts; *Ramet* S. 119-36; *Calic* S. 117-22. Eine eigenwillige Bewertung der Königsdiktatur bringt *Littelfield* S. 1-24; vgl. demgegenüber *Stojadinović* S. 29-40; *Sundhaussen*, Jugoslawien S 64, 77-82; *Djokić*, Compromise S. 74.

2 *Sundhaussen*, Jugoslawien S. 68-72.
3 Ebd. S. 79.
4 Ebd. S. 83.
5 W, S. 46ff. Zu diesem Abschnitt insgesamt *Messerschmidt* S. 670-95; *Suppan* S. 263-83; *Mühle* S. 205-309; R. *Schmidt* S. 19-158.
6 C 1, Nr. 279.
7 C 1, Nr. 14, 27, 31, 35, 51, 64, 388, 397, 448, 485; C 2, Nr. 2, 67, 181.
8 Dazu *Schröder* S. 772f. Zum Gesamtkontext der Staatenbeziehungen Mitte der 30er Jahre des 20. Jahrhunderts sehr instruktiv *Hildebrand*, Legitimität passim; *Kennedy*, Aufstieg S. 404-516.
9 BII/5, Nr. 56, 70, 72, 178; *Seton-Watson* S. 429; vgl. *Suppan* S. 278.
10 C 1, Nr. 99, 279, BII/6, Nr. 308, S. 609; *Fotić* S. 7f.
11 *Kordt* S. 288f.; *Markert* S. 316; C 1, Nr. 279.
12 C 1, Nr. 99, 279; BII/6, Nr. 331, S. 523.
13 C 2, Nr. 72, Anm. 6; *Meiß* S. 233; anders als Mussolini waren die zuständigen deutschen Kreise von der vorläufigen Stabilität des jugoslawischen Staatsverbandes überzeugt (C 1, Nr. 345 und 378).
14 C 2, Nr. 1, 15, 91, 381; W. S. 47. Zur Problematik des Verzichts auf die kollektive Sicherheit durch Rückkehr zum System bilateraler Verträge gerade für die schwachen Staaten Südosteuropas vgl. *Broszat* S. 555f. Der japanische Völkerbundsaustritt im Frühjahr 1933 in Folge der Mandschurei-Krise (Mukden-Zwischenfall) bewirkte einen Dammbruch für die Antirevisionsfront auf globaler Ebene.
15 Es handelte sich um die „Croatiapress“ und die „Nezavisna Hrvatska Drzava“ („Unabhängiger Staat Kroatien“), die von Branimir Jelić herausgegeben wurden, vgl. C 2, Nr. 43, 72, 91, 92. Zur Rolle des Auswärtigen Amtes nach 1933 vgl. *Michalka* in: *Michalka* (Hg.), S. 249-59.
16 *Markert* S. 92; die ursprünglich auf den vorangegangenen Balkankonferenzen vorgesehene Einbeziehung Bulgariens in den Balkanbund scheiterte an den bulgarischen Revisionsansprüchen. Vgl. *Suppan* S. 279.
17 BII/6, Nr. 331, S. 523; Nr. 358, S. 567; *Markert* S. 92; *Schreiber* S. 315; *Suppan* S. 280.
18 BII/6, Nr. 361, S. 569ff.
19 BII/6, Nr. 331, S. 521f.; Nr. 361, S. 571f.; Nr. 380, S. 609; C 2, Nr. 381.
20 C 2, Nr. 316; Nr. 381; C 2, Nr. 317. Zur außenpolitischen Schwäche Frankreichs in den 30er Jahren vgl. die Beiträge von Gilbert *Ziebura* und Roland *Höhne* in dem von Karl *Rohe* hrsg. Sammelband „Die Westmächte und das Dritte Reich 1933–1939“; *Mühle* passim.
21 C 2, Nr. 316; Nr. 381; C 3, Nr. 263, 516; BII/6, Nr. 361; *Strauch* S. 24ff.
22 C 2, Nr. 246, 291; *Markert* S. 92.
23 C 2, Nr. 291, 309, 316, 381; N 30, S. 306.
24 BII/6, Nr. 358, S. 267; Nr. 380, S. 608, 610.
25 BII/6, Nr. 331, 358, S. 566, 571; Henderson war ein persönlicher Freund König Alexanders und daher über die jugoslawische Politik meist bestens informiert (*Strauch* S. 24ff.).
26 C 2, Nr. 175, 192, 216; C 3, Nr. 310, 336.
27 Vgl. C 1, Nr. 218, 345. Zur Rolle Ungarns vgl. *Brozat* passim, zu Gömbos *Haynes*/*Rady* S. 121-37.
28 C 1, Nr. 14, 27, 35; G 2, Nr. 216, 246, 381; vgl. dazu die Auseinandersetzungen in Nürnberg: N 30, S. 295ff.; N 16, S. 334ff; N 9, S. 335ff.
29 BII/6, Nr. 331, S. 521f.; C 1, Nr. 99, 218, 279; C 2, Nr. 309, 316, 448; *Schmidt* S. 552; *Ciano* S. 40; N 30, S. 51ff., 307; *Survey* 36, S. 507, *Suppan* S. 278f.
30 N 30, S. 300f., 303, 305; N 9, S. 335ff.; N 16, S. 691; *Meiß* S. 138f.
31 BII/6, Nr. 331, S. 521f.
32 Dazu unten Kap. IV.
33 C 3, Nr. 27.

34 *Kordt* S. 66ff. Der Ostpaktplan sah gegen die aggressiven Absichten Hitlers einen Nichtangriffsvertrag zwischen Deutschland, der Sowjetunion, den baltischen Staaten, Polen und der Tschechoslowakei mit französischer Garantie vor (Ost-Locarno), scheiterte aber vor allem am deutschen und polnischen Widerstand. Zum größeren Kontext vgl. *Hildebrand*, Legitimität S. 32f.; *Suppan* S. 280f.; *Mühle* S. 205-309, 363f.

35 Peter II., S. 74; C 3, Nr. 27, 39; *Markert* S. 92; *Meiß* S. 38, 60.

36 *Hoptner* S. 23f.

37 C 3, Nr. 10, 19, 27; *Suppan* S. 281. Vgl. *Schreiber* S. 313-15 zu den damaligen Friktionen zwischen Deutschland und Italien.

38 BII/6, Nr. 543; C 3, Nr. 134, 137; *Fotić* S. 8.

39 BII/6, Nr. 543; N 30, S. 301, 305; *Meiß* S. 137; *Suppan* S. 421-37.

40 C 3, Nr. 264; *Seton-Watson* S. 267.

41 C 3, Nr. 266; *Suppan* S. 281f., 408ff.

42 *Mühle* S. 310-16 eingehend zu den lange unklaren Hintergründen des Attentats.

III. Prinzregent Paul und Ministerpräsident Stojadinović 1935–1939 Die Verstrickung von Innen- und Außenpolitik im Kontext deutscher Machtsteigerung, italienischen Seitenwechsels und westlicher Appeasement-Politik

1 Prinzregent Paul und Ministerpräsident Stojadinović

In Jugoslawien wurde nach der Ermordung König Alexanders der elfjährige Sohn Alexanders als König Peter II. ausgerufen. Die königlichen Vollmachten übernahm für ihn sein Oheim Prinz Paul als Chef einer dreiköpfigen Regentschaft.[1] So war es im Testament des ermordeten Königs festgelegt.

Abb. 22 Prinzregent Paul (1934–1941)

Prinz Paul, geboren 1893 in St. Petersburg als Sohn eines kaiserlich-russischen Generals, war auf die Leitung eines labilen Staatswesens in gefahrvoller Zeit nur wenig vorbereitet; denn wohl kaum jemand hatte – trotz evidenter Attentatsgefahr – damit gerechnet, dass der Fall einer mehrjährigen Regentschaft (bis Herbst 1941) wirklich eintreten würde.

Prinz Paul liebte die Künste mehr als die Politik und nahm das Regentenamt nur widerstrebend an. Während sein königlicher Vetter Alexander als Frontoffizier an den verlustreichen Kämpfen der serbischen Armee im Ersten Weltkrieg beteiligt gewesen war, hatte er in Oxford Kunstgeschichte studiert. Dort schloss er sein Studium 1921 mit dem Master of Arts ab. Mentalität und Verhaltensweise der britischen Oberschicht prägten ihn lebenslang. Durch die Schwester seiner Gemahlin, der griechischen Prinzessin Olga, hatte er enge verwandtschaftliche Beziehungen zum englischen Königshaus. Der Herzog von York (der spätere König Georg VI.) war der prominenteste Gast auf seiner Hochzeitsfeier 1923.

Wegen seiner langen Auslandsjahre hatte Prinz Paul im serbischen Volk nur wenig Anhang. Er bevorzugte die Außen- vor der Innenpolitik und hegte eindeutig probritische und antisowjetische Empfindungen. Im Ganzen war er noch weniger als König Alexander der Mann, den das Land gebraucht hätte. Aber er ging – anders als die tonangebenden Kreise Belgrads – ohne Illusionen an seine schwierige Aufgabe heran. Er suchte – um das politische Erbe seines Neffen zu bewahren – die Königsdiktatur fortzuführen und gleichzeitig die Rückkehr zur parlamentarischen Demokratie vorzubereiten. Die drängendste außenpolitische Aufgabe war die Bewertung der unterschiedlichen Reaktionen auf die Ermordung König Alexanders.

Die Kleine Entente erklärte sofort ihre Solidarität mit Jugoslawien. Der Völkerbundrat verlangte am 10.12.1934 Rechenschaft von Ungarn. Die jugoslawische Armee marschierte gegen Italien auf.[2] Die Westmächte und besonders der neue französische Außenminister Pierre Laval aber befürchteten für den Fall eines italienisch-jugoslawischen Konfliktes, dass Mussolini zu Deutschland abschwenken werde. Sie setzten Belgrad daher unter Druck, auf den Nachweis der Verantwortlichkeit Mussolinis im Mordprozess zu verzichten. Das versetzte Frankreichs Prestige als Schutzmacht in Belgrad einen ersten schweren Schlag.[3]

Umso befriedigender wirkte die Reaktion Deutschlands. Hitler befahl in der deutschen Presse eine entschiedene Verurteilung des Attentats und eine positive Würdigung Alexanders und entsandte Göring als seinen Stellvertreter zu den Beisetzungsfeierlichkeiten. Die jugoslawische Öffentlichkeit und Regierung sowie der Prinzregent zeigten sich stark davon beeindruckt, zumal Göring mehrmals den deutschen Wunsch nach Freundschaft mit Jugoslawien zum Ausdruck brachte und darauf hinwies, dass die Interessen der beiden Länder sich nirgends überschnitten, sondern vielmehr ergänzten.

> Der Prinzregent seinerseits sprach sein volles Verständnis für die Ziele des neuen Deutschland aus und empfahl vor allem eine deutsch-englische Verständigung,[4] die im Flottenabkommen vom Juli 1935 auch partiell realisiert wurde – aber nicht grundsätzlich und für lange. Gegenüber den Verletzungen des Versailler Vertrages durch Hitler begann damals das Experiment der westlichen Appeasement-Politik. Sie war – wie wir heute wissen – das falsche Signal gegenüber den deutschen Provokationen, aber Prinz Paul sah darin vor allem die Chance, dem Dilemma einer klaren Entscheidung zwischen England, dem seine ganze Sympathie gehörte, und Deutschland, dessen Wirtschaftskraft für Jugoslawien unentbehrlich war, ausweichen zu können.

Letztlich konnte nur Frankreich Italien daran hindern, aus der durch Alexanders Tod noch verschärften Krise Jugoslawiens Kapital zu schlagen.[5] Daher empfahl der deutsche Gesandte in Belgrad, von Heeren, Verständnis für die Lage Jugoslawiens und Zurückhaltung mit politischen Vorschlägen deutscherseits.[6] Hitler hielt sich daran, beauftragte aber Göring zu dieser Zeit, die deutsch-jugoslawischen Beziehungen besonders zu pflegen. Göring hatte nach seinem erfolgreichen Besuch in Belgrad eine Schwäche für die Serben, deren Tapferkeit im Ersten Weltkrieg ihm imponierte.[7] In Italien und Ungarn befürchtete man sogar, er habe mit den Jugoslawen Verabredungen gegen Rom und Budapest getroffen, was jedoch nicht zutraf. Er hatte sich in Belgrad allerdings negativ über die Behandlung der deutschen Minderheit in Ungarn geäußert und erklärt, dass Deutschland die gewaltsame italienische und ungarische Revisionspolitik ablehne, was zu heftigen italienischen und ungarischen Reaktionen in Berlin führte.[8] Die deutsche Politik vermochte

zunehmend die Spannungen zwischen den Staaten im Donauraum für ihre Zwecke auszuspielen.

Prinz Paul hielt – trotz der in Serbien vorherrschenden öffentlichen Meinung und seiner persönlichen Sympathien für Großbritannien – an der von König Alexander eingeschlagenen Politik Deutschland gegenüber fest. Diese Linie erfuhr in den folgenden Jahren durch einen Serben der außerparlamentarischen Opposition entscheidende Förderung, Milan *Stojadinović* (1888–1961).

Abb. 23
Ministerpräsident Milan Stojadinović (1935–1939)

Stojadinović hatte in Belgrad und in Deutschland, England und Frankreich Wirtschafts- und Finanzwissenschaften studiert und war nach dem Ersten Weltkrieg, in dem er den Rückzug der serbischen Armee 1915/16 bis nach Korfu mitgemacht hatte, im Finanzministerium aufgestiegen. Gleichzeitig engagierte er sich in der serbischen Radikalen Volkspartei. Deren Führer Nicola Pašić wählte ihn 1925 zum Finanzminister in seinem Kabinett. Im Dezember 1934 wurde er von Prinzregent Paul in das neue Kabinett des Ministerpräsidenten Bogoljub Jevtić berufen, ebenfalls als Finanzminister – inzwischen ging ihm der Ruf eines international anerkannten Finanzexperten voraus. Nachdem Jevtić aber trotz Neuwahlen im Mai 1935 das Gespräch zwischen autoritärer Regierung und Opposition, vor allem der serbischen und kroatischen, nicht wieder hatte in Gang bringen können, berief der Prinzregent den inzwischen auch politisch profilierten, 47-jährigen Stojadinović zum Ministerpräsidenten (24.6.1935).

Prinz Paul machte mit der Ernennung von Stojadinović einen glänzenden Griff. Jahrelang kooperierten die beiden Männer vortrefflich. Aber es gab erhebliche Unterschiede in der Persönlichkeitsstruktur: Hier der zurückhaltend-scheue, aber auch aristokratisch-arrogante unpopuläre Repräsentant der Königsdynastie, Kunstliebhaber und Ästhet, dort der bürgerliche Vollblutpolitiker und Staatsmann mit starkem Rückhalt im Volke. Diese Differenzen, auf die Stojadinović in seinen Memoiren immer wieder zu sprechen kommt, standen der engen Kooperation jahrelang nicht im Wege, vielmehr schienen sich die beiden so unterschiedlichen Charaktere ideal zu ergänzen.

> „Erstmals seit 1929 wurde die Regierung wieder von Gruppierungen getragen, die die meiste Zeit in Opposition zur Monarchodiktatur gestanden hatten. Wenngleich die Verfassung von 1931 und die während der Diktatur erlassenen Gesetze weiterhin in Kraft blieben, bildet die Regierungszeit Stojadinović einen eigenen Abschnitt in der Geschichte Jugoslawiens zwischen den Weltkriegen.“[9]

Das Kabinett Stojadinović amtierte in den entscheidenden Jahren vor dem Krieg bis zum 4.2.1939 und damit am längsten von allen jugoslawischen Kabinetten seit 1918. Stojadinović, gleichzeitig Außenminister, war wohl die stärkste politische Persönlichkeit Jugoslawiens nach Pašić.

Die jugoslawische Öffentlichkeit erwartete innenpolitisch von Stojadinović eine Verständigung mit den Kroaten. Maček forderte eine demokratisch-föderalistische Verfassungsänderung mit weitgehender Autonomie für ein großzügig bemessenes Kroatien. Stojadinović lehnte das ab und suchte Maček für ein Zweiparteiensystem auf gesamtjugoslawischer Basis zu gewinnen. Demgemäß bildete er aus dem bisher oppositionellen Flügel der serbischen Radikalen, der slowenischen Volkspartei und der Partei der bosnischen Moslems eine neue Regierungspartei, die „Jugoslawische Radikale Union" (JRZ).[10] Diese unterschied sich von dem starren unitaristischen „Integralismus" König Alexanders. Sie sollte nach Stojadinovičs Vorstellung mit einem Block oppositioneller Parteien unter Führung Mačeks die Föderalisierung Jugoslawiens auf gesamtjugoslawischer Basis in die Wege leiten. Stojadinovićs Vorstellung hatte gegenüber der Forderung Mačeks den Vorteil, dass die kroatischen Autonomieforderungen in einem gesamtstaatlichen Rahmen verhandelt werden konnten und nicht – wie später geschehen – durch die vorangehende Befriedigung der kroatischen Wünsche.[11]

Vergeblich blieb letzten Endes Stojadinovićs Bemühung, durch Abschluss eines seit der Staatsgründung 1918 unumgänglichen Konkordats mit dem Hl. Stuhl in Rom, das schließlich nach langwierigen Verhandlungen am 9.2.1938 zustande kam, zur inneren Entspannung beizutragen. Die serbisch-orthodoxe Kirche lehnte die an Rom gemachten Zugeständnisse leidenschaftlich ab, so dass die Regierung den Vertrag auf Eis legte.[12]

2 *Stojadinovićs Einschätzung der politischen Großwetterlage 1935/36 (Abessinien- und Rheinlandkrise)*

Außenpolitisch knüpften Prinz Paul und sein Ministerpräsident Stojadinović an den schon von König Alexander eingeleiteten Richtungswechsel an. Italien hatte mit seinem Anschlag auf die Integrität Jugoslawiens keinen Erfolg gehabt, Pavelićs Ustaša-Bewegung hatte die in sie gesetzten Hoffnungen nicht erfüllt. Gleichzeitig fühlte sich Italien selbst durch die von Hitler eingeleitete schärfere Gangart in der Revisionspolitik unmittelbar bedroht, wie seine scharfen Reaktionen auf die Ermordung des österreichischen Bundeskanzlers Engelbert Dollfuß im Juli 1934 zeigten. Die wachsende Spannung zwischen Deutschland und Italien verschaffte Jugoslawien ein gewisses Sicherheitspotential.

Gleichzeitig ließen die Reaktionen der Westmächte auf die Provokationen Italiens und Deutschlands für Stojadinović nur den Schluss zu, dass die kleineren Länder den revisionistischen Großmächten im Konfliktfall allein gegenüberstehen würden.

Daher empfahl sich Verständigung mit Rom und Berlin eher als unbegrenztes Vertrauen auf westliche Bündnishilfe.

Stojadinović rechtfertigt diese Politik in seinen Memoiren:

> « De nombreux critiques de ma politique étrangère n'ont pas compris le grand changement qui s'est opéré en Europe, au point de vue géopolitique, après l'avènement de Hitler au pouvoir. Entre nous et nos grands alliés occidentaux s'est dressé un bloc puissant, qui partait de la Mer du Nord et se prolongeait jusqu'au plus profond de la Méditerranée. Nous sommes restés de l'autre côté de la barrière, séparés de la France et de la Grande-Bretagne. Par conséquent, en cas d'attaque, même s'ils le voulaient – et ils n'avaient aucune obligation à le faire – nos alliés occidentaux n'auraient pas pu venir à notre aide. Ainsi que de nombreux cas tragiques l'ont démontré peu après, ces grandes puissances n'avaient nullement l'intention – ni les possibilités matérielles – de secourir les autres.
> Aussitôt après la signature du ‚*Gentlemen's Agreement'*, j'avais chargé notre ministre à Londres d'exprimer mes félicitations et la satisfaction que j'éprouvais à cette occasion. J'étais persuadé que par cet accord les frontières yougoslaves étaient garanties.
> L'idée, et même le nom, de cet accord anglo-italien provenait de Mussolini. Cependant son texte était un peu vague et imprécise, comme cela arrive souvent dans les actes diplomatiques. Chaque partie se réserve le droit de l'interpréter à son avantage. Cependant j'étais dit que les deux pays s'étaient mis d'accord 'pour renoncer à tout désir de modifier … le statut quo concernant la souveraineté nationale des territoires dans la Méditerranée', d'où mon enthousiasme.
> En même temps, Eden avait rassuré le prince Paul, de visite à Londres, en lui disant que la Grande-Bretagne ne ferait rien au détriment de la Yougoslavie. A cette conjoncture optimiste, je reçus bientôt un démenti aussi catégorique que décevant. Londres nous répondit que mon interprétation de l'accord était erronée et que la Grande-Bretagne n'avait pris aucun engagement concernant l'intégrité des frontières yougoslaves. Cette réponse m'ouvrit complètement les yeux et me raffermit dans la conviction que je ne pouvais compter sur aucune garantie, et encore moins sur une aide de nos alliés occidentaux en ce qui concerne la sécurité de notre territoire. »[13]

Man wird dieser Argumentation auch aus heutiger Sicht zustimmen.

Außer Großbritannien war Frankreich für die Sicherheit Jugoslawiens von ausschlaggebender Bedeutung. Hier hatte nach der Ermordung Barthous Pierre *Laval* das Amt des Außenministers übernommen. Laval, ein überzeugter Pazifist, ersetzte Barthous Eindämmungspolitik gegenüber den faschistischen Mächten durch eine solche der Besänftigung (appaisement).

Schon ein halbes Jahr vor Stojadinovićs Amtsantritt als Ministerpräsident und Außenminister war Laval nach Rom gekommen und wurde von Mussolini über die italienischen Pläne gegen Abessinien informiert. Er nahm sie ohne Protest zur Kenntnis. Laval galt damals beim Völkerbund, in Frankreich und Großbritannien als Hoffnungsträger, dessen diplomatischer Kunst es gelingen könne, Hitlers Aggressionspolitik ohne Krieg zu stoppen. Dafür brauchte er allerdings Italien, und dafür war ein Preis zu zahlen. Dieser Preis war Abessinien – immerhin ein Mitglied des Völkerbundes und seines kollektiven Sicherheitssystems. Abessinien war schon seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert Ziel des italienischen Imperialismus, zwischen den bereits italienischen Besitzungen Eritrea und Somalia nahm es sich als rohstoffreicher Kern eines großen italienischen Kolonialreiches in Ostafrika aus, das neben dem Mittelmeer („Mare nostro") Italiens Anspruch als europäische Großmacht untermauern und seinen Bevölkerungs- und Produktionsüberschuss aufnehmen sollte. Eine Verständigung mit Mussolini sicherte – in einer Phase wachsender Kriegsgefahr – sowohl die französische Alpengrenze als auch die englischen Seeverbindungen im Mittelmeer zwischen Gibraltar und Suezkanal, eine Lebensader des Empire.

So nahm Laval Mussolinis Abessinienpläne ohne Protest zur Kenntnis. Dafür erlangte er die Zustimmung Mussolinis zu seinem Vorschlag eines Nichtinterventionspaktes, der alle Nachbarstaaten Österreichs außer der Schweiz umfassen und sie verpflichten sollte, nicht gegenseitig in ihre inneren Angelegenheiten einzugreifen und keine gegen die territoriale Integrität eines anderen Partners gerichtete Tätigkeit zuzulassen. Der Pakt sollte vor allem die Unabhängigkeit Österreichs gegen deutsche Anschlusspläne sichern, verpflichtete aber auch Italien und Ungarn, ihre Revisionsansprüche Jugoslawien gegenüber zu zähmen. Dennoch fasste man in Belgrad diese Abmachungen als Entwertung des jugoslawisch-französischen Freundschaftsvertrages von 1927 auf.[14] Jede Verständigung der alten Bundesgenossen mit dem „Erbfeind" jenseits der Adria werde auf Kosten Jugoslawiens gehen – so die nicht unberechtigte Befürchtung. Das Misstrauen zwischen Jugoslawien und den alten Bundesgenossen wuchs.

Laval erntete scheinbar die Früchte der Verständigung mit Mussolini, als Hitler am 16.3.1935 gegen die Bestimmungen von Versailles in Deutschland die allgemeine Wehrpflicht wieder einführte – eine weitere Vertragsverletzung. Am 11.4.1935 verurteilte eine gemeinsame englisch-französisch-italienische Erklärung in Stresa das einseitige Vorgehen Deutschlands und verkündete die Entschlossenheit der drei Garantiemächte des Locarnopaktes, gegen alle weiteren einseitigen Vertragsaufkündigungen zusammenzustehen. Indessen verlor die sog. „Stresafront" jeden Wert, da für den Ernstfall keine Sanktionen vereinbart wurden.

Gleichzeitig scheiterte am deutschen und polnischen Widerstand auch der französische Ostpaktplan, der nach dem Vorbild des Locarnovertrags gewaltsame Revisionen in Ostmitteleuropa verhindern sollte. Daraufhin suchte Frankreich sein Sicherheits-

interesse nun durch einen Beistandspakt mit der Sowjetunion (2.5.1935) zu befriedigen, die damals gegen die wachsenden Gefahren an ihrer West- und Ostgrenze (Japan) neue Bündnispartner brauchte. Frankreichs Verständigung mit Moskau verprellte nun aber die alten Bundesgenossen, Großbritannien, Italien, Jugoslawien, die strikt an ihrer antikommunistischen Politik festhielten. Der Zickzackkurs der französischen Außenpolitik zwischen dem faschistischen Italien und dem bolschewistischen Russland wirkte in Belgrad verstörend.

Auf diesem Hintergrund reiste Göring im Juni 1935 durch Südosteuropa, um dort aus der wachsenden Angst vor dem Bolschewismus Vertrauenskapital für das nationalsozialistische Deutschland zu schlagen. Und auf diesem Hintergrund beleuchtete der deutsche Gesandte Heeren bereits am 3.7.1935 die außenpolitischen Auswirkungen von Stojadinovićs Regierungsantritt wenige Tage zuvor. Sie habe in Paris, Prag und Bukarest „geradezu panikartige Aufregung" hervorgerufen, vor allem infolge des Misstrauens, „mit dem diese Länder das schon in der Politik des verstorbenen Königs sichtbar gewordene Bestreben Jugoslawiens nach einer Verselbständigung seiner Außenpolitik verfolgen".

> „Dazu kommt, dass gerade in letzter Zeit die Entwicklung der gesamteuropäischen Lage Jugoslawien innerlich von seinen Verbündeten entfernen musste. Die von Frankreich mit nervöser Hast betriebene Annäherung an Italien und Russland, die Meinungsverschiedenheiten in der Beurteilung des österreichischen Problems und nicht zuletzt der Eindruck der machtpolitischen Wiedererstarkung Deutschlands haben der Frage, ob nicht doch der Augenblick zu einer Neuorientierung der jugoslawischen Politik näher rückt, erhöhte Aktualität gegeben. … Stojadinović hatte schon als Finanzminister des Kabinetts Jevtić auf finanziellem Gebiet eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, die ganz in der Linie einer bewussten Loslösung von dem übermächtigen Einfluss der französischen Finanzwirtschaft lagen und in Paris stark verschnupft hatten. Es war den Franzosen auch nicht verborgen geblieben, dass Stojadinović ein überzeugter Anhänger der wirtschaftlichen Zusammenarbeit Jugoslawiens mit Deutschland ist und diesen wirtschaftlichen Bedürfnissen seines Landes auch seine politischen Konzeptionen anpasst. …
>
> Die Beunruhigung der jugoslawischen Verbündeten ist zwar übertrieben, aber doch nicht ganz unbegründet. Denn der neue Außenminister Jugoslawiens ist ein Mann, der zweifellos entschlossen ist, die Außenpolitik seines Landes nach rein jugoslawischen Interessen zu führen, und alles daran setzen wird, sein Land nicht für fremde Interessen einspannen zu lassen. Er sieht zwar seine Hauptaufgabe in der inneren Konsolidierung und wirtschaftlichen Hebung Jugoslawiens, und er weiß, dass er für die Lösung dieser Aufgabe außenpolitisch Ruhe braucht. Er wird daher für die nächste Zeit die übernommenen Bindungen seines Landes nicht antasten und jede Aktion vermeiden, die eine Störung seiner innenpolitischen Ziele vom Ausland her herbeiführen könnte."[15]

Dies war eine durchaus kongeniale Charakterisierung der Gesamtpolitik Stojadinovićs, mit dem Heeren auch persönlich befreundet war, schon gleich zu Beginn von dessen Amtszeit als Ministerpräsident. Deutlich wird zweierlei: Stojadinović setzte den Schwerpunkt auf die Innen-, Entwicklungs- und Wirtschaftspolitik, aber dies ließ sich nur bei Kriegsvermeidung verwirklichen. In der durch Hitlers forcierte Aufrüstungspolitik dramatisch gefährdeten Sicherheitslage in Europa und angesichts der Erwartungshaltung breiter Kreise der jugoslawischen und insbesondere der serbischen Öffentlichkeit, dass er die Beziehungen zu Frankreich und den Verbündeten in der Kleinen Entente, Prag und Bukarest, pflegen und sich gleichzeitig stärker England und Russland zuwenden solle, war dies ein äußerst kompliziertes politisches Spiel. Stojadinović hoffte, durch eine effiziente Sicherheits- und Wirtschaftspolitik die Opponenten gegen seine unorthodoxe Außenpolitik beruhigen zu können.

Als Wirtschafts- und Finanzwissenschaftler lehnte Stojadinović politisch dysfunktionale Sympathien und Antipathien ab. Darin war er scharfsichtiger als die große Masse der jugoslawischen politischen Klasse in der Zwischenkriegszeit. Er war enttäuscht von der westlichen Appeasementpolitik und vom Versagen aller Verbündeten Jugoslawiens bei der Bestrafung der Mörder König Alexanders. Er sah die einzig mögliche Rettung Jugoslawiens in einer Annäherung an Deutschland und vor allem an den bisherigen Erzfeind Italien, ohne deshalb die alten Freunde aufzugeben. Wenn schon die Großmächte den Diktatoren keinen offenen Widerstand leisteten – das kleine und innerlich geschwächte Jugoslawien war dazu nach seiner Auffassung erst recht nicht in der Lage. Und wie Stojadinović so verhehlten weite Kreise in Belgrad keineswegs ihre Bewunderung für den politischen und wirtschaftlichen Aufstieg des „Dritten Reiches".

Die Aussichten für eine *jugoslawisch-italienische Verständigung* waren nicht ungünstig, nachdem Mussolini auch durch die Ermordung Alexanders Jugoslawien nicht hatte zerstören können und sich nun leichteren Zielen zuwandte. Schon am 15.3.1935 hatte der durch seinen neuen Belgrader Gesandten Conte Viola di Campalto erklären lassen, dass Italien die Integrität Jugoslawiens respektieren und „eine konkrete und herzliche Zusammenarbeit und eine Verständigung auf politischem und wirtschaftlichem Gebiet" erreichen wolle.[16] Nach dem Regierungsantritt Stojadinovićs kam es dann zu Wirtschaftsverhandlungen, die jedoch durch den Angriff Mussolinis auf *Abessinien* am 3.10.1935 unterbrochen wurden. Nur widerwillig schloss Stojadinović sich den Völkerbundssanktionen gegen Italien an. Damit England wenigstens einen Teil des bisher nach Italien gegangenen Exports abnahm, musste er im Januar 1936 dem englisch-griechisch-türkischen Mittelmeerabkommen beitreten, das eine Beistandsverpflichtung für den Fall eines wegen der Sanktionen im Mittelmeer ausbrechenden Krieges enthielt. Im Übrigen aber vermied Stojadinović trotz der englischen Aktivität in Belgrad jede Provozierung Italiens, da er angesichts der zögernden französischen Haltung im Abessinienkonflikt nicht zu Unrecht fürchtete, dass die mangelhaft ausgerüstete jugoslawische Armee Italien im

Ernstfall allein gegenüberstehen werde. In Belgrad atmete man auf, als der Völkerbund am 4.7.1936 die Sanktionen beendigte und das Mittelmeerabkommen am 10.7.1936 erlosch.

Hatte schon der Verlauf des Abessinienkonflikts Stojadinović in seiner politischen Konzeption bestärkt, so trug die schwache und geteilte Reaktion des Westens auf die deutsche Besetzung der entmilitarisierten Zone im *Rheinland* am 7.3.1936 erst recht dazu bei. Dadurch verschob sich die europäische Machtbalance erheblich: Die Wiedergewinnung der Rheinlinie und der anschließende Bau des Westwalls versetzten dem französischen Sicherheitssystem einen tödlichen Schlag: Es schien nun fast unmöglich, dass Frankreich seinen Verbündeten in Ost- und Südosteuropa notfalls gegen Hitler noch rechtzeitig würde zu Hilfe kommen können. Das Vertrauen auf Frankreich und die kollektive Sicherheit war in Belgrad endgültig zerbrochen – für Berlin ein großer Erfolg.

Die Kleine Entente versicherte Frankreich – gegen den Widerstand Stojadinovićs – der vollen Unterstützung für eine Gegenaktion im Rheinland, die jedoch an der durch andere Prioritäten bedingten Zurückhaltung Großbritanniens scheiterte. Stojadinović erklärte, die Erhaltung des wichtigen deutschen Marktes sei für ihn unverzichtbar und sprach sich – nach den in der Abessinienkrise gemachten Erfahrungen – gegen die von Frankreich und der Kleinen Entente geplanten Sanktionen aus – lediglich einer formalen Verurteilung des einseitigen deutschen Vorgehens durch den Völkerbund werde sich Jugoslawien wohl anschließen müssen.

Der deutsche Gesandte Heeren beurteilte Stojadinovićs Politik in der Rheinlandkrise am 25.3.1936 wie folgt:

> „Jugoslawien ist ein Staat, der durch die Friedensverträge geschaffen worden ist, und er ist weiter ein Staat, der für seine innere Konsolidierung den äußeren Frieden dringend benötigt. Aus diesen beiden Tatsachen ergibt sich, dass jedes politische Ereignis in Europa, aus dem eine Erschütterung der Friedensverträge und eine Verschärfung der politischen Spannung zwischen den Großmächten hervorgehen kann, hier zunächst beunruhigen muss. Wenn, wie dies nach hiesiger Auffassung bei dem deutschen Schritt vom 7. März (Rheinlandbesetzung, B. M.) der Fall war, durch ein solches Ereignis gleichzeitig die machtpolitische Lage des Erbfeindes Italien entlastet wird, so ist es nur begreiflich, dass hierdurch die Beunruhigung noch zunimmt. Man glaubt hier, in den italienisch-albanischen Abmachungen und in der Festigung des römischen Dreierpaktes (Römische Protokolle, B. M.) die ersten Auswirkungen dieser Jugoslawien bedrohenden italienischen Entlastung zu sehen, und fragt sich mit einiger Sorge, ob nicht aus der Verschärfung der deutsch-französischen Spannung eine neue Annäherung Frankreichs an Italien auf Kosten Jugoslawiens hervorgehen wird. Denn man hat hier schon früher die Erfahrung gemacht, dass Frankreich nicht zögert, die

> Interessen seiner Bundesgenossen zu opfern, wenn eigene Interessen dies verlangen.“

Man sei in Belgrad

> „der Ansicht, dass die Außenpolitik Jugoslawiens durch den deutschen Schritt ungünstig beeinflusst worden ist. Alle Hoffnungen gelten daher einer friedlichen Beilegung des Konflikts und einer allgemeinen Befriedung Europas im Sinne der deutschen Vorschläge.“[17]

3 Jugoslawische Außenpolitik in der Krise der Kleinen Entente

Stojadinovićs erster Staatsbesuch galt Paris – während der Abessinienkrise. Er wollte damit zum Ausdruck bringen, dass Frankreich auch für ihn Angelpunkt der Außenpolitik Jugoslawiens blieb. Das war gerade im Hinblick auf die von ihm geplante Umorientierung von den ehemaligen Waffenbrüdern zur Neutralität und Äquidistanz zu allen Großmächten von wesentlicher Bedeutung. Stojadinović schreibt dazu in seinen Memoiren:

> « Les victoires de la France, au cours de la Grande Guerre, avaient donné à la République Française un prestige et une force morale énormes dans le monde entier et notamment parmi les Serbes. Durant la Guerre, nous avons eu l'occasion d'éprouver les sentiments amicaux du peuple français qui avait accueilli des milliers de réfugiés serbes comme ses propres enfants. Ce prestige des tranchées se transporta aux chancelleries diplomatiques et fut le point de départ de notre politique étrangère après la Guerre.
> Tous les gouvernements, de Pachitch à Yevtitch, avaient poursuivi cette même ligne de conduite, devenue 'traditionnelle'. C'était logique aussi, car jusque-là nos intérêts vitaux étaient identiques à ceux de la France et il n'y avait aucune raison d'abandonner cette politique et de se priver d'une expérience séculaire, appuyée le cas échéant d'une aide efficace et désintéressée.
> Cette politique était basée avant tout, sur le Pacte de la Société des Nations. Les délibérations de son Conseil étaient suivies avec un vif intérêt, ayant une importance décisive, croyait-on, sur la marche des affaires dans le monde entier. »[18]

Neben Frankreich und Völkerbund basierte die jugoslawische Außenpolitik auf der Kleinen Entente mit Rumänien und der Tschechoslowakei. Diese hatte zum Hauptzweck die Verhinderung der Habsburgerrestauration in Österreich und Ungarn, weil alle drei Staaten davon eine Gefährdung ihrer großen Gebietszuwächse aus der Konkursmasse der Donaumonarchie befürchteten. Stojadinović hatte in dieser Hinsicht mit den Außenministern Eduard Beneš und Nicola Titulescu zu tun, die beide im Gefolge Frankreichs auf eine Verständigung mit der Sowjetunion unter Stalin setzten, um der heraufziehenden deutschen Gefahr zu begegnen. Seine Distanz zu diesen beiden Amtskollegen hat Stojadinović pointiert herausgearbeitet:

> « Ils avaient tous les deux l'ambition de jouer un rôle important, non seulement en leur qualité de représentant national au service de leur pays respectif, mais aussi ils visaient à devenir des figures diplomatiques européennes, et à s'immiscer dans les affaires et relations des grandes puissances. Par contre, mon intention était de limiter mon activité à la Yougoslavie et les pays les plus proches. Ne voulant pas être impliqué dans la politique internationale des grands, je désirais me concentrer aux Balkans, et, en premier lieu, à la Bulgarie, puis à la Grèce et la Turquie. Mes aspirations politiques correspondaient aux idées que je m'étais forgées étant étudiant. La Yougoslavie devait s'étendre de la Mer Adriatique jusqu'à la Mer Noire, englobant la Bulgarie, avec laquelle les Serbes ont beaucoup de traits communs. Après l'union avec les Bulgares on pourrait passer à la confédération des pays balkaniques. Et pendant que mes collègues de la Petite Entente lançaient leurs regards vers le nord, les miens se dirigeaient vers le sud.
>
> La Petite Entente, créée pour prévenir le retour des Habsbourgs, avait terminé de jouer son rôle. Entretemps, chacun des trois pays était devenu assez fort pour s'opposer, tout seul, à cette éventualité. En même temps apparaissait une nouvelle Allemagne, qui aspirait à l'*Anschluss* et non à la restauration.
>
> Le tableau de l'Europe, en cet été de 1935, était bien différent de celui qui existait 15 ans plus tôt, lors de la création de la Petite Entente. Le problème européen numéro un n'était plus Otto, le jeune prétendant au trône autrichien et hongrois – mais bien le *Führer* du Troisième Reich, Adolf Hitler. Et pour faire face à cette nouvelle menace les trois pays de la Petite Entente n'avaient ni la force, ni l'armement, ni la position géographique pour le faire. »[19]

Im Unterschied zu Jugoslawien hatten die Stärke der Kleinen Entente und das Bündnis mit Frankreich für die Tschechoslowakei seit 1933 oberste Priorität, denn sie lag direkt in der Hauptaggressionsrichtung des Dritten Reiches.

Vom 22. bis 24.2.1936 weilte der tschechoslowakische Ministerpräsident Milan Hodža in Belgrad, um Stojadinović für sein Programm einer wirtschaftlichen Föderation aller österreichisch-ungarischen Nachfolgestaaten zu gewinnen, denn diese könnten sich nur aufgrund eines solchen Regionalpaktes ohne Gefahr für ihre Souveränität mit einem so mächtigen Gebilde wie dem Deutschen Reich verständigen. Aber Stojadinović verhielt sich abwartend, da der Handel mit Deutschland für Jugoslawien vorteilhafter war als eine Donauföderation. Hodža scheiterte dann endgültig an den Staaten der „Römischen Protokolle" Österreich und Ungarn.

Stojadinović verkündete am 6.3.1936 in der Skupština nach polnischem Vorbild eine Politik der Neutralität und Freundschaft zu allen Mächten. Als der polnische Außenminister Beck am 26./27.5.1936 Belgrad besuchte, verstand er sich ausge-

zeichnet mit Stojadinović in der Verurteilung der profranzösischen und prosowjetischen Politik der Tschechoslowakei.

Die Krise der Kleinen und der Balkanentente war damit evident. Zwar sprach man auf den Ratstagungen der Jahre 1936 und 1937 immer noch von unbedingter antirevisionistischer Solidarität und Völkerbundstreue,[20] aber als am 29.8.1936 der rumänische Außenminister und Völkerbundpolitiker Titulescu gestürzt wurde, war das Übergewicht der franko- und russophilen Partei in der Kleinen Entente gebrochen.[21] Die Balkanentente erhielt einen ähnlichen Schlag, als Griechenland im Mai Albanien als nichtbalkanische Macht erklärte, um der Beistandsverpflichtung im Falle eines italienischen Angriffs durch Albanien gegen Jugoslawien enthoben zu sein.[22] Mit der Machtergreifung des Generals Metaxas am 4.8.1936 nahmen die Isolierungstendenzen Athens weiter zu. Die Devise „Rette sich wer kann" zerfraß das Vertrauen in die kollektiven Sicherungssysteme.

In der heraufziehenden europäischen Krise zeigte es sich nun deutlich, dass die Kleine und die Balkanentente trotz ihres Anspruchs keine neuen Großmächte waren, weil die Basis der gemeinsamen Interessen gegen Ungarn und Bulgarien zur Bildung umfassender politischer Interessengemeinschaften nicht ausreichte. Da beide Pakte die Beziehungen der Mitglieder zu den europäischen Großmächten nicht festlegten, konnten sie nur solange funktionieren, als der Südosten im Wesentlichen sich selbst überlassen blieb und nicht dem massiven Druck einer Großmacht ausgesetzt war. Eine solche Situation aber war angesichts der traditionellen Interessen aller europäischen Großmächte in Donau- und Balkaneuropa nur vorübergehend.

Seit 1926 war die italienische Gefahr für Jugoslawien akut. Prag und Bukarest aber sträubten sich, in einen Konflikt mit Italien gezogen zu werden und unterhielten vielmehr zur Ausbalancierung der ihnen von Deutschland und der Sowjetunion drohenden Gefahren freundschaftliche Beziehungen zu Rom. Und während seit 1920 die Tschechoslowakei mit der Sowjetunion sympathisierte, um Rückhalt gegen Polen und Deutschland zu finden, schloss sich Rumänien schon 1921 mit Polen gegen die gemeinsame sowjetische Gefahr zusammen. Die Belastung der Kleinen Entente verschärfte sich, als Prag sich seit 1933 zunehmend dem deutschen Druck ausgesetzt fand, daraufhin die Bindung an Frankreich verstärkte und am 16.5.1935 ein Militärbündnis mit der Sowjetunion abschloss. In den Folgejahren distanzierten sich Jugoslawien und Rumänien von dem schwer bedrohten Bundesgenossen, zumal die offiziellen Kreise Belgrads und Bukarests völlig antisowjetisch eingestellt waren.

Zur divergierenden Staatsräson der Mitglieder kam als weiterer Mangel der starre Antirevisionismus der Kleinen und der Balkanentente. Dieser blockierte eine vernünftige Lösung der Spannungen in Südosteuropa und nahm beiden Zusammenschlüssen das geographische Herzstück. So wurden Ungarn und Bulgarien gerade

zu dem getrieben, was die Kleine und die Balkanententente verhindern wollten, die Hereinziehung externer Mächte in die südosteuropäischen Angelegenheiten.

Der tschechoslowakische Staatspräsident Beneš und sein Außenminister Krofta suchten die Kleine Entente dadurch zu retten, dass sie im September 1936 mit französischer Unterstützung die Ausdehnung der bisher nur gegen Ungarn geltenden Beistandsverpflichtung auf alle Angreifer und ein generelles Verteidigungsbündnis mit Frankreich vorschlugen. Stojadinović, dem das Frankreich der Volksfront ohnehin unsympathisch war, lehnte ab: Seit der Rheinlandbesetzung sei die deutsche Macht so groß geworden, dass Jugoslawien sich nicht enger an die antideutsche Front binden könne. Während der spanische Bürgerkrieg dem Völkerbund einen neuen Schlag versetzte, beschritt Stojadinović im Gegensatz zum Prinzip der kollektiven Sicherheit den von Hitler und Mussolini empfohlenen Weg der bilateralen Verständigung.[23]

Das deutsch-jugoslawische Einverständnis in der österreichischen Frage hatte sich inzwischen stabilisiert. Im Juli 1935 wurden die Habsburgergesetze in Österreich aufgehoben.[24] Dadurch erhielt der Legitimismus dort starken Auftrieb, worauf Stojadinović mehrmals scharf reagierte.[25] Die trotz aller antihabsburgischen Erklärungen der Kleinen Entente unsichere Haltung der Tschechoslowakei und Rumäniens sowie Frankreichs in der Habsburgerfrage[26] veranlasste Prinz Paul, über die beiderseitigen Gesandtschaften in Wien[27] Hitler am 21.8.1935 für den Fall einer Habsburger-Restauration vertrauliche militärische Abmachungen vorzuschlagen. Am 28.1.1936 versicherte er ihm die Festigkeit der jugoslawischen Haltung gegen die Restauration.[28] In Österreich herrschte seitdem erhebliche und von deutscher Seite genährte Unsicherheit über den Grad des deutsch-jugoslawischen Einverständnisses.[29]

Inzwischen hatte der österreichische Regierungschef Schuschnigg angesichts der seit dem Abessinienkonflikt latenten deutsch-italienischen Verständigung einen modus vivendi mit dem Reich angestrebt. Am 11.7.1936 kam ein alle Streitpunkte regelndes Abkommen zustande, in dem u. a. die Anpassung der österreichischen Außenpolitik an die deutsche festgelegt wurde.[30] In Belgrad war man nach dem Bericht des österreichischen Gesandten Wimmer der Auffassung,

> „dass das Abkommen eine Etappe auf dem Wege des ‚Anschlusses' darstellen dürfte, dass aber jedenfalls die Restaurationsgefahr zurückgedrängt und Jugoslawien von der Sorge um unsere Unabhängigkeit (von Italien) bis zu einem gewissen Grade entlastet ist."[31]

Der deutsche Gesandte Heeren berichtete am 14.7.1936, dass Stojadinović der deutschen Österreichpolitik vertraue:

> „In Paris sei man zwar ziemlich aufgeregt. Für Jugoslawien sehe er mehrere Vorteile. Gefahr, dass aus Österreich zweites Albanien werde, sei nun wohl ausgeschaltet. Auch Restaurationsgefahr erscheine gemindert. Was deutsch-italienische Annäherung anlange, seien zwar in jugoslawischer Öffentlich-

keit Befürchtungen lebendig, er halte sie aber für übertrieben. … Was sein Verhältnis zu Deutschland anlange, fühle sich Jugoslawien durchaus frei. Er werde auch weiterhin bestrebt sein, dieses Verhältnis immer enger zu gestalten."[32]

4 *Die „Achse Rom-Berlin" 1936 und der italienisch-jugoslawische Freundschaftsvertrag 1937 – ein doppelter Seitenwechsel*

Die deutsch-italienische Verständigung machte alle französischen Versuche zunichte, Italien durch beträchtliche Konzessionen im Lager der Westmächte zu halten. Hitler und Mussolini einigten sich auf eine klare Abgrenzung ihrer Interessensphären am Brenner.

Während eines Besuches des italienischen Außenministers Conte Galeazzo Ciano in Deutschland kam es am 25.10.1936 zu der von Frankreich seit langem befürchteten und durch die Abessinienkrise vorbereiteten *deutsch-italienischen* Verständigung. Berlin erkannte das Mittelmeer als italienischen, Rom das Nord- und Ostseegebiet als deutschen „Lebensraum" an. Man vereinbarte wirtschaftliche Zusammenarbeit in Südosteuropa.[33] Als Ergebnis seiner bisherigen Zurückhaltung den jugoslawischen Annäherungsversuchen gegenüber konnte Hitler nun Jugoslawien der politischen Interessensphäre Italiens zuerkennen, um dafür das stillschweigende italienische Desinteressement am Geschick Österreichs und der Tschechoslowakei zu erhalten. Hitler und sein Außenminister Neurath legten Ciano einen Ausgleich mit Jugoslawien nahe, damit sich dieses gegen die Bemühungen Englands und Frankreichs für die faschistischen Staaten entscheide.[34] Genau dies lag auch in der Absicht Mussolinis, der in seiner Rede vom 1.11.1936 ein klares Freundschaftsangebot an Jugoslawien unterbreitete und zum ersten Mal von der „Achse Rom-Berlin" sprach.[35]

Stojadinović, der sofort nach Beendigung des Abessinienkonflikts seine Bemühungen um eine Verständigung mit Italien erneuert hatte, war sich darüber im Klaren, dass die italienische Zustimmung zum „Anschluss" für Deutschland wichtiger sein würde als die jugoslawische, Belgrad daher gegen Rom nicht mehr auf Berlin rechnen konnte und sich also unter allen Umständen mit Rom verständigen musste. Dies galt erst recht, als England die Appeasement-Politik fortsetzte und am 2.1.1937 mit Italien das sog. „Gentlemen-agreement" abschloss, in dem der Wunsch beider Mächte nach Erhaltung des status quo im Mittelmeer ausgesprochen wurde.

Hitler hob in seiner Reichstagsrede vom 30.1.1937 die Freundschaftlichkeit der deutsch-jugoslawischen Beziehungen hervor, sprach von der durch den Bolschewismus gebotenen Notwendigkeit der wirtschaftlichen Zusammenarbeit aller Staaten und von den „jungen Völkern" unter anderem auf dem Balkan, deren Ansprüche berücksichtigt werden müssten. Die Rede wurde in Belgrad sehr positiv aufgenommen. Die Zeit drängte für Jugoslawien, sich bei der Neuordnung Europas im „richtigen" Lager zu befinden.[36]

Der deutsche Gesandte Viktor von Heeren charakterisierte die „wesentlichen Gedanken“ der durch Stojadinović mit Billigung des Prinzregenten Paul anvisierten Außenpolitik schon am 12.11.1936 sehr präzise wie folgt:

> „Ihre Hauptziele und Methoden sind:
>
> 1. Sicherheit gegen Ungarn und Bulgarien durch lokale Regionalpakte
>
> 2. Sicherheit gegen Italien durch lockere Anlehnung an Frankreich und England, durch Pflege der Beziehungen zu Deutschland und vor allem durch energische Verstärkung der Rüstung.
>
> … Die kleine Entente interessiert Jugoslawien nur in ihrer Eigenschaft als festes Defensivbündnis gegen Ungarn, alles um diesen Kern im Laufe der Jahre von Beneš gesponnene Beiwerk wird hier als lästig und daher abbaureif empfunden. Gerade umgekehrt sieht man den Wert der Balkanentente viel weniger in ihrer gegen Bulgarien gerichteten Spitze als in der auf diese Weise geschaffenen breiten Basis einer von den Großmächten unabhängigen Politik unter dem Motto ‚Der Balkan den Balkanvölkern‘. …
>
> Aber die Sorgen der jugoslawischen Außenpolitik betreffen nicht so sehr Ungarn und Bulgarien, sondern konzentrieren sich fast ausschließlich auf den großen Nachbarn an der Adria. … Die frühere Rückendeckung durch Frankreich und sein Instrument, den Völkerbund, ist entwertet. England ist zwar zu einem natürlichen Gegner Italiens geworden, doch liegen seine Lebensinteressen nicht in der Ebene der jugoslawisch-italienischen Gegensätze. Der Wert eines festen Defensivbündnisses mit diesen Großmächten würde immer problematisch bleiben, bestimmt aber würde ein derartiges Bündnis für Jugoslawien die Gefahr mit sich bringen, in Konflikte hineingezogen zu werden, die jugoslawische Interessen nicht unmittelbar berühren. Das sind die Gedankengänge, die Stojadinović veranlassen, die Anlehnung Jugoslawiens an diese beiden Mächte nicht über eine gewisse Grenze hinausgehen zu lassen. Er wird sich ohne Not weder in den deutsch-französischen noch in den englisch-italienischen Gegensatz hineinziehen lassen.
>
> Die dritte Großmacht ist Deutschland, das Land, in dem man hier jetzt die stärkste Kontinentalmacht sieht. Als Bundesgenosse gegen Italien kommt diese Macht zwar offenbar nicht in Frage. Andererseits sieht man in der deutsch-italienischen Annäherung aber auch keine konkrete Gefahr. Im Gegenteil, man hält Deutschland für einen ehrlichen Freund und hofft, dass es ebenso wie bisher in Budapest nun auch in Rom seinen Einfluss zum Nutzen Jugoslawiens geltend macht. Nicht allein aus wirtschaftlichen, sondern auch aus politischen Gründen wird man daher das gute Verhältnis zu Deutschland weiter pflegen. Einen wirklichen und zuverlässigen Schutz gegen die italienische Bedrohung kann Jugoslawien also von Seiten keiner der Großmächte erwarten. Darüber gibt sich ein Staatsmann von der Nüchternheit des jugoslawischen Ministerpräsidenten gewiss keiner Täuschung hin. Daher ist er entschlossen, die Sicherheit seines Landes auf eine festere Grundlage zu bauen,

nämlich auf eine Rüstung, die auch einem mit den modernsten Kampfmethoden ausgestatteten Gegner widerstehen kann."[37]

Als erste deutliche Bekundung seiner Umorientierung schloss Jugoslawien am 24.1.1937 mit *Bulgarien* einen Vertrag über „unverletzlichen Frieden und aufrichtige, ewige Freundschaft". Der Pakt ging auf die zwischen beiden Ländern schwebenden territorialen Fragen nicht ein, er bedeutete faktisch aber das Ende der Balkanentente. Stojadinović hielt die Grenzstreitigkeiten, vor allem hinsichtlich Makedoniens, zwischen den südslawischen Brudervölkern angesichts ihrer zunehmend labilen Sicherheitslage für unverantwortlich. Langfristig schwebte ihm eine politische Union beider Staaten vor, um den Balkanraum gegen Pressionen von außen stabiler zu machen.[38]

Nachdem Stojadinović am 4.3.1937 in der Skupština auf die guten Beziehungen Jugoslawiens zu allen Mächten hingewiesen hatte, kam es am 25.3.1937 zu einer weiteren Überraschung für die alten Freunde Jugoslawiens: Nach schwierigen Unterhandlungen in Rom wurde in Belgrad ein auf fünf Jahre befristeter *italienisch-jugoslawischer Freundschaftsvertrag* mit Anerkennung der beiderseitigen Grenzen unterzeichnet.[39]

Der Pakt erwähnte weder den Völkerbund noch die kollektive Sicherheit, enthielt aber auf besonderen Wunsch Stojadinovićs einen Artikel, dass er sich nicht gegen die übrigen öffentlichen Verpflichtungen der Partner richte.

Stojadinović äußerte sich zu Ciano wenig freundlich über den Völkerbund, erklärte aber, aus innenpolitischen Gründen auf diesem Artikel bestehen zu müssen[40] – das Risiko eines Spagats zwischen rationalem Kalkül und nationaler Emotion war ihm klar bewusst. In einem Zusatzprotokoll erkannte Jugoslawien stillschweigend die italienische Position in Albanien an, während Italien sich zur Achtung der Unabhängigkeit Albaniens und im Falle einer Veränderung von dessen Status zur vorherigen Konsultation mit Jugoslawien verpflichtete. Dieser komplizierte Kompromiss macht deutlich, dass der Konflikt um Albanien besonders schwer zu neutralisieren war. Albanien spielte eine kardinale Rolle für die Hegemonialpläne Mussolinis auf dem Balkan, aus jugoslawischer Perspektive konnte sich daraus aber leicht ein Dolchstoß entwickeln – wie zuvor die Einbeziehung Österreichs und Ungarns in die italienische Machtsphäre („Römische Protokolle"). Nur das gemeinsame Interesse beider Partner an einer Ausbalancierung des deutschen Übergewichts im Norden machte diese Verständigung überhaupt möglich.

In weiteren Zusatzprotokollen ging es um die Ustaša in Italien und die Hintermänner des Königsmords von Marseille 1934. Die Auslieferung der Terroristen war mit Mussolinis Prestige nach wie vor nicht vereinbar. Aber Stojadinović vermochte nicht nur ihre Internierung durchzusetzen, sondern auch die Kontrolle der betreffenden Maßnahmen Roms durch jugoslawische Sicherheitsbeamte. Das war ein eklatanter Eingriff in die italienischen Souveränitätsrechte, wie ihn Serbien selbst

1914 nach der Ermordung Erzherzog Franz Ferdinands gegenüber Wien abgelehnt hatte. Dass Mussolini und sein Außenminister Ciano in diesem zentralen Punkt so weit nachgaben, erleichterte Stojadinović nicht nur die Verteidigung der Verständigung mit Italien gegen die serbische Opposition, sondern machte ihm auch deutlich, wie sehr sich die faschistische Regierung unter dem wachsenden Druck des deutschen Diktators auf Jugoslawien angewiesen fühlte. Er konnte nun auf gleicher Augenhöhe verhandeln.

Für die slowenische und kroatische Minderheit in Venetien und Istrien setzte Stojadinović erhebliche Sonderrechte durch – nach dem Muster der deutschen Minderheit in Südtirol. Das war zuvor noch keiner jugoslawischen Regierung gelungen. Durch einen gleichzeitig unterzeichneten Wirtschaftsvertrag kam Jugoslawien in den Genuss aller Vorteile, die Österreich und Ungarn im Handel mit Italien genossen.[41]

Die Italiener machten also erhebliche Konzessionen und stellten ihre seit 1926 befolgte Jugoslawienpolitik völlig um. Als Grund dafür bezeichnete Ciano Stojadinović gegenüber die gefährliche Macht des neuen deutschen Freundes: "I do not mean we should turn against Germany, but we should – between us – organize our collaboration with her." Nachdem Italien sich im Oktober 1936 mit Deutschland verständigt habe, sei der „Anschluss" unvermeidlich geworden; nur eine enge italienisch-jugoslawische Zusammenarbeit könne dann verhindern, dass Deutschland wie das alte Österreich zur Adria und in den Donauraum vorstoßen werde.[42] Da Österreich als Mitglied des Römischen Blocks bald ausfiel, wollte Ciano es offenbar durch Jugoslawien ersetzen.

Stojadinović stimmte diesen Gedankengängen zu, wenn er auch betonte, dass Deutschland vorläufig sicher keine zweifelhaften Absichten im Südosten habe. Dann aber erklärte er seinerseits die Gründe für die politische Umorientierung Jugoslawiens: Die Westmächte hetzten heute Beneš gegen Berlin auf, aber wenn Hitler zupacke, würden sie ihn allein lassen wie den Negus 1936; ähnlich sei die Lage Jugoslawiens zwischen Italien und England; "I have no faith in the British re-armament. Poker is an Anglo-Saxon game and we all know that bluff is very often used in an attempt to save at least part of one's money"; seit Italien Berlin freie Hand gegen Prag gegeben habe, könne Jugoslawien der Tschechoslowakei nicht mehr helfen.[43]

Diese Herausarbeitung der Motive, die durchaus Heerens Einschätzung entsprach, sollte die Absicht der Vertragspartner unterstreichen, den Pakt zur Grundlage der Außenpolitik ihrer Länder zu machen. Ciano war zudem von der Persönlichkeit Stojadinovićs beeindruckt und sah in ihm den künftigen faschistischen Diktator Jugoslawiens.[44]

Hitler, der damals tatsächlich keine territorialen Ziele südlich der österreichischen Grenzen verfolgte, sprach seine offiziellen Glückwünsche zum Paktabschluss aus. Er hatte das erreicht, woran Frankreich gescheitert war: Die Verständigung zwi-

schen Rom und Belgrad im eigenen Lager, was den „Anschluss“ Österreichs sehr erleichtern musste.

In seinen Memoiren stellt Stojadinović die Verständigung Jugoslawiens mit Italien in einen größeren historischen Kontext:

> « C’était la première manifestation visible d’une politique extérieure propre que la Yougoslavie commençait à mener. Cette politique était uniquement inspirée par des intérêts nationaux, et non, comme on l’avait fait jusqu’alors en amarrant sa petite barque à un grand navire. Jadis nos regards étaient tournés vers la Russie des tsars, nos protecteurs de toujours, puis, après la Première Guerre mondiale, vers la France, considérée avec raison comme notre alliée et amie à toute épreuve.
> Cependant la France, ainsi que sa politique, avaient subi de gros changements. Au cours des années 1920–30, sa politique qui fut dirigée par Aristide Briand … fut basée sur la sécurité collective et le covenant de la S. D. N. (Societé des Nations, B. M.) en laquelle Briand avait une confiance aveugle. Il ne se rendait pas compte qu’aucun pacte ne pourrait assurer la sécurité d’un pays dépourvu de la force armée qui faisait défaut à nos alliés occidentaux. … Lors de l’entrée de Hitler en Rhénanie, ou de l’agression italienne en Abyssinie, ces puissances ne pouvant intervenir démontrèrent leur incapacité à réprimer ces coups de force. … La politique pacifiste de Briand, de Stresemann, de Kellogg et autres hommes d’Etat, tout aussi bienveillants, avait fait faillite. …
> Bercées par l’illusion de la ‘sécurité collective’, la France et la Grande Bretagne – principaux créateurs et défenseurs des traités de paix – se sont endormies sur leurs lauriers et ont été prises au dépourvu. N’étant pas préparés à la riposte, ces deux pays se sont efforcés d’enrayer par des concessions, l’expansion agressive des deux régimes totalitaires et belliqueux, en oubliant que l’appétit vient en mangeant et que la capitulation ne fait que l’augmenter. »[45]

Das war eine durchaus nachvollziehbare Analyse der europäischen Sicherheitslage Mitte der dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts aus jugoslawischer Sicht.

Die Ungarn waren mit dem Pakt sehr unzufrieden. Zwar hatten sie nur geringe Revisionsforderungen an Jugoslawien, befürchteten aber nicht zu Unrecht, dass die Achsenmächte nun auch Bukarest zu gewinnen suchten und dafür die erheblichen ungarischen Revisionsansprüche an Rumänien aufopfern würden. Hitler trat für eine Konzentrierung der ungarischen Revisionsansprüche gegen Prag ein. Der ungarische Außenminister Kanya warnte Ciano vor der Gerissenheit Stojadinovićs. Als ungarisch-jugoslawische Verhandlungen über einen Nichtangriffsvertrag an der unvermeidlichen Einhaltung der Verpflichtungen der Kleinen Entente durch Stojadinović scheiterten, warf Kanya Italien vor, seit dem Pakt vom 25.3.1937 sei es mit der Verständigungsbereitschaft Belgrads vorbei.[46]

Frankreich und die von der Tschechoslowakei und Rumänien beherrschte *Kleine Entente* empfanden die italienisch-jugoslawische Verständigung als Niederlage, implizierte sie doch die Weigerung Jugoslawiens, die neue Gefahrenlage seit 1933 durch Ausbau der bisherigen Bündnisorientierung zu parieren, und zudem die Aufforderung, sich selbst mit Deutschland bzw. der Sowjetunion zu verständigen. Offensichtlich wurde das Anfang April 1937 auf der Ratstagung der Kleinen Entente in Belgrad. Dort lehnte Stojadinović einen erneuten Prager Vorschlag zur Umwandlung des Dreistaatenbündnisses in einen allgemeinen Beistandspakt mit Frankreich ab. „I will be accused for selfishness", meinte Stojadinović schon am 25.3. zu Ciano.

> "The French always accuse for selfishness who is not disposed to let himself be killed for them."[47]

Die Dramatik des jugoslawischen Kurswechsels spiegelt sich in Heerens Bericht aus Belgrad vom 9.4.1937:

> „Seit Herbst letzten Jahres war hier der tschechische Vorschlag auf Ausbau der Kleinen Entente zu einem allgemeinen Defensivbündnis und seit Januar das französische Angebot einer Garantieübernahme für die so ausgebaute Kleine Entente dilatorisch behandelt worden. … Innerlich war der Ministerpräsident wohl schon längst entschlossen, den tschechischen Vorschlag mit oder ohne französische Garantieübernahme abzulehnen, aber er rechnete mit starkem und – wegen der Beziehungen der beiden ‚Freunde' zur inneren Opposition dieses Landes – durchaus nicht ungefährlichem Druck. Daher setzte er zunächst alles daran, die Antwort Jugoslawiens nach Möglichkeit hinauszuschieben, um inzwischen seine Position durch den Ausgleich mit Italien zu stärken. Das ist ihm gelungen. …
> So trat die Belgrader Konferenz in einem Augenblick zusammen, in dem die Neuorientierung der jugoslawischen Außenpolitik gegenüber Italien schon eine vollzogene Tatsache war und dadurch dem tschechisch-französischen Bündnisplan die letzte Erfolgsaussicht genommen zu sein schien. Zu der Enttäuschung, die Prag und Paris hierüber empfinden mussten, gesellte sich die Entrüstung über das eigenmächtige Vorgehen Jugoslawiens in den Verhandlungen mit seinem bulgarischen und italienischen Nachbarn und nicht zuletzt die Sorge, diese Methode, die man als Verletzung des Organisationsstatuts der Kleinen Entente und des Freundschaftspakts mit Frankreich empfindet, nun womöglich auch gegenüber Ungarn und Deutschland fortgesetzt zu sehen.
> In dieser gespannten Atmosphäre begannen die Verhandlungen der Konferenz, und es ist ein öffentliches Geheimnis, dass sie von Anfang an zu langen und erregten Auseinandersetzungen zwischen Krofta (tschechoslowakischer Außenminister, B. M.) und Stojadinović führten. … Die dem tschechoslowakischen Staatspräsidenten (Beneš, B. M.) dargebrachten, das übliche Maß weit überschreitenden Ovationen haben blitzartig die außerordentlichen

> Schwierigkeiten beleuchtet, denen ein jugoslawischer Regierungschef auch heute noch begegnet, wenn er es wagt, die jugoslawische Außenpolitik aus der Hörigkeit gegenüber Frankreich zu befreien. Stojadinović wird damit rechnen müssen, dass Paris und Prag in der nächsten Zeit kein Mittel unversucht lassen werden, um seine Stellung im Innern zu erschüttern."[48]

Beneš – der erste tschechoslowakische Präsident in Belgrad – tadelte Stojadinović heftig für sein eigenmächtiges Vorgehen. Stojadinović rechtfertigte sich mit der Erklärung, dass keine jugoslawische Regierung Mussolinis Freundschaftshand hätte ausschlagen können und der Vertrag nicht die Abmachungen der Kleinen Entente verletzte, was formal zutraf.[49] Mit der gemeinsamen außenpolitischen Linie der Kleinen und der Balkanentente war es nun angesichts der sich verschärfenden Spannungslage in Europa endgültig vorbei.[50] Die außenpolitischen Überlebenskonzepte schienen in der neuen Gefahrensituation nicht mehr miteinander vereinbar.

Die Tschechoslowakei war kurz später auch Thema beim *Besuch des deutschen Außenministers von Neurath in Belgrad* (7.6.1937). Während amtlich die Übereinstimmung der politischen Auffassungen und Interessen beider Länder bekundet wurde, veranstaltete die Opposition antideutsche Demonstrationen. Der Besuch blieb angesichts der Zugehörigkeit Jugoslawiens zur italienischen Interessensphäre ein reiner Höflichkeitsbesuch, kam Stojadinović aber gerade recht, um in Belgrad die Befürchtung einer zu einseitigen Bindung Jugoslawiens an Italien zu zerstreuen.[51]

In der außenpolitischen Tour d'horizon der beiden Außenminister, die vom spanischen Bürgerkrieg bis zu den deutsch-englischen Beziehungen reichte, wurden auch die Themen Österreich und Tschechoslowakei angesprochen, die auf der Agenda des nationalsozialistischen Deutschland jetzt ganz oben standen. Neurath zeigte sich unzufrieden mit der Entwicklung in Österreich nach dem Abkommen vom 11.7.1936.

> „Herr Schuschnigg habe nicht den Mut und vielleicht auch nicht die Kraft, die damals gegebenen Versprechungen zu erfüllen. Es würde, da … 70 % des österreichischen Volkes mit der Haltung der Regierung Schuschnigg Deutschland gegenüber nicht einverstanden seien, eines Tages zu einer Umwälzung von innen heraus kommen. … Sollte doch etwa in Wien ein Habsburger einziehen, so [werde Deutschland] … sofort einmarschieren … Herr St. erklärte darauf: Und ich versichere Ihnen dazu, dass nicht nur wir dem zustimmen, sondern ich verpflichte mich, auch ringsherum um Österreich alles ruhig zu halten."

Bezüglich Prags erklärte Stojadinović,

> „die Tschechen hätten eine zitternde Angst vor uns. Sie seien überzeugt, dass wir eines Tages über sie herfallen würden. Er habe ihnen erklärt, dass selbst in einem solchen Falle Jugoslawien ihnen nicht helfen könne noch würde.

> Sie sollten versuchen, sich mit uns zu vertragen. Ich erwiderte ihm darauf, die erste Voraussetzung dazu sei, dass man in der Tschechoslowakei die Sudetendeutschen besser behandle und sodann wieder von dem bolschewistischen Russland abrücke. Solange dies nicht geschehen sei, sei geringe Aussicht auf eine Besserung der Beziehungen zwischen uns und der Tschechoslowakei."

Stojadinović stand also nolens – volens für die nächsten deutschen Aktionen als „Partner" zur Verfügung. Auch zu Rumänien, das sich in einer schwierigen Umorientierungsphase befinde, äußerte er sich verhalten und meinte dann:

> „Die Kleine Entente werde übrigens nur noch durch die unvernünftige ungarische Politik zusammengehalten. Wenn Ungarn aufhöre, nach allen Seiten Revision zu betreiben, falle der einzige Grund für das Zusammenhalten der Staaten der Kleinen Entente weg. Sobald sich Ungarn mit Jugoslawien verständigt habe, habe er, Stojadinović, kein Interesse mehr an der Kleinen Entente."[52]

Paris und Prag reagierten ausgesprochen negativ auf Neuraths Anwesenheit in Belgrad und begannen durch Unterstützung der serbischen Opposition auf einen Sturz Stojadinovićs hinzuarbeiten, da dieser den französischen Einfluss in Jugoslawien völlig paralysiere.[53] Beneš bezichtigte Stojadinović am 21.9.1937 heftig des Bruchs der Kleinen Entente, „wenn er seine Verhandlungen mit Mussolini verschwieg, scheinheilig mit den Ungarn kokettierte und mit Hitler hinter unserem Rücken verhandelte". Aber Stojadinović sah sich umso weniger zu einer Änderung seiner Politik veranlasst, als während des Mussolini-Besuches in Deutschland (25.–28.9.1937) das Zusammengehen der Achsenmächte die entscheidende Verfestigung erfuhr.[54]

Bevor Stojadinović die Besuche Cianos und Neuraths erwiderte, reiste er Mitte Oktober 1937 nach Paris und London, um die alten Freunde über die „unabhängige Wendung" der jugoslawischen Außenpolitik zu beruhigen. Lediglich mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung Jugoslawiens verlängerte er den französisch-jugoslawischen Freundschaftsvertrag von 1927 um fünf Jahre.[55] Stojadinović verstand seine Besuche in Paris und London als Nagelprobe für seine Kehrtwende von der bisherigen primären Westbindung der jugoslawischen Außenpolitik hin zur konsequenten Neutralität gegenüber den sich abzeichnenden Großmachtkonflikten, wie sie spektakulär in seiner soeben vollzogenen Verständigung mit Italien zum Ausdruck gekommen war. Belgrad war nun – in idealer Äquidistanz – sowohl mit Rom wie mit Paris durch Freundschaftsverträge verbunden, die die bestehenden Differenzen regelten und den Rahmen für mancherlei Kooperationen bildeten, aber keinerlei militärische Beistandsverpflichtung im Kriegsfall einschlossen. Ein entsprechendes französisches Angebot lehnte Stojadinović erneut ab, und die Logik seines außenpolitischen Konzepts ließ ihm auch keine andere Wahl. Innenpolitisch brachte ihn das in wachsende Schwierigkeiten,[56] umso intensiver sein Bedürfnis,

die Triftigkeit seiner Einschätzung des westlichen Krisenmanagements im Konfliktfall erneut zu überprüfen. Das Ergebnis dieser Überprüfung: Die Westmächte hatten aus den Vertragsverletzungen der Diktatoren im Abessinien- und im Rheinlandkonflikt die falschen Schlussfolgerungen gezogen, ein Beistandspakt mit ihnen wurde für die Länder Ostmitteleuropas zur tödlichen Falle.

Frankreich setzte nach Verlust seiner Vorfeldsicherung im Rheinland, die Hitler nun mit Beginn des Westwallbaus sogleich umfunktionierte, mit dem Bau der Maginotlinie im Kriegsfall ganz auf die Defensive. Bis zum erhofften Endsieg des Westens – wie 1918 – überließ es damit die ostmittel- und südosteuropäischen Länder schutzlos dem Zugriff Hitler-Deutschlands. Stojadinović erklärte dem französischen Ministerpräsidenten Léon Blum pointiert:

> „Nous ne doutons pas de la victoire finale des Alliés, mais dans les premiers temps nous serons occupés et dévastés.“[57]

Das wurde von Blum als mehr oder weniger zwangsläufige Folge der französischen Verteidigungsstrategie auch explizit zugegeben, was Stojadinović in seinen Memoiren mit den Worten kommentierte:

> « Pour ma part, je m‘efforçais d’éviter ce sort à mon pays. Je ne voulais pas qu’il fut submergé – une fois de plus – pour être libéré ensuite et renaître de sa ruine et de sa désolation. Je voulais lui épargner des sacrifices douloureux et des atrocités pires qu’en 1914–18. ... »[58]

Von Frankreich war also im Ernstfall nichts zu erwarten, und ähnlich stellte sich die Situation für Stojadinović in London dar: Auch hier die Bemühung, nach den schrecklichen Erfahrungen von 1914–1918 den Krieg fast um jeden Preis zu vermeiden, die allgemeine Wehrpflicht nicht schon in Friedenszeiten wieder einzuführen – und die Verkennung des kriegerischen Grundcharakters der faschistischen Diktaturen, die sich durch keine Politik der Zugeständnisse besänftigen ließen – im Gegenteil. Das hat Stojadinović damals viel deutlicher erkannt als seine Amtskollegen in Paris und London – und hat seine Konsequenzen für die Fortführung seiner Außenpolitik gezogen – mit Unterstützung des Prinzregenten.[59]

Frankreich litt Mitte der dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts schwer unter den Folgen der Weltwirtschaftskrise und des dadurch dramatisch gesteigerten Gegensatzes zwischen der Rechten und der Linken, die sich zur „Volksfront“ zusammengeschlossen hatte. Auf diesem Hintergrund zwang die durch Hitler forcierte deutsche Wiederaufrüstung Paris in ein dramatisches Dilemma, das Stojadinović sehr genau erkannte:

> « Que pouvait-elle faire? Les Etats-Unis, se désintéressant de l’Europe et de son sort, et anxieux d’encaisser les dettes de la guerre 1914–1918, s’étaient retirés dans un isolationisme complet. Les Russes, mal disposés à sauver un système qu’ils avaient toujours combattu, n’attendaient que son écroulement

> pour pêcher en eau trouble. Les Anglais convertis à un pacifisme salutaire, se dérobaient peu à peu et se repliaient sur leur île. …
> Pourtant il ne s'agissait pas de prêcher le maintien d'une paix qui avait aigri les vaincus sans satisfaire les vainqueurs. Il s'agissait de faire face, armes en mains, aux menaces et agressions des deux dictateurs, avides de territoires et décidés à profiter de la faiblesse de leurs adversaires.
> Restée seule sur le continent, et devant l'impossibilité de protéger un monde qu'elle avait créé, la France se résigna à sauver sa propre peau et, le cas échéant, à vendre plus cher celle des autres. Elle se retrancha dans sa carapace de béton armé et d'acier, appelée 'Ligne Maginot'. »[60]

Am 5.12.1937 kam Stojadinović zu einem viertägigen Staatsbesuch nach Rom und wurde überschwänglich empfangen. In seinen Besprechungen mit Mussolini und Ciano berichtete er seine frischen Reiseeindrücke aus Paris und London. Man war sich einig, dass auf diesem Hintergrund die Unabhängigkeit Österreichs und der Tschechoslowakei nicht mehr zu halten sei – es konnte nur noch darum gehen, die Annexion möglichst hinauszuzögern.

> « Pour la Tchécoslovaquie, je dis que la Yougoslavie restait fidèle à ses obligations, mais que Bénès poursuivait une politique hasardeuse qui pouvait mener son pays au désastre. Et quand il se trouvait en détresse, qu'il n'y aurait personne pour le sauver. Il se fiait trop aux pactes, alors que ceux-ci n'ont de valeur que si, au moment critique, ses signataires ont intérêt à les appliquer. A plusieurs reprises, j'avais prévenu Bénès que Hitler considérait la Tchécoslovaquie, alliée aux Russes, comme un danger pour la sécurité du Reich. C'était un point de vue trop important pour qu'on l'ignorât et dont j'avais conseillé à Bénès de tenir compte. Mais il avait une confiance sans borne dans ses accords avec la France et l'Union soviétique et ne se rendait pas compte de sa situation. »[61]

Stojadinović vermied – obgleich Mussolini sogar italienische Waffenlieferungen für die Modernisierung der jugoslawischen Armee in Aussicht stellte – eine engere Bindung an Rom, etwa durch Beitritt zum Antikominternpakt oder Anerkennung Francos.[62] Indessen notierte Ciano:

> „Es wurde nichts Neues schriftlich niedergelegt. Aber zwischen den beiden Ländern besteht viel mehr als das, was aus dem Pakt von Belgrad hervorgeht. Die Gespräche der letzten Tage sind grundlegend auch für ein Bündnis."[63]

Da war allerdings der Wunsch der Vater des Gedankens – Stojadinovićs Neutralitätskonzept basierte ja geradezu auf der strikten Vermeidung von Bündnisverträgen, deren komplizierte Mechanik im Juli 1914 zur Katastrophe geführt hatte. Aber schon die bloße Verständigung mit Italien war für beide Seiten ein großer Gewinn, den Stojadinović in seinen Memoiren plausibel begründet hat.

> « En conversant avec Mussolini, j'eus la même impression, qu'avec Ciano à Belgrade; tous les deux voyaient au loin l'énorme ombre menaçante du Troisième Reich avec un 'Führer' explosif à sa tête. C'était un ami dont ils se méfiaient, n'étant jamais sûrs de ses intentions. Devant ce nouveau danger, l'amitié italo-yougoslave leur fournissait une sorte d'apaisement et de tranquillité morale dont ils avaient besoin à ce moment.
> Je me trouvais dans une situation analogue. Libérée des conflits constants et inquiétants avec l'Italie, et n'étant plus menacée de ce côté, la Yougoslavie avait acquis une importance plus grande, aussi bien envers l'Allemagne, que vis-à-vis des autres nations, plus ou moins hostiles, qui l'entouraient. …
> L'accord avec l'Italie coïncidait avec les intérêts essentiels des deux pays et fut basé sur une politique réelle, et par conséquent durable. Il mérite, donc, d'être considéré comme une œuvre importante et une contribution remarquable à la sécurité du pays.
> C'était la première fois, depuis le Traité de Londres en 1915, que l'Italie renonçait définitivement à ses revendications territoriales envers la Yougoslavie. Une fois de plus, il fut démontré que la sécurité de la Yougoslavie, et l'intégrité de ses frontières, ne pouvaient être assurées d'une manière efficace que par une politique appropriée de Belgrade, basée sur les intérêts et dictée par le 'sens commun. »[64]

Kaum war Stojadinović aus Rom zurück, als am 11.12.1937 Delbos in Belgrad eintraf. Delbos kam von Warschau und Bukarest und versuchte nun auch in Belgrad, einen Rest von Solidaritätsgefühl gegen den wachsenden deutschen Druck auf die Tschechoslowakei zu mobilisieren.[65] Aber wie in Warschau so stieß er auch in Belgrad auf wenig Gegenliebe, obgleich auf der Straße für Frankreich demonstriert wurde. Delbos warf Stojadinović vor, durch seine Verständigung mit Italien einen Einfluss auf Mussolinis Austritt aus dem Völkerbund am 11.12.1937 ausgeübt zu haben.[66] Stojadinović suchte Delbos zu beruhigen,

> „dass er nie …, selbst wenn er wollte, eine antifranzösische Politik machen könnte, da dies die Bevölkerung Jugoslawiens nicht zulassen würde."[67]

Um jedoch auch diese zu überzeugen, wies er am 21.12.1937 in der Skupština auf den Erfolg seiner Politik hin,

> „alte Freundschaften zu erhalten und neue dazuzugewinnen, die wegen der wirtschaftlichen Interessen Jugoslawiens und zur Sicherung des Friedens an seinen Grenzen notwendig seien."[68]

Es war ein riskanter Balanceakt zur Absicherung der Neutralität Jugoslawiens in dem sich anbahnenden europäischen Großmachtkonflikt. In der Wahrnehmung Stojadinovićs gab es aber keine Alternative dazu, selbst wenn dafür die Unabhängigkeit Österreichs und der Tschechoslowakei geopfert werden musste. Auch der von heute her rückblickende Beobachter kann eine solche kaum erkennen[69] – der Preis, den Jugoslawien nach dem Sturz von Stojadinović für die Aufweichung

seiner Außenpolitik freundschaftlicher, aber konsequenter Neutralität gegenüber *allen* Frontbildungen der Großmächte zu zahlen hatte, war furchtbar.

---

1 Außerdem bestimmte das Testament den Senator Radenko Stanković und den Banus Ivan Perović als Regenten, die aber praktisch nicht in Erscheinung traten. Zu Prinz Paul *Balfour*/*Macky*; zu diesem Kapitel insgesamt *Stojadinović* S. 41-46; *Wuescht* S 109-21; *Jacobsen*, Außenpolitik passim; *Schreiber* S. 726-60; R. *Schmidt* S. 158-211; *Calic* S. 122-31.

2 *Markert* S. 93; C 3, Nr. 354.

3 *Fotić* S. 10; *Seton-Watson* S. 429; W, S. 58f.; *Peter II.*, S. 39.

4 C 3; Nr. 263; W. S. 58; *Meiß* S. 40f. Zur Doppelbödigkeit der deutschen Reaktion vgl. *Mühle* S 313f., zur Einordnung des Flottenabkommens vgl. *Hildebrand*, Legitimität; *Kennedy*, Aufstieg S. 505f.

5 C 3, Nr. 263, 293; W, S. 58.

6 C 3, Nr. 263, 264.

7 N 9, S. 373; vgl. C 5, Nr. 105; C 6, Nr. 91, 104, 150, 198, 211, 219, 249, 526, 561, 574.

8 Vgl. N 30, S. 302f., 305; C 3, Nr. 269, 273, 284, 291, 292, 293, 305, 310, 336, 349.

9 *Sundhaussen*, Jugoslawien, S. 90f.; *Suppan* S. 285-88.

10 *Sundhaussen*, Jugoslawien, S. 91.

11 Vgl. *Sundhaussen*, Jugoslawien, S. 91f.; *Stojadinović* S. 167-73; *Djokić*, Compromise S. 149f.

12 *Sundhaussen*, Jugoslawien S. 91f.; vgl. *Ramet* S. 139-46; *Stojadinović* S. 174-84.

13 Stojadinović S. 131.

14 C 3, Nr. 408, 418, 438, 439, 446, 453ff.; 460f., 518; *Survey* 37, S. 466f.; *Markert* S. 62; *Kordt* S. 129. Zu Lavals Konzeption vgl. *Stojadinović* S. 74-78; *Mühle* S. 317-26, 335-40, 364-68.

15 C 4, Nr. 191; vgl. Nr. 269, 434, 446f. Zum Dilemma der britischen Deutschlandpolitik in den dreißiger Jahren des 20. Jahrhunderts vgl. *Kennedy*, Dilemma S. 151-72; Gustav *Schmidt*, Bernd-Jürgen *Wendt* in: *Rohe* S. 29-82.

16 *Schulthess* 5, S. 534; *Markert* S. 93; *Survey* 37, S. 467f.; *Meiß* S. 41f.

17 C 5, Nr. 48, 56, 114, 202, 216. Zur „Doppelkrise“ von 1935/36 und zur Überschätzung Italiens vgl. *Hildebrand*, Legitimität, S. 28, 32-34; *Petersen* S. 112f.; *Schreiber* S. 4-85; *Kennedy*, Aufstieg S. 440-49; Helmut-Dieter *Giro*, Die Remilitarisierung des Rheinlands 1936. Hitlers Weg in den Krieg? Essen 2006.

18 Stojadinović S. 70.

19 Ebd. S. 72.

20 *Schulthess* 6, S. 466; Günther *Reichert*, Das Scheitern der Kleinen Entente. München 1971.

21 *Survey* 36, S. 521; N 30, S. 44ff.; Titulescu war seit 1932 rumänischer Außenminister gewesen und für eine profranzösische und -russische Orientierung im Rahmen der kollektiven Sicherheitspolitik des Völkerbunds eingetreten.

22 *Survey* 36, S. 5; B III/5, Nr. 602, S. 662, Anm. 3; *Thadden* S. 16.

23 C 5 Nr. 48, 56, 114, *Ciano* S 99, 101, 150; *Markert* S. 95.

24 Die Habsburgergesetze konfiszierten das habsburgische Eigentum in Österreich und verboten die Rückkehr der Habsburger nach Österreich.

25 *Schulthess* 6, S. 466; *Schulthess* 7, S. 481; *Schmidt* S. 398; *Suppan* S. 1192-201.

26 Besonders Frankreich und die Tschechoslowakei hätten gegen eine Restauration nichts einzuwenden gehabt, wenn sie das einzige Mittel zur Verhinderung des „Anschlusses“ gewesen wäre; vgl. *Schmidt* S. 398; D 1, Nr. 264; D 2, Nr. 20 über eine Annäherung zwischen Wien und Prag seit 1936.

27 Der jugoslawische Gesandte in Wien war Nastasijević, der deutsche Franz von Papen.

28 C 4, Nr. 93, 269, 292, 434, 446, 553; *Schmidt* S. 394, 398; *Meiß* S. 138; N 37, S. 588ff.
29 *Meiß* S. 71, 138; D 1, Nr. 188.
30 D 1, Nr. 152, 182, S. 284.
31 *Schmidt*, S. 554. Die freundliche Atmosphäre zwischen Deutschland und Jugoslawien wurde weiterhin dadurch verbessert, dass Ende 1935 der linksgerichtete Balugdžić als jugoslawischer Gesandter in Berlin durch den deutschfreundlichen Aleksandar Cincar-Marković ersetzt wurde (C 4 Nr. 447) und deutsche Frontkämpfer deutsche und serbische Soldatenfriedhöfe in der Nähe Belgrads besuchten (W, S. 64f.).
32 C 5, Nr. 449, vgl. 452 und C 6, Nr. 410, 551; *Suppan* S. 298-301. Aus jugoslawischer Sicht erschien ein von Italien dominiertes Österreich wie ein „zweites Albanien".
33 *Ciano* S. 62; *Hillgruber* S. 271; *Schulthess* 6, S. 138.
34 *Ciano* S. 52ff., 56ff.; *Survey* 37, S. 404, 406, 466.
35 *Survey* 37, S. 476.
36 *Schulthess* 7, S. 20ff.; W S. 65.
37 C 6, Nr. 27, vgl. Nr. 19f. und *Suppan* S. 288-304. Schon zwei Monate früher hatte Heeren seine prinzipielle Einschätzung des italienisch-jugoslawischen Verhältnisses mitgeteilt: „Die jugoslawische Politik ist gegenüber Italien rein defensiv. Jugoslawien braucht für seine innere Festigung nach außen unbedingt Frieden. Daher ist es auch bereit, sich mit den Verzichten, die die Beibehaltung des heutigen territorialen Besitzstandes für sein Staatsgebiet und sein Volkstum bedeuten, abzufinden. … Bei dieser Sachlage wird es in erster Linie von Italien abhängen, ob die durch das Vordringen Italiens auf dem Balkan, insbesondere in Albanien, hervorgerufene Spannung weiterhin bestehen bleibt. Wenn Jugoslawien sich davon überzeugen könnte, dass auch Italien sich mit dem status quo an der Adria abfindet, dann würde man das Verhältnis zu dem wirtschaftlich so wichtigen italienischen Nachbarn gern entgiften. Aber in dieser Hinsicht fehlt es in Jugoslawien noch vollkommen an Vertrauen. Im Gegenteil sind gerade in der letzten Zeit mehrere Umstände hervorgetreten, die das jugoslawische Misstrauen in die italienische Politik neu belebt haben. Hierzu gehört ganz allgemein die Verstärkung des machtpolitischen Ansehens Italiens infolge seines abessinischen Sieges. Ferner werden die neuen italienisch-albanischen Verträge als Ausbau eines gegen Jugoslawien gerichteten Brückenkopfes gewertet, und der in den römischen Pakten geschaffene italienisch-österreichisch-ungarische Block erscheint als Symbol einer gegen Jugoslawien gerichteten Einkreisungspolitik. Dazu kommt die Verstimmung über die … Freilassung der kroatischen Emigrationsführer Pavelić und Kwaternik, in denen man in Jugoslawien die wahren Mörder des Königs Alexander sieht, und endlich der sich immer noch verstärkende Eindruck, dass Italien neuerdings wieder die separatistischen Bestrebungen der Kroaten mit Geld unterstützt. …
Trotzdem darf die Anbahnung eines vernünftigen modus vivendi zwischen Jugoslawien und Italien gerade gegenwärtig nicht für ganz aussichtslos gehalten werden, denn die Voraussetzungen hierfür sind schon dann gegeben, wenn Mussolini sich bewusst ist, dass er auf viele Jahre hinaus alle Kräfte seines Landes für die Erschließung Abessiniens zusammenfassen muss und dass ihm von dem friedensbedürftigen Jugoslawien auf absehbare Zeit keine Gefahr drohen kann. Allerdings erfordert jeder ernsthafte jugoslawisch-italienische Ausgleich auch einen gewissen jugoslawisch-ungarischen Ausgleich, denn das Ansehen Italiens würde es nicht erlauben, Ungarn im Stich zu lassen. Einem jugoslawisch-ungarischen Ausgleich stehen aber als kaum überwindliches Hindernis die aus der ungarischen Ideologie sich ergebenden Ansprüche auf große Teile des jugoslawischen Staatsgebiets entgegen." (C 5, Nr. 534).
38 Vgl. *Survey* 36, S. 513f.; C 6, Nr. 132; D 5, Nr. 158; *Ciano* S. 95; *Stojadinović* S. 104-8; *Seton-Watson* S. 448f.; *Thadden* S. 17; *Suppan* S. 292.
39 *Ciano* S. 70f.; *Stojadinović* S. 109-20; *Hoptner* S. 56-85.
40 *Survey* 37, S. 474-76; *Schulthess* 7, S. 387; *Ciano* S. 98, 101, 103, 114.
41 *Hoptner* S. 81-85.

42 C 6, Nr. 254; *Ciano* 5 und 10.12.1937, 13.3.1938; *Ciano* S. 114; *Siebert* S. 57, 73f.

43 *Ciano* S. 100, 103; D 2, Nr. 20; zur Einschätzung der Deutschlandpolitik Großbritanniens vgl. *Kennedy* S. 151-72; *Niedhart* in: *Michalka* (Hg.) S. 49-56; *Henke* S. 584-603; Gustav *Schmidt* und Bernd-Jürgen *Wendt* in: *Rohe* S. 29-82.

44 *Ciano* S. 98f., 104f.; *Ciano* 5.12.1937, 10.2.1938; vgl. *Petersen* passim.

45 Stojadinović S. 121.

46 *Ciano* S. 37, 56f., 65, 99ff., 102, 157, 159; C 3, Nr. 305; C 4, Nr. 444; C 6, Nr. 410; D 1, Nr. 181, S. 283; D 5, Nr. 141, S. 158; *Survey* 37, S. 408f., 465; *Schmidt* S. 546; *Markert* S. 95; *Siebert* S. 57.

47 *Ciano* S. 98, 104.

48 C 6, Nr. 309.

49 *Survey* 37, S. 407, 473.

50 *Ciano* S. 99, 103; *Ciano* 1.11.1937, 25.8.1938; C 6, Nr. 295, 300, 309, 410, 414, 448; D 2, Nr. 47, S. 80; *Survey* 37, S. 412, 477.

51 C 6, Nr. 313, 410. In Belgrader Diplomatenkreisen kursierten – wohl unzutreffende – Gerüchte, dass Neurath vergeblich eine engere Bindung Jugoslawiens an Deutschland habe erreichen wollen (*Schmidt* S. 545f.).

52 C 6, Nr. 410, vgl. 414. Einen auffälligen Versuch zur Rettung der Tschechoslowakei, der im Widerspruch zu Stojadinovićs Konzept stand, unternahm anlässlich einer Ratstagung der Kleinen Entente in Sinaia bei Bukarest Ende August der dortige jugoslawische Geschäftsträger Avakoumović. Der deutsche Gesandtschaftsrat Pochhammer berichtete darüber am 1.9.1937 aus Bukarest: „Jugoslawien, so etwa führte er (Avakoumović, B. M.) aus, gehörte zur antibolschewistischen Front und lege auf gute Beziehungen zu Deutschland großen Wert. Es könne aber die Kleine Entente nicht aufgeben und habe daher ein wachsendes Interesse daran, das Verhältnis der Tschechoslowakei zu Sowjetrussland zu klären. Man müsse die Tschechen aus den Armen Moskaus befreien und das hinge im Wesentlichen von der Haltung Deutschlands ab. Auf meinen wiederholten Hinweis auf unsere Angebote und auf die Schwierigkeiten in der Minderheitenfrage erwiderte er, dass er es für ganz falsch halte, die Minderheitenfrage derart in den Vordergrund zu stellen. Die Hauptsorge des Reichs sei doch nicht das Schicksal der Sudetendeutschen, sondern die Gefahr, die heute die Tschechei als Vorposten Sowjetrusslands gegen uns bilde. … Hätten wir erst einmal den tschechisch-sowjetischen Pakt wieder gelöst – und zwar mit Hilfe einer deutsch-tschechischen politischen Verständigung – würde es viel leichter sein, eine Lösung der Minderheitenfrage zu finden als jetzt, in einer politisch unerträglichen Spannung. Sollte aber eine deutsch-tschechische Verständigung scheitern, würde alle Welt, jedenfalls in Jugoslawien, Deutschland als dem Stärkeren die Schuld daran beimessen" (ebd. Nr. 542).

53 W, S. 67; *Survey* 37, S. 485; *Schmidt* S. 553; *Ciano*, 28.8.1937; *Ciano* S. 150.

54 *Siebert* S. 57; D 1, Nr. 1.

55 In Jugoslawien hatte sich am 7.10.1937 die serbische Opposition unter den ehemaligen Ministerpräsidenten Zivković und Jevtić mit den Kroaten zusammengeschlossen, um innenpolitisch einen Abbau des autoritären Systems und eine föderative Lösung der kroatischen Frage, außenpolitisch eine stärkere Bindung an die Westmächte durchzusetzen (D 5, Nr. 158, S. 182; *Survey* 37, S. 483f.). Vgl. *Djokić*, Compromise S. 121-70.

56 *Survey* 37, S. 478; *Meiß* S. 75f.; *Ciano* S. 149; D 2, Nr. 27, 37; D 5, Nr. 158, S. 182f.; entsprechend erklärte Stojadinović in Paris, London, Rom und Berlin, Jugoslawien werde sich nie im antienglischen, -französischen, -italienischen bzw. antideutschen Lager befinden (*Ciano* S. 150; *Schmidt* S. 538; D 5, Nr. 162, S. 187).

57 *Ciano* S. 150; *Stojadinović* S. 121-30.

58 Stojadinović S. 127.

59 Ebd. S. 121-23.

60 Ebd. S. 125.

61 Ebd. S. 143f.; vgl. *Ciano* S. 150ff., 159; D 2, Nr. 37; D 5, Nr. 153.
62 *Survey* 37, S. 478f.; 485; D 2, Nr. 37. Der Antikominternpakt war im November 1936 zwischen Deutschland und Japan gegen die Aktivität der Kommunistischen Internationale abgeschlossen worden, im November 1937 trat Italien bei.
63 *Ciano*, 10.12.1937.
64 Stojadinović S. 144f.
65 D 2, Nr. 37; *Schmidt* S. 535, 537.
66 D 1, Nr. 87, 120; *Ciano*, 25.11.1937; *Ciano* S. 152.
67 *Schmidt* S. 537f.; *Survey* 37, S. 431f.; *Suppan* S. 302f.
68 *Schulthess* 7, S. 487.
69 Vgl. die brillante Analyse der damaligen europäischen Sicherheitslage bei *Kennedy*, Aufstieg, S. 416-516.

IV. Jugoslawiens Außenhandel in der Weltwirtschaftskrise – ein ökonomisches und politisches Dilemma[1]

Die Auseinandersetzungen um Jugoslawiens außenpolitische Orientierung – geprägt vom Dilemma zwischen Staatsräson und politischer Mentalität – wurden durch die ökonomischen Zwänge in den Jahren der großen Wirtschaftskrise ab 1930 weiter verschärft. Die im strukturellen Umbruch steckengebliebene Ökonomie Jugoslawiens wurde nun zusätzlich noch durch die weltweite Konjunkturkrise dramatisch geschwächt.

Da etwa 80 % der jugoslawischen Bevölkerung von der Landwirtschaft lebten, war der Absatz von Agrarprodukten die Hauptaufgabe der jugoslawischen Außenhandelspolitik, die indessen mit dem Beginn der Weltwirtschaftskrise 1929 immer schwieriger wurde. Innerhalb kurzer Zeit unterlag die parzellierte und kapitalschwache jugoslawische Landwirtschaft der überseeischen Konkurrenz (Kanada, Australien, Argentinien). Staatliche Eingriffe wie die Gründung der mit dem Exportmonopol für Weizen ausgestatteten „privilegierten Aktiengesellschaft für die Ausfuhr von Landesprodukten des Königreichs Jugoslawien“ (Prizrad) vermochten daran nichts zu ändern.

Jugoslawien brauchte Außenhandelspartner, die ihm nicht nur die benötigten Rohstoffe und Fertigwaren lieferten, sondern als Gegenleistung seine Agrarprodukte zu angemessenen, von den Schwankungen des Weltmarkts unabhängigen Preisen abnahmen.[2] Wo aber fand Jugoslawien solche Außenhandelspartner, die – unter Ablösung vom freien Weltmarkt und Überwindung des unbrauchbar gewordenen Systems der Meistbegünstigung – von der Devise zum Clearing übergingen?

Frankreich konnte nicht einmal die gesamte Ausfuhr seiner nordafrikanischen Nebenländer übernehmen und sah sich zum Schutz der eigenen Landwirtschaft zu Einfuhrbeschränkungen veranlasst. England war auf den Wirtschaftsaustausch mit dem Commonwealth festgelegt (Ottawa-System), die Tschechoslowakei – in der Kleinen Entente mit Jugoslawien und Rumänien besonders verbunden – infolge ihrer eigenen halbagrarischen Wirtschaftsstruktur unfähig, den Überschuss Jugoslawiens und Rumäniens abzunehmen, was eine schwere Belastung auch für den politischen Zusammenhalt der Kleinen Entente darstellte. Frankreich versuchte, die Wirtschaftskraft der Donaustaaten durch Bildung einer Donauföderation aus Österreich, Ungarn und der Kleinen Entente zu stärken (April 1932 Tardieuplan), scheiterte aber an den politischen Gegensätzen im Donauraum und an der Ausschließung Deutschlands und Italiens, deren Beteiligung sich als unerlässlich herausstellte. So ergab sich, dass die politischen Freunde Jugoslawiens ihm wirtschaftlich nicht helfen konnten oder wollten. Der internationale Güterstrom ließ sich auf die Dauer nicht durch politische Sympathien und Antipathien bestimmen. Entsprechend unterhielt Jugoslawien bis in die Mitte der dreißiger Jahre ausgerechnet zu seinen politischen Gegnern Italien und Österreich, mit denen es durch kurze und billige Wasserwege verbunden war, die

intensivsten Handelsbeziehungen, die indessen durch den Abschluss der „Römischen Protokolle“ eine beträchtliche Einschränkung erfuhren. Nahezu zwangsläufig geriet Jugoslawien nun in den Einflussbereich der deutschen Wirtschaft.

Jugoslawien hatte nach 1919 einen Anteil von 5 % an den deutschen Reparationen zugesprochen bekommen und erhielt bis zum Ende der Reparationen 1931 600 Millionen Goldmark. Der weitaus größte Teil davon wurde in Industrieprodukten bezahlt, was sich schnell als gute Reklame für deutsche Ware herausstellte. Schon am 5.12.1921 kam es zu einem vorläufigen, am 6.10.1927 zu einem endgültigen deutsch-jugoslawischen Handelsabkommen. Dieses wurde am 6.9.1932 durch Deutschland gekündigt, da sich seit 1923 ein jugoslawischer Passivsaldo herausgebildet hatte, der nach Einführung der jugoslawischen Devisenkontrolle nicht mehr durch Barzahlungen ausgeglichen werden konnte.

Der vertragslose Zustand wurde am 29.7.1933 durch ein Handelsprovisorium beendet. Am 15.3.1934 begannen in Belgrad Besprechungen über einen neuen Handelsvertrag, der am 1.5.1934 unterzeichnet wurde.[3]

In Deutschland war während der Wirtschaftskrise die dringend notwendige Konjunkturbelebung nicht mit der ideologischen Doktrin von der Notwendigkeit der Autarkie zu erreichen. Daher setzte sich im Laufe des Jahres 1934 der sog. „Neue Plan“ des Reichswirtschaftsministers Schacht durch, demgemäß Deutschland auf die Zusammenarbeit mit Agrar- und Rohstoffländern angewiesen war, die ihre Produkte gegen deutsche Industrieware statt der fehlenden Devisen abgaben.[4] Genau ein solches Land war neben den anderen südosteuropäischen Staaten auch Jugoslawien. Deutschland benötigte aus Jugoslawien vor allem Weizen, Mais, Obst, Fleisch, Hanf und zahlreiche Erze wie Kupfer, Blei, Zink, Bauxit, Chrom, Ferrochrom und Antimon; Jugoslawien seinerseits brauchte aus Deutschland Produkte der Maschinen-, Textil-, elektrotechnischen und chemischen Industrie. Der Handelsvertrag vom 1.5.1934 kam zwischen zwei sich geradezu ideal ergänzenden Partnern zustande.[5]

Der Wortlaut des Vertrages unterschied sich nicht von anderen Handelsabkommen. Man gewährte sich die traditionelle Meistbegünstigung und setzte Regierungsausschüsse ein, die wenigstens einmal jährlich zur Überprüfung des Warenverkehrs zusammentreten sollten. Dieser wurde aufgrund eines zwischen der Deutschen Reichs- und der Jugoslawischen Nationalbank abgeschlossenen Verrechnungsabkommens unter Vollclearing gestellt zu dem Kurs von 1 RM = 17,42 bis 17,62 Dinar.

Das Wesentliche stand nicht in dem veröffentlichten Text, sondern in den geheimen Verhandlungsprotokollen der Regierungsausschüsse. Jugoslawien verpflichtete sich nicht zur Abnahme bestimmter Kontingente deutscher Erzeugnisse, so dass andererseits der deutsche Export nicht an solche gebunden war, während das Reich die Lizenz für eine Einfuhr aus Jugoslawien bis zum Höchstwert von 1.100 Millionen Dinar erteilte, die Jugoslawien also exportieren musste, falls in diesem Umfang Privatkontrakte zwischen deutschen und jugoslawischen Firmen zustande

kamen. Außerdem gewährte Deutschland Zollerleichterungen und Preise, die erheblich über dem Weltmarktpreis lagen, um so das befürchtete weitere Ansteigen des jugoslawischen Passivsaldos zu verhindern.[6]

In Belgrad war die Reaktion auf den Abschluss des Vertrages, der durch Stabilisierung des Außenhandels die jugoslawische Wirtschaft wieder ins Gleichgewicht brachte und zu einem beträchtlichen Aufblühen des Landes führte, äußerst positiv.[7] Deutscherseits hatte man nicht unbeträchtliche finanzielle Opfer gebracht, um eine starke Handelsbasis in der Wirtschaftssphäre der Kleinen Entente zu erhalten,[8] wie eine solche im Bereich der „Römischen Protokolle" durch den ganz analogen Handelsvertrag mit Ungarn vom 21.4.1934 bereits gewonnen worden war.[9] Für Jugoslawien ergaben sich sofort nach Vertragsabschluss die unmittelbarsten Vorteile, während Deutschland mehr auf lange Sicht kalkulierte und die vorgesehene Umstellung der jugoslawischen Landwirtschaft auf speziellere deutsche Wünsche abwarten musste.[10]

Gegen alle Erwartung bildete sich in den Jahren nach Abschluss des Vertrages ein jugoslawischer Aktiv-, also deutscher Passivsaldo heraus, im Gegensatz zu der bisherigen Entwicklung. Offenbar hatte man in Belgrad die Aufnahmefähigkeit des jugoslawischen Marktes für deutsche Waren überschätzt, als man einen Export von 1.100 Millionen Dinar nach Deutschland bewilligte, der aufgrund des abgeschlossenen Clearingabkommens ja nur durch jugoslawischen Bezug in entsprechender Höhe von Deutschland zurückgezahlt werden konnte. Daher froren beträchtliche jugoslawische Guthaben in Deutschland ein, und die Jugoslawische Nationalbank sah sich infolge der Kapitalschwäche der jugoslawischen Exporteure unter Übernahme von deren Guthaben zur Ausgabe von börsenfähigen „clearing mark checks" gezwungen, deren Kurs gegenüber dem offiziell gültigen schnell abfiel. Deutschland duldete diese Maßnahme, erkannte sie aber erst im Oktober 1938 an. Im Übrigen nutzten die deutschen Importfirmen während der folgenden Jahre nicht einmal die bewilligte Höchstgrenze von 1.100 Millionen Dinar aus, was die Behauptung der westlichen Propaganda widerlegte, Deutschland kaufe absichtlich so viel wie möglich, um seine Schulden als Erpressungsmittel zu benutzen.

Die deutsch-jugoslawischen Regierungsausschüsse hatten sich immer wieder mit der Abtragung des jugoslawischen Aktivsaldos zu befassen, ebenso Schacht, der vom 11. bis 13.6.1936 in Belgrad einen Besuch abstattete. Diese ungesunde Entwicklung der Handelsbeziehungen war außer auf die Länge der Liefer- und Zahlungsfristen für deutsche Industriegüter im Gegensatz zu denen für die jugoslawischen Agrarprodukte vor allem auf die Vorliebe der jugoslawischen Importeure für Käufe in England, Frankreich und der Tschechoslowakei zurückzuführen, bei denen Jugoslawien infolge der Unfähigkeit oder des Widerwillens dieser Staaten, jugoslawische Ware abzunehmen, ohnehin schon stark verschuldet war.

Daher sah sich die jugoslawische Regierung im Frühjahr 1936 gezwungen, die übernommenen Guthaben der jugoslawischen Exporteure durch umfangreiche Staatsaufträge (Eisenbahn- und Industrieausrüstungsmaterial) in Deutschland zu begleichen und zur Einfuhrkontrolle überzugehen, indem sie eine Liste von 33 Warenposten herausgab, deren Import aus Devisenländern (England, Frankreich, Niederlande, Belgien, USA, Tschechoslowakei) nur mit Erlaubnis der Jugoslawischen Nationalbank zulässig war (etwa 36 % des bisherigen Imports aus Devisenländern wurden durch diese Verordnung betroffen). Diese Liste wurde bis 1941 laufend erweitert.

Andererseits ging Jugoslawien gleichzeitig zur Kontrolle des Exports in den Clearingraum über, um nicht zu sehr auf Gedeih und Verderb mit der deutschen Wirtschaft verbunden zu werden und – durch die seit 1935 auf dem Weltmarkt einsetzende Rohstoffhausse und sich daraus ergebende günstige Handelsabmachungen mit Italien, England und Frankreich in den Jahren 1936 und 1937 unterstützt – von Deutschland Devisenzahlung für Produkte in günstiger Konkurrenzstellung zu verlangen (besonders für Buntmetalle). So fiel der Anteil Deutschlands am jugoslawischen Export von 23,7 % 1936 auf 21,7 % 1937. Der jugoslawische Aktivsaldo verschwand für kurze Zeit. In Berlin erhielt man nicht zu Unrecht den Eindruck, dass Jugoslawien nur solange am Clearinghandel mit dem Reich interessiert war, als sich ihm keine Möglichkeit zum Devisenhandel mit den Westmächten bot, und reagierte daher mit der Verweigerung von Importlizenzen für jugoslawische Güter und der Forderung nach Devisenzahlung auch für deutsche Industrieware.

An diesem Punkte erwies sich die ganze Problematik und Asymmetrie der deutsch-jugoslawischen Handelsbeziehungen. Deutschland war schon ohne besondere Anwendung von Druck einfach aufgrund seines Wirtschaftspotentials der weitaus stärkere und manövrierfähigere Partner in dieser Kombination. 1936 z. B. betrug Deutschlands Anteil an der jugoslawischen Ausfuhr 23,7 %, die aber nur 1,8 % der deutschen Gesamteinfuhr ausmachten. Gleichzeitig stellte Deutschland 26,8 % der jugoslawischen Einfuhr, die im deutschen Gesamtexport aber nur mit 1,6 % erschienen.[11]

Für Jugoslawien wurde der Zwang zum Handel mit Deutschland dadurch verstärkt, dass nach der Verkündigung der Völkerbundssanktionen gegen Italien am 11.10.1935 der jugoslawische Export eines wichtigen Absatzmarktes beraubt war und der jugoslawische Überschuss angesichts der mangelnden Hilfsbereitschaft der Westmächte großenteils nach Deutschland geliefert werden musste. Nicht nur in diesem einzelnen Fall, sondern ganz allgemein erwiesen sich die Westmächte aufgrund ihres liberalen Rentabilitätsdenkens als unfähig, die besonderen Schwierigkeiten Jugoslawiens zu begreifen und sich wirksam an ihrer Bekämpfung zu beteiligten. Sie betrachteten „den Handel mit Südosteuropa nur als Geschäft, an dem sie verdienen wollten; denn ihr Interesse galt den Ländern als Kunden, nicht aber als Lieferanten“,[12] während Deutschland durch die günstigen von ihm gebotenen Bedingungen auf längere Sicht plante und infolge seiner Wirtschaftslenkung und

Importbedürfnisse trotz der zunehmenden Abhängigkeit seines Außenhandels von rüstungspolitischen Gesichtspunkten mehr Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage der Südoststaaten nehmen konnte. Jugoslawien stand letztlich vor der Alternative, nach Deutschland zu exportieren oder überhaupt nicht zu exportieren und damit vor der Notwendigkeit, die deutschen Methoden der Wirtschaftslenkung zu übernehmen und die jugoslawische Landwirtschaft auf besondere deutsche Bedürfnisse umzustellen (vor allem Ölsaaten und Industriepflanzen wie Hanf, Flachs, Baumwolle und Sojabohnen). Deutschland seinerseits war bereit, Kapital für diese Umstellung sowie für die Erschließung der jugoslawischen Erzlager zur Verfügung zu stellen. Seit 1936 kam es zu bedeutenderen deutschen Neuinvestitionen in Jugoslawien.

Dass diese wirtschaftliche Gesamtorientierung Jugoslawiens auf Deutschland hin nicht ohne politische Folgen bleiben konnte, liegt auf der Hand. Der Historiker Hans-Jürgen Schröder spricht mit Recht von einem „Informal Empire", das sich das nationalsozialistische Deutschland zielbewusst seit 1934 in Südosteuropa und insbesondere in Jugoslawien aufgebaut habe, um die „Kleine Entente" und damit die französische Sicherheitspolitik und insbesondere die Tschechoslowakei als längst in Aussicht genommenes Angriffsopfer zu destabilisieren:

> „Der rückläufige ökonomische und damit auch politische Einfluss dritter Mächte in Südosteuropa … ist ein wichtiger Indikator für den Erfolg nationalsozialistischer Hegemonialpolitik mittels ökonomischer Durchdringung. Während England, Frankreich und Italien im Jahre 1933 zusammen zu etwa 30 % an den jugoslawischen Einfuhren beteiligt waren, mehr als das Doppelte des deutschen Anteils (13 %), hatte sich dieses Bild im Jahre 1936 radikal verändert: Jetzt nahmen England, Frankreich und Italien gemeinsam zu 13 % an den jugoslawischen Importen teil, das war nur noch die Hälfte des deutschen Prozentsatzes (27 %). Bei den Anteilen an den jugoslawischen Exporten ist das jeweilige Verhältnis allerdings nicht ganz so krass."

Die Politik Berlins erwies sich in Südosteuropa

> „als überlegen, weil Deutschland im Verlauf der Großen Depression wegen seiner konjunkturellen Sonderentwicklung seit 1933/34 ein aufnahmefähiger Markt für landwirtschaftliche Produkte war, während England, Frankreich und die Vereinigten Staaten aufgrund ihrer Wirtschaftsstruktur und binnenwirtschaftlichen Entwicklung gar nicht in der Lage waren, die südosteuropäischen Agrarprodukte aufzunehmen. … Da nicht Kapitalmangel, sondern landwirtschaftliche Überproduktion bzw. deren Absatz das Hauptproblem der südosteuropäischen Agrarstaaten war, konnte sich der Aufbau der deutschen Hegemonialstellung ohne einen größeren Kapitaleinsatz vollziehen, der in den 1920er Jahren das Charakteristikum vor allem der französischen ökonomischen und politischen Einflussnahme bildete. … Eine Alternative

> zur Anlehnung an die deutsche Wirtschaft hat es für Jugoslawien folglich in den 1930er Jahren nicht gegeben."[13]

Nach dem Ende der Rohstoffhausse auf dem Weltmarkt 1938 war Jugoslawien noch mehr als bisher auf den Handel mit Deutschland angewiesen. Diese Entwicklung wurde durch den „Anschluss" unterstützt, der Deutschland beträchtliche jugoslawische Präferenzen an Österreich und die österreichischen Investitionen in Jugoslawien einbrachte, was sich später analog bei der Angliederung des Sudetenlandes und der „Rest-Tschechei" an das Reich wiederholte. Auf diese Weise und durch zahlreiche Neugründungen wuchs der deutsche Anteil am ausländischen Investitionskapital in Jugoslawien von 0,9 % im Jahre 1936 auf 18,7 % im Jahre 1939. Zusammen mit dem Protektorat nahm Deutschland 1939 45,8 % des jugoslawischen Exports ab und stellte 53,7 % des jugoslawischen Imports.[14]

Angesichts dieser in den anderen südosteuropäischen Ländern ähnlich verlaufenden Entwicklung gewannen die seit 1934 in Deutschland gehegten Pläne Realität, den Südosten in einen „natürlichen Versorgungsraum" umzugestalten, der das Reich autark machen und ihm im Kriegsfalle Rohstoffsicherheit verschaffen sollte, womit eine Blockade der Meere gegen Deutschland wie im Ersten Weltkrieg wirkungslos geworden wäre. Die Länder des Donau- und Balkanraums sollten sich mit einem kolonieähnlichen Status begnügen, indem sie auf umfangreiche Industrialisierung verzichteten und sich ganz auf die Bedürfnisse Deutschlands einstellten. Entsprechend drängte Funk, Schachts Nachfolger als Reichswirtschaftsminister, während seines Aufenthalts in Belgrad Anfang Oktober 1938, begünstigt durch den deutschen Erfolg in München, auf einen langfristigen deutsch-jugoslawischen Handelsvertrag und verfehlte dabei nicht, vorsichtig auf die zwischen Politik und Handel bestehenden Verknüpfungen hinzuweisen. Nach seiner Rückkehr sprach Funk in Berlin von einer das Gebiet zwischen Nordsee und Schwarzem Meer umfassenden „Wirtschaftsachse". Man hoffte in Deutschland, dass sich die beträchtlichen politischen Widerstände in den Südoststaaten infolge der neuen Macht des Reiches und der Gunst seiner geopolitischen Lage ganz von selbst erledigen würden. Aber die Jugoslawen ignorierten Funks Vorschlag. So kam am 25.10.1938 lediglich ein neues Protokoll der Regierungsausschüsse mit den bisher üblichen Bestimmungen zustande. Das Reich erkannte die jugoslawischen „clearing mark checks" an, verlangte aber ihre verbindliche Fixierung zwischen 14,30 und 14,70 Dinar. Dennoch war das allmähliche Hineingleiten Jugoslawiens in den deutschen „Großwirtschaftsraum" nicht mehr aufzuhalten. Die Ende 1938 in Südosteuropa einsetzende Wirtschaftsoffensive der Westmächte blieb völlig unzureichend.[15]

Stojadinović hatte selbst in Deutschland Volkswirtschaft studiert (1910/11). Die deutsche historische Schule der Nationalökonomie prägte ihn lebenslang.

> "This school of thought argued that economic policies should be developed according to the specific historical and cultural conditions prevalent in a society rather than being based on any universal model. Thus, although in

> principle Stojadinović favoured a liberal economy, in the 1930s he believed that state interventionism in Yugoslavia's economy was necessary."[16]

In seinen Memoiren hat Stojadinović seine Außenwirtschaftspolitik wie folgt gerechtfertigt:

> « Sans égard aux régimes de nos deux pays, l'Allemagne était et restait le meilleur client de la Yougoslavie, parce que nos économies sont complémentaires et non identiques. Les Allemands produisent les articles industriels et les machines dont nous avons besoin et ils importent nos produits agricoles, qui sont la base de notre commerce extérieur. Mais outre ces conditions objectives, ainsi que la proximité, de nos pays, nous avions encore un motif majeur pour exporter et acheter en Allemagne. Grâce aux traités de commerce très favorables, ce pays nous accordait des prix préférentiels – allant de 20 % à 30 % au-dessus des prix des marchés internationaux – pour nos produits et matières premières. De plus, le gouvernement allemand avait instauré une prime de 40 % sur tous les articles exportés, pour stimuler le commerce extérieur et se pourvoir en devises étrangères, si nécessaires. Ce double avantage nous convenait parfaitement et comme aucun pays ne pouvait nous offrir des conditions, de loin, aussi favorables, personne ne pouvait rien objecter à ce trafic commercial de plus en plus grand. … Et alors que ce pays pouvait facilement se passer de nous, soit comme fournisseur de ses marchandises, soit comme acquéreur de nos produits agricoles, notre situation aurait été désastreuse si nous avions dû chercher d'autres marchés inexistants. Finalement, à cette époque, pour tout le monde le commerce exterieure était basé sur le 'clearing', terme moderne pour désigner le troc, plus antique que l'histoire. »[17]

Dem wird man auch heute noch zustimmen müssen. Die politisch bedenkliche Asymmetrie zwischen Deutschland und Jugoslawien war Stojadinović bewusst – aber die ökonomisch positiven Auswirkungen seiner Außenhandelspolitik für das von der Weltwirtschaftskrise und den Völkerlandssanktionen gegen Italien schwer gebeutelte Land gaben ihm recht. Sie dürften zur Stabilisierung seiner Regierung – der langlebigsten von allen in der Zwischenkriegszeit – entscheidend beigetragen haben.[18] Auch glaubte er durch seine souveräne Außenpolitik die Situation ausbalancieren zu können.

---

1 Zu diesem Kapitel insgesamt *Meiß* passim; *Hoptner* S. 94-108; *Schröder*, Hegemonialstellung S. 757-73; *Sundhaussen*, Jugoslawien S. 84-89; *Sundhaussen*, Serbien S. 282-84; *Littlefield* S. 25-35; *Volkmann* S. 211-435.

2 *Survey* 36, S. 526; *Treue* S. 47f., 55; *Meiß* S. 21; *Markert* S. 221f.

3 C 1, Nr. 279; C 2, Nr. 291, 309, 318.

4 *Schacht* S. 56; *Treue* S. 56; *Schreiber* S. 310. Über die verschiedenen widerstreitenden Strömungen in der nationalsozialistischen Außenhandelspolitik vgl. *Meiß* S. 237ff.

5 *Neubacher* S. 129f.; D 5, Nr. 159, 184; W S. 66.

6 *Meiß* S. 49ff., 100; C 3, Nr. 13, S. 36; Nr. 23, S. 55; Nr. 169, S. 344; D 5, Nr. 159, S. 184; W, S. 56f.; *Schacht* S. 56; *Markert* S. 223; *Schröder*, Hegemonialstellung S. 761f.; über die Unvergleichbarkeit der Werteinheiten von Weltmarkts- und Clearingpreisen vgl. *Meiß* S. 229, *Schacht* S. 56.

7 W, S. 56f.; C 3, Nr. 27, S. 70; *Meiß* S. 52ff.

8 Berlin hatte zunächst versucht, mit dem wirtschaftlich für Deutschland bedeutenderen Rumänien (Erdöl) zu einem Abschluss zu kommen, war dabei aber gescheitert; vgl. *Schröder*, Hegemonialstellung S. 760.

9 C 2, Nr. 138; C 3, Nr. 13, 23, 305.

10 *Survey* 36, S. 526; *Survey* 37, S. 527f.; *Markert* S. 224f., 218, 319; *Treue* S. 49ff.; die Angaben in Anm. 1.

11 Vgl. die Tabellen bei *Meiß* S. 58, 267.

12 *Meiß* S. 230, vgl. ebd. S. 54, 97, 101f., 125f., 189f., 230, *Treue* S. 48f., 51ff., 55; *Markert* S. 223ff., 318; C 3, Nr. 23; W, S. 56, 63. 1936 wurde in Jugoslawien mit deutschem Kapital die Aktiengesellschaft „Montania“ gegründet, die 1937 die „Mines de Lisac“, die antimongruben von Krupanj und die Konzessionen für die Bleigruben Srebenica und Olovo erwarb. 1937 gründeten deutsche Unternehmer die Aktiengesellschaft „Rudropromet“ zur Ausbeutung von Zink-, Blei- und Kupfergruben. 1936 betrug der deutsche Anteil an den Auslandsinvestitionen in Jugoslawien erst 0,9 %. (*Meiß* S. 92, 94f.; *Markert* S. 71, 318). Über die Auseinandersetzungen zwischen der deutschen Industrie und Göring als dem Beauftragten für den „Vierjahresplan“ siehe *Meiß* S. 95ff.

13 *Schröder*, Hegemonialstellung S. 768-70; vgl. ebd. S. 772f.: … „wird ein spezifisch nationalsozialistisches Element der Berliner Südostpolitik der 1930er Jahre vor allem auch in der innerdeutschen Entwicklung zu sehen sein. Erst im Verlauf der nationalsozialistischen Machtergreifung wurden überhaupt die Voraussetzungen für eine mittel- und langfristige Planung umfangreicher Agrarimporte aus den südosteuropäischen Staaten geschaffen. Nach dem Abschluss des deutsch-jugoslawischen Handelsvertrages im Mai 1934 ist von nationalsozialistischer Seite die ‚neue innere Marktordnung‘ dann auch ausdrücklich als handelspolitischer Vorteil herausgestrichen worden.

Die spezifisch nationalsozialistische Komponente der deutschen Südosteuropapolitik in den ersten Jahren seit 1933 ist mithin 1. in ihrer rigorosen außenpolitischen Durchsetzung, 2. der an den Bedürfnissen der deutschen Volkswirtschaft orientierten Strukturpolitik sowie 3. der Ausschaltung der namentlich in der Endphase der Weimarer Republik von agrarischen Interessengruppen immer wieder artikulierten inneren Widerstände zu erblicken“. Vgl. auch C 5, Nr. 224, 376, 592; C 6, Nr. 252, 259, 565 und *Schröder*, Kontinuität passim.

14 *Meiß* S. 92, 198ff., 204ff.; *Treue* S. 57f.; *Markert* S. 225; *Survey* 38,3 S. 51.

15 *Survey* 38,1, S. 32-43, 56f., 62ff.; *Survey* 38, 3, S. 51, 341, 424f; BIII/6, Nr. 615; D 4, Nr. 257, 273; *Treue* S. 52-64; *Meiß* S. 208f., 215f.; *Markert* S. 225f.

16 *Djokić*, Stojadinović S. 158.

17 Stojadinović S. 155.

18 *Djokić*, Stojadinović S. 165f.

V. Das Jahr 1938: Hitler, Mussolini und Stojadinović als „Partner“[1]

Ende 1937 waren die diplomatischen Vorbereitungen zur „Lösung“ der österreichischen und der tschechischen Frage in Hitlers Sinne abgeschlossen – gerade auch im Hinblick auf Jugoslawien. 1938 konnten also die deutschen Aktionen beginnen. Stojadinović rechnete damit und hatte sich längst entsprechend positioniert. Die Schnelligkeit und Brutalität des deutschen Vorgehens mussten ihn gleichwohl irritieren, denn dadurch wurde sein Lavieren sowohl den Westmächten wie auch der serbischen Öffentlichkeit gegenüber erheblich erschwert.

1 Jugoslawien und der „Anschluss“ Österreichs

Gegen den ausdrücklichen Wunsch Beneš‘ reiste Stojadinović am 14.1.1938 zum Staatsbesuch nach Berlin und wurde empfangen wie der Vertreter einer Großmacht. Die seit 1934 unter Görings Einfluss in Deutschland stetig angewachsene Serbenfreundlichkeit trat in der Presse deutlich hervor. In Parteikreisen war man besonders stolz, dass sich die Annäherung an Jugoslawien nahezu unter Ausschaltung der deutschen Berufsdiplomatie vollzogen hatte. Der wichtigste Vertreter des Reiches in Belgrad war seit 1936 ein verkrachter deutscher Kaufmann namens Neuhausen, den Göring zum Generalkonsul und Beauftragten für den Vierjahresplan in Jugoslawien ernannt hatte. Göring, der mit dem Prinzregenten und Stojadinović persönlich befreundet war, betrachtete Jugoslawien als seine „Domäne“ und bemühte sich auch jetzt besonders um den Gast.[2]

Von der zentralen Besprechung mit Hitler hat Stojadinović in seinen Memoiren einen pointierten Bericht gegeben. Ihm ging es vor allem um fünf Punkte, in denen Hitler ihm zufriedenstellend entgegenkam:

„1 Approbation allemande pour les accords italo-yougoslaves concernant l‘Adriatique.
2 Ferme résolution de s’opposer à la restauration des Habsbourgs.
3 Garantie allemande des frontières yougoslaves avec la Hongrie.
4 Intégrité des frontières yougoslaves avec l’Autriche en cas d’Anschluss.
5 Coopération économique amplifiée sans pacte politique.“[3]

Hitler hatte selbst zur italienisch-jugoslawischen Verständigung geraten, darauf wollte ihn Stojadinović nun festlegen. Denn die Kooperation beider Länder implizierte zwar den „Anschluss“ als unvermeidlich, aber zugleich die deutsche Garantie der italienischen und jugoslawischen Nordgrenze am Brenner und in den Karawanken. Das schloss eine Wiederaufnahme der Adriapolitik des Habsburgerreiches durch das Deutsche Reich nach dem „Anschluss“ aus, wie sie in Rom und Belgrad befürchtet wurde.

Die unbedingte Vermeidung der Habsburgerrestauration war ein Kardinalpunkt des deutsch-jugoslawischen Einverständnisses, wie immer man ihre praktische Reali-

sierungsmöglichkeiten nach Aufhebung der Habsburgergesetze auch einschätzen mochte. Hitler erklärte:

> « L'Allemagne est entrée en guerre, en 1914, sans trop savoir pourquoi et avec encore moins de motifs en combattant les pays balkaniques avec lesquels elle n'avait aucune question litigieuse. La Guerre est survenue comme une fatalité insensée et le seul bien qu'elle apporta au peuple allemand, ce fut sa libération des liens néfastes avec les Habsbourgs et sa régénération nationale. Les intérêts allemands dans les Balkans sont exclusivement d'ordre économique et non politique. …
> Pour la Yougoslavie l'Anschluss était le moindre mal. Cela signifiait la fin de tout espoir d'une résurrection de la monarchie austrohongroise, aussi bien pour nos ennemis extérieurs, que pour certains éléments à l'intérieur ayant conservé la mentalité de la défunte 'K.U.K' (Österreichisch-ungarische Königliche und Kaiserliche Regierung, hier eine negative Begriffsverwendung, B. M.).
> L'Autriche, aussi, allait bénéficier de son rattachement au Grand Reich allemand, surtout au point de vue économique. Hitler, étant lui-même d'origine autrichienne, prendrait soin que ce pays obtienne une aide efficace et cesse de mendier les subsides étrangers. Puis, en fin de compte, si quelqu'un devait s'engager à conserver l'existence d'une Autriche indépendante, ce n'était pas à la Yougoslavie de s'en charger, mais à ceux qui l'avaient créée: L'Italie, la France et la Grande-Bretagne. »[4]

Hitler verzichtete explizit auf eine bündnispolitische Bindung Jugoslawiens – trotz enger Handelsbeziehungen. Das war für Stojadinovićs Konzeption der jugoslawischen Neutralität zentral. Zufrieden resümierte er:

> « La situation extérieure de la Yougoslavie était définitivement consolidée. Elle pouvait envisager son avenir avec optimisme. La Yougoslavie n'avait plus d'ennemis, sur aucune de ses frontières. Elle n'était plus entourée de ‚soucis' … »[5]

Der österreichische Gesandte Wimmer berichtete aus Belgrad, „dass für die Dauer der augenblicklichen Konstellation die Intimität der deutsch-jugoslawischen Beziehungen so hoch zu veranschlagen ist, dass sie fast einem Bündnis nahekommt …"

Durch historische Rückblicke und Parallelen suchten Stojadinović und Hitler das neue Vertrauensklima zu untermauern. Stojadinović erklärte:

> « Déjà avant la Guerre mondiale, lors du conflit douanier avec l'Autriche, en 1905, l'Allemagne fut la première à nous ouvrir ses marchés. Même durant l'occupation de la Serbie, les officiers allemands avaient souvent protégé la population contre les mauvais traitements de la part de leurs alliés. Après la Guerre, une fois la question des réparations réglée, l'Allemagne a contribué, grâce au matériel et aux machines fournis, à renouveler notre économie nationale ravagée au cours des hostilités. En réalité, ce sont les réparations

> allemandes qui ont inauguré l'ère d'une coopération économique entre les deux pays.
> Si quelquefois une dissonance surgissait entre nous, c'était uniquement quand un gouvernement yougoslave regardait l'Allemagne à travers les lunettes d'un autre pays. Libérée de toute tutelle étrangère, la Yougoslavie est décidée à conduire sa propre politique, dans son propre intérêt, et basée sur les réalités dans lesquelles nous vivons. …
> L'Autriche est, du point de vue yougoslave, une question purement interne au peuple allemand, à laquelle nous n'avons aucune intention de nous mêler, et, à plus forte raison, de combattre à cause d'elle. Les peuples yougoslaves ont fait la guerre pour s'unir et il serait illogique de nous opposer maintenant à l'union d'un autre peuple, si c'est son désir. Par contre, la Yougoslavie s'opposera à la restauration des Habsbourgs, même par une intervention armée s'il la faut. »

Hitler reagierte verbindlich:

> « „Il réaffirma son contentement que la Yougoslavie eut si bien surmonté la crise consécutive à l'assassinat du roi Alexandre. Par cette dure épreuve, elle avait démontré sa vitalité et sa capacité de survivre aux plus graves crises. Puis il formula quelques compliments à l'adresse du gouvernement actuel, en disant qu'il suivait avec sympathie ses efforts pour consolider le pays à l'intérieur, tout en lui assurant son indépendance et sa sécurité extérieures. »[6]

Der französische Außenminister Delbos aber ließ Stojadinović und den Prinzregenten wissen,

> „wenn sie Versicherungen von der Treue Jugoslawiens zur Kleinen Entente und zu Frankreich abgäben und erklärten, dass sie diesen im Fall eines Angriffs beistehen würden, so müsse Frankreich mit Bedauern feststellen, dass die Taten der jugoslawischen Politik nicht mit den Worten übereinstimmen".[7]

Derartige Äußerungen ließen erkennen, dass sie das komplizierte Gefüge der jugoslawischen Neutralitätspolitik nicht verstanden hatten – oder nicht verstehen wollten.

Dass es Hitler gelang, Stojadinovićs Vertrauen zu gewinnen und ihn damit endgültig allen Donauföderationsplänen ohne Beteiligung Deutschlands abgeneigt zu machen, war von besonderer Bedeutung für den bevorstehenden „Anschluss" Österreichs. Stojadinović hatte bereits im Sommer 1937 eine Neuauflage des Hodža-Plans vor allem wegen des größeren wirtschaftlichen Profits im Handel mit Deutschland abgelehnt. Es fiel ihm dies umso leichter, als man in Berlin auf eine zu augenfällige Ausnutzung der Zusammenhänge zwischen wirtschaftlicher und politischer Abhängigkeit verzichtete, um die Donauländer – mit Ausnahme Österreichs und der Tschechoslowakei – angesichts der deutschfeindlichen Stimmung in den meisten von ihnen nicht zu bloßen politischen Objekten zu degradieren.[8]

Als Hitler am 4.2.1938 das Reichswehrministerium selbst übernahm (Blomberg-Fritzsch-Krise) und seinen ergebenen Anhänger Joachim von Ribbentrop zum Reichsaußenminister ernannte, befürchtete man auch in Belgrad eine baldige Beunruhigung der europäischen Lage. Am 12.2. trafen sich Hitler und der österreichische Bundeskanzler Schuschnigg in Berchtesgaden. Belgrad erklärte, „dass man von Jugoslawien nicht verlangen könne, dass es für die Selbständigkeit Österreichs mehr tue als die Großmächte, und vor allem Italien". Dennoch war Stojadinović von der Schnelligkeit des deutschen Vorgehens überrascht, während Hitler in seiner Rede vom 20.2.1938 von der überaus herzlichen Freundschaft Deutschlands zu Jugoslawien sprach. Eine französische Aufforderung zu einem gemeinsamen Protestschritt gegen den „Anschluss" lehnte Stojadinović ab. In der Skupština betonte er am 9.3.1938, Jugoslawien werde sich an keiner Blockbildung beteiligen, sondern die alten Freundschaften bewahren und neue hinzugewinnen – eine propagandistisch kalkulierte Verharmlosung der Dramatik seines Übergangs von der westlich orientierten Sicherheits- zur nationalen Neutralitätspolitik. In Berlin ließ er während der kritischen Tage Anfang März erneut wissen, dass Jugoslawien die österreichische Frage als innerdeutsche Angelegenheit betrachte.[9]

Am 11.3.1938 marschierten deutsche Truppen in Österreich ein. Belgrad erklärte den „Anschluss" nun öffentlich als innerdeutsche Angelegenheit, zumal auch der jugoslawische Staat auf dem Selbstbestimmungsrecht und der nationalen Vereinigung aller Stämme eines Volkes basiere. Die Frage des Gleichgewichts der internationalen Politik sei Angelegenheit der Großmächte; Jugoslawien freue sich, „als Folge seiner Politik gegenüber Deutschland nunmehr an seinen Grenzen 80 Millionen Freunde und nicht etwa 80 Millionen Feinde zu haben".[10] War nun zwar die Gefahr einer Habsburger-Restauration endgültig vorbei, so empfanden doch weite Kreise in Jugoslawien die neue Gefahr eines deutschen Vorstoßes zur Adria.[11] Demgegenüber berief Stojadinović sich auf Hitlers Zusicherungen in Berlin. Hitler lobte in seiner Grazer Rede vom 3.4.1938 neben der italienischen und ungarischen auch die jugoslawische Haltung zum „Anschluss" und erklärte, „wir seien glücklich, hier Grenzen zu besitzen, die uns der Sorge entheben, sie militärisch schützen zu müssen".[12]

Die Haltung des Westens war eine weitere Rechtfertigung für Stojadinovićs außenpolitische Konzeption. Der „Anschluss" versetzte dem Prinzip der Antirevision in Südosteuropa den Todesstoß.[13] Auf der Ratstagung der Kleinen Entente in Sinaia Anfang Mai erklärte Stojadinović, „dass Deutschland absolut Frieden wolle" und die „sudetendeutsche Frage eine innere Angelegenheit sei", die Prag alleine mit Berlin regeln müsse. Jugoslawien und Rumänien lehnten Waffenhilfe gegen Deutschland ab. Stojadinović hatte grundsätzlich gegen eine Aufteilung der Tschechoslowakei nach Nationalitäten nichts einzuwenden.[14] Für ihn galt – gegen politische Moral und serbische Öffentlichkeit – der Primat jugoslawischer Staatsräson.

Mit dem „Anschluss“ hielt Ciano nunmehr den Zeitpunkt für ein Bündnis mit Jugoslawien gekommen. „Die horizontale Achse wird das Bestehen der vertikalen Achse erlauben können“, meinte er und sah auch eine engere Bindung Ungarns, Rumäniens und Polens an Italien vor, zumal Mussolini sich trotz Hitlers Staatsbesuch in Rom Anfang Mai zu einem förmlichen Bündnis mit Deutschland noch nicht entschließen konnte.[15]

Am 16.6.1938 traf Ciano mit Stojadinović in *Venedig* zusammen. Stojadinović bekräftigte seine Absicht, die jugoslawische Politik jederzeit auf die italienische abstimmen zu wollen, und bezeichnete Jugoslawien als einen Staat, „which is bound to Italy by ties stronger than those which could result from a written pact of alliance“; ein Bündnis könne notfalls in wenigen Stunden abgeschlossen werden. Stojadinović wich den Bündnisplänen Cianos im Sinne seiner Neutralitätspolitik also aus, zumal er mehr als Ciano von der Aufrichtigkeit der deutschen Zusicherungen überzeugt war.[16] Zu Stojadinovićs Äußerungen über die sudetendeutsche Frage notierte Ciano:

> “He has not the least intention of dragging his country into a conflict with Germany in an attempt to save Czechoslovakia, which is both unfriendly and an artificial creation.”

Schließlich ging Stojadinović auf die ausgesprochen schlecht gewordenen Beziehungen zwischen Jugoslawien und Frankreich ein, dessen innere Dekadenz in weiten Teilen der jugoslawischen Öffentlichkeit immer mehr verachtet werde.[17] Offenbar versprach er sich etwas von der Herabsetzung der unnütz gewordenen Bundesgenossen.

2 *Jugoslawien und die Sudetenkrise*

Hitler konnte gemäß den Äußerungen Stojadinovićs in Berlin, Sinaia und Venedig der Haltung Belgrads bei seinem Angriff auf die Tschechoslowakei sicher sein. Problematisch blieb allerdings die jugoslawische Reaktion auf ein Eingreifen Ungarns gegen Prag. Die Verständigung mit Jugoslawien in der Österreich- und Sudetenfrage wurde durch Hitlers Haltung gegenüber Ungarn wesentlich erleichtert. Im Herbst 1937 war es zu ersten Verhandlungen zwischen *Ungarn* und der Kleinen Entente gekommen. Während man sich über Ungarns Recht auf Rüstungsgleichheit schnell einig wurde, blieb man bei der Frage der kulturellen Autonomie für die ungarischen Minderheiten in den Staaten der Kleinen Entente und der Diskussion eines generellen Nichtangriffspaktes bald stecken, da Budapest von Prag und Bukarest weitgehendere Minderheitenabkommen verlangte als von Belgrad und sich vor deren Abschluss auf keinen Nichtangriffspakt einlassen wollte. Der ungarische Außenminister Kanya versuchte daher, mit Stojadinović zu einer Separatabmachung zu kommen, aber vergeblich, weshalb er klagte, „in Berlin und Rom nehme man heute mehr Rücksicht auf Belgrad als auf Budapest“.[18] Kanya blieb unsicher über die jugoslawische Haltung im Falle der Teilnahme Ungarns an einem deutschen Vorgehen gegen Prag und bat

daher um eine deutsche Garantie der ungarisch-jugoslawischen Grenze. Hitler erwähnte Stojadinović gegenüber am 17.1.1938 zwar eine solche Garantie, äußerte sich dabei aber höchst unfreundlich über die ungarische „Gymnasiastenpolitik“:

> „wir hätten vielleicht mit Ungarn gewisse gemeinsame Interessen in Richtung der Tschechoslowakei, keinesfalls aber in Richtung auf Jugoslawien und Rumänien“. Hitler gab sich zufrieden, als Stojadinović auf seinen Vorschlag einer ungarisch-jugoslawischen Verständigung hin erklärte, „was er gegenüber Ungarn tue, müsse er im Rahmen des Bündnisses der Kleinen Entente tun.“

Die Gunst Jugoslawiens war Hitler offenbar wichtiger als die Ungarns, dem ohnehin nichts anderes als eine achsenfreundliche Politik übrigblieb.[19]

Während die Minderheitenverhandlungen mit der Kleinen Entente nicht weiterkamen, bemühte sich Budapest nach dem „Anschluss“ erneut um eine deutsche Garantie der Südgrenze Ungarns und eine deutsche Vermittlung zwischen Budapest und Belgrad. Aber auch die deutschen Bemühungen blieben vergeblich, weil Stojadinović sich eine offene Verletzung der Kleinen Entente, wie sie ein Separatabkommen mit Ungarn bedeutet hätte, angesichts der öffentlichen Stimmung in Jugoslawien nicht leisten konnte.[20] Auf der Tagung in Sinaia versprachen Jugoslawien und Rumänien der Tschechoslowakei die vertragsmäßige Waffenhilfe im Falle eines ungarischen Angriffs. Auch die ungarischen Versuche in Rom, eine Garantie der ungarischen Südgrenze zu erhalten, blieben vergeblich, nachdem Stojadinović Ciano in Venedig gebeten hatte, Budapest von der Initiative im Vorgehen gegen Prag zurückzuhalten. Andernfalls sei Jugoslawien wider Willen zum Angriff auf Ungarn verpflichtet. Wenn Budapest sich aber erst nach einigen Tagen einem deutschen Vorgehen anschließe, werde Belgrad seiner Verpflichtung enthoben sein. Ciano lehnte nun entrüstet alle ungarischen Garantieersuchen ab, und der ungarische Außenminister Kanya erklärte resigniert: „Das Unglück für Ungarn ist, dass Ciano und Göring sich in Stojadinović verliebt haben.“[21]

Am 31.7.1938 wurde in Saloniki ein Vertrag unterzeichnet, in dem die Balkanentente Bulgarien die Rüstungsgleichheit zugestand, das im Gegenzug auf Gewaltanwendung bei der Durchsetzung seiner Revisionsansprüche gegen die Nachbarstaaten verzichtete. Die heraufziehende europäische Krise trieb nun auch Ungarn und die Kleine Entente endlich zu einer ähnlichen Vereinbarung. Nach neuen langwierigen Verhandlungen wurde am 23.8.1938 in Bled (Slowenien) eine vorläufige Verständigung erzielt: Die Kleine Entente gestattete Ungarn die Wiederaufrüstung, und beide Parteien wollten auf Gewaltanwendung gegeneinander verzichten, sobald die noch ungelösten Minderheitenfragen geklärt seien. In England wurde diese Übereinkunft als „a blow to Germany“ bezeichnet, und genauso fasste sie Hitler auf angesichts des gegen die Tschechoslowakei bereits beschlossenen Krieges. Der ungarische Reichsverweser Admiral Horthy, sein Ministerpräsident Imredy und Außenminister Kanya, die zu dieser Zeit gerade in Deutschland weilten, bekamen

harte Vorwürfe zu hören.[22] Da die Ungarn befürchteten, dass die Westmächte und die Kleine Entente im Falle eines deutschen Angriffs auf Prag intervenieren würden, vermochten Hitler und Ribbentrop sie nicht zu gleichzeitigem Vorgehen gegen die Tschechoslowakei zu bewegen. Nicht nur die deutschen Berufsdiplomaten, sondern auch Göring warnte vor einem ungarischen Parallelangriff, da die Opposition in Jugoslawien so stark sei, dass der Prinzregent und Stojadinović die Verpflichtungen der Kleinen Entente einhalten müssten oder gestürzt würden.[23]

Aufgrund eines Runderlasses Ribbentrops vom 3.8.1938 erklärte der deutsche Gesandte in Belgrad, wenn Prag die deutschen Forderungen nicht in allen Punkten annehme, werde Berlin „alle notwendigen Maßnahmen" ergreifen" und „sich nicht länger an der Nase herumführen lassen". Stojadinović fühlte sich veranlasst, Prag unter Betonung von Hitlers Friedenswillen über den Inhalt der Mitteilung zu informieren.[24]

Als die *Sudetenkrise* im September ihrem Höhepunkt entgegenging, ließ Stojadinović Ciano wissen, er werde seine Haltung der italienischen anpassen und im Kriegsfall wohlwollende Neutralität bewahren. Der Prinzregent, der sich gerne der englischen Politik angeschlossen hätte, stimmte angesichts der vom Westen abgeschnittenen geographischen Lage Jugoslawiens einer solchen Politik zu. Stojadinović sprach sich am 15.9.1938 dem deutschen Gesandten von Heeren gegenüber für das Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen aus und bezeichnete diese Frage wie schon die österreichische als „interne Angelegenheit des Deutschen Volkes".[25] Aber in der Belgrader Öffentlichkeit wuchs die Furcht, dass der tschechischen eine serbische Staatskrise folgen werde. Stojadinović hatte gegen Intelligenz und Armee einen schweren Stand. Sollte Budapest sich an dem deutschen Vorgehen beteiligen, so konnte er sich den Argumenten der Opposition kaum entziehen, dass die zu erwartende Erfüllung nicht nur der nationalen, sondern auch der historischen Ansprüche Ungarns (Slowakei) eine direkte Bedrohung der jugoslawischen Lebensinteressen (Kroatien) darstellte.[26]

Von der Haltung Ungarns hing also für Stojadinović alles ab. Er drängte Göring und Ciano, und Ciano drängte in Berlin, dass Budapest nicht den ersten Schritt tun dürfe. Ende September war das Solidaritätsgefühl mit der Tschechoslowakei in Jugoslawien derartig angewachsen – es kam in Belgrad zu antideutschen Demonstrationen –, dass Stojadinović sich in einer Unterredung mit dem rumänischen Außenminister Comnen am 25.9.1938 widerstrebend zu einer gemeinsamen jugoslawisch-rumänischen Warnung an Budapest gezwungen sah. Gleichzeitig unternahm er neue Schritte in Rom und Berlin, um ein Stillhalten Ungarns und eine Begrenzung seiner Ansprüche auf die ungarisch bewohnten Gebiete der Slowakei zu erreichen, was bei Göring und Ciano entsprechende Bemühungen veranlasste. Ciano befürchtete wie die jugoslawische Öffentlichkeit, dass die Ungarn nach der Eroberung der Slowakei sich auf Kroatien stürzen und damit Berlin einen indirekten Ausgang zur Adria ver-

schaffen würden.[27] Das allseitige Misstrauen unter den revisionistischen Mächten war gewaltig, wie man sieht.

Inzwischen wurde auf der *Münchener Konferenz* der europäischen Großmächte am 29.9.1938 die „friedliche“ Abtretung des Sudetenlandes an Deutschland vereinbart. Die ungarischen und polnischen Ansprüche sollten durch direkte Vereinbarungen der betroffenen Mächte und, falls diese nicht zustande kämen, durch einen neuen Entscheid der Großmächte geregelt werden.

Das Münchener Abkommen bedeutete für Stojadinović die glänzendste Rechtfertigung seiner Außenpolitik. Trotz ihrer Bindung an die Westmächte und die Sowjetunion war die Tschechoslowakei ein Opfer der nationalsozialistischen Aggressionspolitik geworden. Stojadinović warf Beneš, seinem Hauptantipoden in der Kleinen Entente, vor, die Zeichen der Zeit seit der Abessinien- und der Rheinlandkrise nicht verstanden zu haben.

> « Bénès n'a jamais voulu se rendre à l'évidence et poursuivre une politique réaliste. Il était hypnotisé par ses illusions des alliances aux termes évasifs et ambigus, dont il ne percevait pas la futilité. Alors qu'il se croyait assuré contre toute surprise désagréable, grâce à ses accords, ni l'Union soviétique, ni la France ne considéraient avoir de telles obligations envers son pays. Hitler, mieux informé, exigea l'annexion des Sudètes au Reich, en vertu du droit des peuples à disposer d'eux-mêmes. En dépit de mes avertissements, adressés en temps utile, pour qu'il arrive à une entente avec les Allemands s'il ne voulait pas être abandonné à son sort, Bénès persista dans son intransigeance et sa crédulité sans fondement. Pourtant les événements qui auraient pu le persuader que sa politique était erronée ne manquaient pas. Ainsi ne lui servit de rien l'article de fond, qui dans LE TEMPS fait savoir bien clairement que les Français ne se battront jamais pour des Sudètes, dont ils ignoraient l'existence jusqu'à hier. »[28]

Politisch überlebte Beneš die Katastrophe nicht, die er von seinem Staat nicht hatte abwenden können – von den Westmächten und der Sowjetunion im Stich gelassen. Churchill, der gegen die Politik Chamberlains opponierte, urteilte damals genauso wie Stojadinović: Die Bindung an Frankreich und seine Direktiven sei das Unglück der Tschechoslowakei gewesen. Beneš' Nachfolger als Staatspräsident wurde der altersschwache Prof. Hacha, dem Hitler kein halbes Jahr später das „Protektorat“ über Böhmen und Mähren diktieren konnte.

Der Prestigeverlust der Demokratie und des englisch-französischen Systems der kollektiven Sicherheit war unermesslich. Die Kleine Entente zerbrach. In der jugoslawischen Bevölkerung verbreitete sich panikartig die Furcht vor dauernder machtpolitischer Abhängigkeit von Deutschland. Die neue Hegemonie der Achsenmächte im Donauraum kam überdeutlich zum Ausdruck, als die Westmächte Deutschland

und Italien im 1. Wiener Schiedsspruch vom 2.11.1938 die Festlegung der neuen ungarisch-tschechoslowakischen Grenze allein überließen.[29]

---

1 Zum Gesamtkapitel *Hoptner* S. 109-35; *Messerschmidt* S. 760-804; *Littlefield* S. 57-61; *Kennedy*, Aufstieg S. 508-10; Norbert *Schausberger*, Österreich und die nationalsozialistische Anschluss-Politik, in: *Funke* S. 728-56; Detlef *Brandes*, Die Politik des Dritten Reiches gegenüber der Tschechoslowakei, in: *Funke* S. 508-523; *Suppan* S. 298-304, 1114-1222; R. *Schmidt* S. 215-300.

2 D 5, S. 142; W, S. 67; N 9, S. 373; *Kordt* S. 289f. Vgl. die Belege in Anm. 7 und 29 zu Kap. III. Göring lud Stojadinović nach Karinhall ein, wo dieser in einem Trinkspruch erklärte, Göring habe sich in Jugoslawien „das Herz eines ganzen Volkes erobert" (*Schulthess* 8, S. 8f.).

3 *Stojadinović* S. 161; D 5, Nr. 162f.; vgl. *Schmidt* S. 550-54.

4 Stojadinović S. 161.

5 Ebd. S. 163. Zum positiven Eindruck den Stojadinović in Rom und Berlin hinterließ, vgl. D 5, Nr. 158, S. 183; Nr. 163, S. 188, 192f.; Nr. 165; D 2, Nr. 37; *Ciano* S. 150; *Ciano*, 8.,10.12.1937.

6 *Stojadinović* S. 160-64. Ebd. eine präzise Analyse für Hitlers Wahlerfolge 1930–33.

7 *Schmidt* S. 552; *Berber* S. 81.

8 D 2, Nr. 47, S. 81f.; D5, Nr. 153, 159, S. 184; Nr. 163, S. 189, 192; *Survey* 37, S. 413; *Schmidt* S. 537, 547f., 549f., 552f. Die Achsenmächte nahmen sehr viel Rücksicht auf Stojadinovićs innere Schwierigkeiten, vgl. *Schmidt* 176, S. 545, *Ciano*, 25.11.1937.

9 *Schmidt* S. 551f., 556; D 1, Nr. 321, 351; D 5, Nr. 174; *Ciano*, 26.2., 1.3.1938; *Schulthess* 8, S. 45, 507f.; *Suppan* S. 1215-23. Zu Ribbentrop *Michalka*, Ribbentrop passim.

10 D 1, Nr. 363; D5, Nr. 184, S. 218; W, S. 70; *Survey* 38, 1, S. 220, 223.

11 D 2, Nr. 119; D 5, Nr. 174, Anm. 1; Nr. 185; *Markert* S. 95; *Survey* 38, 1, S. 183, Anm. 2; *Ciano* 4., 21.4.1938. Besondere Befürchtungen hegte man wegen des Verhaltens der deutschen Minderheit; deren Zentralorganisation war der "Schwäbisch-Deutsche Kulturbund", neben dem aber noch eine extreme nationalsozialistische „Erneuerungsbewegung" existierte. Hitler hatte Belgrad der Loyalität der Volksdeutschen versichert, doch führten „Anschluss" und Sudetenkrise zu verstärkter Unruhe unter diesen (D 5, Nr. 156, 163, S. 192; Nr. 215, 291; D 6, Nr. 192, 207; *Seton-Watson* S. 328f.; *Ciano* S. 200, 213).

12 *Survey* 38,1, S. 221; D 5, Nr. 184, S. 218; Nr. 185; D 1, Nr. 402; W, S. 71.

13 Stojadinović lehnte eine von Beneš vorgeschlagene Sondertagung der Kleinen Entente anlässlich der Annexion Österreichs ab; BIII/1, Nr. 104; D 1, Nr. 390; *Hillgruber,* Strategie S. 17; *Horthy* S. 196.

14 D 5, Nr. 198/9, 200; D 2, Nr. 198, 436, S. 565; BIII/1, Nr. 184; *Ciano*, 15.4.1938.

15 *Ciano*, 17.2., 9., 13., 23., 25.3., 21.4., 16.5., 2.6.1938; *Schulthess* 8, S. 425; D 1, Nr. 761, S.899; vgl. Nr. 769, S. 969. In Berlin war man über die italienischen Befürchtungen wegen eines „deutschen Drangs nach Südosten" gut informiert (D 2, Nr. 147, S. 205; D 6, Nr. 745).

16 *Ciano* S. 213ff.; *Ciano*, 17.6.1938; D 2, Nr. 260.

17 *Ciano* S. 213-15; *Ciano*, 13.9.1938; D 2, Nr. 260, S. 336.

18 D 5, Nr. 141, 143, 149, 153, 176, 177; *Ciano*, S. 151; *Ciano*, 13.12.1937, 11.1.1938; *Survey* 37, S. 415.

19 D 5, Nr. 149, 160, 163, 173, S. 202f.; Nr. 177f.; D 2, Nr. 367, 465; *Ciano* S. 159; *Stojadinović* S. 162; *Schmidt* S. 555; *Horthy* S. 168.

20 D 2, Nr. 114, 198, 284, 367, S. 465f.; D 5, Nr. 191f., 194, 198, 200, BIII/1, Nr. 184.

21 *Ciano*, 17., 20., 24.5., 18.-20.7.1938; *Ciano* S.213, 229; D 1, Nr. 795; D 2, Nr. 260, 367, S. 466; D 5, Nr. 213-215, S. 247.

22 D 5, Nr. 216, 221, 223f.; D 2 Nr. 383; BIII/2, Nr. 690; *Survey* 38,2, S. 290f. Zum größeren Kontext der deutschen Ungarnpolitik in dieser Phase vgl. *Broszat* S. 531-33.

23 D 2, Nr. 114, 363, S. 458; Nr. 367, S. 466; Nr. 402.

24 D 2, Nr. 332, 397, 412, 447; BIII/2, Nr. 667, 670, 682, 683, 691, 699, 709, 719, 795.

25 *Ciano*, 13.9. 1938; *Ciano* S. 232; D 2, Nr. 332, S. 421; Nr. 436, S. 565; Nr. 463, 492; D 4, Nr. 434; BIII/2, Nr. 774, 795; *Survey* 38,3, S. 422f.

26 D 2, Nr. 463, 554, 645; D 5, Nr. 229; BIII/2, Nr. 395; *Ciano* S. 233. Am 19.9.1938 wurde der bisherige Oberbefehlshaber der jugoslawischen Luftwaffe, General Dušan Simović, konsequenter Verfechter einer prowestlichen Politik Jugoslawiens, zum Generalstabschef des jugoslawischen Heeres ernannt.

27 *Ciano* S. 233; *Ciano*, 15., 22., 24.9., 3.-5.10.1938; D 2, Nr. 402, 447, 494, 506, S. 653; Nr. 595, 627, 645f., 660; D 4, Nr. 9; D 5, Nr. 225, 229; BIII/2, Nr. 774, 795; *Survey* 38,3, S. 422f. In Belgrad kam es zu antideutschen Demonstrationen: D 2, Nr. 595, 645.

28 Stojadinović S. 132.

29 *Gafencu*, Tage S. 98, 104, 114, 116, 149; *Churchill*, Reden 1 S. 81ff.; *Survey* 38,3, S. 424; D 5, Nr. 229, 232; *Ciano*, 14., 28.10., 24.11.1938; *Broszat* S. 536-40.

VI. Das Jahr 1939: Vom Sturz Stojadinovićs bis zu Hitlers Angriff auf Polen[1]

1 Der Sturz Stojadinovićs im Februar 1939 – eine Fehlentscheidung des Prinzregenten

Stojadinović hatte die gefährliche Dynamik der faschistischen Großmächte in ihrer Reichweite viel klarer erkannt als die englischen und französischen Regierungen der Appeasement-Ära, und er hatte sein außenpolitisches Konzept entsprechend ausgerichtet.[2] Im Augenblick der glänzendsten Bestätigung seiner Politik stürzte aber seine Regierung Anfang Februar 1939 – völlig unerwartet für ihn, seine Anhänger und die auswärtigen Mächte, vor allem Italien und Deutschland. Fünf Minister seines Kabinetts erklärten, seine Politik in der kroatischen Frage nicht mehr mittragen zu können und traten zurück. Der Prinzregent hätte Stojadinović mit der Bildung einer neuen Regierung beauftragen können. Das lag auch nahe, denn die Grundlinien der inneren und äußeren Politik Stojadinovićs stimmten mit den Vorstellungen des Prinzregenten seit Jahren überein. Überraschenderweise beauftragte der Prinzregent aber nicht Stojadinović, sondern Dragiša Cvetković, einen der fünf zurückgetretenen Minister, mit der Regierungsneubildung.

Stojadinović hat sich in seinen Memoiren – sehr ausführlich und einseitig – mit seinem Sturz und den von ihm vermuteten Ursachen befasst[3] und auch seiner Erbitterung über das vorangegangene Intrigenspiel breiten Raum gegeben. Im hier gegebenen Kontext brauchen wir darauf im Einzelnen nicht einzugehen. Aber festzuhalten bleibt: Mitten in der Krise verlor Jugoslawien seinen besten Mann. Was bewog den Prinzregenten zu dieser Entscheidung? Wie stellte sich die Lage Jugoslawiens Anfang 1939 in seinen Augen vermutlich dar?[4]

Trotz der Bestätigung von Stojadinovićs Außenpolitik durch die Ereignisse des Jahres 1938 erlitt seine Regierung bei den Skupština-Wahlen vom 11.12.1938 einige Einbußen, die umso mehr ins Gewicht fielen, als die vereinigte Opposition unter dem Kroatenführer Vladko Maček sehr erfolgreich abschnitt: Es war Maček gelungen, auch die serbische Opposition gegen die Regierung Stojadinović zu einem Wahlbündnis zu bewegen. Dies bedrohte zwar noch nicht die Mehrheit der Regierung im Parlament, aber dem politischen Beobachter konnte nicht entgehen, dass Stojadinovićs Erfolge auch seiner serbischen Stammwählerschaft nicht hinreichend zu vermitteln waren. Gerade die Verständigung mit Italien und Deutschland und die darauf gegründete Neutralitätspolitik wurden hier nicht als Gewinn für die Sicherheit Jugoslawiens in dem sich abzeichnenden Großmachtkonflikt gewertet, sondern als Verrat an den alten Bundesgenossen Frankreich, England, Tschechoslowakei. Zwischen den politischen Emotionen in der serbischen Öffentlichkeit und der kalkulierenden Rationalität der Sicherheitspolitik Stojadinovićs – und des Prinzregenten – bestand eine unüberwindbare, von Stojadinović wohl unterschätzte Kluft.

Auf diesem Hintergrund hätte es für Stojadinović nahegelegen, sich Rückhalt bei den Kroaten zu verschaffen, die aufgrund ihrer Einbindung in die Donaumonarchie im Ersten Weltkrieg gegen die Westmächte und Italien gekämpft hatten und Italien fürchteten, aber Deutschland schätzten. Es war ihm jedoch seit Regierungsantritt Mitte 1935 nicht gelungen, die erhoffte Verständigung mit den Kroaten herbeizuführen. Beide kämpften für eine gesamtjugoslawische Lösung im Rahmen einer konstitutionellen Monarchie, aber für Maček stand dabei eine Lösung der kroatischen Frage durch föderativen Ausbau des Gesamtstaates im Vordergrund, während Stojadinović eine einheitsstaatliche Lösung bevorzugte, die Selbstverwaltungskompetenzen an die Regionen und Kommunen abgab und ein Zweiparteiensystem auf gesamtstaatlicher Ebene etablieren wollte (Unitaristen vs. Föderalisten).[5] Eine solche Lösung brauchte viel Zeit und Überzeugungsarbeit, beide standen unter dem Druck der Situation aber nicht mehr zur Verfügung.

Die brutale Zerschlagung der Tschechoslowakei durch Hitler und die sich abzeichnende Abspaltung der Slowakei von Prag gaben Maček ein Druckmittel gegenüber Belgrad in die Hand. Am 15.1.1939 forderte er das Selbstbestimmungsrecht für die Kroaten und appellierte an die Unterstützung der Großmächte. Andernfalls müssten die Kroaten unter Gefährdung des Friedens zur Selbsthilfe greifen.[6]

Der Prinzregent suchte einen Regierungschef, der Mačeks Wünschen gegenüber „verständnisvoller“ reagierte als Stojadinović während der vergangenen Jahre. In Cvetković, der sich für ihn besser lenken ließ, hoffte er einen solchen Politiker gefunden zu haben. Aber auch diesem standen schwierige monatelange Verhandlungen bevor, in denen Maćek Belgrad, Rom und Berlin gegeneinander ausspielen konnte, um für die Sache Kroatiens möglichst viel herauszuholen.

In Stojadinovićs eigenem Parteienbündnis, der „Jugoslawischen Radikalen Union“, wuchsen die Zweifel an seiner Behandlung der kroatischen Frage – und auch die Rivalität unter den Parteiführern. Die von Stojadinović betriebene Entlassung des Innenministers Korošeć von der Slowenischen Volkspartei erwies sich als Bumerang. Korošeć verbündete sich mit anderen Opponenten im regierenden Parteienbündnis (Cvetković, Spaho) und überzeugte den Prinzregenten in streng geheimgehaltenen Kontakten offensichtlich von der Notwendigkeit, die durch den Rücktritt der fünf Minister gebotene Möglichkeit zum dauerhaften Sturz Stojadinovićs auszunutzen. Der Prinzregent, der selbst noch nach dem letzten Wahlergebnis an Stojadinović festgehalten hatte – nur zum Schein? – erblickte nun in den durch Stojadinovićs Gegner gebotenen Perspektiven bessere Chancen für die dringend erforderliche Verständigung mit den Kroaten als in einer neuen Regierungsbildung durch Stojadinović.

Prinz Paul selbst hat gegenüber verschiedenen Gesprächspartnern ganz unterschiedliche Gründe für Stojadinovićs Entlassung angegeben. Dies zeigt, wie komplex sich für ihn diese Angelegenheit darstellte. Beide Männer konnten unter-

schiedlicher nicht sein: Der Prinzregent war infolge einer traumatisierten Kindheit ein sensibler, zu Depressionen neigender Pessimist, der sich von seinem verantwortungsvollen Amt oft überfordert fühlte, Stojadinović dagegen ein erfolgreicher Wirtschafts- und Finanzfachmann mit politischer Begabung und von einem ausgeprägt optimistischen – und machtbewussten – Naturell. Gleichwohl ergänzten sich beide jahrelang vorzüglich, da ihre innen- und außenpolitischen Grundvorstellungen sich weitgehend deckten. Den von ihm selbst bewirkten Sturz Stojadinovićs hat der Prinzregent nur schwer verschmerzt: Ihm fehlte nun ein kompetenter und mutiger Ratgeber in einer Phase sehr schwieriger Entscheidungen.[7]

Dass er Stojadinović dennoch fallen ließ, hing mit seinen durch mangelndes Selbstbewusstsein verursachten und vielleicht durch Intrigen angestachelten Befürchtungen zusammen, dass Stojadinović unter dem Eindruck des italienischen Faschismus eine Diktatur in Jugoslawien plane und dabei die Rolle der Monarchie in Belgrad ebenso entwertet werde wie in Rom. Sein Misstrauen gegen Italien und Mussolini vermochte Prinz Paul infolge seiner Orientierung an Großbritannien nie ganz zu überwinden, so deutlich ihm auch die Notwendigkeit einer Verständigung mit Rom nach der Ermordung König Alexanders vor Augen stand.

Stojadinović hegte zweifellos Sympathie für die Wirtschaftserfolge der faschistischen Staaten, die ihm auch für das Entwicklungsland Jugoslawien vorbildlich zu sein schienen – im Gegensatz zu den großen Problemen der westlichen Demokratien bei der Folgenbewältigung der Weltwirtschaftskrise. Aber Stojadinović war kein Faschist, der eine Entmachtung der Dynastie nach italienischem Vorbild plante.[8]

Am 18.1.1939 kam es – in Erwiderung von Stojadinovićs Rombesuch 1938 – zu einem vertraulichen Treffen zwischen Ciano und Stojadinović in *Belje* nördlich von Belgrad an der jugoslawisch-ungarischen Grenze, einem ehemals habsburgischen Jagdschloss. Es ging in den Verhandlungen um die Zähmung ungarischer Revisionsansprüche gegen Rumänien, die durch die Zerschlagung der Tschechoslowakei reaktiviert worden waren,[9] vor allem aber um die Frage der italienischen Annexionspläne in Albanien.

Albanien war für Mussolini ein Prestigeprojekt: Er glaubte für Hitlers Erfolge beim „Anschluss“ Österreichs und des Sudetenlandes eine Kompensation beanspruchen zu müssen, um nicht als der schwächere Partner in der sich abzeichnenden Aggressorenallianz zu erscheinen. An sich war die Annexion von Albanien für Italien kontraproduktiv: Rom besaß bereits den entscheidenden Einfluss in Albanien, die formelle Annexion stellte die soeben mühsam erreichte Verständigung mit Jugoslawien auf eine harte Probe und vergrößerte die innerjugoslawische Stimmungsmache gegen den Ausgleich mit Italien. Damit Albanien für eine aktive italienische Balkanpolitik nutzbar gemacht werden konnte, mussten hier kostspielige Infrastrukturmaßnahmen erfolgen. Diese aber überforderten Rom, das mit den dringend

notwendigen Rüstungsausgaben für den Kriegsfall und den Erschließungskosten des riesigen ostafrikanischen Kolonialreiches sowie des Mezzogiorno im Mutterland bereits mehr als ausgelastet war.

Der Prinzregent sah durch das Albanienprojekt Roms sein Misstrauen gegen Italien und Mussolini erneut bestätigt und erkannte darin primär eine weitere Gefährdung der ohnehin sehr angespannten Sicherheitslage seines Landes. Stojadinović glaubte indessen, Ciano in Belje entgegenkommen zu müssen, und obwohl er sich vorher mit Prinz Paul und dem jugoslawischen Generalstab über die bei dem Treffen in Belje zu verfolgende Linie abgestimmt hatte, scheint er dort weitergegangen zu sein als Prinz Paul für richtig hielt. In Belje ging es um eine Teilung Albaniens, der Norden sollte an Jugoslawien fallen und dort den Bau einer wirtschaftlich wünschenswerten Eisenbahnlinie von Belgrad zur Adria ermöglichen. Prinz Paul hielt das letztlich für eine zu gewagte Konzession an die faschistischen Aggressoren – mit unerwünschten Folgen auch für die innere Stabilität Jugoslawiens. Er erklärte Ciano am 22.1.1939:

> "We have already so many Albanians in our frontier, and they give us so much trouble that I have no wish to increase their number."[10]

Um Stojadinović zu gewinnen, versprach Ciano auch Unterstützung Italiens in der *Salonikifrage*. Jugoslawien hatte dort einen Freihafen, es war sein einziger Zugang zur Ägäis und zum östlichen Mittelmeer. Da Italien Jugoslawiens Adriazugänge jederzeit blockieren konnte, kam einem Zugang zur Ägäis hervorragende handelspolitische und militärstrategische Bedeutung für Belgrad zu. Der Freihafen in Saloniki führte zu ständigen Reibereien mit den Griechen und hatte sich als Dauerlösung nicht bewährt.[11] Eine Annexion durch Jugoslawien mit italienischer Hilfe stellte aber für Prinz Paul, der zudem mit der griechischen Prinzessin Olga verheiratet war, einen abgrundtiefen Verrat an einem Bundesgenossen aus der Weltkriegszeit dar, mit dem Jugoslawien aktuell auch in der Balkanententente kooperierte.[12]

Stojadinović und der Prinzregent waren beide weiterhin von der Notwendigkeit einer Neutralitätspolitik im sich anbahnenden europäischen Großmachtkonflikt überzeugt – Jugoslawien hatte keine Territorialansprüche an seine Nachbarn, brauchte für die wirtschaftliche Stabilisierung unbedingt Frieden und durfte sich nicht für die Interessen anderer Mächte in einen Krieg hineinziehen lassen. Trotz dieser gemeinsamen Basis gab es spätestens Anfang 1939 schwer überwindbare Meinungsverschiedenheiten in der kroatischen, der albanischen und der Salonikifrage, die sich nicht länger unterdrücken ließen, aber im Pokerspiel des innerjugoslawischen Machtkampfes auch nicht offen diskutiert werden konnten – was Stojadinović offenbar besonders erbittert hat. Die Bereitschaft, für Kompensationen die italienische Aggression in Albanien zu tolerieren, ging wohl bei Stojadinović erheblich weiter als bei Prinz Paul. Das führte zum Bruch zwischen beiden.

Dennoch stellte sich sehr bald heraus, dass die Entlassung Stojadinovićs ein schwerer Fehler war, der wesentlich zum Untergang des Königreichs Jugoslawien nur gut zwei Jahre später beitrug. Obwohl die Regierung Cvetković die achsenfreundliche Politik fortsetzte, kam es zu einer Erschütterung des Vertrauens Roms und Berlins in die Zuverlässigkeit Jugoslawiens, die bis zum Untergang 1941 nicht mehr beseitigt werden konnte. Die Regierung Cvetković und der Prinzregent scheiterten, weil sie den Spagat zwischen den Sicherheitsforderungen der Achse (Dreimächtepakt) und der wachsenden achsenfeindlichen Stimmung der Serben nicht mehr zu bewältigen vermochten.

Stojadinović verficht in seinen Memoiren die These, dass er die Katastrophe seines Landes hätte verhindern können, wenn er Regierungschef geblieben wäre. Diese kontrafaktische Behauptung lässt sich natürlich nicht beweisen, aber auch nicht widerlegen. Das Urteil der Historiker über Stojadinović ist bis heute kontrovers, aber dass es ihm in erster Linie um die außenpolitische Absicherung der dringend notwendigen inneren Stabilisierung seines Landes ging – und nicht um eine faschistische Transformation Jugoslawiens –, ist ihm sowohl von den zuständigen deutschen und vor allem englischen Diplomaten (Ronald Campbell und Neville Henderson) bestätigt worden.

> „Es gibt genügend Hinweise dafür, dass Stojadinović zu einer engeren Zusammenarbeit mit Großbritannien bereit gewesen wäre, falls die britische Regierung mehr Mut bewiesen hätte. Aber die Entwicklung der internationalen Beziehungen von der Weltwirtschaftskrise bis 1939 war aus Belgrader Sicht eine Kette von Enttäuschungen über den Völkerbund und die Westmächte.“[13]

Mussolini, Ciano und Göring glaubten die Gründe sofort zu erkennen, die zum Sturz Stojadinovićs geführt hatten, und waren empört über die Handlungsweise des Prinzregenten. Um einer solchen Entrüstung zu begegnen, erklärten der Prinzregent und die neue Regierung, der Kabinettswechsel sei lediglich aus innenpolitischen Gründen erfolgt und werde an der jugoslawischen Außenpolitik nichts ändern.[14] Ein Abrücken Jugoslawiens von der Achse war angesichts der Sympathien gerade Stojadinovićs für Italien und Deutschland unverkennbar, zumal man in Rom und Berlin um die Anglophilie des Prinzregenten wusste.

Bezeichnenderweise drängte Ciano Mussolini jetzt zur beschleunigten Ausführung des Albanienprojekts, da die jugoslawische Karte durch Stojadinovićs Ausscheiden 90 % ihres Wertes verloren habe. Gleichzeitig begann er nach zweijähriger Pause über einen Marquis de Bombelles den kroatischen Separatismus wieder zu aktivieren, um auf eine Änderung der jugoslawischen Außenpolitik vorbereitet zu sein.[15] Die Ungarn stellten die Verständigungsbemühungen Belgrad und Bukarest gegenüber zunächst ein.[16] In Deutschland ließ man sich vorläufig dadurch beruhigen, dass der bisherige jugoslawische Gesandte in Berlin, Aleksandar Cincar-Marković, zum neuen Außenminister ernannt wurde und er Ribbentrop gegenüber seine Be-

reitschaft erklärte, die Frage des jugoslawischen Beitritts zum Antikominternpakt zu prüfen.[17] In seiner außenpolitischen Erklärung in der Skupština am 9.3.1939 sprach Cincar-Marković sich in betont deutschfreundlichem Sinne aus und konnte dabei an die „aufrichtige Freundschaft“ zwischen Jugoslawien und Deutschland anknüpfen, die Hitler in seiner Reichstagsrede vom 30.1.1939 erwähnt hatte – vor Stojadinovićs Sturz.[18]

Der Sturz Stojadinovićs verspielte eine der ganz wenigen Chancen, Jugoslawiens Katastrophe zu vermeiden.

2 *Wachsender Druck der Achsenmächte auf Jugoslawien im Kontext steigender Kriegsgefahr seit der Besetzung Prags durch Hitler-Deutschland am 15. März 1939 (Frühjahr 1939)*

Die nachteiligen Folgen von Stojadinovićs Sturz trafen Jugoslawien in den folgenden beiden Jahren mit voller Wucht. Das machte sich schon in der internationalen Dauerkrise der Monate zwischen der Besetzung Prags im März und Kriegsbeginn Anfang September 1939 umso stärker bemerkbar, als der Druck der Großmächte auf die mittleren und kleineren Staaten wie Jugoslawien zu eindeutiger Parteinahme im Vorfeld des Krieges dramatisch anstieg. Stojadinović hatte in Rom und Berlin ein fast unbegrenztes Vertrauen genossen, er galt als berechenbar im Sinne des objektiv gegebenen jugoslawischen Interesses an Neutralität und als durchsetzungsfähig genug, dieses Interesse auch gegen eine starke und emotional aufgeheizte prowestliche Opposition im Lande selbst zur Geltung zu bringen. Stojadinović war ein Staatsmann, der die Kunst des Lavierens zwischen konfligierenden Großmächten perfekt beherrschte. Der Prinzregent wurde wegen seiner Anglophilie in Berlin und Rom sehr skeptisch beurteilt, er war allenfalls ein Staatsmann wider Willen – wenn überhaupt. An der Entwicklung der diplomatischen Beziehungen 1939–1941 lässt sich detailliert verfolgen, wie die von Jugoslawien für sein „Wohlverhalten“ geforderten Sicherheiten immer umfangreicher wurden – der Stojadinović in Rom und Berlin gewährte Vertrauensvorschuss war bald verbraucht. In Rom wurden die auf Zerstörung Jugoslawiens abzielenden Alternativplanungen wieder aufgenommen.

Am 15.3.1939 zerbrach Hitler mit Hilfe der slowakischen Separatisten die Tschechoslowakei und führte damit das Ende der westlichen Appeasement-Politik herbei. In Italien und Jugoslawien erhielt das Vertrauen in Hitlers Zusicherungen, die deutsche Südgrenze nicht weiter vorschieben zu wollen, einen schweren Schlag, da diesmal vor allem Nichtdeutsche dem Reiche eingegliedert worden waren. Die historischen und geopolitischen Gesichtspunkte setzten sich in Hitlers Politik gegenüber den nationalen durch. Das aber bedeutete unmittelbare Gefahr für alle Nutznießer des Zerfalls der Donaumonarchie. In Belgrad und Rom befürchtete man, dass die Kroaten dem slowakischen Beispiel folgen und sich deutschem Schutz unterstellen würden. Mussolini erklärte Ciano, in diesem Falle selbst unter dem Risiko eines Konflikts mit Deutschland in Kroatien einmarschieren zu wollen.

Am 19.3. ließ er sogar eine Botschaft an den Prinzregenten abgehen, in der er ihn zu einem schnellen Abschluss mit den Kroaten ermahnte; mehr denn je sei ein starkes Jugoslawien im Interesse Italiens; er sei entschlossen, den Deutschen Halt zu gebieten.[19]

Aber die Krise im deutsch-italienischen Verhältnis war schnell behoben. Auf die Warnungen Cianos hin gab Berlin die umfassendsten Versicherungen, dass Kroatien zur italienischen Interessensphäre gehöre. Am 25.3.1939 verbot Ribbentrop alle deutschen Kontakte zu kroatischen Organisationen. Und bereits am 20. und 21.3. empfing Ciano den Ingenieur Carnelutti aus Agram, um mit ihm Pläne für ein italienisches Eingreifen in Kroatien zu besprechen, falls die Einigung zwischen Agram und Belgrad scheiterte.[20]

In Belgrad war man zum Widerstand entschlossen, sollten die Deutschen nach der Tschechoslowakei nun auch Jugoslawien angreifen, um in der Tradition der Habsburger zur Adria vorzustoßen.[21] Aber man gedachte nichts zu unternehmen, wenn die Deutschen, wie vielerorts befürchtet wurde, nun zusammen mit den Ungarn gegen Rumänien vorgehen würden. Als England die südosteuropäischen Staaten für einen Beistandspakt zwischen den Westmächten, der Sowjetunion, Polen und der Balkanentente gewinnen wollte, erklärte der Prinzregent – wie Stojadinović zuvor –, England müsse in der Verteidigung Rumäniens vorangehen und dürfe seine Hilfe nicht von der Initiative der kleinen bedrohten Staaten abhängig machen, die sich vor jeder Provozierung Deutschlands hüten müssten. Jugoslawien war, zwischen Deutschland und Italien gelegen, der schwächste, zwischen Rumänien und Griechenland gelegen aber der wichtigste Punkt für die Verteidigung Rumäniens und des Balkans überhaupt. Man konnte mit ziemlicher Sicherheit voraussehen, dass es – nach dem Sturz Stojadinovićs – bei Ausbruch eines allgemeinen Konflikts widerwillig nur solange neutral bleiben werde, bis sich ein Sieg der Westmächte abzeichnete.[22] Aber die Balkanentente, die noch auf ihrer Tagung am 20.2.1939 beschlossen hatte, „dass der Balkanbund keinesfalls ein Instrument werden dürfe, das irgendwie gegen Deutschland gerichtet sei“, war keine brauchbare Hilfe mehr, um westliche Blockpläne zu unterstützen.[23]

Am 7.4.1939 besetzten die Italiener *Albanien*. Mussolini, der dabei nach Stojadinovićs Sturz Reaktionen Belgrads befürchtete, hatte noch am 26.3. in einer Rede erklärt, dass die italienischen Interessen in der Adria die jugoslawischen nicht ausschlössen.[24] Ciano hatte am 6.4. große Mühe, den besorgten jugoslawischen Gesandten Kristić durch Hinweis auf das zwielichtige Spiel König Zogus zwischen Belgrad und Rom über die bevorstehende Aktion zu beruhigen. Die Besetzung Albaniens schwächte die strategische Position Jugoslawiens nachhaltig und stellte außerdem eine Verletzung der Abmachungen vom 25.3.1937 dar. Belgrad reagierte dann aber am 7.4.1939 derartig freundschaftlich auf den italienischen Schlag, dass die Westmächte sich über eine scheinbar bestehende Komplizenschaft Jugoslawiens entrüsteten und Ciano, realistischer, sich dies nur durch eine „grenzenlose

Angst“ erklären konnte.[25] Ein solch gefährliches Zeichen der Schwäche hatte Stojadinović immer zu vermeiden gewusst.

Der Hass gegen Italien schnellte in Jugoslawien jäh empor, umso mehr, als Rom nunmehr auf dem Balkan eine Position innehatte, die eine Sekundierung auch der ungarischen und bulgarischen Revisionsansprüche an Jugoslawien beträchtlich erleichterte.[26] Dennoch blieb Belgrad nichts anderes übrig als stillzuhalten, zumal Berlin seine Solidarität mit dem Vorgehen Italiens erklärte und für den Ernstfall italienische und ungarische Divisionen schon bereitstanden.[27] Diese Demütigung schwächte das Prestige der Regierung Cvetković nachhaltig.

Die Westmächte waren nunmehr entschlossen, dem nächsten Überfall der Diktatoren Widerstand zu leisten. Am 31.3.1939 garantierten sie die Integrität Polens, am 13.4.1939 die Rumäniens und Griechenlands, die die nächsten Opfer zu sein schienen. Die kleinen Staaten gerieten angesichts der akut werdenden Kriegsgefahr zunehmend unter den Druck der Großmächte, sich für eine der beiden Parteien in Europa zu entscheiden. Jugoslawien lehnte ein Garantieangebot der Westmächte ab, um Rom und Berlin nach dem Sturz Stojadinovićs nicht zusätzlich zu reizen.

Der jugoslawische Außenminister Cincar-Marković weilte am 22. und 23.4. in Venedig und vom 25. bis zum 27.4.1939 in Berlin. Als Belohnung für die jugoslawische Haltung während der letzten Unternehmen der Achse (Prag und Albanien) wollte er bindende Zusicherungen Roms und Berlins zur Fortsetzung ihrer Freundschaftspolitik gegenüber Jugoslawien einholen und somit einen Rückhalt gegen die anschwellende Opposition in Jugoslawien bekommen.[28] Rom und Berlin waren zu solchen Zusicherungen auch bereit, aber angesichts ihres tiefen Misstrauens gegen die anglophile Orientierung des Prinzregenten und unter dem Eindruck von Stojadinovićs Sturz nur unter der Bedingung, dass Belgrad sich in dem möglicherweise bald ausbrechenden europäischen Konflikt eindeutig für die Achse entscheide. Das hieß: wohlwollende und entwaffnete Neutralität, Beitritt zum Antikominternpakt und Austritt aus dem Völkerbund. Sollte eine Zusammenarbeit auf dieser Basis mit Jugoslawien unmöglich sein, so war man in Rom entschlossen, die Kroaten und die Albaner in Südserbien als „einen in den Rücken Jugoslawiens gezückten Dolch“ zu mobilisieren und bei Ausbruch eines allgemeinen Konflikts Jugoslawien sofort zu besetzen.[29]

> „Die italienische Haltung zur kroatischen Frage schwankte ständig zwischen zwei Polen: Verselbständigung Kroatiens in engem Einvernehmen mit Italien oder Stärkung des jugoslawischen Staats zur Abwehr einer befürchteten Intervention Deutschlands. Eine Separation Kroatiens war für die italienische Führung nur dann von Reiz, wenn damit ein Ausbau der italienischen Position an der Adria verbunden war. Die Zerschlagung der Tschechoslowakei weckte jedoch das alte italienische Trauma von einem deutschen Vorstoß ans Mittelmeer. In einer Unterredung mit Mussolini und Ciano am 15. April 1939 versuchte Göring, die Ängste des Achsenpartners auszuräumen. …

> Wenn Jugoslawien sich zu sehr nach England und Paris hinwenden sollte, so brauchte man nur die Kroaten etwas zu ermutigen, und die Jugoslawen seien völlig aktionsunfähig. Diese Lage hatte Stojadinović begriffen und hatte sich daher auf eine enge Zusammenarbeit mit der Achse eingerichtet.“[30]

In Belgrad hatte sich der Prinzregent angesichts solcher düsteren Perspektiven Anfang April zu einer Intensivierung der Verhandlungen mit den Kroaten entschlossen. Bereits am 27.4.1939 kam es zu einer vorläufigen Einigung zwischen Ministerpräsident Cvetković und Kroatenführer Maček, die die kroatisch bewohnten Gebiete Jugoslawiens zu einer weitgehend autonomen Verwaltungseinheit (Banalkroatien) zusammenschloss und Neuwahlen zu einer verfassungsgebenden Nationalversammlung in Aussicht stellte, um Jugoslawien in eine Föderation umzuwandeln. Doch konnte sich der Prinzregent unter dem Druck der serbischen Opposition, die serbische Belange massiv verletzt sah, nicht dazu durchringen, den kroatischen Wünschen in solchem Umfang nachzugeben und das Abkommen zu billigen. Dadurch kam es fast zu einem erneuten Bruch.[31] Das schwächte Glaubwürdigkeit und Standfestigkeit des Prinzregenten in den Augen der Achsenmächte zusätzlich.

> „Maček wusste das durch den Sturz Stojadinovićs aufgebrochene Misstrauen bei den Achsenmächten geschickt zu nutzen. Seine Beziehungen zu Italien grenzten zweifellos an Landesverrat. Viele Anzeichen und die langwierigen Verhandlungen mit Belgrad sprechen andererseits dafür, dass Maček die staatliche Separation nur als ultima ratio ins Auge fasste und der Lösung der kroatischen Frage im Rahmen Jugoslawiens eindeutigen Vorrang gab.“[32]

In Berlin wurde Cincar-Marković die Stärke der Achsenmächte und die Unsicherheit einer auf England hin orientierten Politik in eindringlichen Worten dargelegt. Außerdem aber besaß man ein vorzügliches Druckmittel gegen Jugoslawien: Seit der Verschärfung der Lage in Europa 1938, vollends aber seit dem Übergang der tschechischen Waffenfabriken Skoda und Brno in deutsche Hand, von denen Jugoslawien einen Großteil seiner militärischen Ausrüstung bezogen hatte, war Jugoslawien für Waffenlieferungen fast ausschließlich auf Deutschland angewiesen, da die Westmächte infolge ihres Rüstungsrückstandes gegenüber Deutschland ihre ganze Produktion selbst benötigten. So liefen seit Ende 1938 Verhandlungen über einen deutschen Kredit von 200 Millionen RM für Bomber-, Jäger-, Flak- und Pak-Lieferungen an Jugoslawien. Gegenüber dem jugoslawischen Drängen auf einen baldigen Abschluss ließ man deutscherseits mehrmals und auch jetzt in Berlin Cincar-Marković gegenüber die „Klärung“ der politischen Haltung Jugoslawiens als Voraussetzung durchblicken.[33]

Deutschland hatte nach wie vor keine territorialen Ambitionen im Südostraum jenseits der österreichischen Grenzen, aber im Vorfeld des europäischen Konflikts wollte es sich hier einen bedeutenden Rohstoffraum (Erze, Erdöl, Agrarprodukte) sichern.[34]

Schließlich konnte man in Berlin bei Cincar-Markovićs Besuch Budapest und Belgrad gegeneinander ausspielen, nachdem man kurz zuvor den Ungarn noch von einer Verständigung mit Belgrad unter der von diesem geforderten Bedingung einer gleichartigen Verständigung mit Bukarest abgeraten hatte. Ciano hingegen bemühte sich in Venedig gerade um eine solche umfassende Verständigung zwischen Ungarn, Jugoslawien und Rumänien.[35] In Berlin aber ließ Hitler vor Cincar-Marković seinem Groll gegen die Ungarn freien Lauf, die ihn durch ihr Aufbegehren gegen den 1. Wiener Schiedsspruch schwer beleidigt hatten,[36] und trat für eine ungarisch-jugoslawische Verständigung unter völligem ungarischen Verzicht auf Revisionen gegenüber Jugoslawien ein, zumal die Volksdeutschen in der Wojwodina nicht an Ungarn zurückfallen wollten.[37] Überhaupt erklärte Hitler wie bisher, „ein starkes Jugoslawien sei für ihn mit dem Blick auf die fernste Zukunft sehr wichtig", Deutschland betrachte seine Grenzen im Süden als endgültig, auch Italien sehe lieber Jugoslawien als ein Großungarn an der Adria. Jugoslawien könne so beruhigt in seine Zukunft blicken wie nur wenige Staaten in Europa:

> „wir hätten gar kein Interesse an irgendeiner Veränderung im Südostraum, und wenn die Ungarn eine Änderung der Grenzen wünschten, so würde er das kategorisch ablehnen … Italien denkt genauso."

Aber alle diese Versicherungen knüpfte Hitler an immer wieder eingeschobene Voraussetzungen, dass „Jugoslawien nicht ganz große Fehler mache", dass es Italien gegenüber „loyale Politik" treibe und als „Garantie" dafür dem Antikominternpakt beitrete.[38] Stojadinović hätte wohl mehr Vertrauen genossen.

Cincar-Marković betonte gegenüber den deutschen und italienischen Forderungen die Bereitschaft Jugoslawiens zu immer engerer Zusammenarbeit mit den Achsenmächten, hielt aber vorerst einen Beitritt zum Antikominternpakt für unratsam, da die öffentliche Meinung Jugoslawiens mit ihrer Hinneigung zu Russland darauf noch nicht genügend vorbereitet sei. In Bezug auf den Völkerbund erklärte Cincar-Marković, dass Jugoslawien ihn als tot ansehe und seine Genfer Delegation auflöse, wich aber der Frage aus, ob er zum Verlassen des Völkerbunds bereit sei. Schließlich versprach er im Falle eines Krieges waffenlose Neutralität Jugoslawiens mit wirtschaftlicher Unterstützung der Achsenmächte sowie „Ablehnung einer britischen Bürgschaft irgendwelcher Art". England habe gar nicht erst ernstlich versucht, Jugoslawien in seine Garantiepolitik hineinzuziehen; „Jugoslawien werde unter allen Umständen neutral bleiben, und dieses stelle seine letzte Entscheidung dar".[39]

In Berlin war man zunächst mit den Ergebnissen des Besuchs zufrieden und setzte sich nachhaltig für eine ungarisch-jugoslawische Verständigung ein. Die beiden Achsenpartner glaubten, zu einer endgültigen Bindung Jugoslawiens an ihre Interessen das Notwendige mit Erfolg eingeleitet zu haben. Ribbentrop erklärte Ciano am 6./7.5.1939 in Mailand, dass beim gegenwärtigen Stand der Dinge die Erhaltung des status quo Jugoslawiens im beiderseitigen Interesse liege.[40]

Cincar-Marković kehrte voller Optimismus über die Zukunft Jugoslawiens nach Belgrad zurück.[41] Aber zum Optimismus bestand wenig Veranlassung. Mochten die Achsenmächte momentan beruhigt sein, so hatte sich Cincar-Marković bereits am 5.5.1939 in Belgrad mit dem rumänischen Außenminister Gafencu auseinanderzusetzen. Rumänien mit seinen Erdölquellen schien nach der soeben erfolgten Zerschlagung der Tschechoslowakei und der damit verbundenen Zerstörung der Kleinen Entente das nächste Expansionsziel der Achsenmächte zu sein, die in Verbindung mit dem revisionistischen Ungarn handelte, das sich schon an der Zerschlagung der Tschechoslowakei beteiligt hatte. Gafencu wollte nun die verbliebene Balkanentente, der Rumänien ebenfalls angehörte, mit Unterstützung der Westmächte und der Sowjetunion zu einem veritablen Sicherheitspakt für die Balkanstaaten ausbauen, obgleich sie ihrem ursprünglichen Zweck nach nur der Abweisung von Revisionsansprüchen Bulgariens an die Nachbarstaaten diente. In London riet er deshalb zu einem stärkeren Druck auf den ohnehin anglophilen Prinzregenten, um ein Abschwenken Jugoslawiens zur Achse zu verhindern.[42] In Belgrad blieb Gafencu aber erfolglos. Cincar-Marković zeigte keinerlei Neigung, die eben bestätigte Respektierung der jugoslawischen Neutralität durch die Achsenmächte zu gefährden. Er war bereit, in der Balkanentente zu verbleiben, aber nur, wenn diese sich weiterhin vertragsgemäß aus den Konflikten der Großmächte heraushalte. Günstiger fand Gafencu die Haltung des Prinzregenten, der Italien hasste, Ungarn und Bulgarien misstraute, nur Antipathien für Hitler-Deutschland hegte und versprach, kein Sonderabkommen mit Ungarn zu Ungunsten Rumäniens zu schließen, ohne sich jedoch Illusionen über den politischen Handlungsspielraum Jugoslawiens zu machen.[43] Solche Stellungnahmen relativierten den guten Eindruck, den Cincar-Marković in Rom und Berlin hinterlassen hatte.

Im Kontext der Bemühungen zur Umgestaltung der Balkanentente in ein achsenfeindliches Defensivbündnis steht die britisch-türkische Erklärung vom 12.5.1939. Darin verpflichteten sich beide Partner zu gegenseitigem Beistand für den Fall eines im Mittelmeerbereich ausbrechenden Krieges. In Artikel 6 war von der Notwendigkeit die Rede, „die Herstellung der Sicherheit auf dem Balkan zu garantieren".[44] Die Achsenmächte ließen in Belgrad, Bukarest und Athen erklären, dass sie die Hinnahme des Artikels 6, der einen Eingriff in die Kompetenz der Balkanstaaten darstelle, als Übertritt in das achsenfeindliche Lager ansehen würden.[45] Cincar-Marković lehnte deshalb die englisch-türkische Erklärung scharf ab und drohte, die Balkanentente zu verlassen, wenn diese ihre Neutralität aufgebe. Er fürchtete nämlich nicht zu Unrecht, die Türkei werde die Balkanentente durch ihre Haltung kompromittieren und damit den Achsenmächten während der bevorstehenden Besuche des Prinzregenten in Rom und Berlin eine gute Gelegenheit verschaffen, auf eine eindeutige Annäherung Jugoslawiens an Italien und Deutschland zu drängen.[46]

Tatsächlich fragte man auch in Rom und Berlin nach der jugoslawischen Haltung zur englisch-türkischen Erklärung und die Jugoslawen mussten ihrer Abneigung

gegen die türkische Politik Ausdruck geben.[47] Ciano notierte am 15.5.1939: „Man muss diesen Umstand psychologisch auswerten, um die Jugoslawen immer mehr in den Bannkreis der Achse zu ziehen“, was durch einen ungarisch-jugoslawisch-bulgarischen Pakt vielleicht unter Einschluss Rumäniens bewerkstelligt werden sollte.[48] Indessen wurde der Druck der Achse offenbar nicht so stark, wie Cincar-Marković befürchtet hatte. Daher ließ der jugoslawische Widerstand gegen den Artikel 6, den man in Belgrad – und dort vor allem Prinz Paul – positiver beurteilte, als man nach außen zugeben durfte, allmählich nach,[49] obgleich sich Cincar-Marković bei einem Zusammentreffen mit Gafencu am 21.5.1939 in Orsovo noch einmal scharf dagegen aussprach.[50] Die am 23.6.1939 erfolgende französisch-türkische Beistandserklärung übernahm wie alle übrigen so auch den Artikel 6 der englisch-türkischen Erklärung wörtlich.[51] Als der Prinzregent bei seinem Besuch in London Ende Juli die Frage des Artikels 6 nicht einmal mehr aufwarf, war man in England, wo die jugoslawische Haltung zunächst große Befürchtungen ausgelöst hatte, völlig überzeugt, dass der jugoslawische Protest nur eine Geste für die Achse darstellen sollte. So wurde der Artikel 6 mit nur geringfügigen Änderungen in den am 19.10.1939 abgeschlossenen englisch-französisch-türkischen Beistandspakt übernommen.[52]

Ein derartig diffuses Verhalten Jugoslawiens musste fast zwangsläufig das Misstrauen Berlins und Roms wachhalten.

3 *Jugoslawien verliert das Vertrauen der Achsenmächte in seine Neutralität (Sommer 1939)*

Vom 10. bis zum 13.5.1939 weilte der *Prinzregent zum Staatsbesuch in Rom*. Gleichzeitig mit der Beteuerung der Lauterkeit ihrer Absichten bestanden Mussolini und Ciano darauf, dass Belgrad seine Loyalität durch Austritt aus dem Völkerbund beweise. Angesichts der zögernden Haltung des Prinzregenten vollzog sich ein rascher Wechsel in der Einstellung Mussolinis zu Jugoslawien, während Ciano mehr Verständnis für die inneren Schwierigkeiten der jugoslawischen Regierung zeigte und sich nicht so leicht zum Verzicht auf die wohlüberlegte Freundschaftspolitik mit Jugoslawien entschließen konnte.[53]

Am 15.5.1939 notierte Ciano noch: „Der jugoslawische Besuch ist gutgegangen, auch wenn nichts Neues bestimmt oder vereinbart wurde.“ Gleichzeitig aktualisierte er aber erneut die antijugoslawische Option der italienischen Außenpolitik und empfing am 15.5.1939 den Ingenieur und Journalisten Amadeo Carnelutti aus Kroatien, einen Vertrauensmann Mačeks, der um italienische Unterstützung für den von Maček geplanten Aufstand bat.[54] Als Ciano am 21./22.5.1939 zur Unterzeichnung des „Stahlpaktes“ in Berlin weilte, erklärte er Ribbentrop,

> „die Unterredungen in Rom seien materiell nicht zufriedenstellend gewesen, auch wenn es nach außen hin den Anschein gehabt habe“; „Jugoslawiens Haltung sei nicht so einwandfrei, wie die jugoslawische Regierung nach

außen hin den Anschein zu erwecken suche“, weshalb es zweckmäßig sei, mit den Jugoslawen während des bevorstehenden Staatsbesuchs in Berlin „eine klare Sprache zu sprechen“ und von ihnen den Austritt aus dem Völkerbund oder sogar den Beitritt zum Antikominternpakt zu verlangen“.[55]

Solche Einschätzungen hätte Stojadinović wohl zu vermeiden gewusst.

Obgleich Ribbentrop die Erhaltung der Ruhe im Südosten vorgezogen hätte, stimmte er der Jugoslawienpolitik Roms zu, um das soeben geschlossene Bündnis mit Italien nicht zu gefährden.[56] Italien, durch die deutsche Wirtschaftsexpansion und das machtpolitische Übergewicht Deutschlands im Donau- und Balkanraum sehr beunruhigt,[57] musste konkrete Beweise erhalten, dass man deutscherseits Jugoslawien als zur politischen Interessensphäre Italiens gehörig betrachtete und ihm vor allem die Lösung einer eventuellen jugoslawischen Staatskrise überließ, wie es am 6./7.5.1939 in Mailand festgelegt worden war.[58]

Gestützt auf das neue Bündnis mit Deutschland nahm die Feindseligkeit Mussolinis gegen Jugoslawien und Griechenland Ende Mai weiter zu.[59] Am 26.5.1939 vereinbarten Ciano und Carnelutti ein Protokoll, wonach Maček 20 Millionen Dinar von Italien erhalten, innerhalb von vier bis sechs Monaten einen Aufstand beginnen und mit Hilfe italienischer Truppen ein unabhängiges Kroatien errichten sollte. Dieses sollte das Außen- und Kriegsministerium und später auch die Dynastie mit Italien gemeinsam haben. Ciano notierte sich dazu:

„Mussolini ist von dem Gedanken, Jugoslawien zu zerstückeln und das Königreich Kroatien zu annektieren, sehr eingenommen. Er hält das Unternehmen für ziemlich leicht, und wie die Sachen jetzt stehen, pflichte ich ihm bei.“[60]

Aber Maček lehnte das Protokoll ab, das Kroatien völlig den verhassten Italienern ausgeliefert hätte, und nahm die Verhandlungen mit Belgrad wieder auf. Mussolini entschloss sich nun, zunächst eine eventuelle Klärung der jugoslawischen Haltung in Berlin abzuwarten.[61] Gleichzeitig schickte er Hitler eine Denkschrift zum Stahlpakt, in der er erklärte, dass in der unvermeidlichen Auseinandersetzung zwischen den beiden Mächtegruppen in Europa England und Frankreich versuchen würden, durch einen Blockadekrieg über die Achse zu siegen. Daher müsse man in den ersten Stunden des Krieges den Donau- und Balkanraum besetzen; „non contentarsi di dichiarazioni di neutralità, ma occupare i territori e sfruttarli ai fini die rifornimenti bellici alimentari e industriali“.[62]

Am 1.6.1939 traf der *Prinzregent in Berlin* ein. Während die Jugoslawen noch am 25.5.1939 dort hatten wissen lassen, es handele sich lediglich um einen Höflichkeitsbesuch, drängten Ribbentrop und Ciano auf Anwendung starken Drucks, um eine unmissverständliche Klärung der jugoslawischen Außenpolitik zu erreichen – „gleichgültig, ob im positiven oder negativen Sinne“.[63] Der Prinzregent hatte aber dem französischen Gesandten in Belgrad, Raymond Brugère, zuvor versprochen,

kein wirkliches Zugeständnis in Berlin zu machen.[64] Das brachte ihn nun in eine schwer haltbare Defensivposition, was Stojadinović wohl zu vermeiden gewusst hätte.

Wie die zahlreichen anderen Gäste dieser Monate, so suchte Hitler auch den Prinzregenten, der einen überwältigenden Empfang erhielt, durch Zurschaustellung der militärischen Macht Deutschlands zu beeindrucken. Zweieinhalb Stunden dauerte die Parade der fast fünf Kilometer langen Kolonnen am Morgen des 2.6., während 250 Bomber und Jäger sich in der Luft befanden. Göring, der den Prinzregenten privat zu sich nach Karinhall einlud, führte den Gast durch Einrichtungen der Luftwaffe.[65]

In der Unterredung am 5.6.1939 drängte Hitler den Prinzregenten zu einer „freundschaftlichen Geste" an Italien, wie etwa den Austritt aus dem Völkerbund, um so „seine Politik der Achse gegenüber eindeutig zu bestimmen". Italien wolle ein starkes Jugoslawien,

> „allerdings müsse Italien die Garantie haben, dass ein solches starkes Jugoslawien stets eine Freundschaftspolitik gegenüber Italien befolge. Falls diese Sicherheit nicht bestände, könne man nicht vorherbestimmen, was der Duce impulsiv eines Tages tun werde".

Der Prinzregent antwortete wenig überzeugend, er sei zur Fortsetzung einer achsenfreundlichen Politik entschlossen, er habe aber in Rom nicht den Eindruck gehabt, als ob man dort dem jugoslawischen Austritt aus dem Völkerbund besonderen Wert zumesse;[66] Jugoslawien habe sich bereits sehr vom Völkerbund distanziert, „und er sei auch nicht abgeneigt, zu gegebener Zeit auszutreten". Mehr als eine erneute Prüfung der Frage des Völkerbundaustritts vermochte auch Ribbentrop von Cincar-Marković nicht zu erreichen.

Die Jugoslawen verpflichteten sich also zu nichts.[67] Dennoch war man in Berlin, wo die feindselige italienische Jugoslawienpolitik nur ungern gesehen wurde, zunächst mit dem Ergebnis der Besprechungen zufrieden und erklärte den Italienern, „che Jugoslavia è animata da onesta intenzione di secondare i nostri communi desideri, … che sia più che altro questione di tempo".[68] Als indessen trotz mehrerer drängender deutscher Schritte in Belgrad während der folgenden Wochen Jugoslawien unter Hinweis auf die innerpolitischen Schwierigkeiten sich nicht zum Austritt aus dem Völkerbund entschließen konnte, begann auch Hitler, durch Italien bestärkt, an die Unaufrichtigkeit Jugoslawiens zu glauben.[69]

Auch Ungarn und Bulgarien steuerten gleichzeitig einen antijugoslawischen Kurs: Belgrad stand fest zu Rumänien, seinem letzten wirklichen Bundesgenossen, der sich immer stärker mit den ungarischen und bulgarischen Revisionsforderungen in Siebenbürgen und der Dobrudscha konfrontiert sah.[70] Eine Verständigung über diese Forderungen durch jugoslawische Vermittlung hätte für alle Beteiligten die Stabilisierung der Neutralität des Südosttraums bewirkt.[71] Kontraproduktiv wirkte

aber in diesem Kontext der Besuch des Prinzregenten in England (17.7.–2.8.1939), wo er sich aus privaten Gründen aufhielt,[72] aber auch um Verständnis für die Neutralitätspolitik Jugoslawiens warb – vergeblich: Angesichts des sich abzeichnenden Krieges war keine der Großmächte mehr an konsequenter Neutralität des Donau- und Balkanraumes interessiert.[73]

Cincar-Marković bemühte sich vergeblich, Rom und Berlin zu überzeugen, dass Jugoslawien trotz der aktiven westlichen Propaganda und der starken prowestlichen Opposition im Falle eines Krieges die Politik wohlwollender Neutralität keineswegs zugunsten einer opportunistischen Zickzack-Politik aufgeben werde.[74] Man glaubte ihm nicht mehr.

Vom 11. bis zum 13.8.1939 weilte Ciano auf dem Obersalzberg. Hitler eröffnete ihm die Opportunität einer baldigen Niederwerfung Polens durch Deutschland und erklärte dann, es sei

> „überhaupt das Beste, wenn die falschen Neutralen einer nach dem anderen liquidiert würden. … Für Italien sei wohl Jugoslawien als ein derartig unsicherer Neutraler anzusehen“, nachdem die Bemühungen um eine Klärung der Haltung des Prinzregenten gescheitert seien, der nun sogar versucht habe, in London Rückversicherungen zu erhalten. „Jugoslawien würde nur solange neutral bleiben, als es gefährlich wäre, offen auf die Seite der Demokratien überzugehen. In dem Augenblick aber, in dem für Deutschland und Italien eine Wendung zum Schlechteren einträte, würde Jugoslawien auch offen auf die andere Seite treten in der Hoffnung, damit dem Lauf der Dinge eine endgültige Wendung zum Nachteil der Achse zu geben“.

Diese Analyse der jugoslawischen Haltung traf für die starke Belgrader Opposition durchaus zu.[75] Sie galt aber auch für den Prinzregenten.

Hitler und Ribbentrop rieten Ciano nun, den deutsch-polnischen Konflikt zur „Erledigung“ Jugoslawiens auszunutzen.[76] Das Hauptmotiv für diesen grundsätzlichen Wandel der deutschen Jugoslawienpolitik liegt auf der Hand: Durch Aussicht auf die jugoslawische Beute wollte Hitler die italienischen Bedenken gegen die Gefahr eines europäischen Krieges beseitigen, der nach Cianos zutreffender Überzeugung die Folge eines deutschen Angriffs auf Polen sein musste.[77] Dennoch betonte Ciano weiterhin, dass Italien noch zwei bis drei Jahre für die Aufrüstung benötige. Mussolini hingegen lockte die Aussicht auf Beute. Rom musste also einen Weg finden, sich von den Deutschen zu lösen, wenn die Westmächte eingriffen, und über Jugoslawien herzufallen, wenn die Westmächte nachgaben.[78]

Am 23.8.1939 gewann Hitler das seit dem Frühjahr währende Wettrennen mit den Westmächten um die Gunst der Sowjetunion und schloss mit dieser einen *Nichtangriffspakt*. Der Übergang der sowjetischen Politik von der kollektiven Sicherheit zur bilateralen Verständigung und Interessenabgrenzung war für die politische Handlungsfreiheit der südosteuropäischen Staaten, auf denen nunmehr der Druck

dreier benachbarter Großmächte lastete, ein schwerer Schlag. Das westliche Sicherheitssystem für Ost- und Südosteuropa hing nunmehr in der Luft.

Wie in fast allen europäischen Hauptstädten so schlug auch in Belgrad die Nachricht vom deutsch-russischen Pakt wie eine Bombe ein – angesichts der ideologischen Differenzen hatte das niemand für möglich gehalten.[79] Man konnte sich ausrechnen, dass in dem nun nahezu unvermeidlichen Krieg der Balkan das verstärkte Interesse aller Großmächte auf sich ziehen musste. Der Prinzregent befürchtete, dass Italien nur zum Scheine in einem europäischen Konflikt neutral bleiben werde, um nach der Eroberung Polens zusammen mit Deutschland blitzartig über den Balkan herzufallen.[80]

Es war deshalb höchste Zeit, mit den *Kroaten* zu einer definitiven Verständigung zu kommen, wozu auch die Westmächte angesichts der europäischen Lage rieten. Die Gespräche hatten sich noch über den ganzen Sommer hingezogen, wobei nicht nur über die Abgrenzung der kroatischen Banschaft, sondern auch über die Aufteilung der Kompetenzen zwischen Zentral- und Banschaftsregierung gestritten wurde.

Am 26.8.1939 wurde endlich das sog. „*Sporazum*“ unterzeichnet, das grundsätzlich bereits Ende April zwischen Cvetković und Maček ausgehandelt worden war. Maček machte noch einige Konzessionen, um den Abschluss nicht erneut zu gefährden. Cvetković bildete sein Kabinett unter Einbeziehung von fünf kroatischen Ministern um, Maček erhielt den neugeschaffenen Posten eines stellvertretenden Ministerpräsidenten. Neuwahlen für eine verfassungsändernde Skupština sollten ausgeschrieben werden, was dann aber mit Rücksicht auf die internationale Lage nicht geschah.[81]

Sogar Italien scheint Maček diesmal

> „zur Verständigung mit der serbischen Führung gedrängt zu haben. Dahinter stand die Befürchtung, dass ein Fortbestand der kroatischen Frage das Deutsche Reich – trotz aller gegenteiligen Versicherungen Hitlers – zu einem Eingreifen ähnlich dem Vorgehen in der Tschechoslowakei veranlassen könnte, was wiederum das Ende der Achse Berlin-Rom bedeutet hätte.“[82]

Die Reaktionen auf das Sporazum demonstrieren die desolate Verstrickung der Nationalitätenfrage in Jugoslawien, auch noch in der Stunde größter Kriegsgefahr in Europa. Die weitgehende Kapitulation vor den kroatischen Forderungen rief in Belgrad die erbitterte Opposition der alten serbischen Parteien hervor, die ein analoges serbisches Banat verlangten und eine künftige Vergrößerung Kroatiens um serbische Gebiete in Slawonien und Bosnien befürchteten. Auch die Verteilung der Kompetenzen und der Finanzen zwischen Zentral- und Banschaftsregierung sollte erst durch die künftige Neugestaltung des Gesamtstaates geregelt werden. Vorläufig waren die Rechte der Banschaftsregierung auf die innere Verwaltung, die Wirtschafts-, Sozial- und Bildungspolitik beschränkt. Das alles bewirkte gewaltige Be-

fürchtungen der Serben, einseitig die Kosten der dringend nötigen inneren Stabilität tragen zu müssen. Die provisorische Lösung der „kroatischen Frage“ bewirkte unübersehbar die Herausbildung einer „serbischen Frage“ von erheblicher Brisanz. Das schwächte die neue Regierung Cvetković/Maček von Anfang an – und schien Stojadinovićs rigidere Behandlung der Kroaten im Nachhinein zu rechtfertigen.

> „Auch bei den Kroaten selbst löste der Sporazum einen politischen Polarisierungsprozess aus und stärkte die extremen Kräfte am rechten und linken Rand des politischen Spektrums. Hatte die Kroatische Bauernpartei (HSS) bis dahin eine relativ breite Skala politischer Strömungen im Kampf um eine neue Verfassung und die Lösung der kroatischen Frage in ihren Reihen vereinigen können, so musste diese Interessengemeinschaft fast zwangsläufig nach der Übereinkunft der Parteiführung mit der Belgrader Regierung zerfallen. Die Masse der Bevölkerung erwartete, dass die HSS, einmal an die Macht gelangt, auf der Grundlage der kroatischen Autonomie die wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Bauern lösen würde. Dazu war aber weder Geld noch die erforderliche Zeit vorhanden. Die Angaben über die politische Entwicklung in der Banschaft stimmen darin überein, dass sich auf Kosten der politischen Bedeutung der HSS ein stärkerer Einfluss rechtsgerichteter Kräfte … auf der einen und der illegalen KP auf der anderen Seite bemerkbar machte.“[83]

Gerade in den spannungsreichen Monaten vor Kriegsausbruch zeigte sich, dass niemand in Jugoslawien fähig war, Stojadinivić auch nur halbwegs zu ersetzen. Der von ihm bei den Achsenmächten aufgebaute Kredit war innerhalb von nur vier Monaten verspielt, als es darum ging, das Vertrauen der Achsenmächte in die Neutralität Jugoslawiens in dem bevorstehenden Krieg zu erhalten. Die Beendigung der Freundschaftspolitik und die Wiederbelebung der Zerstörungspläne in Rom und Berlin – angeheizt durch die Erwartung der britischen Blockade und die Notwendigkeit der Rohstoffsicherung aus Südosteuropa – sind untrügliche Indikatoren dafür. Hitler konnte die Konflikte zwischen den kleineren Mächten im ostmitteleuropäischen Raum perfekt manipulieren, die Rolle der Slowaken, Ungarn und Polen bei der Zerschlagung der Tschechoslowakei spiegelt das überdeutlich. Nur Stojadinivić hätte – vielleicht – das staatsmännische Format besessen, Jugoslawien dieses Schicksal zu ersparen. Die von ihm initiierte glaubwürdige und nachhaltige Freundschaftspolitik mit den Achsenmächten bekam mit seinem Sturz einen entscheidenden Riss.

---

1 Vgl. zum Gesamtkapitel *Stojadinović* S. 195-282; *Hoptner* S. 136-39 *Breccia* S. 1-195; *Messerschmidt* S. 805-50; *Schreiber* S. 337-39; *Littlefield* S. 60-74; R. *Schmidt* S. 302-60; D. *Gillard*, Appeasement in Crisis. From Munich to Prague. October 1938-March 1939. New York 2007.

2 Vgl. *Stojadinović* S. 74-163f., 166.

3 *Stojadinović* S. 205-62; vgl. Cianos Einschätzungen *Ciano,* 21.1., 5.2.1939; *Ciano* S. 267f.; D 4, Nr. 440.

4 Vgl. *Sundhaussen*, Jugoslawien S. 97f.; *Balfour/Mackay* S. 140f., 162f.; *Djokić*, Compromise S. 188-91; *Djokić*, Stojadinović S. 164f.; *Hoptner* S. 121-29.

5 Vgl. *Stojadinović* S. 167-73; *Djokić*, Compromise S. 115-18, 149f.

6 *Gregorić* S. 48ff.; *Churchill*, Reden 1, S. 82; D 5, Nr. 229; *Ciano*, 24.11.38; *Markert* S. 94; *Meiß* S. 129ff.; *Survey* 38,3, S. 437.

7 "… for though he had breathed a sigh of relief immediately after dismissing Stojadinović, he had then had to face the task of working with a new and less experienced team. Stojadinović had been an extremely competent Foreign Minister, and in character had been a perfect match for Paul. His unbounded optimism had balanced Paul's innate pessimism and his common sense had been a comfort in times of stress. In the first few months after his departure, therefore, Paul felt very much alone at the helm." (*Balfour/Mackay* S. 165).

8 *Djokić*, Stojadinović S. 153-66. Vgl. *Stojadinović* S. 156 zur Verfolgung der Juden in Deutschland.

9 *Ciano* S. 203ff.; 214f., 270f.; *Ciano*, 26.3., 10.5., 18.-20.7., 26.9.1938; 15.1., 19.-22.1.1939; *Survey* 10, S. 234f.

10 Ebd.; *Stojadinović* S. 199-204.

Auch Ungarn war ein wichtiges Thema der Gespräche in Belje und Belgrad. Die Stärkung Deutschlands durch die Münchener Konferenz veranlasste Ciano, mit mehr Nachdruck als bisher eine ungarisch-jugoslawische Verständigung zu betreiben, um einen italienisch-ungarischen Block zur Ausbalancierung des deutschen Übergewichts herzustellen. Die Ungarn waren zu einer Anerkennung ihrer Grenze mit Jugoslawien bereit, wenn Belgrad auf eine entsprechende ungarisch-rumänische Verständigung verzichte. Indessen konnte Stojadinović sich angesichts der Stimmung in Jugoslawien nicht zu einer ernstlichen Distanzierung von Rumänien entschließen, das auch nach dem Ende der Kleinen Entente durch die gegen Ungarn und Bulgarien gerichtete Allianz aus dem Jahre 1921 eng mit Jugoslawien verbunden blieb (D 5, Nr. 245, 265f., 273; B III/3, Nr. 516; *Ciano*, 14.10., 19. und 20.12.1938; *Survey* 38,3, S. 423, 457, Anm. 2).

In Belje wiederholte Stojadinović, er könne Rumänien nicht im Stich lassen, sei aber zur Vermittlung zwischen Budapest und Bukarest bereit, wenn Ungarn auf territoriale Forderungen verzichte. Da die Ungarn dies ablehnten, kam auch der von Ciano gewünschte ungarisch-jugoslawische Freundschaftsvertrag nicht zustande (*Ciano* S. 269f.; D 5, Nr. 276-278, 286f.; vgl. *Stojadinovićs* Bericht S. 199-204; *Siebert* S. 73, 111).

Der wichtigste Punkt der Unterredungen war jedoch das Verhältnis zu Deutschland. Ciano hatte in Jugoslawien nach den letzten Aktionen Hitlers eine weitverbreitete antideutsche Stimmung vorgefunden, wodurch die Sympathien für Italien gestiegen waren. Stojadinović sprach von dem jugoslawischen Unbehagen in der Nähe eines so mächtigen Nachbarn, weshalb Jugoslawien nur durch engere Beziehungen zu Rom Sicherheit finden könne. Auf Anregung Berlins schnitt Ciano die Frage des jugoslawischen Beitritts zum Antikominternpakt an. Stojadinović und der Prinzregent reagierten grundsätzlich positiv, hielten aber mit Rücksicht auf die öffentliche Meinung in Jugoslawien eine Verschiebung für notwendig, was auch für einen Austritt Jugoslawiens aus dem Völkerbund galt (*Ciano* S. 267ff.; *Ciano*, 17., 22., 23., 25.1.1939; D 4, Nr. 434, 440; D 5, Nr. 276, S. 312f.).

11 *Hoptner* S. 17f., 57, 117, 183-186, 209, 213, 223. Vgl. *Cvetković* und *Knejević* passim.

12 *Breccia* S. 1-77, 699-705.

13 *Sundhaussen*, Jugoslawien S. 97; vgl. *ders*., Serbien S. 303f.; *Djokić*, Compromise S. 280; *Stojadinović* S. 185-98, 205-32; *Wuescht* S. 117-22, Quellen S. 312f.; Gustav *Schmidt*, Bernd-Jürgen *Wendt*, in: *Rohe* S. 29-82. *Schreiber* S. 337 äußert Zweifel, ob Stojadinović mit seinem Konzept die schwer kalkulierbare Wechselwirkung zwischen kroatischem Separatismus und italienischer Expansionspolitik im Adriaraum hätte kontrollieren können.

14 *Ciano*, 5., 6., 7., 20.2 und 11.5.1939; D 5, Nr. 285f, 291, 310 S. 341; D 10, Nr. 121; *Schulthess* 9, S. 598f.

15 Bombelles und später ein Ingenieur namens Carnelutti stellten sich Ciano als Agenten Mačeks vor, waren aber von Maček lediglich zu Sondierungen und nicht zu weitergehenden Abmachungen befugt. Maček war Demokrat und großjugoslawischer Föderalist, der Kroatien niemals der italienischen Oberherrschaft ausgeliefert hätte, vielmehr versuchte, durch eine Verständigung mit Berlin im Falle eines Konflikts zwischen Belgrad und Agram oder Belgrad und Rom sein Land vor Italien zu retten. Aber er erreichte in Berlin nichts, da man dort den italienischen Anspruch auf Kroatien berücksichtigen musste. Schließlich verständigte sich Maček im August 1939 mit Belgrad, während Ciano wieder auf Pavelić zurückgriff (*Wuescht* S. 117-22, 312f. [Quellen]; *Survey* 10, S. 298f.; *Survey* 11, S. 344f.; *Ciano*, 31.5.1939, 10.5.1940; *Meiß* S. 168*; Peter II*. S. 41; D 5, Nr. 300; D 6, Nr. 45, 55, 95, 144, 205).

16 D 4, Nr. 441, 443; D 5, Nr. 229, 285, 287, 292, 299; *Survey* 38,3, S. 458.

17 D 5, Nr. 285; *Ciano*, 6.2.1939; Nachfolger Cincar-Markovićs in Berlin wurde der bisherige Staatssekretär Ivo Andrić.

18 *Schulthess* 9, S. 40, 52, 599; W S. 71; N 39, S. 114; der deutsche Gesandte in Belgrad, Heeren, sprach sich in einem Bericht vom 7.3.1939 für eine stärkere Betonung der kroatischen Ansprüche in der deutschen Presse aus, da der Einfluss der Kroaten auf die jugoslawische Außenpolitik infolge der nunmehr zu erwartenden Verständigung zwischen Belgrad und Agram erheblich steigen würde und der Prinzregent ja nun selbst das allein ein starkes Jugoslawien garantierende autoritäre Regime Stojadinovićs fallengelassen habe (D 5, Nr. 300, 310).

19 *Ciano*, 17.-19.3.1939; D 6, Nr. 15, 86; BIII/4, Nr. 379, 615, S. 620.

20 *Ciano*, 17., 20., 21.3.1939; *Ciano* S. 276ff.; D 6; Nr. 15, 45, 55, 86, 94, 144; BIII/4, Nr. 379. Zu Carnelutti vgl. oben Anm. 15. Vgl. *Hoptner* S. 137f.; *Creveld* S. 3-8 und *Tasovac* S. 32f.

21 *Ciano*, 16.3.1939; BIII/4, Nr. 426, S. 620.

22 BIII/4, Nr. 100, S. 104; Nr. 390, 395, 403, 406f., 420, 425f., 446, 464, 511, 516, 542; D 6, Nr. 41, 58, 83; W, S. 79; *Survey* 10, S. 68-74, 130; *Ciano*, 22.3.1939; *Gafencu* 1, S. 134. In Belgrad kursierten sogar Gerüchte, dass der Prinzregent Stojadinović zurückberufen wolle, worauf Ciano und Mussolini bereits seit dem Abgang Stojadinovićs spekulierten (D 6, Nr. 41; D 5, Nr. 285; *Ciano*, 17., 20., 22.2., 3., 11., 16.3.1939; *Hoptner* S. 182).

23 D 5, Nr. 299, 304; *Survey* 38,3, S. 458.

24 *Ciano*, 24.3.1939; D 6, S. 105.

25 *Ciano* 29.3., 4., 6., 9.4.1939; *Ciano* S. 280f.; D 6, Nr. 150, 171; D 11, Nr. 469, S. 808f.; *Survey* 10, S. 102-243; *Stojadinović* S. 264f.; *Schreiber* S. 343-47.

26 BIII/5, Nr. 285, S 334; Nr. 495; S. 529; *Survey* 10, S. 102, 254; *Peter II*., S. 32f.

27 *Ciano*, 29.3., 5.41939; D 6, Nr. 170-72.

28 D 6, Nr. 191, S. 195; Nr. 198, 251, 262; *Ciano*, 14.4.1939; *Ciano*, Rede S. 92f.

29 D 6, Nr. 205, 248, 256, 341, S. 337; BIII/5, Nr. 279, 285, S. 329; 334; *Ciano*, 30.3., 2.4.1939.

30 *Sundhaussen*, Jugoslawien S. 99f.

31 *Stojadinović* S. 266-68; *Hoptner* S. 149-51. Nach dem Abkommen vom 27.4.1939 blieben nur Dynastie, Außenpolitik, Verkehr und Armee zwischen Belgrad und Agram gemeinsam (*Survey* 10, S. 102; *Meiß* S. 132f.; *Markert* S. 96).

32 *Sundhaussen*, Jugoslawien S. 100.

33 D 6, Nr. 262, 271; Nr. 271, S. 285. Die Kreditverhandlungen mit Jugoslawien entwickelten sich schon seit Mitte der dreißiger Jahre zu einem bezeichnenden Beispiel für die im Dritten Reich üblichen Kompetenzstreitigkeiten, diesmal vor allem zwischen Göring und Ribbentrop, vgl. D. 4, Nr. 449, 450; D 5, Nr. 288, 290, 296, 307(8; D 6, Nr. 21, 99, 105, 128, 147, 168, 176, 245, 262, S. 273f.; Nr. 279; D 8, Nr. 560; *Survey* 38,3, S. 51, 440; *Meiß* S. 194f.; *Fotić* S. 22ff.; über eine geplante Beteiligung Italiens an der jugoslawischen Aufrüstung vgl. *Ciano* S. 215, 258, 272; *Ciano*, 8.1.1939; I 1, Nr. 196; *Survey* 10, S. 300; *Hoptner* S. 157-60.

34 *Sundhaussen*, Serbien S. 305; D 6, Nr. 132, 135, 205.
35 D 6, Nr. 248, 256; B 5, Nr. 279, S. 314; Nr. 285, S. 334; *Ciano*, 23.4.1939; *Gafencu*, Tage S. 180ff.
36 Ribbentrop hatte in Wien die Interessen der Tschechoslowakei vertreten, weshalb es nach dem Schiedsspruch in Budapest zu heftigen antideutschen Demonstrationen gekommen war; Ciano, 19.12.1938; *Hassell*, 2.11.1938.
37 D 6, Nr. 262, S. 272; Nr. 271; vgl. *Gafencu*, Tage S. 78.
38 D 6, Nr. 271.
39 *Ciano*, 22., 29.4.1939; *Ciano* S. 283; D 6, Nr. 256, 262, 271, 295, S. 310; *Survey* 10, S. 130. In Belgrad hatte man englische Fühler dieser Art zurückgewiesen und gefragt, ob London die Garantiepolitik für klug halte, die die kleinen Staaten in Verlegenheit bringe und Hitler in seinem möglichen Präventivkriegsplänen zur Durchbrechung der „Einkreisung" nur bestärken werde (BIII/5, Nr. 39, 278, S. 314; BIII/6, Nr. 88, S. 103; D 6, Nr. 205, S. 207; Nr. 256; *Gafencu*, Tage S. 131); Berlin warnte die kleinen Staaten vor dem englischen „Bauernfang" (D 6, Nr. 186).
40 *Ciano* S. 283, 285; *Ciano*, 22.-23.4.1939, 2.5.1939; D 6, Nr. 256, 295, 341, S. 273; BIII/5, Nr. 495; *Schulthess* 9, S. 470; *Siebert* S. 142, 175; *Survey* 10, S. 297f., 355. Auch die jugoslawische Reaktion auf die Rooseveltbotschaft vom 15.4.1939 an Hitler und Mussolini machte in Berlin einen guten Eindruck (D 6, Nr. 200, S. 202ff.. Nr. 213, 250; BIII/5, Nr. 253; N 39, S. 41f.).
41 D 6, Nr. 315; *Survey* 10, S. 355.
42 BIII/5, Nr. 278f., 285, 299; *Survey* 10, S. 130. Vgl. *Hoptner* S. 161-65.
43 Außerdem ahnte der Prinzregent als einer von wenigen, dass die Ablösung des russischen Außenkommissars Litwinow durch Molotow am 3.5.1939 zu einer Umorientierung der russischen Deutschlandpolitik führen könne; *Gafencu*, Tage S. 196ff.; BIII/5, Nr. 285, S. 334; Nr. 435, 495, S. 529; Nr. 602, S. 359f.; D 6, Nr. 320
44 *Gafencu*, Tage S. 198f.; BIII/5, Nr. 423, 444.
45 BIII/5, Nr. 544; B 6, Nr. 10, 12, 87, 101, 110; *Survey* 10, S. 303.
46 BIII/5, Nr. 435, 440, 480, 526, 553, 555, S. 596; Nr. 602, 606, 633, 705; Survey 10, S. 131ff., 299, 555.
47 *Ciano*, 10.5.1939; BIII/5, Nr. 544; D 6, Nr. 474, S. 529; *Gafencu*, Tage S. 198; italienische Dokumente über die jugoslawische Haltung zur englisch-türkischen Erklärung: I 1, Nr. 9, 12, 17, 20, 50, 62, 108, 115, 119, 120, 140, 147, 177, 206, 209, 217, 270, 289, 299, 301, 362/3, 425, 430, 440, 517.
48 *Ciano*, 15., 18.5.1939; D 6, Nr. 503, 510, 519, 544, 598; I 1, Nr. 150, 207; BIII/5, Nr. 130, 602, S. 662; *Survey* 10, S. 416, 299.
49 BIII/5, Nr. 453, 555, 602, S. 662; Nr. 606, 618, 660, 705; BIII/6, Nr. 39, 52, 53, S. 68, 70; Nr. 88, 149, 152, 204; *Survey* 10, S. 131.
50 BIII/5, Nr. 440, 602, S. 662; Nr. 618/9, 626, 633, 647, 655, 663, 666, 672, 695, 704; BIII/6, Nr. 52, 86.
51 *Schulthess* 9, S. 436f.; BIII/5, Nr. 641, S. 696; Nr. 686, 704; BIII/6, Nr. 12, 39, 41, 52, S. 66; Nr. 53, S. 68f., 87, 115, 140, 148f., 152, 686, S. 740; D 6, Nr. 609; *Ciano* 4.7.1939.
52 BIII/6, Nr. 393, S. 439; Nr. 421f.; *Survey* 10, S. 135.
53 *Ciano*, 11.-13.5.1939; BIII/5, Nr. 544; *Siebert*, S. 148; *Survey* 10, S. 132, Anm. 4.
54 Anm. 12; *Ciano*, 15., 18.5.1939.
55 D 6, Nr. 431; *Ciano*, 21.-22.5.1939.
56 *Ciano*, 22.5.1939.
57 *Survey* 11, S. 319; Mussolini und Ciano hofften nach der Besetzung Albaniens auf eine Zusammenfassung der angeblich von Deutschland bedrohten Balkanstaaten unter italienischer Hegemonie (*Gafencu*, Tage, S. 183f.; BIII/5, Nr. 279, S. 314; *Siebert* S. 209). Aber die Balkanstaaten und vor allem Jugoslawien fürchteten das revisionistische Italien weit mehr als den deutschen

Handelspartner, der eher an einer Aufrechterhaltung des status quo im Südosten interessiert war. So kam es nicht einmal zu dem von Ciano seit 1937 geplanten Dreieck Rom-Belgrad-Budapest.

58 D 6, Nr. 205, S. 207, vgl. S. 209; *Ciano* S. 285.

59 *Ciano*, 24.-25.5.1939. Vgl. *Stojadinović* S. 268-72.

60 *Ciano*, 26.5.1939.

61 *Ciano*, 31.5.1939.

62 I 1, Nr. 59, S. 50; N 31, S. 155ff.; *Ciano*, 28.5.1939; *Survey* 10, S. 295.

63 Ribbentrop bemerkte dazu: „Man muss die Jugoslawen scharf anpacken" (D 6, Nr. 438, vgl. Nr. 455).

64 BIII/5, Nr. 700; *Stojadinović S.* 273f.*;* P. *Schmidt* S. 436; *Meiß* S 171; *Survey* 10, S. 416.

65 BIII/6, S. 8.

66 D 6, Nr. 474; I 1, Nr. 115, 150. Andererseits ließ Cincar-Marković in Belgrad später verlauten, Hitler habe in Berlin mehrmals erklärt, „che la Germania, per quanto la concerne, nulla ha da chiedere"; „dass Deutschland auf Jugoslawien keinerlei Druck ausüben werde und dass es Jugoslawien ganz überlassen bleiben solle, in dieser Frage nach eigenem Ermessen vorzugehen" (I 1, Nr. 207; D 7, Nr. 16, S. 13; vgl. D 6, Nr. 534). Durch solche absichtlichen Missverständnisse suchte man in Belgrad den Druck der Achsenmächte zu neutralisieren. Das war keine vertrauensbildende Methode. Vgl. *Hoptner* S. 147f.

67 D 6, Nr. 474; I 1, Nr. 68, 91, 115, 150, 207.

68 I 1, Nr. 115, S. 95.

69 D 6, Nr. 534, 675, S. 729; Nr. 720, 733; D 7, Nr. 16; *Ciano*, 10.6.1939; BIII/6, Nr. 145; W, S. 80.

70 D 6, Nr. 476, 500, 503, 508, 519, 534, 544, 598, 609, 618, S. 718; Nr. 673; BIII/6, Nr. 393, S. 437f.; Nr. 534, S. 583; I 1, Nr. 4, 21, 93, 360, 423, 583; I 2, 38, 39, 411, 455, 466, 567, 588, 601, 633; *Gafencu*, Tage S. 210.

71 BIII/6, Nr. 310, 393, S. 438; D 6, Nr. 544, 675, 689; D 7, Nr. 16, S. 13; I 1, Nr. 97, 100, 121, 214, 370, 473, 490, 533, 548, 551, 596, 632; I 2, Nr. 110. 190; *Survey* 10, S. 415, 417.

72 D 6, Nr. 680, 689; I 1, Nr. 268, 364, 613, 631, 818; *Ciano*, 24.7.1939.

73 BIII/6, Nr. 393, S. 438f.; D 6, Nr. 691; D 7, Nr. 17.

74 *Ciano*, 24.7., 4., 6.8.1939; D 6, Nr. 609, S. 702; Nr. 672, 819; D 7, Nr. 16; I 1, Nr. 364, 587.

75 D 7, Nr. 43, S. 34; I 2, Nr. 4, S. 5; BIII/4, Nr. 100; *Meiß* S. 178; *Hoptner* S. 165f.; W, S. 79f.

76 I 2, Nr. 1, S. 2; Nr. 4, S. 6; Nr. 21; D 7, Nr. 43, S. 39; Nr. 47, S. 44; *Ciano* S. 298, 301; *Ciano*, 12.8.1939.

77 N 10, S. 422; *Survey* 10, S. 300. Den Oberbefehlshabern der Wehrmacht erklärte Hitler am 22.8.1939, Jugoslawien brauche man nicht zu fürchten, da es „den Todeskeim des Verfalls" in sich trage (N 26, S. 340).

78 D 7, Nr. 43, S. 36f.; I 2, Nr. 1; N 3, S. 349; *Ciano*, 13., 15.8.1939.

79 D 7, Nr. 178; I 2, Nr. 321; *Survey* 11, S. 345; *Seton-Watson* S. 277; *Churchill* S. 192; *Gafencu* S. 171.

80 BIII/6, Nr. 554, 556, 581; *Ciano*, 17.8.1939; D 7, Nr. 112.

81 *Schulthess* 9, S. 602; I 1, Nr. 313, 429, 476; I 2, Nr. 141, 198, 212f., 391; *Stojadinović* S. 266-73; *Markert* S. 96; *Hoptner* S. 153-55; *Breccia* S 173-95; *Djokić*, Compromise S. 171-222.

82 *Sundhaussen*, Jugoslawien S. 99, *Djokić*, Compromise S. 223-68; *Stojadinović* S. 273f.

83 *Sundhaussen*, Jugoslawien S. 99; *Stojadinović* S. 101; vgl. *Hoptner* S. 198-200; *Littlefield* S. 67f.; *Ramet* S. 153-58; I 3, Nr. 192, 265, 472, 862; I 4, Nr. 496, 702, 738; I 5, Nr. 166, 182, 193, 231.

VII. Jugoslawiens unentschiedene Neutralitätspolitik im ersten Kriegsjahr 1939/40 – Zwischen Scylla und Charybdis[1]

Der deutsche Angriff auf Polen löste in Europa einen neuen großen Krieg aus. Jugoslawiens Regierung bemühte sich im Hinblick auf die internen Schwierigkeiten um konsequente Neutralität zwischen den Konfliktparteien, war dabei aber wenig glaubwürdig und blieb massivem Druck von beiden Seiten ausgesetzt. Am gefährlichsten waren die Pressionen Italiens und die der Westmächte, denen eine Wiederauflage der im Ersten Weltkrieg entscheidenden „Salonikifront" vorschwebte. Deutschland hatte in dieser ersten Kriegsphase zwei bescheidenere Ziele im gesamten Südostraum einschließlich Jugoslawien, die Verhinderung einer Parteinahme für die Westmächte und die Unterlaufung der englischen Wirtschaftsblockade durch ungehinderte Ausnutzung der Rohstoffvorkommen für die deutsche Kriegswirtschaft. Im ersten Kriegsjahr sah es so aus, als ob sich diese beiden Ziele erreichen ließen, gerade auch im Hinblick auf Jugoslawien.[2]

1 Der politische Kampf der Großmächte um Südosteuropa im Herbst und Winter 1939/40

Jugoslawien hatte bereits vor Kriegsausbruch seine Neutralität erklärt.[3] Aber nach der polnischen Kapitulation führten hier slawisches Solidaritätsgefühl und die gesteigerte Furcht vor der deutschen Macht zu einem neuen Anwachsen des Hasses gegen das Reich und verstärkter Opposition gegen die Neutralitätspolitik der Regierung, die indessen seit dem Hitler-Stalin-Pakt (23.8.1939) von den Kommunisten unterstützt wurde.[4] Teilmobilmachungsmaßnahmen wurden durch kroatische Meutereien erheblich gestört.[5] Der Einmarsch sowjetischer Truppen in Ostpolen am 17.9.1939 verstärkte das Misstrauen der Regierung und besonders des Prinzregenten gegenüber der sowjetischen Politik,[6] erfüllte aber die russophile Mehrheit des Volkes angesichts des enormen deutschen Machtzuwachses mit einem Gefühl der Erleichterung. Der Prinzregent konnte sich jedoch nicht zur Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Belgrad und Moskau entschließen – noch nicht.[7]

Italien blieb trotz des Stahlpakts zunächst neutral. Ciano bemühte sich sogar, die Balkanneutralen unter Führung Roms zusammenzufassen, um die politische Manövrierfähigkeit Italiens zwischen den Fronten zu erhöhen.[8] Er gewann die Zustimmung Berlins zu seinem Plan, wo man darin eine wirksame Abwehr von Aktionen der Westmächte auf dem Balkan erblickte, vor allem aber auch eine Garantie gegen italienische Versuche zur Änderung des status quo in Südosteuropa.[9] Inzwischen hatte Hitler die Mitte August an Italien gegebene Blankovollmacht für einen Angriff auf Jugoslawien wieder zurückgezogen, nachdem Artikel 3 des geheimen Zusatzprotokolls zum deutsch-sowjetischen Pakt vom 23.8.1939 Bessarabien zur sowjetischen Interessensphäre geschlagen hatte. Hitler befürchtete nun, dass ein italienischer Angriff auf Jugoslawien einen russischen auf Rumänien auslösen, so

den gesamten Südostraum in ein unübersehbares Chaos stürzen und damit schließlich Deutschland der wehrwirtschaftlich unentbehrlichen Rohstoffimporte aus Donau- und Balkaneuropa berauben würde. Das deutsche Interesse erforderte nunmehr unbedingt eine Erhaltung des Friedens in Südosteuropa.[10]

Doch zog man deutscherseits auch die Zustimmung zur Organisierung eines Blocks der Neutralen unter italienischer Führung zurück, als sich herausstellte, dass dieser Plan auch von den Westmächten, der Türkei und Rumänien unterstützt wurde in der nicht unberechtigten Hoffnung, auf diese Weise Italien in Südosteuropa gegen Deutschland und vor allem Russland ausspielen zu können.[11] Berlin musste einen italienisch-sowjetischen Konflikt unter allen Umständen vermeiden. Mitte Oktober ließ Mussolini Cianos Plan von sich aus fallen, um sich nicht die Hände für einen italienischen Kriegseintritt zu binden.[12] Der Beistandspakt zwischen den Westmächten und der Türkei vom 19.10.1939 verschärfte das deutsche Misstrauen gegen eine Blockbildung der Balkanneutralen und führte zu einem entsprechenden deutschen Schritt in Rom. Ciano nahm in seiner Rede vom 16.12.1939 endgültig Abstand von der „Konstitution irgendeines Blockes“ in Südosteuropa.[13]

Für Jugoslawien, wo man die Nichtkriegführung Italiens mit großer Erleichterung aufgenommen hatte,[14] wäre ein Zusammenschluss der neutralen Balkanstaaten eine bedeutende Absicherung gewesen. Doch misstraute der Prinzregent auch weiterhin Italien, Ungarn und Bulgarien so sehr, dass er zu keiner klaren Entscheidung über die nun von Belgrad einzuschlagende Politik mehr kam.[15] Und tatsächlich hatte Mussolini die Pläne gegen Jugoslawien auch keinen Augenblick aufgegeben. Ciano hoffte für ein italienisches Vorgehen gegen Jugoslawien sogar auf die Duldung der Westmächte, denen man klar machen müsse, dass eine solche Sperre gegen den deutschen Vormarsch auch in ihrem Interesse liege.

Am 23.1.1940 empfing Ciano den Uštaša-Chef Pavelić und schloss mit ihm ein Abkommen über die Schaffung eines „unabhängigen“ Kroatien unter italienischem Protektorat durch einen von Pavelić mit italienischer Hilfe durchzuführenden Aufstand. Nach außen hin aber setzte Rom die Freundschaftspolitik Jugoslawien gegenüber demonstrativ fort. Ciano erklärte in seiner Rede vom 16.12.1939: „Mit Jugoslawien verbindet uns ein Nichtangriffs-und Freundschaftspakt, der die Eventualität eines Krieges zwischen den beiden Ländern ausschließt“; dann sprach er von dem italienischen Wunsch, „den Frieden im Gebiet der Donau und des Balkans zu erhalten“. Diese und mehrere ähnliche Äußerungen von derselben Unaufrichtigkeit sollten u. a. auch Berlin versichern, dass Rom den Balkan nicht in Brand setzen werde.[16]

Außer Italien drohten aber auch die *Westmächte* den Frieden in Südosteuropa zu gefährden. In Paris und London war man der Überzeugung, dass die Kriegsentscheidung nicht an der beiderseits schwer befestigten deutsch-französischen Grenze, sondern nur an einer in Nord- oder Südosteuropa aufzubauenden zweiten Front

errungen werden könne, die Deutschland außerdem von dem kriegswichtigen schwedischen Erz bzw. rumänischen Öl abgeschnitten hätte. Als Grund für eine Intervention in diesen Gebieten konnten die Alliierten ein seit dem deutsch-russischen Nichtangriffspakt zu erwartendes sowjetisches Vorgehen gegen Finnland bzw. Rumänien angeben. Für den Aufbau einer neuen „Salonikifront" sprach sich – aufgrund der im Ersten Weltkrieg gemachten Erfahrungen – vor allem General Weygand aus, der Oberbefehlshaber der französischen Streitkräfte in Syrien.[17] Indessen gelang es den Alliierten nicht, die für eine solche Aktion unumgänglich notwendige Zustimmung oder Duldung Italiens zu gewinnen. Schließlich gaben sie einer Aktion in Skandinavien den Vorzug.[18]

Für eine alliierte Balkanfront war die Teilnahme Jugoslawiens von geradezu ausschlaggebender Bedeutung. Schon im Sommer 1939 kam es zu vorbereitenden französisch-jugoslawischen Generalstabskontakten, die seit Kriegsbeginn durch einen regen militärischen Nachrichtenaustausch ergänzt wurden. Aber der Prinzregent hielt den Aufbau einer Balkanfront für zu riskant, da dies nur eine deutsche Invasion provozieren würde.[19] Auch baten die jugoslawischen Militärs Frankreich vergeblich um großzügige Waffenlieferungen, die Westmächte benötigten ihr Kriegsmaterial dringend selbst.[20] Hitlers seit 1933 genau kalkulierter Rüstungsvorsprung entfaltete gleich seit Kriegsbeginn sein gewaltiges Drohpotential.

Damit aber war auch über die jugoslawische Nichtteilnahme an der alliierten Blockade gegen Deutschland entschieden. Deutschland hatte vor Kriegsausbruch zwar vergeblich versucht, das Monopol für den wehrwirtschaftlich wichtigen jugoslawischen Erzexport zu erlangen, aber deutsche Konzessionen in der Frage der Waffenlieferungen führten dazu, dass jugoslawische Erze in verstärktem Maße nach Deutschland gingen.[21] Nach Ausbruch des Krieges bemühte sich Deutschland, das durch die Blockade etwa die Hälfte seiner Importquellen verlor, um eine Steigerung des deutsch-jugoslawischen Warenaustausches, während man jugoslawischerseits nunmehr Devisen für Mineralien verlangte. Als daraufhin die deutsche Haltung in der Kriegsmaterialfrage unnachgiebiger wurde, musste sich Belgrad in einem Protokoll der beiderseitigen Regierungsausschüsse vom 5.10.1939 bereiterklären, Erze wie Kupfer, Chrom, Bauxit, Antimon in erhöhtem Umfang gegen deutsche Waffen zu liefern. Die jugoslawische Regierung war nunmehr gezwungen, ihre Hand auf die englischen und französischen Bergwerke in Jugoslawien (besonders die Trepča-Mines und die Mines de Bor) zu legen, um die Deutschland gegenüber eingegangenen Verpflichtungen erfüllen zu können.[22]

Das Reich hatte während der Vorkriegsjahre eine derartig starke Position im Export der Balkanländer gewonnen, dass sich die englische Wirtschaftskriegsführung hier auf das Ziel beschränken musste, ein weiteres Anwachsen der Ausfuhr nach Deutschland zu verhindern. Zu diesem Zweck schloss England am 20.12.1939 ein Protokoll mit Jugoslawien ab, in dem Belgrad für Blockadeerleichterungen beträchtliche Mineralmengen zu Gunsten englischer Käufer reservierte, von denen

dann aber großenteils kein Gebrauch gemacht wurde. Da auch der südosteuropäische Agrarexport großenteils weiter nach Deutschland ging, blieb der Balkan trotz aller englischen Bemühungen ein großes Loch in der Blockade. Man konnte es sich in Belgrad nicht erlauben, den lebenswichtigen deutschen Markt preiszugeben.[23]

Eine weitere Belastung der Lage Belgrads blieb das fortdauernde Misstrauen zwischen Jugoslawien und Bulgarien. Die Verständigungsbereitschaft Bulgariens der Balkanentente gegenüber wurde dadurch verringert, dass diese nunmehr von drei Großmächten bedroht war.[24] Auf der letzten Balkanpaktkonferenz Anfang Februar 1940 in Belgrad scheiterten vor allem am jugoslawischen Widerstand letzte Bemühungen der Westmächte sowie der Türkei und Griechenlands, die Balkanentente in einen Beistandspakt umzuwandeln. Jeder der vier Partner stand nun während des europäischen Konflikts den Großmächten allein gegenüber. Das war die schlechteste Option in der gegebenen Situation.

2 *Die Rückwirkung der deutschen Frühjahresoffensiven 1940 auf Jugoslawien*

Am 18.3.1940 trafen sich Hitler und Mussolini auf dem Brenner, um ihre weitere Politik zu besprechen. In Belgrad befürchtete man, die beiden Diktatoren hätten Südosteuropa in eine deutsche, italienische und sowjetische Interessensphäre aufgeteilt.[25] Als Deutschland am 9.4.1940 Dänemark und Norwegen überfiel, sah Mussolini eine neue günstige Gelegenheit zum Angriff auf Jugoslawien gekommen. Da aber die italienische Armee weiterhin noch nicht kampfbereit war, bestätigte Mussolini schon am 11.4.1940 Hitler wieder sein Interesse an der Erhaltung des Friedens in Südosteuropa.[26]

In der Belgrader Öffentlichkeit löste der deutsche Überfall auf zwei neutrale Staaten eine durch die westliche Propaganda noch gesteigerte panische Furcht vor einer ähnlichen italienisch-deutschen Aktion gegen Jugoslawien aus. Es kam zu einer Teilmobilmachung und drakonischen Maßnahmen gegen die als Mitglieder einer „Fünften Kolonne“ verdächtigten Volks- und Reichsdeutschen.[27] Während die jugoslawische Regierung Rom gegenüber ihre Entschlossenheit zur Aufrechterhaltung der Neutralität bekundete, suchte der Prinzregent, sich über Berlin der italienischen Haltung zu versichern, ließ dort die Übereinstimmung der politischen Ansichten Deutschlands und Jugoslawiens betonen und gab sich alle Mühe, das auch deutscherseits gegen ihn gehegte Misstrauen zu zerstreuen – aber bezeichnenderweise ohne wirklichen Erfolg.[28]

Die Alliierten warnten Italien vor Aktionen auf dem Balkan, beschlossen aber andererseits, die südosteuropäischen Staaten nicht zu einer Provozierung Deutschlands zwingen zu wollen. Die militärischen Kontakte zwischen Frankreich und Jugoslawien wurden jedoch fortgesetzt.[29]

Die wachsende Gefährdung Jugoslawiens veranlasste den Prinzregenten, seine Bedenken gegen eine Annäherung an die *Sowjetunion* aufzugeben. Mitte April began-

nen jugoslawisch-sowjetische Wirtschaftsverhandlungen, die Belgrad Rom und Berlin gegenüber damit begründete, dass Jugoslawien infolge der Blockade zahlreiche Wirtschaftsgüter nur aus der Sowjetunion beziehen könne. Am 11.5.1940 wurde ein jugoslawisch-russischer Handelsvertrag abgeschlossen. Indessen waren die Sowjets nicht gewillt, sich für Jugoslawien gegen Italien festlegen zu lassen. Sie gaben erst am 10.6.1940, als Italien die Westmächte und nicht Jugoslawien angriff, ihre Zustimmung zur Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Moskau und Belgrad, die am 25.6.1940 in Kraft trat.[30]

Wie notwendig für Jugoslawien der neue Rückhalt an der Sowjetunion war, zeigte sich, als der deutsche *Angriff im Westen* am 10.5.1940 eine Umwälzung der politischen und militärischen Lage Europas einleitete. Mussolini entschloss sich noch am 10.5. für Anfang Juni zum Angriff auf Jugoslawien. Aber schon am 13.5.1940 zog er den Kampf gegen die Westmächte vor. „Ich denke nicht mehr an ein Vorgehen gegen Jugoslawien, das wäre ein demütigendes Ausweichen", erklärte er Ciano. Jedoch schwankte er noch bis Ende Mai, während Ciano den albanischen Nationalismus gegen Jugoslawien und Griechenland mobilisierte und in Berlin erfolgreich Misstrauen gegen Jugoslawien säte.[31] Deutscherseits hielt man in den Tagen vor und nach dem Angriff im Westen ein italienisches Vorgehen gegen Jugoslawien für ziemlich sicher, zumal die Italiener mit einem jugoslawischen Verzicht auf Widerstand rechneten. Einer italienischen Blitzaktion gegenüber zeigte sich auch Hitler nicht abgeneigt.[32]

Der deutsche Überfall auf die drei neutralen Staaten Holland, Belgien und Luxemburg am 10.5.1940 löste in Jugoslawien eine neue Angst- und Hasswelle gegen die Achsenmächte aus. Die jugoslawische Öffentlichkeit rechnete unter dem Einfluss der westlichen Propaganda täglich mit einer von Deutschland unterstützten italienischen Aktion gegen Jugoslawien. Verwaltung und Armee führten zahlreiche Vorsichtsmaßnahmen oft antideutschen Charakters gegen eine angeblich sich bildende „Fünfte Kolonne" durch. Die Regierung war für den Fall einer deutschen Durchmarschforderung zum Widerstand entschlossen, sah sich andererseits aber auch zu intensiverem Vorgehen gegen die achsenfeindliche Propaganda in Jugoslawien veranlasst.[33]

Ende Mai standen in Jugoslawien auf Veranlassung des Generalstabchefs Dušan Simović 800.000 Mann unter Waffen. Simović, ein typischer Vertreter des frankophilen serbischen Offizierskorps, schlug dem Prinzregenten in den Tagen des deutschen Angriffs im Westen einen jugoslawischen Überfall auf Bulgarien und Albanien mit Hilfe der französischen Syrienarmee vor, um so die entscheidende zweite Front gegen Deutschland zu schaffen. Der Prinzregent lehnte angesichts der unsicheren Haltung der Sowjetunion ab, und die infolge technischer Mängel und kroatischer Meutereien in einem völligen Chaos endende Mobilisierung gab ihm einen geeigneten Anlass zur Absetzung Simovićs, des ungebetenen Ratgebers. Nachfolger wurde General Košić.[34]

Während des schnellen französischen Zusammenbruchs wurde der militärische Nachrichtenaustausch zwischen Paris und Belgrad fortgesetzt. Jugoslawien bestärkte den verzweifelt kämpfenden französischen Freund in der Hoffnung auf eine baldige und umwälzende Wendung der Dinge. Für diesen Fall versprach Cincar-Marković dem französischen Gesandten noch am 11.6.1940 einen jugoslawischen Kriegseintritt auf französischer Seite. Derartige Erklärungen waren aber angesichts der militärischen Lage rein theoretischer Natur und sollten vor allem dazu dienen, der jugoslawischen Verbundenheit mit dem Schicksal Frankreichs Ausdruck zu verleihen und es sich auf keinen Fall vor der endgültigen Entscheidung des Krieges mit den Alliierten zu verderben.[35] Das Misstrauen der Achsenmächte, die davon durch in Frankreich erbeutete Generalstabsakten erfuhren, gegen die jugoslawische Neutralitätspolitik nach Stojadinović wurde dadurch aber verhängnisvoll verstärkt.

Nach der Kapitulation der belgischen Armee am 28.5.1940 entschied sich König Carol II. von Rumänien unter dem wachsenden sowjetischen Druck zu einer völligen Umorientierung seiner Politik und schloss mit Deutschland einen umfassenden „Ölpakt“ ab. Das war ein weiterer Schlag für Belgrad: Rumänien galt als der engste Verbündete Jugoslawiens. Es kam zu Gerüchten eines ähnlichen Kurswechsels in Jugoslawien, politisch sachkundige Kreise in Belgrad hielten ihn für unumgänglich. Doch gelang es Cvetković, den Prinzregenten zu überzeugen, dass seine bisherige Politik außenpolitisch tragbar und innenpolitisch notwendig sei[36] – im Rückblick von heute her eine verhängnisvolle Fehlentscheidung.

Frankreich kapitulierte am 22.6.1940. Die Niederlage des für unbesiegbar gehaltenen und als Befreier der jugoslawischen Völker gefeierten großen Freundes im Westen löste in Jugoslawien geradezu eine seelische Katastrophe aus. Die französische Syrienarmee, auf die man sich für den Notfall verlassen hatte, war ausgeschaltet. England benötigte alle Kräfte selbst zur Abwehr der drohenden Invasion. Dennoch konnte sich die jugoslawische Regierung nicht zu einer Umorientierung ihrer Politik entschließen, da die serbische Öffentlichkeit die Achsenmächte hasste und ihnen abgrundtief misstraute. Schließlich war der Krieg angesichts des englischen Entschlusses zum Weiterkämpfen und der Haltung des amerikanischen Präsidenten Roosevelt auch noch keineswegs endgültig entschieden.[37]

So beauftragte Cvetković im Juni lediglich den deutschfreundlichen Journalisten Danilo Gregorić zu inoffizieller Kontaktaufnahme mit dem deutschen Gesandten, um ein zutreffendes Bild von den deutschen Absichten im Südosten zu bekommen. Heeren gab sich alle Mühe, der jugoslawischen Regierung klarzumachen, dass die offizielle jugoslawische Neutralitätspolitik durch die Duldung der achsenfeindlichen Propaganda und der prowestlichen Haltung großer Teile der Öffentlichkeit weitgehend unterhöhlt sei und die Regierung nunmehr energisch dagegen vorgehen müsse. Heeren hatte bereits vorher in Berlin kühle Reserve gegenüber Jugoslawien empfohlen, um dadurch eine Klärung der Haltung Belgrads zu bewirken. Aber der Prinzregent und die Regierung Cvetković, in der selbst eine Anzahl prowestlicher

Minister saßen (vor allem Justizminister Konstantinović), waren zu einer Unterdrückung der achsenfeindlichen Aktivität und einer entschiedenen Fortführung der jugoslawischen Außenpolitik im Sinne Stojadinovićs viel zu schwach. Am 5.7.1940 berichtete Heeren, dass die durch die innenpolitischen Verhältnisse bedingte Schwäche der Cvetković-Regierung trotz der deutschen Siege auch weiterhin kein Abgehen von der bisherigen unklaren konzeptionslosen, die Achsenmächte mit wachsendem Misstrauen erfüllenden Außenpolitik erlauben werde.[38] Jugoslawien blieb nicht die Zeit, den Endsieg der angelsächsischen Mächte abzuwarten.

3 *Die rumänische Staatskrise im Sommer 1940 und ihre Folgen für Jugoslawien*

Die Sowjetunion war entschlossen, noch vor dem deutschen Sieg in Frankreich die Ernte aus dem Pakt vom 23.8.1939 einzubringen. Hitler befürchtete mehr denn je, dass ein italienisches Vorgehen gegen Jugoslawien ein russisches gegen Rumänien zur Folge haben und den ganzen Südosten in ein Schlachtfeld verwandeln werde, während Deutschland noch im Westen gebunden war. So entschloss sich Mussolini auf deutsches Drängen hin am 30.5.1940, Jugoslawien zunächst in Ruhe zu lassen und die Westmächte anzugreifen. In der Rede vom 10.6.1940 verkündete er gleichzeitig mit der Kriegserklärung an England und Frankreich seine Absicht, die übrigen Nachbarn Italiens nicht in den Krieg zu ziehen.[39]

Am 26.6.1940 verlangte die Sowjetunion von Rumänien ultimativ die *Abtretung Bessarabiens* und der Nord-Bukowina. Obgleich Hitler mit dem russischen Anspruch auf die Bukowina nicht einverstanden war, blieb ihm angesichts der deutschen Bindung im Westen nichts anderes übrig, als Rumänien zum Nachgeben zu raten. Am 27.6. nahm Rumänien das Ultimatum an und warf sich nunmehr, um seine allseits bedrohten Grenzen zu sichern, Deutschland völlig in die Arme, kündigte die englische Garantie vom 13.4.1939 und bat um eine deutsche.[40]

Jugoslawien rückte nach Beendigung des Kampfes gegen Frankreich erneut in das Blickfeld Mussolinis. Am 7.7.1940 erklärte Ciano in einer Unterredung mit Hitler, dass Italien Griechenland wegen seines neutralitätswidrigen Verhaltens, Jugoslawien als „a typical Versailles creation with anti-Italian orientation“ wegen der englandhörigen Haltung des Prinzregenten und der achsenfeindlichen des Volkes binnen kurzem angreifen müsse.[41] Mit den italienischen Plänen gegen Griechenland war Hitler einverstanden, bezüglich Jugoslawiens aber erklärte er, dass die Sowjetunion einen italienischen Angriff auf Jugoslawien zu gemeinsam mit Ungarn und Bulgarien vorgebrachten neuen Forderungen an Rumänien, sodann zum Vormarsch über die Donau und gegen die Meerengen ausnutzen werde. Das aber könne auf dem Balkan zu einer englisch-russischen Interessengemeinschaft gegen die Achsenmächte führen – eine keineswegs unberechtigte Befürchtung.[42] Wenn jedoch England erst einmal kapituliert habe, seien die italienischen Wünsche

kein Problem mehr. Ciano akzeptierte Hitlers Bedenken und erklärte, er wolle jetzt nur feststellen, dass Jugoslawien kein Bürgerrecht in Nachkriegseuropa beanspruchen könne. Angesichts der Unzuverlässigkeit Belgrads werde Italien einen Sicherungsaufmarsch gegen Jugoslawien durchführen. Hitler erklärte seine Zustimmung zu einer italienischen Aktion im Falle eines unverhofften Kriegsausbruchs auf dem Balkan, da das jugoslawische Volk tatsächlich achsenfeindlich eingestellt sei, wie auch die in La Charité erbeuteten Akten des französischen Generalstabs erwiesen; er sei sicher, „that any moment chosen by the Duce for action will be moment most suitable to the interests of the Axis".[43]

Gleichzeitig stimmte Hitler einer Diskussion der ungarischen Revisionsansprüche zu. Er musste nun im Gegensatz zu seiner bisherigen Politik den von der Sowjetunion und England unterstützten Forderungen Budapests und Sofias an das geschwächte Rumänien nachgeben, um einen Angriff Ungarns und Bulgariens und die daraus resultierende Bedrohung der rumänischen Ölfelder zu verhindern, was alles nur den englischen und sowjetischen Interessen dienen konnte. Die russischen Absichten auf dem Balkan erschienen Hitler umso gefährlicher, als seit Anfang Juli die gerade erst wieder aufgenommenen sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen einen immer herzlicheren Charakter annahmen. In Jugoslawien wuchsen die Sympathien für Russland, und weite Kreise hielten über kurz oder lang einen Konflikt zwischen Berlin und Moskau für unvermeidlich, der den Druck der Achse auf Jugoslawien in jedem Falle reduzieren musste.[44]

Der neue jugoslawische Gesandte in Moskau, Milan Gavrilović, wurde Mitte Juli 1940 von verschiedenen Seiten auf Zeichen einer deutsch-sowjetischen Entfremdung und den Wunsch Moskaus aufmerksam gemacht, die Beziehungen mit Jugoslawien auszubauen. Zusammenfassend berichtete Gavrilović über seine ersten Eindrücke nach Belgrad, dass die Sowjetunion Deutschland nicht fürchte, fieberhaft aufrüste, zu gegebener Zeit mit Jugoslawien als Verbündetem rechne, vorläufig aber noch keinen Krieg wolle. Damit fiel sie als wirksamer Rückhalt gegen die Achse für Jugoslawien zunächst ebenso aus wie die Westmächte.[45]

Am 20.7.1940 hatte Hitler eine weitere Unterredung mit Ciano. Der ungebrochene Widerstandswille Englands bestärkte seine Befürchtungen, dass England nur im Vertrauen auf einen deutsch-sowjetischen Konflikt den Kampf fortsetze. Hitler sprach nun nicht mehr von einer italienischen Aktion gegen Griechenland, betonte vielmehr die Notwendigkeit unbedingter Ruhe auf dem Balkan und einer baldigen Klärung der rumänischen Frage durch Direktverhandlungen der Beteiligten.[46]

Aber Mussolini wollte seine Pläne gegen Jugoslawien nicht aufgeben. Während die Armee in der Poebene aufmarschierte, suchte der italienische Generalstab die Unterstützung des deutschen Generalstabs für eine eventuelle italienische Operation durch Österreich gegen Jugoslawien zu gewinnen – der direkte Angriff in der Grenzregion am Isonzo hatte im Ersten Weltkrieg zu fürchterlichen Verlusten ge-

führt. Als Hitler Mitte August davon erfuhr, reagierte er äußerst heftig und verbot jegliche Generalstabsbesprechungen über diesen Punkt. Am 16.8.1940 erklärte Ribbentrop dem italienischen Botschafter in Berlin, Alfieri, dass angesichts des Kampfes „auf Leben und Tod“ gegen England ein Angriff auf Jugoslawien unratsam sei, da er der englischen Luftwaffe auf dem Balkan neue Angriffsbasen verschaffen werde und angesichts der engen russisch-jugoslawischen Beziehungen zu einer Intervention der Sowjetunion führen könne. Daraufhin ließ Mussolini Berlin über die italienischen Absichten beruhigen und verschob die Aktionen gegen Jugoslawien und Griechenland auf unbestimmte Zeit. Am 24.8.1940 schrieb er Hitler, Jugoslawien und Griechenland seien bereit, der Achse in einem günstigen Moment in den Rücken zu fallen, aber dennoch wolle er zunächst von Libyen aus die Engländer in Ägypten angreifen.

Belgrad selbst bemühte sich im Juli und August 1940, das Interesse Deutschlands am status quo Jugoslawiens zu bestärken. Der Prinzregent erklärte dem deutschen Gesandten am 26.8., Jugoslawien müsse sich aufgrund aller seiner Interessen für Deutschland und gegen die Sowjetunion entscheiden. Diese Notwendigkeit werde aber in der jugoslawischen Bevölkerung noch weithin verkannt, jedoch weniger infolge der franko- und russophilen Tendenzen als vielmehr infolge des Misstrauens gegen Italien. Das Verhalten Deutschlands zur italienischen Aggressionspolitik werde über die Stimmung des jugoslawischen Volkes entscheiden: „Germany was respected, but Italy was despised by the populace“.[47] Solche in der Sache zutreffenden Einsichten waren keineswegs geeignet, das wachsende Misstrauen Berlins zu besänftigen. Seit dem Stahlpakt ließen sich die Achsenmächte durch Dritte nicht mehr gegeneinander ausspielen.

Unterdessen drohte nach Abbruch der ungarisch-rumänischen Revisionsverhandlungen akute Kriegsgefahr zwischen den beiden Ländern, so dass Hitler wider Willen eingreifen musste. Am 30.8.1940 bekam Ungarn durch den *2. Wiener Schiedsspruch* große Teile Siebenbürgens. Rumänien erhielt für den Rest seines Staatsgebiets, das am 7.9.1940 noch durch die an Bulgarien abgetretene Süddobrudscha verkleinert wurde, eine Garantie der Achsenmächte. König Carol musste zugunsten seines Sohnes Michael abdanken, die Macht in Bukarest übernahm als Staatsführer der General Jon Antonescu, der am 1.10.1940 die Balkanentente kündigte.[48]

Während Rumänien völlig in den Machtbereich der Achse glitt, spekulierte Mussolini trotz aller gegenteiligen Versicherungen in Berlin noch immer auf eine günstige Gelegenheit zum Losschlagen gegen Jugoslawien und Griechenland. Als Ribbentrop am 19.9.1940 in Rom weilte, musste er erneut auf die Verschiebung einer Balkanaktion und Konzentrierung der gesamten Kraft auf die Vernichtung Englands drängen. Während Mussolini sich wiederum dazu bereiterklärte und Ende September sogar die Demobilisierung der gegen Jugoslawien aufmarschierten Kräfte

befahl, befürchtete man in Belgrad, Ribbentrop habe Mussolini den Angriff auf Griechenland freigegeben.[49]

Am 27.9.1940 schlossen Deutschland, Italien und Japan in Berlin einen *Dreimächtepakt* ab mit dem Ziel, „eine neue Ordnung der Dinge“ zu schaffen, wobei Japan in Ostasien, den Achsenmächten in Europa der Vorrang gebühren sollte. Die Partner verpflichteten sich zu gegenseitigem Beistand für den Fall, dass einer von ihnen durch eine gegenwärtig noch nicht im Kriege befindliche Macht angegriffen werde. Hitler versprach sich von dem Pakt vor allem eine Abschreckung der USA und der Sowjetunion, auf der Seite Englands in den Krieg einzutreten.[50]

Im Laufe des ersten Kriegsjahres potenzierte sich die Gefahrensituation der schwachen Staaten Südosteuropas und besonders Jugoslawiens in geradezu dramatischem Ausmaß. Die Phase der durch den Ersten Weltkrieg bedingten relativen Schwäche der benachbarten Großmächte Italien, Deutschland und Russland war endgültig vorbei, ihr Druck auf die Südoststaaten nahm in der Kriegssituation unter dem Einfluss der überraschend schnellen deutschen Siege im ersten Kriegsjahr gewaltig zu. Deutschland hatte schon aus kriegsökonomischen Gründen ein objektives Interesse an der Erhaltung von Frieden und Neutralität in Südosteuropa, aber die Verschiebung der Machtverhältnisse durch seine Erfolge reizten die von Hitler selbst angestachelte kriegerische Expansionsgier Italiens, Ungarns, Bulgariens und vor allem der Sowjetunion, die bei der Neuordnung Europas nicht zu kurz kommen wollten. Das unmittelbar am stärksten bedrohte Rumänien warf sich nun entschlossen in die Arme Deutschlands. Die dortige Monarchie vermochte das durchzusetzen, weil sie es zwar mit Minderheitsproblemen und Revisionsforderungen der Nachbarn zu tun hatte, aber sich auf ein dominierendes Staatsvolk stützen konnte.

Demgegenüber gab es in Jugoslawien mehrere untereinander heftig zerstrittene Staatsvölker, deren Konflikte Monarchie und Regierungen zwanzig Jahre lang nicht in den Rahmen eines allgemein akzeptierten Basiskonsenses hatten einordnen können. In der Situation des ersten Kriegsjahres führte das zu permanenter Kurzschließung von Innen- und Außenpolitik, letztlich zur Handlungsunfähigkeit der Regierung und zu einem wankelmütigen Schwanken zwischen den Kriegsparteien. Das hinterließ in Berlin und Rom einen desaströsen Eindruck von der Neutralität Jugoslawiens und provozierte die Forderung einer zumindest formalen Bindung an die Achsenmächte: Bloße Bekenntnisse zur Neutralität reichten nun nicht mehr aus. Dies aber polarisierte die inneren Konflikte noch schärfer: Den widerwillig achsenfreundlichen „Realpolitikern“ stellten sich massiv die „Illusionisten“ gegenüber, die glaubten, die Verwicklung der USA und der Sowjetunion in den Krieg und den alliierten Endsieg über die Achsenmächte abwarten zu können. England, das auch noch nach der Selbstbehauptung vom Sommer 1940 um sein eigenes Überleben kämpfen musste, unterstützte diese Richtung, weil es sich davon wenigstens eine momentane Entlastung versprach – obwohl es selbst zu nennenswerter Militärhilfe gar nicht fähig war.

1 Vgl. zum Gesamtkapitel *Hoptner* S. 170-201; *Wuescht* S 121-38; *Breccia* S. 197-378; *Littlefield* S. 75-85; *Knoll* S. 35-50; *Hillgruber* passim; *Schreiber* S. 347-90; *Vogel*, Südosteuropa S. 532-50; *Balfour/Mackay* S. 185-214; *Tasovac* S. 10-64.

2 *Olshausen* S. 708.

3 D 7, Nr. 112, 189, 532; D 8, Nr. 496; I 2, Nr. 39, 242, I 3, Nr. 536.

4 I 2, Nr. 175, 596, 601; I 3, Nr. 83. Im September 1939 ließ Jugoslawien westliches Kriegsmaterial für Polen passieren, stoppte aber deutsche Waffentransporte für Bulgarien (I 2, Nr. 390, 478; I 3, Nr. 16, 452; W, S.85, 87, 89; D 8, Nr. 229). Außerdem gestattete Jugoslawien die Durchreise polnischer Flüchtlinge über Griechenland nach Frankreich, wo sie zur polnischen Legion zusammengefasst wurden (W, S. 167ff., 170ff.). Die antideutsche Unruhe in Jugoslawien erhöhte sich, als Hitler in seiner Rede vom 6.10.1939 von einer Umsiedlung der deutschen Minoritäten in Ost- und Südosteuropa sprach. Der deutsche Gesandte in Belgrad musste erklären, dass die Frage nicht akut sei und nur im Einverständnis mit der jugoslawischen Regierung und den Volksdeutschen selbst angefasst werden würde (D 8, Nr. 290, 311, 327, I 3, Nr. 536, 658; N 3, S. 348). Vgl. *Wuescht* S. 247-61; *Sojčić* S. 103-15.

5 D 8, Nr. 95; I 3, Nr. 238, 385, 421, 667.

6 D 8, Nr. 155; I 3, Nr. 175, 375, 472.

7 I 3, Nr. 270, 330, 335, 356, 586, 671.

8 *Ciano*, 15., 28.9.1939. Die italienischen Dokumente zu dieser Frage zusammengestellt in: I 3, S. 391; I 4, S. 661, I 5, S. 665. Vgl. *Schreiber* S. 347-53; zu Mussolinis „non belligeranza“ ebd. S. 4-54.

9 *Ciano*, 24., 28.9.1939; D 8, Nr. 128, 145, 176, S. 148; I 3, Nr. 191, 258, 394, 545, 552,S. 337, Nr. 737; *Ciano* S. 314f.

10 *Thadden* S. 39; *Hillgruber* S. 66; D 8, Nr. 514, 518, 591, S. 578; Nr. 614, 663.

11 D 8, Nr. 145, 329, 354, 358; I 3, Nr. 388, 714, 736, 751; *Ciano*, 24.12.1939; vgl. D 8, Nr. 95.

12 D 6, Nr. 266.

13 D 8, Nr. 296, 329, 354, 359, 362, 372, 392; I 3, Nr. 359, 832, 841; I 4, Nr. 307; *Ciano*, Rede S. 40.

14 I 2, Nr. 596; I 3, Nr. 61, 76, 173, 175.

15 I 3, Nr. 143, 472, 714. Eine jugoslawisch-ungarische Verständigung scheiterte auch weiterhin an der ungarisch-rumänischen Kontroverse (I 3, Nr. 75, 221, 254, 305, 322, 420, 490, 568; I 4, Nr. 43, 83, 141, 229, 309, 654; D 8, Nr. 95).

16 *Ciano*, 22.8., 4., 20.9., 12.10., 26.12.1939; 22., 23., 29.1.1940; *Ciano* S. 330f.; *Ciano*, Rede S. 5, 40f., 136f.; I 4, Nr. 667f.; I 5, Nr. 16, 44, 107, 182f., 194, 306; D Nr. 96, 504, S. 475.

17 *Hillgruber* S. 63; I 3, Nr. 104, 124, 710; W, S. 81f., 84f., 87, 97.

18 W, S. 101f., 110, 185f.; *Ciano*, 24., 26.12.1939; *Hillgruber* S. 64f. Zur Beurteilung der britischen Politik vgl. *Kennedy*, Dilemma und *Niedhart* passim.

19 W, S. 83, 89ff., 93ff., 98ff., 103, 154f., 183. Die Deutschen erbeuteten im Sommer 1940 französische Akten über diese Generalstabsbesprechungen, was ihr Misstrauen gegen Jugoslawien verstärkte, vgl. W, *Wuescht* S. 124-27.

20 *Hillgruber* S. 64; W, S. 89, 91f., 93f., 96.

21 Anfang Juni 1939 fanden Verhandlungen der Regierungsausschüsse in Köln statt (D 6, Nr. 620, S. 721, Anm. 1). Am 5.7.1939 wurde ein Protokoll über einen deutschen Waffenkredit an Jugoslawien in noch unbestimmter Höhe unterzeichnet (D 6, Nr. 573, 586, 615, 620, 680, 683, 738; D 7, Nr. 16, S. 13; Nr. 81, 102, 240f., 274, 318; D 8, Nr. 53; *Survey* 10, S. 417f.; I 1, Nr. 587.

22 D 8, Nr. 53, 117, 152, 502, S. 470; I 3, Nr. 123, 170, 238, 326, 374, 528, 600, 617f. Deutschland lieferte Kriegsgerät an Jugoslawien: 1938 für 11.579 Millionen RM, 139 für 72.694 Millionen,

im ersten Halbjahr 1940 für 18.504 Millionen (*Meiß* S. 221); doch blieben die deutschen Waffenlieferungen hinter den jugoslawischen Aufträgen erheblich zurück (*Survey* 10, S.423; D 4, Nr. 298; D 5, Nr. 398, 419, 640).

23 *Medlicott* S. 238, 242f., 261ff., 265; *Survey* 9, S 1ff.; D 8, Nr. 99, S. 80; vgl. Nr. 497, 517; D 9, Nr. 74, 191; I 6, Nr. 270, 300. Am 12.5.1940 wurde ein weiteres für Deutschland günstiges Handelsprotokoll in Belgrad unterzeichnet (D 9, Nr. 237).

24 I 3, Nr. 16, 39, 76, 107, 157, 192, 261, 265, 347, 353, 446; D 5, Nr. 216; *Gafencu*, Vorspiel S. 348f., 351ff., 370; *Hillgruber* S. 64; *Thadden* S. 31.

25 D 8, Nr. 665, 669; I 5, Nr. 594, 602/3, 621, 655, 692; N 38, S. 414; *Hillgruber* S. 69.

26 *Ciano*, 9.4.1940; *Thadden* S. 40, 42; D 9, Nr. 92, 138.

27 D 9, Nr. 176; *Ciano*, 4.5.1940; I 6, Nr. 25f., 96f., 102f., 118, 140, 172, 245, 294, 296, 301, 343, 355; *Survey* 11, S. 242. Zu den Volksdeutschen in Jugoslawien vgl. *Wuescht* S. 247-60; *Wehler* passim; *Sojčić* S. 103-15; *Suppan* S. 657-922 und 1233.

28 I 6, Nr. 245, 313; D 9, Nr. 100, 191. Der deutsche Gesandte Heeren berichtete am 13.4.1940 aus Belgrad: „Prinzregent äußerte größte Bewunderung vor letzten militärischen Aktionen Deutschlands, die in ihrer Kühnheit und Schnelligkeit ohne Beispiel seien. Er verfolgte die sich heute abspielenden heroischen Kämpfe, wie ich mir ja denken könne, mit stärkster innerer Bewunderung und nicht ohne Schmerz bei dem Gedanken, dass es sich um Kämpfe zwischen Deutschland und England handele.

Der Prinzregent bat mich sodann unter Berufung auf unsere langjährige Freundschaft, einmal ganz offen über seine Gefühle gegenüber dem heutigen Konflikt sprechen zu dürfen. Ich wisse, mit welcher Liebe er von jeher an deutscher Kultur, am deutschen Land und am deutschen Menschen hänge. Von dieser Liebe werde ihn nichts abbringen können. Bei Übernahme der Regentschaft in Jugoslawien habe ihn das Bewusstsein glücklich gemacht, dass diese seine Gefühle zu Deutschland in keinerlei Widerspruch zu den Interessen Jugoslawiens stehen. Denn nach seiner Auffassung ergebe sich schon allein aus der geographischen Lage Jugoslawiens zu Deutschland die zwingende Notwendigkeit freundschaftlicher Beziehungen. Wie immer auch sich Europa ändern möge, Jugoslawen und Deutsche würden immer als Nachbarn leben müssen. Er freue sich, heute feststellen zu können, dass er auf deutscher Seite auch in den schwersten Tagen seiner Regentschaft jederzeit größtes Verständnis und echte Freundschaft gefunden habe. Sein Vertrauen zu Deutscher Regierung sei dadurch immer fester geworden. Er mache auch Engländern und Franzosen kein Hehl daraus und habe sie schon oft darauf hingewiesen, dass Deutschland im Gegensatz zu England und Frankreich sich gegenüber Jugoslawien stets hilfsbereit und korrekt verhalten habe. Leider könne er nicht dasselbe Vertrauen zu Deutschlands heutigen Freunden Italien und Russland haben. Er verstehe vollkommen die zwingenden Gründe der deutschen Politik, aber sein Misstrauen gegen diese Freunde Deutschlands könne er nicht loswerden. Hoffentlich erweise sich dieses Misstrauen als unberechtigt.“ (D 9, Nr. 100).

29 *Survey* 11, S. 242; D 9, Nr. 191; I 6, Nr. 26f., 270, 300; W, S. 104ff.

30 I 6, Nr. 110, 133, 154/5, 162, 183, 200, 243, 261, 291, 297, 330, 341, 343, 364, 379, 406, 525, 548, 563, 582, 600, 606, 608, 688, 796, 815; *Hoptner* S. 173-80; *Knoll* S. 37-45; *Littlefield* S. 76-79; *Fotic* S. 25. Jugoslawien war das einzige europäische Land, das bis dahin noch keine Beziehungen zur Sowjetunion aufgenommen hatte. In Belgrad gab es noch die diplomatische Vertretung des zaristischen Russland.

31 *Ciano*, 10., 13., 22.5.1940; *Ciano* S. 368; D 9, S. 176.

32 *Thadden* S. 43f.; D 9, Nr. 165, 245.

33 D 9, Nr. 258, 278; D 10, Nr. 121; W, S. 108, 114; I 6, Nr. 383, 385f., 397, 414, 419, 483, 531, 542, 575f., 582, 608, 689; *Gregorić* S. 93.

34 I 6, Nr. 397, 608, 618, 630, 637, 656; *Gregorić* S. 78, 82f., 249f.; *Thadden* S. 33f.

35 W, S. 108f., 111ff., 114; vgl. D 10, Nr. 121. Zu den jugoslawischen Neutralitätsverletzungen vgl. *Wuescht* S. 121-38, 289-314; *Schreiber* S. 358; *Balfour/Mackay* S. 190-93.

36 *Gafencu*, Vorspiel S. 73; I 6, Nr. 641, 666, 644, 785; vgl. W, S. 111; D 9, Nr. 517.Cvetković war in den Augen der Achse besonders durch seinen Kampf gegen Stojadinović kompromittiert. Am 9.7.1939 hatte er Stojadinović wegen dessen antikroatischer Aktivität aus der Regierungspartei ausgeschlossen (I 4, Nr. 261). Am 19.4.1940 wurde Stojadinović wegen seines weiteren scharfen Kampfes gegen die Innen- und Außenpolitik Cvetkovićs verhaftet. Im Juni kam es zu Gerüchten, er befinde sich in Lebensgefahr, was eine deutsch-italienische Warnung in Belgrad veranlasste. Der Prinzregent stritt entrüstet ab, dass sich Stojadinović in Lebensgefahr befinde (*Schulthess* 10, S. 451; D 9, Nr. 140, 517; D 10, Nr. 7; I 6, Nr. 172, 531; *Ciano*, 25.6.1940; *Hassell*, 11.11.1940). Eingehend dazu auch Stojadinović S. 275-78, 283-323.

37 D 9, Nr. 517; D 10; Nr. 121; *Gregorić* S. 92f.; *Fotić* S 27f.; W. S. 111.; *Thadden* S. 46, 53; *Churchill* S. 192.

38 *Gregorić* S. 92-94; D 9, Nr. 278; D 10, Nr. 121.

39 *Ciano*, 29., 30.5., 1., 2.6.1940; D 9, Nr. 323, 328, 341, 356, 360, 373; I 6, Nr. 698; *Survey* 11, S. 137; *Thadden* S. 74f. Zum Kriegseintritt Italiens eingehend *Schreiber* S. 86-111, 357.

40 NS, Nr. 132, 137, 149; *Ciano*, 26., 28.6.1940; *Survey* 11, S. 323, 337; *Hillgruber*, Carol; *Broszat* S. 555; *Wuescht* S. 148f.

41 D 10, Nr. 129.

42 Diese Befürchtungen Hitlers waren angesichts der englischen Bemühungen, Stalin durch weitgehende Konzessionen in der Balkanfrage zur Distanzierung von Deutschland zu bewegen, nicht unberechtigt (*Fabry* S. 238f., 247).

43 Vgl. D 10, Nr. 73, 129; *Ciano* S. 377ff.; *Ciano*, 5.7.1940; *Thadden* S. 48ff., 53f., 64.

44 *Thadden* S. 53f.; *Hillgruber* S. 77f.; Fabry S. 224, 244, 246f., 268; D 10, Nr. 215; vgl. N 34, S. 687, 689; *Fabry* S. 246, 268.

45 D 10, Nr. 238; danach geriet Hitler im Sommer 1940 regelmäßig in den Besitz der diplomatischen Korrespondenz Gavrilovićs.

46 *Thadden* S. 53f., 56f., 80ff.; *Ciano* S. 381.

47 D 10, Nr. 235, 343, 353, 357, 388, 395, 407; *Ciano*, 6., 17., 22.8.1940; *Ciano* S. 385; *Fabry* S. 274-277; *Thadden* S. 64f.

48 *Ciano* S. 326f.; *Ciano*, 28.8.1940; *Survey* 11, S. 328; zur empfindlichen russischen Reaktion: NS, Nr. 170f., 175f., 180f. Zu Codreanu und Antonescu s. *Haynes/Rady* S. 169-87, 278-94.

49 *Thadden* S. 84f.; D 11, Nr. 73, 110; N 28, S. 576f., 580f.; *Ciano* S. 391f. *Thadden* S. 85f., 90.

50 N 28, S. 571ff.; *Gafencu*, Vorspiel S. 137ff., 166ff., 327f.; *Survey* 11, S. 329, 340; zur kühlen russischen Reaktion: NS, Nr. 182, 184, 186f.; *Gafencu*, Vorspiel S. 172.

VIII. Jugoslawiens Beitritt zum Dreimächtepakt und der Militärputsch in Belgrad (März 1941) – Der Weg in die Katastrophe[1]

Mit dem Angriff der Italiener auf Griechenland (28.10.1940) und ihrer Niederlage scheiterten Hitlers Balkanpolitik und seine Bemühungen, den Südostraum aus dem Krieg herauszuhalten. Engländern und Sowjets boten sich nun unabsehbare Eingriffsmöglichkeiten. Aus all dem zog Hitler zwei Schlussfolgerungen:

> „1. Es galt, einen politischen Bündnisblock mit den Südoststaaten zu schaffen, der – je nach Notwendigkeit – zunächst eine antibritische, ggf. aber auch antisowjetische Spitze erhalten konnte. Zu diesem Zweck war Hitler bereit, das Instrument des Dreimächtepaktes (DMP), das zunächst nur gegen den Kriegseintritt der USA gerichtet war, seiner ursprünglichen Bedeutung weitgehend zu entkleiden.
> 2. Militärische Vorbereitungen mussten im engen Zusammenwirken mit den politischen Bemühungen getroffen werden, um die Italiener zu stützen und den Engländern jede Hoffnung auf ein Sprungbrett zurück auf den Kontinent zu nehmen."

Gleichwohl entschied Hitler sich noch nicht für

> „einen konsequenten Kriegskurs in Südosteuropa um jeden Preis. Vielmehr blieb er trotz der gescheiterten ‚Extratour' Mussolinis bestrebt, die militärische Auseinandersetzung – wenn sie nicht mit politischen Mitteln oder der bloßen Androhung von Gewalt entschieden werden konnte – geographisch so eng wie möglich zu begrenzen und nötigenfalls durch den Einsatz eigener überlegener Machtmittel in einem ‚Blitzfeldzug' zu entscheiden. In den folgenden Monaten wurden diese Parallelität und Verknüpfung von politischer Aktivität und militärischer Planung und Vorbereitung kennzeichnend für die deutsche Balkanpolitik."[2]

1 Der italienische Angriff auf Griechenland am 28. Oktober 1940 und die Neuorientierung der Jugoslawienpolitik Berlins und Roms

Am 11.10.1940 rückten als „Lehrtruppen" getarnte deutsche Verbände auf Bitten des Staatschefs Marschall Antonescu in Rumänien ein, um das Erdölgebiet von Ploesti gegen alle möglichen Eventualitäten endgültig zu sichern. Die Position Jugoslawiens wurde dadurch noch gefährdeter. Mussolini war über diese weitere Machtverschiebung innerhalb der Achse derartig empört, dass er sich zum Überfall auf Griechenland entschloss, den er durch einen harten Schlag bald siegreich zu beenden hoffte. In einem Brief an Hitler vom 23.10.1940 machte er lediglich einige Andeutungen über sein Vorhaben. Doch ahnte Hitler nichts Gutes und traf nach seinen Besprechungen mit Franco und Pétain in Hendaye und Montoire am 28.10.1940 mit Mussolini in Florenz zusammen. Aber es war bereits zu spät; um 6 Uhr früh hatte der Überfall auf Griechenland begonnen. Hitlers Ziel einer friedlichen Sicherung der

deutschen Südostflanke war gescheitert – an der internen Destruktivität einer verbrecherischen Komplizenschaft.[3]

Hitlers Befürchtungen, dass der mit unzureichenden Kräften an einer gänzlich ungeeigneten Front unternommene italienische Angriff bald steckenbleiben und die Griechen aufgrund der Garantie vom 13.4.1939 die englische Hilfe anrufen würden, gingen bald in Erfüllung. Die rumänischen Ölfelder waren nunmehr durch die britische Luftwaffe bedroht. Bereits am 4.11.1940 beschloss Hitler daher für das Frühjahr 1941 eine deutsche Operation gegen Griechenland, um dort ein Festsetzen der Engländer zu verhindern. Für Mussolini war das eine Katastrophe: Italien erwies sich als unfähig, seine Interessenssphäre mit eigenen Kräften zu beherrschen – und es musste für die Hilfe des Achsenpartners auch noch dankbar sein.

Die Haltung Jugoslawiens, das sowohl in der Flanke des italienischen wie eines deutschen Angriffs durch Bulgarien gegen Griechenland lag, wurde nunmehr von höchster Bedeutung für den weiteren Kriegsverlauf.[4] Der italienische Angriff auf Griechenland zerstörte die entscheidenden Voraussetzungen der bisherigen, ohnehin schon brüchigen Neutralitätspolitik Jugoslawiens.

Außenminister Cincar-Marković hatte Berlin bereits am 25.10.1940 vor den italienischen Absichten gewarnt. Der italienische Angriff bestärkte in Belgrad erneut Misstrauen und Hass gegen Italien und barg die Gefahr einer Mitverwicklung Jugoslawiens, wenn nämlich die Italiener, um das ungünstige Gelände vor der griechisch-albanischen Grenze zu umgehen, den Durchmarsch durch Südserbien gegen Saloniki fordern würden. Man war in Belgrad entschlossen, dies abzulehnen.[5]

Die Belgrader Neutralitätserklärung vom 28.10. sprach die Erwartung aus, dass die jugoslawische Neutralität von den Kriegführenden respektiert werde. Aber außen- wie innenpolitisch war das kaum noch durchsetzbar. *Saloniki* war in Gefahr, Jugoslawiens letzter Zugang zur westlichen Welt, den man nicht in die Hand des italienischen „Erbfeindes“ fallen lassen durfte. Es kam im Belgrader Kabinett zu heftigen Diskussionen über eine eventuelle präventive Besetzung Salonikis, während die serbischen Militärs mehr denn je für eine Präventivaktion gegen Albanien und Bulgarien eintraten. Jugoslawische Truppen marschierten für alle Fälle in Südserbien auf. Der jugoslawische Militärattaché in Berlin, Oberst Vladimir Vauhnik, wurde vom Kriegsminister Milan Nedić zur Fühlungnahme mit dem Oberkommando der deutschen Wehrmacht beauftragt, um Schritte zu veranlassen, die die jugoslawischen Interessen in Saloniki sichern würden. Aber kurz darauf trat Nedić zurück und erwies sich die Gefährdung Salonikis infolge der italienischen Niederlagen als nicht unmittelbar bevorstehend, so dass in Belgrad zunächst eine Beruhigung eintrat.[6]

Am 14.11.1940 berichtete Heeren aus Belgrad, die Jugoslawen würden ihren Wunsch auf Saloniki nur zögernd äußern, sich aber am Schicksal Griechenlands völlig desinteressiert erweisen, wenn die Achsenmächte zur Anerkennung des ser-

bischen Anspruchs auf ein von Griechenland abgetrenntes Saloniki bereit seien. Heeren ließ schon am 2.11. in Belgrad eine diesbezügliche deutsche Zustimmung durchblicken, falls Jugoslawien sich endlich zu einer deutschfreundlichen Politik über die bloße Neutralität hinaus entschließe. Daraufhin fuhr der Journalist Danilo Gregorić als inoffizieller Vertrauensmann am 4.11. nach Berlin, um die Möglichkeiten einer deutsch-jugoslawischen Verständigung zu sondieren. In Berlin wies man Gregorić besonders darauf hin, dass allein Deutschland Jugoslawien vor den Ansprüchen seiner Nachbarn schützen könne.[7]

Bevor man indessen in Berlin Jugoslawien gegenüber weitergehen konnte, musste zunächst die Zustimmung Italiens gewonnen werden, in dessen Interessenssphäre das Land gehörte.[8] In einer Unterredung am 18.11.1940 wies Hitler Ciano voller Pessimismus auf den Prestigeverlust der Achse durch die italienische Niederlage in Albanien und die Bedeutung des von Mussolini gehassten Jugoslawien in der Flanke eines deutschen Unterstützungsangriffs durch Bulgarien hin. Als Ciano gegen Hitlers Erwartung auf die Möglichkeit einer italienisch-jugoslawischen Annäherung zu sprechen kam, rief Hitler erfreut:

> "Do you think that Mussolini would be prepared to make a pact with Yugoslavia on these three Points: Axis guarantee for the Yugoslav frontiers; cession of Salonika to Yugoslavia; demilitarisation of the Adriatic by Yugoslavia?" Ciano glaubte, den Duce dafür gewinnen zu können, und Hitler antwortete: „But if that is so I am certain we can have Yugoslavia on our side."

Am 19.11. informierte Mussolini Ciano, dass er den deutschen Vorschlägen grundsätzlich zustimme, was Ciano Hitler am 20.11. mitteilte. Hitler schrieb an Mussolini: „Jugoslawien muss desinteressiert werden, wenn möglich aber in unserem Sinne positiv interessiert an der Bereinigung der griechischen Frage mitarbeiten. Ohne Sicherung von Seite Jugoslawiens ist keine erfolgreiche Operation auf dem Balkan zu riskieren." Mussolini antwortete am 22.11.1940, er sei zur Garantie der jugoslawischen Grenzen und Überlassung Salonikis an Jugoslawien bereit, wenn Jugoslawien dem Dreierpakt beitrete, die Adria demilitarisiere und Griechenland erst angreife, wenn dieses bereits den Hauptschlag von Italien erhalten habe; er stimme allem zu, was Hitler zur schnellen Gewinnung Jugoslawiens unternehme.[9] Nach den Niederlagen in Albanien, Ost- und Nordafrika stand ihm das Wasser bis zum Halse.

Hitler hatte damit die Bahn für Verhandlungen mit Belgrad frei. Als Hauptschwierigkeit für eine schnelle Verständigung stellte sich die achsenfeindliche Haltung der jugoslawischen Öffentlichkeit heraus – wie zu erwarten war. In Belgrader Offizierskreisen verstärkte sich die Überzeugung, dass nur eine serbische Militärdiktatur, gegebenenfalls unter Absetzung des Prinzregenten und Thronbesteigung des jungen Königs, die für eine Überwindung der wachsenden innen- und außenpolitischen Schwierigkeiten Jugoslawiens notwendige starke Politik durchführen könne. Während die Kroaten zu einer Verständigung mit Deutschland bereit waren, wurden die

Serben, die die deutsche Jugoslawienpolitik ohnehin durch Italien für festgelegt hielten, angesichts der italienischen Niederlage in Albanien und der Ergebnislosigkeit der deutschen Luftangriffe auf England in der ja durchaus zutreffenden Auffassung bestärkt, dass der Krieg noch nicht entschieden sei. Die jugoslawische Regierung musste weiterhin an der bisherigen Neutralitätspolitik festhalten, um die serbische Öffentlichkeit nicht allzu sehr zu reizen.[10]

Am 20.11.1940 trat Ungarn, am 23. Rumänien und am 24. die Slowakei dem Dreierpakt bei, die „neue Ordnung" begann sich an der Nordgrenze Jugoslawiens zu organisieren. Berlin hatte kaum die Zustimmung Roms zur Verständigung mit Belgrad erhalten, als Ribbentrop nach einer Unterredung mit Gregorić am 24.11. Cincar-Marković zu einer Besprechung nach Deutschland einlud, die am 28.11.1940 auf dem *Berghof* stattfand.

Hitler sah sich vor die schwierige Aufgabe gestellt, das tiefverwurzelte und wohlbegründete jugoslawische Misstrauen gegen Italien zu überwinden. Er erklärte, dass der Fehlschlag des mit „verbrecherischem Leichtsinn" unternommenen Angriffs auf Griechenland als ein wahrer Wink der Vorsehung die Maßlosigkeit gewisser italienischer Kreise gedämpft und die Jugoslawienfreunde in Italien moralisch gestärkt habe. Es sei nun eine Lage entstanden, in der Deutschland trotz der Zugehörigkeit Jugoslawiens zur italienischen Interessensphäre durch seine Bereitschaft zu einer Intervention in Griechenland das Recht erworben habe, Italien gegenüber seine eigene Konzeption einer endgültigen Konsolidierung des Balkans durchzusetzen. Deutschland aber sei aus politischen und wirtschaftlichen Gründen immer an einem starken Jugoslawien interessiert gewesen und werde es auch bleiben. So biete sich für Jugoslawien eine einmalige Gelegenheit zur Sicherung seiner Zukunft für alle Zeit. Auch Jugoslawien müsse nun zur Neuordnung der Welt durch die Dreierpaktmächte Stellung nehmen, ohne dass Deutschland von ihm militärische Hilfe oder ein Durchmarschrecht verlange. Als Geste für Italien könne Jugoslawien vielleicht die Adria entmilitarisieren, und ein jugoslawischer Ausgang zur Ägäis würde die Lage an der Adria weiter entspannen und die innenpolitische Position der Belgrader Regierung stärken.

Hitler schlug schließlich konkret einen Nichtangriffspakt zwischen Jugoslawien und den Achsenmächten vor, sprach aber mit Rücksicht auf die Revisionsstaaten Ungarn und Bulgarien weder von einem jugoslawischen Beitritt zum Dreimächtepakt noch von einer Garantie der Achsenmächte für Jugoslawien, sondern meinte nur, unter gewissen Bedingungen könne man in der Konsolidierung der jugoslawischen Sicherheit noch weitergehen. Er drängte Cincar-Marković unter Hinweis auf die Gunst des Augenblicks und die zwielichtige Balkanpolitik der Sowjetunion zur Eile. Aber Cincar-Marković verpflichtete sich nur zu einer genauen Berichterstattung an den Prinzregenten. Hitler war sich des Erfolges der Unterredung keineswegs sicher.[11]

Die Zeit drängte für Hitler angesichts der noch im November beginnenden Bemühungen Churchills, unter Wiederaufnahme der Pläne einer Salonikifront den griechisch-italienischen Krieg zur Bildung eines griechisch-jugoslawisch-türkischen Blockes auszunutzen. Belgrad konnte sich kaum viel länger einer Entscheidung für die eine oder andere Seite entziehen und musste damit die Neutralitätspolitik aufgeben, die den Interessen des Landes offensichtlich am besten entsprach. Hitler hatte Cincar-Marković vieldeutig auf die 230 „arbeitslosen" Divisionen hingewiesen, die Deutschland im Frühjahr 1941 für alle Eventualitäten zur Verfügung haben werde. Weitere starke Druckmittel blieben die deutschen Militärlieferungen an Jugoslawien[12] und dessen inzwischen vollständige wirtschaftliche Abhängigkeit von Deutschland.

Der Kriegseintritt Italiens am 10.6.1940 hatte die jugoslawischen Handelsbeziehungen zu den Westmächten auf ein Minimum reduziert. Nach dem Zusammenbruch Frankreichs musste sich Jugoslawien verpflichten, den mit Deutschland im Kriege befindlichen Ländern keine kriegswichtigen Güter mehr zu liefern. Dennoch gingen jugoslawische Erze bis April 1941 über Saloniki nach England. Im Sommer 1940 verstärkte Deutschland seinen wirtschaftlichen Einfluss in Jugoslawien durch Aneignung eines großen Teils der belgischen und französischen Auslandsinvestitionen. Am 19.10.1940 kam das letzte Zusatzprotokoll zum deutsch-jugoslawischen Handelsvertrag von 1934 zustande, das die neu angegliederten Ostgebiete des Reiches in den beiderseitigen Warenaustausch einbezog. Deutschland nahm 1940 etwa 65 % des jugoslawischen Exports auf.[13]

Alle diese Zusammenhänge müssen bei der Beurteilung des nachfolgenden politischen Kampfes um Jugoslawien berücksichtigt werden. Nach langwierigen Diskussionen in Belgrad erklärte die jugoslawische Regierung am 7.12.1940 ihre Bereitschaft, mit Deutschland und Italien auf der Basis des formal noch gültigen italienisch-jugoslawischen Freundschaftsvertrages vom 25.3.1937 einen Nichtangriffspakt zu diskutieren. Die deutsche Reaktion war überraschend. Ribbentrop ließ wahrheitswidrig in Belgrad erklären, man habe Cincar-Marković in Berchtesgaden weniger einen Nichtangriffspakt als vielmehr einen Beitritt zum Dreimächtepakt nahegelegt, was in Belgrad natürlich einige Verwirrung auslöste. Grund für diese nachträgliche Erweiterung der deutschen Vorschläge war die sich Anfang Dezember rapide verschlimmernde Lage der Italiener in Albanien. Hitler hielt angesichts der dadurch noch gesteigerten Feindseligkeit der jugoslawischen Öffentlichkeit gegen Italien eine stärkere Bindung Belgrads für notwendig, als ein Nichtangriffspakt sie darstellte. Denn nur dann, so meinte er, könne er den Italienern in Albanien den Rücken, sich selber in Bulgarien die Flanke sichern und vor allem überhaupt erst einmal die bulgarischen Befürchtungen betreffs der jugoslawischen Reaktion im Falle eines deutschen Durchmarsches durch Bulgarien zerstreuen.[14]

Indessen stellte sich im Laufe des Dezembers heraus, dass gerade wegen der neuen italienischen Niederlagen in Albanien, zu denen seit dem 9.12.1940 auch noch

solche in Nordafrika kamen, die Jugoslawen weniger denn je zu einer Umorientierung ihrer Politik bereit waren. Berlin musste einen psychologisch günstigeren Moment abwarten, zumal eine militärische Bedrohung Jugoslawiens im Winter als unmöglich galt.[15] Infolgedessen kamen auch die Verhandlungen über den bulgarischen Beitritt zum Dreimächtepakt nicht weiter. Die Bulgaren reagierten infolge ihrer eigenen Ansprüche auf das jugoslawische Mazedonien und das griechische Saloniki wenig erfreut auf die deutschen Angebote an Belgrad und wollten erst in dem Augenblick offen zur Achse übertreten, in dem die deutschen Truppen in Rumänien stark genug zum Schutz Bulgariens gegen eventuelle sowjetische, türkische und jugoslawische Reaktionen sein würden.[16]

Der einzige Erfolg der deutschen Jugoslawienpolitik war im Dezember ein endlich nach dreieinhalbjährigen Bemühungen zustande gekommener *jugoslawisch-ungarischer Freundschaftsvertrag*, nachdem Belgrad infolge des politischen Kurswechsels in Bukarest nicht mehr an Rumänien gebunden war. Anders als Hitler verfolgten aber Ungarn und Jugoslawen mit dem Vertrag die Absicht, ihre Neutralität zu festigen und einer Parteinahme für die Achsenmächte gerade zu entgehen.[17]

2 *Der diplomatische Kampf der Großmächte um Jugoslawien Anfang 1941 und der Beitritt Jugoslawiens zum Dreimächtepakt am 25. März 1941*

Am 19./20.1.1941 besprachen sich Hitler, Mussolini, Ribbentrop und Ciano auf dem Berghof über die Aktion gegen Griechenland. Noch war die jugoslawische Haltung ungeklärt, doch hielt man ein jugoslawisches Eingreifen gegen die Achse für unwahrscheinlich. Churchill stellte Ende 1940/Anfang 1941 seine Südosteuropa- und speziell seine Jugoslawienpolitik vollkommen um. Der italienische Angriff auf Griechenland verschaffte ihm die politische Möglichkeit, mit britischen Truppen auf dem Balkan aktiv zu werden, nachdem Griechenland an die britische Garantieerklärung vom April 1939 appelliert hatte. Begrenzte Kräfte für diese Unternehmung standen zeitweise in Nordafrika zur Verfügung, wo sie den Italienern schwere Niederlagen beigebracht hatten. Ein Erfolg auf dem Balkan – unter Anknüpfung an die 1918 kriegsentscheidende Salonoki-Front – erschien Churchill 1940 dringend erwünscht, um das auch nach dem Luftsieg vom Sommer noch immer schwer kämpfende britische Mutterland moralisch zu stärken. Dass dies weitreichende deutsche Gegenreaktionen bis hin zur Zerstörung Jugoslawiens auslösen würde, nahm er bewusst in Kauf – nach dem sicheren Endsieg werde Jugoslawien glanzvoll widererstehen.

Die krasse Wendung Großbritanniens kam für Prinz Paul völlig überraschend. Bisher hatte London auf die Einhaltung der Neutralität Belgrads gesetzt, um keinen Angriff Deutschlands zu provozieren, das nach dem Zusammenbruch Frankreichs in Südosteuropa geradezu übermächtig geworden war. Dieser Erwartung konnte Prinz Paul genügen, da er darin selbst die einzige Überlebenschance für seinen Staat erkannte. Churchills abrupte Interventionsforderung stürzte ihn nun in tiefe

Verzweiflung, da ihm die Freundschaft Englands über alles ging – mit Außnahme der elementaren Interessen seines tief fraktionierten Landes, das er unbedingt für den noch minderjährigen König erhalten wollte. Das aber ließ sich nur bei Kriegsvermeidung gewährleisten. Prinz Paul sah sich in einer tödlichen Falle, einem Entscheidungszwang zwischen zwei kriegsführenden Großmächten.

Solange die Deutschen die Donau noch nicht überschritten hatten, lehnte Athen Landungen englischer Truppen auf dem griechischen Festland ab, um Hitler nicht zu provozieren. Auch in Belgrad sah man ein Fußfassen der Engländer in Saloniki höchst ungern. Auf englisches Drängen hin unternommene Verhandlungen zwischen Belgrad und Ankara über eine gemeinsame Aktion, falls die Deutschen durch Bulgarien Griechenland angriffen, scheiterten.[18]

Seit Ende 1940 schalteten sich – auf Churchills Drängen hin – zunehmend auch die direkt am Krieg noch gar nicht beteiligten *USA* in den diplomatischen Kampf um Jugoslawien ein. Präsident Roosevelt hatte sich um die Erhaltung des Friedens in Europa bemüht, um eine Beeinträchtigung der amerikanischen Exportmärkte in Europa zu verhindern – die USA litten immer noch schwer unter den Folgen der Weltwirtschaftskrise. Nach dem Scheitern seiner Friedenspolitik agierte er zugunsten der Westmächte, aber der Isolationismus beherrschte die große Mehrheit der amerikanischen Wähler nach den frustrierenden Erfahrungen mit dem Kriegseinsatz der USA 1917/19. So konnte er nicht offen in den Krieg eingreifen, sondern den bedrohten Staaten in Südosteuropa 1940/41 nur gute Ratschläge erteilen und große Versprechungen für die Behandlung Jugoslawiens nach dem erwarteten Endsieg der Westmächte machen. Auch ignorierte und überschätzte er die militärischen Möglichkeiten der Südoststaaten gegenüber der deutschen Kriegsmaschinerie ganz erheblich – ebenso wie Churchill.

Vom 23. bis zum 25.1.1941 weilte Colonel Donovan, ein persönlicher Vertrauter Roosevelts, in Belgrad. Der Prinzregent erklärte seine Entschlossenheit, jede Beeinträchtigung der jugoslawischen Souveränität mit Waffengewalt zu bekämpfen, legte sich indessen auf keine Intervention gegen Bulgarien fest, falls dieses die Deutschen durchlasse. Maček erklärte Donovan, Jugoslawien müsse die gemäßigten Vorschläge Hitlers annehmen, um später in aussichtsreicherer militärischer Lage als jetzt in einen wahrscheinlichen deutsch-sowjetischen Konflikt eingreifen zu können. Nur General Simović sprach sich Donovan gegenüber für eine Ablehnung aller deutschen Forderungen aus und eröffnete ihm seine Staatsstreichpläne, falls die Regierung „umfalle“. Donovan und der amerikanische Gesandte in Belgrad, Lane, empfahlen ein diplomatisches Engagement Washingtons zwecks Bildung eines Balkanblocks, aber Hull, der Staatssekretär des Äußeren, lehnte dies ab, da die USA weder innen- und außenpolitisch noch militärisch auf eine Intervention in den Krieg vorbereitet waren.[19] Roosevelt selbst hatte soeben die Präsidentenwahl mit dem Slogan „He kept us out of war“ erneut gewonnen.

Anfang Februar 1941 verdichteten sich die Nachrichten über einen unmittelbar bevorstehenden Beitritt Bulgariens zum Dreimächtepakt mit nachfolgendem deutschen Einmarsch derartig, dass sich der Prinzregent zur Entsendung Cvetkovićs und Cincar-Markovićs nach Deutschland entschloss, wofür Gregorić schon vorher in einem Brief an das Auswärtige Amt die Voraussetzungen geschaffen hatte. Vergeblich suchten Churchill und Hull, dem Prinzregenten den Rücken zu stärken. In Belgrad hatte man kein Vertrauen zu den USA, die selbst aus dem Krieg herausbleiben wollten, den gefährdeten kleinen Staaten aber gute Ermahnungen gäben. Als Roosevelt am 14.2.1941 persönlich an Belgrad appellierte,[20] verhandelten Cvetković und Cincar-Marković bereits mit Hitler und Ribbentrop in Deutschland.

Das vom Gesandten Dr. Paul Schmidt angefertigte ausführliche Protokoll der Unterredung zwischen Ribbentrop, Cvetković und Cincar-Marković auf *Schloss Fuschl bei Salzburg* lässt anschaulich erkennen, in welchem größeren Kontext der deutsch-jugoslawischen Beziehungen beide Seiten die anstehenden Verhandlungen und Entscheidungen verorteten. Nach Cvetkovićs Einführung erklärte Ribbentrop:

> „… auch Deutschland sei immer der Auffassung gewesen, dass der Friede auf dem Balkan ein an sich erstrebenswertes Ziel sei. Die Dinge seien jedoch anders gelaufen. Der griechisch-italienische Konflikt sei ausgebrochen. Über dessen Vorgeschichte gäbe es bekanntlich mehrere Versionen, aber sicher sei, dass die Griechen in der einen oder der anderen Form vor Ausbruch des Konflikts mit Italien für England Stützpunkte hergegeben hätten.“

Angesichts der Erfahrungen mit der Saloniki-Front 1915–18

> „müsse völlige Klarheit darüber bestehen, dass, wenn die Engländer sich in Griechenland weiter festsetzen, Deutschland sie dort genau so hinausfegen würde, wie dies an anderen Stellen in Europa geschehen sei. … In dem Gefühl seiner eigenen Stärke und der Kenntnis dessen, was es machtmäßig jetzt und in Zukunft leisten könne, sei sich Deutschland seines Sieges absolut sicher. Unter diesen Umständen glaube er, dass es für alle Länder wichtig sei, in irgendeiner Form zu der von Deutschland geplanten Neuordnung Stellung zu nehmen.“

Für England werde die Lage immer katastrophaler,

> „wenn erst der kombinierte U-Boot- und Luftkrieg einsetze. … England würde unter diesen Umständen noch im Laufe dieses Jahres erkennen, dass die Weiterführung des Krieges zwecklos sei. … Wenn Roosevelt seine jetzige Politik fortsetze, würde er dadurch Japan auf den Plan rufen, das den Engländern in Ostasien furchtbare Schläge versetzen könne. Wenn Japan sich zum Vorgehen gegen die Engländer dort entschließe, so gäbe es kein Hindernis. Die amerikanische Flotte würde sich nicht über die Zone der Hawaiischen Inseln hinauswagen, … Bei einem Zusammentreffen zwischen der japanischen und der amerikanischen Flotte würde die erstere zweifellos

> den Sieg davontragen. Darin seien sich der Führer und seine Marinesachverständigen absolut einig."

Ribbentrop kam dann

> „auf Russland zu sprechen, mit dem aus nüchternen Erwägungen heraus ein Ausgleich geschaffen worden sei. Die Deutschen seien jedoch keine Bolschewisten und würden es nie werden. Auch in diesem Punkte bestehe also mit Jugoslawien Einigkeit. Solange Stalin lebe, … würde Russland nichts gegen Deutschland unternehmen, denn Stalin wisse, dass ein Konflikt mit Deutschland zur Vernichtung seines Regimes und seines Landes führen würde. Trotz seines Freundschaftsvertrages mit Russland sei Deutschland auf der Wacht und verlasse sich hier nicht nur auf die Verträge, sondern vor allem auf die Stärke der ihm zur Verfügung stehenden Divisionen."[21]

Ribbentrops Darlegungen über die deutschen Siegeschancen sind schon für das Frühjahr 1941 – nach der Niederlage in der Luftschlacht über England – Ausdruck ideologisch verzerrter Wirklichkeitswahrnehmung, die von der Prämisse absoluter Überlegenheit des totalitären Führerstaates über die angelsächsischen Demokratien ausging. Gleichwohl ließen sich Cvetković und Cincar-Marković davon nicht blenden: Sie gingen auf Imponiergehabe und Drohgebärden des Reichsaußenministers laut Protokoll mit keinem Wort ein, sondern machten gegenüber der deutschen Forderung nach unmittelbarem Beitritt zum Dreimächtepakt einen Gegenvorschlag, um Zeit zu gewinnen: Bildung eines starken Neutralenblocks auf dem Balkan aus Jugoslawien, Bulgarien und der Türkei, dem ehemaligen Partner aus der Balkan-Entente. Dieser Block solle die Griechen von der Verbindung mit England abbringen und eine italienisch-griechische Verständigung vermitteln. Falls eine solche diplomatische Aktion scheitere, habe Jugoslawien Handlungsfreiheit, um einen Beitritt zum Dreimächtepakt in Aussicht zu nehmen.

Ein derartiges Lavieren, das durch die innenpolitische Situation in Jugoslawien verursacht wurde, aber auch tiefsitzende Zweifel am von Ribbentrop und Hitler prognostizierten deutschen Endsieg erkennen ließ, stärkte vor allem das Misstrauen der deutschen Seite. Jedenfalls ließ sich Ribbentrop darauf nicht ein und fragte Cvetković direkt,

> „ob er es denn für möglich hielte, die Engländer aus dem griechischen Territorium auf friedliche Weise hinauszubringen. Bei der Tätigkeit Englands in Griechenland, die sich in der Anlage und aus dem Ausbau neuer Flugplätze und der Besetzung der Inseln, wie Kreta, zeige, die offensichtlich als Ausgangspunkte für einen Angriff auf die rumänischen Petroleumfelder dienen sollten, scheine ihm dies mehr als zweifelhaft. Selbst dem griechischen König (Georg II., B. M.) würde es nicht mehr gelingen, die Engländer loszuwerden."

Das Hauptproblem des jugoslawischen Vorschlags war aber nicht England, sondern Italien, in dessen Interessensphäre vereinbarungsgemäß der ganze Balkan lag. Daher verwies Ribbentrop seine Gesprächspartner für die weitere Bearbeitung ihres Vorschlags nach Rom. Es war aber leicht abzusehen, dass Mussolini mit einem solchen unheroischen Abschluss seines Angriffs auf Griechenland nicht einverstanden sein würde.

Schließlich versuchte Ribbentrop, die Jugoslawen mit folgendem Argument zu überzeugen:

> „Der Dreierpakt habe das Ziel, die Kriegsausweitung zu verhindern. Er stelle also keinen Bündnisvertrag gegen England dar, dem Jugoslawien beitrete. Er wolle verhindern, dass Amerika in den Krieg eintrete, wobei zu bemerken sei, dass Japan erst nach einem amerikanischen Kriegseintritt seinerseits am Kriege teilnehmen würde. Außerdem solle der Dreierpakt ‚zur baldigen Wiederherstellung des Friedens' dienen. Hierzu sei zu bemerken, dass eine schnelle Beendigung des Krieges im Interesse aller Länder einschließlich der jetzigen Feinde der Achse liege. Mit Italien habe sich Deutschland auf der in den früheren Gesprächen in Aussicht genommenen Grundlage so gut wie geeinigt. Im Interesse der Neuordnung Europas wäre es jedenfalls gut, wenn die Staaten des europäischen Kontinents zusammenstünden und eine Einheitsfront bildeten."

Nach der Besprechung mit Ribbentrop trafen sich Cvetković und Cincar-Marković mit Hitler auf dem *Obersalzberg*, auch darüber berichtet ein ausführliches Protokoll des Gesandten Schmidt.[22] Neue Argumente und Gesichtspunkte tauchten nicht mehr auf, nur betonte Hitler Englands Schuld am Ausbruch des Krieges und steigerte sich noch stärker als Ribbentrop in Imponiergehabe und Siegeszuversicht. Auch diese Unterredung blieb ohne konkretes Ergebnis, die Jugoslawen erklärten nur ihre absolute Entschlossenheit zur Neutralität und sagten genaue Unterrichtung des Prinzregenten zu. Ein direktes Gespräch zwischen diesem und Hitler hielten sie für empfehlenswert.

Belgrad geriet immer mehr in ein heilloses Dilemma. Eine jugoslawische Aktion gegen den bevorstehenden deutschen Einmarsch in Bulgarien war der einzige Ausweg, um die völlige Einkreisung Jugoslawiens zu verhindern, auf die nach Überzeugung des Prinzregenten ebenso wie derjenigen Roosevelts und Churchills weitere deutsche Forderungen folgen würden. Aber dieser einzige Ausweg war innenpolitisch unmöglich, da die Kroaten es ablehnten, für die Sicherheit Salonikis zu kämpfen, ihr Land zugunsten einer – militärisch allein aussichtsreichen – Konzentration der Verteidigung im Süden aufzugeben und für den verhassten Staat zu sterben. Der von den Kroaten stattdessen geforderte Beitritt zum Dreierpakt barg seinerseits die Gefahr einer offenen Rebellion der Serben.[23] Innen- und Außenpolitik Jugoslawiens blieben auch angesichts unmittelbarer Kriegsgefahr heillos verstrickt.

Am 17.2.1941 schloss die *Türkei* mit Bulgarien ein Freundschaftsabkommen, wonach ziemlich sicher war, dass sie einem deutschen Angriff durch Bulgarien gegen Griechenland tatenlos zusehen würde. Der Prinzregent reagierte bitter auf die türkische Haltung. Daraufhin beschwor ihn Roosevelt in einer persönlichen Botschaft vom 22.2.1941, nicht nur an die Gegenwart, sondern auch den künftigen Endsieg des Westens zu denken, der auch durch den Widerstand kleiner Nationen gefördert werde. Der Prinzregent antwortete, er werde jedem Angriff auf die jugoslawische Souveränität widerstehen und den Dreimächtepakt nicht unterzeichnen. Inzwischen aber war der Aufmarsch von 680.000 Mann vorzüglich ausgerüsteter deutscher Truppen in Rumänien vollendet, ihr Einrücken in Bulgarien konnte beginnen. Letzte englische Bemühungen, eine jugoslawische und türkische Intervention dagegen zu veranlassen, blieben vergeblich. Der Prinzregent lehnte sogar den Besuch des englischen Außenministers Eden in Belgrad höflich ab, um Deutschland nicht zu provozieren.[24]

Am 1.3.1941 trat *Bulgarien* nach langem Zögern dem Dreierpakt bei, am 2. marschierten die Deutschen ein. Die sowjetische Reaktion zeigte dem Prinzregenten, dass Jugoslawien im Ernstfall keinen Rückhalt an Moskau finden würde. Furcht und Hass erfuhren in Jugoslawiens öffentlicher Meinung eine neue Steigerung.[25]

Churchill und Eden bemühten sich auch noch nach dem deutschen Einmarsch in Bulgarien um die Bildung eines griechisch-jugoslawisch-türkischen Blocks und eine jugoslawische Präventivaktion gegen Albanien. Eden versprach umfangreiche englische Truppenhilfe auf dem Balkan und bat um Entsendung eines jugoslawischen Stabsoffiziers, damit man sich über die Verteidigung Salonikis einigen könne. Tatsächlich kam auch am 6.3.1941 Oberleutnant Perešić nach Athen, der indessen aus innenpolitischen Gründen die von dem griechischen Oberbefehlshaber Papagos für notwendig gehaltene Räumung der nordjugoslawischen Gebiete ablehnen musste und sich im Übrigen vor allem nach der Stärke der für Griechenland vorgesehenen englischen Streitkräfte erkundigte. Als er hierüber keine befriedigende Auskunft erhielt, hörte man in Athen nichts mehr aus Belgrad.

Churchill bat am 10.3.1941 um entschiedenere diplomatische Unterstützung Washingtons bei der Gewinnung Belgrads, aber Hull lehnte wiederum jedes Engagement ab, das eine sofortige Intervention der USA notwendig machen konnte. Während sich Mitte März der deutsche Druck auf Jugoslawien bis zum Äußersten verschärfte, ließ Belgrad in London und Washington wissen, dass es mit Rücksicht auf die Kroaten und Slowenen nicht für Saloniki kämpfen könne, aber auch nicht über einen Neutralitätsvertrag mit Deutschland hinausgehen wolle. Jedoch begann gleichzeitig die Abziehung der jugoslawischen Guthaben aus den USA, da Roosevelt anlässlich des bulgarischen Beitritts zum Dreierpakt die bulgarischen Guthaben eingefroren hatte. Der amerikanische Gesandte in Belgrad vermutete nunmehr zutreffend, dass Jugoslawien dem Dreimächtepakt unter Abstrich der militärischen Verpflichtungen beitreten werde.[26]

Der Prinzregent fuhr am 4.3. zu einer Geheimbesprechung mit Hitler nach *Berchtesgaden*. Dort erklärte er offen seine persönlichen und vor allem seine innenpolitischen Probleme mit dem verlangten Beitritt zum Dreimächtepakt und brachte sein tiefes Misstrauen gegen Italien zum Ausdruck. Hitler erklärte ihm, Deutschland selbst würde sich mit einem Freundschaftsvertrag zufriedengeben, aber um Jugoslawien vor weitergehenden Sicherheitsforderungen Italiens zu schützen, sei wohl ein Beitritt Belgrads zum Dreierpakt die beste Lösung. Um den Prinzregenten über die weiteren deutschen Absichten zu beruhigen, ließ Hitler durchblicken, dass er im Sommer gegen Russland vorgehen wolle. Dieser aber behielt sich seine Entscheidung vor.[27]

Nach seiner Rückkehr aus Deutschland suchte Prinz Paul den *Kronrat* für die Vorschläge Hitlers zu gewinnen, aber die meisten der Befragten waren nur zu einem Freundschaftsvertrag bereit, wollten andererseits jedoch eine Verteidigung Salonikis gegen den bevorstehenden deutschen Angriff nicht riskieren. Der Prinzregent war der – gut nachvollziehbaren – Auffassung, dass man besser eine Einschränkung der Freiheit ohne Einbuße von Menschenleben als die völlige Unterdrückung und Aufteilung des Landes nach Verlust von 200.000 bis 300.000 Menschenleben in Kauf nehmen könne. Er lehnte es jedoch ab, so große Konzessionen wie Bulgarien an Deutschland zu machen. Kriegsminister Pešić erklärte, dass man sich auch in den bosnischen Bergen nur wenige Wochen werde halten und auch nicht auf englische Hilfe werde rechnen können. Allein das nominelle Regentschaftsmitglied Stanković meinte, man müsse sich die Sympathie der Westmächte erhalten und einen möglichst großen Teil der jugoslawischen Streitkräfte evakuieren, um wie 1916/18 außer Landes zu kämpfen. Pešić aber protestierte gegen die Auslieferung des Volkes an den Feind, Maček und der Slowenenführer Kulovec stimmten ihm zu. Schließlich einigte man sich, dem Dreierpakt unter der Bedingung beizutreten, dass Berlin mit der Publizierung der deutschen Sonderzusagen einverstanden sei, wovon man sich vor allem eine Beruhigung der serbischen Öffentlichkeit versprach.[28]

Hitler gestand nach anfänglichem Protest die Publizierung der Klauseln über Respektierung der jugoslawischen Souveränität und Integrität sowie über den Verzicht der Achse auf Truppendurchmarsch zu, nicht aber derjenigen über die Befreiung von Militärhilfe. Die deutsche Nachgiebigkeit löste in Belgrad keine einhellige Freude aus, da sie der Regierung den Kroaten gegenüber jeden Vorwand aus der Hand schlug, den Pakt abzulehnen, obgleich die Serben dies wegen ihres unausrottbaren Misstrauens gegen die deutschen Zusagen entschieden vorgezogen hätten.[29] Hier erweist sich die vertrackte, unauflösliche Verflechtung innen- und außenpolitischer Problemlagen überdeutlich, die die Geschichte des Königreichs Jugoslawien seit seiner Gründung 1918 geprägt hatte und die auch in einer extremen Gefahrensituation nicht wenigstens zeitweise neutralisiert werden konnte.

In der Nacht zum 21.3.1941 legte der Prinzregent Hitlers Forderung dem *Ministerrat* vor. Die Mehrheit stimmte für den Pakt. Daraufhin reichten drei serbische

Minister ihren Rücktritt ein, was den Rückhalt der Regierung im Serbentum dramatisch verminderte und eine Verschiebung der endgültigen Entscheidung bewirkte, da vorher das Kabinett wieder vervollständigt werden musste. In Berlin war man äußerst irritiert. Heeren wurde zur Überreichung eines Ultimatums instruiert, dass Jugoslawien sich bis zum 23.3.1941, 24 Uhr, für die Unterzeichnung am 25.3.1941 entschieden haben müsse. Belgrad nahm an.[30] Die deutsche Fristsetzung wurde mit dem Besuch des japanischen Außenministers Matsuoka begründet, den Hitler mit der Vollzugsmeldung beeindrucken wollte.

Die Entscheidung der jugoslawischen Regierung löste neue englische und amerikanische Pressionen aus, den Beitritt Belgrads zum Dreierpakt im letzten Augenblick doch noch zu verhindern, aber alle Drohungen und Hilfsversprechen blieben vergeblich. Der Prinzregent erklärte dem amerikanischen Gesandten voller Verzweiflung: "You big nations are hard, you talk of our honour, but you are far away." Cvetković gab am 22.3. zu, dass die deutschen Versprechen wertlos seien, meinte aber, dass der Dreierpakt in der Form, in der Jugoslawien ihn unterzeichne, sich nicht gegen die Westmächte richte. Churchill erklärte den Ruin Jugoslawiens als „sicher und unwiderruflich", wenn es an der Niederwerfung Griechenlands mitschuldig würde; Jugoslawien komme um den Krieg nicht herum, und jetzt sei noch die beste Gelegenheit zur Intervention. Gleichzeitig ging die öffentliche Erregung der Serben ihrem Höhepunkt entgegen. Am 23.3.1941 abends teilte der Prinzregent dem amerikanischen Gesandten mit, dass Jugoslawien am 25.3. unterzeichnen werde, und rief aus: "I am out of my head, I wish I were dead." Daraufhin fror Roosevelt am 24.3. die jugoslawischen Guthaben in den USA ein. London ließ in Belgrad eine Drohnote gegen den Übertritt Jugoslawiens in das Lager der Achse überreichen.[31]

Am 25.3.1941 unterzeichneten Cvetković und Cincar-Marković in Wien (Schloss Belvedere) das Protokoll über den *Beitritt Jugoslawiens zum Dreimächtepakt*. Eine Note Ribbentrops an Cvetković bestätigte den Entschluss der deutschen Regierung, „die Souveränität und die territoriale Integrität Jugoslawiens jederzeit zu respektieren". In einer weiteren Erklärung bekundete Ribbentrop, dass die Achsenmächte keinen Anspruch auf militärischen Beistand Jugoslawiens erheben würden. In einer dritten Note verzichteten die Achsenmächte auf jede Durchmarschforderung an Jugoslawien während des Krieges. Sie verbürgten sich auch, keinen Transit von Kriegsmaterial durch Jugoslawien zu verlangen.

Außerdem erhielt Cvetković die Zusicherung, dass Saloniki nach dem Krieg zu Jugoslawien kommen werde. Schließlich traf man noch Zusatzvereinbarungen über die Umstellung der jugoslawischen Wirtschaft auf die deutschen Kriegsbedürfnisse und die Bekämpfung der achsenfeindlichen Propaganda in Jugoslawien.[32]

In einer anschließenden Rede erklärte Cvetković, indem Jugoslawien sich der Neuordnung Europas anschließe, sichere es seine friedliche Zukunft und erfülle

„die höchste Pflicht ebenso gegenüber sich selbst wie auch gegenüber der europäischen Gemeinschaft“. Während Cvetković in seiner Rede betont zurückhaltend blieb, erklärte Ribbentrop, der jugoslawische Beitritt zum Dreierpakt sei umso wichtiger, als „sich ein Staat zu uns gesellt hat, von dem England immer noch glaubte, es könne durch Einmischung in seine inneren Verhältnisse gewisse Kräfte dieses Staates für die von ihm angezettelten Intrigen gegen diese Neuordnung Europas mobilisieren“; England habe die europäischen Völker immer für seinen eigenen Vorteil aufeinander gehetzt, Deutschland aber verfechte keine politischen Interessen auf dem Balkan und wolle dort nur eine gerechte Neuordnung schaffen gegen weitere englische Einmischungsversuche.[33] Das war die propagandistische Ausschlachtung einer unverblümten Erpressung.

Nach dem jugoslawischen Beitritt zum Dreimächtepakt kam es auch zu einer Unterredung im Wiener Hotel Imperial zwischen Hitler und Cvetković in Anwesenheit der beiderseitigen Außenminister. Hitler feierte den Beitritt als Sieg der Staatsräson über Gefühle und Stimmungen und gab seiner besonderen Freude darüber Ausdruck,

> „dass Jugoslawien nun dem Bund des neuen Europa beigetreten sei, weil dieser Beitritt die Möglichkeit für Deutschland eröffne, seine Stimme und sein Gewicht für die Ausgestaltung Jugoslawiens in Zukunft in die Waagschale zu werfen. Gerade weil Deutschland in Südosteuropa keinerlei politische oder territoriale Interessen habe, während es andererseits mit Italien verbündet sei, sei es ihm äußerst willkommen, wenn es jetzt durch den Beitritt Jugoslawiens zum Dreimächtepakt das moralische Recht erwürbe, nicht aus egoistischen politischen oder territorialen Interessensgründen, sondern auf Grund des neuen Bündnisvertrags bei der kommenden Gestaltung des südöstlichen Raumes mitzureden. …
> Insbesondere würde die Erwerbung eines Zugangs zum Ägäischen Meer wohl als der erfolgreichste Akt der jugoslawischen Außenpolitik angesehen werden und vor der Geschichte als eine Art Freispruch für diejenigen gelten, die heute schwierige Entscheidungen zu treffen hatten, die von manchen Jugoslawen nicht begriffen oder schmerzlich empfunden würden.“

Das war die zynische Verharmlosung eines „Danaergeschenks“.

Dann kam Hitler auf die Wirtschaftspolitik zu sprechen:

> „Die Elemente, mit denen man auf wirtschaftlichem Gebiet zu rechnen hätte, seien die gleichen wie früher: Hunger, Rohstoffbedürfnisse sowie Bedarf an Lebensmitteln und Industriewaren. Auch in Bezug auf den Aufbau einer vernünftigen europäischen Wirtschaft sei durch den heute erfolgten Beitritt Jugoslawiens zum Dreimächtepakt ein großer Schritt vorwärts getan, obwohl vielleicht die Jugend nicht überall die realistischen Entscheidungen der Staatsmänner begreife.“

Cvetković unterstrich noch einmal Jugoslawiens Bereitschaft zur Mitarbeit an einem neuen, gerechteren Europa und dann

> „die Notwendigkeit, den Warenaustausch zwischen den beiden Ländern auf eine feste Grundlage zu bringen, wobei er erneut die Hoffnung aussprach, sich die großen technischen Erfahrungen des deutschen Volkes für Jugoslawien zu Nutze zu machen. Es handle sich nicht nur darum, die jugoslawische Produktion zu steigern, sondern auch sämtliche nationalen Kräfte für die Erreichung der Wirtschaftsziele einzusetzen."

Das bedeutete praktisch die dauerhafte Einbindung Jugoslawiens in den deutschen Großwirtschaftsraum.

Abschließend kam Cvetković

> „auf die Schwierigkeiten zu sprechen, die vor dem Beitritt Jugoslawiens zum Dreierpakt im Lande selbst zu überwinden gewesen wären. Diese Schwierigkeiten seien beseitigt worden. Die klaren und unzweideutigen Erklärungen, die heute abgegeben worden seien, gäben die Möglichkeit, auch noch die letzten Schwierigkeiten dieser Art aus dem Wege zu räumen."[34]

Darin sollte er sich gründlich täuschen: Gerade die Paktunterzeichnung selbst wirkte in Belgrad wie der Funke im Pulverfass.

3 Der Militärputsch in Belgrad vom 27. März 1941 – der Sturz in den Abgrund [35]

Während die jugoslawischen Minister in Wien den Dreierpakt unterzeichneten, demonstrierten in Belgrad Angehörige aller Volksschichten gegen den Pakt. In der Nacht zum 27.3.1941 führten General Simović und seine Gesinnungsgenossen mit einer ungewöhnlichen Reibungslosigkeit den für den Fall eines Nachgebens der jugoslawischen Regierung vorgesehenen Putsch durch. Um 6 Uhr früh eröffnete Simović eine Konferenz der inzwischen zusammengeholten und völlig überraschten Politiker der alten serbischen Parteien und erklärte ihnen, mit Hilfe des Militärs habe König Peter die Macht übernommen und die Regentschaft aufgelöst. Man einigte sich über die Zusammensetzung der neuen Regierung; Simović wurde Premier, der alte italophile Momčilo Ninčić Außenminister, der, wenn möglich, einen Angriff der Achsenmächte verhindern sollte. Der Prinzregent erfuhr in Agram von dem erfolgreichen Putsch. Er hielt alles für verloren und reiste sofort nach Belgrad zurück, um abzudanken und wenigstens einen Bürgerkrieg zu verhindern.[36]

Hitler wurde durch den Belgrader Putsch trotz einiger unbestimmter Ahnungen völlig überrascht. Er fasste ihn als einen schweren Affront auf, nachdem er mit der gestürzten Regierung gerade durch große Konzessionen zu einem Abschluss gelangt war. Nicht zu Unrecht vermutete er, dass die Putschisten sich nur aufgrund einer von England, der Sowjetunion und den USA gewährten oder erwarteten Rückendeckung zum Handeln entschlossen haben konnten, was ihm angesichts der prekären Lage der Italiener in Albanien eine sofortige Gegenaktion notwendig zu

machen schien. Er berief sogleich die Oberbefehlshaber der Wehrmacht zu einer Lagebesprechung in die Reichskanzlei. Nach Hinweis auf die innenpolitisch bedingte chronische Schwäche der jugoslawischen Regierungen außer derjenigen Stojadinovićs verkündete er seine Entschlossenheit,

> „ohne mögliche Loyalitätserklärungen der neuen Regierung abzuwarten, alle Vorbereitungen zu treffen, um Jugoslawien militärisch und als Staatsgebilde zu zerschlagen. Zusicherungen der jugoslawischen Regierung, denen für die Zukunft doch nicht zu trauen ist, werden zur Kenntnis genommen. Angriff wird beginnen, sobald die hierfür geeigneten Truppen und Mittel bereitstehen"; es sei besonders wichtig, dass „der Schlag gegen Jugoslawien mit unerbittlicher Härte geführt werde".

Gleichzeitig mit dem Vorgehen gegen Griechenland sollte von Bulgarien und Österreich aus in Richtung Belgrad und Albanien angegriffen, das militärische Nervenzentrum Belgrad selbst gleich zu Beginn durch einen Überfall der Luftwaffe vernichtet werden. Vorschläge Jodls und Ribbentrops, man solle doch wenigstens zunächst durch ein Ultimatum die Lage klären, lehnte Hitler ab. Noch in der Nacht zum 28.3.1941 gab Hitler die Weisung Nr. 25 für den Feldzug gegen Jugoslawien heraus, am 30.3. folgte die Aufmarschanweisung für das Heer. Der Angriffsbeginn wurde nach mehreren Verschiebungen auf den 6.4.1941 festgesetzt. Das war eine radikale Abkehr von der gesamten bisherigen Jugoslawienpolitik Deutschlands, die durchaus auch im deutschen Interesse gelegen hatte.[37]

Hitler bemühte sich gleichzeitig, Italien, Ungarn und Bulgarien gegen Jugoslawien aufzubieten in der Erwartung, dass diese aufgrund ihrer territorialen Forderungen an Belgrad gerne folgen würden. Mussolini erhielt in der Nacht zum 29.3.1941 eine entsprechende Botschaft Hitlers und zeigte sich von dem Putsch – wie er schadenfroh formulierte – „nicht im Allergeringsten" überrascht, sah langgehegte Pläne reifen und erklärte, ein Krieg gegen Jugoslawien werde in Italien sehr populär sein. Die Ungarn indessen zögerten auf den Appell Hitlers, da ihre tiefsitzenden Zweifel am deutschen Endsieg ihnen ein Eingreifen in den Krieg als unratsam erscheinen ließen. Indessen schlossen sie sich angesichts der Alternativlosigkeit ihrer aktuellen Lage am 11.4.1941 dem deutschen Angriff auf Jugoslawien an. Bulgarien, das die Wendung in Belgrad mit unverhohlener Freude aufgenommen hatte, aber mit Rücksicht auf die Türkei nicht aktiv eingreifen konnte, marschierte erst nach der jugoslawischen Kapitulation in das von ihm beanspruchte Mazedonien ein. Den Rumänen, die keine Ansprüche an den früheren Verbündeten hatten, fiel die Aufgabe der Deckung gegen Russland zu.[38]

Maček hatte sich infolge der wohlbegründeten Überzeugung, dass Jugoslawien durch Ablehnung des Dreierpakts nur eine auch für die Westmächte nutzlose Katastrophe heraufbeschwören werde, für den Abschluss mit Deutschland eingesetzt und dem Prinzregenten am Morgen des 27.3.1941 in Agram sogar geraten, auf loyale kroatische Truppen gestützt gegen Belgrad zu marschieren. Der Putsch war

den Kroaten umso verdächtiger, als er in Belgrad die alten chauvinistischen Parteien Serbiens wieder an die Macht gebracht hatte, von denen eine Beseitigung der noch ganz ungefestigten kroatischen Autonomie befürchtet wurde. Simović war sich indessen bewusst, dass er die Kroaten angesichts der außenpolitischen Krise unbedingt gewinnen musste. Seine durch die Lage erzwungene kroaten- und achsenfreundliche Politik enttäuschte die Serben, die ein weit radikaleres Vorgehen erwartet hatten. Maček entschloss sich erst am 4.4. nach langwierigen Verhandlungen, in denen Simović Anerkennung der kroatischen Autonomie und des jugoslawischen Beitritts zum Dreimächtepakt versprechen musste, gegen den Rat der meisten seiner Mitarbeiter zum Eintritt in die neue Regierung, um noch das Mögliche zur Vermeidung des Krieges zu tun – die wohl katastrophalste Fehlentscheidung seiner politischen Laufbahn. Die unklare Deutschlandpolitik Simovićs enttäuschte ihn schwer und ließ ihn an der Zukunft Jugoslawiens verzweifeln.[39]

Maček hätte sich lieber mit Berlin als mit Belgrad verständigt. Hitler hatte auch die Absicht, die Lage der Putschregierung durch Zusicherungen an die Kroaten zu erschweren. In diesem Sinne arbeitete die deutsche Propaganda. Rosenberg als Leiter des „Außenpolitischen Amtes der NSDAP“ riet Hitler zur Verständigung mit Maček und leitete entsprechende Verhandlungen in Agram ein. Diese wurden indessen durch Ribbentrops unnachgiebige Haltung zum Scheitern gebracht, so dass Maček sich schließlich zum Abschluss mit Simović gezwungen sah. Ribbentrop hatte sich aus persönlicher Rivalität gegen Rosenberg für den italienischen Kandidaten als Staatschef Kroatiens, Pavelić, entschieden, obgleich dieser nur über einen viel geringeren Anhang in Kroatien verfügte als Maček. Ribbentrops Delegierter Veesenmayer wurde sich in Agram mit dem Chef der Heimatorganisation der Ustaša, Slavko Kvaternik, schnell einig. Obgleich Maček von Belgrad aus Loyalität für die neue Regierung forderte, sabotierten die Kroaten die Mobilmachung und den Kampf gegen die Deutschen. In weiten Teilen Kroatiens wurden die einrückenden deutschen Truppen als Befreier begrüßt. Am 10.4.1941 rief Kvaternik in Agram den „Unabhängigen Staat Kroatien“ aus.[40]

Churchill sah in dem Belgrader Staatsstreich eine neue Möglichkeit für die Bildung eines griechisch-jugoslawisch-türkischen Blocks – eine krass opportunistische Verkennung der gegebenen Realitäten. Aber er stieß in Ankara weiterhin auf Ablehnung. In Belgrad bemühte sich General Dill, der Chef des britischen Reichsgeneralstabes, die Jugoslawen zu einem Präventivangriff in den Rücken der italienischen Albanienfront zu veranlassen. Aber Dill fand in Belgrad nur Kopflosigkeit vor. Simović war keineswegs der „starke Mann“, den man erwartet hatte. Er durfte wegen der Haltung der Kroaten keine Herausforderung Deutschlands wagen und wollte höchstens dann in den Krieg eintreten, wenn die Deutschen Saloniki angriffen; auch konnte er sich nicht zur Räumung Sloweniens und Kroatiens entschließen, was für einen nachhaltigen Widerstand im Süden notwendig gewesen wäre. Englisch-griechisch-jugoslawische Generalstabsbesprechungen in Florina am

4.4.1941 blieben ergebnislos. Churchills Bemühungen um Belgrad hatten ebenso wie vergebliche amerikanische Versuche, Jugoslawien noch Kriegsmaterial zukommen zu lassen, den alleinigen Effekt, Hitlers Argwohn gegen Jugoslawien weiter zu bestärken.[41]

Hitler hatte über das Schicksal Jugoslawiens bereits entschieden, bevor die neue Regierung sich überhaupt äußern konnte. Noch am Morgen des 27.3.1941 erklärte der gerade ernannte Außenminister Ninčić dem deutschen Gesandten, der Putsch sei nur aus innenpolitischen Gründen erfolgt, da die Regierung Cvetković im Volke jede Autorität verloren habe; Belgrad werde die Unterschrift unter den Dreierpakt beibehalten und wolle vor der Ratifikation nur noch die authentische Interpretation der Geheimklauseln mit Deutschland verhandeln, um die Unabhängigkeit Jugoslawiens zu sichern. Dieses Vorgehen erschien Ninčić als das beste Mittel, Zeit zu gewinnen und sich außen- und innenpolitisch die Gunst aller Mächte und Parteien zu erhalten. Heeren aber hatte aus Berlin bereits den strikten Befehl bekommen, sich auf keinerlei Verständigungsbemühungen mehr einzulassen. Das Verhalten des serbischen Volkes, das sich am 27.3.1941 nach sechs Jahren einer ihm verhassten Innen- und Außenpolitik der Regierung auf den Straßen Belgrads in heftigen antideutschen Kundgebungen Luft verschaffte, sowie die überschwängliche Reaktion in England und Amerika auf den Putsch beseitigten in Hitler jeden Zweifel an den wahren Absichten der Regierung, zumal diese seit dem 28.3. getarnte Mobilmachungsmaßnahmen anordnete.[42]

Ninčić versuchte nun, über Rom zu einer Verständigung mit Berlin zu kommen – aber vergeblich. Simović nämlich erklärte am 28.3.1941 dem italienischen Gesandten Mameli, wenn Italien die Deutschen nicht von einem Angriff auf Saloniki abhalte, müsse er schon mit Rücksicht auf die Volksstimmung gegen die Italiener in Albanien vorgehen, um eine völlige Einkreisung Jugoslawiens zu verhindern. Dieses äußerst unkluge und leichtsinnige Erpressungsmanöver verbaute alle Wege einer Verständigung mit Italien, auch wenn Mussolini am 29.3. nicht die Botschaft Hitlers erhalten hätte. Alle weiteren Bemühungen Ninčičs, Rom und Berlin von der Aufrichtigkeit Belgrads zu überzeugen, blieben nunmehr vergeblich. Die deutsche Propaganda berichtete nach bewährtem Muster von fürchterlichen Gräueln gegen die Reichs- und Volksdeutschen in Jugoslawien.

Am 2.4.1941 verließ der deutsche Gesandte Heeren auf ausdrückliche Weisung und gegen seinen Willen Belgrad, kurz darauf folgten ihm die Gesandten der übrigen Dreierpaktstaaten. Der jugoslawische Gesandte in Berlin bemühte sich vergeblich um irgendeinen Kontakt mit dem Auswärtigen Amt, bis ihm schließlich die Pässe ausgehändigt wurden.[43]

Im Unterschied zu Ninčić hatte Simović seine ganze Hoffnung auf einen Rückhalt an Russland gesetzt, obwohl Moskau offensichtlich noch nicht zu einem Krieg gegen Deutschland bereit war. Zweifellos aber kam der Umschwung in Belgrad der

Sowjetunion gelegen, indem er dem beängstigenden deutschen Vormarsch auf dem Balkan ein neues Hindernis entgegenstellte. Doch geriet Moskau nun in eine schwierige Lage, da endlich ein Land seinen in den letzten Monaten laut verkündeten Erwartungen entsprach und sich gegen die „Kriegsausweitung“ auflehnte, somit Stalin schon aus Prestigegründen verpflichtend, irgendeinen Schritt der Solidarität zu unternehmen. Daher bot der sowjetische Geschäftsträger in Belgrad, Lebedew, Simović noch am 27.3.1941 im Auftrage des stellvertretenden Außenkommissars Wyschinski einen Beistandspakt an. Offenbar hielt Stalin es kurz nach dem Putsch noch für möglich, dass Deutschland sich dadurch vom Angriff auf Jugoslawien abschrecken lassen werde. Als aber am 4.4.1941 in Moskau russisch-jugoslawische Paktverhandlungen begannen, hatte Stalin sich bereits überzeugt, dass Hitler in jedem Falle gegen Jugoslawien losschlagen werde. Da er einen Krieg mit Deutschland aber noch vermeiden wollte, ließ er sich trotz Lebedews Angebot und zur großen Enttäuschung der Jugoslawen nur zu einem Freundschafts- und Nichtangriffsvertrag herbei, der in der Nacht zum 6.4.1941 unterzeichnet wurde und zweifellos eine moralische Unterstützung für die neue Belgrader Regierung darstellte, aber auch nicht mehr.[44]

Jugoslawien blieb dem deutschen Angriff allein ausgesetzt. Die Nachricht von sowjetisch-jugoslawischen Verhandlungen bestärkte in Hitler nur die Überzeugung, dass Russland an dem Belgrader Putsch beteiligt gewesen sei und beseitigte auch seine letzten Zweifel an der Notwendigkeit des von ihm geplanten Angriffs auf die Sowjetunion. Moskau suchte vergeblich, Berlin von den friedlichen Absichten der Belgrader Regierung zu überzeugen – die deutsche Antwort war die Mitteilung des Angriffs auf Jugoslawien.[45]

Am 6.4.1941 morgens um 5 Uhr verkündete Hitler über den Rundfunk in einem „Aufruf an das deutsche Volk“, dass Deutschland sich mit Jugoslawien und Griechenland im Kriegszustand befinde. In Jugoslawien habe sich trotz achtjähriger deutscher Freundschaftsbemühungen eine Verbrecherclique vom Schlage der Mörder von Sarajewo zum Kampf für die Interessen Englands bereitgefunden. Ohne vorherige offizielle Kriegserklärung begann die deutsche Luftwaffe um 7 Uhr ein dreitägiges Bombardement Belgrads. Am 17.4.1941 kapitulierte die jugoslawische Armee. Das Land wurde aufgeteilt. Für die Bevölkerung begannen Jahre furchtbarer Leiden.[46]

---

1 Vgl. zum Gesamtkapitel *Hoptner* S. 247-92; *Wuescht* S. 139-80; *Olshausen*, Zwischenspiel S. 45-96; *Breccia* S. 293-697; *Knoll* S. 50-238; *Littlefield* S. 87-130; *Vogel*, Balkan S. 417-511; *Balfour/Mackay* S. 215-66; *Tasovac* S. 65-119.

2 *Olshausen*, Balkanpolitik S. 712f.

3 *Ciano*, 12.-18.10., 22.-28.10.1940; D 11, Nr. 199, 246; *Schulthess* 10, S. 360f.; *Horthy* S. 221f.; *Gafencu* 2, S. 138; *Fabry* S. 305, 341; *Schreiber* S. 353-84. Zur griechischen Außenpolitik vor dem Krieg ebd. S. 339-43.

4 *Survey* 11, S. 17, 341; N 15, S. 422; N 19, S. 18ff. Zu Hitlers Entrüstung über das „Abenteuer" und den „Wahnsinn" Mussolinis vgl. N 3, S. 363; N 9, S. 374f.; N 10, S. 325f., 587f.; *Hillgruber* S. 112; *Markert* S. 99.

5 D 11. Nr. 110, 229, 397; *Kordt* S. 290.

6 Vgl. D 11, Nr. 320, 324, 334, 353; *Schulthess* 10, S. 452; *Survey* 11, S. 345; *Seton-Watson* S. 367; *Hillgruber* S. 112. Es war eine Ironie der Geschichte, dass Jugoslawien nun neutral bleiben konnte aufgrund der 1936 von den Griechen gemachten Einschränkung, dass ein italienischer Angriff durch Albanien nicht den Bündnisfall der Balkanentente auslöse (*Fotić* S. 51).

7 D 11, Nr. 324; *Gregorić* S. 95-8, 100f.

8 Gleichzeitig wurde die russische Haltung zu den vorgesehenen deutschen Aktionen in Südosteuropa sondiert. Am 12./13.11.1940 weilte der russische Außenkommissar Molotw in Berlin. Hitler versuchte zum letzten Mal eine Verständigung mit Russland, indem er sich um Ablenkung des russischen Drucks vom Balkan auf Persien und Indien bemühte und die deutsche Aktivität in Südosteuropa mit der Notwendigkeit des Kampfes gegen ein Fußfassen der Engländer in Griechenland begründete. Aber Molotow bestand weiter auf den russischen Interessen in Südosteuropa und besonders in Bulgarien, das für den deutschen Aufmarsch gegen Griechenland unentbehrlich war. Während sich nunmehr in Hitler der Entschluss zum Überfall auf die Sowjetunion festigte, suchte Moskau Belgrad und Sofia gegen deutsche Freundschaftsangebote den Rücken zu stärken (NS, Nr. 197-203; *Fabry* S. 363f.; N 10, S. 329, 357; *Rossi* S. 161, 168f.).

9 Am 11.11.1940 hatte der jugoslawische Hofminister Antić in Rom seine Bereitschaft zu einem Zusammentreffen mit Ciano zwecks Klärung und Vertiefung der italienisch-jugoslawischen Beziehungen durchblicken lassen. Ciano, der aufgrund seiner alten Bündnispläne mit Belgrad Jugoslawien nie so feindlich gesinnt war wie Mussolini, notierte: „Ich habe immer das Unternehmen eines Angriffs auf Jugoslawien für sehr schwer gehalten, und außerdem nützt es nichts für ein zukünftiges europäisches Gleichgewicht. Es scheint mir wichtiger, eine solide Verständigung zwischen Italien und Jugoslawien herbeizuführen, als eine Masse nervöser und treuloser Kroaten in unser Haus aufzunehmen. Und zwar ganz gleich, ob uns der morgige Tag eine antirussische oder eine antideutsche Politik bringt." (*Ciano*, 11., 18.-21.11.1940); vgl. *Ciano* S. 408ff.; D 11, Nr. 353, 369, 383, 637; N 31, S. 94ff.

10 D 11, Nr. 231, 324, 397; *Survey* 11, S. 341, 345, 435; *Hassell* 11.11.1940; *Fotić* S. 37f.; *Seton-Watson* S. 465; *Thadden* S. 119f.

11 D 11, Nr. 324 (Anm. 5), 383, 417, 452 (Anm. 8); *Ciano*, 1.12.1940; *Survey* 11, S. 343; *Gregorić* S. 109ff. Hitlers Verzicht auf militärische Hilfe und Durchmarschrechte, der den Aufmarsch gegen Griechenland beträchtlich erschwerte, sollte Belgrad die Annahme der deutschen Vorschläge psychologisch erleichtern. In der Weisung Nr. 18 vom 12.11.1940, in der eine Operation gegen die nordgriechische Küste befohlen wurde, hieß es ausdrücklich, dass für den Aufmarsch der dazu benötigten Kräfte auf eine Benutzung der günstigen, durch Jugoslawien führenden Eisenbahn nicht gerechnet werden könne (N 31, S. 45; N 19, S. 19).

12 D 11, Nr. 370, 417; *Thadden* S. 147.

13 D 9, Nr. 442; *Survey* 9, S. 29; *Schulthess* 10, S. 216; *Markert* S. 320.

14 D 11, Nr. 384, 417 (Anm. 8), 467, 469, 549, 551, 672, 708; Ciano 4.12.1940; *Gregorić* S. 117ff.; *Thadden* S. 133, 142.

Am 7.12.1940 lehnte Cincar-Marković trotz deutscher Vermittlung endgültig die italienische Bitte ab, 3.000 Lkw von deutschen Wehrmachtsangehörigen durch jugoslawisches Gebiet nach Albanien fahren zu lassen; die albanischen Häfen konnten den für die italienische Front notwendigen Nachschub bei weitem nicht fassen (D 11, Nr. 465, 471).

Hitler hatte am 13.12.1940 die Weisung Nr. 20 für die Operation „Marita" gegen Griechenland

herausgegeben, in der die jugoslawische Haltung als noch nicht klar übersehbar bezeichnet wurde (N 27, S. 336ff.).

15 D 11, Nr. 498, 586, 589, 708. General Simović, im November 1940 zum Oberbefehlshaber der jugoslawischen Luftwaffe ernannt, schlug dem Prinzregenten im Dezember die Bildung eines „Kabinetts der nationalen Konzentration" vor, das mehr als die autoritätslose Regierung Cvetković im Volke verankert sein, geschickt zwischen Deutschland und England lavieren und eine Annäherung an Russland suchen solle. Nach Ablehnung des Vorschlags durch den Prinzregenten begann Simović mit dem Aufbau einer Verschwörung, um die Regierung im Falle einer Bindung an die Achse zu stürzen, und nahm Kontakte mit den Russen, Engländern und Amerikanern auf. Die russophile Orientierung Simovićs rief eine Gegenverschwörung serbischer Offiziere auf den Plan, die den faschistisch aufgezogenen „Zbor" (Sammlung) des Dimitrije Ljotić als politisches Aushängeschild den Achsenmächten gegenüber benutzte, dann aber aufgegeben wurde, weil es nicht gelang, über den deutschen Geheimdienst die für notwendig gehaltene Rückendeckung Deutschlands zu gewinnen. Ribbentrop lehnte eine solche kategorisch ab, da er noch auf eine Verständigung mit der bestehenden Belgrader Regierung hoffte (*Churchill* S. 194; *Fabry* S. 368).

16 D 11, Nr. 384, 594, 606, 649; N 31, S. 98; *Hassell* 23.12.1940.

17 Der Vertrag wurde nach dem Muster des jugoslawisch-bulgarischen Freundschaftsvertrages vom 24.1.1937 abgeschlossen, d. h. er versprach „ewige Freundschaft" und vermied eine Stellungnahme zu den zwischen beiden Ländern schwebenden territorialen Fragen; D 11, Nr. 365, 431, 478, 480, 514, 606; *Survey* 11, S. 333; *Fotić* S. 38f. Zur Einordnung des Vertrags in den größeren Kontext deutscher Hegemonialpolitik in Südosteuropa vgl. *Broszat* passim.

18 *Ciano* S. 417ff.; *Ciano*, 21.1.1940; D 11, Nr. 672; N 34, S. 462ff.; *Survey* 11, S. 346; *Churchill* S. 25, 31, 38, 55, 97, 125; US, S. 940; *Fotić* S. 51f.; *Balfour/Mackay* S. 213-20.
Churchill hielt einen deutschen Angriff gegen Griechenland für beschlossene Sache, während die Griechen aufgrund inoffizieller Versuche Hitlers, im italienisch-griechischen Konflikt zu vermitteln, die Hoffnung noch nicht aufgegeben hatten (*Thadden* S. 140f., 151, 169, 175f.; *Churchill* S. 55, 193; vgl. N 15, S. 422). Eine Verteidigung Salonikis gegen einen deutschen Angriff und die Ausschaltung der Italiener in Albanien war nur mit jugoslawischer Hilfe durchzuführen (*Thadden* S. 174, 176, 179).

19 US S. 938ff.; *Hull* S. 928; *Fotić* S. 37f., 42ff.; *Drummond* S. 226f.; *Knoll* S. 99-102; *Tasovac* S. 40-92. Roosevelt legte am 10.1.1941 dem Kongress die sog. „Lend-Lease Bill" vor, die dem Präsidenten die Lieferung von Kriegsmaterial an angegriffene und bedrohte Staaten erlauben sollte; die Bill trat am 11.3.1941 in Kraft; sie verfehlte ihre moralische Wirkung auch in Belgrad nicht (*Fotić* S. 40f.; US S. 937f., 944).

20 D 11, Nr. 708, 730; US S. 941-944, 954; N 28, S. 16ff.; *Hull* S. 928f.; *Fotić* S. 45-47.

21 D 12, Nr. 47 (S. 65-72); *Gregorić* S. 124-126; *Fotić* S. 58f.; *Churchill* S. 194; *Thadden* S. 168f.; *Markert* S. 99; *Hillgruber* Strategie; *Knoll* S. 94-96.
Neben den deutsch-jugoslawischen liefen gleichzeitig italienisch-jugoslawische Verhandlungen, die Hitler indessen unwillig verfolgte, da er nicht zu Unrecht befürchtete, dass die unverändert feindselige Einstellung Mussolinis Jugoslawien gegenüber die deutschen Bemühungen um Belgrad nur erschwere (*Survey* 11, S. 346; *Thadden* S. 169). Zu den damaligen Optionen der britischen und sowjetischen Politik vgl. *Hildebrand*, Legitimität S. 36-41.

22 D 12, Nr. 48, vgl. Nr. 55, 60, 84.

23 US, S. 943, 945f., 948, 952f., 956; *Hull* S. 930; *Churchill* S. 194.

24 US, S. 947f.; *Hull* S. 930f.; NS, Nr. 206, 216; *Survey* 11, S. 346; *Churchill* S. 194; *Fotić* S.49f., 55; *Fabry* S. 376.
Aufgrund der Balkanentente war die Türkei nur im Falle eines bulgarischen Angriffs auf Griechenland zur Unterstützung Athens verpflichtet. Da Bulgarien aber erklärte, sich an dem Vorgehen gegen Griechenland nicht beteiligen zu wollen, verkündete die Türkei, der Bündnisfall sei nicht gegeben. Eine persönliche Botschaft Hitlers an den Staatspräsidenten Inönü vom 4.3.1941

klärte die türkische Haltung schließlich vollkommen im Sinne der Neutralität (US, S. 946ff.; *Gafencu*, Vorspiel S. 180; *Fotić* S. 50ff., 55).

25 NS, Nr. 211-13, 218-20; US, S. 942, 948f.; *Survey* 11, S. 334; *Churchill* S. 194; *Fotić* S. 55ff.; *Gafencu*, Vorspiel S. 185ff.; *Olshausen*, Balkanpolitik S. 713. Zum langen Zögern Bulgariens vgl. *Vogel*, Balkan S. 427-31.

26 *Churchill* S. 125f., 137ff., 140; US, S. 951-56; *Hull* S.931f.; *Fotić* S. 61ff.; *Hassell* 16.3.1941; *Knoll* S. 113-17; *Tasovac* S. 98-116. Am 7.3.1941 entschied sich das englische Kabinett nach langen Auseinandersetzungen für die Entsendung eines englischen Expeditionskorps nach Griechenland; bis Ende März 1941 wurden etwa 55.000 Mann britischer Truppen in Piräus und in Volos ausgeschifft (*Churchill* S. 135f.).

27 D 12, Nr. 130; N 28, S. 556; US, S. 973; *Survey* 11, S. 346; *Gregorić* S. 125, 128; *Fotić* S. 58f.; *Churchill* S. 195; *Knoll* S. 109-12; *Hoptner* S. 210f.

28 D 12, Nr. 131, 144f., 149, 151, 156, 165; US, S. 949-53; *Fotić* S. 61; *Peter II.* S. 63. Eingehend zur Kronratssitzung *Maček* S. 209-13.

29 D 12, Nr. 173, 178, 182; US, S. 957ff., 962, 966; *Survey* 11, S. 346f.; *Fotić* S. 64-66; *Hassell*, 18., 22., 20.3.1941; *Kordt* S. 290; *Hoptner* S. 218-22. Zur britischen Jugoslawienpolitik in den kritischen Märzwochen sehr detailliert *Knoll* S. 110-38. Am Abend des 18.3.1941 erklärte der Prinzregent Ulrich von Hassell, der als ehemaliger Gesandte zu Besuch in Belgrad war, „vielleicht werde Jugoslawien nun näher mit Deutschland zusammenkommen, nur machten wir es psychologisch unseren Freunden nicht ganz leicht“. Der Prinzregent wies erläuternd auf die Bulgaren hin, „die in öffentlichen Kundgebungen die Grenzen von San Stefano forderten und ‚Nieder mit Jugoslawien‘ riefen, und auf Italien, das man nur hassen und verachten könne; Mussolini sei das ‚Karnickel‘, das die ganze Welt durcheinandergehetzt habe, und man könne ihm und den Italienern überhaupt nicht trauen“ (*Hassell*, 30.3.1941). Vgl. *Schreiber* S. 309 und 322f. zu Hassell als Wirtschaftsfachmann für Südosteuropa im deutsch-italienischen Spannungsfeld.

30 D 12, Nr. 178, 192; *Gregorić* S. 147; *Seton-Watson* 1, S. 466f.; *Survey* 11, S. 347; *Hassell*, 21.-23.3.1941; US, S. 960, 964; *Mirković* S. 138. Am 24.3.1941 gelang Cvetković nach vielen Bemühungen die Wiederbesetzung der vakanten Ministerposten. Vgl. *Hoptner* S. 238f. Die Verärgerung in Rom und Berlin war schon dadurch gefördert worden, dass die jugoslawische Regierung Stojadinović wegen seiner Kritik an der Regierungspolitik verhaftet und am 19.3. nach Griechenland ausgewiesen hatte, wo er den Engländern übergeben wurde, die ihn auf der Insel Mauritius internierten. Stojadinović starb 1961 als international anerkannter Wirtschaftswissenschaftler und Finanzberater der Regierung Péron in Buenos Aires. Seine Memoiren erschienen erst nach seinem Tode (US, S. 959; W, S. 17, 139; N 28, S. 569; *Survey* 11, S. 347; *Kordt* S. 286, Anm. 3; *Hassell*, 30.3.1941; *Stojadinović* S. 283-99, 324-36; *Knoll* S. 119, 126; *Littlefield* S.80).

31 US, S. 957f., 962-66; *Hull* S. 932; *Survey* 11, S. 347; W, S. 122, 127; *Mirković* S. 140; *Hassell* 25.3.1941; *Fotić* S. 67-71; *Churchill* S. 127; *Tasovac* S. 115f.

32 D 12, Nr. 205-207; W, S. 7, 17, 117-19; US, S. 965-968; N 29, S. 81; N 30, S. 543f.; *Fotić* S. 71; *Gregorić* S. 153; *Hoptner* S. 237-41; *Wuescht* S. 153-58, 300-06; *Sundhaussen*, Jugoslawien S. 107-09.

33 W, S. 119ff.; US, S. 968.

34 D 12, Nr. 207.

35 Zum gesamten Unterkapitel vgl. *Maček* S. 216-23; *Stojadinović* S. 337-42; *Hoptner* S. 247-92; *Wuescht* S. 159-81; *Breccia* S. 571-697; *Knoll* S. 139-238 (besonders über die britische Einflussnahme); *Littlefield* S. 110-30; *Tasovac* S. 108-54; *Balfour/Mackay* S. 243-66, auch zur zentralen Rolle des Generals Mirković.

36 D 12, Nr. 214; W, S. 123-25; US, S. 928f.; *Survey* 11, S. 348, 351f.; *Churchill* S. 195, 197f.; *Peter II.*, S. 61-70; *Gregorić* S. 163ff., 187ff., 198ff.; *Fotić* S. 73. König Peter wurde erst im September 1941 volljährig. Trotz sich häufender Nachrichten über einen bevorstehenden

Staatsstreich ergriff die Regierung keine Gegenmaßnahmen, da sie – nach der Erfahrung mit früheren Putschandrohungen – lediglich Bluff vermutete (*Gregorić* S. 140ff., 164ff.; W, S. 124; *Hoptner* S. 139f.). Prinzregent Paul wurde in Griechenland von den Engländern inhaftiert und in Kenia, dann Südafrika inhaftiert – bis 1945. Ohnehin vom Regentenamt überfordert, machte ihn der Putsch vom 27.3.1941 lebenslang zum gebrochenen Mann. Er hatte Jugoslawien trotz aller verzweifelten Bemühungen nicht retten können. Die entschiedene Parteinahme Churchills für die Putschisten stempelte ihn wegen des vorangegangenen Beitritts zum Dreimächtepakt endgültig zum Verräter, dem nach dem Krieg weder eine Rückkehr ins kommunistisch gewordene Jugoslawien noch ein Exil in Großbritannien möglich war. Er verbrachte die letzten Jahrzehnte seines Lebens in Frankreich und Italien, geplagt von Depressionen und Gesundheitsschäden, die er sich während seines Zwangsaufenthalts in Afrika zugezogen hatte. Seine Tochter, Prinzessin Elisabeth, veranlasste nach seinem Tod eine Biographie, die den Vater in der britischen Öffentlichkeit rehabilitieren sollte – Prinz Paul selbst stand derartigen Projekten zu Lebzeiten ablehnend gegenüber, vgl. Neil *Balfour*/Sally *Mackay*: Paul of Yugoslavia. Britains Maligned Friend. London 1980, durch Dokumente erweiterte Ausgabe Winnipeg/Can. 1996. Die Neuausgabe erfolgte nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Jugoslawien. Im Grußwort der Prinzessin zur Neuausgabe heißt es bezeichnenderweise: „Since the book first came out, I have obtained some important documents from the British Foreign Office, now published for the first time, which show that, particularly in wartime, Yugoslavia had no real friends."

Die Verurteilung Prinz Pauls wegen des Beitritts zum Dreimächtepakt ist im Kontext der objektiven Gefahrenslage für Jugoslawien im Frühjahr 1941 ungerechtfertigt. Gleichwohl wuchs sie sich zur Lebenskatastrophe des psychisch labilen Prinzen aus. Er verzichtete konsequent auf eine Verteidigung seiner Politik, in der pessimistischen, aber wohl zutreffenden Annahme, dass er seine Kritiker doch nicht werde überzeugen können: Der Anteil der Putschisten und der Briten an der Katastrophe Jugoslawiens war derart offensichtlich, dass beide nur durch die Abschiebung aller Schuld auf Prinz Paul als Sündenbock ihre eigene Verantwortung für die Katastrophe glaubten vertuschen zu können (*Balfour/Mackay* S. 258f., 265).

Prinz Paul gewährte vor seinem Tode lediglich dem amerikanischen Historiker Jacob B. Hoptner Einblick in sein persönliches Archiv. Für die Zeit nach seinem Tode vermachte er es der Columbia Universität in New York mit der Auflage, die Dokumente nicht vor Ablauf einer bestimmten Sperrfirst zu publizieren (*Breccia* S. VIII).

Prinz Paul wurde 1976 in Lausanne beerdigt. 2012 wurden seine Gebeine exhumiert und in der Krypta der Karageorgević bei Topola in Serbien beigesetzt.

Prinz Paul war ein Kunstsammler von Rang und hinterließ dem serbischen Volk hervorragende Meisterwerke. Vgl. Irina *Subotić*, Prince Paul Karađorđević. Art Collector. In: The Prince Paul Museum. Belgrad 2011.

37 D 12, Nr. 217; N 9, S. 373ff., 667f.; N 10, S. 326, 424, 489; N 15, S. 421, 423, 461, 520; N 17, S. 632f.; N 19, S. 19; N 28, S. 22ff., 26ff., 42f.; N 38, S. 251ff.; *Survey* 11, S. 352; *Fotić* S. 89; *Kordt* S. 291; Markert S. 98, 100. Es irritierte Hitler besonders, dass er die Niederlage in Belgrad gerade erlitt, als Matsuoka in Berlin weilte, den er für einen Angriff Japans auf England in Ostasien gewinnen wollte (NS, Nr. 223-27; P. *Schmidt* S. 528; *Survey* 11, S. 349). Wütend über das Versagen der Jugoslawienpolitik Ribbentrops schrie Hitler diesen an: „Wie stellen Sie sich das (ein Ultimatum) eigentlich vor? Die Jugoslawen, die lügen Ihnen das Blaue vom Himmel herunter; die sagen selbstverständlich, dass sie keinerlei kriegerische Absicht haben, und wenn wir dann in Griechenland einmarschiert sind, dann packen sie uns im Rücken an" (N 15, S. 461). Sehr präzis und plausibel zur „Logik" von Hitlers Blitzentscheidung für den Angriff auf Jugoslawien nach dem Putsch *Olshausen*, Balkanpolitik S. 716f.

38 D 12, Nr. 224, 226, 237; N 28, S. 23ff., 361ff., 568ff.; *Survey* 11, S. 354; *Horthy* S. 226-28; *Hassell*, 27.3., 2.4. 1941; *Churchill* S. 2003; *Hillgruber* S. 124f.; *Hoptner* S. 266-69.

Ungarn hatte erst gerade am 27.2.1941 den Freundschaftsvertrag mit Jugoslawien vom 13.12.1940 ratifiziert, dessen Bruch der Ministerpräsident Teleki nicht verantworten wollte; Teleki erschoss sich in der Nacht zum 3.4.1941; *Horthy* S. 227f.; *Survey* 11, S. 354; *Churchill* S. 204.

39 *Survey* 11, S. 352; US, S. 971; *Fotić* S. 77f., 87f., 98; *Grergorić* S. 180, 202f., 223f., 225f., 229, 233; *Hassell* 30.3.1941; *Peter II.* S. 67; *Mirković* S. 141; *Maček* S. 220-23.

40 D 12, Nr. 238, 241, 243, 246, 262f., 270, 311, 313, 317, 319, 324; N 28, S. 23, 26, 30. 34, 569; N 38, S. 253, W, S. 4, 10f.; *Survey* 11, S. 355; *Fotić* S. 98f.; *Hassell*, 7.4.1941; *Markert* S. 102f. Vgl. *Sojčić* und *Sundhaussen*, Ustascha-Staat, passim.

41 US, S. 969, 971; W, S. 8, 18; NS, Nr. 230; *Churchill* S. 206-11; *Peter II.*, S. 74; *Fotić* S. 82-87, 101; *Gregorić* S. 220ff.; *Thadden* S. 193; *Tasovac* S. 128-40, ebd. S. 159 über Churchills weitreichende Pläne nach dem Putsch.

42 D 12, Nr. 219, 225, 235, 252, 271f.; W, S. 5, 8f., 124, 126-129, 131, 138f.; US, S. 969-972; N 9 S. 375ff., 666; N 10, S. 424; N 15, S. 520; N 17, S. 632; N 38, S. 255; *Survey* 11, S. 253; *Gregorić* S. 212-214, 217; *Fotić* S. 88; *Kordt* S. 292. Heeren verhandelte gegen die Weisung mit der neuen Regierung, um einen Krieg zu vermeiden, und nahm – gegen Instruktion – auch an dem Dankgottesdienst anlässlich der Thronbesteigung König Peters teil, weshalb er nach Beendigung seiner Mission in Jugoslawien im diplomatischen Dienst nicht mehr verwendet wurde; vgl. D. 12, Nr. 259; *Tasovac* S. 75f., 133-36; Maria *Peikert* (Red.), Biografisches Handbuch des deutschen Auswärtigen Dienstes 1871–1945. 2. Bd. Paderborn 2005.
Die demonstrierenden Massen riefen u. a. „Bolje rat nego pakt!“ (Lieber Krieg als Pakt); der Adjutant des deutschen Militärattaché wurde verletzt, das deutsche Verkehrsbüro gestürmt, der deutsche Gesandte öffentlich insultiert (D 12, Nr. 214; *Gregorić* S. 174ff.; W, S. 124, 127, 129; US, S. 969, 972; *Hassell*, 30.3., 2.4.1941; *Fotić* S. 76f.)

43 D 12, Nr. 237, 248; *Survey* 11, S. 351f.; W, S. 3, 8., 129f., 134-38; N 6, S. 76; *Hassell* 2., 4.4.1941; *Fotić* S. 88-90; *Gregorić* S. 216, 228f.; *Mirković* S. 142f.; *Kordt* S. 292.

44 *Survey* 11, S. 353; *Churchill* S. 212; *Gregorić* S. 214f., 226ff.; *Fotić* S. 91f.; *Gafencu*, Vorspiel S. 199ff.; *Fabry* S. 378. Zur umstrittenen Rolle, die Großbritannien, die USA, die Sowjetunion und die jugoslawischen Kommunisten beim Belgrader Putsch spielten, vgl. eingehend *Knoll* S. 137-94; *Balfour/Mackay* S. 252-58. Bis heute sind nicht alle einschlägigen britischen Geheimdienstakten veröffentlicht.

45 NS, Nr. 228, 230f., 258; N 9, S. 374; N 10, S. 332; N 19, S. 20; *Survey* 11, S. 353; *Gafencu*, Vorspiel S. 221.

46 N 7, S. 267f.; vgl. US S. 979ff. Gleichzeitig veröffentlichte die Reichsregierung ein Weißbuch, in dem die Jugoslawien und Griechenland kompromittierenden französischen Beuteakten veröffentlicht wurden (W, S. 5ff.).

IX. Fazit und Perspektiven

Unsere Darstellung der Beziehungen zwischen dem Königreich Jugoslawien, Italien und dem Deutschen Reich in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen lässt sich in folgenden Punkten zusammenfassen:

1. Das nach dem Ersten Weltkrieg neu geschaffene Königreich Jugoslawien war eine von vornherein kaum lebensfähige Notgeburt, weitgehend erzwungen durch das Auseinanderbrechen des Habsburgerreiches, eines Vielvölkerstaates, am Ende des Ersten Weltkriegs. Die Prinzipien der Übernationalität und religiöser Toleranz, die sich in der Schlussphase der Donaumonarchie Geltung verschafft hatten, wurden nun über Bord geworfen, die Forderungen der Nationalbewegungen der Vorkriegszeit nach eigener Staatlichkeit erfüllt. Gerade in den national sehr gemischt besiedelten Gebieten des westlichen Jugoslawien war die Dogmatisierung nationaler Identität ein mörderischer Rückfall hinter den schon im Vielvölkerstaat der Habsburger erreichten Stand multinationalen und multikulturellen Miteinanders. Die nun betriebene Verquickung nationaler mit religiös-konfessioneller Abgrenzung verschärfte das Problem. Verbreiteter Analphabetismus und ökonomische Unterentwicklung, schließlich der aggressive Druck auswärtiger Großmächte – vor allem Italiens – auf das Machtvakuum, das der Untergang einer Großmacht im Donauraum hinterlassen hatte, schufen schon in der Geburtsstunde des neuen Vielvölkerstaates Jugoslawien eine Problemkonstellation, die kaum noch zu bewältigen war und schließlich einen unentrinnbaren Teufelskreis gleichzeitig anstehender und sich gegenseitig konterkarierender Aufgaben der Politik etablierte.

Jugoslawien wollte ein Nationalstaat sein, der sein Pathos aus siegreichen Kämpfen gegen den habsburgischen und osmanischen Vielvölkerstaat bezog. Es war aber selbst ein Vielvölkerstaat, der mit seiner Orientierung am (serbischen) Nationalprinzip die vorher meist friedlich zusammenlebenden Nationalitäten gegeneinander aufbrachte.[1]

2. Die Außenpolitik des neuen Staates, an dessen Zusammenhalt ein Teil seiner Nachbarn (vor allem Italien und Österreich) von vornherein nicht glaubte, musste vor allem auf die Sicherheit und die Integrität seiner Souveränität und seiner Grenzen und insofern auf die Erhaltung der Versailler Friedensordnung bedacht sein. Diese Aufgabe stellte sich im Falle Jugoslawiens als ganz besonders schwierig dar: Kein Land Europas – abgesehen vom Deutschen Reich – hatte so viele Nachbarn wie Jugoslawien, vor allem aber favorisierten die beiden Hauptblöcke Serbien-Montenegro und Kroatien-Slowenien gegensätzliche außenpolitische Optionen, die sich aus ihren unterschiedlichen politischen Einbindungen vor 1918/19 ergaben. Serbien verdankte sein Überleben im Ersten Weltkrieg den Westmächten und der von diesen geschaffenen Salonikifront. Dagegen hatten die Kroaten und Slowenen als Angehörige des Habsburgerreiches auf der Seite der Mittelmächte gekämpft – vor allem an der österreichischen Front gegen Italien. Daraus ergab sich eine unter-

schiedliche politische Grundeinstellung: Hier primär fokussiert auf Paris und London, dort auf Wien, Budapest und Berlin.

3. Die Konfliktlinien von Kriegsgewinnern und Kriegsverlierern in Südosteuropa konnten solange unter Kontrolle gehalten werden, als die europäischen Großmächte primär mit ihren direkten Sicherheitsfragen und den verheerenden Folgen des Ersten Weltkriegs in ihren Ländern beschäftigt waren. Das war etwa anderthalb Jahrzehnte nach Kriegsende der Fall. Bis dahin konnten regionale Bündnisse wie die Kleine und die Balkan-Entente eine gewisse Sicherheit gegen Veränderungen der Nachkriegsordnung in Südosteuropa gewährleisten. Das funktionierte aber beim wachsenden Einfluss auswärtiger Großmächte seit Mitte der dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts nicht mehr.

4. Eine Großmacht spielte schon gleich bei der Staatsgründung Jugoslawiens eine bedeutende Rolle, obwohl oder gerade weil auch sie erheblich an den Kriegsfolgen zu tragen hatte: Italien. Rom sah sich durch die Pariser Friedenskonferenz um die Versprechungen betrogen, die ihm bei seinem Kriegseintritt 1915 durch die Westmächte gemacht worden waren. Daraus entstand ein italienisch-jugoslawischer Dauerkonflikt, der nicht nur Jugoslawien destabilisierte, sondern auch das Kriegsbündnis Italiens mit den Westmächten und den Regionalpakt der Kleinen Entente. Dessen einzelne Mitglieder – neben Jugoslawien Rumänien und die Tschechoslowakei – sahen in jeweils anderen Großmächten ihre Hauptbedrohung. Hauptgefahr für die Tschechoslowakei mit ihrer starken deutschen Minderheit war Berlin, das wurde schon vor Hitlers Machtantritt 1933 so empfunden.

5. Deutschland hatte bis zum „Anschluss“ Österreichs im März 1938 keine gemeinsamen Grenzen mit Jugoslawien – im Unterschied zu Italien. Gleichwohl spielte es infolge seines Wirtschaftspotentials von Anfang an eine entscheidende Rolle, die durch die Reparationsverpflichtungen noch verstärkt wurde. Zwar wurde das Gewicht der zentraleuropäischen Groß- und Wirtschaftsmacht durch ihre Niederlage 1918 und das Anschlussverbot für Österreich zunächst gemildert. Aber mit der Locarno- und Völkerbundspolitik des deutschen Außenministers Gustav Stresemann seit Mitte der zwanziger Jahre kehrte das Deutsche Reich auf das internationale Parkett zurück. Gleichzeitig zogen die Westmächte sich unter linksorientierten Regierungen stärker auf ihre erheblichen inneren und überseeischen Probleme zurück, nachdem die neuen Westgrenzen durch den Locarnovertrag garantiert waren. Ein Ost-Locarno gelang nicht, und vor allem wollten sich die Westmächte nicht wegen Jugoslawien mit Italien anlegen.

6. Jugoslawien mit seiner dominanten Agrarwirtschaft, die zudem sehr rückständig und in den historischen Landesteilen ganz unterschiedlich strukturiert war, stand dem modernen Industriestaat Deutschland auch ökonomisch in einem sehr asymmetrischen Verhältnis gegenüber. Wirtschaftsmacht und politischer Einfluss liegen zwar auf zwei analytisch zu trennenden Ebenen, waren aber in der politischen Pra-

xis kaum voneinander konsequent zu trennen. Das galt schon seit Beginn der Nachkriegszeit, erst recht aber mit Ausbruch der Weltwirtschaftskrise seit 1929/30. Die Westmächte – auch geographisch weit abgelegen – waren an Jugoslawien vor allem als Absatzmarkt für Industriewaren, nicht als Agrarproduzent interessiert, da sie in dieser Richtung auf die Wirtschaftsinteressen des Empires bzw. der eigenen Landwirtschaft Rücksicht zu nehmen hatten. Dagegen boten sich die politischen Gegner Italien und Deutschland geradezu als ideale Handelspartner für Jugoslawien an.

7. Jugoslawien ging infolge des Überdrucks seiner internen Probleme schon 1929 von der parlamentarischen Monarchie zur Diktatur König Alexanders über. In Deutschland scheiterte die demokratische Republik noch tiefgreifender mit der Ernennung Hitlers zum Reichskanzler, der innerhalb nur eines Jahres die Weimarer Republik in eine totalitäre Führerdiktatur umbaute. Damit begann eine erhebliche Gewichtsverschiebung in den macht- und wirtschaftspolitischen Verhältnissen Europas. Die massive Aufrüstung Deutschlands bewirkte eine schnelle Konjunkturbelebung, beseitigte die hohe Arbeitslosigkeit – viel schneller als anderswo – und verschaffte dem Regime nach innen und außen bald einen ganz erheblichen, propagandistisch noch zusätzlich aufgeblähten Machtzuwachs.

8. Anders als Österreich, die Tschechoslowakei, Polen und schließlich die Sowjetunion lag Jugoslawien nicht in der Hauptstoßrichtung der direkten Expansionspläne Hitlers. Der Diktator hatte für seine Kriegspläne vielmehr ein starkes Interesse an einem neutralen ruhigen Südosteuropa, dessen wirtschaftliche Ressourcen er nutzen und im Kriegsfall als Blockadebrecher einsetzen konnte. Das war für Jugoslawien sicherheitspolitisch eine Überlebenschance in gefahrvoller Zeit, wie schon König Alexander und vor allem der Ministerpräsident Milan Stojadinović erkannte, der für den Konfliktfall in Europa Vermeidung von Bündnisverpflichtungen und wohlwollende Neutralität nach allen Seiten anstrebte. Dafür war er auch bereit, die Kleine Entente zu opfern, da sie vor den Anschlägen Italiens ohnehin keinen Schutz bot. Nach der deutsch-italienischen Verständigung 1936 galt das zwar auch für Deutschland, aber Stojadinović vermochte zu beiden Achsenpartnern ein besonderes Vertrauensverhältnis aufzubauen, das auch durch intensive Wirtschaftsbeziehungen gestützt wurde.

Stojadinović erwies sich nach 1935 als der einzige jugoslawische Politiker, der angesichts der starken gefühlsmäßigen Widerstände der Serben gegen eine Verständigung mit Italien und Deutschland fähig war, die Politik der Freundschaft Jugoslawiens mit allen Mächten erfolgreich durchzuführen. Trotz seiner Sympathien für den Faschismus war Stojadinović schon aus innenpolitischen Gründen viel zu klug, um es mit den Westmächten völlig zu verderben. Es war ein schwerer Fehler des Prinzregenten, dass er Stojadinović in dem Augenblick fallen ließ, als der jugoslawische Staat diesen Mann angesichts der Kriegsgefahr in Europa am nötigsten gebraucht hätte.[2]

Stojadinović erkannte scharfsichtiger als die große Mehrzahl seiner Landsleute und seiner Kollegen in den Nachbarstaaten die Sicherheitsproblematik seines Landes und des ganzen Donau- und Balkanraumes infolge des Weltkriegs, der Versailler Friedensordnung und der von den USA ausgehenden Weltwirtschaftskrise, die die Spannungen zwischen den Staaten Europas nach den Jahren der relativen Entspannung durch die Locarno-Politik Briands und Stresemanns erneut anheizte. Der Systemwechsel in Deutschland 1933/34 zwang Jugoslawien zu konsequenter Neutralitätspolitik zwischen den wieder schärfer rivalisierenden Großmächten. Die Zerschlagung der Großmacht Österreich–Ungarn durch die Pariser Verträge setzte den ganzen Donau- und Balkanraum mit seinen bedeutenden Rohstoffvorkommen und seiner geopolitischen Zentrallage den Pressionen der benachbarten Großmächte Italien, Deutschland und Russland in einem Maße aus, das vor 1914 teilweise durch Wien ausbalanciert worden war. Die für die politische Neuordnung Südosteuropas nach dem Weltkrieg verantwortlichen demokratischen Westmächte, denen die Bevölkerung und die Eliten in Jugoslawien sich als ihren „Befreiern" vor allem verbunden fühlten, waren infolge ihrer innen- und wirtschaftspolitischen Probleme und Prioritäten gar nicht willens und in der Lage, die Südoststaaten vor dem Druck Roms, Berlins und Moskaus zu schützen – was nur durch glaubwürdige Containment- und Aufrüstungspolitik möglich gewesen wäre. Als es dazu in den Krisen der Jahre 1933–36 nicht kam, blieb für Jugoslawien, – so Stojadinovićs nachvollziehbare Analyse – nur die Option konsequenter Neutralitätspolitik und Äquidistanz zwischen den Westmächten und den faschistischen Staaten. Eine solche Politik stieß aber vor allem bei den Serben auf massiven Widerstand.

9. Hitler scheiterte aber schon ein Jahr nach Kriegsbeginn dramatisch mit seiner Perspektive für die Beziehungen zwischen Deutschland und Jugoslawien und sah sich im Frühjahr 1941 doch zur direkten Eroberung und Zerschlagung Jugoslawiens veranlasst. Hauptgrund dafür war die Eigendynamik des von ihm entfesselten Krieges, der sich nicht dauerhaft als – zeitversetzte – Kette deutscher „Blitzsiege" entwickelte, wie aufgrund der Erfahrungen im Ersten Weltkrieg geplant, sondern infolge der Selbstbehauptung Englands im Sommer 1940 andauerte und globale Dimensionen annahm. In diesem Kontext erfuhr das deutsch-jugoslawische Verhältnis schon während der ersten anderthalb Kriegsjahre bis Frühjahr 1941 – solange Jugoslawien noch bestand – einen tiefgreifenden Wandel.

10. Ursache für das Scheitern von Hitlers „Idealkonzept" speziell der deutsch-jugoslawischen Beziehungen seit Herbst 1940 waren die von Rivalität und Ehrgeiz Mussolinis angetriebenen Extratouren Italiens auf dem Balkan, vor allem der steckengebliebene Angriff auf Griechenland im Oktober 1940. Hitler – wegen des geplanten Überfalls auf die Sowjetunion unter selbst gesetztem extremen Zeitdruck – wollte zuvor die nun heraufbeschworene Gefahr einer englischen Intervention auf dem Balkan bereinigen. Das hatte seines Erachtens eine – in Belgrad innenpolitisch nur schwer durchsetzbare – politische Bindung Jugoslawiens an die Achsenmächte

zur Voraussetzung (Dreimächtepakt). Damit aber verlor Jugoslawien den neutralen Status, der bisher sein Überleben im Krieg unter innen- und außenpolitischen Gesichtspunkten gesichert hatte. Stojadinović wären derartige Forderungen der Achsenmächte wohl aufgrund seines Kredits in Rom und Berlin erspart geblieben. Jugoslawiens Beitritt zum Dreimächtepakt aber brachte die ohnehin schon auf das Äußerste angespannten internen Konflikte zur Explosion. Hitler verlor nach dem serbischen Offiziersputsch vom 27.3.1941 definitiv und vollständig das Vertrauen in die politische Verlässlichkeit Jugoslawiens, obwohl auch die neue Regierung angesichts der Situation den soeben erfolgten Beitritt Jugoslawiens zum Dreimächtepakt anerkannte und lediglich noch nachverhandeln wollte. Aber Hitler vermutete hinter dem Putsch britische und sowjetische Intrigen, die ihm nun keine Wahl mehr ließen, wenn er an seinem Kriegsplan festhalten wollte.

11. Der Prinzregent hatte sich erst nach langem das Misstrauen Roms und Berlins schürenden Lavieren entschlossen, dem Druck der Achsenmächte zum Paktbeitritt nachzugeben. Dieser Entschluss war wohlbegründet. Völlig eingekreist, befand Jugoslawien sich im März 1941 in einer hoffnungslosen Lage. Eine Evakuierung der Armee wie 1915/16 war angesichts der inneren Uneinigkeit 1941 nicht möglich, der Vergleich mit Serbiens Lage im Ersten Weltkrieg war ganz unpassend und weckte nur Illusionen. Bei allen Mobilmachungsmaßnahmen von 1939 bis 1941 meuterten kroatische Truppen. Die kampfeswilligen Serben waren zwar gute Soldaten, aber ihre Führung und Ausrüstung entsprach keineswegs den Anforderungen eines modernen Krieges. Alle englischen und amerikanischen Versprechen, Jugoslawien mittelfristig mit Kriegsmaterial zu beliefern, gingen angesichts der kurzfristigen Drohung eines deutschen Blitzfeldzuges an der aktuellen Situation Jugoslawiens völlig vorbei. Da die Dinge in der griechischen und türkischen Armee nicht anders lagen, ignorierte Churchill im Frühjahr 1941 völlig das militärisch Mögliche, als er Belgrad und Ankara zu einer Blockbildung mit Athen zu veranlassen suchte. Dass die englische Truppenhilfe auf dem Balkan angesichts der unmittelbaren Bedrohung von England selbst nicht den Ausschlag geben konnte, war allen Beteiligten klar.[3] Es ging Churchill vor allem um eine Entlastung Großbritanniens, dafür war er auch bereit, die Katastrophe Jugoslawiens in Kauf zu nehmen – mit der vagen Aussicht auf den späteren „Endsieg“.

Die serbische Opposition und westliche Politiker warfen dem Prinzregenten vor, dass er aus dem Schicksal anderer europäischer Staaten nichts gelernt und geglaubt habe, mit Hitler zu einer ehrlichen Verständigung kommen zu können. Diese Vorwürfe treffen niemanden weniger als den Prinzregenten. Prinz Paul selbst war überzeugt, dass Hitler nach der Eroberung Griechenlands weitere Forderungen an Jugoslawien stellen werde, aber er hielt angesichts der damaligen Lage Jugoslawiens mit Recht einen Krieg für das schlimmste Unglück überhaupt, das über Jugoslawien kommen konnte: Ein Krieg führte zwangsläufig zur Aufteilung und totalen Versklavung des Landes. Das bot auch nach dem zu erwartenden Endsieg der Westmächte den güns-

tigsten Nährboden für eine Machtergreifung der Kommunisten. Prinz Paul hatte das Schicksal der Länder vor Augen, die in einer nicht einmal so bedrohlichen Gesamtsituation wie der von 1941 auf den Westen vertraut hatten: die Tschechoslowakei, Polen, Rumänien. Er wollte den Selbstmord seines Volkes verhindern und den Weg zwischen den Fronten gehen nach dem Beispiel Schwedens, der Schweiz und Spaniens. Er übersah die Lage seines Landes weit besser als Churchill und Roosevelt, die durch ihre Bemühungen, Jugoslawien in den Krieg zu ziehen, die Zukunft eines ganzen Volkes riskierten. Vor und nach der Katastrophe hat es an wohlberechtigten Vorwürfen gegen die englische und amerikanische Jugoslawienpolitik nicht gefehlt.[4]

12. Die Kernfrage ist natürlich, ob Hitler, wäre der Putsch nicht gekommen, die weitgehenden Konzessionen an Jugoslawien eingehalten hätte, die den jugoslawischen Beitritt zum Dreimächtepakt eigentlich zu einer leeren Geste machten. Hitler, der Österreicher, konnte die Serben als die „Mörder von Sarajevo“ nie recht leiden, aber er schätzte ihre Tapferkeit und das autoritäre Regime König Alexanders und Stojadinovićs. Im Sommer 1939 jedoch verlor er – nach dem Sturz Stojadinovićs – infolge der anglophilen Haltung des Prinzregenten und der laut bekundeten Abneigung der serbischen Öffentlichkeit gegen die Achsenmächte das Vertrauen in die Aufrichtigkeit Belgrads.[5]

Nach den italienischen Niederlagen in Albanien ergab sich angesichts von Hitlers weiteren Kriegsplänen die Notwendigkeit einer absoluten Sicherung der jugoslawischen Neutralität bei der „Erledigung“ Griechenlands durch die Achsenmächte. Unter dem Einfluss Mussolinis und angesichts der Balkanpläne Churchills sowie der Einstellung der serbischen Öffentlichkeit erschien Hitler ein Nichtangriffspakt als Garantie für die jugoslawische Neutralität nunmehr als unzureichend. Daher bestand er unter Ignorierung aller wohlbegründeten Warnungen, den Bogen nicht zu überspannen, auf dem Beitritt Belgrads zum Dreimächtepakt, durch den dann gerade das geschah, was durch ihn verhindert werden sollte, nämlich eine Umorientierung Belgrads in achsenfeindlichem Sinne. Seit dem Überfall Mussolinis auf Griechenland hatte Hitler die Initiative auf dem Balkan verloren und musste hier manches gegen seinen Willen tun. Dass ihm jedoch nun die Serben einen Strich durch die Rechnung machten, war auch das Ergebnis seiner vertragsbrüchigen Außenpolitik seit 1933. Dennoch steht heute mit ziemlicher Sicherheit fest, dass Hitler gerade in diesem Falle bereit gewesen wäre, seine Zusagen zu halten: Mit Rücksicht auf den Kampf gegen das unbesiegte England und den geplanten Angriff auf die Sowjetunion hat er alles getan und hätte wohl auch weiterhin alles getan, um sich den ungewollten Balkankrieg zu ersparen.[6]

13. Außer Hitler tragen die Serben und besonders die Putschisten einen großen Teil der Verantwortung für die Ereignisse, die direkt zur Zerstörung Jugoslawiens führten. Geprägt von einem romantisch-heroisierenden Selbstverständnis, das sich auf die Epoche der Türkenkriege bezog und in der Welt von 1941 wie ein Anachronismus ausnahm, wandten sich die Serben voller Illusionen über ihre militärischen

Möglichkeiten gegen den Dreimächtepakt und beschimpften den Prinzregenten als Verräter an einer falsch verstandenen „nationalen Ehre“. Den Putschisten wurde erst nach dem Gelingen ihrer Aktion klar, in welche akute Gefahr sie das Land gebracht hatten. Sie standen auf einmal vor denselben Schwierigkeiten wie der Prinzregent und erkannten nun, dass sie gar keine andere Innen- und Außenpolitik betreiben konnten als dieser. Aber es war zu spät, und es trat genau das ein, was Prinz Paul für den Fall einer Ablehnung des Dreimächtepaktes durch Jugoslawien befürchtet hatte: Hitler-Deutschland griff an. In nur elf Tagen brach das Land infolge seiner militärischen Schwäche und inneren Gegensätze zusammen, wurde danach aufgeteilt und Schauplatz eines hasserfüllten Kampfes zwischen Unterdrückern und Unterdrückten, Serben und Kroaten, Kommunisten und Royalisten, aller gegen alle. Der neue Weltkrieg verschmolz unentwirrbar mit dem seit der Staatsgründung 1918 latenten und jetzt offen ausbrechenden und mit unfassbarer Brutalität geführten Bürgerkrieg. 1,7 Millionen Jugoslawen von 15,5 Millionen verloren ihr Leben, und am Ende stand nicht die Freiheit, sondern die kommunistische Diktatur Titos.

> „Dass sich führende Offiziere nicht nur der politischen Folgen ihres Tuns, sondern nicht einmal der Bedeutung gravierender militärischer Mängel bewusst waren, verlieh dem Putsch vom 27. März – ungeachtet seiner moralischen Signalwirkung – einen dilettantisch-tragischen Charakter. Die technische Ausrüstung und Bewaffnung der jugoslawischen Armee waren mehr als mangelhaft. Organisation und Struktur des Heeres waren angesichts der deutschen Blitzkriegskonzeption viel zu schwerfällig … Simovićs Hoffnung, durch einen Zeitgewinn die militärische Ausgangslage verbessern zu können, erwies sich bereits in den ersten Stunden nach dem Putsch als völlig unrealistisch.“[7]

Vom politischen und militärischen Versagen der Putschisten bleibt die historisch-politische und moralische Verantwortung des nationalsozialistischen Deutschland für den Untergang des Königreichs Jugoslawien unberührt – ganz abgesehen davon, dass Hitler gerade durch die brutale Aggression sein Hauptziel, die Beruhigung der Region für den weiteren Verlauf des Krieges, nicht erreichte, sondern das genaue Gegenteil bewirkte.[8]

14. Im Rückblick erscheint die kurze Geschichte des Königreichs Jugoslawien unter dem Blickwinkel seiner Beziehung zu Deutschland als mehr oder weniger determinierte Katastrophengeschichte zwischen zwei Eroberungen durch deutsche Truppen 1915 und 1941. Das ist verständlich vor allem in der jugoslawischen und der westlichen Wahrnehmung. Aber so einfach liegen die Dinge nicht.

Das Königreich Serbien von 1914 ist – gerade unter dem Gesichtspunkt seiner Beziehungen zu Deutschland – sehr verschieden vom Königreich Jugoslawien 1918–1941. Serbien war unmittelbar Nachbar und Gegner der Großmacht Österreich–Ungarn und hatte nur über dieses mit Deutschland zu tun. Österreichs Nie-

derlage 1918, sein Abstieg zum existenzbedrohten Kleinstaat führten zu einem völlig neuen Rahmen für die deutsch-serbischen bzw. deutsch-jugoslawischen Beziehungen. Der Untergang Österreich-Ungarns machte den Weg frei für ein von Deutschland ökonomisch und politisch geprägtes Mitteleuropa.

Zwar war Deutschland der Hauptverlierer des Ersten Weltkriegs, es blieb aber politisch und wirtschaftlich eine Großmacht, deren Gewicht sich nach Überwindung der unmittelbaren Kriegsfolgen zunehmend bemerkbar machte, auch und gerade im Donau- und Balkanraum, in dem der Zerfall Österreich-Ungarns ein Machtvakuum hinterlassen hatte. Die serbische Führungsschicht in Jugoslawien orientierte sich an den alten Kriegsverbündeten Großbritannien, Frankreich und Amerika, die den Endsieg 1918 möglich gemacht hatten, aber angesichts ihrer eigenen gewaltigen Kriegsfolgeprobleme nicht willens und in der Lage waren, das politische und wirtschaftliche Überleben der neuen Staaten im Donauraum gegen den aggressiven Revisionismus der Verlierer von 1918 zu gewährleisten.

Diese neuen Rahmenbedingungen jugoslawischer Außenpolitik erkannten König Alexander und vor allem Ministerpräsident Stojadinović sehr genau. Deshalb bemühten sie sich, gegen den Widerstand großer Teile der serbischen Öffentlichkeit, Jugoslawien aus der antideutsch fokussierten Bindung an die Westmächte herauszuführen zu echter Neutralität in den sich zuspitzenden Spannungen zwischen den europäischen Großmächten. Dies entsprach auch der ökonomischen Notwendigkeit intensiven Außenhandels mit Italien und Deutschland, und ebenso den deutschen Vorstellungen sowohl vor wie nach 1933. Auf diesem Hintergrund hätte Jugoslawien den Zweiten Weltkrieg durchaus als Neutraler überleben können – trotz aller inneren Probleme im Vielvölkerstaat.[9]

Gleichwohl scheiterte das Neutralitätskonzept. Dafür sind vor allem verantwortlich:

– die Anzettelung des Krieges in Europa durch Hitler-Deutschland

– die anhaltende und permanent verkündete Abneigung der serbischen Öffentlichkeit und des Militärs gegen das 1939/40 siegreiche Deutschland, wodurch die wohlkalkulierte Neutralitätspolitik der Regierung desavouiert wurde

– die gravierende Schwächung der achsenfreundlichen Regierungspolitik durch die Entlassung Stojadinovićs Anfang 1939

– die durch Mussolinis Aktivitäten im Balkanraum gesteigerte Eigendynamik des Krieges, die Hitler nicht verhindern konnte, hatte er doch den Südostraum klar als politische Interessensphäre Italiens anerkannt

– die durch Mussolinis Niederlage gegen Griechenland bewirkte Notwendigkeit, Jugoslawien aus dem Neutralenstatus in das Lager der Achsenmächte herüberzuziehen – diese Schlussfolgerung wurde allerdings unumgänglich nur durch Hitlers knappe Zeitplanung für den Angriff auf die Sowjetunion

– den Militärputsch vom 27.3.1941

– die Unfähigkeit der Putschregierung, die durch ihre Aktion extrem verschärfte Gefahrensituation rational zu durchschauen und im Griff zu behalten: Ihren Neutralitäts- und Freundschaftsbeteuerungen wurde – angesichts des Jubels in Belgrad und bei den angelsächsischen Mächten – in Berlin und Rom keinerlei Vertrauen mehr geschenkt

15. Die Stärke der zentrifugalen Kräfte als dominierende Determinante der Geschichte Jugoslawiens seit 1918 kommt auch darin zum Ausdruck, dass ihre dauerhafte Überwindung selbst dem Tito-Regime mit seinen diktatorischen Mitteln in den 45 Jahren seines Bestehens nicht gelang. Nach dem Tode des charismatischen Diktators revitalisierten die Wirtschaftskrise und die durch Gorbatschows Reformpolitik angestoßene große Wende im gesamten kommunistischen Ost- und Südosteuropa die durch den Internationalismus der Ideologie nur verdrängten, aber nicht verarbeiteten oder gar beseitigten Nationalidentitäten mit ihrem ungeheuren Konfliktpotential. 1991 brach Jugoslawien erneut auseinander, durch Implosion – ganz anders als fünfzig Jahre zuvor wurde dies von den benachbarten Staaten und den Großmächten nicht gestützt oder gar verursacht, sondern aus Gründen der ökonomischen und politischen Vernunft zu verhindern gesucht, gleichwohl nach den inzwischen gemachten historischen Erfahrungen für unvermeidlich gehalten. Das „Experiment Jugoslawien“ war endgültig gescheitert. Die kleinen sieben Nachfolgestaaten haben nur in einer europäischen Wirtschafts- und Friedensordnung eine Zukunft, die gegenüber den Großmachtinteressen auch das Existenzrecht der kleinen Nationen gewährleistet. Das wird nicht ohne Deutschland gehen. Aber ebenso wie in Jugoslawien hat sich auch in Deutschland gegenüber der Weltkriegsepoche inzwischen ein säkularer Wandel vollzogen, der für das beiderseitige Verhältnis durchaus zu Hoffnungen berechtigt. Die nach dem Ende des Kalten Krieges in Europa möglich gewordene Integration hat eine Sicherheitslage auch für den Donau- und Balkanraum geschaffen, die sich von derjenigen in der Zwischenkriegszeit grundlegend und positiv unterscheidet – trotz aller nach wie vor bestehenden Problemlagen.

---

1 Zur fehlenden Eignung des modernen Nationalstaatsprinzips, das auf die Französische Revolution zurückgeht, gerade für Südosteuropa vgl. *Sundhaussen*, Experiment S. 9-30; *Sundhaussen*, Serbien S. 11-63, 231-51; *Wörsdörfer*, *Ramet* und *Calic* passim. Die Differenzen zwischen Parteien nahmen immer mehr „den Charakter von Differenzen zwischen den Nationalitäten an. Auf diese Weise erzeugten die Illegitimität und Dysfunktionalität des Systems das, was dann als ‚die nationale Frage‘ bezeichnet wurde. Für die Zeit vor 1878 gab es keine praktisch wirksame Erinnerung an Verstimmungen zwischen den ethnischen Gruppen, und auch in den Jahren 1878 bis 1918 waren sie – mit Ausnahme allenfalls der serbisch-albanischen Friktionen – nicht nennenswert gewesen. Nun aber hatten sie in ihrer Tiefe und Wut ständig und schließlich bis zu einem Punkt zugenommen, an dem es Serben und Kroaten gleichermaßen möglich war, durch ihre Exzesse während des Krieges selbst den Nationalsozialisten ein Ärgernis zu geben.“ (*Ramet* S. 162f.).

2 Die Vorbehalte gegen Stojadinovićs Außenpolitik bei *Suppan* S. 298-304, 1215-22 und 1230f. ergeben sich vor allem aus der österreichischen Sicht und gewichten die eigenen Überlebensdeterminanten der jugoslawischen Außenpolitik zu gering, vgl. dazu die Belege in Kap. VIII, Anm. 36. Vgl. auch Stojadinovićs Selbsteinschätzung: « Si le prince Paul ne m'avait pas renversé, il aurait pu éviter à la Yougoslavie ses épreuves les plus cruelles et se serait épargné à lui-même l'humiliation d'être détenu en captivité par ces mêmes Anglais qu'il estimait tant. En outre, il a été dépouillé de tous ses rangs et titres, par une décision du gouvernement yougoslave présidé par le roi Pierre II. Il fut radié de la liste des membres de la famille royale. Les Anglais ne lui ont jamais pardonné sa traîtrise et il ne fut plus admis à la cour de Londres. Flétri et abandonné, il passa ses jours isolé et voué au mépris … Je suis convaincu que Hitler ne m'aurait jamais demandé d'adhérer au Pacte tripartite. Il savait que je poursuivais une politique de stricte neutralité, qui correspondait le mieux aux intérêts bien compris de la Yougoslavie. Nous aurions pu passer le temps comme les Turcs, qui ne sont entrés en guerre qu'en février 1945.
En dépit de ses efforts, le prince Paul n'avait pas pu acquérir la confiance entière des Allemands, étant resté, au demeurant, anglophile et ayant un président du Conseil sans scrupules, capable de volte-faces et réputé pour sa duplicité » (*Stojadinović* S. 339).

3 *Churchill* S. 122, 144ff., 165; *Churchill*, Reden S. 183f. Vgl. die Kritik an Churchills damaliger Jugoslawienpolitik bei *Hoptner* S. XIIIf., 293-300; *Knoll* S. 113, 116, 197; *Balfour/Mackay* S. 217-20 und 258f.
Jugoslawien konnte theoretisch im Kriegsfall 1,4 Millionen Mann mobilisieren, aber aufgrund der innerpolitischen Differenzen folgten Anfang April 1941 30-40 % der Einberufenen dem Mobilmachungsbefehl nicht. Die jugoslawische Armee verfügte über keine motorisierten und Panzerverbände, nur ungenügend über Panzer- und Flugabwehr; von 930 Flugzeugen waren lediglich 300 einsatzbereit (N 28, S. 254f.*; Peter II.* S. 54ff.).

4 *Churchill*, Reden S. 147, 165; *Gafencu*, Vorspiel S. 191-94, US, S. 938ff., 966; *Fotić* S. 105f.; *Horthy* S. 213; Dragisá *Cvetković*: Le coup d'état yougoslave de 1941, in: Hommes et Mondes, Juillet 1954, S. 572-75; *Hoptner* S. 298-300; *Tasovac* S. 155-63. Vgl. auch die Belege in Kap. VIII, Anm. 36. Churchill hatte im Juni 1940 Frankreich auch bei Verlust des Mutterlandes im Krieg zu halten versucht und ebenso für den Fall einer deutschen Besetzung Englands die Fortsetzung des Krieges von den überseeischen Besitzungen aus angekündigt – in der Erwartung eines Eingreifens der USA –, gleichwohl waren beide Fälle mit der Situation Jugoslawiens im Frühjahr 1941 nicht vergleichbar.

5 *Survey* 11, S. 342f., 353; *Hassell*, 25.3.1941; N 28, S. 22; *Kordt* S. 288-90; *Thadden* S. 38.

6 Vgl. *Thadden* S. 121, 173; *Fabry* S. 377. Die Darstellung bei *Wuescht* zur deutschen Jugoslawienpolitik vor 1941, die durch die unzutreffende Deutung des deutschen Überfalls von 1941 auf Jugoslawien als langfristig geplanten Angriffskrieg im Nürnberger Kriegsverbrecherprozess, durch die titokommunistische und die DDR-Geschichtsschreibung provoziert wurde, verharmlost ihrerseits den verbrecherischen Grundcharakter der nationalsozialistischen Außen- und Kriegspolitik. Dieser wurde durch die Westmächte und die antideutsche Opposition in Südosteuropa richtig erkannt – dominierte allerdings nicht in Hitlers ursprünglichen Plänen speziell für den Südostraum (vgl. *Wuescht* S. 177-82).
Demgegenüber hat u. a. Martin *Broszat* den Charakter der Politik Hitlers im Südostraum präzise herausgearbeitet:
„Machtpolitisches Zweckmäßigkeitskalkül spielt gewiss in aller Diplomatie und Außenpolitik eine wichtige, bis zu einem gewissen Grade durchaus legitime, ja als rationales Element notwendige Rolle. Hitlers diplomatischer ‚Stil' unterschied sich von solcher ‚Normalität' aber durch den vielfach zum Prinzip erhobenen Zynismus, der außer dem jeweilig nächsten Erfolg und bestimmten weltanschaulich vorgeformten Aggressionsrichtungen keinerlei verbindliche Ordnungsgesichtspunkte kannte und durch sie geläutert und gebändigt wurde. Hitlers Bündnis- und Hegemonialpolitik in Südosteuropa bietet dafür anschauliche Beispiele. …

Fast sämtliche territorialen Veränderungen, die in diesem Raum zwischen 1938 und 1941 auf Anstoß Hitler-Deutschlands geschahen, lassen erschreckende Rücksichtslosigkeit gegen den Gesichtspunkt der Beständigkeit und der Lebensfähigkeit erkennen. Das gilt für die künstlichen Gebilde der Slowakei und Kroatiens nicht minder wie für die schon in ihrer äußerlichen Konfiguration höchst problematische Grenzziehung zwischen Ungarn und Rumänien durch den zweiten Wiener Schiedsspruch.

Die gleiche Unverbindlichkeit spricht aus dem für Hitler charakteristischen sprunghaften Wechsel zeitweiliger außenpolitischer Positionen und Methoden. Im Falle Jugoslawiens: zuerst – im Winter 1940/41 – das diplomatisch geschickte, schmeichlerische Umwerben des Prinzregenten Paul und der Regierung Cvetković, um sie zum Beitritt zum Dreimächtepakt zu bewegen; dann, nach dem Belgrader Putsch, der wütende Befehl zur Zerstörung des serbischen ‚Verschwörer-Nestes'" (*Broszat* S. 556f.).

7 *Sundhaussen*, Serbien S. 308f.; *ders*., Jugoslawien S. 107f.; vgl. *Fotić* S. 75ff. Das serbische Offizierskorps lehnte die Mechanisierung und Ausrüstung der Armee für einen modernen Krieg als unsoldatisch ab, so dass es z. B. der deutschen Luftwaffe und der Sabotage im Hinterland auf den ersten Schlag gelingen konnte, den veralteten und ungeschützten Verbindungsapparat völlig lahmzulegen, was eine organisierte Verteidigung von vornherein unmöglich machte (*Survey* 11, S. 355; *Fotić* S. 100f.; *Thadden* S. 194).

8 Dazu *Olshausen*, Balkanpolitik S. 714-16, 725-27. Vgl. *Sundhaussen*: Wirtschaftsgeschichte. Einwände gegen Hitlers übereilte Angriffsentscheidung direkt nach dem Putsch kamen u. a. von Heeren, Ribbentrop und Göring.

9 Vgl. dazu *Djokić*, Compromise passim.

X. Bibliografie

1 Quellenpublikationen

a) Aktenpublikationen

Akten zur deutschen auswärtigen Politik 1918–1945

Aus dem Archiv des Auswärtigen Amts. Baden-Baden, Frankfurt M., Göttingen 1950–1995

Serie A 1918–1925, 14 Bde., zit. A 1 usw.

Serie B 1925–1933, 21 Bde., zit. B 1 usw.

Serie C 1933–1937, 6 Bde., zit. C .1 usw.
- I, 1: 30. Januar bis 15. Mai 1933. Göttingen 1971
- I, 2: 16. Mai bis 14. Oktober 1933. Göttingen 1971
- II, 1: 14. Oktober 1933 bis 31.Januar 1934. Göttingen 1973
- II, 2: 1. Februar bis 13. Juni 1934. Göttingen 1973
- III,1: 14. Juni bis 31. Oktober 1934. Göttingen 1973
- III, 2: 1. November 1934 bis 30. März 1935. Göttingen 1973
- IV, 1: 1. April bis 13. September 1935. Göttingen 1975
- IV, 2: 16. September 1935 bis 4. März 1936. Göttingen 1975
- V, 1 + 2: 5. März bis 31. Oktober 1936. Göttingen 1977
- VI, 1 + 2: 1. November 1936 bis 14. November 1937. Göttingen 1977
- Serie C 1937–1941, 13 Bde., zit D 1 usw.
- Bd. I: Von Neurath zu Ribbentrop (Sept. 1937–Sept. 1938). Baden-Baden 1950, zit. D 1
- Bd. II: Deutschland und die Tschechoslowakei (1937–1938). Baden-Baden 1950, zit. D. 2
- Bd. IV: Die Nachwirkungen von München (Okt. 1938–März 1939). Baden-Baden 1951, zit. D 4
- Bd. V: Polen, Südosteuropa, Lateinamerika, Klein- und Mittelstaaten (Juni 1937–März 1939). Baden-Baden 1953, zit. D 5
- Bd. VI: Die letzten Monate vor Kriegsausbruch (März–August 1939). Baden-Baden 1956, zit. D 6
- Bd. VII: Die letzten Wochen vor Kriegsausbruch (9.8.–3.9.1939). Baden-Baden und Frankfurt/M. 1956, zit. D 7
- Bd. VIII: Die Kriegsjahre (4.9.1939–18.3.1940). Baden-Baden und Frankfurt/M. 1961, zit. D 8

Europäische Politik 1933–1938 im Spiegel der Prager Akten, hg. von Friedrich Berber. Essen 1942, zit. Berber

Das nationalsozialistische Deutschland und die Sowjetunion 1939–1941, Akten aus dem Archiv des Deutschen Auswärtigen Amtes. Berlin 1948, zit. NS

Dokumente zum Konflikt mit Jugoslawien und Griechenland (Weißbücher des AA 1939/41 Nr. 7). Berlin 1941, zit. W

Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof (Nürnberg 10.11.1945–1.10.1946), Amtliche Texte in deutscher Sprache, 42 Bände. Nürnberg 1946, zit. N 1 bzw. 2, 3, 4 usw.

Der Hochverratsprozess gegen Dr. Guido Schmidt vor dem Wiener Volksgericht (Die gerichtlichen Protokolle mit den Zeugenaussagen, unveröffentlichten Dokumente, sämtlichen Geheimbriefen und Geheimakten). Wien 1947, zit. Schmidt

I Documenti Diplomatici Italiani, Ottava Serie (1935–1939) Vol. XII (23 maggio–11 agosto 1939). Roma 1952, zit. I 1

Vol. XIII (12 agosto–3 Sett. 1939). Roma 1953, zit. I 2

I Documenti Diplomatici Italiani, Nona Serie (1939–1943)

Vol. I (4 Sett.–24 ott. 1939). Roma 1954, zit. I 3

Vol. II (25 ott.–31 dic. 1939). Roma 1957, zit. I 4

Vol. III (1°gen.–8 Aprile 1940). Roma 1959, zit.I 5

Vol. IV (9 aprile–10 giugno 1940). Roma 1960, zit. I 6

Documents on British Foreign Policy 1919–1939, Second Series

Vol. V (1934). London 1956, zit. B II/5

Vol. VI (1934). London 1957, zit. B II/6

Documents on British Foreign Policy 1919–1939, third Series 1938/39)

Vol. I. London 1949, zit. B III/1

Vol. II. London 1949, zit. B III/2

Vol. III. London 1950, zit. BIII/3

Vol. IV. London 1951, zit.. BIII/4

Vol. V. London 1952, zit. B III/5

Vol. VI. London 1953, zit. B 6

Vol. VII. London 1954, zit. B III/7

Foreign Relations of the United States, Diplomatic Papers 1941

Vol. II (Europe). Washington 1959, zit. US

b) Tagebücher, Aufzeichnungen, Reden, Memoiren

CHURCHILL, Winston S., Der Zweite Weltkrieg, III. Bd., 1. Buch. dt. Stuttgart 1951, zit. Churchill

DERS., Reden, hg. von Charles Kade; 2 Bde. dt. Zürich 1946f., zit. Churchill, Reden 1 bzw. 2.

CIANO, Galeazzo, Tagebücher 1937/38. dt. Hamburg 1949; Tagebücher 1939/43. dt. Bern [2]1947; zit. Ciano mit Datum der Eintragung

DERS., Ciano's Diplomatic Papers. London 1948, zit. Ciano

DERS., Die Stellung Italiens zum internationalen Konflikt (Rede vom 16.12.1939). Basel 1940, zit. Ciano, Rede

CVETKOVIĆ, Dragiša, Prince Paul, Hitler, and Salonika. In: International Affairs XXVII (1951), S. 463-69, zit. Cvetković

DERS., Le coup d'état yougoslave de 1941. In: Hommes et Mondes, Juillet 1954, S. 572-75

FOTITCH, Constantin, The War we lost. New York 1948, zit. Fotić

GAFENCU, Grigore, Europas letzte Tage. Zürich 1946, zit. Gafencu, Tage

DERS., Vorspiel zum Krieg im Osten. Zürich 1944, zit. Gafencu, Vorspiel

HASSELL, Ulrich von, Vom andern Deutschland (Tagebücher). Zürich–Freiburg 1946, Neuausgabe Frankfurt 1964, zit. Hassell mit Datum der Eintragung

HORTHY, Nikolaus von, Ein Leben für Ungarn. dt. Bonn 1953, zit. Horthy

HULL, Cordell, The Memoirs, 2. Bd. New York 1948, zit. Hull

KNÉJÉVIĆ, R. L., Prince Paul, Hitler, and Salonika. In: International Affairs XXVII (1951), S. 38-44, zit. Knejević

KORDT, Erich, Wahn und Wirklichkeit (Die Außenpolitik des Dritten Reiches). Stuttgart 1948, zit. Kordt

MĂCEK, Vladko, In the Struggle for Freedom. New York 1957 (Nachdruck London 1969)

NEUBACHER, Hermann, Sonderauftrag Südost 1940–1945. Göttingen–Berlin–Frankfurt/M. 1956, zit. Neubacher

PETER II of Yugoslavia, A King's Heritage. London 1955, zit. Peter II.

SCHACHT, Hjalmar, Abrechnung mit Hitler. Berlin-Frankfurt 1949, zit. Schacht

SCHMIDT, Paul, Statist auf diplomatischer Bühne (1923–1945). Bonn 1949, zit. P. Schmidt

STOJADINOVIĆ, Milan, Ni Rat Ni Pakt (Weder Krieg noch Pakt). Buenos Aires 1963, Rijeka 1970. Benutzt wurde die französische Ausgabe: La Yougoslavie entre les deux guerres. Ni le pacte, ni la guerre. Paris 1979

c) Nachrichtenwerke

THÜRAUF, Ulrich (Hg.), Schulthess' Europäischer Geschichtskalender, 74.-81. Bd. München 1934–1942 (Reprint Nendeln 1972); diese Bände umfassen je ein Jahr von 1933–1940 und werden danach zit. Schulthess 3

TOYNBEE, Arnold J. (Hg.), Survey of International Affairs: für das Jahr 1936 zit. Survey 36; für 1937, Vol. 1, zit. Survey 37; für 1938, Vol. 1-3, zit. Survey 38,1 bzw. 2, 3; für die Jahre 1939–1946, Vol. 3, 9, 10, 11, zit. Survey 3 bzw. 9, 10, 11

2 Sekundärliteratur

BALFOUR, Neil/MACKAY, Sally, Paul of Yugoslavia. Neuausgabe Winnipeg 1996, zit. Balfour/Mackay

BRECCIA, Alfredo, Jugoslavia 1939–1941. Diplomazia della neutralitá. Roma 1978, zit. Breccia (dort S. 723-76 eingehender Literaturbericht)

BROSZAT, Martin, Deutschland–Ungarn–Rumänien. Entwicklung und Grundfaktoren nationalsozialistischer Hegeminial- und Bündnispolitik. In: FUNKE (Hg.) S. 524-64, zit. Broszat

CALIC, Marie Janine, Geschichte Jugoslawiens im 20. Jahrhundert. München 2010, zit. Calic

CELOVSKY, Boris, Das Münchener Abkommen 1938. Stuttgart 1958, zit. Celovsky

CREVELD, Martin L. van, Hitler's Strategy 1940–1941: The Balkan Clue. Cambridge 1973, zit. Creveld

DERS., Prelude to Disaster: The British Decision to Aid Greece, 1940–1941. In: Journal of Contemporary History 9 (1974), S. 65-92

DJOKIĆ, Dejan, Elusive Compromise. A History of Interwar Yugoslavia. London 2007, zit. Djokić, Yugoslavia

DERS., 'Leader' or 'Devil'? Milan Stojadinović, Prime Minister of Yugoslavia (1935–39) and his Ideology. In: Haynes/Rady S. 153-68, zit Djokić, Stojadinović

FABRY, Philipp W., Der Hitler-Stalinpakt 1939–1941. Darmstadt 1962, zit. Fabry

FUNKE, Manfred (Hg.), Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Außenpolitik des Dritten Reiches. Düsseldorf 1976, zit. Funke

GREGORIĆ, Danilo, So endete Jugoslavien. Leipzig [2]1944, zit. Gregorić

HAYNES, Rebecca/RADY, Martyn, In the Shadow of Hitler. Personalities of the Right in Central and Eastern Europe. Paperback edition London 2014, zit. Haynes/Rady

HENKE, Josef, Hitlers England-Konzeption – Formulierung und Realisierungsversuche. In: FUNKE S. 584-603, zit. Henke

HILDEBRAND, Klaus, Deutsche Außenpolitik 1933–1945. Kalkül oder Dogma? Stuttgart 1971

DERS., Krieg im Frieden und Frieden im Krieg. Über das Problem der Legitimität in der Geschichte der Staatengesellschaft 1931–1941. In: MICHALKA S. 25-48, zit Hildebrand, Legimität

HILLGRUBER, Andreas, Hitler, König Carol und Marschall Antonescu (Die deutsch-rumänischen Beziehungen 1938–1944). Wiesbaden 1954, [2]1965, zit. Hillgruber, König Carol

DERS., Hitlers Strategie. Politik und Kriegführung 1940–1941. Frankfurt/M. 1965, 1993 mit aktualisierendem Nachwort, zit. Hillgruber, Strategie

HOPTNER, Jacob B. Yugoslavia as a neutralist 1937. In: Journal of Central European Affairs XVI (1956), S. 156ff.

DERS., Yugoslavia in Crisis 1934–1941. New York 1962, zit. Hoptner

HORY, Ladislaus/BROSZAT, Martin, Der kroatische Ustascha-Staat 1941–1945. Stuttgart 1964

HÜTTER, Joachim/MEYERS, Reinhard/PAPENFUSS, Dietrich (Hg.), Tradition und Neubeginn. Internationale Forschungen zur deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert. Köln u. a. 1975, zit. Hütter u. a.

JACOBSEN, Hans-Adolf, Nationalsozialistische Außenpolitik 1933–1938. Frankfurt/M. 1965

KENNEDY, Paul M. „Splendid Isolation“ gegen „Continental Commitment“: Das Dilemma der britischen Deutschlandstrategie in der Zwischenkriegszeit (1931–1939). In: HÜTTER u. a. (Hg), S. 151-72, zit. Kennedy, Dilemma

DERS., Aufstieg und Fall der großen Mächte. Ökonomischer Wandel und militärischer Konflikt von 1500–2000. Frankfurt/M. 2000, zit. Kennedy, Aufstieg

KISZLING, Rudolf, Die militärischen Vereinbarungen der Kleinen Entente 1929–1937. In: Südostforschungen XII (1958), S. 333-76; XIII (1959) S. 122-69; (Buchausgabe München 1959), zit. Kiszling 1 bzw. 2

KNOLL, Hans, Jugoslawien in Strategie und Politik der Alliierten 1940–1943. München 1986, zit. Knoll (eingehender Literaturbericht S. 16-23)

KOLIOPOULOS, John S., Greece and the British Connection 1935–1941. Oxford 1977

LITTLEFIELD, Frank C., Germany and Yugoslavia 1933–1941. The German Conquest of Yugoslavia. New York 1988

MARKERT, Werner (Hg.), Jugoslawien. Köln/Graz1954 (Bd. 1 des Osteuropa-Handbuchs), zit. Markert (darin: Johann Albrecht von REISWITZ, Die politische Entwicklung Jugoslawiens zwischen den Weltkriegen, S. 67-98)

MEIß, Klaus Dietrich, Die deutsch-jugoslawischen Beziehungen von Hitlers Regierungsantritt bis zum Ausbruch des 2. Weltkrieges. Diss. Ms. Göttingen 1955, zit. Meiß

MESSERSCHMIDT, Manfred, Außenpolitik und Kriegsvorbereitung. In: Forschungsamt 1, S. 641-850

MICHALKA, Wolfgang, Ribbentrop und die deutsche Weltpolitik 1933–1940. Außenpoltische Konzeptionen und Entscheidungsprozesse im Dritten Reich. München 1980, zit. Michalka, Ribbentrop

DERS., „Vom Motor zum Getriebe". Das Auswärtige Amt und die Degradierung einer traditionsreichen Behörde von 1933–1945. In: MICHALKA (Hg.) S. 249-59

DERS. (Hg.), Der Zweite Weltkrieg. Analysen – Grundzüge – Forschungsbilanz. Lizensausgabe Weyarn 1997

Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hg.), Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. 1. Bd., Ursachen und Voraussetzungen des Zweiten Weltkriegs. Taschenbuchausgabe Frankfurt/M. 1989, zit. Forschungsamt Bd. 1

Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hg.), Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. 3. Band, Der Mittelmeerraum und Südosteuropa. Stuttgart 1984, zit. Forschungsamt Bd. 3

MITROVIĆ, Andrej, Politische und wirtschaftliche Beziehungen Deutschlands und Jugoslawiens in der Zeit der Verständigungspolitik Stresemanns. In: HÜTTER u. a. S. 117-40, zit. Mitrović

NIEDHARDT, Gottfried, Sitzkrieg versus Blitzkrieg. Das attentistische Konfliktverhalten Großbritanniens in der Krise des internationalen Systems am Vorabend und bei Beginn des Zweiten Weltkriegs. In: MICHALKA (Hg.), S. 49-56

OLSHAUSEN, Klaus, Zwischenspiel auf dem Balkan. Die deutsche Politik gegenüber Jugoslawien und Griechenland von März bis Juli 1941. Stuttgart 1973, zit. Olshausen, Zwischenspiel

DERS., Die deutsche Balkanpolitik 1940–1941. In: Funke S. 707-27, zit. Olshausen, Balkanpolitik

PETERSEN, Jens, Hitler – Mussolini. Die Entstehung der Achse Berlin–Rom 1933–1936. Tübingen 1973, zit. Petersen

RAMET, Sabrina P., Die drei Jugoslawien. Eine Geschichte der Staatsbildungen und ihrer Probleme. München 2011, zit. Ramet

RECKER, Marie-Luise, Die Außenpolitik des Dritten Reiches. München ^{2}2010

REICHERT, Günter, Das Scheitern der Kleinen Entente. München 1971, zit. Reichert

RÖNNEFARTH, Helmut K. G., Die Sudetenkrise in der internationalen Politik. Wiesbaden 1961, zit. Rönnefarth

ROHE, Karl (Hg.), Die Westmächte und das Dritte Reich 1933–1939. Klassische Großmachtrivalität oder Kampf zwischen Demokratie und Diktatur? Paderborn 1982, zit. Rohe

ROSSI, Agosto, Zwei Jahre deutsch-sowjetisches Bündnis. dt. Köln–Berlin 1954, zit. Rossi

SCHMIDT, Rainer F., Die Außenpolitik des Dritten Reiches 1933–1939. Stuttgart 2002, zit. R. Schmidt

SCHREIBER, Gerd, Deutschland, Italien und Südosteuropa. Von der politischen und wirtschaftlichen Hegemonie zur militärischen Aggression. In: Forschungsamt, 3. Bd., S. 3-271 bzw. S. 278-414, zit. Schreiber

SCHRÖDER, Hans-Jürgen, Der Aufbau der deutschen Hegemonialstellung in Südosteuropa 1933–1936. In: FUNKE S. 757-73, zit. Schröder, Hegemonialstellung

DERS., Südosteuropa als ‚Informal Empire' Deutschlands 1933–1939. Das Beispiel Jugoslawien. In: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas N. F. 23 (1975), S. 70-96

DERS., Zur Kontinuität deutscher Außenpolitik in der Weltwirtschaftskrise. In: Geschichte und Gesellschaft 2 (1976), S. 5-32, zit. Schröder: Kontinuität

SETON-WATSON, Hugh, Osteuropa zwischen den Kriegen. dt. Paderborn 1948, zit. Seton-Watson

SIEBERT, Ferdinand, Italiens Weg in den Zweiten Weltkrieg. Frankfurt/M.-Bonn 1962, zit. Siebert

SOJČIĆ, Tvrtko, Die ‚Lösung' der kroatischen Frage zwischen 1939 und 1945. Kalküle und Illusionen. Stuttgart 2008, zit. Sojčić

STRAUCH, Rudi, Sir Neville Henderson. Bonn 1959, zit. Strauch

SUNDHAUSSEN, Holm, Geschichte Jugoslawiens 1918–1980. Stuttgart 1982, zit. Sundhaussen, Jugoslawien

DERS., Wirtschaftsgeschichte Kroatiens im nationalsozialistischen Großraum 1941–1945. Das Scheitern einer Ausbeutungsstrategie. Stuttgart 1983, zit. Sundhaussen, Wirtschaftsgeschichte

DERS., Experiment Jugoslawien. Von der Staatsgründung zum Staatszerfall. Mannheim 1993, zit. Sundhaussen, Experiment

DERS., Der Ustascha-Staat. Anatomie eines Herrschaftssystems. In: Österreichische Osthefte 37 (1995), S. 497-533, zit. Sundhaussen, Ustascha-Staat

DERS., Geschichte Serbiens. 19.–21. Jahrhundert. Wien/Köln/Weimar 2007, zit. Sundhaussen, Serbien

DERS., Jugoslawien und seine Nachfolgestaaten 1943–2011. Wien/Köln/ Weimar 2012

SUPPAN, Arnold, Jugoslawien und Österreich 1918–1938. Bilaterale Außenpolitik im europäischen Umfeld. Wien/München 1996

TASOVAC, Ivo, American Foreign Policy and Yugoslavia, 1939–1941. Texas A & M University 1990, zit. Tasovac

THADDEN SCHRAMM, Ehrengard von, Griechenland und die Großmächte im Zweiten Weltkrieg. Mainz 1955, zit. Thadden

TREUE, Wilhelm, Das Dritte Reich und die Westmächte auf dem Balkan. In: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1 (1953), S. 45-64, zit. Treue

VOGEL, Detlef, Das Eingreifen Deutschlands auf dem Balkan. In: Forschungsamt, 3. Bd., zit. Vogel, Balkan

DERS., Deutschland und Südosteuropa. Von politisch-wirtschaftlicher Einflussnahme zur offenen Gewaltanwendung und Unterdrückung. In: Michalka S. 532-550, zit. Vogel, Südosteuropa

VOLKMANN, Hans-Erich, Die NS-Wirtschaft in Vorbereitung des Krieges. In: Forschungsamt 1, S. 211-435

WÖRSDÖRFER, Rolf, Krisenherd Adria 1915–1955. Konstruktion und Artikulation des Nationalen im italienisch-jugoslawischen Grenzraum. Paderborn 2003, zit. Wörsdörfer

WOLLSTEIN, Günter, Vom Weimarer Revisionismus zu Hitler. Das Deutsche Reich und die Großmächte in der Anfangsphase der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland. Bonn-Bad Godesberg 1973, zit. Wollstein

WUESCHT, Johann, Jugoslawien und das Dritte Reich. Eine dokumentierte Geschichte der deutsch-jugoslawischen Beziehungen von 1933–1945. Stuttgart 1969, zit. Wuescht

Abbildungsverzeichnis

1	Die Strukturkrise Russlands vor 1917	34
2	Ursachen für das Scheitern der Februardemokratie in Russland 1917	36
3	Wolgograd, Mamajew Kurgan (Abdruck mit Genehmigung des Filmmuseums Moskau)	57
4	Riga, Dom	80
5	Tallinn, Rathaus	81
6	Vilnius, Kirche St. Anna	88
7	Riga, Hansa Viertel	90
8	Tallinn, Stadtmauer	91
9	Riga, Jugendstilviertel	94
10	Vilnius, Choralsynagoge	100
11	Danzig, Rechtstädtisches Rathaus	120
12	Marienburg	126
13	Grunwald-Denkmal (1969)	130
14	Tannenberg-Denkmal (1935) (aus dem S. 142, Anm. 19 zitierten Tannenberg-Band, Abbildungsteil)	132
15	Tannenberg-Denkmal, Erhaltener Torbogen	133
16	Ruinen im „Führerhauptquartier Wolfsschanze“	136
17	Jugoslawien 1919–1941	148
18	König Alexander von Jugoslawien (aus: Vladeta Milićević: Der Königsmord von Marseille. Bad Godesberg 1959, S. 10)	164
19	Kroatenführer Vladko Maček (aus: Vladko Maček, In the Struggle for freedom. Philadelphia und London 1957, S. 5)	165
20	Ustaša-Führer Ante Pavelić (aus: Milićević – wie Abb. 18 – S. 29)	165
21	Das Attentat in Marseille auf König Alexander 1934 (aus: Milićević – wie Abb. 18 –, S. 60f.)	173
22	Prinzregent Paul (1934–1941) (aus: Neil Balfour, Sally Mackay: Paul of Yugoslavia. Winnipeg 1996, Cover)	177

23 Ministerpräsident Milan Stojadinović (1935–1939)
(aus: Milan Stoyadinovitch: La Yougoslavic entre les deux guerres.
Ni le pacte, ni la guerre. Paris 1979, Cover) 179

Abbildungen ohne Herkunftsnachweis habe ich selbst angefertigt bzw. nach meinen Angaben anfertigen lassen. Bei einigen Abbildungen konnten die Rechteinhaber nicht ermittelt werden. Diese werden gebeten, sich gegebenenfalls über den Verlag an den Autor zu wenden.

Oldenburger Schriften zur Geschichtswissenschaft

Herausgeber:
Gunilla Budde, Thomas Etzemüller, Dagmar Freist, Malte Thießen, Hans Henning Hahn, Rudolf Holbach, Dietmar von Reeken

Bisher sind in der Schriftenreihe folgende Titel erschienen:

Ernst Hinrichs, Klaus Saul, Heinrich Schmidt (Hrsg.): Zwischen ständischer Gesellschaft und »Volksgemeinschaft«. Beiträge zur norddeutschen Regionalgeschichte seit 1750. Vorträge eines Kolloquiums zu Ehren von Wolfgang Günther am 14. und 15. Februar 1991. 1993, 242 S., ISBN3-8142-0450-6, € 12,80

Hans Henning Hahn (Hrsg.): Historische Stereotypenforschung. Methodische Überlegungen und empirische Befunde. 1995, 209 S., ISBN 3-8142-0506-5, € 10,20

Michael Imhof: „Einen besseren als Stöcker finden wir nicht". Diskursanalytische Studien zur christlich-sozialen Agitation im deutschen Kaiserreich. 1996, 282 S., ISBN 3-8142-0560-X, € 7,20

Martin Schnackenberg: „Ich wollte keine Heldentaten mehr vollbringen". Wehrmachtsdeserteure im II. Weltkrieg, Motive und Folgen untersucht anhand von Selbstzeugnissen. 1997, 183 S., ISBN 3-8142-0602-9, € 7,70

Olaf Hartung: Pädagogische Überlegungen zu einer Geschichtsdidaktik des Reisens. 1999, 282 S., ISBN 3-8142-0634-7, € 12,80

Dick E. H. de Boer, Gudrun Gleba, Rudolf Holbach (Hrsg.): „... in guete freuntlichen nachbarlichen verwantnus und hantierung ...". Wanderung von Personen, Verbreitung von Ideen, Austausch von Waren in den niederländischen und deutschen Küstenregionen vom 13. –18. Jahrhundert. 2001, 441 S., ISBN 3-8142-0753-X, € 20,50

Gerhard Wiechmann: „Man kann sagen, daß der Krieg ein lebensgefährlicher Sport ist". Oldenburgische Lehrer und Seminaristen erleben den Weltkrieg 1914–1918. Eine Dokumentation erstellt auf Grundlage der Sammlung des Direktors des Oldenburgischen Lehrerseminars, Dr. Emil Künoldt (1850–1920). 2002, 239 S., ISBN 3-8142-0815-3, € 10,00

Regine C. Hrosch: Die historische Quelle Bild als Problem der Geschichtswissenschaft und der Vermittlung von Geschichte. Abbildungen zur Reformation in Geschichtsbüchern vom 16. bis ins 21. Jahrhundert. 2008, 574 S., ISBN 3-8142-2125-0, € 29,80

Bernd Mütter: HisTourismus. Geschichte in der Erwachsenenbildung und auf Reisen. 2008, ISBN 978-3-8142-2099-4, € 35,00 2 Bde., 387 S. und 672 S.

Christine G. Krüger, Martin Lindner (Hrsg.): Nationalismus und Antikenrezeption. 2009, 177 S., ISBN 3-8142-2145-8, € 14,80

Berit Pleitner (Hrsg.): Polen. Eine Reise. Erinnerungs- und Begegnungsorte. 2011, 325 S., ISBN 3-8142-2184-7, € 26,80

Britta Almut Wehen: „Heute gucken wir einen Film". Eine Studie zum Einsatz von historischen Spielfilmen im Geschichtsunterricht. 2012, 116 S., ISBN 3-8142-2254-7, € 14,80

Claas Neumann: Medien, Praktiken und Akteure der öffentlichen Erinnerungskultur. Oldenburg. Gedenken an Flucht und Vertreibung im Zuge der 1950er Jahre. 2013, 194 S., ISBN 3-8142-2277-6, € 19,80

Bernd Mütter: Die Entstehung der Geschichtsdidaktik als Wissenschaftsdisziplin in der Epoche der Weltkriege : ein Beitrag zur „Kultur der Niederlage“ in Deutschland. 2013, 379 S., ISBN 978-3-8142-2273-8, € 26,80

Rudolf Holbach, Dietmar von Reeken: „Das ungeheure Wellen-Reich“. Bedeutungen, Wahrnehmungen und Projektionen des Meeres in der Geschichte. 2014, 154 S., ISBN 978-3-8142-2310-0, € 22,80